

**ABHANDLUNGEN - ANTHROPOGEOGRAPHIE
INSTITUT FÜR GEOGRAPHISCHE WISSENSCHAFTEN
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN**

BAND 46

HANS - DETLEF MÜLLER - MAHN

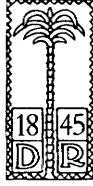
**DIE AULAD 'ALI ZWISCHEN
STAMM UND STAAT**

Entwicklung und sozialer Wandel bei den
Beduinen im nordwestlichen Ägypten

**BERLIN
1989**



DIETRICH REIMER VERLAG



**ABHANDLUNGEN - ANTHROPOGEOGRAPHIE
INSTITUT FÜR GEOGRAPHISCHE WISSENSCHAFTEN**

BAND 46

SCHRIFTFÜHRUNG : JÖRG JANZEN

VERANTWORTLICH FÜR DIESEN BAND :

FRED SCHOLZ

**ABHANDLUNGEN - ANTHROPOGEOGRAPHIE
INSTITUT FÜR GEOGRAPHISCHE WISSENSCHAFTEN**

BAND 46

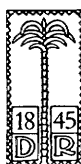
HANS - DETLEF MÜLLER - MAHN

**DIE AULAD 'ALI ZWISCHEN
STAMM UND STAAT**

Entwicklung und sozialer Wandel bei den
Beduinen im nordwestlichen Ägypten

BERLIN

1989



DIETRICH REIMER VERLAG

HERAUSGEBER : G. BRAUN, U. FREITAG,
G. KLUCZKA, A. KÜHN, K. LENZ, G. MIELITZ,
W. SCHARFE, F. SCHOLZ

Institut für Geographische Wissenschaften - Anthropogeographie, Angewandte Geographie
und Kartographie / Abt. für Geographie Nordamerikas im J.F. Kennedy-Institut

CIP - Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Müller-Mahn, Hans-Detlef:

Die Aulad'Ali zwischen Stamm und Staat : Entwicklung und
sozialer Wandel bei den Beduinen im nordwestlichen Ägypten /

Hans-Detlef Müller-Mahn. - Berlin : Reimer, 1989

(Abhandlungen - Anthropogeographie ; Bd. 46)

Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1989

ISBN 3-496-00373-1

NE: GT

Gedruckt mit Unterstützung des Fachbereichs
Geowissenschaften der FU Berlin

© 1989 by Dietrich Reimer Verlag
Dr. Friedrich Kaufmann
Unter den Eichen 57
1000 Berlin 45

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

Printed in Germany

ISBN 3-496-00373-1

D-188

Vorwort

"Welchen Nutzen hat diese Untersuchung für uns?" Die Frage wurde mir während der Feldforschung bei den Aulad Ali gelegentlich von meinen beduinischen Gesprächspartnern gestellt. Im Vorwort zur vorliegenden Veröffentlichung sei es mir gestattet, auf diese Frage Bezug zu nehmen und eine Antwort darauf zu suchen, welchen Sinn eine solche Studie für diejenigen haben mag, die den Stoff dafür lieferten. Nicht zu verhehlen nämlich ist es, daß zunächst einmal ich selbst von der empirischen Arbeit bei den Aulad Ali in vielfältiger Weise profitieren konnte. Ich habe wertvolle Erfahrungen gesammelt, konnte das Material für meine Dissertation zusammentragen und außerdem - auch das war mir eine Bereicherung - hat mir die Feldforschung bei den Beduinen Spaß gemacht.

Umgekehrt läßt sich für meine Gastgeber in der Wüste unmittelbar allenfalls ein gewisser Unterhaltungseffekt konstatieren, der von meinen regelmäßigen Besuchen ausging. Meine Ankunft wurde zumeist als eine willkommene Ablenkung begrüßt, die Gelegenheit zu interessanten Gesprächen bot. Trotzdem ist die von den Beduinen gestellte Frage nicht damit zu beantworten, daß die Unterhaltung interessant und in gegenseitigem Einvernehmen verlaufen sei. Entscheidend ist vielmehr die nachhaltige Wirkung der wissenschaftlichen Arbeit: Was nützt es den Mitgliedern peripherer Gesellschaften, daß sie fremde Forscher gastfreundlich in ihren Zelten oder Hütten empfangen, daß sie ihnen bereitwillig Auskunft geben über ihre schwierigen Lebensbedingungen und daß sie ihnen geduldig gestatten, die Auswirkungen von Unterentwicklung vor Ort zu studieren? Der Forscher nämlich kehrt, wenn er genug erfahren hat, mit reicher Ausbeute wieder zurück an seinen Schreibtisch, verfaßt einen Aufsatz - oder wie in meinem Fall, eine Dissertation - und hält damit leider zu häufig, wie ich meine, seine Aufgabe für abgeschlossen.

Die sozialwissenschaftliche Forschung in der Dritten Welt bedarf meines Erachtens einer Rechtfertigung, die sich nicht in der bloßen Produktion von Publikationen erschöpfen kann. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Entwicklungsproblemen hat für mich nur dann einen Sinn, wenn sie einen Beitrag zu deren Überwindung zu geben versucht. Ich halte es deshalb für eine Aufgabe der Entwicklungsländerforschung, in diesem Sinne auf die Entwicklungspraxis einzuwirken. Auf politischer Ebene bedeutet dies ein Eintreten für gerechtere Formen des Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Aber auch im kleinräumigen Maßstab bedarf es eines entschiedenen Engagements und der gezielten Einflußnahme seitens der Wissenschaft zur sinnvollen Gestaltung konkreter Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Ich selbst bin inzwischen in dem zuletzt genannten Bereich der praktischen Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt. In Ausübung dieser Tätigkeit hatte ich im Sommer 1988 Gelegenheit, noch einmal zu den Aulad Ali nach Marsa Matruh zurückzukehren, um dort in Anknüpfung an frühere Erfahrungen und Kontakte an der Konzeption eines Programmes zur Ländlichen Regionalentwicklung mitzuarbeiten. Zusammen mit der Bevölkerung wurden

Vorschläge diskutiert und entsprechend der von den Beduinen selbst geäußerten Probleme, Vorstellungen und Interessen schließlich zu konkreten Maßnahmen und Zielen formuliert.

Zielgruppenbeteiligung bei der Konzeption und Durchführung von Entwicklungsprojekten ist, wie ich inzwischen aus eigener Erfahrung feststellen mußte, vom Doktorandenzimmer aus leichter zu fordern als in der Praxis umzusetzen. Die strukturellen Rahmenbedingungen stellen der Verwirklichung dieser Forderung vielfältige Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen. Nur aufgrund genauer Kenntnisse lassen sich solche Widerstände soweit abbauen oder umgehen, daß wirklich die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung bestimmend für eine partizipative Entwicklung werden können. Mit den für dieses Ziel erforderlichen Detailkenntnissen und Regionalerfahrungen kann die Entwicklungsländerforschung eine an Bevölkerungsinteressen orientierte Entwicklungspraxis unterstützen. Ich hoffe, daß in diesem Sinne meine Forschungsarbeit in Marsa Matruh für die Aulad Ali von Nutzen sein konnte.

Danksagung

In der vorliegenden Form wäre die Studie nicht zustande gekommen, ohne die Unterstützung einer Reihe von Personen, denen ich im folgenden meinen Dank aussprechen möchte:

Schon während des Studiums in Göttingen vermittelte mir Prof. Dr. F. SCHOLZ wichtige Grundlagen für die thematische und regionale Ausrichtung meines geographischen Interesses. Bei der Betreuung meiner Doktorarbeit in Berlin gab er mir entscheidende Impulse und wegweisende Anregungen für die Argumentation und Gestaltung der Arbeit. Die Bestätigung und die Anleitung, die ich in der gedanklichen Auseinandersetzung mit ihm erfahren konnte, haben meine geistige und berufliche Orientierung über das Datum der Promotion hinaus wesentlich beeinflusst.

Herr Prof. Dr. P. ERGENZINGER gab mir bei zwei gemeinsamen Exkursionen im Untersuchungsgebiet und bei zahlreichen Gesprächen wertvolle Hinweise und praktische Hilfen für die Ausführung der Arbeit.

Dr. Theo RAUCH wirkte konstruktiv und ordnend auf meine theoretischen Überlegungen. Dr. Jörg JANZEN und Thomas VETTER koordinierten die Publikation des Textes.

Dem DAAD bin ich für das zweijährige Studienstipendium zu Dank verpflichtet, das es mir ermöglichte, in Kairo Arabisch zu lernen und von dort aus regelmäßige Besuche in meinem Untersuchungsgebiet zu unternehmen. Dozenten und Studienkollegen an der amerikanischen Universität in Kairo beteiligten sich in zahlreichen Diskussionen an meiner Arbeit. Genannt seien Dr. D. COLE, Dr. S. E. IBRAHIM, Dr. M. JONES, Dr. N. HOPKINS und Dr. Jürgen KOCH.

In Marsa Matruh wurden meine Untersuchungen durch die wohlwollende Duldung des Gouverneurs und vor allem des Generaldirektors der Landerschließung, Mr. M. ALLAM, erheblich erleichtert. Angenehm waren mir die interessanten Gespräche mit Dr. SALAH und vor allem der freundliche Kontakt zu den Aulad Ali selbst.

Abschließend, aber eigentlich an erster Stelle, danke ich meinen Eltern für all das, womit sie mich über viele Jahre unterstützt haben, und meiner Frau danke ich für ihre Geduld und Anteilnahme, mit der sie mir beim Schreiben den Rücken gestärkt hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Danksagung	
Inhaltsverzeichnis.....	i
Verzeichnis der Abbildungen.....	v
Verzeichnis der Tabellen.....	vi
Verzeichnis der Fotos.....	vi
Zusammenfassung.....	vii
Summary.....	ix
Die Lage des Untersuchungsgebietes.....	xi
Das Governorat Marsa Matruh.....	xii
Vorbemerkung.....	xii
Kapitel A : KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN.....	1
1. EINLEITUNG: Die staatliche Entwicklungsförderung beschleunigt den sozialen Wandel in der Stammesgesellschaft.....	1
2. PROBLEMSTELLUNG: Stamm und Staat - Gegner oder Partner im Entwicklungsprozeß?.....	5
3. WAS BEDEUTET ENTWICKLUNG?.....	7
3.1. Normatives Verständnis: Verbesserung.....	7
3.2. Zur Vielschichtigkeit des Entwicklungsbegriffes.....	9
4. THEORETISCHE KONZEPTION: Die räumlichen Ebenen von Entwicklung.....	11
4.1. Globale Ebene: Dependenz.....	12
4.2. Nationale Ebene: Der periphere Staat.....	14
4.3. Regionale Ebene: Das sozioökonomische System.....	17
4.3.1. Die Region als Lebenswelt und Verwaltungseinheit.....	17
4.3.2. Sozialer Wandel: Produktionsweisen und Agrarentwicklung.....	18
4.3.3. Der Haushalt im Verflechtungsnetz.....	19
4.3.4. Ökologische und soziokulturelle Grundlagen: Nomadenstämme als theoretische Sonderfälle?.....	21
5. STRATEGISCHE KONZEPTION: Der Staat als Motor der Entwicklung?.....	24
5.1. Warum soll Entwicklung "von unten" kommen?.....	24
5.2. Entwicklungsförderung "von oben" ist notwendig!.....	26

5.3.	Das Konzept der Ländlichen Regionalentwicklung als Beispiel.....	27
5.4.	Autochthone Strukturen als Entwicklungszellen?.....	31
6.	VORGEHENSWEISE UND METHODIK.....	35
7.	MATERIELLE BASIS DER STUDIE	38
Kapitel B : AUSGANGSBEDINGUNGEN: NATURRAUM UND		
TRADITIONALES STAMMESSYSTEM		
		42
1.	AGRARÖKOLOGISCHE GRUNDLAGEN UND IHRE NUTZUNG	42
1.1.	Ökologische Grundlagen	42
1.2.	Nomadische Weidewirtschaft.....	44
1.3.	Pflanzenbau.....	49
1.4.	Wasserversorgung	57
2.	BEDUINEN UND BAUERN IN ÄGYPTEN: 1000 JAHRE KONTAKTE UND	
	KONFLIKTE.....	60
2.1.	Welche Funktion hatten Nomaden in Ägyptens Geschichte?.....	60
2.2.	Die beduinische Vergangenheit Ägyptens.....	63
2.3.	Die Symbiose von Beduinen und Bauern.....	65
2.4.	Seßhaftmachung und Auflösung der Stämme im 19. Jahrhundert.....	66
2.5.	Beduinentum und ägyptische Identität.....	68
3.	GESCHICHTE DER AULAD 'ALI.....	69
3.1.	Herkunft und Einwanderung nach Ägypten.....	69
3.2.	Konflikte mit der Kolonialmacht: Die Aulad 'Ali zwischen den Fronten des	
	europäischen Imperialismus.....	72
3.2.1.	Schmuggler und der Beginn der staatlichen Präsenz	73
3.2.2.	Auseinandersetzungen um die Westgrenze	76
3.2.3.	Ausbreitung und Zerschlagung der Sanussi-Sekte	82
3.2.4.	Der Zweite Weltkrieg in der Libyschen Wüste.....	89
4.	STAMMESSYSTEM	90
4.1.	Spannung und Zusammenhalt als Grundprinzipien.....	90
4.2.	Genealogisches Prinzip und Stammesstruktur	93
4.3.	Funktionale Gliederung.....	97
4.4.	Murabitin und Sa'adi.....	103
4.5.	Räumliche Verteilung der Stammesgruppen	106

Kapitel C: STAATLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS EINGRIFF IN DAS STAMMESSYSTEM.....	111
1. DER STAAT ALS ENTWICKLUNGSMOTOR.....	111
1.1. Nationale Ebene: Patrimonialismus und bürokratische Entwicklungsgesellschaft.....	111
1.2. Interessen und Ziele staatlicher Regionalentwicklung.....	114
1.3. Aufbau und Aufgaben der regionalen Entwicklungs- bürokratie.....	120
1.4. Maßnahmen und Ergebnisse der Entwicklungsförderung.....	124
2. INSTITUTIONALISIERUNG DER VERBINDUNG STAMM - STAAT.....	131
2.1. 'umda: Kontakt und Kontrolle.....	133
2.2. majlis: Politische Partizipation.....	138
2.3. jama'iya: Genossenschaft der Hilfsempfänger.....	143
3. STAMM UND STAAT ALS KONTRAHENTEN IM ENTWICKLUNGS- PROZESS?	150
3.1. Stammesrecht und staatliches Gesetz.....	150
3.2. Kollektives Nutzungsrecht und individueller Landbesitz.....	156
3.3. Alte Führer und neue Funktionäre.....	159
3.4. Stammesidentität und nationales Bewußtsein.....	166
Kapitel D: SOZIALER WANDEL: VOM NOMADENSTAMM ZUM WÜSTENPROLETARIAT?.....	171
1. DIE WIRTSCHAFT STEUERT DEN WANDEL.....	171
1.1. Zur Bedeutung ökonomischer Rahmenbedingungen.....	171
1.2. Der Viehmarkt als Knotenpunkt der Verflechtung.....	172
2. DER HAUSHALT IM VERFLECHTUNGSNETZ.....	180
2.1. Subsistenz und Marktproduktion: Ökonomische Integration.....	180
2.2. Haushaltstypen	184
2.2.1. Mobile Viehhalter-Lohnhirten	184
2.2.2. Seßhafte Viehhalter mit ergänzendem Pflanzenbau.....	188
2.2.3. Kombinierte Vieh- und Pflanzenproduzenten	194
2.2.4. Lohnarbeiter mit Viehbesitz	196
2.2.5. Pächter-Lohnarbeiter	199
2.2.6. Agrarunternehmer	201

2.2.7.	Händler mit Viehbesitz.....	203
2.3.	Der Haushalt als Basis einer "Überlebensökonomie".....	205
3.	SOZIALE GEGENSÄTZE IN DER STAMMESGEMEINSCHAFT.....	207
3.1.	Sozioökonomische Differenzierung.....	207
3.2.	Urbanisierung und Peripherisierung: Die Stadtbeduinen von Marsa Matruh.....	216
3.3.	Die Stadt als "Schmelztiegel"?	223
3.4.	Risse im Sozialgefüge: Konfliktpotential.....	226
Kapitel E: WANDEL UND ENTWICKLUNG ALS GEGENSÄTZE?.....		230
1.	BEWERTUNG: VERBESSERUNGEN DURCH DIE ENTWICKLUNG.....	230
2.	ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN: WOHIN FÜHRT DER SOZIALE WANDEL?	235
3.	PROBLEM: SPANNUNGEN ZWISCHEN ENTWICKLUNG UND SOZIALEM WANDEL	237
4.	EIN ANSATZ: STAMM UND STAAT ALS PARTNER IM ENTWICKLUNGSPROZESS.....	240
ANHANG		
1.	LITERATURVERZEICHNIS	242
2.	BILDERTEIL	256

Verzeichnis der Abbildungen

		Seite
A-1	Lage des Untersuchungsgebietes.....	xi
A-2	Das Governorat Marsa Matruh.....	xii
A-3	Siedlungs- und Landnutzungsmuster in al-Qasr 1930 - 1985	3
B-1	Klimadiagramm der Station Marsa Matruh	42
B-2	Profil vom Mittelmeer zur Qattara-Senke.....	42
B-3	Schema der traditionellen und aktuellen Landnutzung der Aulad 'Ali.....	47
B-4	Landnutzungszonen in der nordwestlichen Küstenregion.....	48
B-5	Relief und Kulturlächen im Bereich des Wadi Jarawla	50
B-6	Standort-Lagetypen.....	52
B-7	Anlage einer Zisterne.....	59
B-8	Gliederung der Sa'adi-Stämme.....	70
B-9	Sanussi-Niederlassungen in Ägypten um 1900.....	83
B-10	Gliederung der Aulad 'Ali.....	94
B-11	Räumliche Verteilung der Stammesgruppen	107
B-12	Schematische Darstellung eines Klanterritoriums	109
C-1	Schematische Darstellung der Verbindung staatlicher und stammlicher Institutionen.....	132
C-2	Sitzverteilung der Stämme im majlis mahalli.....	141
D-1	Viehexport aus Marsa Matruh nach Saudi Arabien.....	174
D-2	Lokalisation der Fallstudien-Haushalte	183
D-3	Lagerplatz des Ibrahim Isliman	184
D-4	Wohnplatz des Muhammad Islib 'Uthman.....	188
D-5	Wohnplatz des Idris Zayid Nuh.....	191
D-6	Wohnplatz und Kulturland des Yadim Ibrahim Hussein.....	194
D-7	Wohnplatz des Safi 'Awadda.....	197
D-8	Wohnplatz und Pachtland des Ruhuma Idris.....	199
D-9	Wohnplatz und Kulturland des Hajj Yakub	201
D-10	Stadthaus des Khairallah	203
D-11	Verteilung von Vieh- und Landbesitz in al-Qasr.....	209
D-12	Beschäftigungsstruktur im Governorat Marsa Matruh.....	213
D-13	Bildungsstand der Bevölkerung im Governorat Marsa Matruh.....	215
D-14	Bevölkerungsentwicklung im Governorat Marsa Matruh.....	220
D-15	Marktviertel von Marsa Matruh	225

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
B-1	Abgrenzung der Wüstenformationen im Untersuchungsgebiet44
B-2	Niederschläge und Ernteergebnisse (Gerste)55
C-1	Bevölkerung im Governorat Marsa Matruh nach Bezirken121
C-2	Stammeszugehörigkeit der Mitglieder von sieben Genossenschaften westlich von Marsa Matruh146
C-3	Viehbestand in Jarawla148
D-1	Organisation des Viehhütens177
D-2	Sozioökonomische Typisierung der nichtstädtischen Beduinenhaushalte im Governorat Marsa Matruh182

Verzeichnis der Fotos

	Seite
Foto 1:	Grab des Sheikh Sahfag in El Qasr 256
Foto 2:	Schafherde an überweidetem Wadihang neben eingehegten Kulturflächen 256
Foto 3:	Mit Sackleinen ausgebesserte Nomadenzelte im Wadi Garawla 257
Foto 4:	Zelt und Steinhaus einer vor wenigen Jahren seßhaft gewordenen Familie der Sanaqra 257
Foto 5:	Alte Zisterne, die Mitte der 70er Jahre wieder ausgeräumt und auszementiert wurde 258
Foto 6:	Von einer neuen Zisterne wird das Wasser mittels Eselskarren abtransportiert... 258
Foto 7:	Viehmarkt in Marsa Matruh 259
Foto 8:	Wadilandschaft westlich von Marsa Matruh 259
Foto 9:	Traditioneller Ritzpflug aus Holz 260
Foto 10:	Pflügen mit Traktor 260
Foto 11:	Bewässern von Feigensetzlingen aus einem Faß, das mit einem Eselskarren transportiert wird 261
Foto 12:	Mittagsrast während der Feldbestellung 261
Foto 13:	Traditionelle Methode der Getreideernte durch Ausreißen der Pflanzen 262
Foto 14:	Das Dreschen des Getreides wird von Lohnunternehmern ausgeführt, die stundenweise bezahlt werden 262
Foto 15:	Beduinenladen in Marsa Matruh mit einem Warensortiment für den Bedarf der Wüstenbewohner 263
Foto 16:	Typische Befragungssituation: Zubereitung des Begrüßungstees 263

Zusammenfassung

Die Stämme der Aulad 'Ali leben im Governorat Marsa Matruh im Nordwesten Ägyptens. Unter dem Einfluß der staatlichen Entwicklungsförderung wurden die meisten Stammesmitglieder während der letzten drei Jahrzehnte in einem schmalen Streifen entlang des Mittelmeeres seßhaft. Zusätzlich zur Viehproduktion betreiben sie heute Acker- und Obstbau, soweit es die marginalen ökologischen Bedingungen der Region zulassen. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Lebens- und Wirtschaftsweise der Beduinen werden in der vorliegenden Arbeit dargestellt und auf entwicklungstheoretischer Grundlage analysiert.

Der Gegenstand der Untersuchung läßt sich durch zwei charakteristische Begriffspaare gliedern:

- Stamm und Staat
- Entwicklung und Wandel

Die theoretische Konzeption gründet sich auf ein normatives Entwicklungsverhältnis. Die komplexe Problematik der Entwicklung wird durch eine funktionsräumliche Unterscheidung von globalen, nationalen und regionalen Ebenen bis hinunter zum einzelnen Haushalt strukturiert. Es wird argumentiert, daß alle diese Ebenen im Zusammenhang miteinander stehen. In der strategischen Konzeption wird daran anschließend die Frage diskutiert, auf welcher Ebene eine Entwicklungsförderung ansetzen könnte.

Speziell geht es darum, unter welchen Bedingungen ein peripherer Staat selbst die Funktion eines Motors der Entwicklung übernehmen könnte. Damit in peripheren Regionen eine Förderung "von oben" tatsächlich zu einer Entwicklung im Sinne der dort lebenden Menschen beitragen kann, bedarf es deren aktiver Beteiligung "von unten". Das Handeln der Menschen in traditionellen Gemeinschaften wird von den bestehenden sozialen Beziehungen geprägt. Als Abschluß der konzeptionellen Überlegungen wird deshalb postuliert, daß autochthone Sozialstrukturen, die eine aktive Teilnahme und gleichberechtigte Teilhabe der regionalen Bevölkerung ermöglichen, als "Entwicklungszellen", das heißt, als Ansatzpunkte für Entwicklungsprojekte, fungieren können.

Die Analyse geht von der Hypothese aus, daß die staatliche Entwicklungsförderung den sozialen Wandel und damit die Auflösung der Stammesgesellschaft beschleunigt. Stamm und Staat sind ihrem Aufbau und ihrer Funktion nach ungleiche Partner. Auf der einen Seite steht der Staat mit seiner zentralistisch geführten und hierarchisch organisierten Verwaltung. Auf der anderen Seite gehört die Bevölkerung der Region zu segmentär untergliederten Stammesgruppen ohne eine zentrale Führung. Das Spannungsfeld dieser Strukturen bestimmt den Verlauf der Entwicklung und die Auswirkungen des sozialen Wandels.

Der ägyptische Staat unternimmt seit drei Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen zur Entwicklung des peripheren Wüstengovernorates Marsa Matruh. Mit der Unterstützung der Seßhaftwerdung wird zugleich das Ziel verfolgt, die Beduinen im Grenzgebiet zu Libyen

unter Kontrolle zu bringen und sie zu "ägyptisieren". Die staatlichen Maßnahmen in der Region sind deshalb zugleich Eingriffe in das Stammessystem. Als Beispiel wird die Institutionalisierung des Kontaktes zwischen staatlichen Organisationen und der Stammesbevölkerung dargestellt: Um die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Verwaltungsstellen im Governorat und der Stammesbevölkerung zu organisieren, wurden drei Institutionen geschaffen: Ein Netz von Kontaktmännern ("umda") der Sicherheitspolizei, ein parlamentarisches System ("majlis") und Genossenschaften ("jama'iya"). Trotz des starken staatlichen Einflusses ist aber festzustellen, daß die drei Institutionen keineswegs nur "von oben nach unten" als Herrschaftsinstrumente funktionieren. Sie sind umgekehrt auch von der autochthonen Sozialstruktur der Aulad 'Ali durchdrungen und können dadurch zur Vertretung und Durchsetzung von Bevölkerungsinteressen "von unten nach oben" aktiv werden. Stamm und Staat treten sich folglich im direkten Kontakt nicht offen als Kontrahenten gegenüber. Es gibt zwar unvereinbare Widersprüche zwischen beiden Seiten, beispielsweise im Gegensatz von traditionellem Stammesrecht und staatlichem Gesetz, aber der Entwicklungsprozeß wird sowohl durch staatliche als auch durch tribale Strukturelemente geprägt.

Den überwiegend positiv zu wertenden Ergebnissen der staatlichen Entwicklungsförderung stehen einige Begleiterscheinungen gegenüber, die für einen Teil der Bevölkerung zu einer relativen Verschlechterung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen führen. Der soziale Wandel führt zu einer Differenzierung und partiellen Auflösung der Stammesgemeinschaften. Die wirtschaftliche Integration der Viehproduktion und die staatliche Förderung des Pflanzenbaus tragen dazu bei, daß heute nur noch ein kleiner Teil der Beduinenfamilien von mobiler Viehhaltung lebt. Die Viehproduktion bleibt zwar weiterhin dank hoher Verkaufspreise (Export nach Saudi Arabien) die wichtigste wirtschaftliche Grundlage in der Region; andere Einkommensquellen und Produktionsformen gewinnen jedoch an Bedeutung. Verschiedene Haushaltstypen haben sich herausgebildet. Die kombinierte Vieh- und Pflanzenproduktion ermöglicht den Beduinen, die gleichzeitig Herden und Land besitzen, ein ausreichendes Einkommen, zumal gerade diese Gruppe in den letzten Jahren besonders von den staatlichen Entwicklungsprogrammen profitieren konnte. Auf der anderen Seite sind die Haushalte der Lohnarbeiter allenfalls mittelbar an den Verbesserungen der Produktionsbedingungen beteiligt. Die mobilen Viehhalter schließlich sind durch die seßhafte Besiedlung und die individuelle Aneignung von Land im Küstenstreifen von den guten Weidegebieten an der Küste und von einer Teilnahme an den Entwicklungsprogrammen weitgehend ausgegrenzt. Sie sind dadurch gegenüber den landbesitzenden Familien benachteiligt. Die ärmeren Familien sind auf eine Kombination mehrerer Einkommen aus Lohnarbeit und Agrarproduktion als Überlebensstrategie angewiesen.

Abschließend wird die Frage diskutiert, in welchem Verhältnis die vom Staat unterstützte Entwicklung und der geschilderte soziale Wandel zueinander stehen. Tribale Strukturen erfüllen in Marsa Matruh eine wichtige Funktion im Entwicklungsprozeß, weil sie Grundlagen für eine aktive und selbstbewußte Beteiligung der Bevölkerung sind. Es wurden klare Verbesserungen für die Beteiligten erreicht, aber die überproportionale Begünstigung einiger

Bevölkerungsgruppen und die Schwächung und partielle Auflösung des Stammessystems verstärken auch soziale Ungleichheiten und schaffen Konfliktpotential.

Summary

"The Aulad Ali between tribe and state: Development and social change of the bedouins in northwestern Egypt"

The Aulad Ali bedouin tribes of Marsa Matruh governate in northwestern Egypt are presently in a state of transition from pastoral nomadism to sedentary agriculture. This study attempts to analyze the mechanisms of change in the way of life and the mode of production of the bedouins. The analysis refers to a number of development theories on global, national, regional and household levels in order to show how change in a local community is affected by influences from all of these levels. It is argued that development and social change of the Aulad Ali are largely determined by the relationship and cooperation between tribe and state. These two sides are characterized by heterogeneous structures: The state is represented in the areas by its local administration which is part of the highly centralized bureaucracy. The local bedouin population on the other hand is split into numerous tribal segments without any central leadership.

For three decades the Egyptian Government has taken considerable efforts to develop the remote desert governorate of Marsa Matruh. The extension of cultivation and the construction of houses, cisterns and physical infrastructure contributed to an improvement of living conditions of the bedouins. However, public development programs were not only implemented to help the bedouins but they also had political objectives: They were also carried out in order to gain control over the tribal population living near the disputed Libyan border and to "egyptianize" the tribesman. Under these conditions the government's development policy contains two contradictory strategical implications towards traditional tribal organization: On the one hand, tribal structures are gradually weakened and dissolved by economic, administrative and political integration of the tribes into the wider national context. On the other hand, these structures are the basis for an active participation of the bedouin population in development programs.

Cooperation between the government and the tribesmen has been organized in three forms of institutions:

1. A network of middlemen ("umda") of the security police established in all tribal units.
2. Regional councils ("majlis") represent the tribal population in political affairs.
3. Cooperatives ("jamaiya") were formed to support agricultural development.

All these institutions were originally established by the state. The Aulad Ali, however, modified their composition and function in such a way that they would fit into their own tribal organization. Consequently, none of these institutions can be simply regarded as an instrument of control. Instead, they have taken an active role in the expression and support of tribal interests vis-à-vis the government.

Change resulted in a socio-economic differentiation of the tribal population. Livestock production is still the main source of income, although only about 10 percent of the bedouins still practise nomadic pastoralism. Other sources of income gained in importance: A growing number of households live off a combination of animal husbandry and cultivation. The bedouins who settled in the coastal zone took the once commonly owned grazing land into individual possession. Since cultivable areas are limited, those tribesmen who were not able to take landed property are now forced either to remain pastoralists in the less fertile desert areas to the south, or they have to seek an income from wage labour.

It is concluded that the state in Marsa Matruh has taken the role of a "motor of development". At the same time, however, this development policy accelerates social change. This results in a weakening of tribal structures and in an uneven distribution of chances for the tribesmen to participate in development.

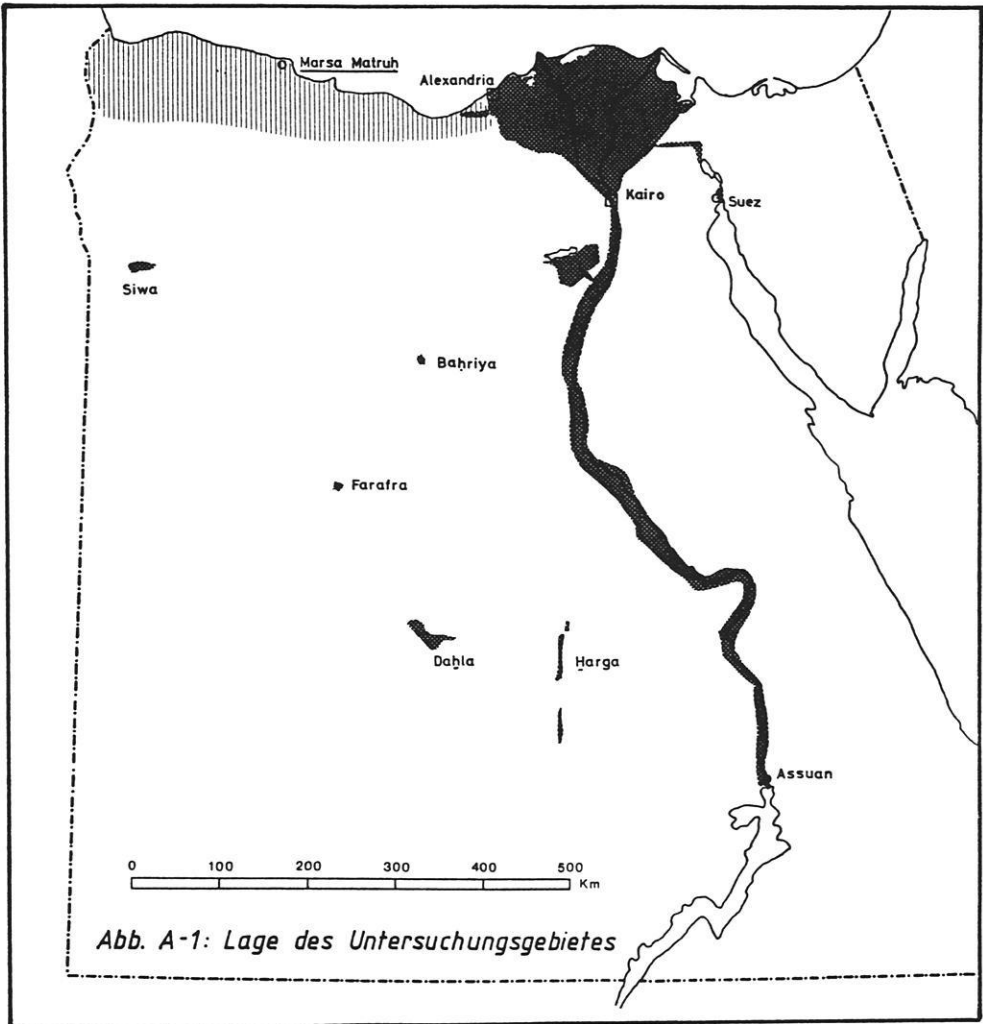
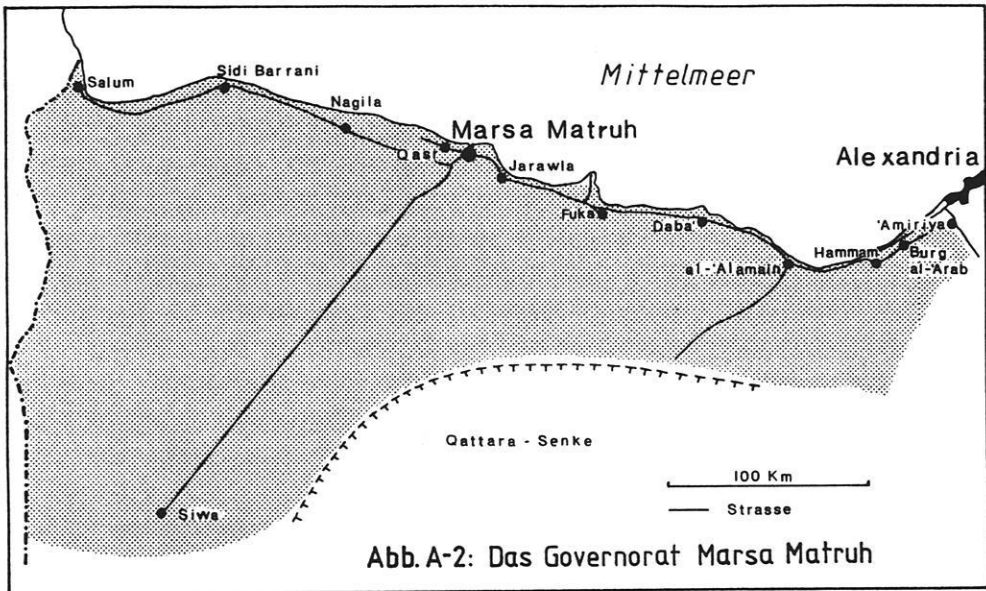


Abb. A-1: Lage des Untersuchungsgebietes



Vorbemerkung

Die Transkription arabischer Worte orientiert sich im vorliegenden Text weitgehend an dem System, das WEHR in seinem Arabischen Wörterbuch für die Schriftsprache der Gegenwart (Dritte unveränderte Auflage, Wiesbaden 1958) verwendet. Aus drucktechnischen Gründen wurde die transkribierte Schreibweise wie in der englischsprachigen Literatur vereinfacht:

- Lange Vokale werden nicht durch einen Querbalken über dem Buchstaben kenntlich gemacht.
- ع (ayn) wird durch Apostroph (') dargestellt.
- Die emphatischen Laute ط (ta'), ص (sad) und ض (dad) werden einfach als t, s und d wiedergegeben.
- Die beiden "h"-Laute ه (ha') und ح (ha') werden nicht differenziert.

Allgemein bekannte Namen wie Nasser oder Alexandria werden in der üblichen deutschen Schreibweise aufgeführt.

A. KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN

1. EINLEITUNG:

Die staatliche Entwicklungsförderung beschleunigt den sozialen Wandel in der Stammesgesellschaft

Bei den Stämmen der Aulad 'Ali im Nordwesten Ägyptens hat sich in den letzten Jahren vieles verändert. Innerhalb einer Generation erlebten sie einen tiefgreifenden Wandel ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise, der bis heute nicht abgeschlossen ist: Noch vor 30 Jahren waren die meisten der damals etwa 60 000 Stammesmitglieder Nomaden. Ihre Weidegebiete erstreckten sich vom Westrand des Nildeltas über fast tausend Kilometer entlang der Mittelmeerküste bis in die libysche Cyrenaika. Doch heute ist von der früheren Lebensweise der Aulad 'Ali nicht mehr viel zu sehen, wenn man auf der neuen vierspurigen Straße von Alexandria nach Marsa Matruh fährt: Zahlreiche Steinhäuser säumen die 300 Kilometer lange Strecke. Nur noch ganz vereinzelt entdeckt man zwischen den Häusern da und dort noch einige zerlumpte Beduinenzelte, die wie Überbleibsel aus der Vergangenheit wirken. Bis an die Küste erstrecken sich Feigenplantagen, in den Niederungen liegen einzelne Olivenhaine, und überall grünen im Frühling die Gerstefelder. Wadis, die man auf der Fahrt durchquert, sind stufenweise durch kleine Dämme gesperrt, über die bereits die Spitzen heranwachsender Obstbäume aufragen. Eine Eisenbahnlinie und eine Trinkwasserpipeline begleiten die Straße bis in die Stadt Marsa Matruh. An den Wasserzapfstellen alle drei bis vier Kilometer drängen sich die Anwohner aus der Nachbarschaft mit Eselskarren und Kleinlastern, um sich mit Frischwasser zu versorgen, das vom Nil hierher gepumpt wird.

Nicht nur über Straße und Wasserleitung hat das abgelegene und karge Wüstengebiet Anschluß an das Niltal und die von dort ausgehende Entwicklung erhalten: Schulen, Gesundheitsstationen, Genossenschaftsläden und Polizeiposten an der Küstenstraße sind Zeichen für die Präsenz des ägyptischen Staates in diesem peripheren Landesteil. Besonders augenscheinlich wird der Einfluß der Regierung aus dem fernen Kairo, wenn die Straße schließlich Marsa Matruh, die Hauptstadt des Governorates, erreicht: Mehrgeschossige Wohnblöcke, wie man sie überall in den Städten des Niltals sieht, begrüßen den Besucher schon am Ortseingang. Verwaltungsgebäude, rechtwinklige Straßen und Hotels prägen den Stadtkern. Nach offiziellen Angaben leben hier in der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung heute fast so viele Menschen wie vor dreißig Jahren in der gesamten Küstenregion. Die Bevölkerung des Governorates hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht.

Straße, Eisenbahn und Wasserleitung durchziehen den Lebensraum der Aulad 'Ali wie Schlagadern, die die Wüste mit dem Niltal und Marsa Matruh mit Kairo verbinden. Die Schnellstraße endet in der Stadt Marsa Matruh direkt vor dem Sitz der Governoratsverwaltung. Daß diese wichtigste Lebensader der Stadt geradewegs hierher führt, mag sinnbildlich dafür sein, daß die Straße nicht nur als Versorgungslinie dient. Sie ist zugleich ein Indikator der politischen und wirtschaftlichen Anbindung: Die Wüstenprovinz steht unter einer beson-

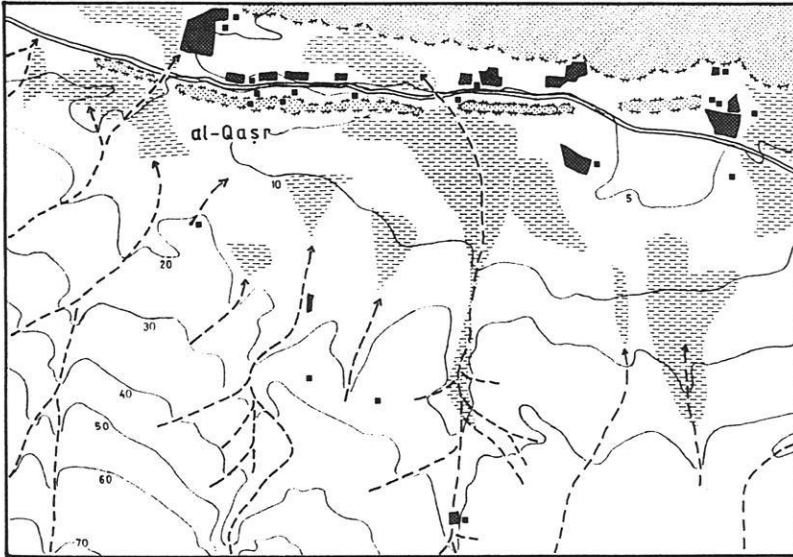
deren Aufsicht durch den Staat, dessen Aufwendungen zur Unterstützung der Bewohner und zur Entwicklung der Region hier pro Kopf der Bevölkerung höher sind als irgendwo sonst in Ägypten. Was ist der Grund für das besondere Engagement des Staates in Marsa Matruh?

Das Gebiet nimmt in dreifacher Hinsicht eine Sonderstellung in Ägypten ein (siehe Abb. A-1):

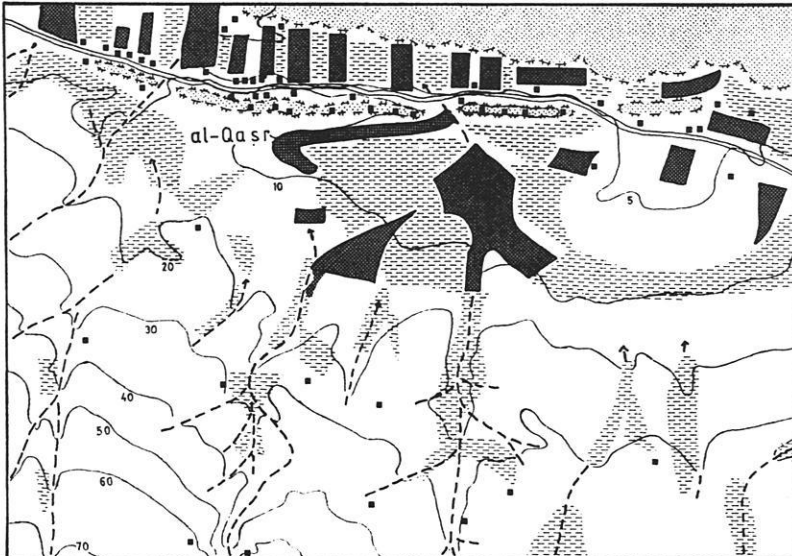
1. In seiner ökologischen Ausstattung unterscheidet es sich grundlegend vom ägyptischen Kernland in der Nilstromoase. Von der Gesamtfläche des Governorates, das sich über fast 500 Kilometer vom Westrand des Nildeltas bis an die Grenze nach Libyen erstreckt, erhält nur ein schmaler Streifen entlang der Mittelmeerküste winterliche Niederschläge, die einen begrenzten Trockenfeldbau ermöglichen. Der gesamte Rest der Fläche ist Wüste, die nur noch eine extensive Weidewirtschaft erlaubt.
2. In ethnischer Hinsicht besteht ebenfalls ein Gegensatz zwischen dem ägyptischen Kernland und der Wüste: Die Bevölkerung der Wüstenprovinz besteht zu 90% aus Beduinen, die sich in ihrem Selbstverständnis, ihrer Lebensweise und sogar in ihrem äußeren Erscheinungsbild deutlich von der Fellachenbevölkerung des Niltals unterscheiden. Die Beduinen sind in den großen Stammesverbänden der Aulad 'Ali organisiert, die sich bis in die Gegenwart eine gewisse Autonomie gegenüber dem Staat erhalten konnten.
3. Die Sonderstellung der Region ist auch auf ihre Lage im ägyptischen Staatsgebiet und auf die momentane außenpolitische Situation zurückzuführen. Das Governorat grenzt an Libyen, das Ägypten seit 1977 ausgesprochen feindselig gegenübersteht. Beide Länder haben deshalb im Grenzgebiet erhebliche Teile ihres Militärs konzentriert. Die Stämme der Aulad 'Ali leben auf beiden Seiten dieser konfliktträchtigen Grenze. Sie sind erst vor zwei bis drei Jahrhunderten aus Libyen nach Ägypten eingewandert. Früher gab es immer wieder Auseinandersetzungen mit der Fellachenbevölkerung und ihrer Regierung. Noch heute fühlen sich deshalb viele Beduinen dem Wüstenstaat Libyen verbunden, besonders seit dort der Ölboom Geld ins Land brachte.

Das Governorat Marsa Matruh ist durch seine ökologische und soziale Andersartigkeit und durch die besonderen politischen Umstände ein Problemgebiet für die ägyptische Entwicklungsplanung. Dazu kommt, daß die Provinz durch offizielle Statistiken als ein besonderes Armutsgebiet ausgewiesen ist, in dem die Durchschnittseinkommen, die Alphabetisierungsquote und die infrastrukturelle Ausstattung weit unter dem nationalen Standard liegen. Durch das Zusammentreffen dieser verschiedenen Umstände sah sich der ägyptische Staat zum Eingreifen veranlaßt, nachdem die Region noch bis vor drei Jahrzehnten von der Regierung im fernen Kairo praktisch sich selbst überlassen worden war.

Ende der fünfziger Jahre wurde damit begonnen, das Entwicklungskonzept aus dem Niltal auch in die Wüste zu exportieren. Obwohl es dabei erhebliche Schwierigkeiten und Rückschläge gab, hat die staatliche Entwicklungspolitik in Marsa Matruh inzwischen doch deutliche Spuren hinterlassen, wie die vielen Häuser an der Verbindungsstraße zeigen: Diese



1930



1985

0 1 2 3 km

Gerstefelder

Baum- und
Gemüse-
kulturen

Häuser



Abb. A-3: Siedlungs- und Landnutzungsmuster in Al-Qasr 1930-1985

Beobachtung wird noch deutlicher durch einen Vergleich des heutigen Landschaftsbildes mit dem Zustand, der auf Karten aus den frühen dreißiger Jahren festgehalten ist. Das Ausmaß des Wandels im Siedlungs- und Landnutzungsmuster der Region sei hier am Beispiel des Gebietes von al-Qasr, zehn Kilometer westlich der Stadt Marsa Matruh, verdeutlicht (siehe Abb. A-3). Im Vergleich des früheren und des aktuellen Zustandes der Landnutzung fällt auf, daß die Seßhaftwerdung der Beduinen einherging mit einer Verdichtung der Besiedlung und einer Intensivierung der Landnutzung in einem schmalen Streifen entlang der Küste. Nomadische Gruppen leben heute nur noch am südlichen Rand dieses Verdichtungssaumes außerhalb des kartierten Gebietes.

Die nomadische Weidewirtschaft, die früher durch ihre Mobilität verschiedene ökologische Zonen der Küstenregion in einem einzigen Nutzungssystem miteinander verband, wurde inzwischen gleich in zweifacher Hinsicht zurückgedrängt: In dem heutigen Verdichtungssaum an der Küste wurde das beste Weideland in Mulden und Tälern unter Kultur genommen. Die seßhaft gewordenen Beduinen behielten aber weiterhin ihr Vieh, das sich mit den verbleibenden Weideflächen im Umkreis der Häuser begnügen muß. Die früheren Sommerweidegebiete der Nomaden sind somit weitgehend durch inzwischen seßhaft gewordene Viehhalter okkupiert. Weiter südlich aber, in den ehemaligen Winterweidegebieten, wird den noch verbleibenden nomadischen Gruppen durch Lohnhirten Konkurrenz gemacht, die hier das Vieh von Herdenbesitzern hüten, die selbst als Seßhafte an der Küste oder sogar in der Stadt Marsa Matruh leben. Damit ist schon angedeutet, daß das Verschwinden des Nomadismus nur ein Teil eines Veränderungsprozesses ist, der tiefgreifende und für manche Beteiligte sicher auch problematische Auswirkungen hat. Welcher Art sind diese Veränderungen?

Nomadismus und Stammesorganisation waren die beiden miteinander funktional verknüpften Merkmale der früheren Lebens- und Wirtschaftsweise der Aulad 'Ali. Die Beobachtung, daß der Nomadismus inzwischen weitgehend aus der Landschaft verschwunden ist, läßt darauf schließen, daß auch das zweite Merkmal der alten Lebens- und Wirtschaftsweise von den Veränderungen betroffen ist: Die Stammesorganisation, so ist zu vermuten, hat einen tiefgreifenden strukturellen Wandel durchlaufen. Soziale Veränderungen jedoch lassen sich durch die Beobachtung ihrer Symptome nur unvollständig erfassen. Dazu bedarf es einer tiefgehenden Analyse, wie sie in der vorliegenden Arbeit versucht werden soll. Dabei wird sich die Perspektive der Untersuchung von der Frage leiten lassen, wie es zu den beobachteten und räumlich manifestierten Veränderungen gekommen ist. Nicht die Phänomene an sich, sondern ihre Hintergründe stehen im Mittelpunkt des Interesses.

Die Seßhaftwerdung von Nomaden und der damit einhergehende Wandel ihrer Sozialstruktur wurden bereits in zahlreichen Studien in den Ländern des altweltlichen Trockengürtels untersucht. Das Phänomen der Seßhaftwerdung mag deshalb scheinbar an Aktualität als Forschungsgegenstand verloren haben. Doch die Situation in Marsa Matruh zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus, die eine spezielle Perspektive der Untersuchung erlauben.

Ein Schlüssel zur Beantwortung der Leitfrage nach den Hintergründen der gegenwärtigen Entwicklung ist dort zu suchen, wo die Straße aus dem Niltal in Marsa Matruh endet, nämlich

am Sitz des Gouverneurs. Hier liegt die Schaltstelle zwischen der Regierung in Kairo und der lokalen Entwicklungsbürokratie, von hier aus werden die aus Kairo zugewiesenen Mittel über die Region verteilt, hier werden die verschiedenen Maßnahmen der staatlichen Organisationen vor Ort koordiniert, und hier tagt auch das von der Bevölkerung gewählte Regionalparlament. Der Staat ist in dem Wüstengovernorat heute fest etabliert und bestimmt als treibende Kraft die ökonomische Entwicklung in der Region.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Entwicklung bei den Aulad 'Ali innerhalb des Spannungsfeldes zu analysieren, das ihren Verlauf bestimmt: Zwischen Stammesstrukturen und staatlichen Eingriffen, zwischen Tradition und Moderne, zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung. Dabei sei von folgender **Hypothese** ausgegangen:

Die staatliche Entwicklungsförderung beschleunigt den sozialen Wandel und die Auflösung der Stammesgesellschaft.

2. PROBLEMSTELLUNG:

Stamm und Staat - Gegner oder Partner im Entwicklungsprozeß?

Die Entwicklung in Marsa Matruh wird wesentlich bestimmt vom Wirken des Staates, wie schon in der einleitenden Beschreibung der Situation im Untersuchungsgebiet gezeigt wurde. Das bedeutet aber, daß in diesem Entwicklungsprozeß zwei vollkommen andersartige Strukturen aufeinandertreffen: Auf der einen Seite der Staat und auf der anderen Seite die Stämme der Aulad 'Ali. Der Staat ist zentralistisch-hierarchisch aufgebaut und von oben nach unten durchorganisiert, vom Präsidenten an der Spitze über die Ministerialverwaltung in Kairo bis in die Amtsstuben in Marsa Matruh. Demgegenüber besteht die Stammesgesellschaft aus "horizontal" nebeneinander bestehenden verwandtschaftlichen Segmenten. In den beiden so unterschiedlich strukturierten Einheiten sind die internen Aktionsmuster, Entscheidungsfindungen und Funktionsweisen verschieden. Diese beiden Strukturen stehen sich aber nicht nur als ungleiche Pole gegenüber, sondern sie sind auch miteinander verzahnt. Im Spannungsgefüge und im Zusammenspiel zwischen ihnen finden die Veränderungen statt, die in dieser Arbeit untersucht werden sollen. Um die Hintergründe dieser Konstellation und ihre Auswirkungen zu klären, muß einer Reihe von Fragen nachgegangen werden. Die erste Fragestellung der Untersuchung dient der Bestimmung der strukturellen Grundlagen:

(1) Welche Strukturen liegen Stamm und Staat zugrunde?

Die Beantwortung dieser Frage soll sich primär auf die gesellschaftliche Ebene, also die Stammesstrukturen beziehen. Es geht dabei um eine Darstellung des Stammsystems der Aulad 'Ali und um seine Erklärung als Produkt historisch-politischer, ökologischer und

sozialer Faktoren. In der Darstellung sollen die wesentlichen Strukturmerkmale herausgearbeitet werden, die dann in Beziehung zu ihren Funktionen erklärt werden können. Die Funktionen des Stamessystems verändern sich in Wechselwirkung mit äußeren Faktoren. Dadurch sind auch die internen Strukturen betroffen, so daß das Stamessystem nicht als statisches Gebilde aufzufassen ist, sondern gewissermaßen als Abbild früherer Zustände, die in die Gegenwart durchgepaust und dabei verändert, überlagert und durch neue Elemente ergänzt wurden. Form und Funktion der strukturellen Grundlagen der Stämme befinden sich im Wandel. Darauf bezieht sich die zweite Fragestellung der Arbeit:

(2) Welche Mechanismen und Ergebnisse kennzeichnen den sozialen Wandel?

Eine Erklärung des Wandels muß die Wirkung äußerer Faktoren deutlich machen. Diese Frage ist deshalb nicht losgelöst von der Einbindung des regionalen sozioökonomischen Systems der Aulad 'Ali in übergreifende Zusammenhänge zu beantworten, die mit der dritten Fragestellung angesprochen sind:

(3) Welche externen Ursachen erklären den sozialen Wandel?

Dabei wird auf ökonomische und politische Einflüsse auf globaler und nationaler Ebene einzugehen sein. Eine Untersuchung der Hintergründe auf diesen außerregionalen Ursachenebenen ginge jedoch über den Rahmen und die Aufgabenstellung der hier vorzunehmenden Fallstudie hinaus. Ziel ist es stattdessen, die kausale Verknüpfung zwischen den lokalen Phänomenen des sozialen Wandels und den externen Faktoren, deren verändernde Wirkung lokal nachzuweisen ist, unter Bezugnahme auf Entwicklungstheorien zu erklären. Dabei sind globale, nationale und regionale Ursachenebenen mit den entsprechenden theoretischen Erklärungsansätzen zu unterscheiden. In der theoretischen Konzeption dieser Arbeit sollen die theoretischen Ansätze in ihrer Anwendbarkeit für die hier formulierten Fragestellungen diskutiert werden.

Wie eingangs erwähnt, kommt dem Staat eine besondere Bedeutung als Betreiber des Entwicklungsprozesses in der Region zu. Bei der Untersuchung rezenter Veränderungen ist es deshalb nötig, die Aktivitäten des Staates einer näheren Betrachtung zu unterziehen:

(4) Welche Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse kennzeichnen die staatliche Entwicklungspolitik?

Hier soll schließlich wieder an die in der Ausgangshypothese aufgestellte Behauptung angeschlossen werden, daß die staatliche Entwicklungsförderung beschleunigend auf den sozialen Wandel wirke. Im Anschluß an die vier zuerst genannten Fragestellungen soll versucht werden, zu einer Einschätzung der vom Staat in Marsa Matruh betriebenen Regionalentwicklung zu kommen. Während die Entwicklungsförderung, ihren Ansprüchen und Zielen nach, auf Verbesserungen ausgerichtet ist, kann der soziale Wandel zumindest für einen Teil der Stammesbevölkerung mit Verschlechterungen der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen verbunden sein. Die fünfte Fragestellung ist vor dem Hintergrund dieses Widerspruches zu beantworten:

(5) Wie ist die staatliche Entwicklungspolitik zu bewerten?

Die fünf vorhergehenden Schritte liefern die argumentativen Grundlagen für die Problemstellung, die im Mittelpunkt der Arbeit steht: Wenn auf der einen Seite festzustellen ist, daß die autochthonen Strukturen der Bevölkerung als Folge staatlichen Eingreifens verändert werden, auf der anderen Seite aber gezeigt werden kann, daß diese Strukturen durchaus auch wichtige Funktionen im Entwicklungsprozeß haben können, dann zeichnet sich darin ein dialektisches Spannungsverhältnis zwischen Entwicklung und sozialem Wandel ab. Es ist zu fragen, ob es einen Widerspruch zwischen Entwicklungsanspruch (Verbesserungen) und erzielten Ergebnissen oder negativen Folgen (soziale Differenzierung, Verarmung, kulturelle Entfremdung) gibt. Diese Gesichtspunkte sind Bestandteile der zentralen Problemstellung der Arbeit:

(6) Wie funktioniert die Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Stamm und Staat, und in welcher Wechselwirkung steht sie zum sozialen Wandel?

An die empirische Bearbeitung dieser Problemstellung schließen sich einige entwicklungsstrategische Überlegungen an. Wenn nämlich Entwicklung, so wie sie hier verstanden wird, im wesentlichen auf solchen Faktoren wie Selbstbestimmung, Selbsthilfe, aktiver Teilnahme und Teilhabe der Zielbevölkerung beruht, dann könnte autochthonen Strukturen der Bevölkerung eine wichtige Funktion für den Entwicklungsprozeß zukommen. Gezielte Eingriffe von außen, beispielsweise im Rahmen von Projekten, hätten in diesem Fall an bestehende Strukturen anzuknüpfen, und sie dürften sie auf keinen Fall übergehen oder gar zerstören. Die Problemstellung dieser Arbeit ist insofern nicht isoliert auf einen speziellen Kontext bezogen zu sehen, sondern sie verweist auf ein grundsätzliches Problem von Entwicklungsförderung.

3. WAS BEDEUTET ENTWICKLUNG?

3.1. Normatives Verständnis: Verbesserung

Der Terminus hat eine analytische und eine strategische Dimension. Beide sind meines Erachtens nicht voneinander zu trennen, denn eine Analyse von Entwicklungsproblemen erhält erst dann einen Sinn, wenn sie in irgendeiner Weise einen Beitrag dazu leistet, diese Probleme zu lösen. Verbindendes Element zwischen den beiden Dimensionen ist der normative Aspekt des Begriffes, denn aus der Erkenntnis der Ursachen und Probleme der Unterentwicklung ergibt sich die Aufforderung zum Handeln und Eingreifen.

Entwicklung verstehe ich als eine "kumulative Veränderung" (vgl. HAUCK 1979), die eine quantitative Vermehrung (z. B. von Nahrungsmitteln, Einkommen, Ausbildungsplätzen) und gleichzeitig eine qualitative Verbesserung (z. B. von Ernährungslage, Wohlstand, Gesund-

heitsversorgung) umfaßt. Dieser Prozeß verändert die Lebensbedingungen derjenigen Menschen, die daran beteiligt sind. Er kann für sie von schicksalsentscheidender Bedeutung sein, denn von seinen Ergebnissen hängt es ab, ob es ihnen zukünftig besser gehen wird als heute, oder ob sich ihre Existenzgrundlage verschlechtert. Ich schließe mich deshalb der gemeinhin akzeptierten Auffassung an, Entwicklung als einen normativen Begriff zu verstehen und als "Synonym für Verbesserung" (SEERS 1974: 40). Die Zieldefinition eines solchen, auf Verbesserungen ausgerichteten, Entwicklungsprozesses beruht auf bestimmten Werturteilen. Soweit besteht heute in der Diskussion weitgehend Konsens hinsichtlich der allgemeinen Bestimmung des Begriffes. Unterschiede aber kennzeichnen seine speziellen Inhalte: Welche Werturteile ergeben welche Ziele, die auf welchen Wegen erreicht werden sollen?

Schon zu der Frage der Werturteile gibt es verschiedene Auffassungen. Ich gehe davon aus, daß ein entscheidender Maßstab für Zielsetzung und Bewertung von Entwicklung in der Interessen- und Bedürfnislage der Beteiligten zu suchen ist. Die Umsetzung dieses Anspruches bereitet jedoch Schwierigkeiten, denn ein solcher Maßstab läßt sich nicht ohne zusätzliche, subjektiv seitens des Planers oder Wissenschaftlers festgelegte Kriterien zur Grundlage der Zieldefinition in einem zu planenden oder zu bewertenden Entwicklungsprozeß machen. Zwei Probleme ergeben sich aus dem Anspruch, sich an der Interessen- und Bedürfnislage der Beteiligten zu orientieren:

Das erste Problem besteht darin, daß es "die" Interessen der Bevölkerung in peripheren Regionen gar nicht gibt. Eine wirklich homogene Bedürfnisstruktur dürfte wohl eine ausgesprochene Ausnahme sein. Das zweite Problem ergibt sich dann daraus, daß sich auf dieser Grundlage keine überzeugenden und vergleichbaren Kriterien für eine allgemeine Definition von Entwicklungszielen finden lassen. Auch der Versuch, mit den sogenannten "Grundbedürfnissen" einen allgemeinen Standard zu definieren (WALLER 1985), ist in dieser Hinsicht nur als eine Kompromißlösung aufzufassen, die zwar nicht verallgemeinerbar, aber immerhin begrenzt praktikabel ist. Bei der Planung kann auch nicht einfach nur von den "felt needs" der Zielbevölkerung ausgegangen werden, weil Bedürfnisse nicht immer direkt zu erfragen sind, und weil auf diese Weise auch keineswegs sichergestellt werden kann, daß tatsächlich prioritäre Nöte im Sinne der "Grundbedürfnisse" artikuliert oder überhaupt empfunden werden. Ein ägyptischer Fellache legt möglicherweise mehr Wert auf eine neue Moschee im Dorf als auf eine Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Und die meisten Beduinen in Marsa Matruh hätten wohl eher Interesse an neuen Traktoren für die Feldbearbeitung als an einer Beratung für einen angepaßten Erosionsschutz.

Unbestritten ist, daß Bedürfnisse kulturell geprägt sind. Sie sind aber zugleich auch keine vom Weltmarkt und von internationalen Verflechtungen unabhängigen Variablen. Diese Einbindung in globale Zusammenhänge läßt auch den Bereich der Kultur und der Wertmaßstäbe nicht aus. Die Menschen in der Dritten Welt orientieren sich zunehmend an einem Standard, der von den Industrieländern vorgegeben wird. Aus diesem Grunde gehe ich davon aus, daß in einem Entwicklungsprozeß die Zieldefinition nicht alleine der Bewertung der Betroffenen überlassen werden kann. Es ist vielmehr erforderlich, daß Planer und Wissen-

schaftler selbst Kriterien festlegen, für die es, gerade wegen ihres normativen Charakters, keine absoluten Standards geben kann. Nach meiner Auffassung sind dabei Grundbedürfnisse und "felt needs" die entscheidenden Größen, an denen sich die Zieldefinition zu orientieren hat. Eine ethische Rechtfertigung für die Intervention mittels eines Entwicklungsprojektes ist nur aus der sich verschlechternden Situation der Grundbedürfnisbefriedigung abzuleiten. Deshalb ergeben sich für eine normativ verstandene Entwicklung drei allgemeine Ziele:

Das Primärziel des Eingreifens muß eine Lösung existentieller Probleme sein. Dazu ist eine Stabilisierung oder Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung erforderlich, und zwar in erster Linie für diejenigen, denen es am schlechtesten geht. Eine normativ verstandene Entwicklung zeichnet sich deshalb durch ihren **Armutsbezug** aus.

Zweitens muß eine armutsbezogene Entwicklung auf den Abbau sozialer und ökonomischer Benachteiligungen von Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein.

Drittens schließlich muß für die Menschen die Möglichkeit zur **Teilnahme** an Entscheidungen und zur **Teilhabe** an den Ergebnissen der Entwicklung geschaffen werden.

Das dritte Ziel verweist bereits auf den Entwicklungsweg, der zum Erreichen dieser Ziele führen soll. Auch die Auffassung von der "richtigen" Strategie hat einen normativen Aspekt: Entwicklung sollte selbsttragend und selbstbestimmt sein. Ich gehe deshalb davon aus, daß die Menschen in einer Region bei den sie selbst betreffenden Entscheidungen eine maximal mögliche Autonomie haben sollten, und daß die Steuerung eines Entwicklungsprojektes so wenig wie nötig durch externe Planer erfolgen sollte. Welche Grenzen der Verwirklichung dieses Entwicklungsideals in der Praxis gesetzt sind, wird später zu erörtern sein (A-4.3.1).

3.2. Zur Vielschichtigkeit des Entwicklungsbegriffes

Es gibt unzählige Definitionen und Auffassungen von Entwicklung. Je mehr das, was der Ausdruck bezeichnet, zum Thema in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion wurde, desto stärker wächst die Flut von Bedeutungen, die der Begriff transportiert. Die Gefahr einer solchen Bedeutungsinfation liegt jedoch darin, daß dabei der Begriff zu einer Leerformel wird. Bei der Benutzung einer solchen Worthülse wird die Zuweisung eines konkreten Inhalts der Assoziation des Lesers oder Zuhörers überlassen. Zwei fatale Folgen kann eine solche begriffliche Unschärfe haben: Zum einen führt sie zu Mißverständnissen und behindert damit die Kommunikation zwischen Personengruppen, die unterschiedliche Auffassungen von Entwicklung haben oder die sich mit verschiedenen Aspekten dieser The-

matik beschäftigen. Und zum anderen verwischt und versteckt ein solcher Bedeutungsumfang inhaltliche Widersprüche und Gegensätze. Damit behindert er die Suche nach Ursachen und Lösungen von Entwicklungsproblemen. Doch die terminologische Ambivalenz kommt nicht von ungefähr: Der Begriff bezeichnet nicht so sehr einen konkreten, exakt abzugrenzenden Inhalt als vielmehr eine äußerst komplexe Thematik. Die Multidimensionalität von Entwicklung äußert sich in zwei Spaltungen des Begriffes und seiner Bedeutungsebenen:

- Zwischen Praktikern und Theoretikern,
- zwischen verschiedenen Fachdisziplinen.

Der erste Gegensatz bei der Auseinandersetzung mit der Thematik ist der zwischen Theorie und Praxis: Als technisch-instrumenteller Terminus wird Entwicklung pragmatisch, planerisch und zukunftsorientiert verstanden, während im wissenschaftlichen Kontext eher ein historisch-analytisches Verständnis vorherrscht. Praktiker konzentrieren sich auf die Lösung konkreter Entwicklungsprobleme, während Wissenschaftler Erklärungen für solche Probleme suchen. Es soll an dieser Stelle nicht die Spezialisierung auf unterschiedliche Aufgabenstellungen und Arbeitsweisen kritisiert werden, denn eine solche Trennung von "Hand" und "Kopf" ist bei der Beschäftigung mit Entwicklung zweifellos notwendig. Es soll vielmehr auf den bekannten Sachverhalt hingewiesen werden, daß "Hand" und "Kopf" nur gemeinsam vernünftige Ergebnisse erzielen können. Das heißt, daß eine Lösung von Problemen nur dann in sinnvoller Weise möglich wird, wenn dabei deren Ursachen mitberücksichtigt werden, genauso, wie umgekehrt die Suche nach Ursachen nur dann einen über einen reinen Selbstzweck hinausgehenden Sinn erhält, wenn sie einen Beitrag leistet zur Lösung der Probleme, die untersucht wurden. Ich plädiere hier für eine wechselseitige Durchdringung der praktischen und der theoretischen Beschäftigung mit Entwicklung. Daraus folgt für die Konzeption dieser Arbeit, daß nicht nur analytischen Fragestellungen nachzugehen ist, sondern daß sich an die Analyse der Entwicklung in Marsa Matruh auch praktisch-strategische Überlegungen zur Umsetzung der dort gemachten Erfahrungen anschließen. Auch wenn sich die Spaltung des Begriffsfeldes "Entwicklung" nicht überwinden läßt, soll hier doch nach Verbindungen der zwei Bedeutungsebenen gesucht werden.

Die zweite Spaltung des Entwicklungskomplexes wird von der konventionellen Aufteilung von Fachdisziplinen vorgezeichnet. Verschiedene wissenschaftliche Fachdisziplinen befassen sich mit der Thematik jeweils aus ihren fachspezifischen Perspektiven. Dabei bestimmen die Abgrenzungen der Fachwissenschaften auch die spezifische Bedeutung des Entwicklungsbegriffes (BRONGER 1985: 122). Eine streng an akademischer Arbeitsteilung orientierte Untersuchung von Entwicklung stößt jedoch sehr bald buchstäblich an ihre Grenzen, weil der Untersuchungsgegenstand zu komplex ist und über die Reichweite herkömmlicher wissenschaftlicher Disziplinen hinausgeht. Auch in dieser Hinsicht macht es meines Erachtens die Mehrdimensionalität von Entwicklung erforderlich, sich der Thematik mit einem fachübergreifenden, ganzheitlichen Ansatz zu nähern (vgl. BRONGER 1985, HEIN 1985). "Ganzheit-

lich" bedeutet in diesem Zusammenhang, daß nicht von vorneherein aufgrund fachspezifischer Festlegungen auf einen bestimmten Ausschnitt der Thematik andere Faktoren ausgegrenzt werden, deren Relevanz für den Entwicklungsprozeß auf diese Weise gar nicht überprüft werden kann.

Trotzdem ist eine Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes unumgänglich. Die notwendige Beschränkung auf einen überschaubaren Ausschnitt erfolgt hier auf räumlicher Ebene, so daß sich in dieser empirischen Mikroperspektive spezifisch geographische, soziologische oder ökonomische Aspekte des untersuchten Entwicklungsprozesses im Zusammenhang miteinander erfassen lassen. Zur Analyse des Entwicklungsprozesses in Marsa Matruh wird es dementsprechend erforderlich sein, über die empirisch erfaßbaren Sachverhalte hinauszugehen und die untersuchte Mikroebene im Zusammenhang mit übergreifenden Wirkungsgefügen zu sehen und zu erklären. Nur so kann die konkrete Situation vor Ort auf ihre externen Ursachen zurückgeführt werden. Dabei sind jedoch die äußeren Wirkungsgefüge und Einflußfaktoren nicht selbst Gegenstand der Untersuchung, sondern lediglich der konkret erfaßbare Effekt, den sie auf der Mikroebene haben.

Drei Ebenen des Wirkungsgefüges seien im Erklärungsrahmen dieser Arbeit unterschieden: Die globale Ebene liefert für die Beantwortung der Fragestellungen Erklärungsansätze mit höchstem Abstraktionsgrad, bis hin zu Gesetzmäßigkeiten von globalem Gültigkeitsanspruch. Auf nationaler Ebene kann bereits differenzierter die Stellung der peripheren Region im Staat berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt liegt schließlich auf der lokalen Ebene, denn ihre Beziehung zu den beiden übergeordneten Ebenen wird zur Erklärung der lokalen Phänomene des Entwicklungsprozesses herangezogen. Die theoretische Konzeption der Arbeit, die im folgenden Kapitel vorgenommen werden soll, wird sich dabei an theoretischen Ansätzen auf diesen drei Ebenen orientieren. Ziel dieser Konzeption ist es, die theoretische Makroperspektive mit der empirischen Mikroperspektive zu verbinden. Eine solche Verbindung kann nicht von einer einzigen Totaltheorie geleistet werden. Vielmehr ist dazu ein "neuer Theorientypus" (ELWERT 1985: 73) erforderlich, bzw. "Theorien mittlerer Reichweite" (RAUCH 1985: 169), die lokale Verhältnisse und übergreifende Verflechtungen in einen hinreichend generalisierten Erklärungszusammenhang bringen.

4. THEORETISCHE KONZEPTION:

Die räumlichen Ebenen von Entwicklung

Die theoretische Konzeption hat im Kontext der Arbeit die Funktion einer Leitlinie für Empirie und Analyse. In diesem Kapitel werden deshalb Theorien gesucht, die Erklärungshilfen für die Fallstudie bieten können. Es werden eine Reihe von Entwicklungstheorien diskutiert und hinsichtlich ihrer Relevanz für die Fragestellungen der Arbeit überprüft. Dabei wird

weitgehend auf eine inhaltliche Darstellung der zitierten Ansätze verzichtet, weil jeweils auf die entsprechenden Stellen in der Literatur verwiesen werden kann.

4.1. Globale Ebene: Dependenz

Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine der dependenztheoretischen Diskussion zu entnehmende **These**:

Globale **Abhängigkeitsstrukturen** verhindern eigenständige, bedürfnisorientierte Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt.

Diese These ist im folgenden auf ihre Reichweite und Relevanz zu überprüfen. Dabei sollen hier einige gemeinsame Grundgedanken der verschiedenen dependenztheoretischen Ansätze aufgegriffen werden. Zwei Fragen sind bei der Überprüfung der zentralen These zu beantworten:

- (1) Welche Aussagekraft hat der Nachweis globaler Abhängigkeitsstrukturen bei der Analyse von Entwicklungsprozessen in peripheren Regionen?
- (2) Welche Möglichkeiten oder Strategien für bedürfnisorientierte Entwicklungen in peripheren Regionen lassen sich mit Hilfe dependenztheoretischer Überlegungen identifizieren?

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Erklärung von Unterentwicklung durch Abhängigkeit (vgl. FRANK 1968, SENGHAAS 1972, 1974, 1977, 1979) stehen die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie, jedoch nicht die periphere Region selbst. Der Zustand auf der untersten Ebene des Weltsystems wird als Resultat globaler kapitalistischer Akkumulationsmuster und ihrer räumlich-zeitlichen Dynamik interpretiert, die hier zu einer Deformation autochthoner Wirtschafts- und Sozialstrukturen führten. Dabei generiert die Dependenztheorie zwei Konzepte, die den durch Abhängigkeit verursachten Zustand der Peripherie kennzeichnen (vgl. SUNKEL 1972, QUIJANO 1974, HEIN 1981):

Strukturelle Heterogenität bezeichnet die Verknüpfung verschiedener Produktionsweisen und -formen, in der die gesellschaftliche Dynamik weitgehend von der kapitalistischen Akkumulation bestimmt wird, ohne daß nichtkapitalistische Produktionsweisen völlig aufgelöst werden.

Marginalität bezeichnet den Zustand der Bevölkerung, die durch den abhängig-kapitalistischen Entwicklungsprozeß aus ihrer traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise

herausgedrängt wurde, ohne in den kapitalistischen Arbeitsprozeß integriert worden zu sein.

Die Dependenztheorie behauptet, daß diese Strukturmerkmale kennzeichnend für den Zustand der Peripherie seien, und daß sie ihre Erklärung in allgemeinen Gesetzmäßigkeiten fänden. Die fundamentale Gesetzmäßigkeit wird in den Mechanismen des Weltwirtschaftssystems gesehen, das von zentral-peripheren Abhängigkeitsstrukturen gekennzeichnet ist. Innerhalb dieser Strukturen wird die Dynamik von Entwicklung und Unterentwicklung von kapitalistischen Akkumulationsmustern bestimmt.

Ausgehend von dependenztheoretischen Überlegungen ist bei einer Untersuchung des Entwicklungsprozesses in einer peripheren Region zu fragen, ob hier strukturelle Heterogenität und Marginalität konstitutive Merkmale der Gesellschaft sind. Als zweites muß gezeigt werden, daß diese Strukturen und der Wandel des lokalen sozioökonomischen Systems auf eine exogene Verursachung zurückzuführen sind. Wenn diese beiden Kriterien tatsächlich als wesentliche Merkmale des Entwicklungsprozesses gesehen werden können, dann ist es in Anlehnung an die Argumentation der Dependenztheorie möglich, den lokalen Entwicklungsprozeß als Ergebnis globaler Abhängigkeitsbeziehungen zu interpretieren.

Im Mikrobereich zeigen sich aber auch die Grenzen der Explikationsfähigkeit der Dependenztheorie. Dabei versteht es sich von selbst, daß eine Theorie mit globalem Gültigkeitsanspruch nicht zugleich regionale Spezifika und Differenzierungen dessen, was sie erklären will, berücksichtigen kann. Die Frage ist vielmehr, wie signifikant die extern induzierten Strukturmerkmale für den Zustand des Regionalsystems sind, beziehungsweise umgekehrt, welche Bedeutung endogene Strukturen und regionale Differenzierungen hier haben. Um diese Frage beurteilen zu können, müssen exogene und endogene Strukturen im Verhältnis zueinander gesehen werden. Erst dann kann eine Aussage darüber gemacht werden, welche explikatorische Fähigkeit im untersuchten Fall dem Konzept der Abhängigkeit zukommt. Die analytische Relevanz der Dependenztheorie auf der Mikroebene kann folglich nicht generell bewertet werden. Nur am konkreten Beispiel kann sich zeigen, wie weit jeweils die Erklärungsfähigkeit der Theorie reicht.

Ähnlich differenziert ist die strategische Relevanz der Theorie für Entwicklungsprozesse auf der Mikroebene zu beurteilen. Wenn, wie in der zentralen These behauptet, eigenständige und bedürfnisorientierte Entwicklungen durch die Abhängigkeitsstrukturen verhindert werden, dann liegt es nahe, eine Lösung des Problems in einer Überwindung der Abhängigkeit zu suchen. Aber wie soll das erreicht werden, vor allem von einer peripheren Region, die in nationale und internationale Netze der Abhängigkeit verstrickt ist? "Dissoziation" ist eine strategische Forderung (vgl. SENGHAAS 1977), die sich zwar in einleuchtender Weise aus der dependenztheoretischen Analyse von Unterentwicklung ergibt, deren Operationalisierung aber in der Realität der Dritten Welt auf Schwierigkeiten stößt. Sie setzt nämlich voraus, daß es einem peripheren Staat gelingen kann, sich zumindest partiell aus den Klammern der Abhängigkeit zu lösen. Erst dann wird, der Theorie zufolge, eine autozentrierte Entwicklung

möglich. Nun liefert allerdings die Dependenztheorie selbst die besten Argumente dafür, warum es äußerst schwierig für die Peripherie sein wird, aus eigener Kraft die Abhängigkeit zu überwinden. Dies gilt umso mehr für einzelne Regionen, die sich in einer doppelten Abhängigkeit vom Staat und vom Weltmarkt befinden.

Von entscheidender Bedeutung für die Realisierbarkeit einer dissoziativ-autozentrierten Strategie ist die Frage der Trägerschaft der damit angestrebten Entwicklung: Von welchen gesellschaftlichen Gruppen kann erwartet werden, daß sie durchsetzungsfähig genug und außerdem willens sind, jene Strukturen zu beseitigen, in denen die Ursachen der Unterentwicklung gesehen werden? Diese Strukturen finden, wie die Dependenztheorie nachweist, auch Ausdruck in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Gerade dadurch werden sie letztlich auch perpetuiert und sogar immer stärker akzentuiert. Insofern wäre es also unrealistisch, von den politisch dominanten Gruppen in einem peripheren Staat eine Politik zu erwarten, die eine Änderung genau der Strukturen zum Ziel hat, von denen diese Gruppen profitieren.

Trotzdem sind die strategischen Überlegungen, die an die Dependenztheorie anschließen, nicht falsch, nur weil sie gegenwärtig geringe Chancen auf eine Umsetzung haben. Es wird vielmehr deutlich, daß Entwicklung auf nationaler und regionaler Ebene von Rahmenbedingungen abhängig ist, die zusätzlich zu den in dependenztheoretischer Analyse erfaßten Strukturen zu berücksichtigen sind. Diese Rahmenbedingungen sind in der Struktur des peripheren Staates zu suchen.

4.2. Nationale Ebene: Der periphere Staat

Die Dependenztheorie verhilft zwar zu einem besseren Verständnis der globalen Entwicklungsproblematik, aber sie führt auf der anderen Seite auch zu der nüchternen Erkenntnis, daß für eine weltweite Überwindung der Unterentwicklung kaum Chancen bestehen. Diese pessimistische Einschätzung schließt aber nicht aus, daß wenigstens punktuell, d.h. in Teilbereichen der Peripherie, eigenständige und bedürfnisorientierte Entwicklungen möglich sein können. Während sich die Lage der Menschen in der Dritten Welt tendenziell immer weiter verschlechtert, hat deshalb auch die Suche nach begrenzten Lösungen ihre Berechtigung. Aber kann auf regionaler Ebene überhaupt eine Entwicklung stattfinden, solange die Abhängigkeiten zu übergeordneten Strukturen auf nationaler und globaler Ebene bestehen?

Die Rahmenbedingungen für eine regionale Entwicklung sind in den Strukturen des Staates zu suchen. Zu fragen ist, ob hier bestimmte Konstellationen denkbar sind, unter denen eine bedürfnisorientierte Entwicklung möglich wird. Im Mittelpunkt der Theoriediskussion über den peripheren Staat steht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Als besonderes Strukturmerkmal wird allgemein die "brüchige Legitimationsbasis" (SIMONIS 1981: 112) des

peripheren Staates hervorgehoben, die darauf beruht, daß große Teile der Gesellschaft nicht an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind und deshalb nicht ihre Interessen durchsetzen können. Der Staatsapparat ist in diesem Fall ein Instrument in der Hand einzelner Gruppen, die damit ihre spezifischen Interessen gegenüber und auf Kosten der Masse der Bevölkerung durchsetzen. Insgesamt wird in der aktuellen entwicklungstheoretischen Diskussion die Dominanz des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft kaum bestritten (ELSENHANS 1985: 111 f.). Widersprüchliche Auffassungen gibt es jedoch über die Ziele und Bestimmungsfaktoren der Politik, die von den herrschenden Gruppen betrieben wird. An dieser Stelle seien zwei Beispiele zitiert, die beide an die dependenztheoretische Diskussion der siebziger Jahre anschließen, aber hinsichtlich ihrer strategischen Schlußfolgerungen zu gegensätzlichen Ergebnissen kommen:

EVERS (1977) sieht die Herrschaft im peripheren Staat in der Hand von Brückenkopf-Eliten, die als Bindeglieder in den Dependenzbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie fungieren und dementsprechend eine Politik betreiben, die weitgehend von den Gesetzen des Weltmarktes bestimmt ist.

ELSENHANS (1977, 1981, 1985) dagegen spricht von einer "Staatsklasse", die die Bürokratie des Staates für sich instrumentalisiert, um damit sowohl die Politik als auch den Produktionsprozeß innerhalb des Staates zu kontrollieren. Durch die Konzentration von Macht und Geld in der Hand der "Staatsklasse" ist diese in der Lage, sich ständig selbst zu privilegieren.

Vor dem Hintergrund dieser beiden staattheoretischen Ansätze ist nun zu fragen, unter welchen Bedingungen Massenbedürfnisse Berücksichtigung in der staatlichen Politik finden könnten. In dem Modell des peripher-kapitalistischen Staates bei EVERS wäre eine solche Politik aus zwei Gründen praktisch auszuschließen: Erstens ist hier die Stabilität des politischen Systems an die Außenbeziehungen gebunden, das heißt an die Erwirtschaftung von Kapital für die Herrschaftssicherung, beispielsweise mit Hilfe des Militärs, über die weltmarktorientierte Produktion. Zweitens richtet sich das primäre Interesse der Herrschenden auf eine Aufrechterhaltung der weltmarktabhängigen Kapitalakkumulation, deren zwangsläufige Folgen die weitere Ausbeutung und Verarmung der Bevölkerungsmassen sind. ELSHANS kommt mit seinem theoretischen Ansatz zu einem anderen Ergebnis. Er hält reformistische Entwicklungen im peripheren Staat für möglich, weil die "Staatsklasse" nicht völlig losgelöst von der Bevölkerungsmasse operieren könne, sondern im Gegenteil zur Absicherung ihrer Herrschaft auf Massenloyalität angewiesen sei (vgl. ELSHANS 1977). Er begründet diese These damit, daß die "Staatsklasse" in mehrere, miteinander konkurrierende Segmente gespalten sei, die in ihrem Kampf um die Macht auf Allianzen mit Teilen der Bevölkerungsbasis angewiesen seien (ELSENHANS 1981: 258).

Beide Theorien zeigen in ihrer Argumentation Parallelen, die auf ihre gemeinsamen Wurzeln in der Dependenztheorie zurückzuführen sind. Hinsichtlich ihrer strategischen Schlußfolgerungen gehen sie jedoch in völlig unterschiedliche Richtungen. Das EVERS-Modell sieht die Voraussetzung für eine Überwindung der Unterentwicklung in einer Umwälzung bestehender Institutionen, während ELSENHANS über eben diese Institutionen eine Entwicklung auf dem Reformwege erreichen will. Die Auseinandersetzung um revolutionäre oder reformistische Strategien soll an dieser Stelle nicht weitergeführt werden, weil sie weder für die Fragestellungen dieser Arbeit noch für die Entwicklungsplanung relevant ist. Es geht hier vielmehr darum, die nationalen Rahmenbedingungen zu klären, unter denen mit Unterstützung für eine regionale Entwicklung durch staatliche Institutionen gerechnet werden kann. Dazu lassen sich aus dem Modell der "bürokratischen Entwicklungsgesellschaft" von ELSENHANS (1977) einige Gesichtspunkte übernehmen:

Das Modell beruht auf der Vorstellung, daß die Stabilität der Herrschaft eine - wenn auch begrenzte - Verteilungspolitik erforderlich macht. Massenloyalität läßt sich demnach nur erreichen, wenn die "Staatsklasse" zu Konzessionen gegenüber anderen Klassen bereit ist und über vertikale Klientelsysteme Ressourcen von oben nach unten abgibt (ELSENHANS 1985: 144). Unter diesen Bedingungen kommt ELSENHANS (1986: 151) zu einer recht optimistischen Einschätzung der Möglichkeiten für einen reformistischen Entwicklungsweg.

Hier ist jedoch einschränkend zu bemerken, daß Konzessionen gegenüber den Unterschichten nicht das einzige Mittel zur Herrschaftssicherung sind, sondern daß das genaue Gegenteil wohl eher die Regel sein dürfte, nämlich Repressionen. Zwischen Unterdrückung und Zugeständnissen, beziehungsweise zwischen totalitären Militärregimen auf der einen Seite und demokratischen Wohlfahrtsstaaten auf der anderen gibt es eine breite Skala von Kombinationen und Zwischenformen, in die sich politische Systeme einordnen lassen. Auch wenn deshalb der von ELSENHANS (1986: 162) vermittelte Entwicklungsoptimismus nicht in diesem Umfang geteilt werden kann, verweist seine Argumentation doch auf einige entscheidende Rahmenbedingungen für eine regionale Entwicklung:

- 1) Die Machthaber im peripheren Staat sind aus Eigeninteresse darum bemüht, die soziale Krise und den Druck von unten unter Kontrolle zu halten.
- 2) Zu diesem Zweck sind sie in bestimmten Situationen zu Konzessionen gegenüber Massenbewegungen bereit.
- 3) Die Entwicklungsmöglichkeiten werden wesentlich bestimmt von dem Druck, den die beteiligten Gruppen auf die "Staatsklasse" ausüben können.
- 4) Die Bedeutung loyalen Verhaltens gesellschaftlicher Gruppen gegenüber den Machthabern wächst mit dem politischen Gewicht, das diese Gruppen haben.

Die Relevanz dieser Rahmenbedingungen im politischen System Ägyptens wird anhand der Fallstudie zu diskutieren sein.

4.3. Regionale Ebene: Das sozioökonomische System

4.3.1. Die Region als Lebenswelt und Verwaltungseinheit

Die Entwicklungsforschung hat gegenwärtig die Suche nach Erklärungsansätzen mit globalem Gültigkeitsanspruch zurückgestellt und konzentriert sich statt dessen auf die Individualität des Einzelfalls (NUSCHELER 1985: 18 f., RAUCH 1987a: 5-12). Damit rückt die Region als Forschungsobjekt wieder in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses. Wenn sich solche Regionalstudien jedoch auf das jeweils Besondere des Untersuchungsgegenstandes beschränken, ohne verallgemeinerbare Aussagen und tiefere Ursachen hinter den Oberflächenphänomenen zu suchen, dann kommen sie nicht über ein deskriptives Niveau hinaus. In dieser Arbeit soll deshalb versucht werden, beides miteinander zu verbinden: regionale Spezifika und generalisierende Erklärungsansätze. Das Besondere der Entwicklung in Marsa Matruh ist primär den ökologischen und soziokulturellen Grundlagen der Region zuzuschreiben, die dargestellt werden müssen, damit auf dieser Grundlage die beobachtete Entwicklung und der soziale Wandel einer theoriegeleiteten Analyse unterzogen werden können.

Zunächst ist zu klären, durch welche Funktionen die Region im Entwicklungsprozeß in Erscheinung tritt. Die Region kann hier aufgrund zweier Kriterien definiert werden: Einmal dadurch, daß sie sich als räumliche Einheit durch soziale, ökonomische und ökologische Merkmale von Nachbarregionen abhebt, und zweitens ganz pragmatisch auch dadurch, daß sie von der staatlichen Entwicklungsbürokratie als Planungseinheit behandelt wird (WALLER 1985: 407).

Zur Bestimmung der Funktion einer Region im Entwicklungsprozeß ist darüber hinaus wesentlich, inwieweit der räumlichen Einheit als äußerlichem Abgrenzungskriterium auch eine soziale Einheit und Einigkeit der Bevölkerung entspricht. Nach Auffassung von FRIEDMANN/WEAVER (1979) ergibt sich eine quasi natürliche Abgrenzung der Region daraus, daß sich auf dieser räumlichen Ebene das "funktionale" Raumprinzip weltweiter Arbeitsteilung und das "territoriale" Raumprinzip der Interessenkonformität der Regionalbevölkerung gegenüber treten. Das bedeutet, daß die Bewohner einer Region bestimmte gemeinsame und verbindende Interessen haben, die sie von den Menschen in Nachbarregionen unterscheiden. Von diesem Postulat einer räumlich bedingten Gemeinsamkeit von Interessen leiten FRIEDMANN/WEAVER (1979: 227) ihre These vom "territorialen Willen" ab, der als entwicklungssteuernder Faktor wirke.

Bei Überprüfung dieser These muß man jedoch feststellen, daß eine Interessenkonformität der Regionalbevölkerung nur unter ganz bestimmten Bedingungen realistisch ist. Gemeinsamkeiten von Interessen resultieren nämlich selten allein aus der Tatsache, daß Menschen am gleichen Ort leben. Voraussetzung ist vielmehr zusätzlich, daß die regionale Gesellschaft über relativ homogene Sozialstrukturen und über eine verbindende Gruppenidentität verfügt (STÖHR/TAYLOR 1981: 67). Anders wäre jedenfalls kaum anzunehmen, daß beispielsweise Arm und Reich im politischen Tauziehen mit der Entwicklungsbürokratie am gleichen Seil-

ende ziehen würden. Die von FRIEDMANN/WEAVER (1979) vorausgesetzte soziale Homogenität ist in peripheren Regionen der Dritten Welt jedoch eher die Ausnahme (RAUCH 1987a: 3). Als kennzeichnend für eine Region kann deshalb nicht unbedingt eine Interessenidentität ihrer Bewohner angenommen werden, wohl aber eine Interessenverknüpfung.

Aus dieser Feststellung läßt sich eine für die Entwicklungsplanung wesentliche Konsequenz ableiten: Zieldefinition und Steuerung von Entwicklungsprojekten können um so weniger der Regionalbevölkerung alleine überlassen werden, je stärker ihre gesellschaftliche Situation durch heterogene und ungleichgewichtige Sozialstrukturen gekennzeichnet ist. Die Intervention der Planer für die unterprivilegierten Gruppen hat um so dezidierter zu sein, je stärker Klassenstrukturen ausdifferenziert sind. Gerade in diesem Fall verlangt eine armutsbezogene Entwicklung von den Betreibern des Projektes Parteinahme und Konfliktbereitschaft. Beides kann nur durchgehalten werden, wenn Entwicklung in normativem Sinne (siehe A-3.1.) nicht nur als eine quantitative Veränderung, sondern als eine qualitative Verbesserung für die Zielgruppe der Armen verstanden wird.

Die verschiedenen, unter Umständen auch konträren, Interessen sind ausgedrückt in den Strukturen des sozioökonomischen Systems der Region. Grundelemente dieses Systems sind auf der einen Seite die Menschen, die in der Region leben, und auf der anderen Seite die für sie nutzbaren Ressourcen. Seine spezifische Struktur entsteht durch die Beziehungen der Menschen zueinander, zu den natürlichen Grundlagen und nach außen zu übergeordneten wirtschaftlichen und politischen Systemen.

Das sozioökonomische System der Region Marsa Matruh ist Gegenstand der hier vorzunehmenden Untersuchung. Dabei richtet sich die durch die Fragestellungen vorgegebene Perspektive auf die Veränderungen des Systems, die, soweit möglich, auf theoretischer Basis erklärt werden sollen. Dependenz- und Staatstheorien, die oben diskutiert wurden, verhelfen zu Aussagen über die Außenbeziehungen des regionalen Systems, in denen die Ursachen für den Wandel der Binnenstrukturen gesehen werden. Im folgenden Kapitel geht es darum, ein Konzept für die Analyse des Wandels auf regionaler Ebene zu finden. Dazu bezieht sich die Diskussion auf die Theorien der Produktionsweisen und ihrer Verflechtung.

4.3.2. Sozialer Wandel: Produktionsweisen und Agrarentwicklung

In allen Gesellschaften der Dritten Welt ist ein rapider sozialer Wandel zu beobachten, der mit schweren Problemen für die betroffenen Menschen verbunden ist: Soziale Gegensätze, Massenelend und Hunger sind seine Begleiterscheinungen. Die Produktionsweisentheorie versucht, allgemeine Grundzüge im Prozeß des sozialen Wandels aufzuzeigen, um die Strukturen zu erklären, die diese Probleme verursachen.

Als Produktionsweisen werden in Kategorien geordnete Formen sozioökonomischer Strukturen bezeichnet, die jeweils gekennzeichnet sind durch spezifische Formen der Produktion, der sozialen Organisation und der zugehörigen ökonomischen Betriebssysteme (vgl. SCHIEL 1983). Nach "klassischer" Auffassung erfolgt die Transformation von einer vorhergehenden in die kapitalistische Produktionsweise über eine Trennung von Produktion und Reproduktion, die durch die Integration von Produzenten und Konsumenten in den Markt vorangetrieben wird. Der Markt übernimmt die Warenzirkulation zwischen Produzent und Konsument. Dabei wird auch die Arbeitskraft selbst zur Ware, so daß als ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise die Lohnarbeit gesehen werden kann. Die klassische Produktionsweisentheorie gipfelt in der These, die Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt werde durch den kapitalistischen Wandel zu einem gigantischen Proletariat, "from peasant to proletarian" (vgl. ANDERSON 1985, GOODMAN/REDCLIFT 1982). Diese Vorstellung von einer evolutionären Abfolge jeweils "höherer" Produktionsweisen entspricht jedoch nicht der gesellschaftlichen Realität in der Dritten Welt. ELWERT (1984: 380) kritisiert deshalb an der Proletarisierungsthese ihre Unfähigkeit, "...das Überleben dieser Bauern und die Fortdauer ihrer Existenzform..." zu erklären.

Die neuere Produktionsweisediskussion, vorangetrieben vor allem von französischen Wirtschaftsanthropologen (Meillassoux, Terray) und den Bielefelder Entwicklungssoziologen (Elwert, Evers, Schiel, Stauth), hebt nun ab auf die These, daß die Mechanismen des gesellschaftlichen Wandels in der Peripherie des Weltsystems partiell andere Auswirkungen hätten als in den Zentren. Allgemeine Folge des kapitalistischen Wandels und der Trennung von Produktion und Reproduktion sei eine Auflösung früherer gesellschaftlicher Einheiten. In vielen Teilen der Dritten Welt sei jedoch diese Trennung noch nicht vollzogen: Die Reproduktion werde, "...wenn auch in immer prekärerer Weise, durch Produktion in eigener Regie, durch Subsistenzproduktion wenigstens im Bereich der minimalen Grundversorgung abgedeckt" (SCHIEL 1983: 40).

Wenn allerdings der Wandel peripherer Gesellschaften nicht als ein "Fortschritt" von einer Stufe der Produktivkraftentfaltung zur nächsten zu interpretieren ist, dann bedarf gerade das offensichtliche Ausbleiben eines solchen Übergangs einer anderen theoretischen Erklärung. Die Ansätze dazu stammen ebenfalls von den Bielefelder Entwicklungssoziologen.

4.3.3. Der Haushalt im Verflechtungsnetz

Eine Erklärung für den "unvollständigen" kapitalistischen Wandel der Peripherie-Gesellschaft und für den Fortbestand scheinbar traditionaler Strukturmuster neben "modernisierten" Sektoren wird von den Thesen des "Verflechtungsansatzes" gegeben. Die zentrale These des Ansatzes ist, daß verschiedene Produktionsweisen nicht isoliert nebeneinander bestehen,

sondern in einer Verflechtung miteinander. Diese Verflechtung ist, so wie bereits von der Dependenztheorie postuliert, Bestandteil einer "Hierarchie der Abhängigkeit" (ELWERT 1984: 379). Die Nahtstelle der Verflechtung verschiedener Produktionsweisen ist der einzelne Haushalt.

Der Haushalt ist definiert als eine "Einheit von Produktion und Konsumtion zum Zwecke der Reproduktion" (SCHIEL/STAUTH 1981: 123). Er kann damit sowohl als eine ökonomische Kategorie als auch als ein Ausdruck der Lebensweise in Form einer korporativen Verwandtschaftsgruppe betrachtet werden. Als kleinster Baustein der Gesellschaft reflektiert er in seinen inneren Strukturen den sozialen Wandel, der die Gesamtgesellschaft durchdringt. Diese Multifunktionalität des Haushalts macht ihn, wie der Ansatz der Bielefelder Entwicklungssoziologen zeigt, zum geeigneten Forschungsobjekt, um auf der Mikroebene allgemeine Gesetzmäßigkeiten des sozialen Wandels nachzuweisen. In ökonomischer Hinsicht hat der Haushalt zwei Funktionen:

- 1) Warenproduktion: Von seinen Mitgliedern werden Waren erzeugt, die nach außen abgegeben werden, um dagegen andere Waren oder Leistungen einzutauschen. Diese Funktion wird direkt von der dominanten Produktionsweise bestimmt.
- 2) Subsistenzproduktion: Gleichzeitig ist im Haushalt ein Teil der produktiven Tätigkeiten der Mitglieder auf unmittelbaren Gebrauch innerhalb des Haushaltes, d.h. auf seine Existenzhaltung schlechthin, ausgerichtet.

Die Subsistenzproduktion ist also keineswegs ein historisches Relikt einer früheren Produktionsweise, sondern sie ist die "grundlegende Produktion zum Überleben" (SCHIEL/STAUTH 1981: 127). Sie ist Voraussetzung für den Bestand des Haushalts und damit der gesamten Gesellschaft. Insofern ist sie ein funktionaler Bestandteil der abhängig-kapitalistischen Ökonomie (vgl. ELWERT 1984, WESEL 1982). Subsistenz- und Warenproduktion sind nicht zwei dualistische, voneinander losgelöste Sektoren, sondern sie bedingen sich gegenseitig (SCHIEL/STAUTH 1981: 132). Ihr Verhältnis zueinander manifestiert sich in den internen Strukturen des Haushalts. Mit Hilfe des Verflechtungsansatzes ist es möglich, die Einbettung des einzelnen Haushalts in das Netz sozialer und ökonomischer Verbindungen und Abhängigkeiten in der Gesellschaft zu analysieren und umgekehrt den strukturellen Wandel der Gesellschaft auch an den damit korrespondierenden Veränderungen ihrer Grundeinheiten festzumachen.

Der Wandel interner Strukturen wird, wie der Verflechtungsansatz in Fortführung der dependenztheoretischen Argumentation zeigt, von einer zunehmenden Marktintegration und Marktabhängigkeit des Haushaltes vorangetrieben. Die ökonomischen Gründe des gesellschaftlichen Wandels sind dementsprechend darin zu sehen, daß durch eine Steigerung der Warenproduktion und durch eine Expansion des kapitalistischen Akkumulationsmusters (vgl. RAUCH 1987b) dem Haushalt ein Teil seiner Verfügungsgewalt über seine natürlichen

Grundlagen entzogen wird. Dadurch verliert er seine Eigenständigkeit im Subsistenzbereich und wird immer mehr in zentral-periphere Abhängigkeitsbeziehungen hineingezogen.

ELWERT (1980, 1985) erweitert den Verflechtungsansatz noch um einen weiteren Aspekt, den er "Überlebensökonomie" nennt. Er geht von der Beobachtung aus, daß die Marginalisierung einer wachsenden Zahl der Weltbevölkerung und die zunehmende Bedrohung der Erhaltungsfähigkeit des Haushalts die Menschen dazu zwingen, neue Wege zur Absicherung ihrer Existenz aufzubauen. Das Phänomen der Überlebensökonomie zeigt sich auf individueller Ebene durch das Bestreben, eine Absicherung mit einer Kombination von Einkommensquellen zu erreichen und auf gesellschaftlicher Ebene durch eine gegenseitige Absicherung in Solidaritätsgruppen. ELWERT (1980, 1985) interpretiert diese teilweise an traditionale Strukturen anknüpfende Bildung von Überlebensgruppen als eine Reaktion auf das Absinken des Reproduktionsniveaus.

Was folgt nun aus diesen theoretischen Ansätzen speziell für die hier vorzunehmende Entwicklungsstudie? Bei der empirischen Arbeit auf der Mikroebene bedarf der einzelne Haushalt einer besonderen Betrachtung, weil sich entsprechend der Thesen des Verflechtungsansatzes auch in seinen internen Strukturen jene Phänomene nachweisen lassen müssen, auf die sich die Fragestellungen der Arbeit richten. Von besonderem Interesse auf dieser untersten gesellschaftlichen Ebene ist die spezifische Verflechtung von vorkapitalistischer und kapitalistischer Produktionsweise, bzw. von Subsistenz- und Warenproduktion. Doch hinsichtlich der Anwendung der zitierten Theorien bei den Aulad 'Ali ergeben sich einige Übertragungsprobleme. Es muß nämlich berücksichtigt werden, daß hier spezielle ökologische und soziokulturelle Bedingungen bestehen, die Besonderheiten im Erscheinungsbild der postulierten Gesetzmäßigkeiten bewirken können. Modifikationen im Erscheinungsbild der von den zitierten Theorien postulierten Gesetzmäßigkeiten sind auf die regionalspezifischen Grundlagen des untersuchten Entwicklungsprozesses zurückzuführen, wie im folgenden Kapitel gezeigt werden soll.

4.3.4. Ökologische und soziokulturelle Grundlagen:

Nomadenstämme als theoretische Sonderfälle?

Nomadismus als Form der Anpassung an bestimmte ökologische Bedingungen ist bereits in zahlreichen Studien untersucht worden, genauso wie sein Niedergang oder sogar völliges Verschwinden in der Gegenwart hinreichend dokumentiert sind (siehe dazu: SCHOLZ/JANZEN 1982). Auch die Aulad 'Ali wären in der langen Liste einschlägiger Publikationen nur ein weiteres Beispiel für einen bekannten Entwicklungstrend, wenn in der vorliegenden Arbeit diese überall zu beobachtenden Phänomene im Mittelpunkt des Interesses stünden. Doch der Ansatz, der hier verfolgt wird, geht in eine etwas andere Richtung. Die Frage ist nämlich, ob

der Wandel im traditionellen sozioökonomischen System der Aulad 'Ali, das durch nomadische Lebens- und Wirtschaftsweise und stammesmäßige Organisation gekennzeichnet war, den gleichen Regelmäßigkeiten und allgemeinen Gesetzmäßigkeiten unterliegt, wie sie von den oben zitierten Theorien postuliert werden, oder ob umgekehrt die besonderen ökologischen und soziokulturellen Grundlagen auch zu einer besonderen Form des Wandels führen. Eine allgemeine Antwort auf diese Frage sei hier gleich in einer These vorweggenommen, um die Richtung der Argumentation deutlich zu machen:

Entwicklung und sozialer Wandel in der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali unterliegen den gleichen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten wie anders strukturierte traditionale Gesellschaften.

Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Prozesse in dem zu untersuchenden Fall generell in gleicher Weise zu verlaufen hätten wie anderswo. Phänomenologische Unterschiede müssen vielmehr, wenn sie nicht auf fehlende Relevanz der für die Analyse herangezogenen theoretischen Ansätze zurückzuführen sind, mit den spezifischen Grundlagen des regionalen sozioökonomischen Systems begründet werden. Die konkreten Auswirkungen der regionalspezifischen Grundlagen auf Entwicklung und sozialen Wandel lassen sich erst anhand des empirischen Materials eingehender beurteilen, doch bezüglich der generellen Anwendbarkeit der Theorien kann bereits vorab auf zwei Besonderheiten der Gesellschaft der Aulad 'Ali hingewiesen werden. Mit ihren wesensmäßigen Strukturmerkmalen **Nomadismus** und **Stammesorganisation** unterscheidet sie sich nämlich von anderen peripheren Gesellschaften. Drei Fragen sind deshalb in bezug auf diese Merkmale zu berücksichtigen:

- Wirken sich abhängige Entwicklung und Expansion des kapitalistischen Akkumulationsmusters bei Nomaden genauso aus wie bei Bauern?
- Kann man von einer nomadischen und einer bäuerlichen vorkapitalistischen Produktionsweise sprechen, oder sollten beide Lebensformgruppen einer einzigen Produktionsweise zugeordnet werden?
- Gibt es bei stammesmäßig organisierten Viehproduzenten eine spezifische Verflechtung von Subsistenz- und Warenproduktion?

Die erste Frage nach den Auswirkungen der abhängigen Entwicklung bei Nomadenstämmen betrifft vor allem die Anwendbarkeit dependenztheoretischer Überlegungen. Dabei geht es auf der Mikroebene der Untersuchung primär um die Relevanz der beiden Konzepte der strukturellen Heterogenität und der Marginalität, die in der Fallstudie nachgewiesen werden müßte. Die zweite Frage nach der "vorkapitalistischen Produktionsweise" von Nomaden bedarf einer eingehenderen Diskussion vor dem Hintergrund des historischen Verhältnisses zwischen Nomaden und Sesshaften in Kapitel B-2.3.

Die dritte Frage schließlich betrifft die Anwendbarkeit des Verflechtungsansatzes im Kontext dieser Arbeit. Gegenstand der Fallstudie ist eine ehemals nomadische Stammesgesellschaft, während die Theoriebildung des Verflechtungsansatzes vorwiegend auf Untersuchungen in afrikanischen Bauerngesellschaften beruhte (MEILLASSOUX, ELWERT, STAUTH). Das Verhältnis von Subsistenz- und Warenproduktion, so steht zu vermuten, ist bei nomadischen Viehproduzenten ein anderes als bei Bauern. Allein schon aufgrund der ökologischen Bedingungen ihres Lebensraumes muß Subsistenz für Nomaden eine andere Bedeutung haben als für Bauern, die zumindest theoretisch selbstversorgungsfähig sein könnten. Auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die in Westafrika (vgl. MEILLASSOUX 1976) ein wesentliches Strukturmerkmal der Produktionsweise ist, hat in der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali einen anderen Stellenwert.

Für die Fallstudie über die Aulad 'Ali wird deshalb das Verhältnis von Subsistenz- und Warenproduktion nicht als hinreichendes Kriterium für die Analyse des gesellschaftlichen Wandels erachtet. Diese Analyse bedarf vielmehr ergänzender Kriterien auf Grundlage regionalspezifischer soziokultureller Faktoren: Die Abgrenzung eines Haushalts als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft wirkt in einer Stammesgesellschaft und speziell bei nomadischen Gruppen mit wechselnder Zugehörigkeit zu Lagergemeinschaften ein besonderes Problem auf, das im empirischen Teil der Arbeit zu diskutieren sein wird. Von besonderem Interesse bei der Verflechtungsanalyse werden deshalb in der Fallstudie Struktur und Größe der Verwandtschaftsgruppen, gegenseitige Verpflichtungen innerhalb dieser Gruppen und schließlich die stammesinternen Rechtsverhältnisse sein. Auch das Konzept der Überlebensökonomie gewinnt bei Nomaden eine etwas andere Bedeutung hinzu, denn Nomadengruppen werden nicht erst als Reaktion auf die Marginalisierung zu Überlebensgemeinschaften. Sie sind dies auch unter traditionellen Verhältnissen immer gewesen.

Die theoretische Konzeption für die nachfolgenden Ausführungen kann also mit der Feststellung abgeschlossen werden, daß die theoretischen Ansätze, auf die sich die Analyse des empirischen Materials stützen soll, durchaus ihre inhaltliche Relevanz behalten, aber daß zur Erklärung der speziellen Form der Entwicklung bei den Aulad 'Ali jeweils die Auswirkungen regionaler Spezifika herausgestellt werden müssen.

5. STRATEGISCHE KONZEPTION:

Der Staat als Motor der Entwicklung?

5.1. Warum soll Entwicklung "von unten" kommen?

"Entwicklung von unten" (vgl. STÖHR/TAYLOR 1981) wird als ein strategisches Konzept verstanden, das gegen eine fremdbestimmte "Entwicklung von oben" gerichtet ist und sich durch folgende Merkmale und Ziele auszeichnet:

- größere Selbstbestimmung der Beteiligten,
- aktive Teilnahme der Menschen in ruralen und anderen peripheren Gebieten an Entscheidungsprozessen,
- gerechtere Teilhabe dieser Menschen an den Ergebnissen der Entwicklung,
- Orientierung der Entwicklungsziele an den Grundbedürfnissen der Regionalbevölkerung,
- größere regionale Selbständigkeit bei der Befriedigung lokaler Bedürfnisse durch Nutzung lokaler Ressourcen und Schaffung innerregionaler Wirtschaftskreisläufe.

Diese Ziele kongruieren mit einem normativen Entwicklungsverständnis, wie es in dieser Arbeit vertreten wird. Trotzdem kann das Konzept einer "Entwicklung von unten" nicht ohne Einschränkung als Strategie einer regionalen Entwicklung akzeptiert werden.

Die Strategien einer "agropolitanen" beziehungsweise "territorialen" (vgl. FRIEDMANN/WEAVER 1979) Entwicklung beruhen auf der These, daß die Erreichung der genannten Ziele eine Dezentralisierung der Entscheidungsfindung und eine "Planung von unten" (vgl. RAUCH 1987a) voraussetze. Die Strategien sind regionalplanerische Umsetzungen der von der Dependenztheorie propagierten "autozentrierten Entwicklung", übertragen auf eine innerstaatliche Ebene. Durch eine Verlagerung der Entscheidungsebene aus der Hauptstadt in die periphere Region hoffen die Vertreter dieses Konzeptes, daß es der Zielbevölkerung vor Ort leichter fallen werde, sich Zugang zur Entwicklungsbürokratie und damit Einfluß auf den Entwicklungsprozeß zu verschaffen.

Tatsächlich ist dieses Argument auf den ersten Blick durchaus einleuchtend. Die Planungsstrukturen sind in den meisten Staaten der Dritten Welt durch eine extreme Zentralisierung gekennzeichnet. Das trifft, wie zu zeigen sein wird, in besonders ausgeprägter Weise auch für Ägypten zu. Dieses Land zeichnete sich schon in seiner alten Geschichte durch einen zentralistischen Herrschaftstypus aus, den WITTFOGEL (1957) als "Orientalische Despotie" bezeichnet. Aber auch nach der Unabhängigkeit werden heute in Ägypten alle grundsätzlichen Entscheidungen in den zuständigen Ministerien in Kairo getroffen, und die Bürokratie vor Ort ist nicht viel mehr als ein Ausführungsorgan für die aus Kairo erteilten Weisungen. Der Gedanke ist deshalb naheliegend, durch eine Verkürzung der Kommunikationswege zwischen den staatlichen Entscheidungsträgern und der lokalen Bevölkerung zu versuchen, eine

bessere Abstimmung der Ziele und Maßnahmen staatlicher Aktivitäten im Entwicklungsprozeß auf die Bedürfnislage und die Interessen der Bevölkerung zu erreichen und dabei gleichzeitig die Möglichkeiten für deren aktive Teilnahme an dem Prozeß zu verbessern. Außerdem wäre zu erwarten, daß durch eine größere regionale Autonomie und eine Zurücknahme des zentralstaatlichen Einflusses im Planungsprozeß regionalspezifische Interessen bessere Möglichkeiten erhielten, sich gegen Fremdbestimmung und Bevormundung von oben durchzusetzen. FRIEDMANN/WEAVER (1979: 227) sprechen von einem "territorialen Willen", dem sich Planung und Ausführung der Entwicklung unterzuordnen hätten.

Ein "territorialer Willen" als Ausdruck der gemeinsamen Interessen der lokalen Bevölkerung soll gemäß FRIEDMANN/WEAVER (1979) die Grundlage für eine "Planung von unten" bilden. Dieses Planungskonzept kann jedoch nur unter sehr speziellen Bedingungen seine Ziele erreichen, nämlich dann, wenn relativ homogene Sozialstrukturen eine weitgehende Übereinstimmung von Gruppeninteressen zulassen. Mit dem Argument, daß diese auch von STÖHR/TAYLOR (1981: 67) vorausgesetzten Bedingungen "egalitärer Sozialstrukturen" und eines "kollektiven Bewußtseins" nur in Ausnahmefällen für periphere Regionen zutreffen, lehnt RAUCH (1987a) deshalb das Planungskonzept ab. Er weist nach, daß ganz im Gegensatz zu dem von FRIEDMANN postulierten gemeinsamen "territorialen Willen" die Realität peripherer Regionen weitaus häufiger durch ausgesprochen widersprüchliche Interessen in der Regionalbevölkerung gekennzeichnet ist. Wenn also in einer solchen Situation die Entscheidung über den Entwicklungsweg der regionalen Bürokratie und der Bevölkerung selbst überlassen wird, in der Hoffnung, der "territoriale Wille" werde sich durchsetzen, dann ist kaum etwas anderes zu erwarten, als daß die dominanten Interessengruppen ihren politischen Einfluß zu ihrem Vorteil und zum Nachteil aller anderen nutzen werden.

Entscheidend bei Planung und Durchführung armutsorientierter Programme ist deshalb eine genaue Kenntnis der Sozial- und Machtstrukturen in der Bevölkerung und außerdem die Berücksichtigung der Orientierungen und Allianzen in den regionalen Entwicklungsbehörden. Auch für die Konzeption einer Entwicklungsstrategie gilt, daß die "richtigen" Ziele noch nicht hinreichend sind, um den richtigen Weg zu finden. Die "richtigen Ziele" sind, auf normativer Grundlage, in der Vorstellung einer Entwicklung von unten durchaus enthalten. Grundbedürfnis- und Armutsorientierung sind zentrale Bestandteile des Konzeptes. Der Weg zum Erreichen dieser Ziele kann jedoch nicht über eine Planung von unten verlaufen, wie RAUCH (1987a) zeigt, wenn die sozioökonomischen Strukturen in der Region dies verhindern würden. Für die vorzunehmende Analyse stellt sich daher die Frage, ob zwischen dem Anspruch einer "Entwicklung von unten" und der Notwendigkeit einer Planung "von oben" ein dialektisches Spannungsverhältnis besteht.

Von der Dependenztheorie wurde die These übernommen, daß globale Abhängigkeitsstrukturen bis hinunter in das sozioökonomische System in einer peripheren Region reichen und verantwortlich für den Wandel seiner internen Strukturen sind. Dieser soziale Wandel hat nun zwei Folgen: Erstens verursacht er soziale Probleme und Engpässe bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen, auf die die Menschen mit Selbsthilfe oder einer "Entwicklung

von unten" reagieren würden, wenn sie nur die Möglichkeiten dazu hätten. Aber zweitens schafft der soziale Wandel auch solche Sozialstrukturen und politische Kräfteverhältnisse in der peripheren Region, die die Möglichkeiten zu einer Selbsthilfe der Betroffenen einschränken. Verursachung und Perpetuierung von Unterentwicklung zeigen die Mechanismen eines Teufelskreises: Marginalisierung ist verbunden mit Machtlosigkeit, die wiederum die Armen daran hindert, ihre Interessen durchzusetzen und sich selbst zu helfen. Daraus ergibt sich die pragmatische Schlußfolgerung, daß die Ziele einer armutsorientierten Entwicklung nur durch eine Planung und Unterstützung "von oben" zu erreichen sind.

5.2. Entwicklungsförderung "von oben" ist notwendig!

Die Schwierigkeit dieser Konzeption liegt in einem scheinbaren Widerspruch zwischen entwicklungspolitischen Zielen und Ansprüchen: Auf der einen Seite wird die These vertreten, daß die Ursachen für die Unterentwicklung peripherer Regionen in deren Einbindung in Abhängigkeitsstrukturen zu suchen seien. Auf der anderen Seite laufen die strategischen Überlegungen, die uns hier beschäftigen sollen, darauf hinaus, eine Lösung der Probleme in der peripheren Region durch Instrumentalisierung eben dieser überregionalen Abhängigkeitsstrukturen anzustreben. Wenn schon die Unterentwicklung "von oben" und außen in die Region hineingetragen wurde, warum und wie soll dann eine positiv verstandene Entwicklung im Interesse der Menschen auf dem gleichen Wege Unterstützung erhalten können? Drei Argumente sprechen für eine Planung und Unterstützung "von oben":

Erstens ist davon auszugehen, daß in strukturell heterogenen Regionalgesellschaften die marginalisierten und unterprivilegierten Gruppen selbst nicht über genügend Macht und Mitsprachemöglichkeiten verfügen, um ihre Interessen gegen die regionale Elite durchsetzen zu können. Besonders dann, wenn eine Regionalgesellschaft durch differenzierte Klassenstrukturen geprägt ist, kann nicht mit einem harmonischen Einvernehmen aller Beteiligten bei der Entscheidung über Entwicklungsziele gerechnet werden. Die Unterprivilegierten brauchen deshalb eine Unterstützung durch externe Gruppen oder Institutionen.

Zweitens verhält sich auch die staatliche Entwicklungsbürokratie in der Region nicht neutral zu den verschiedenen Interessengruppen, sondern es ist eher damit zu rechnen, daß die Bürokraten engeren Kontakt zu den regionalen Eliten unterhalten als zu der Masse der armen Bevölkerung. Eine Übertragung von Entscheidungskompetenzen an die Regionalverwaltung würde also nicht unbedingt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit bei der Vergabe staatlicher Unterstützung und Maßnahmen führen. Dezentralisierung schafft alleine noch nicht die Voraussetzungen für eine armutsorientierte Entwicklung (vgl. RAUCH 1987a).

Drittens schließlich kann sich eine aus Eigeninitiative und Selbsthilfe erwachsende "Entwicklung von unten" nur dann durchsetzen und nachhaltig behaupten, wenn dafür die geeignete

ten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen bestehen. Wenn Selbsthilfebestrebungen an strukturellen Hindernissen zu scheitern drohen oder gar nicht erst in Gang kommen, ist deshalb eine zusätzliche Unterstützung erforderlich. Eine Entwicklungsförderung "von oben" ist notwendig, um durch gezielte Hilfestellungen und politische Entscheidungshilfen zur Entstehung geeigneter Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte und von der Bevölkerung getragene Entwicklung beizutragen.

Eine Gefahr, die dabei nicht verkannt werden darf, liegt darin, daß durch solche Eingriffe von außen und oben wieder neue Abhängigkeiten geschaffen und Ansätze zum selbstbestimmten Handeln gelähmt werden können. Strategische Überlegungen und konkrete Projektplanungen sollten deshalb nicht nur Stellung dazu beziehen, in welcher Form der Entwicklungsprozeß von der Zielbevölkerung getragen wird. Sie müssen darüber hinaus sicherstellen, daß selbstbestimmte Aktivitäten der Menschen gefördert werden, und daß dabei gleichzeitig ihre Fähigkeit zu Eigeninitiative und eigenverantwortlichem Handeln (Selbsthilfe) gestärkt wird.

Die Legitimation für ein Eingreifen des Staates oder ausländischer Institutionen im Rahmen von Entwicklungsprojekten ist nur vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Situation der Grundbedürfnisbefriedigung gegeben. Die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Ziele einer "von unten" getragenen Entwicklung mit einer Förderung "von oben" erreicht werden können, ist in der Beteiligung der Bevölkerung zu sehen. In den folgenden beiden Kapiteln soll diskutiert werden, wie diese Grundvoraussetzung in eine entwicklungsstrategische Konzeption eingehen kann. Zunächst wird das Konzept der "Ländlichen Regionalentwicklung" als konkreter praxisorientierter Ansatz untersucht werden.

5.3. Das Konzept der "Ländlichen Regionalentwicklung" als Beispiel

Ende 1983 wurde von der GTZ das Konzept der "Ländlichen Regionalentwicklung" (LRE) in Form eines "Orientierungsrahmens" vorgelegt. In der Zwischenzeit wurde es zur planerischen Richtschnur einer ganzen Reihe von Projekten, von denen jedoch noch keines so weit fortgeschritten ist, daß eine endgültige Beurteilung des Konzeptes möglich wäre. Trotzdem können an dieser Stelle, nach einer kurzen inhaltlichen Darstellung des LRE-Konzeptes, einige kritische Anmerkungen zu den im "Orientierungsrahmen" formulierten entwicklungsstrategischen Vorgaben aufgeführt werden.

"Ländliche Regionalentwicklung" wird definiert als

"...ein multisektoraler und interdisziplinärer Planungs- und Implementierungsansatz (...), der die Erschließung, Nutzung und langfristige Sicherung lokaler Ressourcen zur nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung einer

ländlichen Region zum Ziel hat. Die Ländliche Regionalentwicklung muß dabei sicherstellen, daß vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten einer Region durch den Zugang zu den lokalen Ressourcen und deren produktivere Nutzung in die Lage versetzt werden, ihre Lebensverhältnisse eigenständig zu gestalten" (GTZ 1983: 26).

Die Zielsetzung beruht auf den Grundsätzen (GTZ 1983: 36-42):

- Armutsbezug,
- Zielgruppenbezug,
- lokale Beteiligung,
- Nachhaltigkeit der Verbesserungen.

Diese Grundsätze führen zu einem umfassenden Entwicklungsprogramm, das "im Gesamtkontext" (GTZ 1983: 18) räumlich begrenzter Einheiten geplant und umgesetzt werden soll. In dem dafür vorgesehenen multisektoralen Ansatz soll die Entwicklung der Region möglichst weitgehend von den Bedürfnissen und Interessen der ärmeren Bevölkerung bestimmt werden. Aus diesem Bevölkerungsteil rekrutieren sich die Zielgruppen des Programms, deren Selbsthilfeaktivitäten durch einzelne Projektmaßnahmen unterstützt werden sollen. Dabei soll "...der Mensch (...) nicht Objekt technischer Hilfsbemühungen sein, sondern vielmehr aktiv handelnd den Entwicklungsprozeß tragen" (GTZ 1983: 8). Dieser Konzeption liegt, wie der gerade zitierte Satz zeigt, die Idealvorstellung einer "Entwicklung von unten" zugrunde, die im Rahmen eines LRE-Programms durch einzelne Maßnahmen von außen lediglich gestützt und gefördert werden soll. Voraussetzung dafür ist die Einhaltung der vier Grundsätze bei Planung und Durchführung des Programms. Genau an diesem Punkt zeigen sich aber die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der LRE-Konzeption in die Praxis, denn die verschiedenen Grundsätze, Ansprüche und Rahmenbedingungen führen zu Widersprüchen und Zielkonflikten:

- 1) Ein möglicher Widerspruch liegt zwischen den Grundsätzen der Zielgruppen- und Armutsorientierung einerseits und der lokalen Beteiligung andererseits. Wenn beispielsweise ein Großbauer in einem Dorf der Entwicklungsregion nicht zur Zielbevölkerung der ländlichen Armen gerechnet wird und deshalb konsequenterweise auch nicht direkt vom LRE-Programm profitieren kann, wird kaum mit seiner aktiven Unterstützung zu rechnen sein. Die könnte allerdings wichtig werden, wenn er als Bürgermeister oder als "opinion leader" einen maßgeblichen Einfluß auf die Dorfbewohner hat. Um solche Schlüsselpersonen bei der Etablierung des Vorhabens einzubeziehen, sieht der LRE-Ansatz deshalb die Einrichtung sogenannter Implemental-Zielgruppen vor, deren Mitglieder "...nicht notwendigerweise zur eigentlichen Zielbevölkerung..." (GTZ 1983: 95) gehören, deren Förderung jedoch "...einen mittelbaren Nutzen für die Primärzielgruppen..." (GTZ 1983: 95) zeitigen soll. Hier können Entscheidungen notwendig werden, die ein Abwägen zwischen den

Grundsätzen des Konzeptes erforderlich machen. Wegen dieser dem Konzept immanenten Widersprüchlichkeit muß bei der Umsetzung je nach den Gegebenheiten des Einzelfalls immer wieder eine Gewichtung der Grundsätze vorgenommen werden. Damit gerät dann aber, gerade auch in Hinsicht auf die Armutsorientierung, das gesamte LRE-Konzept in einen Zwiespalt zwischen Umsetzbarkeit und Grundsatztreue.

- 2) Zwischen Armutsorientierung und Zielgruppenbezug kann es zu Widersprüchen kommen: Die Ausgliederung von Zielgruppen kann problematisch werden, wenn in den gewachsenen Strukturen einer sozialen bzw. ethnischen Einheit der Zusammenhalt stärker ist als in den Besitzgruppen, die sich quer durch diese sozialen Einheiten ziehen. Nach den Kriterien der Zielgruppenidentifikation sollen dazu möglichst nur solche Bevölkerungsteile ausgewählt werden, "...die nicht nur gleiche, sondern möglichst gemeinsame Interessen verfolgen" (GTZ 1983: 37). Je größer dabei die Zahl der gemeinsamen Interessen gewählt wird, desto kleiner werden wahrscheinlich die Zielgruppen. Es muß also nach Möglichkeit eine markante und auch den Beteiligten einsichtige Gruppengrenze gefunden werden. Das bereitet Schwierigkeiten, wenn beispielsweise die gemeinsam empfundenen Interessen unter Stammesbrüdern größer sind als unter den Armen in einer Region. Zwischen dem Grundsatz der Armutsorientierung und dem Gesichtspunkt der Interessengemeinsamkeit als Kriterien der Zielgruppenidentifikation ist deshalb im Einzelfall abzuwägen.
- 3) Ein Spannungsverhältnis kann zwischen den Entwicklungsprinzipien der Freiwilligkeit und der Verteilungsgerechtigkeit entstehen. Die Durchführung eines LRE-Programms beginnt mit "vertrauensbildenden Maßnahmen", die als Angebote an die Mitglieder der Zielgruppen verstanden werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Zielgruppen zur Teilnahme am Programm zu mobilisieren. Das bedeutet, daß der Erfolg des gesamten Programms wesentlich davon abhängt, wie gut diese Mobilisierung und Vertrauensbildung funktioniert. Der Erfolg dieser Vorgehensweise setzt aber auch voraus, daß zu Anfang überhaupt erst einmal bestimmte Personen aus dem Adressatenkreis initiativ werden und sich an den Maßnahmen beteiligen. Diese "Vorreiter" der Entwicklung, die als erste die Möglichkeiten des Programms für sich nutzen, sind erfahrungsgemäß jedoch nicht die Ärmsten. Wenn Implementalzielgruppen eingerichtet werden, gehören deren Mitglieder noch nicht einmal zur eigentlichen Zielbevölkerung der ländlichen Armen. Unter diesen Umständen ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß das Lebens- und Einkommensniveau in der Region durch ein LRE-Programm gleichmäßig oder sogar zugunsten der Armen angehoben werden kann. Das wird explizit im "Orientierungsrahmen" auch gar nicht gefordert. Gerade wegen der immer wieder betonten Freiwilligkeit der Teilnahme ist es wahrscheinlicher, daß diejenigen Gruppen stärker teilnehmen und deshalb auch mehr profitieren, die bessere Fähigkeiten und materielle Möglichkeiten dazu haben.
- 4) Die Planungsmethodik verleitet zu einer Verdeckung von gegenläufigen Interessen der Beteiligten. In dieser Hinsicht widerspricht sie dem "ganzheitlichen" Entwicklungsanspruch des Konzeptes. LRE-Programme werden nach der Methodik der "Zielorientierten Projektplanung" (ZOPP) konzipiert. Diese Methodik erfordert die Identifikation eines eingegrenz-

ten Kernproblems in der Planungsregion, dessen Lösung zum Kernziel der darauf auszurichtenden Entwicklungsmaßnahmen werden soll. Die ZOPP-Methodik trägt zweifellos dazu bei, breit angelegten Projekten und ihren Teilmaßnahmen unter komplizierten Bedingungen eine klare Richtung zu geben. Auf der anderen Seite verlangt sie aber von den Planern ein "Computer-Denken", das den im LRE-Konzept geforderten "Gesamtkontext" (GTZ 1983: 18) auf die für das Kernproblem relevanten Zusammenhänge reduziert. Sekundäre Entwicklungsprobleme werden allenfalls als Rahmenbedingungen oder Risiken erfaßt, aber nicht in die Maßnahmenplanung einbezogen. Dadurch können eventuelle Zielkonflikte meines Erachtens zu schnell bereits im Planungsprozeß "optisch ausgeglättet" und verharmlost werden.

- 5) Der "Orientierungsrahmen" des LRE-Konzeptes bemüht sich in Formulierung und Inhalt, eine ausgesprochen harmonistische Vorstellung eines Entwicklungsprozesses zu vermitteln, die kaum dem entsprechen dürfte, was die an seiner Ausarbeitung beteiligten Praktiker aus eigener Erfahrung kennen müßten. Es wird angenommen, daß eine Regionalentwicklung entweder zum Vorteil aller Bewohner einer Region sei (GTZ 1983: 39), oder daß sich durch Überzeugungsarbeit für eine "Einsicht in den Verursachungszusammenhang" (GTZ 1983: 28) eine allgemeine Akzeptanz des Vorhabens erreichen lassen müßte. Beide Annahmen sind jedoch wenig realistisch. Man kann vielmehr davon ausgehen, daß die Entwicklungsprobleme in einer Region im Zusammenhang mit Abhängigkeits-, Macht- und Besitzstrukturen stehen, und daß sich deshalb eine armutsorientierte Entwicklung unweigerlich an diesen Strukturen stoßen muß. Warum sollte es beispielsweise für einen reichen Herdenbesitzer, der mit 1000 Schafen und Ziegen zur Überweidung des Gemeinschaftslandes beiträgt, einsichtig und akzeptabel sein, so wie alle Nachbarn nur noch 50 Tiere zu halten? Ein entwicklungsstrategisches Konzept, das den Anspruch hat, armuts- und zielgruppenbezogen zu sein, muß offensichtlich einen Konflikt mit bestehenden Strukturen mit einkalkulieren. Im "Orientierungsrahmen" wird ja sogar der Anspruch erhoben, das LRE-Konzept gehöre "...zu den strukturellen Strategien zur Überwindung der Unterentwicklung" (GTZ 1983: 30).

Natürlich müssen hier die Grenzen einer offiziellen Entwicklungsstrategie gesehen werden. Von einer Institution wie der GTZ kann nicht erwartet werden, daß sie eigenmächtig zu strukturellen Umwälzungen beiträgt. Ein solches Verhalten wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerländer. Die angestrebte Strukturveränderung im Rahmen von LRE-Programmen erfordert deshalb jedesmal eine vorsichtige Gratwanderung, in der die vom Partnerland gesteckten Grenzen respektiert werden müssen, aber gleichzeitig versucht wird, Freiräume für die Befolgung der eigenen Grundsätze und Leitlinien zu nutzen und auszubauen. Der Gesichtspunkt der Konfliktbereitschaft und vor allem auch der Konfliktfähigkeit von LRE-Programmen wird im "Orientierungsrahmen" aus begrifflichen Gründen nicht ausgeführt, weil die Konzeption mit ihren hohen Ansprüchen derzeit nicht gut in die entwicklungspolitische Landschaft in der Bundesrepublik paßt. Trotzdem muß festgestellt werden, daß dies einer der zentralen Punkte für die Zielerrei-

chung ist, denn ein Erfolg des Programmes dürfte sich wohl kaum durch einen allgemeinen "Konsens mit allen Betroffenen" (GTZ 1983: 40) einstellen, sondern er wird eher von den Möglichkeiten bestimmt, Interessenkonflikte auszutragen und zu lösen. Da aber Gewalt, auch in Form obrigkeitlicher Anordnungen, niemals eine Lösung im Sinne des Konzeptes sein kann, müssen immer wieder Kompromisse zwischen allen Beteiligten geschlossen werden. Das erfordert eine ständige und enge Zusammenarbeit innerhalb und unter den beteiligten Gruppen und zwischen ihnen und den Entwicklungsorganisationen. In diesem Prozeß der Kompromißfindung haben lokale und regionale Institutionen eine zentrale Bedeutung, wenn sie in der Lage sind, die Interessen der verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung zu vertreten. Solche Funktionen können von offiziellen oder von autochthonen Institutionen ausgeübt werden, wie noch zu zeigen sein wird.

- 6) Das grundsätzliche Dilemma, mit dem sich eine Umsetzung des LRE-Konzeptes auseinandersetzen hat, liegt in der für alle strategischen Konzepte entscheidenden Frage: Was für ein Entwicklungsstil soll verfolgt werden? Das LRE-Konzept versucht, das Ideal einer "Entwicklung von unten" in den Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe einzubauen. Das wird in der Praxis nicht ohne Abstriche möglich sein, die jedoch im Konzept noch nicht transparent gemacht wurden. Auf der einen Seite steht der implizite Anspruch, eine "Entwicklung von unten" zu unterstützen und voranzubringen. Auf der anderen Seite kommt diese Unterstützung aber selbstverständlich "von oben", nämlich von einem ausländischen Geber über die Administration des Empfängerstaates. Anders wäre es auch gar nicht möglich, "...der Zielbevölkerung die zu Eigenanstrengung und Eigenentwicklung erforderlichen Freiräume zu öffnen und zu sichern und ihre Eigenanstrengungen durch Programmmaßnahmen zu stützen" (GTZ 1983: 37). Die Frage des Entwicklungsstils kann letztlich immer nur auf Grundlage der regionalspezifischen Bedingungen beantwortet werden. Sie lautet: In welcher Weise können Selbstbestimmung, Interessen und Eigenaktivitäten der Bevölkerung in das Programm einfließen, um eine funktionierende Verbindung zwischen der "Entwicklung von unten" und der Unterstützung "von oben" zu erreichen?

Im folgenden Kapitel sollen die Bedingungen diskutiert werden, unter denen autochthone Strukturen eine aktive Beteiligung der Zielgruppen fördern könnten.

5.4. Autochthone Strukturen als Entwicklungszellen?

Das Konzept einer "Entwicklung von unten" geht davon aus, daß eine Befriedigung von Grundbedürfnissen nur zu erreichen sei, wenn sich die Menschen in einer Region selbst für dieses Ziel einsetzen (vgl. STÖHR/TAYLOR 1981, WEAVER 1981). Dem steht die These entgegen, daß heterogene Macht- und Besitzstrukturen der Regionalbevölkerung eine Pla-

nung und Steuerung des Entwicklungsprozesses "von oben" erforderten (RAUCH 1987a). In Abschnitt 5.2. wurden einige Argumente dafür genannt, daß zwischen diesen beiden Konzepten nicht unbedingt ein Widerspruch bestehen muß, weil eine "Entwicklung von unten" durchaus auf externe Unterstützung angewiesen und durch sie erreicht werden kann (STÖHR/TAYLOR 1981: 475). Unterstützung "von oben" kann entweder vom Staat oder von ausländischen Organisationen gegeben werden. In jedem Fall tritt jedoch als Mittler eine regionale Entwicklungsbürokratie auf. In dieser Konstellation hängt der Entwicklungsstil schließlich davon ab, wie Initiative und Steuerungskompetenzen zwischen den zwei sich gegenüberstehenden Parteien verteilt sind: Auf der einen Seite die Zielbevölkerung, auf der anderen Seite Projektplaner und Entwicklungsbürokratie. Von zentraler Bedeutung in dieser Zusammenarbeit können dabei die autochthonen Strukturen der Bevölkerung sein, wenn sie als Leitlinien für gemeinsame Interessen und Aktivitäten der Menschen fungieren.

Welche autochthonen Strukturen sind hier gemeint? Wegen der Thematik dieser Arbeit ist vor allem an stammesmäßige, verwandtschaftlich organisierte Gruppen gedacht, die nach Besitz- und Statusverteilung relativ homogen sind, und in denen das Netzwerk gegenseitiger sozialer Verpflichtungen noch funktionstüchtig ist. Solange sie noch nicht vom sozialen Wandel völlig deformiert und aufgelöst wurden, können sie Grundlagen für Solidarität, soziale Absicherung (auch in Form einer "Überlebensökonomie"), Selbsthilfe und eigene Entwicklungsanstrengungen bilden. Nach dem Konzept der "Ländlichen Regionalentwicklung" wären solche Gruppen deshalb prädestiniert als Zielgruppen.

Um dieser Möglichkeit nachzugehen und ihre Bedingungen näher zu erläutern, sind hier drei Fragen zu diskutieren:

- 1) Welche Funktionen haben autochthone Strukturen im Entwicklungsprozeß und im sozialen Wandel?
- 2) Unter welchen Bedingungen könnten sie als "Entwicklungskerne" fungieren?
- 3) Wie könnte von planerischer Seite diese Funktion unterstützt werden?

Die erste Frage betrifft die Funktionen, die die traditionellen, lokal gewachsenen Strukturen in den von außen induzierten Veränderungsprozessen übernehmen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die These, daß Struktur und Funktion sich wechselseitig bedingen, und daß folglich der Verlust von Funktionen einen strukturellen Wandel nach sich zieht (vgl. COHEN 1972, SCHOLZ 1974: 52 f.). Die Funktionalität autochthoner Strukturen in der Gegenwart hängt davon ab, wie weit sie bereits deformiert bzw. für Abhängigkeitsbeziehungen instrumentalisiert wurden.

Angesichts der Vielfalt dieser Strukturen ist es schwierig, generalisierbare Aussagen über ihr Verhalten und ihre Funktionen im Entwicklungsprozeß zu machen. Es lassen sich aber einige Funktionstypen unterscheiden, die entweder auf eine totale Ablehnung, eine konstruktive Auseinandersetzung oder eine Adaption und Kollaboration im Rahmen der Entwicklung hinauslaufen:

1) Autochthone Strukturen als **Horte der eigenen Kultur:**

Der Bedeutungszuwachs, den Traditionen und traditionale Gemeinschaften in der Gegenwart beispielsweise in Afrika oder im arabisch-islamischen Raum zu verzeichnen haben, wird oft zu Unrecht als "Tribalismus" oder "Nativismus" abgetan (vgl. KANDIL 1983). Dies ist jedoch nicht einfach eine konservative Rückbesinnung, sondern eine Reaktion auf die kulturelle Entfremdung und den wirtschaftlichen und sozialen Zerfall. Dem Fremden und Bedrohlichen wird mit der Suche nach einer eigenen Identität begegnet. In der islamischen Welt demonstriert beispielsweise der religiöse Fundamentalismus eine solche Abkehr von "westlichen" Ideologien und eine aktive Neubesinnung auf einen eigenen Weg (vgl. TIBI 1985).

2) Autochthone Strukturen als **Ausbeutungsinstrumente:**

Durch die Einbindung traditionaler Gesellschaften in die Weltwirtschaft werden die vorher bestehenden Herrschaftsformen deformiert. Die alten Eliten behalten auch unter veränderten Bedingungen ihre Führungsposition. Sie nutzen ihre Macht zur individuellen Bereicherung. Aus der Überlagerung traditionaler sozialer Bindungen durch einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten entstehen qualitativ neue "informelle Institutionen", die dadurch gekennzeichnet sind, "...daß sie den Produzenten nur ein Minimum ihrer erwirtschafteten Erträge belassen, Kapitalakkumulation verhindern und damit eine Verbesserung der Produktionsbedingungen und Steigerung der Produktion erschweren oder ganz unterbinden" (SCHOLZ 1986: 294).

3) Autochthone Strukturen als **Modernisierungsabwehr von unten:**

Wenn die Menschen keine andere Möglichkeit haben, sich gegen Fremdbeherrschung, Ausbeutung oder überhaupt die negativen Folgen einer ihnen von außen übergestülpten Modernisierung zu schützen oder unerwünschte Fremdeinflüsse abzuwehren, bleibt ihnen unter Umständen nur eine Reaktivierung ihrer traditionellen Verbände (vgl. LEGGEWIE 1984).

4) Autochthone Strukturen in der Funktion von **Überlebensgemeinschaften:**

Wie ELWERT (1985) zeigt, führen Marginalisierung und zunehmende Bedrohung der Existenzsicherung zur Bildung von Solidargemeinschaften, die teilweise an traditionale Strukturen anknüpfen. Die Funktion der Überlebenssicherung ist für Verwandtschaftsgruppen nicht neu, wohl aber die äußeren Umstände, unter denen sie ausgeübt wird.

5) Autochthone Strukturen in der Funktion von **Interessenverbänden:**

Der gesellschaftliche Wandel führt nicht nur dazu, daß autochthone Strukturen deformiert werden und ihre Funktionen verlieren, sondern er kann ihnen auch neue Funktionen geben. Die Menschen in peripheren Regionen haben als Individuen nur äußerst begrenzte Möglichkeiten, dem Staat gegenüber ihre Interessen zu artikulieren oder sogar durchzusetzen. Nur in Gruppen, als geschlossene Masse, können sie mehr politisches Gewicht und damit Einfluß bekommen. Deshalb haben am ehesten noch die Exponenten traditionaler sozialer Einheiten die Chance, sich erfolgreich für Gemeinschaftsinteressen einzusetzen.

Die zweite Frage, die sich an diese Aufzählung möglicher Funktionen anschließt, bezieht sich auf die Bedingungen, unter denen autochthone Strukturen einen konstruktiven Beitrag zu den gegenwärtigen Veränderungen leisten. Wie können sie zu Keimzellen der Veränderung werden, aus denen eine selbstbestimmte und in den eigenen Möglichkeiten verwurzelte Entwicklung hervorwächst?

- 1) Die wichtigste Bedingung ist, daß das Netzwerk gegenseitiger sozialer Verpflichtungen noch erhalten ist. Nur wenn dieses Verpflichtungsverhältnis wirklich noch auf Gegenseitigkeit beruht, kann von einer Solidargemeinschaft gesprochen werden. Andernfalls, bei einer ungleichgewichtigen Verteilung von Rechten und Pflichten, ist eher mit Unterdrückung und Ausbeutung zu rechnen.
- 2) Eine relativ gleichgewichtige Verteilung von Rechten und Pflichten setzt eine homogene Gesellschaftsstruktur voraus. Je länger und intensiver externe Faktoren bereits auf sie einwirken, desto weiter ist die sozioökonomische Differenzierung vermutlich bereits fortgeschritten.
- 3) Eine geringe sozioökonomische Differenzierung in Besitz- und Statusschichten ist am wahrscheinlichsten in segmentären Gesellschaften.
- 4) Die Interessengemeinsamkeit der Mitglieder einer autochthonen Gruppe beruht nicht nur auf Verwandtschaft und gegenseitiger Verpflichtung, sondern auch darauf, daß sie unter veränderten äußeren Rahmenbedingungen neue gemeinsame Ziele und ökonomische Interessen verfolgen.

Wie könnte von planerischer Seite die Funktion autochthoner Strukturen zur Gestaltung des Entwicklungsprozesses unterstützt und instrumentalisiert werden?

- 1) Die Planung bedarf selbstverständlich einer genauen Kenntnis bestehender Sozialstrukturen und ihrer Fähigkeit, konstruktiv für den Entwicklungsprozeß zu werden.
- 2) Die Einteilung von Zielgruppen könnte sich an den Grenzen der bestehenden Gemeinschaften orientieren. Voraussetzung dafür ist aber, daß innerhalb der Gruppen eine hinreichend homogene Bedürfnisstruktur besteht.
- 3) Die Zusammenarbeit sollte institutionalisiert werden. Dazu brauchen die Vertreter der Gruppen Kompetenzen bei Entscheidungsprozessen, die den Entwicklungsprozeß betreffen. Ihre offizielle Funktion muß klar definiert und für alle Beteiligten durchsichtig sein. Wenn die Bevölkerungsvertreter keinen tatsächlichen Einfluß im Interesse der Gemeinschaft ausüben können, wären sie vor ihren Gruppenmitgliedern nicht für ihre Tätigkeit legitimiert.
- 4) Autochthone Strukturen lassen die Bevölkerung nach außen geschlossen erscheinen und geben ihr, durch ihre bloße Anzahl, ein gewisses politisches Gewicht.

- 5) Staatliche Entwicklungsträger müssen bei der Kooperation mit der Bevölkerung deren Strukturen respektieren. Das bedeutet, daß die Menschen innerhalb ihrer eigenen Organisation eine partielle Autonomie wahrnehmen können.

6. VORGEHENSWEISE UND METHODIK

Die Vorgehensweise bei der Untersuchung und die dabei verwendeten Methoden orientierten sich an den Fragestellungen der Arbeit und an den äußeren Bedingungen des Untersuchungsgebietes und seiner Bewohner, der Aulad 'Ali. Außerdem spielten auch meine eigenen Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten, vor allem sprachlicher Art, eine Rolle, so daß schließlich die eigentliche Feldforschung in mehrere Phasen gegliedert wurde:

Von Januar 1982 bis September 1983 war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter im landwirtschaftlichen Teilprojekt des Sonderforschungsbereiches 69 "Geowissenschaftliche Probleme arider Gebiete" an der TU Berlin. In dieser Zeit kam ich dreimal für zwei bis sechs Wochen nach Marsa Matruh. In der zweiten Phase von September 1983 bis Juni 1985 verbesserten sich meine Forschungsmöglichkeiten und besonders auch sprachlichen Fähigkeiten dadurch, daß ich mit Unterstützung durch ein DAAD-Stipendium für zwei Jahre an der Amerikanischen Universität in Kairo Arabisch lernen konnte. Von Kairo aus war es möglich, in regelmäßigem Abstand etwa alle zwei Monate und zusätzlich in den Ferien in das Untersuchungsgebiet zu fahren. In der Phase der Ausarbeitung schließlich wurde im Februar/März 1986 noch einmal ein einmonatiger Studienaufenthalt durchgeführt.

Die erste Übersichtsexkursion im März 1982 von Marsa Matruh bis hinab in die Qattara-Depression hatte eigentlich nichts mit den Aulad 'Ali zu tun. Einige Tee-Einladungen bei Beduinen am Rand der Piste weckten aber mein Interesse, diese Menschen und ihre Lebens- und Wirtschaftsweise näher kennenzulernen. Ein Jahr später, im Februar und März 1983, konnte ich damit anfangen. Während des sechswöchigen Geländeaufenthaltes wurden primär agrarökologische Grundlagen untersucht und Kontakte zu den Beduinen und den Behörden in Marsa Matruh hergestellt. Zwei Gebiete westlich und östlich von Marsa Matruh wurden für genauere Fallstudien ausgewählt und mit Hilfe von Luft- und Satellitenbildern kartiert (Abb. A-3, B-4, vgl. zur Lage Abb. A-2). Die Auswahl richtete sich nach der ökologischen Ausstattung, dem Entwicklungsstand und der unterschiedlichen Stammeszugehörigkeit der Bewohner. Die Nähe zur Stadt schließlich ließ die Auswirkungen der jüngeren Entwicklung hier deutlicher hervortreten und machte, auch das war ein Auswahlkriterium, die Untersuchungsgebiete für mich leichter zugänglich. "Zugänglichkeit" ist dabei durchaus wörtlich gemeint, denn nach den ersten Geländeaufenthalten war ich ab 1983 immer zu Fuß beziehungsweise per Esel im Untersuchungsgebiet unterwegs. Dies stellte sich als die beste Möglichkeit heraus, auf einigermassen "zwanglose" Weise mit den Wüstenbewohnern in Kon-

takt zu kommen. Die Fortbewegung mit einem Geländewagen ist sicherlich schneller und, vor allem während der winterlichen Regenschauer, auch komfortabler, aber gleichzeitig vergrößert ein Wagen auch die persönliche Distanz zu den Menschen. Für mich war es zwar manchmal ärgerlich, wenn ich nach stundenlanger Wanderung feststellen mußte, daß die Familie, die ich besuchen wollte, ihre Zelte inzwischen irgendwo anders aufgeschlagen hatte. Aber dafür war es mir auch immer möglich, bei meinen Gastgebern zu übernachten oder sogar ein paar Tage zu bleiben. Die beste Gelegenheit für lange Gespräche ergibt sich meist am Abend, wenn bei den noch fernsehfreen Beduinen in der Wüste Besucher für willkommene Unterhaltung sorgen. Die behutsame, aber auch langwierige Vorgehensweise war aus drei Gründen einer offensiveren Durchführung der Forschung vorzuziehen:

Erstens sind in dieser Arbeit Intensivinterviews mit Schlüsselinformanten die wichtigste Methode zur Erlangung von Primärdaten. Sie sind nur in einer Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Respekts möglich. Das gilt erst recht in einer Stammesgesellschaft, in der gegenüber Fremden zunächst eine vorsichtig-skeptische Distanz gehalten wird. Ein vertrauensvolles und persönlich gefärbtes Verhältnis zu den Informanten bedarf jedoch ausreichender Zeit zum Wachsen. Etwas sensiblere Gesprächsthemen (Viehbesitz, Verhältnis zum Staat, Einkommenssituation etc.) können erst nach mehreren Besuchen angeschnitten werden, ohne daß sich die Gesprächspartner zu ausflüchtigen Antworten genötigt fühlen. Unter diesen Bedingungen wäre eine zielstrebige und auf rasche Datenfindung ausgelegte Vorgehensweise nicht nur rücksichtslos gegenüber den Befragten, sondern sie würde auch nicht einmal zu verlässlichen Ergebnissen führen.

Zweitens war die Freizügigkeit meines Auftretens in Marsa Matruh und draußen in der Wüste dadurch eingeschränkt, daß ich ohne die offiziell erforderlichen Genehmigungen der zuständigen Stellen in Kairo auskommen mußte. Dadurch bewegte ich mich bei meiner Feldarbeit - juristisch gesehen - ständig hart am Rande oder auch jenseits der Legalität und außerdem - räumlich gesehen - in unmittelbarer Nähe großer militärischer Sperrgebiete. Diese Situation ließ es ratsam erscheinen, möglichst dezent und leise vorzugehen. Nur so war es möglich, die gelegentlich durch das Zusammentreffen mit Militärpatrouillen entstehenden Komplikationen einigermaßen schnell und auf informellem Wege wieder zu lösen. Das Ausbleiben ernsthafterer Schwierigkeiten ist zum einen der stillschweigenden Duldung meiner Arbeit durch die Governoratsbehörden, einschließlich des Gouverneurs selbst, zu verdanken, zum anderen und vor allem aber auch meinen beduinischen Gastgebern.

Drittens schließlich konnte und wollte ich die Aulad 'Ali nicht als wissenschaftlichen Rohstoff betrachten, aus dem mit Hilfe von standardisierten Fragebögen und Statistiken das Material für meine Dissertation zu extrahieren wäre. Die Feldforschung hat mir wohl nicht zuletzt deshalb so viel Spaß gemacht, weil sich auch die Beduinen gerne mit mir unterhalten haben und ich fast immer als Besucher willkommen war.

Die Methoden, die im empirischen Teil der Arbeit zur Anwendung kamen, zeichnen sich dadurch aus, daß keine starre Trennung von quantitativen und qualitativen Verfahren vorgenommen wurde:

- 1) Die Kartierung ausgewählter Gebiete diente der Erfassung und Darstellung räumlicher Phänomene. Gegenstände der Kartierung waren Landnutzung, Geomorphologie, Siedlungsweise und Stammesverteilung. Die Grundlagen dafür bildeten topographische Karten im Maßstab 1 : 100 000 und 1 : 25 000, Luftaufnahmen und Satellitenbilder.
- 2) (Teilnehmende) Beobachtung wurde nach einer Vorlaufzeit, die dem Kennenlernen und der Vertrauensbildung diente, zur kontinuierlich angewandten Methode. Dabei konnten zwischen 1982 und 1986 vier landwirtschaftliche Jahreszyklen mit recht unterschiedlichen Anbaubedingungen beobachtend begleitet werden.
- 3) Nicht-standardisierte strukturierte Interviews dienten der stichprobenartigen Befragung von etwa 120 Haushaltsvorständen in den beiden Untersuchungsgebieten. Dabei wurde ein "weiches" Befragungskonzept befolgt, bei dem eine für alle Beteiligten "angenehme" Gesprächsatmosphäre Voraussetzung für die Antwortgewinnung war. Allerdings war bei dieser Vorgehensweise die Vorstrukturierung des Interviews selten durchzuhalten, so daß meist nur versucht werden konnte, einen Katalog von Leitfragen in das Gespräch mit einfließen zu lassen. Die Erhebungssituation konnte unter den gegebenen Umständen ebenfalls nicht einheitlich sein, denn häufig waren außer dem Haushaltsvorstand noch andere Familienmitglieder oder Nachbarn anwesend. Die Auswahl der Befragten ist nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit aller erwachsener Bewohner der Untersuchungsgebiete, weil nur Männer befragt wurden, und weil bei der Auswahl der Zufall des Zusammentreffens eine erhebliche Rolle spielte. Es wurde aber versucht, mit den Befragten einen Querschnitt durch die ethnischen und sozioökonomischen Gruppen des Gebietes zu erreichen. Wegen meiner anfangs noch unzureichenden Arabischkenntnisse wurde einige Male versucht, zusammen mit einheimischen Studenten oder Lehrern als Übersetzer zu arbeiten. Dieses Verfahren erwies sich jedoch als wenig hilfreich, weil beispielsweise über Fragen von Recht oder Besitz nicht in Anwesenheit eines Mitglieds des Nachbarstamms zu reden ist.
- 4) Intensiv-Interviews wurden mit 12 Schlüsselinformanten durchgeführt, nachdem zuvor neben der teilnehmenden Beobachtung und den nicht-standardisierten Interviews ein persönlicher Kommunikationsaufbau zu den Befragten erfolgt war. Bei der Auswahl der Schlüsselinformanten wurde versucht, Repräsentanten verschiedener sozialer Gruppen und einige Stammesführer zu erreichen. Die Interviews wurden durch Leitfragen strukturiert, aber der offene Gesprächsverlauf ermöglichte es den Informanten, umfassende Erklärungen aus ihrer Sicht zu den gestellten Fragen abzugeben. Gleichzeitig wurde auf meiner Seite die Richtung der Fragen von meinem Erkenntnisfortschritt bestimmt. Die Durchführung von Intensiv-Interviews ließen meine Sprachkenntnisse erst ab Mitte 1984 zu. Bis dahin war die allgemeine Situation und Problematik der Untersuchungsregion so weit bekannt, daß jetzt mit den Schlüsselinformanten gezielt bestimmte Fragestellungen diskutiert werden konnten. Von Vorteil erwies es sich auch, daß ich mir in den vorhergehenden Gesprächen bereits so viel "insider"-Wissen über Stammesstrukturen, Geschichte und Rechtsverhältnisse der Aulad 'Ali angeeignet hatte, daß ich gewissermaßen als "Eingeweiht-

ter" akzeptiert wurde. Gerade diese Themen bis hin zu genealogischen Spitzfindigkeiten finden immer wieder das Interesse der Beduinen. Sie waren deshalb stets ideale Einstiegspunkte für weitergehende Diskussionen.

- 5) Eine Erweiterung dieses Verfahrens stellten Gruppeninterviews dar, die gelegentlich durch das Zusammentreffen mehrerer Informanten möglich wurden. In solchen Situationen konnten vor allem konträre Standpunkte und Meinungen diskutiert werden. Die Bezeichnung "Interview" ist für die in solchen Konfliktgesprächen manchmal entstehende Palaver-situation kaum noch zutreffend, weil dann der Befrager rasch zur unwichtigsten Person im Raum wird und nur noch die Meinungsgegensätze die streitenden Gemüter beschäftigen.
- 6) Sekundäranalysen demographisch-statistischer Materials und die Auswertung schriftlicher Quellen, vor allem aus dem Public Record Office in London, flankierten die Primärdatengewinnung.

Die Ergebnisse, die mittels dieser Methoden erzielt werden konnten, sind den gegebenen Umständen nicht objektivierbar, sie sollten aber auf dieser methodischen Grundlage intersubjektiv nachvollziehbar sein. Die Aussagekraft der Ergebnisse beruht auf der Annahme, daß die Verhältnisse in den beiden Untersuchungsgebieten typisch für die gesamte Küstenregion sind, und daß folglich die hier im Mikrobereich gewonnenen Erkenntnisse für die gesamte Region zutreffen.

Eine große Einschränkung muß hinsichtlich der Aussagefähigkeit und des Inhalts der Arbeit jedoch gemacht werden: Die Hälfte der Bevölkerung blieb in der Studie von vorneherein ausgeschlossen! Frauen waren zwar gelegentlich bei Gesprächen zugegen. Ich habe aber aus Rücksicht auf gesellschaftliche Normen der Aulad 'Ali darauf verzichtet, sie systematisch in die Untersuchung einzubeziehen.

7. MATERIELLE BASIS DER STUDIE

Das in schriftlicher Form vorliegende Quellenmaterial über das nordwestliche Küstengebiet Ägyptens und die Aulad 'Ali ist von sehr unterschiedlicher Qualität und Verwendbarkeit für die vorliegende Arbeit. Zu unterscheiden sind

- (a) Archivmaterial,
- (b) offizielle statistische Angaben,
- (c) Gutachten,
- (d) wissenschaftliche und
- (e) nichtwissenschaftliche Publikationen und schließlich
- (f) Zeitungsmeldungen.

(a) Archivmaterial:

Die Akten im Public Record Office in London enthalten einige Mitteilungen der Kolonialadministration aus Kairo an das britische Foreign Office. Aus Forschungsgründen bedauerlich ist jedoch, daß sich die Engländer für die Beduinen in Ägypten eigentlich immer nur dann interessierten, wenn sie ihnen Ärger bereiteten. Die Aulad 'Ali taten dies aber - was aus Gründen der Dokumentation für meine Forschungsarbeit ein glücklicher Umstand war! - mehrere Male, so daß es eine Reihe von Meldungen über sie gibt im Zusammenhang mit Schmuggel, Grenzkonflikten, dem Senussi-Aufstand und den Kampfhandlungen im ersten Weltkrieg.

(b) Offizielle statistische Angaben:

Wichtigste dieser offiziellen Quellen ist die dreibändige, sehr detaillierte Statistik des Governorates Marsa Matruh, die auf der Volkszählung von 1976 (vgl. CAPMAS 1978) beruht. Die Angaben dieser für Planungszwecke erstellten Statistik werden behördlich durch geschätzte Zuwachswerte fortlaufend "aktualisiert". Sowohl das Zahlenmaterial der Volkszählung als auch die Aktualisierungen sind, wie stichprobenartige und rechnerische Kontrollen zeigten, in manchen Bereichen nicht sehr zuverlässig und stellenweise offensichtlich schlicht erfunden. In dieser Arbeit wird deshalb nur auf solches Material zurückgegriffen, das größenordnungsmäßig realistisch zu sein scheint.

(c) Gutachten:

Die "graue Literatur" ist recht umfangreich, weil besonders in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und dann wieder seit 1983 die FAO und das World Food Programme (WFP) in der Region tätig waren. Die Zahlenangaben dieser Berichte dürften, soweit dies beurteilt werden kann, recht zuverlässig sein und finden deshalb Verwendung in der vorliegenden Arbeit. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß sich manche Angaben auf die oben (b) genannten offiziellen Statistiken stützen und deshalb auch mit Vorsicht zu verwenden sind.

(d) Wissenschaftliche Publikationen über die Region gingen zum großen Teil aus vier Forschungsprojekten hervor, die hier durchgeführt wurden:

Das Desert Institute aus Kairo unterhielt in Ras el Hikma auf halbem Weg zwischen Alexandria und Marsa Matruh in den sechziger Jahren eine Forschungsstation, von der aus geowissenschaftliche und ökologische Untersuchungen durchgeführt wurden. Die Ergebnisse sind im "Desert Institute Bulletin" publiziert.

Seit Ende der siebziger Jahre wurden zwei interdisziplinäre Forschungsprojekte der Universität Alexandria durchgeführt, die sich unter Leitung des Biologen Dr. Ayyad primär mit ökologischen Fragestellungen beschäftigten. Im Rahmen des zweiten Projektes "Regional Environmental Management of Mediterranean Desert Ecosystems of Northern Egypt" (vgl. REMDENE 1982) wurde eine Studie unter Beteiligung ägyptischer (Ghabbour, Shehata, Soliman/Ahmad) und amerikanischer (Wilder, Fitch) Wissenschaftler unternommen, die sich mit den Beduinen, ihrer Weidewirtschaft und ökologischen Wechselwirkungen beschäftigten.

Das Social Research Center der Amerikanischen Universität in Kairo unternahm von 1965 bis 1967 ein Forschungsvorhaben in Marsa Matruh. Wegen des Juni-Krieges 1967 konnte es jedoch leider nicht abgeschlossen werden, so daß nur einige eher bruchstückhafte Publikationen von BUJRA (1967, 1973) und OBERMEYER (1973) vorliegen. Trotzdem sind die hier zu entnehmenden Informationen von größtem Interesse für die vorliegende Arbeit, weil sie den Zustand eines Teils der untersuchten Bevölkerungsgruppen zu einem Zeitpunkt dokumentieren, als sich der rezente Wandel noch in seinem Anfangsstadium befand.

Die Arbeiten des vierten Forschungsprojektes in der Region, des Berliner Sonderforschungsbereiches 69 "Geowissenschaftliche Probleme Arider Räume", wurden ebenfalls vorzeitig durch widrige äußere Umstände beendet. Zwischen 1982 und 1984 wurden einige bodenkundliche, hydrologische und botanische Untersuchungen östlich von Marsa Matruh durchgeführt, die ökologischen Fragestellungen galten (Bornkamm/ Kehl, Fehlberg, Gauer, Müller, Ergenzinger/Schmidt). Aus diesem interdisziplinären Vorhaben entstand mein persönliches Interesse an der Region, dessen Ergebnis die vorliegende Arbeit ist.

Neben den Veröffentlichungen aus den vier genannten größeren Forschungsprojekten gibt es eine auffallend geringe Zahl wissenschaftlicher Arbeiten über die Aulad 'Ali selbst. Ethnologische Studien wurden von MOHSEN (1971), RUSCH/STEIN (1982) und ABU LUGHOD (1987) durchgeführt. Vor allem die zuletzt genannte Arbeit der amerikanischen Ethnologin Janet ABU LUGHOD verdient besondere Aufmerksamkeit, weil sie sich aus engagierter Position mit dem Leben und dem Denken der Beduinenfrauen auseinandersetzt. Daneben finden sich wichtige Informationen und Hinweise auf die Aulad 'Ali in Veröffentlichungen von ABOU-ZEID (1959, 1966), AWAD (1954), EVANS-PRITCHARD (1949), PETERS (1960, 1965 und 1967), KENNETT (1968) und MURRAY (1935).

(e) Nichtwissenschaftliche Publikationen:

Wichtige Quellen über die Geschichte der Aulad 'Ali sind ältere Reiseberichte und Memoiren britischer Kolonialbeamter. Hierzu gehören die Berichte von FALLS (1913), JUNKER (1890), v. DUMREICHER (1931) und JENNINGS-BRAMLY (1958). Von sehr großem Wert ist außerdem ein von KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA (1982), einem Beduinen aus Marsa Matruh, geschriebenes Buch, in dem dieser unter dem Titel "Die tausendjährige Reise mit den Stämmen der Aulad 'Ali" eine bunte und in ihrer Subjektivität äußerst aufschlußreiche Mischung von (Helden-)Geschichten, Gedichten, Listen berühmter Männer, folkloristischen Beschreibungen und genealogischen Übersichten vereinigt.

(f) Zeitungsmeldungen:

Notizen oder Berichte aus Marsa Matruh finden sich nur sehr selten in den ägyptischen Tageszeitungen. Die Presse reflektiert damit sicher auch das fehlende Interesse der ägyptischen

tischen Öffentlichkeit. Regelmäßig gelesen und ausgewertet wurden "Al Ahram" und "Egyptian Gazette" von Oktober 1983 bis Juni 1985.

B. AUSGANGSBEDINGUNGEN: NATURRAUM UND TRADITIONALES STAMMESSYSTEM

1. AGRARÖKOLOGISCHE GRUNDLAGEN UND IHRE NUTZUNG

1.1. Ökologische Grundlagen

In dem Gebiet zwischen Alexandria und der libyschen Grenze fallen unmittelbar an der Küste noch Niederschläge von 100 bis 200 mm pro Jahr. Das langjährige Mittel an der meteorologischen Station in Marsa Matruh beträgt 126 mm (vgl. Abb. B-1). Im Zeitraum zwischen 1905 und 1965 schwankten hier die Jahresniederschläge zwischen 20 und 400 mm (FEHLBERG/STAHR 1985: 309). Sie weisen in der gesamten Küstenregion eine hohe räumliche und zeitliche Variabilität auf. Landeinwärts nehmen sie rasch ab. Schon in zehn Kilometer Entfernung vom Meer ist die Niederschlagshöhe um ein Drittel geringer. In dem mediterran-subtropischen Wüstenklima der Region sind Regenfälle auf das Winterhalbjahr (Oktober bis April) beschränkt. Durchschnittlich alle fünf Jahre ist mit einem ausgeprägten Trockenjahr zu rechnen, wie die langjährigen Wetterbeobachtungen zeigen (FAO/UNDP 1970: 1.12).

Abb. B-1: Klimadiagramm der Station Marsa Matruh

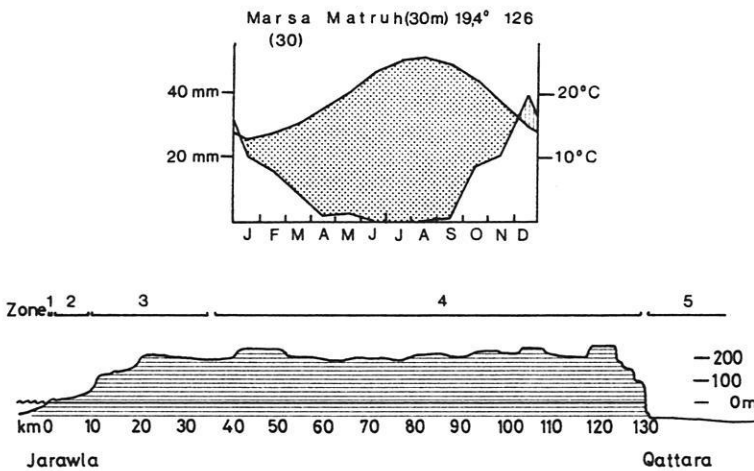


Abb. B-2: Profil vom Mittelmeer zur Qattara-Senke

Niederschlagsverteilung und geomorphologische Strukturen ergeben eine deutlich ausgeprägte küstenparallele Zonierung der natürlichen Vegetation und der Landschaften (vgl. STAHR et al. 1985, EL-SHAZLY/SHATA 1969). Entlang eines Nord-Süd-Profiles zwischen dem Mittelmeer und der Qattara-Senke lassen sich fünf Zonen unterscheiden (vgl. Abb. B-2).

Die Entfernungsangaben beziehen sich auf ein Transsekt entlang der Piste von Jarawla, 30 km östlich von Marsa Matruh, nach Süden.

1) Strandzone (0-1 km):

Ein schmaler Streifen entlang des Mittelmeers ist von rezenter mariner und littoraler Morphodynamik geprägt. Küstendünen und mehrfach gestaffelte Strandwälle aus oolithischen Sanden reichen stellenweise bis zu 2 km ins Land hinein. Dazwischen liegen trogförmige flache Mulden, die im Winter häufig überschwemmt werden und teilweise von Salzsümpfen ausgefüllt sind.

2) Küstenebene (1-9 km):

Über ältere marine Abrasionsterrassen steigt die Landschaft mit sehr geringem Gefälle nach Süden an. Die Morphogenese dieser Zone ist weitgehend auf holozäne und pleistozäne Meeresspiegelschwankungen zurückzuführen (vgl. EL-SHAZLY/SHATA 1969). Relikte von Küstendünen finden sich an den Terrassenkanten noch in einer Höhe von 70 m, 5 km vom Meer entfernt. In die Terrassenflächen dieser Zone sind zahlreiche abflußlose Senken von einigen hundert Metern Durchmesser eingetieft. Einige Schlucklöcher im Zentrum der größeren Senken zeigen, daß sie als Karstformen anzusprechen sind. Die Küstenebene ist durch zahlreiche Wadis zerschnitten, die vor allem in ihrem Oberlauf durch steile Hänge und Talstufen scharf von den umgebenden Flächen abgesetzt sind.

3) Nördliche Hochebenen (9-35 km)

Über eine 30-40 m hohe, als Kliff überformte, Schichtstufe steigt die Landschaft nach 9 km zu den nördlichen Hochebenen auf. Sie sind durch einige flache, annähernd küstenparallele Schichtstufen gegliedert. Die ins Meer entwässernden Wadis reichen bis maximal an die zweite Stufe 20 km landeinwärts zurück. Weiter südlich gibt es nur noch am Fuß der Stufen kleine Wadis, die auf den davor liegenden Ebenen enden.

4) Libysches Plateau (35-130 km)

Mit dem Aufhören zusammenhängender Entwässerungsrinnen beginnt das Libysche Plateau. Sehr flache Schichtstufen mit vorgelagerten Playas und einige niedrige Zeugenberge bestimmen das Landschaftsbild. Winderosion nimmt nach Süden hin zu. Erst ab 90 km von der Küste wird das Relief langsam wieder stärker durch Tafelberge und Schichtstufen gegliedert, über die sich bereits der Abstieg zur Qattara-Senke ankündigt.

5) Qattara-Senke (ab 130 km)

Über eine 5-10 km breite Schichttreppe und einen 200 m hohen Steilabfall wird schließlich die 50 bis 120 m unter dem Meeresspiegel liegende Qattara-Senke erreicht. Hier steht das Grundwasser in Oberflächennähe, so daß große Teile der Senke von Salzsümpfen (Sebkas) ausgefüllt sind.

Über eine Nord-Süd-Distanz von nur 60-70 km erfolgt in diesen Landschaftseinheiten der Übergang von der Halbwüste über die Voll- in die Extremwüste. Die von STAHR et al. (1985) dazu vorgeschlagenen klimatologischen, vegetations- und bodenkundlichen Abgren-

zungen dieser Wüstenformationen legen die Grenze zwischen Halb- und Vollwüste demnach in etwa 30 km Küstenentfernung an den Nordrand des Libyschen Plateaus.

Tab. B-1: Abgrenzung der Wüstenformationen im Untersuchungsgebiet
(nach STAHR et al. 1985: 111)

Zone	Vegetation	Klima	Böden
Halbwüste	niederschlags-abhängige Vegetation, diffus, > 25% Deckung	Niederschlag > 50 mm, 1 humider Monat	aridic moisture regime, Kalkkrustenbildung
Vollwüste	niederschlags-abhängige Vegetation, kontrahiert, > 1% lebend	Niederschlag > 10 - 20 mm, < 1 Monat humid	keine Kalkanreicherung mehr, alle Böden alkalisch und leicht salzhaltig
Extremwüste	Vegetation grundsätzlich episodisch, < 1% lebend	Niederschlag < 10 - 20 mm, hohe Kontinentalität (Frost)	keine Kalkverlagerung, Wüstenkrusten, Versalzung im Grundwasserbereich

Verteilung und Dichte der natürlichen Vegetation werden großräumig von der landeinwärts abnehmenden Niederschlagsmenge bestimmt. Innerhalb der küstenparallelen Zonierung ergibt sich eine Differenzierung der Pflanzendichte und Artenzusammensetzung durch die Böden und die reliefabhängige Verteilung von Oberflächenwasser. Die zunächst in der Küstenzone noch über die gesamte Fläche ausgebreitete diffuse Vegetationsdecke wird nach Süden rasch immer lockerer und löst sich auf dem Tafelland schon nach 30 bis 40 km in inselhaft kontrahierte Flecken auf, bis sie schließlich bei zunehmender Aridität in der südlichen Hälfte des Tafellandes fast vollständig verschwindet. Das ökologische Potential der Küstenregion erlaubt ihren Bewohnern nur eine extensive Nutzung durch Weidewirtschaft und Trockenfeldbau. Beide Formen stehen in einer engen Beziehung miteinander.

1.2. Nomadische Weidewirtschaft

Die Weidewirtschaft dürfte seit dem Verfall der aus der Römerzeit stammenden Getreidefarmen in diesem Teil Nordafrikas die absolut vorrangige Nutzungsform gewesen sein. Wichtigster Bestandteil der Vegetation in Hinsicht auf eine Beweidung sind schnellwüchsige Ephe-

meroide mit einer kurzen Vegetationsperiode, die mit Beginn der Trockenzeit im Frühjahr verdorren und den ganzen Sommer über beweidet werden (vgl. STAHR et al. 1985). Die Mobilität der Herden ermöglicht eine Anpassung an die zeitliche und räumliche Variabilität der Niederschläge und eine Verbindung der verschiedenen ökologischen Zonen der Küstenregion in einem Nutzungssystem. Das regionalspezifische Mobilitätsmuster der traditionellen nomadischen Weidewirtschaft ist durch folgende Faktoren in der natürlichen Ausstattung der mediterranen Küstenzone zu erklären:

- 1) Die saisonalen Niederschlagsschwankungen bewirken keine klare räumliche Trennung verschiedener Weidegebiete, die als "klassische" ökologische Ursache einer mobilen Weidewirtschaft anzusehen wäre. Sie führen vielmehr zu einer räumlich-saisonalen Verschiebung des Weidepotentials. Die Küstenebene bietet dabei ganzjährig die relativ dichteste Vegetation, aber im Winter kann in Abhängigkeit von den Regenfällen auch nach Süden ausgewichen werden.
- 2) Der Engpaß für die Ernährung des Viehs im jährlichen Weidezyklus liegt naturgemäß in den Sommermonaten, weil sich dann alle Herden in der schmalen Küstenebene drängen. Es ist deshalb naheliegend, daß nach Einsetzen der winterlichen Regenfälle versucht wird, diese dicht besetzte Zone zu verlassen und weiter südlich unter einem geringeren Konkurrenzdruck das Vieh weiden zu lassen. Die saisonale Verschiebung der Weidegebiete zwischen der Küstenebene im Sommer und den Hochebenen bzw. dem südlich anschließenden Teil des Tafellandes im Winter ist insofern nicht nur eine Wanderung zwischen zwei Niederschlagszonen, sondern sie bewirkt auch eine Schonung der Weideressourcen der Küstenebene für die trockenen Sommermonate.
- 3) Bei den saisonalen Wanderungen zwischen Sommer- und Winterweidegebieten werden nur relativ kurze Distanzen von 20 bis 60 km zurückgelegt, weil beide Gebiete nur schmale Streifen im Übergang von der regenreicheren Küste in die südlich anschließende Wüste darstellen. Die räumliche Variabilität der Niederschläge macht aber außerdem küstenparallele Wanderungen erforderlich, die in extremen Trockenjahren auch das Nildelta mit einschließen können.
- 4) Zusätzlich wird eine Risikoabsicherung und eine bessere Ausnutzung des Weidepotentials durch eine gemischte Zusammensetzung der Herden erreicht (vgl. MOORE 1987). Schafe und Ziegen werden stets gemeinsam gehalten, während die Kamele im Winter ohne dauernde Aufsicht durch Hirten in der südlichen Hälfte des Tafellandes weiden.
- 5) Die Wasserversorgung vor allem des Kleinviehs, aber auch für die Menschen selbst, ist ein weiterer Faktor, der die saisonalen Wanderungen bestimmt. Die Ziegen und Schafe brauchen im Winter nicht getränkt zu werden, wenn ausreichend sukkulente Weidepflanzen gefressen werden. Außerdem nehmen die Tiere am Morgen mit dem Futter auch Wasser in Form von Tau auf (FAO/UNDP 1970: 1, 32). Zwischen April und November müssen sie jedoch alle zwei bis drei Tage getränkt werden, so daß ein Aufenthalt in der Nähe der

Wasserreservoir in der Küstenebene notwendig ist.

Das in Abb. B-3 schematisch dargestellte traditionelle Mobilitätsmuster der Aulad 'Ali beruht auf einer Rekonstruktion, die sich auf die oben aufgeführten ökologischen Grundlagen und auf die heute noch zu beobachteten Relikte des Nomadismus in der Region stützt. Danach läßt sich das traditionelle Wanderverhalten als eine pulsierende Bewegung charakterisieren: Nach Beginn der winterlichen Niederschläge schwärmten die Stammesgruppen in kleinen Lagergemeinschaften immer weiter nach Süden aus, wobei sich mit dem Vorrücken der "Beweidungsfront" auch die Besatzdichte im Küstenstreifen immer mehr auflockerte.

Die Spitze der langsam mit ihren Herden nach Süden ziehenden Gruppen bildeten die Kamelhalter. Bei Erreichen der für ihre Kleinviehherden zumutbaren Grenze in 50-60 km Entfernung von der Küste ließen sie die Kamele weiter in die Wüste hinauswandern und zogen selbst mit ihren Schafen und Ziegen innerhalb der Weidegebiete ihres Stammes in den südlichen Hochebenen und dem nördlichsten Teil des Libyschen Plateaus umher. Nur in besonders niederschlagsreichen Jahren konnten einzelne Gruppen auch weiter in die Wüste vorstoßen. Innerhalb der Weidegebiete blieben die Lagergemeinschaften mehrere Wochen an einem Ort, bis die Vegetation im Umkreis des Lagerplatzes so weit abgegrast war, daß ein Standortwechsel erforderlich wurde.

Dieses pulsierende Mobilitätsmuster macht es wahrscheinlich, daß die Küstenebene auch im Winter von bestimmten Gruppen nicht verlassen wurde, einfach weil hier auch zu dieser Jahreszeit das Futter für die Tiere am leichtesten zu erreichen war. Welche Gruppen das gewesen sein mögen, und vor allem wie sich dieses differenzierte Wanderverhalten auf die Stammesstruktur auswirkte, wird in einem späteren Kapitel zu diskutieren sein. Es kann aber angenommen werden, daß eine Aufgabe dieser in der Küstenebene zurückbleibenden Stammesmitglieder darin bestand, die Äcker und Wasserstellen ihrer Stammesgruppe zu bewachen. Nach den letzten Regenfällen begann die Kontraktion des Weidegebietes in Richtung Küste. Die Kamele wurden von ihren Hirten bei Beginn der Trockenzeit an den Wasserstellen und Playas wieder eingefangen. Bis Juni/Juli befanden sich alle Herden und ihre Besitzer in der Küstenebene oder dem anschließenden Teil der Hochebenen in der Nähe der Wasserreservoirs. Dieses nord-süd-gerichtete Pulsieren der Weidewanderungen wurde episodisch durch quer zu dieser Richtung verlaufende Verschiebungen überlagert, wenn in Trockenjahren bestimmte Küstensektoren so hart getroffen wurden, daß die hier lebenden Stammesgruppen ihre gewohnten Weidegebiete verlassen mußten. Dazu gab es zwei Möglichkeiten: Sie konnten entweder an den Rand des Nildeltas oder sogar in das Kulturland selbst abwandern. Oder sie konnten versuchen, als Gäste das Weideland verwandter Stammesverbände mitzubenutzen, wenn dort die Tragfähigkeit noch etwas besser war. Welche strukturellen Hintergründe und welche Auswirkungen auf die Stammesverteilung diese letztgenannte Möglichkeit hatte, wird noch darzustellen sein.

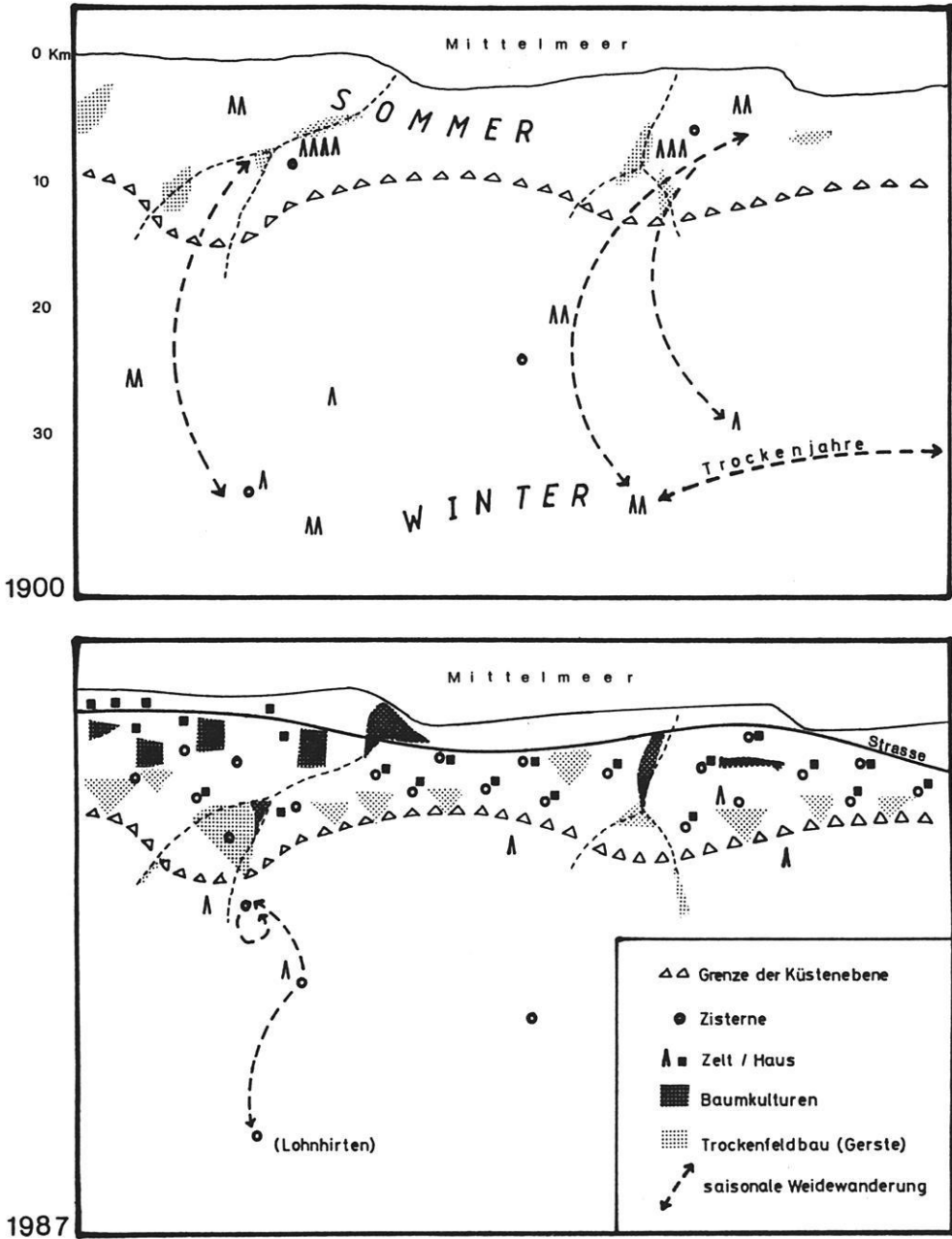
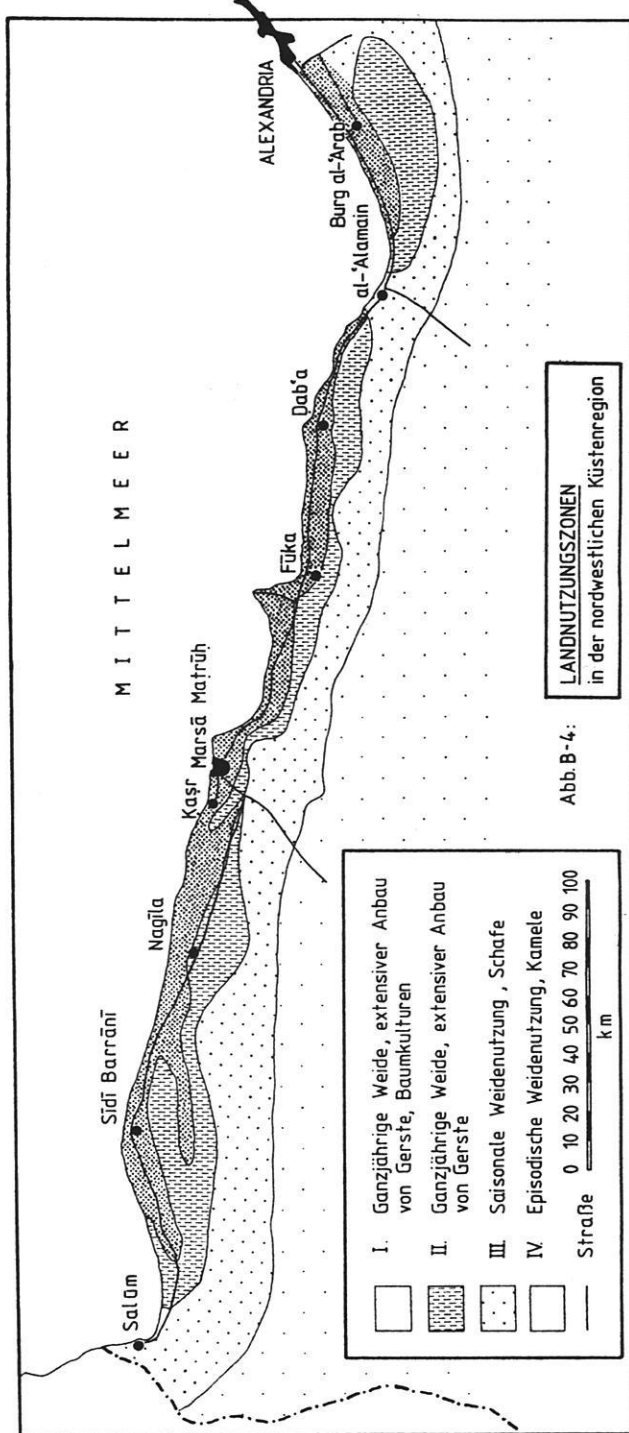


Abb. B-3: Schema der traditionellen und aktuellen Landnutzung der Aulad 'Ali



Ein charakteristisches Merkmal sowohl des traditionellen als auch des aktuellen Nutzungssystems der Region ist die spezifische Kombination von Weidewirtschaft und Ackerbau. Die Aulad 'Ali betrieben auch früher schon einen extensiven Anbau von Gerste, der sowohl ihrer eigenen Versorgung mit Getreide als auch zur Gewinnung von Futtermitteln für die Sommermonate diente. In den letzten Jahrzehnten hat jedoch im Zusammenhang mit der weitgehenden Selbsthaftwerdung der ehemals nomadischen Bevölkerung eine erhebliche Intensivierung der Pflanzenproduktion in der Küstenebene stattgefunden.

Die räumliche Verteilung der aktuellen Landnutzung ist in Abb. B-4 dargestellt. Die Karte zeigt die von den ökologischen Faktoren vorgegebene Zonierung der Landnutzung und ihre landeinwärts rasch abnehmende Intensität. Besonders hervorzuheben aber ist die Konzentration aller Nutzungsarten in der ersten, in etwa mit der Küstenebene übereinstimmenden Zone. Diese Verdichtung aller landwirtschaftlichen Aktivitäten in einer durchschnittlich nur 10 km breiten Zone ist nur zum Teil auf die ökologischen Bedingungen zurückzuführen. Sie ist in dieser Massierung und bei den zahlreichen damit verbundenen Problemen eine Folge der jüngsten Entwicklung. Sie ist mit zahlreichen Problemen verbunden, die an späterer Stelle noch zu diskutieren sein werden.

1.3. Pflanzenbau

Im Altertum war der mediterrane Küstenstreifen westlich des Nildeltas zwar wohl nicht gerade die "Kornkammer Roms", aber er war doch, wie archäologische Funde und schriftliche Überlieferungen zeigen, fruchtbarer als heute. In der Zeit des Kaisers Tiberius schrieb Strabo im Buch 17 seiner "geographia" von der dichten Besiedlung und dem hochwertigen Weinanbau der Region. In dem Küstenbereich bei Marsa Matruh bildete wahrscheinlich nicht, wie weiter östlich bei Burg al Arab, der Olivenanbau den Schwerpunkt der Landwirtschaft, sondern eher ein großflächiger Getreideanbau. Jedenfalls wurden bei Marsa Matruh nur sehr wenige Überreste von Ölpresen gefunden. Aus dieser begründeten Vermutung über die antike Landnutzung in der Region läßt sich dann aber auch eine Erklärung für die offensichtliche Degradation des Ökopotentials ableiten, das zwischen damals und heute stattgefunden haben muß. Als gängige Erklärung für den Verfall der Landwirtschaft in Nordafrika wird meist auf die Invasion arabischer Nomadenstämme vor tausend Jahren verwiesen. Hier in Marsa Matruh dürfte die Ursache jedoch eher in der römerzeitlichen Landwirtschaft selbst zu suchen sein. Die Bodenprofile in den Wadis zeigen, daß schon vor der rezenten Desertifikationsphase eine Periode mit massiver Bodenabschwemmung geherrscht haben muß. Das oft mehrere Meter mächtige lehmige Substrat kann als umgelagerter Boden von angrenzenden Hochflächen interpretiert werden.

Auf diesen Flächen hatten die römischen Bauern wahrscheinlich ihre Getreideäcker. Es ist also anzunehmen, daß schon damals eine nicht angepaßte Bewirtschaftung zu einer schweren Erosion führte. Kulturland gibt es heute nur in der Küstenebene und auf einigen wenigen Flächen in den angrenzenden Zonen. Aber selbst hier sind die Jahresniederschläge von 100 bis 150 mm nicht ohne eine ergänzende Wasserversorgung ausreichend.

Im Bereich der agronomischen Trockengrenze hängt der Trockenfeldbau nicht allein von der absoluten Niederschlagshöhe ab, sondern auch davon, wieviel Wasser am Pflanzenstandort in den Boden infiltriert und dort während der Vegetationsperiode im Wurzelbereich verfügbar ist. Entscheidende Größen sind folglich der oberflächliche Wasserzufluß und die Infiltrations- und Speichereigenschaften der Böden. Der enge Zusammenhang zwischen den Oberflächenformen und der Lage der gegenwärtig kultivierten Flächen wird aus Abb. B-5 deutlich. Sie zeigt einen Ausschnitt des Untersuchungsgebietes östlich von Marsa Matruh. Da sowohl die oberflächliche Wasserverteilung als auch die Bodeneigenschaften reliefabhängig sind, ergibt sich eine sehr kleinräumige Differenzierung der Anbaubedingungen und des Nutzungsmusters. Entsprechend der topographischen Position lassen sich in der Küstenebene sechs Lagetypen von Kulturland unterscheiden, die jeweils spezifische agrarökologische Bedingungen aufweisen (vgl. MÜLLER 1984):

- 1) Strandwallmulde
- 2) Subrosionsmulde
- 3) Plateau
- 4) Wadisohle
- 5) Wadihang und Terrassen
- 6) Schwemmfächer

In Abb. B-6 sind diese Standort-Lagetypen zeichnerisch verdeutlicht.

1) Strandwallmulde:

Die direkt hinter dem Strand liegende Zone erhält die höchsten Niederschläge der Region. Die Mulden zwischen den Strandwällen werden außerdem durch einen erheblichen oberflächlichen Zufluß versorgt. Er stammt aus einem um den Faktor 5 bis 10 größeren Einzugsgebiet auf den angrenzenden Strandwällen und vor allem aus Wadis, die durch die Küstendünen gestaut werden. Als Folge dieser reichlichen Wasserversorgung sind viele der Strandwallmulden im Winter oder sogar ganzjährig überschwemmt. Die Höhe des Grundwasserspiegels hängt von der vertikalen und horizontalen Distanz zum Meer ab. Direkt hinter den rezenten Küstendünen sind die Mulden deshalb meist von Salzmarschen ausgefüllt, während ihre allgemein sehr tiefgründigen Böden sonst bei ausreichender Dränung recht intensiv mit Feigen- und Olivenkulturen bewirtschaftet werden können.

2) Subrosionsmulde:

Da die Subrosionsmulden immer die tiefste Stelle geschlossener Einzugsgebiete bilden, er-

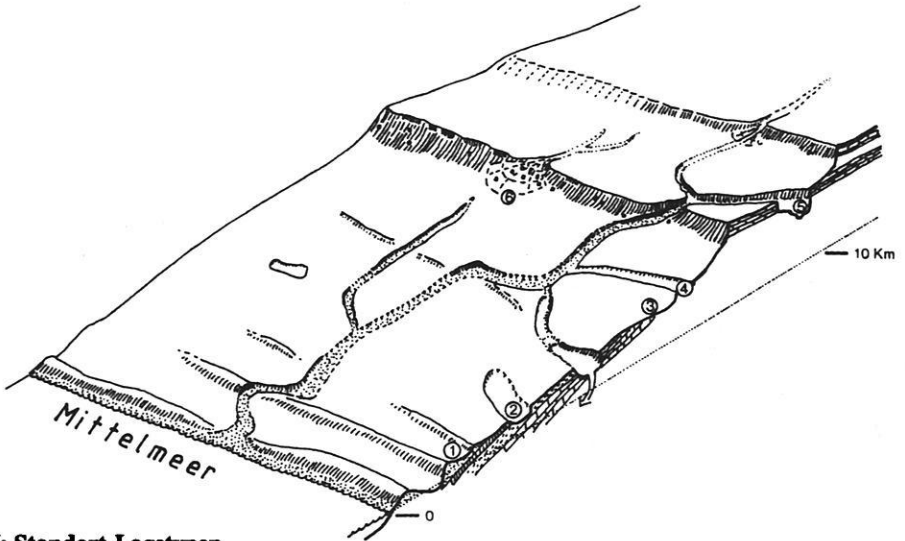


Abb. B-6: Standort-Lagetypen

halten sie Oberflächenwasser von fünf- bis zwanzigfach größeren Flächen. Außerdem wird Feinmaterial von den umliegenden Plateaus in die Mulden gespült, so daß das Kolluvium hier eine Mächtigkeit von mehreren Metern erreichen kann. In zwei Brunnengrabungen im kartierten Gebiet wurden Sedimentmächtigkeiten von 16 und 17 Metern festgestellt. Der Oberboden (0 - 15 cm, also Pflugtiefe) besteht infolge von Flugsandanreicherung aus schluffigem Sand, mit einem geringen Steinanteil von 5% auf der Oberfläche. Durch diese Bodenart wird die Evaporation gering gehalten, während die darunter liegenden sandigen Lehme eine gute Wasserhaltekapazität aufweisen. Subrosionsmulden sind bei ausreichender Größe günstige Lagen für Baumkulturen.

3) Plateau

Die Ackerstücke auf den Plateaus befinden sich im Bereich von Tiefenlinien und Dellen, die auf den fast ebenen Plateauflächen oft mit bloßem Auge kaum wahrnehmbar sind. Diese flachen Gefällslinien konzentrieren aber bei Starkregenereignissen die Schichtfluten, so daß hier von den Seiten her ein oberflächlicher Zufluß erfolgt. Die Infiltration ist hier jedoch erheblich geringer als in den Muldenlagen, während das durchfließende Wasser auf den Kulturflächen für einen ständigen Bodenabtrag sorgt. Die Bodenmächtigkeit beträgt häufig nur 30-50 cm über einer Kalkkruste (Caliche), so daß auf diesen Flächen nur ein extensiver Anbau von Gerste möglich ist. Der hohe Steinanteil erschwert zusätzlich die Bearbeitung, aber die gegenwärtig zu beobachtende Expansion der Ackerflächen auf stärker geneigte Lagen und die Mechanisierung der Bodenbearbeitung führen gerade bei diesem Lagetyp zu schweren Schäden durch Abspülung und Auswehung von Feinmaterial.

4) Wadisohle:

Bei jedem großen Abflußereignis wird die Wadisohle überschwemmt, aber das Wasser läuft in der Regel innerhalb weniger Stunden ab. Das Substrat der Wadisohle ist flußabwärts in Abhängigkeit von Fließgeschwindigkeit und Gefälle sortiert. Mit abnehmendem Gefälle zum Meer hin steigt der Anteil von Feinmaterial. Im Oberlauf der Wadis werden die Böden im Sohlenbereich von schluffigem Sand gebildet, während in den flachen Abschnitten vor der Mündung ins Meer lehmiger Sand bis sandiger Lehm vorherrschen. Die fluviale und kolluviale Akkumulation ist bei wechselnder Schichtung von sehr wechselnder Mächtigkeit. In kleineren Gerinnen und in den Oberläufen stammt das Sediment, meist ein schluffiger Lehm, vom Kolluvium der angrenzenden Hänge.

Die Wadis stellen für eine weitere Entwicklung der Landwirtschaft der Region das größte Potential dar. Insgesamt gibt es entlang der Küste von Alexandria bis zur Westgrenze 218 Wadis mit einem Gesamteinzugsgebiet von 4 337 km² und einem durchschnittlichen Gesamtabfluß von über 900 Millionen Kubikmeter pro Jahr (vgl. REMDENE 1980, 1982). Trotz intensiver, vom Staat unterstützter Erschließungsmaßnahmen ist das Abflußvolumen der Wadis bis heute nur zu einem Anteil von schätzungsweise 30% zu Bewässerungszwecken genutzt. Fließgeschwindigkeit und Infiltration können durch kleine Steindämme kontrolliert werden, aber das Hauptproblem bei der Kultivation von Flächen in dieser Lage ist nicht so sehr die Versorgung mit Wasser, sondern der Schutz gegen das Wasser. Die Abflußereignisse in den Wadis können Felder, die zu nahe am Stromstrich angelegt wurden, völlig abtragen, zuschütten oder mit ein bis zwei Meter tiefen Erosionsrinnen durchziehen.

5) Wadihang und Terrassen:

Die flachen unteren Hangstücke oder Terrassen der Wadis werden kultiviert, soweit sie noch nicht zu stark erodiert sind. In den oberen Hangabschnitten tritt häufig schon die Caliche an die Oberfläche, und nur im Übergangsbereich zwischen Hang und Talsohle ist das Kolluvium erhalten. Die Böden weisen aber auch hier meist einen hohen Steinanteil auf. Je nach Gefälle sind diese Flächen sehr erosionsanfällig. Durch Verfahren der Wasserzuleitung und des Erosionsschutzes kann aber eine Verbesserung der Nutzung erreicht werden.

6) Schwemmfächer:

Einige Wadis und Abflußrinnen münden nicht ins Meer, sondern ihr Wasser verteilt sich über Schwemmfächer am Fuß der großen Schichtstufen oder beim Eintreten in Muldenbereiche. Das Wasser kann im oberen Teil des Fächers mit kleinen Erddämmen abgefangen werden und zu tiefergelegenen Feldern im flachen Teil des Fächers geleitet werden. Allerdings enthält der Oberboden oft mehr als 40% Steine, so daß eine Bearbeitung mit traditionellen Methoden kaum noch möglich ist. Es wird in solchen Bereichen der Wasserverteilung allenfalls ein extensiver Anbau von Gerste praktiziert, der außerdem durch erhebliche Erosionsprobleme behindert ist.

Die genannten sechs Standorte werden heute pflanzenbaulich genutzt. Ihre Eignung ist jedoch sehr unterschiedlich. Außer vom seitlichen Zufluß wird sie auch vom Wasserhaushalt und dem Infiltrationsverhalten der Böden bestimmt. Vergleichsmessungen der beiden zuletzt genannten Faktoren im Rahmen von Beregnungsversuchen (vgl. ERGENZINGER/SCHMIDT 1984) zeigten, daß tendenziell die Standorttypen mit dem geringsten oberflächlichen Zufluß auch nach diesen beiden Kriterien die ungünstigsten Eigenschaften aufweisen. Als viertes Kriterium zur Standortbewertung in der Küstenebene kann noch die Bodenmächtigkeit hinzugezogen werden. Daraus ergibt sich eine starke Differenzierung der allgemeinen Standortgüte und der Eignung für bestimmte Kulturpflanzen (vgl. FEHLBERG 1983, FEHLBERG/STAHR 1985). Die Plateauflächen haben in jeder Hinsicht die schlechtesten Standorteigenschaften. Sie sind praktisch nur für extensiven Gerstenanbau geeignet. Die besten Lagen sind die größeren Subrosionsmulden und bei ausreichendem Erosionsschutz die Wadisohlen, deren Böden bei ausreichender Mächtigkeit sogar gegen Ende der Trockenperiode noch im Wurzelbereich der hier wachsenden Bäume durchfeuchtet sind. Der Trockenfeldbau in diesen Lagen gehörte bereits zum traditionellen Nutzungssystem der Aulad 'Ali, allerdings wurde früher wohl fast ausschließlich Gerste angebaut. Sie ist die am besten an die agrarökologischen Bedingungen angepaßte Nutzpflanze, denn sie hat eine sehr kurze Vegetationsperiode von nur 55 Tagen (als Minimum) und geringe Wasseransprüche (vgl. REHM/ESPIG 1976). Außerdem kann sie bei zu spät einsetzenden oder insgesamt unzureichenden Niederschlägen, wenn sie nicht mehr zur Reife gelangt, auf dem Halm abgeweidet werden, so daß sich über die Verwertung als Viehfutter ein Totalverlust vermeiden läßt. Bis heute ist die Gerste mit einem Anteil von 50 bis 80% an der kultivierten Fläche die am meisten verbreitete Nutzpflanze. Die gesamte mit Gerste bestellte Fläche schwankt sehr stark in Abhängigkeit von den Niederschlagsverhältnissen. In besonders regenreichen Jahren wird jede nur irgendwie geeignete Fläche gepflügt und bebaut, solange das vom Vorjahr aufgehobene Saatgut reicht.

Bei der Anlage der Gerstenfelder orientieren sich die Beduinen am Witterungsverlauf. Sie beobachten genau Menge und Verteilung der Niederschläge, Bodendurchfeuchtung und Wadiabflüsse, um den optimalen Zeitpunkt für Bodenbearbeitung und Aussaat zu bestimmen. Die Feldarbeit wird auf den jeweils besten Böden begonnen, über die eine Familie verfügt. Diese Flächen werden regelmäßig jedes Jahr bebaut, auch wenn die Niederschläge weniger ergiebig sein sollten. Sie werden bereits zu Beginn der Winterperiode gepflügt, um die Infiltration zu erleichtern. Die Aussaat erfolgt erst nach ergiebigen Regenfällen ab November bis spätestens März. Dabei besteht auf der einen Seite ein Interesse, möglichst früh die Saat auszubringen, damit sie zu Beginn der Trockenzeit zur Reife kommt. Auf der anderen Seite besteht dann aber das Risiko, daß die Saat zwar aufgeht, aber wegen des Ausbleibens rechtzeitig nachfolgender weiterer Regenfälle schließlich vertrocknet. Langjährige Beobachtungen der Ernteergebnisse durch das Agraramt in Marsa Matruh, die in Tab. B-2 zusammengestellt sind, zeigen die Häufigkeit von Mißernten an ausgewählten Standorten im Küstengebiet zwischen Alexandria und Sidi Barrani. Der Anteil von Jahren, in denen die Gerste im

Trockenfeldbau nicht zur Reife gelangt, ist, wie aus der Tabelle hervorgeht, regional sehr verschieden.

Der Trockenfeldbau ist unter diesen Bedingungen für die Beduinen jedes Jahr aufs neue eine Art Lotteriespiel, bei dem es darauf ankommt, das Risiko durch Wetterbeobachtung, Bestimmung des richtigen Aussaatzeitpunkts, Auswahl der richtigen Ackerfläche, Bevorratung des Saatguts und Verbesserung der Wasserzuleitung auf die Äcker zu minimieren. Die Aulad 'Ali handhaben dieses unsichere Spiel, von dem früher ihre Existenz abhing, mit großer Sorgfalt und Vorsicht. Deshalb werden nie alle Flächen, über die eine Familie verfügt, sofort nach den ersten Regenfällen bestellt. Es wird immer zuerst abgewartet, wie sich der Winter entwickelt, und zunächst werden nur die günstig gelegenen Parzellen beackert. Wenn es dann im Winter kaum noch regnet und die Gerste nicht ausreift, kann sie auf dem Halm abgeweidet werden. In guten Jahren dagegen werden von November bis Februar nach den Regenfällen schrittweise immer neue Äcker angelegt, wobei nach und nach das Kulturland auf die weniger günstigen Lagen ausgedehnt wird. In besonders niederschlagsreichen Jahren wird versucht, jede nur irgendwie geeignete Fläche unter Kultur zu nehmen. Früher war die in guten Jahren durchgeführte Ausweitung der Kulturfäche durch die zeitaufwendige Bearbeitung und durch die Menge des vorhandenen Saatguts begrenzt. Wenn eine Dürre im Vorjahr eine Mißernte verursacht hatte, war deshalb auch bei reichen Niederschlägen im folgenden Jahr nur eine begrenzte Ausdehnung möglich. Heute bereitet zwar noch die Saatgutversorgung Schwierigkeiten, aber durch den Einsatz von Traktoren ist eine viel schnellere Feldbearbeitung möglich. Auch stärker geneigte und hochgradig erosionsanfällige Flächen werden dabei unter den Pflug genommen.

Tab. B-2: Niederschläge und Ernteergebnisse (Gerste)

Station	Niederschlags- höhe (mm) im Jahresdurch- schnitt	Beobachtungs- zeitraum (Jahre)	Häufigkeit (%)			
			Mißernte	299 kg/ha	300-399 kg/ha	>400 kg/ha
Alexandria	180,6	51	18	27	33	22
Burg al-'Arab	156,6	15	27	27	33	13
Daba'	140,6	47	38	34	13	15
Ra's al-Hikma	?	12	57	17	17	8
Marsa Matruh	147,6	43	42	18	26	14
Sidi Barrani	143,9	38	29	42	18	11

(Quellen: FAO 1984, Dept. of Agriculture Marsa Matruh)

Die Bodenbearbeitung mit einem hölzernen Ritzpflug ist besonders auf den steinig Plateauböden eine mühsame und langwierige Arbeit. Der Pflug wird von einem Esel gezogen. Er ritzt den Boden bis zu einer Tiefe von 10 bis 15 cm. Jede Fläche muß mindestens zweimal gepflügt werden, zuerst zur Bodenlockerung und dann zum Einbringen des Saatguts. Außer einer Infiltrationsverbesserung bewirkt das mehrmalige Pflügen auch eine Unterbrechung des kapillaren Aufstiegs. Zwischen den Obstbäumen wird mit dem Pflug zusätzlich eine mechanische Unkrautbekämpfung betrieben, um Transpirationsverluste herabzusetzen. Die Saat wird von Hand ausgeworfen. Auffällig ist, daß die Gerste überall sehr weitständig gesät wird, aber daß die Beduinen doch auch die Saattiefe nach den ökologischen Bedingungen variieren.

Die Ernte erfolgt bis heute von Hand mit einer Sichel. Die Erträge liegen mit maximal 1 000 kg Korn und 2 000 kg Stroh pro Hektar sehr niedrig, aber auf der anderen Seite wird auch nur dünn gesät, um einen weiten Abstand zwischen den Pflanzen zu erreichen. Wenn die Gerste bei zu geringen oder zu späten Niederschlägen nicht zur Reife gelangt, kann sie direkt auf dem Feld abgeweidet werden. Das Stroh und nach der Ernte die Stoppeln dienen ebenfalls als Futter. Gedroschen wird mit Dreschschlitzen (*nauraj*), die offensichtlich aus dem Niltal übernommen wurden. Getreide und Stroh werden als Viehfutter gelagert.

Etwa ein Fünftel der Kulturfläche dient dem Anbau von Feigen, Mandeln, Oliven und Wassermelonen. Diese überwiegend für den Verkauf bestimmten Pflanzen werden in der Region erst seit wenigen Jahrzehnten kultiviert. Die Baumkulturen verlangen günstige Standortbedingungen, Erschließungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung und kontinuierliche Pflege der Pflanzen. Besonders im Anbau von Feigen der Varietät "Sultani" ist im Bereich westlich von Alexandria und bei Marsa Matruh seit einigen Jahren eine boomhafte Entwicklung zu verzeichnen, bedingt durch Preissteigerungen und staatliche Förderungsmaßnahmen. Sie sind gut an die Standortbedingungen der kalkreichen sandigen Böden mit ausreichendem Wasserzufluß angepaßt. Ihre Kultivierung erfordert speziellere Kenntnisse und einen größeren kulturtechnischen Aufwand als der extensive Anbau von Gerste. Die Vermehrung erfolgt mit Stecklingen, die in vorbereitete Pflanzgruben gesetzt werden. Während der ersten zwei Jahre ist während des Sommers regelmäßige Bewässerung notwendig, bis die Pflanzen ausreichend bewurzelt sind. Die Bewässerung erfolgt meist in sehr arbeitsaufwendiger Weise mit Tanks, die per Eselskarren oder Traktor durch die Plantagen gefahren werden. Der Boden zwischen den Bäumen wird gepflügt, um die Infiltration zu verbessern. Die Ernteergebnisse liegen bei mindestens fünfjährigen Feigen bei etwa 15 - 25 kg pro Baum und bei Oliven bei durchschnittlich 20 - 30 kg. Unterkulturen in den Baumpflanzungen sind selten. Sie wurden nur in al-Qasr beobachtet, wo das Wasserangebot günstiger ist als in anderen Gebieten der Küstenregion.

Wassermelonen werden gegen Ende des Winterhalbjahres im März ausgesät, wenn davon ausgegangen werden kann, daß ausreichend Wasser in den bestellten Böden gespeichert ist. Geerntet wird nach drei Monaten im Mai/Juni. Die Standorttypen im Bereich von Wadisohlen und Mulden erlauben in niederschlagsreichen Jahren in der Abfolge von Gerste und

Melonen sogar zwei Ernten im Jahr. Die Beduinen versuchen, ihre Melonen möglichst früh auf den Markt zu bringen, weil ab Ende Mai ein kontinuierlicher Preisverfall erfolgt. Zwiebeln, Tomaten und Ackerbohnen werden bisher nur in geringem Umfang an besonders günstigen Standorten angebaut. Sie sind primär für den häuslichen Bedarf bestimmt. Lediglich im Gebiet von al-Qasr werden als "cash crops" außerdem Minze, Kürbis und Petersilie in kleinen, bewässerten Beeten kultiviert. Der Gemüseanbau ist sonst auf das Bewässerungsgebiet zwischen Delta und Burg al-Arab konzentriert, das über den Bahig-Kanal mit Nilwasser versorgt wird. Er nimmt in der gesamten Region nach Angaben des Agrarministers in Marsa Matruh etwa 1 500 ha ein, unterliegt jedoch in seiner Ausbreitung westlich von Burg al-Arab niederschlagsbedingten Schwankungen.

1.4. Wasserversorgung

Ein besonderes Problem für das Leben und Wirtschaften in der Küstenwüste stellt die Versorgung mit Trinkwasser für die Menschen und ihr Vieh dar. Die Niederschläge decken maximal sechs Monate im Jahr ab, und auch die Wadis fließen nach jedem Regenfall höchstens ein paar Tage lang. Es gibt nur sehr wenige Quellen, weil die Karstsysteme submarin auslaufen. Im Sohlenbereich einiger Wadis liefern ein paar wenig ergiebige Schuttquellen nach Ende der Regenperiode noch für drei bis vier Monate Wasser, das heute jedoch meist wegen seines erhöhten Salzgehaltes nur noch zur Viehtränke genutzt wird. Die Bewohner des Küstenstreifens versorgen sich nach Möglichkeit aus der Trinkwasserleitung an der Hauptstraße. Grundwasser ist unter den geologischen und geomorphologischen Bedingungen der Region lediglich im Bereich der Küstendünen und der anschließenden Mulden durch handgegrabene Brunnen erreichbar. Die heute vorhandenen Brunnen mit Tiefen von 6 - 25 m sind erst jüngeren Datums. Sie liegen fast alle in den tiefen Sedimenten der Strandwallmulden nicht weit vom Interface-Bereich zwischen Salz- und Süßwasser. Etwa 100 dieser Brunnen sind von einem Entwicklungsprojekt der frühen siebziger Jahre erhalten geblieben, und weitere 100 wurden in den vergangenen zehn Jahren neu gebaut. Schon zur Römerzeit wurden die oolithischen Küstendünen bei al-Qasr zur Wassergewinnung mit Horizontalbrunnen (Qanate) genutzt. In den letzten Jahrzehnten wurden zwei alte Qanate von 2 300 und 1 200 m Länge ausgeräumt und wieder in Nutzung genommen. Außerdem wurden einige Tunnel zur Wassergewinnung neu installiert, der längste davon 3 000 m lang. Er dient der städtischen Wasserversorgung für Marsa Matruh und liefert pro Tag bis zu 960 Kubikmeter Trinkwasser. Für die Gesamtregion hat das geschilderte Verfahren der Horizontalbrunnen jedoch nur eine untergeordnete Bedeutung.

Die Anlage größerer Staudämme in den Wadis ist weder sinnvoll noch möglich, weil das Gelände zu flach für einen größeren Stauraum ist, und weil solche Reservoirs innerhalb

kürzester Zeit vollsedimentieren würden. Außerdem wäre der Wasserverlust durch Verdunstung und Versickerung zu groß, um eine oberirdische Speicherung zu einer ökologisch angepaßten Lösung zu machen. Wenn alle diese Alternativen ausscheiden, bleibt nur noch die unterirdische Speicherung. Das wichtigste traditionelle und bis heute benutzte Verfahren der Wassergewinnung in der Region besteht in der Anlage von Zisternen zum Sammeln und Speichern von Oberflächenwasser. Dieses Verfahren geht ebenfalls schon auf die römische Besiedlungsphase zurück. Aus damaliger Zeit stammen im Küstenstreifen insgesamt etwa 2 500 unterirdische Speicher, die bis heute erhalten sind und in den letzten Jahren wieder ausgeräumt und nutzbar gemacht wurden. Die Zisternen werden von Hand aus dem anstehenden Fels gehauen. Dazu ist es erforderlich, zunächst ein Loch von etwa 60 bis 70 cm Durchmesser in die oberflächliche, harte Kalkkruste zu meißeln. Danach wird das weichere Gestein darunter ausgeräumt, bis ein 100 bis 500 Kubikmeter fassender Raum mit der Kruste als Decke entsteht. Die neu gebauten Zisternen haben ein durchschnittliches Volumen von 250 Kubikmetern, wobei die größten Anlagen dieser Art bis zu 2 000 Kubikmeter fassen können. Heute werden die Innenwände meist mit Zement verputzt. Über dem Deckenloch wird ein Aufbau mit Einlaß- und Überlauföffnung und mit einem von oben zu öffnenden Schutzdeckel gemauert (s. Abb. B-7). Das Ausschachten von Zisternen ist eine außerordentlich mühsame und zeitaufwendige Arbeit. Pro Arbeitskraft wird, je nach Gesteinhärte, mit einer Tagesleistung von etwa ein bis zwei Kubikmetern gerechnet. Der Zisternenbau muß einige technische Gesichtspunkte berücksichtigen: Das ausgehobene Volumen muß in einem bestimmten Verhältnis zur Dicke der Kalkkruste stehen, weil sonst die Decke einbricht. Zweitens müssen sie in möglichst flachem Gelände, d.h. auf den Plateaus angelegt werden, wo Schichtfluten durch niedrige Steindämme abgefangen und zur Einlaßöffnung des Speichers geleitet werden können. Drittens müssen die Fläche des Einzugsgebietes und das Speichervolumen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen, und viertens schließlich darf der Sedimenttransport aus dem Einzugsgebiet in die Zisterne nicht so groß sein, daß sie ständig gereinigt werden muß. In den letzten Jahren wurde mit großem Aufwand seitens der Regierung die Neuanlage von Wasserspeichern nach dem geschilderten Verfahren propagiert. Sie sollen nicht nur der Trinkwasserversorgung dienen, sondern auch zur Bewässerung der jungen Obstbäume.

Die heute von den Aulad 'Ali praktizierten Bewässerungstechniken gehen zum Teil auch schon auf traditionelle Verfahren zurück. Dabei besteht die "Bewässerung" hier fast ausschließlich in der Aufleitung von Oberflächenwasser auf die Kulturflächen nach Niederschlagsereignissen. Diese treffend als "water harvesting" bezeichneten Verfahren haben im altweltlichen Trockengürtel eine lange Tradition (EVENARI/AHARONI/SHANAN/TADMOR 1971: 95 - 126). Welche Verfahren die Aulad 'Ali bereits früher anwendeten, läßt sich heute nur aus den gegenwärtigen Praktiken abzüglich nachweisbar jüngerer Innovationen rekonstruieren: Sogar im extensiven Gerstenanbau versuchen sie, durch niedrige, in spitzem Winkel zu den Konturlinien verlaufende Steinwälle auf den Plateauflächen ein "water harvesting" zu betreiben, mit dem aus der Umgebung Wasser auf die Äcker umgelenkt wird.

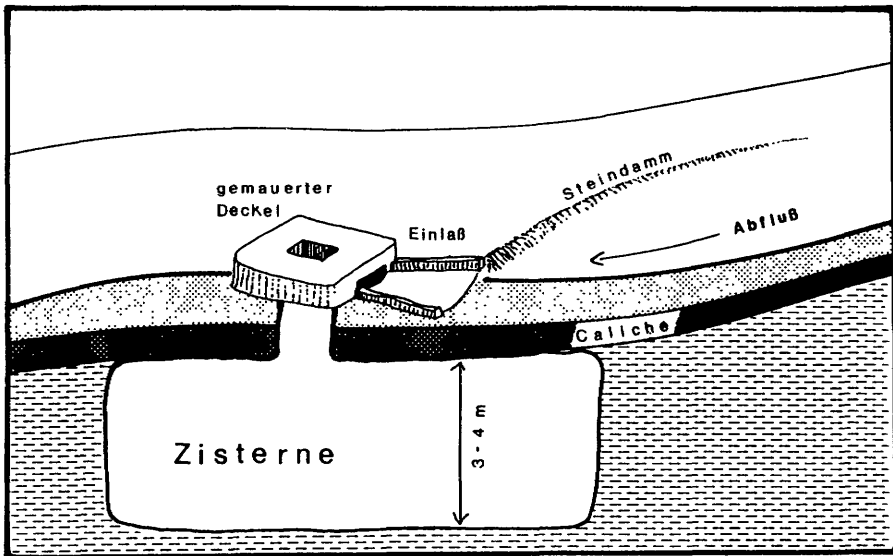


Abb. B-7: Anlage einer Zisterne

Innerhalb der Gerstenfelder werden solche Wälle quer zur Gefällslinie angelegt, um die Durchflußgeschwindigkeit des Wassers zu verlangsamen und dadurch einen gewissen Erosionsschutz und eine Verbesserung der Infiltration zu erreichen. Diese sehr einfachen Verfahren sind schon vor dem Beginn staatlicher Entwicklungsprogramme durchgeführt worden. Der Gerstenanbau wurde bisher nicht von staatlichen Maßnahmen tangiert und verändert.

Das größte nutzbare Wasserpotential bieten jedoch die Wadis. Die Aulad 'Ali versuchten vermutlich schon früher, durch Dämme aus lose aufeinander gelegten Steinen eine einfache Flußregulierung zum Schutz ihrer Felder durchzuführen. Diese noch heute von den Beduinen selbst gebauten Steindämme haben einen Querschnitt von etwa 50 mal 50 Zentimetern. Sie liegen jeweils gestaffelt im Abstand von 10 bis 30 m hintereinander, werden aber trotzdem häufig im Stromstrich unterspült und zerstört. Sie wurden früher nur in einzelnen Abschnitten der Wadis angelegt, vor allem in Bereichen mit geringem Gefälle und im Oberlauf. Diese einfachen Querdämme haben drei Funktionen: Erosionsschutz, Verbesserung der Infiltration und Förderung der Sedimentation. Wegen ihrer häufigen Zerstörung können sie, wie die Beobachtung zeigt, diese Funktionen nur bedingt erfüllen. Trotzdem waren sie die beste Lösung, die die Beduinen früher mit den vorhandenen einfachen Mitteln selbst erreichen konnten. Um der Gewalt der Springfluten standhalten zu können, sind allerdings etwas größere Bauten erforderlich. Die Anlage solcher mit Zement befestigten Dämme ist seit Ende der siebziger Jahre eine der Maßnahmen des staatlichen Entwicklungsprogramms in Marsa Matruh, auf das später noch ausführlich einzugehen ist.

Für die nächsten Kapitel sind aus dem Abschnitt über Ökologie und Landnutzung in Marsa Matruh folgende Punkte festzuhalten:

1. Die marginalen natürlichen Ressourcen der Region erlauben nur eine extensive wirtschaftliche Nutzung.
2. Das traditionelle Nutzungssystem beruhte auf mobiler Weidewirtschaft mit ergänzendem extensiven Getreidebau.
3. Das heutige Nutzungssystem besteht aus einer Kombination von weitgehend stationärer Viehproduktion mit zusätzlichem Pflanzenbau.
4. Dabei bleibt die Viehproduktion bis heute die wichtigste Form der Landnutzung.
5. Der Pflanzenbau erfordert unter den schwierigen ökologischen Gegebenheiten der Region spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten.
6. Der Trockenfeldbau (Gerste) beruht auf langen Erfahrungen, während die für den Obstbau erforderlichen Spezialkenntnisse bisher erst einen Teil der Beduinenbevölkerung erreicht haben.

Die dargestellten kulturtechnischen Neuerungen sind Teile des Entwicklungsprozesses, dessen strukturelle Hintergründe und Auswirkungen noch zu untersuchen sein werden. Die Entwicklung ist, wie gerade gezeigt wurde, mit einem weitgehenden Verschwinden der nomadischen Wirtschaftsweise verbunden gewesen, während gleichzeitig die sesshafte bäuerliche Wirtschaftsweise an Bedeutung gewann. Welchen qualitativen Wandel der Lebensweise dieser Übergang vom Nomaden zum Bauern darstellt, läßt sich einschätzen, wenn man sich das historische Verhältnis zwischen den beiden Lebensformgruppen der Bauern und Beduinen in Ägypten anschaut.

2. BEDUINEN UND BAUERN IN ÄGYPTEN: 1000 JAHRE KONTAKTE UND KONFLIKTE

2.1. Welche Funktion hatten Nomaden in Ägyptens Geschichte?

"The history of Egypt's nomads is a sad story of perpetual repression. History is made, and written, by the sedentary folk, the town dwellers. However far back one looks, one always finds a conflict between the stability sought by those in power, who need towns and peasants if only to swell the State coffers, and that volatile element, forever under restraint but always quick to burst forth in acts of warlike violence" (BERQUE 1972: 63, Hervorhebungen d. Verf.).

Die Geschichte Ägyptens wurde, wie BERQUE es in obigem Zitat formuliert, von den Stadtbewohnern geschrieben. Daß jedoch die Nomaden die historische Entwicklung des Landes nur durch kriegerische Gewaltausbrüche gestört, nicht aber auch zu ihr beigetragen hätten, kann nicht ganz ohne Widerspruch akzeptiert werden. In der historischen Entwicklung Ägyptens spielten Nomaden eine wichtige Rolle. Das Land wurde im 7. Jahrhundert von arabischen Stammeskriegern erobert und übernahm später deren Religion und Sprache. Trotz der Umwälzungen, die Islamisierung und Arabisierung bedeuteten, blieben aber für die Masse der ägyptischen Bevölkerung die sozialen Grundstrukturen über Jahrtausende erstaunlich beständig: Die "hydraulische Gesellschaft" (vgl. WITTFOGEL 1957) des Niltals und das politische System der "orientalischen Despotie" (dito) stützten sich auf das soziale Fundament der abhängigen Kleinbauern. Die Fellachen sind seit der Zeit der Pharaonen bis heute die Träger und die Ernährer der ägyptischen Gesellschaft. Sie bewirken mit ihrer Arbeit, daß Ägypten wirklich, wie Herodot schon vor zweieinhalb Jahrtausenden schrieb, ein "Geschenk des Nil" ist. Die Nomaden dagegen waren in dieser auf den Nil ausgerichteten Wirtschaft und Gesellschaft stets etwas von außen kommendes, fremdes und sogar feindliches. So jedenfalls werden sie in der Geschichtsschreibung (AL-JABARTI, zitiert bei TABO 1972: 102) und der Literatur (vgl. MURRAY 1935 und auch STEPPAT 1982: 116-117) häufig dargestellt. Aber gerade in Ägypten zeigt sich, daß die Beduinenstämme nicht nur die Rolle zerstörerischer "Wüstlinge" hatten, die aus der Wüste in das Fruchmland einbrachen und Staat und Gesellschaft bedrohten. Sie brachten vielmehr zahlreiche Impulse auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet mit sich. Zeitweise waren sie eine wichtige politisch-militärische Kraft (ASAD 1973: 61 ff.) Die Funktion von Nomaden in der historischen Entwicklung des Orients ist also durchaus auch konstruktiv zu sehen, wie schon IBN KHALDUN schrieb (ALAFENISH 1982: 119-129).

Die Literatur über die historisch-soziale Funktion von Nomaden offenbart eine Reihe sehr unterschiedlicher Sichtweisen, die zum Teil auf den regionalen Bezug der zugrundeliegenden Studien zurückzuführen sind. Das Verhältnis zwischen Nomaden und Sesshaften läßt meines Erachtens nur bedingt generalisierte Aussagen zu. Trotzdem lassen sich unter den vielen Studien zum Thema auf sehr allgemeiner Ebene zwei Sichtweisen unterscheiden:

- 1) In der ersten Gruppe von Arbeiten ist die Perspektive der Untersuchung entweder auf Nomaden oder auf Sesshafte beschränkt. Diese isolierte Betrachtung erfolgt nicht nur aus methodischen Gründen, sondern sie beruht auch auf einer bestimmten Auffassung von der orientalischen Gesellschaft: Die Lebensformgruppen der Bauern, Nomaden und Städter werden als Teile eines gesellschaftlichen Mosaiks gesehen, in dem jedes Teil eine eigene, nach außen abgegrenzte Welt darstellt. Dieses Bild der "Mosaikgesellschaft" entspricht auch der klassischen arabischen Soziologie mit ihrer Unterscheidung von "falah, badu und hadar" (Bauer, Nomade, Städter). Bei der isolierten Betrachtung einzelner gesellschaftlicher "Mosaiksteine" werden zwar deren interne Strukturen wahrgenommen, aber es ist schwierig, die Wechselwirkungen mit anderen gesellschaftlichen Einheiten zu erfassen.

Nomaden werden als dynamisierender oder als destruktiver Faktor in der historischen Entwicklung gesehen (GIBB/BOWEN 1950: 266-267). Aus dem nomadischen Lebensraum ist, dieser Auffassung nach, ein beständiger, konstanter "Druck" gegen das Kulturland und seine seßhaften Bewohner gerichtet. Die Balance zwischen Nomaden und Bauern wird in der Kontaktzone von der Abwehrfähigkeit der seßhaften Bevölkerung und ihrer Herrschaft bestimmt. Phasen einer nomadischen Dominanz sind jeweils auf eine Schwächung der Zentralmacht zurückzuführen (vgl. ASAD 1973). Im gesellschaftlichen Mosaik bilden die Nomaden ein eigenständiges Element.

- 2) Im Gegensatz dazu steht die Auffassung, Nomaden nicht losgelöst, sondern als Teil einer Gesamtgesellschaft zu sehen, in der verschiedene Lebensformgruppen in funktionalen Beziehungen miteinander stehen (vgl. COLE 1975a, EICKELMAN 1981). Diese zweite Gruppe von Arbeiten zeigt durchaus auch eine Spezialisierung der Forschungsperspektive auf bestimmte Lebensformgruppen, jedoch werden hier die Zusammenhänge zwischen den Gruppen stärker betont. Nomaden und Bauern befinden sich dieser Auffassung nach in der gleichen strukturellen Position gegenüber der Gesamtgesellschaft. Beide Gruppen sind Primärproduzenten, die zwar einen erheblichen Teil ihrer Subsistenz selbst erzeugen können, aber doch auch auf andere Sektoren der Gesellschaft angewiesen sind. Beide tragen sie mit Waren und Dienstleistungen zum Erhalt der Gesamtgesellschaft bei, an der sie jedoch beide auf politischer Ebene kaum partizipieren.

Im Hinblick auf Ägypten führen diese beiden Konzepte zu verschiedenen Auffassungen über die historische Funktion von Nomaden: Das Konzept der "Mosaikgesellschaft" sieht die Beduinenstämme am Rande des Niltals eher als Störer und Bedroher der ägyptischen Agrargesellschaft, während das zweite Konzept sie als konstitutiven Bestandteil eben dieser Gesellschaft betrachtet. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung arabische Nomaden für die Arabisierung und Islamisierung Ägyptens hatten (vgl. ASAD 1973, TABO 1972) und welchen Beitrag sie zu der Besiedlung des Niltals und des Deltas leisteten (vgl. AWAD 1954, BAER 1969) wird man sie kaum als Randerscheinung der nationalen Geschichte abtun können. Deshalb ist es meiner Ansicht nach für eine Analyse der historischen Entwicklung Ägyptens unabdingbar, die Zusammenhänge und Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebensformgruppen zu berücksichtigen. Zwischen Nomaden und Seßhaften bestand an der Grenze des Kulturlandes immer ein sensibles Verhältnis. Zu welcher Seite das Pendel der Machtbalance in verschiedenen historischen Zeiten ausschlug, hing jeweils von der Stärke und Durchsetzungsfähigkeit des Staates ab. Bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein kam es in Ägypten unter der chaotischen Herrschaft der Mamelucken zu einem deutlichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und zu einem Verfall ländlicher Gebiete. Der Staat befand sich in einem so desolaten Zustand, daß er praktisch keine Kontrolle mehr über die Nomadenstämme ausüben konnte. Die Sicherheit ländlicher Gebiete war unter diesen Umständen nicht mehr aufrechtzuerhalten (TABO 1972: 29 ff.). Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden immer wieder die Fernhandelsrouten unterbrochen, größere Teile Oberägyptens

wurden den dominanten Stämmen tributpflichtig und Zeitgenossen berichten von Überfällen und Plünderungen direkt vor den Stadtmauern von Kairo. Ähnliche Vorkommnisse sind auch für andere orientalische Länder belegt (OWEN 1969: 5-6, GIBB/BOWEN 1950: 266-267).

Angesichts der vielen Berichte über "räuberische Beduinen" wäre es naheliegend, die Nomaden als eine Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang Ägyptens im 18. Jahrhundert zu sehen. Trotzdem muß die These von Nomadenüberfällen als universeller Erklärung für Verfall und Stagnation ruraler Gebiete angesichts detaillierter historischer Studien relativiert werden (vgl. ASAD 1973, BAER 1962, OWEN 1969). Die Ursachen für den Niedergang der Landwirtschaft sind nicht allein bei den nomadischen Gruppen zu suchen, denn auch deren Aktivitäten sind nicht spontan entstanden. Sie sind selbst Reaktionen auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Die Nomaden sind deshalb auch keine konstante "äußere" Bedrohung für die Bauern, sondern sie sind zusammen mit den Bauern von den historischen Entwicklungen außerhalb ihres Einflusbereiches betroffen. Je nach den politischen Rahmenbedingungen, der wirtschaftlichen und militärischen Stärke des Zentralstaates, wechselt deshalb im Lauf der Geschichte das Verhältnis zwischen Beduinen und Bauern in Ägypten zwischen einseitiger Dominanz und friedlicher Symbiose. Im Verhältnis zwischen diesen beiden Lebensformgruppen spiegelt sich der "innere" Zustand der Gesamtgesellschaft.

2.2. Die beduinische Vergangenheit Ägyptens

Im ägyptischen Kontext können die Termini "Beduine" und "Nomade" weitgehend deckungsgleich verwendet werden. Als Beduinen werden in der Literatur im allgemeinen die stammesmäßig organisierten arabischen Nomaden bezeichnet, obwohl, wie SCHOLZ (1981: 17-27) in einer zusammenfassenden Übersicht zu den vielfältigen Bedeutungen dieses Begriffes feststellt, "...von der idealtypischen Beduinenvorstellung (...) regional beträchtliche Abweichungen möglich sind" (SCHOLZ 1981: 24-25). In Ägypten sind die Abweichungen von diesem Idealtypus nicht nur auf die Folgen gegenwärtiger Entwicklungen zurückzuführen, sondern auch darauf, daß hier eine Mischung arabischer und berberischer Stammesgruppen stattgefunden hat. Die begriffliche Einordnung dieses Bevölkerungsteils kann sich aber darauf stützen, daß alle Nomadenstämme Ägyptens (mit Ausnahme der Bischarin im äußersten Südosten des Landes) ganz oder teilweise arabischen Ursprungs sind. Auch die arabisch-berberischen Mischstämme nennen sich selbst "badu" und berufen sich auf ihre arabischen Vorfahren und Traditionen, so daß kein Grund besteht, sie im Folgenden nicht ebenfalls so zu nennen.

Die ersten Beduinengruppen wanderten wahrscheinlich schon vor der islamischen Eroberung (644) von der Arabischen Halbinsel nach Ägypten ein, aber erst danach setzte sich die Arabisierung des Landes durch (TABO 1972: 12). Dabei sind zwei Schichten von arabischen

Einwanderern zu unterscheiden: Die soziale und administrative Elite war bis zum Beginn der Abbasiden-Herrschaft (905-935) rein arabisch. Neben dieser städtischen Oberschicht wuchs die Zahl der nomadischen Gruppen durch ständig neue Zuwanderung aus dem Osten. Schon die Umayyaden-Kalifen führten das Grundmuster einer Stammespolitik ein, das sich bis ins letzte Jahrhundert hinein gehalten hat: Auf der einen Seite waren sie auf die militärische Kraft der Stämme angewiesen, auf der anderen Seite versuchten sie, die Stämme immer wieder gegeneinander auszuspielen und sie abwechselnd zu schwächen, um ein Machtgleichgewicht zwischen ihnen zu halten. Mit Ausnahme der Abbasidischen Periode, in der es zahlreiche Stammesaufstände gab, benutzten die Herrscher in Kairo die Beduinenstämme als Gegengewicht und Kontrollinstrument gegenüber der autochthonen ägyptischen Bauernbevölkerung. Erst unter den Mamelucken wurden im 18. Jahrhundert die Beziehungen zwischen Zentralregierung und Stämmen zunehmend schlechter. Die Invasion der Franzosen (1798-1801) folgte auf eine lange Periode des allgemeinen Verfalls des Landes. Die beiden wichtigsten Einnahmequellen der Herrscher in Kairo waren in dieser Zeit die Landwirtschaft, deren Besteuerung im Iltizam-System verpachtet wurde, und der Fernhandel. Diese beiden ökonomischen Säulen des Staates waren sehr empfindlich gegen Störungen seitens der Nomaden: Der Fernhandel wurde mit ihren Transporttieren abgewickelt, und seine Routen verliefen durch ihre Stammesgebiete. Die Steuerabgaben aus der Landwirtschaft konnten nur so lange vom Staat eingetrieben werden, wie er auch die Oberhoheit über ländliche Gebiete ausübte. Ein Charakteristikum der traditionellen ägyptischen Gesellschaft an der Wende zum 19. Jahrhundert, also am Ende der Mameluckenperiode, war ihre ausgeprägte korporative Struktur. Bauern, Beduinen und Städter waren an ihre jeweiligen Gruppen gebunden, in denen sie jeweils ihre eigene Führung hatten (RICHARDS 1982a: 14, BAER 1969). Loyalität galt dem Führer der korporativen Gruppe und nicht dem Sultan (GIBB/BOWEN 1950: 213). Das Hauptinteresse der Herrscher bestand zu dieser Zeit nur noch in der Extraktion maximaler Steuerabgaben aus dem Land.

Während im 18. Jahrhundert Handlungsfähigkeit und Macht des Staates zusehends verfielen, wurden die beduinischen Stämme immer unabhängiger und einflußreicher. Der Grund für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß sich zwischen den verschiedenen Despoten in Kairo und den kampfstarken Stämmen im Lande eine spezifische Interessenverknüpfung herausbildete. Die Mameluckenbeys befanden sich nämlich untereinander in einem ständigen Konkurrenzkampf um die Macht, in dem sie sich die Unterstützung durch Beduinenstämme erkaufen mußten, um sich gegen ihre Rivalen durchsetzen zu können (vgl. TABO 1972). In dieser Situation wurden die Stämme so stark, daß sie schließlich die Abgabe von Steuern verweigerten und sich weitgehend der Kontrolle durch die Zentralregierung in Kairo entzogen. Die innere Abgeschlossenheit der einzelnen gesellschaftlichen Lebensformgruppen während dieser Zeit wird von manchen Autoren (GIBB/BOWEN 1950: 213) hervorgehoben. Sie könnte als Argument für die These von der "Mosaikgesellschaft" dienen. Gegen die Erklärung des damaligen Zustandes der ägyptischen Gesellschaft mit dieser These spricht jedoch, daß der soziale Zustand, auf den sie sich bezieht, das Ergebnis eines strukturellen Verfalls

des Osmanischen Reiches war (ISLAMOGLU/KEYDER 1979: 201-234). Das bedeutet, daß die Abgrenzung der einzelnen Gruppen und die gewaltsamen Konflikte zwischen ihnen primär auf die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen jener Zeit zurückzuführen sind. In gleicher Weise ist der destruktive Einfluß, den Beduinen vor allem am Rand der Niloase in dieser Zeit hatten, nicht auf die "räuberischen Eigenschaften" der Beduinen zurückzuführen, sondern auf die innere Zerrissenheit des Staates und seiner Herrschaft. Nur weil das Herrschaftssystem kaum noch funktionstüchtig war, konnten die Beduinen weiter zu seiner Schwächung beitragen, und nur deshalb war es ihnen möglich, die staatlichen Einnahmen (Steuern, Handel) so empfindlich zu stören. Große Teile des Kulturlandes, vor allem in Oberägypten, befanden sich im 18. Jahrhundert unter der Kontrolle von Beduinenstämmen (vgl. BAER 1969: 138, HOPKINS/MEHANNA 1981: 6, RICHARDS 1982a: 6).

2.3. Die Symbiose von Beduinen und Bauern

Die Beziehungen zwischen den beiden Lebensformgruppen waren in Ägypten keineswegs nur feindselig, wie es die Mosaik-These impliziert. Ich halte es im Gegenteil für wahrscheinlicher, daß die beiden Gruppen in engem wirtschaftlichen Kontakt standen (BAER 1969), denn die Nomaden waren, wie DUMREICHER (1931) von den Aulad 'Ali berichtet, zur Deckung eines Teils ihres Nahrungsmittelbedarfs auf die Bauern angewiesen. Umgekehrt stellten die Nomaden in vielen Gebieten die Verbindung zwischen den bäuerlichen Produzenten und dem überregionalen oder städtischen Markt her. Aus den Oasen wurden pro Jahr Tausende von Kamelladungen von Datteln abtransportiert. Allein die Oase Siwa hatte nach der Eroberung 1820 pro Jahr 2 000 Kamelladungen Datteln an Tribut und Steuern an den ägyptischen Staat abzuführen (FAKHRY 1973: 105). Die Nomaden hatten mit ihren Kamelen das Transportmonopol (FALLS 1913: 198). Damit kontrollierten sie den Fernhandel und die Fernhandelsrouten in der Wüste. Ein ständiger Kontakt zwischen Nomaden und Sesshaften war in Ägypten außerdem durch die natürlichen Verhältnisse des Landes vorgegeben: Das Weidepotential der Wüstengebiete westlich und östlich des Niltals ist äußerst begrenzt. Das Weideland der Nomaden lag deshalb, mit Ausnahme des Sinai, nicht draußen in der Wüste, sondern am Rande des Niltals und auf beiden Seiten des Deltas. Außerdem wurde das Bewässerungsland saisonal in die Weidewanderungen mit einbezogen. Diese natürlichen Gegebenheiten spiegeln sich in der Verteilung der Beduinenstämmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wider. Im Randbereich des Kulturlandes kam es über die Jahrhunderte immer wieder zu spontaner Ansiedlung von Nomadengruppen, die hier zu einer sesshaften Lebensweise übergingen und im Laufe der Zeit zu Bauern wurden (AWAD 1954: 240-252). Das Ergebnis dieser kontinuierlichen Sesshaftwerdung von Beduinen am Rand des Niltals ist heute eine räumliche Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung im Niltal: In den Dörfern direkt am Nil lebt

altägyptische Fellachenbevölkerung, während unter den Bewohnern des Randbereiches zur Wüste der beduinische Einfluß größer ist. Nur in solchen Zeiten, in denen die Zentralregierung in Kairo nicht für den Schutz der seßhaften Bevölkerung sorgen konnte, gewannen früher die Beduinen vorübergehend in einigen Gebieten die Oberhand. Das bedeutete aber nicht, daß dort ständige Überfälle für anarchische Zustände geherrscht hätten, die zu einem Zusammenbruch der Landwirtschaft hätten führen müssen. Die Bauern mußten vielmehr Tribut an die Stämme in ihrer Nachbarschaft bezahlen und erhielten dafür Schutz vor anderen Beduinengruppen. Trotzdem dürfte es ihnen dabei kaum schlechter ergangen sein als unter der direkten Kontrolle der Mamelucken, denn es passierte häufig, daß sich ganze Bauerndörfer vor der Auspressung durch die staatlichen Steuereintreiber und der Zwangsverpflichtung in die Armee zu den Stämmen in die Wüste flüchteten (MURRAY 1935).

Die sozialen Verhältnisse vor Beginn der "modernen" Geschichte Ägyptens sprechen gegen die Mosaik-These. Die Nomaden waren, wie die Bauern, abhängige Mitglieder der Gesamtgesellschaft. Ein Unterschied bestand lediglich darin, daß sie sich zumindest zeitweise aus der staatlichen Kontrolle und der Dominanz durch die "Staatsklasse" der Mamelucken lösen konnten.

2.4. Seßhaftmachung und Auflösung der Stämme im 19. Jahrhundert

Innerhalb des 19. Jahrhunderts ging der Anteil von Nomaden an der ägyptischen Bevölkerung von 6% auf unter 1% zurück. Gleichzeitig wurden die Stämme politisch bedeutungslos, und die beduinische Bevölkerung wurde weitgehend in die expandierende Landwirtschaft integriert. Veränderungen, die in anderen orientalischen Ländern erst in diesem Jahrhundert in größerem Umfang zu beobachten waren, fanden in Ägypten dementsprechend schon recht früh statt. Den Anstoß zu dieser Entwicklung gaben die Machtpolitik und der autozentrierte Landesausbau unter Muhammad 'Ali (1805-1848). Durch die Zentralisierung und Stärkung des Staates verloren die Stämme zunächst ihre Einfluß- und Verdienstmöglichkeiten in den internen Streitigkeiten unter den Mameluckenbeys. Dann gelang es Muhammad 'Ali als praktisch unumschränktem Alleinherrscher, die Stämme nach und nach unter staatliche Kontrolle zu bringen, indem er sie gegeneinander ausspielte, ihre Führer als Geiseln auf der Zitadelle in Kairo festhielt oder indem er sie einfach militärisch überwältigte (vgl. BAER 1969).

Die "Befriedung" der Nomadenstämme war eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Umwälzung Ägyptens im 19. Jahrhundert, die die traditionelle ländliche Subsistenzwirtschaft in eine exportorientierte und schließlich weltmarktabhängige Wirtschaft transformierte. Diese direkte, gewaltsame Brechung der bisherigen tribalen Autonomie ging einher mit tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen für die Stammesbevölkerung. Sie verloren einen Teil ihrer wirtschaftlichen Grundlagen. Durch den Aufbau einer regulären Armee wurden sie nicht

mehr als irreguläre Hilfstruppen benötigt. Der Karawanenhandel erhielt zunehmend Konkurrenz durch den See- und Flußtransport. Sie wurden für den Schutz der Karawanenwege nicht mehr bezahlt, sondern mußten umgekehrt bei eventuellen Übergriffen mit Strafexpeditionen der Armee rechnen (JUNKER 1890: 33). Die ländlichen Gebiete standen nun unter dem, natürlich nicht uneigennütigen, Schutz des Staates, so daß die Nomaden das benötigte Brotgetreide von den Bauern jetzt allenfalls noch auf dem Tauschwege erlangen konnten, wenn sie sich nicht selbst versorgen konnten. Genau dazu waren nun aber immer mehr Nomadengruppen gezwungen, so daß der Entzug ihrer früheren Einkommensquellen schon den indirekten Impuls zu einer Seßhaftwerdung bedeutete (AWAD 1954: 240 f., HOPKINS/MEHANNA 1981: 9).

Der entscheidende Faktor in der Seßhaftmachung der ägyptischen Beduinen im 19. Jahrhundert war aber die enorme horizontale Expansion der Bewässerungsfläche. Die besten Weidegebiete der Nomaden am Rande des Deltas wurden mit Kanälen durchzogen und in Parzellen unterteilt. Das neue Kulturland wurde vorwiegend an Großgrundbesitzer vergeben. Ein großer Engpaß im Ausbau der ägyptischen Bewässerungswirtschaft während des 19. Jahrhunderts war, ganz anders als heute, die geringe Bevölkerungszahl. Um 1800, zur Zeit der französischen Invasion, hatte das Land nur etwa 2,5 Millionen Einwohner. Deshalb wurden die Nomaden, nachdem sie ihr Weideland verloren hatten, als Arbeitskräfte zur Bewirtschaftung dieses Landes benötigt. Die Integration der Beduinen verfolgte das Ziel, ihre Produktivkraft und ihr Land für die nationale Entwicklung zu instrumentalisieren. Dabei wurden verschiedene Methoden angewandt:

- Der Staat griff gezielt in ihre traditionelle Produktion und Mobilität ein, indem er ihr Weideland immer stärker eingrenzte und ihre Wanderungen reglementierte. Außerdem wurden ganze Stämme zwangsweise umgesiedelt (MURRAY 1935: 30 und 270).
- Stammesführer wurden zu aktiver Kooperation mit dem Staatsapparat gewonnen, indem sie für bestimmte Leistungen ein Gehalt empfangen oder sogar zu Provinzgouverneuren ernannt wurden (vgl. BAER 1969).
- In Neulandgebieten wurden den Stammesführern große Flächen als Privatbesitz zugeteilt, das sie dann von den einfachen Mitgliedern des Stammes bearbeiten ließen.

Die Seßhaftmachung der Nomaden verlief keineswegs ohne Widerstand und Versuche, an der früheren Lebens- und Wirtschaftsweise festzuhalten. Viele Stammesgruppen lebten jahrzehntelang weiter in Zelten und versuchten, die verlorene Weide durch Futteranbau für ihr Vieh zu ersetzen. Häufig wurde das den Beduinen zugeweilte Land zuerst noch an Fellachen verpachtet (vgl. BAER 1969). Trotzdem war aber die entscheidende Folge der staatlichen Eingriffe ein Wandel der Sozialstruktur: Die Masse der Stammesmitglieder wurde zu Kleinbauern und Lohnarbeitern, während ihre früheren Führer in die grundbesitzende Oberschicht aufstiegen und in die Städte abwanderten.

Auf diese Weise führte die Seßhaftmachung schließlich zu einer Auflösung der Stämme. Sie verloren ihre gemeinschaftliche Funktionsfähigkeit als soziale Institutionen und ihre Relevanz für das Handeln der Individuen. Der wachsende soziale und räumliche Abstand zwischen den Scheichfamilien und der Stammesbevölkerung führte zu Konflikten und gelegentlich sogar zu Revolten (vgl. BAER 1969). Die Stammesgesellschaften gingen im 19. Jahrhundert weitgehend in der sich herausbildenden ägyptischen Klassengesellschaft auf.

2.5. Beduinentum und ägyptische Identität

Mit dem verbindenden Gefühl einer nationalen Identität grenzen sich die Mitglieder einer Nation gegenüber anderen ab. Dieses Moment der Abgrenzung findet Ausdruck in gemeinsamen, verbindenden Merkmalen der eigenen Nation, in denen sie sich von der fremden unterscheiden. Die Ägypter können sich jedoch von ihren regionalen Nachbarn weder durch eine eigene Religion noch durch eine eigene Sprache abgrenzen. Der ägyptische Geograph HAMDANI versuchte in einem 1982 erschienenen Buch über den "Charakter Ägyptens" ("shakhsiat masr") nachzuweisen, daß aus dem Grunde der natürlichen Abgrenzung des Lebensraumes der Ägypter eine besondere Bedeutung für die nationale Identität zukomme. Die natürliche Begrenzung des Lebensraumes liegt im Gegensatz zwischen Kulturland und Wüste.

Die Entstehung einer verbindenden nationalen Identität wird durch gemeinsam empfundene Bedrohungen von außen gefördert. Eine äußere Bedrohung für die Bewohner der Nil-oase ging bis Anfang des 19. Jahrhunderts von den Beduinenstämmen am Rand des Kulturlandes aus. Erst die Konfrontation mit den europäischen Kolonialmächten vereinte die beiden Lebensformgruppen vorübergehend in ihren Abwehrbemühungen. In der Schlacht bei den Pyramiden beteiligten sich 1798 auch mehrere tausend Beduinen an dem Versuch, den Vormarsch der französischen Invasionsarmee noch kurz vor den Toren Kairos aufzuhalten (ELGOOD 1931: 100 ff.). Die Entstehung des ägyptischen Nationalismus ist zumindest teilweise als eine Reaktion auf die koloniale Okkupation zu interpretieren (vgl. MARLOWE 1974). Diese Bewegung, die von städtischen Intellektuellen begründet und vom "ibn al-balad", dem "Sohn des Landes" getragen wurde, fand praktisch unter Ausschluß der Beduinen statt.

Bis heute ist Ägypten, so wie es Herodot schon vor zweieinhalb Jahrtausenden formulierte, "ein Geschenk des Nil". Der Nil ist auch die Leitlinie in dem Bild, das sich Ägypter selbst von ihrem Land machen: Ihr Land - das ist der grüne Streifen entlang des Flusses. Die Menschen empfinden tiefe emotionale Bindungen an ihre Heimat, die für sie aber keineswegs die gesamte Staatsfläche umfaßt, sondern speziell ihren Herkunftsort irgendwo am Nil. Die dafür benutzte Vokabel "balad" bedeutet zwar eigentlich nur "Land", hat hier aber eine tiefere Bedeutung im Sinne von "Heimatort". Die Identität der Ägypter wird auch heute von dieser

Bindung an die Niloase geprägt, obwohl der weitaus größte Teil des Staatsgebietes Wüste ist. Aber diese lebensfeindliche und für Städter wie für Dorfbewohner unheimliche Wüste auf beiden Seiten des Kulturlandes war schon zur Pharaonenzeit das Land der Toten. Sie gehört in ihrem Verständnis nicht dazu. Ägypten ist das Land am Nil. "Die Ägypter" sind folglich, wie HAMDANI (1982) ausführlich begründet, ihrem eigenen Verständnis nach ausschließlich die Bewohner der Niloase. Ein solches subjektives (Selbst-)Verständnis deckt sich mit der oben getroffenen Feststellung, daß die nationale Identität der Ägypter - also jene Charakteristika, durch die sie sich verbunden fühlen und mittels derer sie sich von ihren Nachbarn unterscheiden - zutiefst im Niltal verwurzelt sei. Trotz aller arabischen Einflüsse, die Ägypten im Laufe der Geschichte erfahren hat, passen die Wüstenbewohner, die Beduinen, nicht in dieses Bild vom bäuerlich-erdverbundenen Ägypter. Obwohl sie innerhalb der Staatsgrenzen leben, sind sie in gewisser Weise nicht nur Randseiter, sondern aus Sicht der ägyptischen Kernbevölkerung sogar Außenseiter der Gesellschaft. Diese Situation spiegelt sich in der nachfolgenden Darstellung der Vergangenheit der Aulad 'Ali.

3. GESCHICHTE DER AULAD 'ALI

3.1. Herkunft und Einwanderung nach Ägypten

Die Ursprünge der Aulad 'Ali reichen zurück bis in die Zeit der berühmten "Hilalischen Wanderung" Mitte des 11. Jahrhunderts. Damals wanderten die beiden großen Stämme der Bani Hilal und der Bani Sulaim von der Arabischen Halbinsel nach Ägypten, von wo aus sie sich mit Unterstützung des fatimidischen Kalifen über ganz Nordafrika ausbreiteten (EVANS-PRITCHARD 1949: 48). Sie überwandern und überlagerten die autochthonen Berberstämme, die sie im Laufe der folgenden Jahrhunderte teilweise ihren eigenen Stammesverbänden einverleibten. Die Bani Hilal blieben nach der Einwanderungswelle im Maghreb, während die Nachkommen der Bani Sulaim heute das Gebiet vom Ostrand des Nildeltas bis nach Tunesien bevölkern (vgl. PETERS 1960; TABO 1972: 17). Wegen ihrer partiellen Vermischung mit den Berbern sind die Nomaden Nordafrikas zwar ihrer Herkunft nach nicht mehr reine Araber, aber aufgrund der Dominanz der zugewanderten Stämme hat sich doch das arabische Element stärker durchgesetzt. Die Stämme im nordwestlichen Ägypten können deshalb auch nach objektiven Kriterien als Beduinen bezeichnet werden, auch wenn sie teilweise berberischen Ursprungs sind. Sie selbst sehen sich als "arab" und bezeichnen sich als "hadu". Alle in diesem Sinne arabischen Stämme in Nordwestägypten und in der Cyrenaika führen ihre Herkunft auf eine gemeinsame Urahnin namens Sa'ada zurück, die zu den Bani Sulaim gehörte. Nach ihr nennen sie sich Sa'adi, um sich von den berberischen Stämmen abzugrenzen, die die Bani Sulaim bei ihrer Einwanderung besiegt hatten. Die Sa'adi-Stämme

beanspruchen bis in die Gegenwart als Nachkommen der siegreichen Eroberer die Oberhoheit über das Land, während die unterlegenen Stammesgruppen, die sogenannten Murabitin, nur mit Billigung der Sa'adi an seiner Nutzung beteiligt sind. Zu den Sa'adi gehören heute, wie in Abbildung B-8 dargestellt, eine ganze Reihe sehr großer Stammesverbände. Einen dieser Sa'adi-Verbände, der sich wieder in mehrere einzelne Stämme untergliedert, bilden die Aulad 'Ali (MURRAY 1935: 273 ff.).

Abb. B-8: Übersicht der Sa'adi-Stammesverbände
(vereinfacht, nach KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 9-11)

*** Sa'adi ***		
<u>al-'Aqaqira</u>	<u>al-Jabarna</u>	<u>as-Salalma</u>
- Aulad 'Ali	- Baraghith	- Hanadi
- Harabi	- 'Awaqir	- Bani 'Una
	- 'Abid	
	- Mugharba	

Nachdem sich die arabischen Nomaden im 11. Jahrhundert in einer großen Welle nach Westen über ganz Nordafrika verteilt hatten und in den nachfolgenden Jahrhunderten die aus ihnen hervorgegangenen Stämme immer zahlreicher und größer geworden waren, setzte Ende des 17. Jahrhunderts eine Rückbewegung in Richtung zum Niltal ein. In der zunehmenden Konkurrenz um das Weideland wurden dabei die schwächeren Stämme langsam wieder ostwärts gedrängt. Auch die Aulad 'Ali gerieten im Zuge dieser "Völkerwanderung" unter Druck. Sie wurden von dem eng mit ihnen verwandten Verband der Harabi aus der östlichen Cyrenaika, wo sie bisher gelebt hatten, nach Ägypten vertrieben (EVANS-PRITCHARD 1949: 49-51). Dort stießen sie jedoch auf die Stammesverbände der Hannadi, mit denen sie einen bis Anfang des 19. Jahrhunderts andauernden Krieg führten. Die Hannadi wiederum hatten schon vorher die Bani 'Una bis ins Nildelta vertrieben. Letzteren schließlich blieb am Ende nichts anderes übrig, als sich sesshaft niederzulassen und zu Bauern zu werden. Alle diese Stammesverbände, die sich in Richtung zum Nil voreinander herschoben, waren, wie aus Abbildung B-9 ersichtlich wird, Mitglieder der Sa'adi. Die autochthonen Berberstämme waren an diesen räumlichen Verlagerungen und den damit verbundenen Kämpfen nicht oder nur in geringerem Umfang beteiligt. Bei der Vertreibung der Hannadi aus dem westlichen

Küstenstreifen tat sich nur einer der autochthonen Stämme besonders hervor: Der Stamm der Jimi'at unterstützte die vordringenden Aulad 'Ali gegen die abziehenden früheren Herren des Landes. Daraufhin wurden die Jimi'at von den Aulad 'Ali nicht wie die anderen kleineren Murabitin-Stämme der Region in Abhängigkeit genommen, sondern als den Sa'adi weitgehend gleichberechtigt behandelt (AL-JAWHARI 1961: 173).

Die Geschichte der Stämme ist auch heute noch ein beliebtes und häufig diskutiertes Thema bei den Beduinen. Je weiter man dabei jedoch in die Vergangenheit vorstößt, desto stärker verschwimmen die historischen Tatsachen in phantasiereichen Ausschmückungen. Die Umstände, unter denen die Aulad 'Ali nach Ägypten kamen, sind in verschiedenen Versionen überliefert. Soweit heute in der Beduinenbevölkerung von Marsa Matruh überhaupt noch Erinnerungen an diese immerhin 200 Jahre zurückliegenden Ereignisse tradiert werden, spielt in der Regel jeweils der Stamm des Erzählers eine herausragende Rolle in den Kämpfen mit den Hannadi. Trotz dieser Unsicherheiten lassen sich aus mündlichen und schriftlichen Quellen einige Einzelheiten rekonstruieren. Diese weit zurückliegenden Ereignisse, die vielen Stammesmitgliedern heute allenfalls noch als märchenhafte Heldengeschichten bekannt sind, mögen auf den ersten Blick als historische Details ohne aktuelle Relevanz erscheinen. Dieser Eindruck wäre jedoch verfehlt, denn die Kenntnis der Vergangenheit der Stämme ist notwendig, um erstens ihre heutige Stellung im Stammbaum und zweitens das Verhältnis von Sa'adi und Murabitin zu erklären.

Anfang des 19. Jahrhunderts machten die Aulad 'Ali, die gerade erst die Hannadi aus dem Küstengebiet bis hinter den Westrand des Nildeltas vertrieben hatten, durch eine Reihe von Ereignissen von sich reden. Sie beteiligten sich an einem Aufstand gegen die französische Invasionsarmee (vgl. TABO 1972). Später unterstützten sie den Mameluckenbey al-Alfi in dessen Kampf gegen Muhammad 'Ali, der 1805 zum Pascha in Kairo geworden war. Zu ihrem Pech hatten sie dabei jedoch auf die falsche Partei gesetzt, denn nach Niederlage und Tod al-Alfis begann der nun unumschränkt herrschende Muhammad 'Ali, die schwelenden Stammeskriege für seine "Befriedungspolitik" auszunutzen (TABO 1972: 80-81, 91 f.). Er unterstützte die Hannadi mit Regierungstruppen, um die Aulad 'Ali wieder aus der Provinz Buhaira im Westen des Nildeltas hinauszuerwerfen. Trotzdem konnten diese drei Jahre lang Widerstand leisten und dabei die Landwirtschaft in der Region empfindlich stören, bis der Pascha ihre Scheichs zu Friedensverhandlungen auf die Zitadelle nach Kairo einlud. Hier wurde jedoch nicht verhandelt, sondern die Stammesführer wurden als Geiseln festgehalten. Gleichzeitig wurde aber den Aulad 'Ali erlaubt, weiterhin das Küstengebiet und die westliche Deltaprovinz für ihre Weidewanderungen zu nutzen, während die Hannadi an den Ostrand des Deltas in die Provinz Sharqiyya umgesiedelt wurden (MURRAY 1935: 30, 270-276).

Nach der Befriedung der Nomaden wurden die Stammeskrieger der Aulad 'Ali mehrmals von Muhammed 'Ali zu militärischen Unternehmungen in Syrien, Arabien und im Sudan herangezogen (ASAD 1973: 61 f.). Erst durch den Aufbau einer regulären Armee wurden solche Hilfsdienste ab etwa 1820 überflüssig. Von diesem Zeitpunkt an waren die Beduinenstämme der Westlichen Wüste für die Regierung in Kairo praktisch ohne Bedeutung, solange

sie nur die Karawanenwege und die aufblühende Landwirtschaft im Nildelta in Ruhe ließen (JUNKER 1890: 33). Die Landesentwicklung konzentrierte sich von nun an auf den Ausbau der Bewässerungswirtschaft. Die Aulad 'Ali konnten in diese auf die Niloase beschränkte Entwicklung nicht einbezogen werden. Es war deshalb die einfachste und billigste Lösung für die Zentralregierung in Kairo, ihnen eine innere Autonomie in rechtlichen und politischen Angelegenheiten zu gewähren. Im Jahre 1832 akzeptierte die Regierung das Stammesrecht als Grundlage der tribalen Selbstverwaltung (MOHSEN 1971: 26). Die politische Eigenständigkeit der Aulad 'Ali dauerte immerhin bis 1947, während die rechtliche Selbstbestimmung in gewisser Weise bis heute erhalten blieb. Bis zum Beginn dieses Jahrhunderts blieben die Aulad 'Ali dadurch aber auch mehr oder weniger von den einschneidenden Veränderungen ausgeschlossen, die sich bis dahin im Niltal vollzogen hatten. Der wirtschaftliche Aufbau des Landes, von Muhammad 'Ali so erfolgreich in Gang gesetzt, war unter seinen Nachfolgern in einer Verschuldungskrise zusammengebrochen, die die Engländer 1882 zur kolonialen Okkupation des Landes nutzten. All dies beeinflusste die Lebens- und Wirtschaftsweise der Beduinen in der Küstenwüste nur wenig. Erst um die Jahrhundertwende gerieten sie langsam wieder ins Blickfeld der britischen Kolonialregierung in Kairo.

3.2. Konflikte mit der Kolonialmacht: Die Aulad 'Ali zwischen den Fronten des europäischen Imperialismus

Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Auswertung sämtlicher das Gebiet der Aulad 'Ali betreffenden Dokumente und Berichte des Hochkommissars in Kairo und des britischen Foreign Office aus den Jahren 1882 bis 1945, die im Public Record Office in London archiviert sind.

Das Eingreifen der britisch-ägyptischen Administration in der Küstenregion seit Ende des letzten Jahrhunderts war anfangs eher von zögernder Zurückhaltung geprägt, denn nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre ein größeres Engagement in dieser peripheren Region kaum zu rechtfertigen gewesen. Ägypten war seit der militärischen Besetzung durch britische Truppen 1882 ein Protektorat der Krone. Die Verwaltung in Kairo mußte dem Foreign Office in London gegenüber in jährlichen "Betriebsbilanzen" minutiös Rechenschaft über Gewinne und Verluste ablegen, die in Ägypten zu verbuchen waren. Die im Public Record Office in London aufbewahrten Schriftwechsel zwischen London und Kairo dokumentieren, in welcher Weise der Hochkommissar in Ägypten wie der Geschäftsführer eines Unternehmens dem Parlament als "Aufsichtsrat" gegenüber seine Investitionen zu rechtfertigen hatte. Die Gewinne wurden in der Bewässerungswirtschaft und durch Handelssteuern eingetrieben, während bei den Beduinen draußen in der Wüste keine Möglichkeiten für profitable Unternehmungen bestanden. Trotzdem sah sich die Protektoratsverwaltung aus kolonialwirtschaft-

lichen und sicherheitspolitischen Gründen gezwungen, auch in den Beduinengebieten aktiv zu werden. Vier Faktoren veranlaßten die Engländer zu schrittweise verschärften Eingriffen und Kontrollmaßnahmen gegenüber den Aulad 'Ali:

- 1) Zunehmender Schmuggel
- 2) Sicherung der Westgrenze
- 3) Ausbreitung der Sanussi-Sekte
- 4) Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg

Diesen vier Punkten lassen sich die einschneidenden Veränderungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zuordnen. Allen Maßnahmen gegenüber den Beduinen ist gemeinsam, daß sie nicht direkt gewinnorientiert waren, sondern daß sie der Absicherung kolonialwirtschaftlicher Interessen im ertragreichen Kernland am Nil dienten. Die genannten vier Faktoren störten diese Interessen, so daß den Engländern ein Eingreifen wirtschaftlich und politisch sinnvoll erschien. Darüber hinaus wurde gar nicht erst versucht, die Kosten dieser Maßnahmen durch Steuereinnahmen aus der Region selbst zu decken. Ziel der kolonialzeitlichen Maßnahmen war hier folglich nicht eine wirtschaftliche Nutzbarmachung oder gar Entwicklung der Region, sondern primär eine Kontrolle der Stammesbevölkerung und Abwehr konkurrierender imperialistischer Interessen.

3.2.1. Schmuggler und der Beginn der staatlichen Präsenz

Als die Kolonialregierung Ende des 19. Jahrhunderts die Einfuhrzölle erhöhte und ein Salzmonopol einführte, betrieben die Beduinen an der Mittelmeerküste einen einträglichen Schmuggel mit Tabak und Salz (DUMREICHER 1931: 9). Daraufhin wurde vom Finanzministerium in Kairo eine "Küstenwache" eingerichtet. Diese mit Kamelen ausgestattete Polizeitruppe hatte die Aufgabe, den Schmuggel zu unterbinden und gleichzeitig durch ihre Präsenz die staatliche Souveränität in den Wüstengebieten durchzusetzen (Sir E.Grey in: The Times 5.7.1907). Von Alexandria aus wurde eine Kette von befestigten Stationen entlang der Küste bis an die libysche Grenze vorgeschoben (vgl. DUMREICHER 1931). Das Hauptquartier für das Kamelcorps der Küstenwache in dem fast 500 Kilometer langen Wüstengebiet wurde an der Bucht von Marsa Matruh eingerichtet, die als natürlicher Hafen für die Patrouillenboote der Küstenwache dienen konnte. "Marsa Matruh" bedeutet "abgelegener Ankerplatz", denn als solcher wurde es jeden Sommer von hunderten von griechischen Schwammfischern angelaufen. Erst mit dem Fort der Küstenwache begann aber die permanente Besiedlung des Ortes, so, wie auch die anderen befestigten Stationen im Laufe der folgenden Jahre zu Siedlungskernen wurden, in deren Nähe sich einzelne Beduinenfamilien

niederließen. Gleichzeitig wurde von Alexandria aus eine Eisenbahnlinie bis Marsa Matruh und später sogar weiter bis an die Westgrenze nach Sallum gebaut, um die einzelnen Posten miteinander zu verbinden. Der kommandierende Offizier der Küstenwache war damals ein Deutscher namens André von Dumreicher. In seinen Memoiren (vgl. DUMREICHER 1931) schildert er die Gründung der heutigen Stadt Marsa Matruh und vermittelt dabei auch einen Eindruck vom Umgang zwischen Staatsvertretern und Beduinen:

"The Ministry of Finance then placed sufficient funds at my disposal to compensate the bedouins for the land on which the future settlement was to be built. We assembled the representatives of the families who had lived for generations round Marsa Matruh and who possessed water and grazing rights there. We bought a thousand acres at about five shillings an acre. The bargaining lasted three days, and was rendered more difficult since the bedouins, at that time, had not the slightest faith in the designs of the Government, nor had they any idea of the value of money. On this occasion Sciallillabi (ein Dolmetscher, d.Verf.) again surpassed himself. For two days he made sublime speeches to the thirty bedouins who took part in the conference, extolled to them the immense benefit they would derive from civilization, and described with eloquence the kind-heartedness of the Government who offered to pay for land which by the right of might belonged to the coastguards and on which the bedouins were only tolerated so long as they behaved themselves. On the third day Sciallabi succeeded in talking them round and in proving the truth of all that he had told them. The rapture and excitement was intense, when with a certain pomp and in the presence of all the officers in full dress, I paid over the glittering Egyptian sovereigns. (...) Sheikh Ali Attia, a sympathetic scoundrel whom I had engaged as Government sheikh at three pounds a month, had been the most obstreperous during the bargaining. (...) He then confessed that he had not the slightest idea whether the Egyptian pound was worth a quail or a camel, the price of a quail being three halfpence and that of a camel eight pounds" (DUMREICHER 1931: 8-9).

Diese Schilderung dokumentiert die paternalistische Einstellung, mit der die Kolonialbeamten den Beduinen gegenübertraten. Die Aulad 'Ali, und nicht nur sie, wurden wie unmündige Kinder gesehen und behandelt (siehe dazu auch: Foreign Office Records 1906, 1907; JENNINGS-BRAMLY 1958). Dieser Paternalismus zeigte sich einerseits in einer Überheblichkeit der Kolonialherren, die sich der Überlegenheit ihrer Zivilisation und - im Konfliktfall - ihres Militärs bewußt waren. Auf der anderen Seite muß man aber auch feststellen, daß er auch in einer gewissen Sorge und Fairneß der lokalen Verantwortlichen gegenüber der Stammesbevölkerung Ausdruck fand. Die Kolonialoffiziere, die vor Ort in ständigem Kontakt mit den Beduinen standen, bemühten sich offensichtlich, in Ausübung ihres Amtes "streng, aber gerecht" vorzugehen. Dabei erfreuten sich einige von ihnen des besonderen Respektes der Beduinen, wie noch heute von alten Männern berichtet wird. Sie versuchten auch gelegent-

lich, allzu unsinnige Anweisungen aus Kairo im Interesse der Bevölkerung zu modifizieren (vgl. DUMREICHER 1931).

Die Devise der anfangs noch von der Küstenwache ausgeübten Administration war es, sich nach Möglichkeit nicht direkt in die inneren Angelegenheiten der Stämme einzumischen und Spannungen oder offene Konfrontation möglichst zu vermeiden (Confidential Report, The Earl of Cromer to Sir Edward Grey, 7.3.1907, Foreign Office Document 7551). Das vorsichtige Taktieren der staatlichen Vertreter gegenüber den Beduinen ist dabei sicherlich nicht in erster Linie auf die Achtung gegenüber einer anderen Kultur zurückzuführen, sondern eher auf den Respekt vor der militärischen Überlegenheit der Stämme. Kurz nach der Gründung der Stadt Marsa Matruh wurde hier ein Polizeiposten mit einem Ma'mur an der Spitze eingerichtet, dessen Aufgaben in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bestanden. In der Frühphase der Etablierung staatlicher Autorität bis 1915 war eine solche polizeiliche Aufsicht für die Beduinenbevölkerung völlig überflüssig, weil das Stammesrecht die öffentliche Sicherheit garantierte. Der Ma'mur ist bis heute als Polizeichef ein wichtiger lokaler Vertreter der staatlichen Exekutive. Der Schriftwechsel zwischen der Kolonialregierung in Kairo und dem Foreign Office in London zeigt, daß für die Aufgaben der Polizei und der Küstenwache aus finanziellen Gründen nur äußerst geringe Kräfte abgestellt wurden, die außerdem gelegentlich für Einsätze außerhalb der Küstenregion abgezogen wurden (Foreign Office Document 10163, 23.3.1907). Um den Kontakt zu den Stämmen zu organisieren hielten sich die Polizeioffiziere deshalb vor allem an die von der Bevölkerung akzeptierten Führer. Einige von ihnen wurden zu offiziellen Kontaktleuten - shaikh al-hukuma, d.h. Regierungsscheich - ernannt und für ihre Dienste mit einem festen Gehalt entlohnt. Das Gehalt von drei Pfund im Monat entsprach immerhin dem damaligen Wert von drei Schafen (DUMREICHER 1931: 36). Insgesamt wurden zunächst 14 Regierungsscheichs eingesetzt. Ihre Aufgabe bestand offiziell vor allem darin, der Polizei bei der Suche und Verfolgung von Schmugglern behilflich zu sein. Tatsächlich ging ihre Funktion aber bald weit darüber hinaus, denn mit der Einrichtung des Amtes des shaikh al-hukuma gelang es der Kolonialadministration, die Grundlagen für eine institutionelle Verzahnung zwischen dem Staatsapparat und der Stammesbevölkerung zu schaffen. Der shaikh al-hukuma war gewissermaßen die Lücke, durch die die Verwaltung in die bisher völlig abgeschlossene und unzugängliche Nomadengesellschaft eindringen konnte.

Das Verfahren des "indirect rule" erlaubte es den Engländern, das riesige Wüstengebiet westlich von Alexandria und die damals etwa 30 000 Nomaden, die dort lebten, mit einer Handvoll Offiziere und einem Kamelcorps von 200 Mann zu kontrollieren (vgl. DUMREICHER 1931). In ihrer ursprünglichen Aufgabe, den Schmuggel zu unterbinden, war die Küstenwache auch sehr rasch erfolgreich, zumindest was Tabak und Salz anbelangte. Allerdings konnte sie nicht verhindern, daß immer mehr Haschisch über die Mittelmeerküste ins Land gebracht wurde. Im Jahre 1906 beispielsweise wurden insgesamt 15 345 Kilogramm konfisziert, wie der britische Hochkommissar Cromer in seinem "Report on Egypt" (Foreign Office Records 1906, London) feststellt. Die Berichte der Küstenwache lassen vermuten, daß

eine noch größere Menge an ihren Patrouillen vorbeigeschmuggelt wurde. Bis 1904 verfügte das Kamelcorps über eine Kette von Stützpunkten entlang der Küste bis hin nach Sidi Barrani, 150 km vor der ägyptischen Westgrenze. Für den Schmuggel - eine wichtige Einnahmequelle der Beduinen - war diese erste staatliche Präsenz in der Region zwar sicherlich außerordentlich hinderlich, aber sonst hatte sie für das Leben der Aulad 'Ali nur eine recht geringe Bedeutung. Die Stämme der Westlichen Wüste blieben weiterhin vom Armeedienst verschont, der für die Fellachen im Niltal schon seit Muhammad 'Ali eine äußerst lästige Pflicht war. Die Engländer versuchten auch gar nicht erst, eine direkte Besteuerung der Nomaden einzuführen, wie der für Ägypten zuständige Ministerialbeamte Graham vermerkt (Foreign Office Records 25626, 22.7.1907):

"...in no case have the Bedouins in Egyptian territory paid such taxes, (...) they would not do so unless compelled by force, and (...) they would, if compelled to pay, at once lodge a complaint at the nearest Egyptian post."

In dieser Hinsicht ging es den ägyptischen Beduinen besser als ihren Stammesbrüdern in der benachbarten Cyrenaika, die damals noch zum Osmanischen Reich gehörte (Foreign Office Records 24447, 22.7.1907). Die unterschiedliche Behandlung der Beduinen auf beiden Seiten der Grenze wurde zum Auslöser für politische Verwicklungen, die schließlich den Anlaß für ein stärkeres britisches Engagement in der Küstenregion lieferten und damit eine zweite Phase der kolonialen Penetration einleiteten.

3.2.2. Auseinandersetzungen um die Westgrenze

Immer mehr Beduinengruppen flüchteten um die Jahrhundertwende vor den türkischen Steuereintreibern aus der Cyrenaika nach Ägypten. Solche Wanderungen über die Grenze waren an sich nichts Ungewöhnliches, da die türkischen Beduinen zum Teil selbst zu den Aulad 'Ali gehörten. Außerdem hatten sie auf Gewohnheitsbasis ein Durchzugsrecht durch das Territorium der Aulad 'Ali, damit sie ihr Vieh im Niltal verkaufen konnten (Confidential Report, The Earl of Cromer to Sir Edward Grey, Foreign Office Records 7551, 7.3.1907). Bisher hatten sich weder auf britisch-ägyptischer noch auf türkisch-cyrenaikischer Seite die staatlichen Institutionen mit diesen Nomadenbewegungen auseinandergesetzt, weil keine der beiden Mächte im Grenzgebiet präsent waren. Doch diese Situation änderte sich, als die Türken eine Grenzstation in Sallum und die Briten einen Küstenwachposten in Sidi Barrani einrichteten. Türkische Patrouillen drangen nun wiederholt auf ägyptisches Territorium vor, um von abtrünnigen Stammesgruppen Steuern einzutreiben - wobei sie, britischen Meldungen zufolge, selten Erfolg gehabt haben dürften (The Earl of Cromer, Foreign Office Records

9245, 21.3.1907). Seit 1904 wurde die Westgrenze immer mehr zu einem außenpolitischen und schließlich sogar militärischen Problem für die Protektoratsregierung in Kairo und ihre vorge-setzte Behörde, das Foreign Office in London. Die entsprechenden Vorgänge sind deshalb auch ausführlich in den Unterlagen des Foreign Office dokumentiert. Zwei Problemkreise beschäftigten dort die zuständigen Beamten in erster Linie: die Demarkation der ägyptischen Westgrenze und die Definition einer ägyptischen Staatsbürgerschaft für den nomadischen Bevölkerungsteil.

An dieser Stelle interessieren jedoch weniger die verschiedenen diplomatischen Bemühungen und militärischen Aktionen der Engländer, sondern mehr die Rolle, die die Beduinen in dem Grenzkonflikt gespielt haben. Aus den Unterlagen des Foreign Office geht hervor, daß den Engländern die Auseinandersetzungen an der und um die Grenze ausgesprochen ungelegen kamen. Der Verlauf der Westgrenze Ägyptens war nämlich nie eindeutig geklärt worden, und offensichtlich sahen die Verantwortlichen bisher auch keine Notwendigkeit, wegen ein paar Quadratkilometer Wüste und einiger Oasen außenpolitische Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen oder gar die wirtschaftlichen Interessen im ägyptischen Kernland zu gefährden. Kompliziert wurde die Lage jedoch dadurch, daß bereits seit 1904 und verstärkt seit 1907 die Italiener - im Hinblick auf geplante imperialistische Unternehmungen - die Grenzfrage zu einer wichtigen politischen Angelegenheit machten und dabei Gebietsansprüche stellten, die sogar über den Status quo und die türkischen Vorstellungen hinausgingen. Die Auseinandersetzungen führten zu schweren Verstimmungen zwischen London, Rom und Konstantinopel, und sie fanden wiederholt Niederschlag in der englischen Presse. Am 5.7.1907 wurde in der Times die Antwort des zuständigen Ministerialbeamten im Foreign Office, Sir E.Grey, auf die parlamentarische Anfrage eines Abgeordneten veröffentlicht:

"The Egyptian Government have established a coastguard post to prevent smuggling at Sidi Barrani, halfway between Solum and Marsa Matru. There is nothing in this act which renders delimitation necessary, or is likely to give rise to friction. The chief trouble on the frontier has arisen from disputes, not between Turkish and Egyptian officials, but between the Bedouin tribes."

Die Unruhen in dem abgelegenen Beduinengebiet an der Westgrenze wurden, wie aus den nachfolgenden Berichten hervorgeht, von den Engländern als lästige Störung ihrer Politik in Ägypten empfunden. Was war geschehen?

Als Folge der verstärkten Wanderungsbewegungen von Stammesgruppen aus der Cyrenaika nach Ägypten kam es zu einem Wiederaufleben alter Feindschaften und Blutfehden, die sehr schnell zu heftigen Stammeskriegen mit über 50 Toten eskalierten. Die Auseinandersetzungen waren ursprünglich von Gruppen ausgelöst worden, die aus dem türkischen Hoheitsgebiet geflüchtet waren. Jetzt erhielten sie von ihren dort verbliebenen Stammesbrüdern Verstärkung: Viehherden der ägyptischen Beduinen wurden gestohlen und über die

Grenze entführt, Überfälle häuften sich und schließlich überschlugen sich die Meldungen über Schießereien mit Todesopfern. Die Aulad 'Ali, die schon ein Jahrhundert zuvor dem Druck ihrer westlichen Nachbarn hatten weichen müssen, waren nun wiederum von einer Niederlage bedroht. In ihrer bedrängten Lage wandten sie sich an den gerade eingesetzten Ma'mur in Marsa Matruh, der ja als Polizeichef - so hatten es die Engländer verkündet - für Recht und Ordnung zuständig war. Auf dem Amtswege wurde die Kolonialregierung in Kairo eingeschaltet, die nun plötzlich die peinliche Situation auf sich zukommen sah, die Beduinen der Westlichen Wüste, die eigentlich durch Küstenwache und Polizei hätten kontrolliert werden sollen, mit eben diesen Einheiten gegen die türkischen Beduinen schützen zu müssen (Report of Ahmed Fahmy, Mamour of Markaz Matrouh, Foreign Office Records 11712, 23.3.1907).

Welche Kreise die Stammeskonflikte binnen kurzem auf höchster politischer Ebene zogen, geht aus einem Bericht des britischen Regierungschefs in Kairo, Earl of Cromer, vom 7.3.1907 hervor, in dem auf einen einzelnen Fall Bezug genommen wird (Foreign Office Records 7551):

"A member of the Awlad Ali tribe has complained that 300 sheep belonging to him have been carried off in Turkish territory by some Bedouins of the Barassa tribe and the Hadoath and Hussein families, by whom the arms of some Egyptian Bedouins were also plundered.

In a petition which he has presented to the Egyptian Government, this man asks that his sheep may be recovered, or that orders may be issued to the effect that reprisals against Turkish Bedouins are not to be prevented. There would be no difficulty in carrying out such reprisals, as, when on their way to Egypt, the Turkish Bedouins have to pass, with their sheep, through the territory of the Awlad Ali.

Under these circumstances, I venture to suggest that His Majesty's Ambassador at Constantinople might be authorized to inform the Turkish Government that, should restoration of the stolen sheep not be made, the Egyptian Government may find some difficulty in preventing attacks on the part of injured Bedouins against flocks whilst passing through Egyptian territory.

The question of the western frontier is one which I am most anxious not to see raised, but, if this contingency is to be avoided, the Turkish Government must of necessity exert themselves seriously to put an end to the raids now being made by Turkish Bedouins on those dwelling on the Egyptian side of the frontier."

Eine Verhandlungsmision aus Marsa Matruh kehrte wenig später unverrichteter Dinge wieder aus Benghazi zurück, begleitet von hektischen Aktivitäten auf diplomatischer Ebene. Der britische Botschafter telegraphierte am 23.3.1907 aus Konstantinopel (Foreign Office Records 9537):

"I have called the attention of the Grand Vizier to the fact that, if these feuds are allowed to continue, serious danger may arise. (...) The Grand Vizier attributed to the incompetency of the late Mutessarif (Gouverneur, Anm. d. Verf.) of Benghazi the present condition of affairs on the frontier."

Der Konflikt drohte weiter zu eskalieren. Aus Sicht der Engländer war klar, daß die Verantwortung für die Unruhen an der Grenze bei den Türken und ihrer verfehlten Beduinenpolitik läge, wie aus einem weiteren Bericht von Cromer am 21.3.1907 hervorgeht (Foreign Office Records 9245):

"It is obvious that the Turkish Bedouins are out of control. (...) Should the Awlad Ali be attacked within Egyptian territory, the Khedival Government will be bound to undertake their protection. (...) The Egyptian Government have for years restrained the Bedouins within their frontier, but, now that their efforts to secure a settlement have failed, they will no longer be able to do so. I venture to point out that, unless energetic measures are taken by the Turkish Government, the question of the western frontier must inevitably arise, and that to avoid all such cause of dispute at the present moment is greatly in the interest both of Turkey and Egypt."

Der Vorwurf der Engländer, die Eskalation der Stammesfehden mangelnder Kontrollfähigkeit der Türken gegenüber den Stämmen in der Cyrenaika zuzuschreiben, war nicht ganz unberechtigt (vgl. Foreign Office Records 11713, 5.4.1907). Aber auch die britisch-ägyptischen Polizeikräfte, die in der Region stationiert waren, wären nicht in der Lage gewesen, gegen den Widerstand der Beduinen eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Die einzige Maßnahme, die die Behörden in Marsa Matruh schließlich ergriffen, bestand darin, daß sie eine aus türkischem Gebiet zugewanderte Stammesgruppe, die mehrmals für Unruhe gesorgt hatte, per Schiff nach Tripolis zurückverfrachteten. Diese als Abschreckung gedachte Aktion dürfte jedoch die anderen Stämme kaum beeindruckt haben. Statt dessen ist es weitaus wahrscheinlicher, daß die entscheidenden Impulse zur Beilegung der Konflikte von der Stammesbevölkerung selbst ausgingen. Denn während aus Kairo noch beinahe täglich die Lageberichte über einen unmittelbar bevorstehenden Grenzkrieg mit der Türkei nach London geschickt wurden, trat plötzlich wieder Ruhe im Grenzgebiet ein.

Auf das stets um Ausgleich und Konfliktvermeidung bemühte Rechtssystem der Aulad 'Ali wird an späterer Stelle noch ausführlicher einzugehen sein. Auch in diesem Fall traten, völlig ungeachtet der diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Kairo, Konstantinopel, London und Rom, die stammesrechtlichen Mechanismen zur Konfliktlösung in Aktion. Die Grenze spielte dabei nur eine ganz untergeordnete Rolle. Viel wichtiger für die Beduinen auf beiden Seiten war, daß ein Zustand der "friedlichen Koexistenz" zwischen den Stämmen Voraussetzung für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten war und deshalb unbedingt wieder herge-

stellt werden mußte. Wie geschäftsschädigend die Krisensituation war, geht aus einem Bericht des italienischen Konsuls aus Benghazi vom 20.3.1907 hervor (Foreign Office Records 10731):

"I have the honour to report that Arabs reached Benghazi the day before yesterday bringing news that a flock said to number upwards of 1000 sheep, belonging to a Sheikh of the Brassa tribe, was seized and driven off by the Oulet Ali, on the Egyptian side of the frontier, whilst being conveyed by shepherds from this district into Egypt. Various flocks are now on their way overland to Egypt from Benghazi and other parts of this sanjak, and yesterday messengers were dispatched to recall the shepherds and flocks proceeding towards the frontier, as it is feared that the Oulet Ali may continue their depredations. (...) The incident is to be regretted as putting a stop for the time being to the export to Egypt of livestock from this sanjak."

Der in dem Bericht erwähnte Raub von 1000 Schafen durch die Aulad 'Ali stellte sich zwar später als ein Gerücht heraus, aber gerade auch deshalb dokumentiert diese Meldung, welche Aufregung unter den Schafzüchtern in der Cyrenaika herrschte. Die größeren Herdenbesitzer und Viehexporteure, die sicherlich auch zu den einflußreichsten Stammesmitgliedern gehörten, mußten also, um weiterhin ihr Vieh in Ägypten verkaufen zu können, größtes Interesse an einem Friedensschluß zwischen den Konfliktparteien haben. Das gleiche gilt für die Aulad 'Ali in Ägypten, die bisher die Weidegründe in der Cyrenaika aufgesucht hatten, dort aber auf die Duldung anderer Stämme angewiesen waren. Auf diese Weise kam, sehr zur Überraschung der britisch-ägyptischen Regierung in Kairo, der Grenzkonflikt, der auf höchster diplomatischer Ebene so große Wellen geschlagen hatte, zu einer raschen friedlichen Lösung und zwar wohlgerneht nicht als Folge diplomatischer oder militärischer Leistungen der beteiligten ausländischen Mächte, sondern durch den Einsatz des altbewährten Stammesrechts. Dabei hat zwar auch der Ma'mur in Marsa Matruh eine Rolle als Vermittler gespielt, aber die von Cromer am 5.4.1907 nach London durchgegebene Erfolgsmeldung über das Wirken der ägyptischen Behörden dürfte wohl leicht übertrieben sein (Foreign Office Records 11713):

"This is the more creditable inasmuch as the **influence** of the Egyptian Government over these tribes is **due to moral and not to physical force**. It is to be hoped that the action of the Egyptian Government will be appreciated by the Turkish authorities, and that they on their side will spare no effort to arrive at a peaceful solution. I would, however, again venture to point out that Consular reports from Tripoli represent Turkish influence over their tribes to be practically nonexistent, and that until the Turkish Government succeed in properly controlling their Arabs no lasting pacification of the border districts can be expected." (Hervorhebung d.Verf.)

Mit dem letzten Satz seines Berichts sollte Cromer schon sehr bald Recht behalten, wenn auch aus einem ganz anderen Grund als hier impliziert. Zunächst aber stellt sich die Frage, welchen Einfluß die anglo-ägyptischen Behörden bei den Aulad 'Ali zu diesem Zeitpunkt überhaupt hatten. "Physische Gewalt", wie Cromer schreibt, kann es tatsächlich nicht gewesen sein, wie aus dem Einsatzbefehl des ägyptischen Finanzministeriums (als vorgesetzter Behörde) an den Kommandeur der Küstenwache hervorgeht. Dieser Befehl erging übrigens am 30.3.1907, nachdem die Stammesführer bereits selbst einen Friedensschluß vereinbart hatten (Foreign Office Records 11713):

"As the force at present at your disposal is far too small to effectively cope with the tribes should they, in spite of all you can do, come to open hostilities, you should take care to avoid, if possible, any collision between your men and the tribesmen, the issue of which might, if unsuccessful, be detrimental to Government prestige. You must, therefore, at present depend rather upon persuasion and the influence which you possess than upon force of arms. (...) When you have been reinforced you will be able more effectively to restrain the tribes and to enforce the authority of the Government."

Bisher hatte der Einfluß der Behörden in Marsa Matruh also mehr in "Überredung" und "moralischer Macht" - was auch immer das sein mag - bestanden. Aber warum konnten die Kolonialoffiziere und ihre ägyptischen Mitarbeiter überhaupt mit solchen Methoden Einfluß ausüben? Die Antwort ist meines Erachtens in dem zuvor etablierten System der indirekten Herrschaft zu suchen: Der shaikh al-hukuma funktionierte bereits als Schlüsselperson, über die die Staatsvertreter Zugang zu den Stämmen erhielten. Diese Kontaktleute, die auf der staatlichen Gehaltsliste standen, wurden von nun an in Konfliktfällen vom Ma'mur in Marsa Matruh massiv unter Druck gesetzt, wie aus seinen Berichten hervorgeht:

"...particularly as he is a Government Sheikh and should obey orders." (Bericht des Ma'mur vom 23.3.1907, Foreign Office Records 30148)

Doch auf "moralischen Einfluß" auf die Stämme wollten sich die Engländer nach den Unruhen des Jahres 1907 nicht mehr verlassen. Eine der ersten Maßnahmen war deshalb eine personelle Aufstockung von Polizei und Kamelcorps der Küstenwache. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen mit den Aulad 'Ali erwies sich jedoch diese militärische Präsenz sehr bald als absolut unzureichend.

3.2.3. Ausbreitung und Zerschlagung der Sanussi-Sekte

Acht Jahre nach den geschilderten Unruhen an der Westgrenze herrschte in der ganzen Westlichen Wüste Ägyptens Krieg. Die ägyptischen Beduinen schlossen sich 1915 in großer Zahl der Sanussi-Armee an, die sich von Westen her auf dem Vormarsch zum Nil befand. Die Beduinen und Bauern im Nildelta warteten nur noch auf ein Zeichen der Sanussi-Führer, um in einem Aufstand die Kolonialherren aus dem Land zu jagen. Die Engländer befanden sich, als Folge ihrer repressiven Kolonialpolitik, in der schwierigsten Situation seit der Besetzung Ägyptens 1882. Die Bedrohung ihrer Herrschaft - das ist vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Funktion der Nomaden in Ägyptens Geschichte (siehe B-2.1.) bezeichnend - kam aus der Wüste, nicht aus dem Kernland am Nil.

Die Sanussi-Bewegung hatte sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr rasch unter den Beduinen der Cyrenaika und Westägyptens ausgebreitet. Sie ging aus dem strenggläubig-islamischen Orden hervor, den Muhammad Ibn 'Ali as-Sanussi 1843 in der Cyrenaika gegründet hatte (EVANS-PRITCHARD 1974: 266). Die Zentrale des Ordens lag in der Oase Jaghbub, unweit der ägyptischen Grenze westlich von Siwa. Von hier aus verbreitete sich die Lehre des "Großen Sanussi" innerhalb weniger Jahrzehnte von Tripolitanien bis an den Westrand des Nildeltas. Träger dieser religiösen Bewegung waren die Ordensscheichs, die in der Zentrale in Jaghbub ausgebildet wurden und von dort aus in Niederlassungen (Zawiya) des Ordens innerhalb des riesigen Verbreitungsgebietes entsandt wurden. Die Sanussi-Scheichs betätigten sich als Lehrer und Geistliche und übten außerdem Funktionen als Vermittler und Richter bei Streitigkeiten in der Stammesbevölkerung aus. Die Stämme nahmen deshalb dankbar diese religiöse Einrichtung an, zumal die Lehre ihrer eigenen Tradition und Lebensweise entsprach. Eine Zawiya mußte jeweils von einem Stamm oder Stammesteil selbst aufgebaut und unterhalten werden, aber die Stämme wetteiferten geradezu darum, daß aus Jaghbub ein Sanussi-Scheich zu ihnen entsandt werde. In Ägypten wurden insgesamt 31 Niederlassungen des Ordens gegründet, deren Verbreitung (siehe Abb. B-9) jedoch auf die Westliche Wüste und ihre Oasen beschränkt blieb (vgl. EVANS-PRITCHARD 1949).

Von Anfang an befolgte der Orden eine Politik der Nichteinmischung und strikten Neutralität gegenüber den Stämmen und ihren wechselnden Rivalitäten, während er gleichzeitig über das Netz von Niederlassungen enge Verbindungen zu ihnen unterhielt. Diese Durchdringung des Stammsystems gab der Bewegung eine große missionarische Stoßkraft. Damit entstand aber auch zum ersten Mal eine zentrale politische Institution, die alle Stämme der östlichen Sahara in ihrem Einflußbereich verband. Die religiöse Bewegung entwickelte sich zu einer politisch-administrativen Organisation in einem staatsähnlichen theokratischen Wüstenreich (EVANS-PRITCHARD: 1949). Trotzdem verstanden sich die Sanussi als eine religiöse Bewegung und hielten sich deshalb auch ganz bewußt aus den politischen Konflikten der Zeit heraus. Weder der 'Arabi-Aufstand in Ägypten (1882) noch der des Mahdi im Sudan (1883) fanden ihre Unterstützung. Ihre Führer waren stets an guten Beziehungen zu den Nachbarn ihres Einflußbereiches interessiert, und auch bei der Ausbreitung ihrer Lehre

wandten sie niemals Gewalt an. Doch seit Anfang des 20. Jahrhunderts gerieten sie immer mehr unter Druck, weil sie den Expansionsbestrebungen des europäischen Kolonialismus im Wege standen. Zuerst griffen die Franzosen von Süden her das Gebiet der Sanussi an und zerstörten die dortigen Ordensniederlassungen. Der große Konflikt aber begann, als die Italiener 1911-1912 Libyen als neue Kolonie besetzten. Die Beduinenstämme schlossen sich daraufhin "in ihrer maßlosen Entrüstung dem Orden als dem Symbol ihres gemeinsamen Widerstands an" (EVANS-PRITCHARD 1974: 268). Damit gerieten sie in den folgenden Jahren in einen verzweifelten Verteidigungskrieg, der sich zu einem Nebenschauplatz des ersten Weltkrieges ausweitete und in dem sie schließlich Frankreich, Italien und Großbritannien gegen sich hatten.

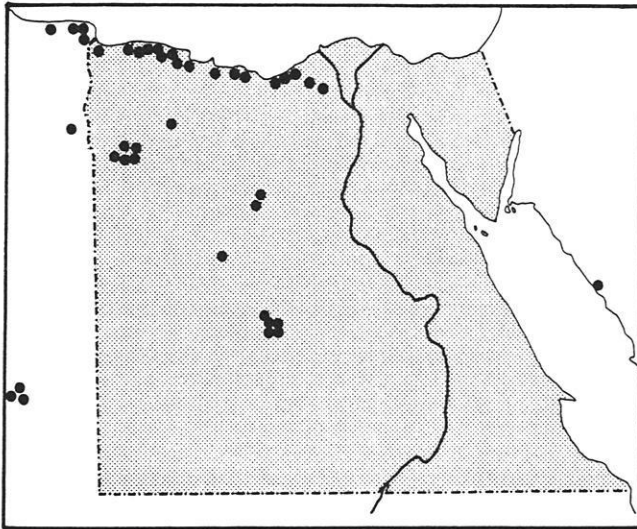


Abb. B-9: Sanussi-Niederlassungen in Ägypten um 1900 (nach EVANS-PRITCHARD 1949)

Die Aulad 'Ali wurden im Sommer und Herbst 1915 in den Konflikt hineingezogen, der sich im Lauf der folgenden Monate dramatisch zuspitzte. Die Ereignisse sind in Geheimdienst- und Lageberichten des Britischen Hauptquartiers in Kairo dokumentiert, die sich in den Akten des Foreign Office befinden (vgl. Western Desert Intelligence Reports, Foreign Office Records 2356, 2357, 2665). Ab Juli/August des Jahres richtete sich die Aufmerksamkeit des britischen Oberkommandos in Kairo immer stärker auf die Westliche Wüste und die Beduinen. Die Sanussi verfügten dort zwar in den Oasen und an der Küste über zahlreiche Niederlassungen, aber sie hatten bisher jegliche Konfrontation mit den Engländern vermieden. Auf der anderen Seite der Grenze jedoch befanden sie sich seit 1911 im offenen Krieg mit den Italienern, und diese waren, seit Beginn des ersten Weltkrieges in Europa, Verbündete der Engländer. Die Sanussi und die sie unterstützenden Beduinen sahen sich plötzlich mitten zwischen den Fronten eines globalen Machtkampfes. Das Deutsche Reich schickte

ihnen Waffen und Militärberater, die mit Unterseebooten an die ägyptische Mittelmeerküste gebracht wurden. Der Waffenschmuggel nötigte schließlich die Engländer zum Eingreifen. Aus den widersprüchlichen Berichten über die Ereignisse im Herbst 1915 ergibt sich der Eindruck, daß die Aulad 'Ali versuchten, sich aus der bevorstehenden Konfrontation herauszuhalten. Doch sowohl die Sanussi als auch die Engländer setzten sie unter Druck, damit sie sich auf ihre Seite schlugen:

"The local Beduins are between the devil and the deep sea, as if they stay out they starve, and if they come in they risk the displeasure of the Senussi" (Colonel Snow, britischer Kommandant von Marsa Matruh am 1.12.1915, Foreign Office Records 2356).

Im November 1915 wurde ein Teil der ägyptisch-britischen Streitkräfte von der Westgrenze abgezogen, um den Suezkanal gegen einen türkischen Angriff zu schützen. Kurz darauf wurden die Posten der Küstenwache in Sallum und Sidi Barrani von Sanussi-Kriegern angegriffen. Die Besatzung, die selbst überwiegend aus den lokalen Stämmen rekrutiert worden war, desertierte zu den Angreifern. Innerhalb weniger Tage befand sich die ganze Westliche Wüste im Aufruhr und die Engländer waren in ihren Stützpunkten in Marsa Matruh und Daba'a eingeschlossen. Der Lagebericht vom 30.11.1915 meldete:

"Many Egyptian Bedawin are now making their way to the Turco-Arab lines. About 4 000 will join the Senussi from the Matruh, Dabaa and Barrani districts and 1 500 from the Siwa district" (Foreign Office Records 2356 - 2357, 1915).

Die Sanussi-Streitmacht bestand aus einem Kern von etwa 3 400 regulären Soldaten ("Muhafzia"), die als ehemalige Stammeskrieger oder als Überläufer dazugekommen waren (Western Desert Intelligence Report 13.12.1915). Dieser Kerntruppe schlossen sich die Stämme in lockerer Bindung an und unterstellten sich damit der militärischen Führung des Groß-Sanussi und seiner türkischen Offiziere. Die Masse der irregulären Sanussi-Streitmacht wurde von den libyschen Stämmen gestellt, die bereits seit mehreren Jahren einen Guerilla-krieg gegen die Italiener geführt hatten. Dabei hatten sie von den Italienern in großer Zahl moderne Waffen erbeutet, mit denen sie auf ihrem Vormarsch zum Niltal den anglo-ägyptischen Truppen größte Schwierigkeiten bereiten konnten. Diese Situation muß man sich zusammen mit dem im vorigen Abschnitt geschilderten Spannungsverhältnis zwischen den ägyptischen und den libyschen Beduinen vor Augen halten, um zu verstehen, warum die Aulad 'Ali in diesem Krieg buchstäblich zwischen die Fronten gerieten: Ihre latente Gegnerschaft zu den westlichen Stämmen überschneidete sich mit der Gegnerschaft zu einem gemeinsamen äußeren Feind. Vor dem Hintergrund dieser bedrohlichen Konstellation wird es verständlich, warum sich die ägyptischen Stämme überwiegend abwartend verhielten, wie der Lagebericht vom 13.12.1915 zeigt:

"The Aulad Ali within Egyptian territory appear to be awaiting developments and instructions. They have mostly moved away from the North coast road a few miles inland, and have congregated at various points between Sidi Barrani and Matruh. No serious military activity by them need be anticipated until some definite advantage has been gained by the Senussi regular forces" (Foreign Office Records 2356 - 2357, 1915).

Eine Woche später, am 20.12.1915, konnte der Geheimdienst sogar melden, daß sich eine ganze Reihe von Stammesgruppen der Aulad 'Ali dem Vorrücken der Sanussi widersetzen wollten:

"The reason is that they have a blood feud with the Barasa, Harabi, Dursa and a section of the Awagir who are with the Senussi. These Awlad Ali "Ailet" are in Matruh Markaz some miles inland and have not yet come in contact with the Senussi. Word has been passed round to them to be in readiness to attack those Western Arabs. They have all refused to sink their differences and join in the war against the British" (Foreign Office Records 2356 - 2357, 1915).

In dem allgemeinen Durcheinander schlossen sich einige Stämme den Sanussi an, während die Mehrzahl versuchte, sich in Sicherheit zu bringen und sich aus den Kämpfen herauszuhalten. In einem Bericht vom 31.12.1915 heißt es über die Aulad 'Ali:

"This tribe does not appear to be joining with any great enthusiasm although there are several concentrations reported at various points. They are said to be very short of food and have not got any considerable number of modern rifles and ammunitions yet, but they are much afraid of the Senussi and until some decisive engagement has been decided in our favour it is unlikely that they will show any symptoms of joining us" (Foreign Office Records 2356 - 2357, 1915).

Im Dezember und Januar kam es wiederholt zu schweren Kämpfen mit hohen Verlusten auf Seiten der Sanussi. Die anglo-ägyptischen Truppen gewannen langsam die Oberhand. Die Versorgungslage der Beduinen in der Westlichen Wüste verschlechterte sich derweil rapide, weil die Aulad 'Ali in diesem Winter keine Felder hatten anlegen können und in ihren Weidewanderungen zu den Oasen behindert waren. Nun mußten sie aus ihren knappen Vorräten auch noch die eingedrungenen Stammesverbände aus dem Westen verpflegen. Es wurde versucht, Schafe im Nildelta zu verkaufen und dafür Nahrungsmittel zu erwerben und nach Westen zu schmuggeln (vgl. Lagebericht 7.2.1916, Foreign Office Records 2667, 1916). Doch der Hunger zwang immer mehr Stammesgruppen der Aulad 'Ali, sich zu ergeben und in großen Lagern bei Hammam und im Nildelta Schutz zu suchen. Die Strategie der Engländer richtete sich in dieser Situation darauf, die Beduinen draußen in der Wüste auszuhungern und auf die Spaltung der Allianz zwischen den westlichen und östlichen Stämmen zu warten.

Tatsächlich erwies sich diese Vorgehensweise rasch als erfolgreich. Ab Februar 1916 mehrten sich die Berichte über die verzweifelte Verpflegungslage und aufbrechende Stammeskonflikte (Foreign Office Records 2667, 1916):

"A fight took place recently at Hazalin between the Harabi and Aulad Ali over food and 13 were killed" (22.1.1916).

"Local Beduin practically starving" (29.1.1916).

"The dissention between the Aulad Ali and the Harabi has lately been accentuated owing to the scarcity of food caused by the Harabi living on the Awlad Ali's supplies" (21.2.1916).

"Maltreatment of the local Bedouin by Western Arabs continues, and of the Awlad Ali and their families some 3000 to 4000 have now come into the allotted camping areas near Hammam" (24.2.1916).

In dieser angespannten und für die Stammesbevölkerung undurchsichtigen Situation ließen sich die Befürchtungen und Einstellungen der Aulad 'Ali aus den Gerüchten entnehmen, die damals in der Bevölkerung kursierten - und von Informanten dem britischen Geheimdienst mitgeteilt wurden: Es hieß, die Sanussi-Armee wolle die Aulad 'Ali entwaffnen, bevor sie überlaufen könnten. Außerdem seien die Krieger der Aulad 'Ali bei den Kämpfen gegen die Engländer bisher immer vorausgeschickt worden, so daß sie die höchsten Verluste hätten hinnehmen müssen. Der Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte läßt sich nicht mehr nachprüfen, aber fest steht, daß die Angehörigen der Aulad 'Ali-Stämme in vielfacher Weise zu den Leidtragenden des Konfliktes gehörten. Ab Januar 1916 lösten sich die Auseinandersetzungen in einzelne Patrouillen-Gefechte und Überfälle auf, zwischen denen die Beduinengruppen mehr oder weniger schutzlos herumirrten. Ihr Vieh wurde von beiden Seiten konfisziert, ihre Vorräte geraubt und ihre Zelte verbrannt (so meldet jedenfalls, möglicherweise übertreibend, der Geheimdienst am 21.1.1916, Foreign Office Records 2665, 1916). Deshalb war es kein Wunder, daß der britische Oberkommandierende in Ägypten am 7.3.1916 nach London telegraphieren konnte:

"Today's report from General Lukin at Barani that Aulid and Ali wish to surrender with arms if we guarantee protection from Western Bedouins" (Foreign Office Records 2665, 1916).

Vor dem Hintergrund der neu aufgeflamnten Stammeskonflikte ist es einleuchtend, daß die Aulad 'Ali unbedingt ihre Waffen behalten wollten. Offensichtlich mochten sie sich nicht

allein auf den Schutz der anglo-ägyptischen Regierung verlassen, sondern sie befürchteten, nach Kriegsende den libyschen Stämmen gegenüber völlig wehrlos zu sein.

Bei der oben gegebenen Darstellung der Ereignisse darf nicht übersehen werden, daß hier bei aller Bemühung um ein Verständnis der Hintergründe nur ein einseitiges Bild vom Geschehen in der Westlichen Wüste gezeichnet werden konnte, weil die Informationen ausschließlich aus britischen Unterlagen stammen. Von der anderen Seite liegen lediglich zwei Briefe des Groß-Sanussi Sidi Ahmed vor, die dieser an den britischen Oberkommandierenden General Maxwell schrieb:

In seinem ersten Brief vom 11.12.1915 bedauert Sidi Ahmed den Kriegszustand, nachdem er sich doch immer um Frieden und gute wirtschaftliche Beziehungen bemüht habe (Foreign Office Records 3501):

"I have carefully kept up the rights of neighbourhood and the roads between us were open; food and goods came in from you and sheep and camels go from here to you (...)."

In seinem zweiten Brief vom 2.2.1916 reflektiert Sidi Ahmed die Politik der Engländer (Foreign Office Records 20955):

"We are people who are content with little by way of living, being the descendents of men who conquered famine.(...) And instead of taking into due account and consideration the feelings of the Arabs, you treated them like dumb animals, sending forth against them your horsemen and footmen with the intention of annihilating them, while you are the sons of that nation which knows the meaning of honour and high feelings."

Aus diesem Brief spricht zugleich die Bitterkeit des religiösen Führers, der in friedlicher Absicht eine Einigung der Beduinenstämme hatte erreichen wollen, aber damit am Widerstand fremder Mächte gescheitert war. Wenig später wurde Sidi Ahmed auf Betreiben der Engländer von Sayid Idris abgelöst, der im April 1917 eine Friedensvereinbarung mit den Briten traf. Diese Vereinbarung war praktisch gleichbedeutend mit einer Auflösung des Ordens in Ägypten, während sich die Engländer insgeheim bereits vorher mit den Italienern darüber geeinigt hatten, in der Politik gegenüber den Sanussi und den Beduinen künftig zusammenzuarbeiten. Als Kontroll- und Druckinstrument in der Hand der Engländer sollte dabei deren Zugriff auf die Märkte im Nildelta dienen, über die der wirtschaftliche Austausch zwischen der Cyrenaika und Ägypten gesteuert werden konnte. Ein Kommentar zu der Friedensvereinbarung, geschrieben am 1.5.1917 vom Hochkommissar in Kairo zur Vorlage bei Lord Balfour im Foreign Office, verrät die Strategie der künftigen Beduinenpolitik:

"The amount of food supplied to the Western Arabs will be carefully controlled, and our action in this connection will have to be co-ordinated with that of the Italian Government" (Foreign Office Records 97622, 1917).

In seinem Bericht über die Verhandlungen der italienisch-britischen Mission mit Sayid Idris, dem neuen Groß-Sanussi, schreibt der Verhandlungsführer Colonel Talbot am 28.4.1917 an den britischen Hochkommissar in Kairo, das Oberhaupt der Sanussi sei "...genuinely desirous of concluding a lasting peace" (Foreign Office Records 97622). Trotzdem werde aber eine friedliche Lösung des Konfliktes dadurch erschwert, daß die Italiener Forderungen an die Sanussi stellten, die von diesen unmöglich erfüllt werden könnten:

"The present position of the Senussi family as quasi-temporal rulers in parts of Cyrenaika is due almost entirely to the war with Italy. If the Italians are content to go slowly for a few years, it seems probable that the revival of hereditary feuds and jealousies among the Arab tribes and the calming effect of peace and commerce will do so much to disintegrate the Senussi power that Italian influence will have little difficulty in penetrating the country by peaceful means. Sayed Idris, I believe, realizes that he cannot stand alone, and will probably, if not pushed too hard at first, bow to the inevitable and accept the situation, so long as he can save his face outwardly with reference to the Arabs" (Foreign Office Records 97622, 1917).

Dieser Bericht verrät die Erfahrung der britischen Beduinen-Experten, die bisher mit ihrer Ausnutzung intertribaler Differenzen eine äußerlich relativ gewaltarme und damit auch kostengünstige Politik gegenüber den Stämmen hatten betreiben können. Sayid Idris war "ihr Mann", weil seine Nachfolge als Groß-Sanussi mit britischer Unterstützung beschlossen worden war, während die Mehrheit der Stammesbevölkerung weiterhin seinen Vorgänger Sidi Ahmad vorgezogen hätte. Dadurch war er von sich aus kaum in der Lage, eine Einigung der verschiedenen Stämme zu erreichen, solange diese nicht durch einen gemeinsamen äußeren Gegner wieder zur Einigkeit gezwungen würden. Genau das aber war das Ergebnis, das die Italiener in den folgenden Jahren mit ihrem brutalen Vorgehen gegen die Stämme der Libyschen Wüste bis hin zur Bombardierung der Oase Kufra erzielten. Während der in obigem Bericht geschilderten Friedensverhandlungen saß der italienisch-britischen Mission auf Seiten der Sanussi ein Mann gegenüber, der später viel von sich reden machte: Es war 'Umar al-Mukhtar, der den Widerstand gegen die italienische Eroberung Libyens 1922-1932 anführte.

Das Verhalten der Aulad 'Ali während der Ausbreitung des Sanussi-Ordens und der Kämpfe gegen die Engländer läßt einige Rückschlüsse auf Beschaffenheit und Mechanismen des Stammessystems zu, die im nachfolgenden Kapitel aus struktural-funktionaler Sicht zu interpretieren sind. Der Sanussi-Orden war die erste und einzige zentrale Institution, die in der Lage war, die permanente Spannung und Konkurrenz zwischen den Stämmen zu überbrücken. Bei der Konfrontation der Beduinenstämme mit äußeren Feinden, den Kolonialmächten, bildete er somit einen natürlichen Kristallisationspunkt für gemeinsame Aktionen der Stämme. Aber gerade die dem Stammessystem immanente Spannung zwischen den Gruppen führte auch zum Auseinanderbrechen der gemeinsamen Feindfront aller Stämme und trug damit zum Untergang der Sanussi-Bewegung bei.

3.2.4. Der Zweite Weltkrieg in der Libyschen Wüste

Kriegerische Auseinandersetzungen gliederten die historische Entwicklung der Aulad 'Ali wie blutige Meilensteine: In den Konflikten um die ägyptische Westgrenze zu Beginn des Jahrhunderts waren sie die Hauptakteure gewesen, die auch selbständig eine Konfliktlösung hatten herbeiführen können. Im Krieg zwischen den Sanussi und den Engländern waren sie zwischen die Fronten geraten, spielten aber für einige Monate eine wichtige Rolle für den Ausgang des Konfliktes. Im Zweiten Weltkrieg, der 1941-42 durch ihr Land tobte, waren sie nur noch Opfer. Für die Kampfhandlungen selbst hatten sie überhaupt keine Bedeutung, und in den einschlägigen Berichten werden sie allenfalls am Rande erwähnt (Western Desert Intelligence Reports 1941-1942, Foreign Office Records 1940-1945). Trotzdem hatte dieser Krieg für die Stammesbevölkerung eine umwälzende Bedeutung. Schon in den vorhergehenden Jahren hatten die Engländer ihre Truppen und ihre Verwaltung im Küstengebiet ausgebaut. Die Armee ermöglichte vielen Beduinen eine Beschäftigung außerhalb der Viehwirtschaft und verhalf ihnen zu weitergehenden Qualifikationen, beispielsweise als Fahrer, Koch oder Bauarbeiter. Die Eisenbahnlinie wurde von den Militärbehörden über Marsa Matruh hinaus bis an die libysche Grenze verlängert. Durch die Stationierung größerer Truppenverbände kamen die Aulad 'Ali auf Dauer in direkten Kontakt mit der anglo-ägyptischen Administration. Außerdem wurde ihre wirtschaftliche Integration durch den Bau der Eisenbahn beschleunigt. Diese Modernisierungseffekte bewirkten zunächst in beschränktem Umfang eine Diversifizierung von Einkommens- und Wirtschaftsmöglichkeiten für die Stammesbevölkerung. Die absolute Dominanz von Staat und Armee in der Küstenregion bewirkte aber auch, daß die Aulad 'Ali zunehmend die Kontrolle darüber verloren, welche Veränderungen in ihrem Land und mit ihnen selbst voringen. Beim Vorrücken der deutsch-italienischen Truppen bis al-'Alamein im Sommer 1942 wurden die meisten Beduinen aus dem Küstengebiet bis an den Rand des Nildeltas evakuiert. Trotzdem wurden aber zahlreiche Gruppen von den Kämpfen eingeholt, so daß es viele Tote gab. Ihr Vieh wurde, wenn auch überwiegend gegen Bezahlung, von den ausländischen Armeen requiriert. Die meisten Opfer waren wahrscheinlich nicht einmal durch direkte Kriegseinwirkung zu beklagen, sondern erst später, noch viele Jahre nach Kriegsende, durch die unzähligen Minen, die Engländer und Deutsche im Wüstensand zurückgelassen hatten. Genaue Zahlen über die Opfer des Zweiten Weltkriegs unter der Beduinenbevölkerung der Westlichen Wüste gibt es nicht. Reparationszahlungen wurden nie geleistet.

Der Krieg bewirkte, abgesehen von nicht zu beschreibendem menschlichen Elend, einen Zusammenbruch der nomadischen Weidewirtschaft (vgl. Foreign Office Records 46113, 15.6.1945; Annual Report of the Controller of Finance and Accounts for the Period 1.1.1944 - 31.12.1944). Die Mobilität der Nomaden wurde vom Militär beschränkt, so daß die Stammesgruppen, die sich in den Schutz des Nildeltas zurückgezogen hatten, einen Teil ihres Viehs verkaufen mußten, um die restlichen Tiere mit Futter versorgen zu können. Die Gruppen, die draußen in der Wüste geblieben waren, wurden vom Nilgebiet abgeschnitten, so daß der

Handelsaustausch zwischen Wüste und Kulturland völlig zum Erliegen kam. Die traditionelle Ordnung des Stammessystems wurde auf den Kopf gestellt, indem die verschiedensten Gruppen ungeachtet ihrer Stammeszugehörigkeit in Lagern zusammengepfercht wurden und sich dort auf Lebensmittelhilfen der Armee verlassen mußten. Auch nach dem Krieg konnte die nomadische Weidewirtschaft nicht wieder auf ihren alten Stand kommen. Viele Beduinen waren in den Notjahren zu Lohnarbeit für die Armee gezwungen gewesen. Diese Beschäftigungen außerhalb der Viehhaltung wollten sie jetzt nicht mehr aufgeben. Die Durchmischung und Umwälzung der Beduinen-gesellschaft durch den Krieg war das Signal für den gesellschaftlichen Wandel der folgenden Jahrzehnte, mit dem wir uns im nächsten Kapitel beschäftigen werden.

4. STAMMESSYSTEM

4.1. Spannung und Zusammenhalt als Grundprinzipien

Im vorigen Kapitel mag der Eindruck entstanden sein, das Leben der Aulad 'Ali sei früher ständig von Konflikten, Kämpfen und Kriegen begleitet gewesen. In der Darstellung mag sich insofern eine gewisse Überzeichnung ergeben haben, als spektakuläre historische Ereignisse besser überliefert und dokumentiert sind als der "normale" Alltag. Aber das Bild von der konfliktreichen Vergangenheit der Stämme ist durchaus nicht falsch: Die geschilderten gewalt-samen Auseinandersetzungen zwischen Stammesgruppen waren keine Einzelfälle. Auch die Zerstrittenheit der Aulad 'Ali im Kampf gegen die Engländer und das Scheitern der Einigungsversuche der Sanussi sind nicht allein aus einer momentanen Konstellation von Interessen, Bündnissen und externen Eingriffen erklärbar. Wenn aber nicht nur äußere Umstände als Gründe für die ständigen Reibereien in der Nomadengesellschaft herangezogen werden können, dann muß die Erklärung dafür in internen Faktoren dieser Gesellschaft gesucht werden. Konkurrenz und Konflikte zwischen Stammesgruppen waren in dieser Hinsicht nicht nur Begleiterscheinungen des Lebens der Nomaden, sondern sie waren notwendige Voraussetzungen für den Bestand der Gruppen. Sie waren, so läßt sich folgern, konstitutive Merkmale des traditionellen Stammessystems. Diese Überlegung, die vorläufig lediglich aus einigen der oben dokumentierten Ereignisse der Geschichte der Aulad 'Ali abgeleitet ist, sei als Ausgangsthese für die nachfolgende Analyse des Stammessystems festgehalten:

Das Stammessystem beruht auf einer latenten Spannung zwischen seinen Teilgruppen.

Auf der anderen Seite zeigt der historische Überblick aber auch, daß die Aulad 'Ali nicht in Anarchie und Bürgerkrieg lebten, sondern daß sie sogar in solchen Auseinandersetzungen wie

beispielsweise dem sogenannten "Konflikt um die Westgrenze" 1907 selbst eine Schlichtung herbeiführten. Wenn, wie in obiger These postuliert, der Spannungszustand eine Grundlage des Stammessystems ist, dann ist eine zweite Grundlage darin zu suchen, daß diese Spannungen in irgendeiner Weise kontrolliert werden mußten. Nur so wäre erklärbar, daß sich die Stammesgruppen der Aulad 'Ali trotz der systemimmanenten Tendenz zu Konflikten nicht auch in einem ununterbrochenen offenen Krieg mit ihren Nachbarn befanden. Dies war aber nicht der Fall, so daß die Ausgangsthese erweitert werden muß:

Der latente Spannungszustand innerhalb des Stammessystems erfordert Kontrollmechanismen, um offene Konflikte zu begrenzen.

Der Aspekt der "Spannung" als strukturierender Faktor des Stammessystems der Aulad 'Ali ist alleine noch kein hinreichender Explikator der gesellschaftlichen Struktur. Er bezieht sich lediglich auf die "trennenden" Merkmale der Struktur, aber nicht auf die sozialen Bindungen, die innerhalb der getrennten Einheiten bestehen. Wenn "Spannung" also die dispersiven Kräfte in der Stammesgesellschaft bezeichnet, dann muß es in ihr auch kohäsive Kräfte geben, die für den Zusammenhalt von Teilgruppen innerhalb der Gesellschaft sorgen. Hier stehen sich, mit anderen Worten, zentrifugale und zentripetale Bestrebungen innerhalb der Gesellschaft in einem flexiblen Gleichgewicht gegenüber. Das Gleichgewicht zwischen Auseinanderstreben und Zusammenhalten manifestiert sich in der Struktur der Stammesgesellschaft. Diese aus der Ausgangsthese zu folgernde Annahme bedarf jedoch noch weiterer Spezifizierung, damit sie exakt die charakteristischen Bedingungen der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali erfaßt. Trennende und verbindende Faktoren lassen sich in jeder Gesellschaft identifizieren, ohne daß damit die jeweilige Gesellschaftsform hinreichend zu erklären wäre. Das Spezifikum der Stammesgesellschaft liegt meines Erachtens in der funktionalen Kohärenz von Dispersion und Kohäsion. Das heißt zunächst nichts weiter, als daß sich die Menschen in Abwesenheit der zentralen Autorität einer staatlichen Regierung in Gruppen zusammenschließen müssen, die Schutz nach innen und Abwehr nach außen bieten. Die funktionale Kohärenz der genannten Grundprinzipien bedeutet unter diesen Umständen, daß der innere Zusammenhalt der Gruppen durch die äußere Spannung zwischen ihnen bewirkt wird.

Eine speziellere Definition der organisatorischen Prinzipien einer Stammesgesellschaft wird von SCHOLZ (1974) gegeben, wobei er die Perspektive primär auf die kohäsiven Faktoren richtet. Die Mitglieder einer Stammesgruppe sind sich demnach verbunden durch verwandtschaftlich begründete und wirtschaftlich motivierte Solidarität, die durch Loyalität gegenüber einem gemeinsamen Führer ergänzt und durch eine gemeinsame Feindfront nach außen gefestigt wird. In dem zuletzt genannten Prinzip der gemeinsamen Feindfront manifestieren sich gleichzeitig die dispersiven und kohäsiven Kräfte der Gesellschaft, denn hier treffen sie als Antagonisten aufeinander. Die Feindfronten durchziehen die Stammesgesellschaft wie ein Spaltennetz, das die einzelnen Segmente nach außen abgrenzt und sie zugleich nach innen zusammenhält. Meines Erachtens liegt deshalb im Prinzip der Feindfront, das heißt, im

spezifischen Zusammenwirken von Dispersion und Kohäsion, der Schlüssel zum Verständnis der nomadischen Stammesgesellschaft, ihrer Strukturen und ihres Wandels.

Bindung und Solidarität innerhalb von Familienverbänden gehen zweifellos auch von verwandtschaftlicher Nähe und gemeinsamem Wirtschaftsinteresse aus. Mit diesen kohäsiven Faktoren läßt sich aber, zumindest im Falle der Aulad 'Ali, die Fraktionierung der Stammesgesellschaft in hierarchisch gestaffelte Segmente nicht hinreichend erklären. Die Ordnungsprinzipien des gemeinsamen Wirtschaftsinteresses und der verwandtschaftlichen Solidarität verlieren mit zunehmender Gruppengröße an Intensität. Nur auf den unteren gesellschaftlichen Ebenen haben die Verwandtschaftsverbände gleichzeitig auch die Funktion von Wirtschaftsgemeinschaften: Die Großfamilie bildet im traditionellen Stammesystem eine Einheit, die gemeinsam wirtschaftet und (über-)lebt, und allenfalls der Klan verfolgt noch gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Der Stamm dagegen war bei den Aulad 'Ali auch früher schon primär ein politischer Dachverband zur Absicherung seiner Mitglieder gegen andere Stämme. Die Mitglieder eines Stammes sind sich nicht verbunden, weil sie ein gemeinsames Wirtschaftsziel verfolgen, und wahrscheinlich sind sie das auch nie gewesen. (Die strukturelle Begründung dieser Annahme ist in der Schichtung der traditionellen Stammesgesellschaft zu suchen, die in Abschnitt B-4.4. diskutiert werden wird.) Statt dessen wird auf den oberen gesellschaftlichen Ebenen von Klan und Stamm der Aspekt der äußeren Spannung gegenüber dem Aspekt des von innen kommenden Zusammenhalts zur entscheidenden Größe. Diese Überlegungen lassen sich in folgender These zusammenfassen:

Dispersion und Kohäsion sind die beiden antagonistischen und gleichzeitig funktional kohärenten Grundprinzipien, deren Verknüpfungen Struktur und Dynamik des Stammesystems bestimmen.

Anschaulicher formuliert findet sich diese Überlegung bei THESIGER (1984: 94):

"There is no security in the desert for an individual outside the framework of his tribe. (...) It is (...) a strange fact that tribal law can only work in conditions of anarchy and breaks down as soon as peace is imposed upon the desert, since under peaceful conditions a man who resents a judgement can refuse to be bound by it, and if necessary can leave his tribe and live by himself. There is no central authority inside the tribe which can enforce the judgement."

Die oben vorgestellten Thesen zur Erklärung der strukturierenden Prinzipien des Stammesystems wurden zunächst nur aus den Informationen über die Geschichte der Aulad 'Ali abgeleitet. Die auf deduktivem Wege getroffenen Annahmen sind im weiteren Verlauf dieses Kapitels mittels einer struktural-funktionalen Analyse des Stammesystems zu überprüfen. Dabei soll versucht werden, die Faktoren der Spannung und des Zusammenhalts in ihren Auswirkungen auf die Stammesstruktur darzustellen.

4.2. Genealogisches Prinzip und Stammesstruktur

Verwandtschaftsstrukturen, ausgedrückt in genealogischen Beziehungen und Heiratsregeln, sind grundlegende Ordnungsprinzipien der traditionellen Stammesgesellschaft. Ihre Bedeutung muß aber, zumindest für die Gegenwart, dahingehend relativiert werden, daß sie nicht mehr unbedingt als fester Rahmen für das Leben des Einzelnen zu sehen sind, sondern eher als "Leitbilder" (LEGGIEWIE 1979: 40). Daraus folgt für die Methodik der Untersuchung der Stammesgesellschaft, daß die strukturelle Analyse auf Grundlage der Genealogie durch eine funktionale Erklärung ergänzt werden muß. Genealogien haben im Stammbaumsystem der Aulad 'Ali drei wesentliche Funktionen:

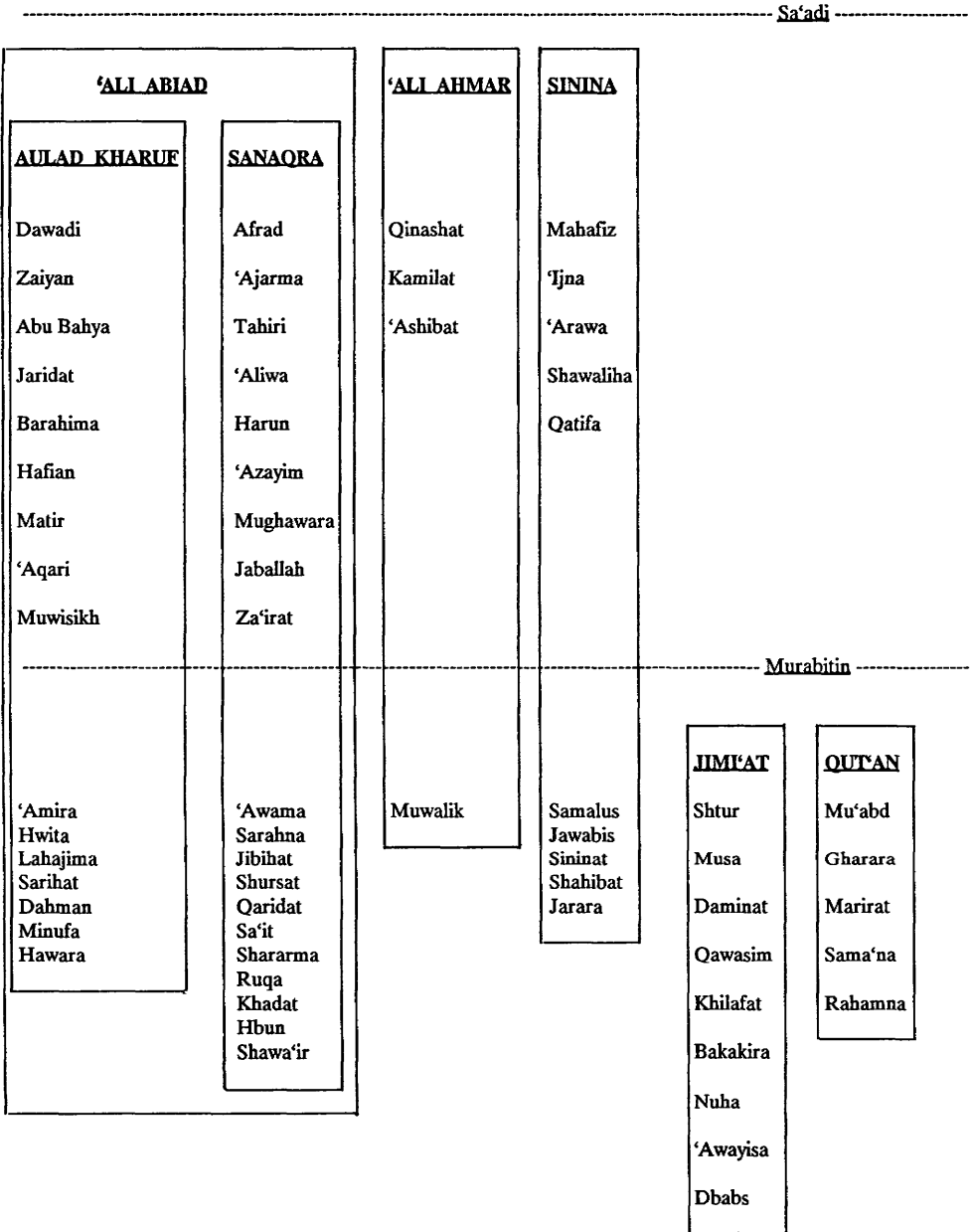
- 1) Ihre allgemeine Funktion besteht darin, die verwandtschaftlichen Beziehungen von Individuen und Gruppen auszudrücken.
- 2) Ihre speziellere Funktion besteht darin, die Stellung einer Gruppe innerhalb der tribalen Statushierarchie festzuschreiben, die sie nach Meinung ihrer Mitglieder und in den Augen anderer Gruppen hat.
- 3) Genealogien dienen schließlich auch dazu, den beanspruchten Status zu legitimieren.

Der aktuelle Status einer Gruppe äußert sich vor allem in ihrer Verfügung über Weide- und Ackerland. Das bedeutet, daß jede Stammesgruppe, die "de facto" über Landbesitz verfügt, diese Verhältnisse "de jure" dadurch abzusichern sucht, daß sie sich eine "noble" Abstammungsreihe zulegt (vgl. PETERS 1977). Geschichte und Genealogie sind daher für die Aulad 'Ali nicht abgeschlossene Vergangenheit, sondern sie können größte Bedeutung für die Gegenwart haben. Dabei ist es müßig, über die "Richtigkeit" der in Abbildung B-10 aufgeführten genealogischen Gliederung der Aulad 'Ali zu spekulieren, weil eine Überprüfung heute kaum noch möglich ist. Gerade die Widersprüche und Unklarheiten sind sogar das eigentlich Interessante, denn sie zeigen, daß das genealogische Prinzip kein absolut vorgegebenes Strukturmodell der Gesellschaft herstellt, sondern daß es zusätzlich einen wichtigen funktionalen Aspekt hat. Widersprüchliche Meinungen oder "unglaubliche" Abstammungsreihen zeigen, daß hier irgendwann einmal in der mündlichen Überlieferung der Genealogie eine Änderung vorgenommen wurde. Eine solche Änderung geschieht sicherlich nicht ohne Grund: Ich gehe zur Erklärung dieses Phänomens von der Beobachtung aus, daß die Genealogie einer Gruppe in direkter Beziehung zu ihrer sozialen Position und ihrer Funktion in der Stammesgesellschaft steht. Sie ist insofern nicht nur Ausdruck einer historischen Realität, sondern sie ist gleichzeitig ein Instrument zur Festschreibung und Rechtfertigung gegenwärtiger Sozialstrukturen. Genau genommen ist also die Genealogie nicht bereits gleichbedeutend mit der Struktur der Stammesgesellschaft, sondern sie ist sowohl ihre Grundlage als auch ihr Abbild.

Das setzt voraus, daß die Genealogie als Abbild der sich wandelnden Sozialstruktur ebenfalls veränderbar sein muß. Solche "Manipulationen" sind nur dort möglich, wo die Genealo-

Abb. B-10: Gliederung der Aulad 'Ali

AULAD 'ALI



gie der Stammesmitglieder gespeichert und tradiert wird: im Bewußtsein der Menschen, für die das Verwandtschaftsprinzip handlungsrelevant ist. Dabei betreiben sie natürlich keine vorsätzliche Fälschung. Dieser Prozeß ist eher vorstellbar als eine allmähliche Ausbreitung neuer Überzeugungen, die sich durchsetzen, weil sie ihren Trägern besser gefallen und weil sie von anderen akzeptiert werden. Veränderungen der Genealogie und ihre allgemeine Akzeptanz setzen sich langsamer durch als der soziale Wandel. Trotzdem hat sogar die gegenwärtige Entwicklung bereits Auswirkungen in dieser Richtung gehabt. Sie äußern sich besonders bei den traditional niedriger stehenden Stammesgruppen, die sich heute selbst oft höher einstufen als ihnen nach Meinung anderer Stämme zusteht. Genealogische Aufbesserungen lassen sich um so leichter und wirkungsvoller vornehmen, je weiter zurück in der Abstammungsreihe die Verwandtschaftsbeziehungen umkonstruiert werden. Aus diesem Grunde verschwimmen die Ursprünge der Stämme in einem mythischen Nebel, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Stammvater und Namensgeber der Aulad 'Ali ("Söhne des 'Ali") war, der Überlieferung nach, ein 'Ali bin 'Ajar bin Dib, der der Überlieferung nach im 13. Jahrhundert im Gebiet des Jabal Akhdar in Libyen gelebt haben soll (KENNETT 1925: 14). Aus seiner Nachkommenschaft gingen die Hauptstämme der 'Ali Abiad (d.h. "die Weißen"), 'Ali Ahmar (d.h. "die Roten") und Sinina hervor. Zahlenmäßig am stärksten sind die 'Ali Abiad, die in zwei Fraktionen aus jeweils mehreren Teilstämmen gespalten sind. Diese beiden Fraktionen sind, wie in Abbildung B-11 dargestellt, die Aulad Kharuf ("Schafskinder") beziehungsweise Khurfa und die Sanaqra.

Die legendenumwobene Entstehungsgeschichte der Sanaqra sei hier als Beispiel für die genealogischen Ursprünge und ihre mündliche Überlieferung aufgeführt: Urahn der heute vielleicht 15 000 Mitglieder zählenden Sanaqra sei ein Mann namens Sanqir gewesen, der - darin stimmen alle Erzählungen überein - ein Fremder gewesen sei, der eine Tochter des Stammesgründers 'Ali heiratete. Über seine Herkunft und darüber, wie er schließlich die Häuptlingstochter zur Frau nahm, gibt es zahlreiche - teils recht romantische - Varianten. Mal war Sanqir ein Andalusier, den die christliche Reconquista aus Spanien nach Nordafrika vertrieben hatte, mal war er ein ehemaliger Pirat oder gar der einzige Überlebende eines gestrandeten Schiffes. Der letzten Version zufolge, die mir übrigens am häufigsten erzählt wurde, war dieser Sanqir ein Europäer, möglicherweise ein Deutscher ("Singer?") (KENNETT 1925: 34, KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 17).

Ein anderes Beispiel für den legendären Ursprung eines Stammes bieten die Hawara, die heute vor allem im westlichen Vorland von Alexandria, am Westrand des Nildeltas und in Oberägypten leben und überwiegend schon seit mehreren Generationen seßhaft sind. Sie führen ihre lange Abstammungsreihe zurück bis auf Fatima, die Tochter des Propheten. Ihre Urahnen seien mit den Bani Hilal nach Nordafrika gekommen, und

zwei von ihnen seien sogar Sultane von Marokko geworden (KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 141-143).

Die Genealogie der Aulad 'Ali beruht üblicherweise auf Patrilinearität, wobei es jedoch einige interessante Ausnahmen gibt. Die mütterliche Linie der verwandtschaftlichen Zuordnung spielt insbesondere in der Frühzeit der heutigen Stämme eine große Rolle. Da sie oft nicht so eindeutig überliefert ist wie die väterliche Abstammungsreihe, sind hier leichter nachträgliche Änderungen der Genealogie möglich. Zwei Formen der matrilinearen Verbindung eines Teilstammes mit der größeren Einheit sind zu unterscheiden:

- Durch eine (fiktive?) Heiratsverbindung wird der Urahn in den Stamm adoptiert (iktitab). Die Verwandtschaft seiner Nachkommen mit dem Stamm besteht also über die Urahnin. Beispiel: Sanaqra
- Zwei Frauen des gleichen Mannes werden als Urahninnen zweier Stammesfraktionen angesehen. Beispiel: 'Ali Ahmar und 'Ali Abiad

Die matrilineare Abgrenzung der Nachkommen zweier Halbbrüder wird nur dann relevant, wenn sich die patrilineare Einheit spaltet. Das geschieht entweder, wenn die Einheit zu groß wird, oder wenn die beiden Fraktionen in einen Konflikt miteinander geraten (MOHSEN 1971: 34-35). Eine zentrale Bedeutung im Stammbau und folglich auch in der Genealogie der Aulad 'Ali hat die Urahnin Sa'ada, weil sie den "freien" Sa'adi-Stämmen, die ihre Herkunft auf sie zurückführen, zur Abgrenzung von den "abhängigen" Murabitin-Stämmen dient. Hier wird also die patrilineare Abstammung der Aulad 'Ali ("Söhne des 'Ali") durch ein matrilineares Element verstärkt, um eine über die Aulad 'Ali hinausgehende Zweiteilung der ägyptischen und libyschen Stammesgesellschaften in Freie und Abhängige genealogisch festzuschreiben. Die Funktion der Stammesmutter Sa'ada ist dabei die einer "genealogischen Klammer", die Blöcke von Stämmen miteinander verbindet und ihnen die Legitimation für gleichgerichtete Interessen gegenüber den untergeordneten Murabitin gibt. Vor diesem Hintergrund ist es auch einleuchtend, warum die Ursprünge der aktuellen Stammesstruktur so verschwommen und widersprüchlich sind, obwohl doch sonst jeder Beduine seine Ahnenreihe und die anderer Stämme hersagen kann: Widersprüchliche Auffassungen über die Herkunft können Indikatoren für unterschiedliche Interessen sein.

In Anbetracht der oben bereits erwähnten Manipulierbarkeit ist der Anfang von Genealogien immer in gewisser Weise eine Fiktion. Widersprüche und Unklarheiten gibt es vor allem bei der matrilinearen Abstammung. Bezeichnenderweise wird die Stammesmutter Sa'ada von verschiedenen Gruppen an unterschiedlichen Stellen in ihre eigene Genealogie eingeordnet. Auffällig dabei ist, daß der Stamm mit dem höchsten Stand in der Statushierarchie, die 'Ali Abiad, diese Vorfahrin exklusiv für sich beansprucht. Ihr Bruderstamm der 'Ali Ahmar hält sie für die gemeinsame Mutter der beiden 'Ali, und ein Teil der Murabitin

schließlich versetzt sie noch mehrere Generationen zurück, damit auch sie sich noch zu der prestigeträchtigen Verwandtschaft und zu den Sa'adi zählen können. Doch auch bei dieser weiten genealogischen Definition der Sa'ada-Nachkommenschaft bleiben immer noch bestimmte Murabitin-Gruppen von der Zugehörigkeit zu dieser höheren Statusschicht ausgeschlossen. Dazu gehört auch der Stamm der Jami'at, der de facto bereits durch die Kampfgenossenschaft mit den Aulad 'Ali gegen die Hannadi vor 200 Jahren einen freien Status erworben hat. Trotzdem versuchten die Jami'at offensichtlich, auch über die Genealogie mit der (vermutlichen) Fiktion einer matrilinearen Verbindung Anschluß an die Sa'adi zu erhalten: Sie behaupten, ihr Stammvater Jam'a sei mit einer Tochter oder Enkelin Khadija der prestigeträchtigen Sa'ada verheiratet gewesen (KHAIRALLAH FADHL 'ATTWA 1982: 12).

Die hier aufgeführten Überlieferungen mögen als Beispiele ausreichen, um zu illustrieren, wie außerordentlich kompliziert und widersprüchlich die genealogischen Grundlagen des Stammessystems der Aulad 'Ali sind. Die in Abbildung B-11 dargestellten Gliederungen der Stämme sind in diesem Sinne auch nicht als absolut sichere und allgemein akzeptierte Fakten zu verstehen, weil es eine solche bis ins Detail gehende Übereinstimmung bei den mündlich tradierten Genealogien der Beduinen gar nicht gibt. Die hier wiedergegebenen Strukturen sind aus den schriftlichen Aufzählungen eines früheren Führers des Stammes der al-Afrad zusammengestellt (vgl. KHAIRALLAH FADHL 'ATTWA 1982). Die Kommentare von Mitgliedern anderer Stämme zu diesen Aufzählungen reichten von voller Zustimmung bis zu heftigem Protest in Detailfragen. Solche Einzelheiten von Genealogie und Geschichte sind bei den Beduinen beliebte Gesprächsthemen, aber eine ausführliche Darstellung an dieser Stelle würde über den Rahmen der Arbeit und vermutlich auch die Geduld von Nicht-Beduinen hinausgehen. Die abgebildete Stammesgliederung sei also als Beispiel einer weitgehend zutreffenden genealogisch-strukturellen Darstellung verstanden, die aber nicht in jedem Punkt unbestritten ist.

4.3. Funktionale Gliederung

Die Differenzierung von Einheiten der sozialen Organisation in den ethnologischen Kategorien von Stamm, Klan und Lineage ist bei den Aulad 'Ali schwieriger, als dies beim Blick auf das in Abbildung B-10 dargestellte Beispiel der segmentären Untergliederung scheinen mag. Die von den Aulad 'Ali selbst benutzten Bezeichnungen für die gesellschaftlichen Einheiten sind *qabila* (Plural *qaba'il* = Stamm), *'aila* (Plural *'ailat* = wörtlich: Familie; Hocharabisch *'a'ila*, *'a'ilat*) und *hait* (Plural *buyut* = wörtlich: Haus). Es wäre nun naheliegend, für die arabischen Bezeichnungen *'aila* und *hait* einfach Klan und Lineage bzw. Sippe einzusetzen. Doch leider läßt die Komplexität des Stammessystems diese einfache Lösung nicht generell zu. Die drei arabischen Termini sind nämlich im umgangssprachlichen Gebrauch nicht

eindeutig voneinander abgegrenzt. Eine bestimmte soziale Einheit kann mal als qabila, mal als 'aila bezeichnet werden. Zwei Gründe erklären diese scheinbare begriffliche Ungenauigkeit:

- Die soziale Organisation ist stärker differenziert als das für die verschiedenen Organisationsebenen vorhandene Vokabular. Alle Einheiten auf den oberen drei Ebenen des abgebildeten Strukturmusters werden als "qabila" bezeichnet.
- Die von der Stammesstruktur vorgegebenen sozialen Einheiten sind von unterschiedlicher Größe und Bedeutung. Entscheidend ist also nicht nur die strukturelle Position, sondern auch die Funktion eines Verbandes im Kontext der Stammesgesellschaft.

Wegen der komplizierten struktural-funktionalen Bedingungen des Stammessystems werde ich sie im Folgenden in zwei Schritten vorstellen: Im ersten Schritt werden die genealogisch vorgegebenen Untergliederungen und ihre allgemeinen Grundzüge unter Bezug auf ein Beispiel modellhaft dargestellt. Im zweiten Schritt wird dann dieses Modell hinsichtlich seiner Funktionalität überprüft und teilweise modifiziert.

- qabila (Stamm)

Nahezu alle Beduinen im Governorat Marsa Matruh rechnen sich heute zu den "qaba'il Aulad 'Ali". Da sich auch die assoziierten Murabitin, die genau genommen gar nicht mit den Sa'adi/Aulad 'Ali verwandt sind, in dieses Stammessystem einordnen, kann der Name des dominanten Bevölkerungsteils durchaus für die gesamte Stammesbevölkerung verwendet werden. Ich schließe mich deshalb von hier ab dem Sprachgebrauch der Beduinen an und werde im Folgenden, wenn eine Unterscheidung der beiden genealogisch verschiedenen Bevölkerungsteile nötig sein sollte, von Sa'adi und Murabitin sprechen. Diese beiden Hälften der Bevölkerung dürften zahlenmäßig etwa gleich groß sein. Sie unterscheiden sich jedoch bis heute in ihrer internen Gliederung und vor allem in ihrem Status. Trotz ihrer genealogischen und statusmäßigen Unterschiede gehören die beiden Bevölkerungsteile funktional zusammen, wie noch zu zeigen sein wird. Die strukturelle Verbindung zwischen ihnen geschieht auf Ebene des Stammes. Jeder Stamm der Aulad 'Ali besteht demnach aus seinen ursprünglichen Sa'adi-Segmenten und zusätzlich einer Reihe von Murabitin-Gruppen, die nachträglich in den Verband inkorporiert wurden.

Das Stammessystem der Aulad 'Ali umfaßt fünf Hauptstämme. Drei von ihnen, die 'Ali Abiad, 'Ali Ahmar und Sinina, gehören zu den Sa'adi. Sie sind also über eine gemeinsame Genealogie miteinander verbunden. Der größte von ihnen, 'Ali Abiad, ist in zwei Fraktionen gespalten. Die beiden unabhängigen Murabitin-Hauptstämme sind nicht miteinander verwandt. Jeder Hauptstamm ist untergliedert in mehrere separate Stämme. Die Mitglieder eines Stammes betrachten sich in weitestem Sinne als Verwandte, weil sie von einem gemeinsamen Vorfahren abstammen, der vor mehr als acht Generationen lebte und in den meisten

Fällen dem Stamm auch seinen Namen gab. Trotz dieses vagen Gefühls der Zusammengehörigkeit ist die Mitgliedschaft in einem Stamm heute mit keinen konkreten Rechten oder Pflichten verbunden, genauso wie es auf dieser Ebene keine zentrale Führung oder eine einheitliche Orientierung des Handelns gibt. Das war früher, vor Beginn des rezenten Wandels, unter bestimmten Bedingungen anders, wie noch zu zeigen sein wird. An dieser Stelle sei nur vorab vermerkt, daß der Stamm in den letzten Jahrzehnten einen signifikanten Bedeutungsverlust erlebte, während seine Untereinheiten nach wie vor funktionstüchtig sind.

- 'aila (Klan)

Die soziale Einheit unterhalb des Stammes wird von den Beduinen in Marsa Matruh 'aila genannt. Nach der üblichen ethnologischen Klassifizierung entspricht sie dem Klan, wobei es jedoch in den vorliegenden ethnologischen Studien über die Aulad 'Ali (insbesondere BUJRA 1967, PETERS 1967, MOHSEN 1971) unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, ob die 'aila tatsächlich als Klan bezeichnet werden kann oder ob sie auf einer niedrigeren strukturellen Ebene (Lineage) einzuordnen sei. Dies ist nicht nur eine Frage der Terminologie, sondern primär der funktionalen Differenzierung der identifizierten strukturellen Ebenen. Nach ethnologischen Gesichtspunkten stellt deshalb die von mir hier vorgenommene Gleichsetzung von 'aila und Klan eine Vereinfachung strukturaler Verhältnisse dar, die in Wirklichkeit wesentlich komplizierter sein können. Im Kontext dieser Arbeit halte ich eine solche Vereinfachung jedoch für legitim, weil erstens die 'aila hier primär als funktionale Einheit von Interesse ist, und weil sie zweitens von den Beduinen auch in genau diesem Sinne definiert wird. Das führt dazu, daß Verwandtschaftsgruppen von unterschiedlicher Größe und strukturaler Position im Stamm hinsichtlich ihrer Funktion als Klan anzusprechen sind. Der Klan geht in patrilinearer Abstammung auf einen gemeinsamen Vorfahren zurück, nach dem er in der Regel auch benannt ist. Er umfaßt eine Tiefe von fünf bis sieben Generationen und kann dementsprechend etwa 200 bis 1 000 Mitglieder haben. Diese Menschen sind sich nicht nur verwandtschaftlich eng verbunden, sondern sie bilden auch, anders als der Stamm, eine feste Solidargemeinschaft. Im Stammessystem der Aulad 'Ali ist die 'aila deshalb für das soziale Leben der Menschen die wichtigste Einheit, deren Zusammenhalt durch eine Reihe von Faktoren bewirkt wird:

- Die 'aila verfügt, im Gegensatz zum Stamm, meist über ein geschlossenes Territorium (*watan*), an dessen Nutzung alle Mitglieder partizipieren. Sie bildet heute, nach der Selbsthaftwerdung, innerhalb ihres Territoriums eine geschlossene Siedlungsgemeinschaft.
- Die 'aila hat einen Führer in Person des 'aqla, der die Anliegen seiner Gruppe und ihrer Mitglieder gegenüber anderen Gruppen vertritt und nach innen als Schlichter bei internen Auseinandersetzungen fungiert.

- Der 'aqla wird durch Konsens der Mitglieder einer 'aila bestimmt, die sich ihm gegenüber in Ausübung seiner Funktion loyal verhalten. Diese interne Konsensfähigkeit und Loyalität beruht auf intensiven sozialen Kontakten unter den Mitgliedern und zwischen ihnen und dem 'aqla.
- Das Brautgeld bei Heiratsverbindungen innerhalb der 'aila ist jeweils ein durch Konvention festgelegter Betrag, der generell niedriger ist als bei auswärtigen Eheschließungen.
- Die Namen aller männlichen Mitglieder, die älter als etwa 15 Jahre sind (sa'im = "Fastender"), werden neuerdings oft in Listen schriftlich festgehalten, weil die Zugehörigkeit auch mit Pflichten verbunden ist, die manche gerne umgehen würden.
- Zusätzlich wird in manchen Fällen zwischen den Mitgliedern der 'aila auch ein schriftlicher Vertrag geschlossen, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten genau festlegt.
- Die Mitglieder einer 'aila haben kollektive Verantwortung im Falle von Blutfehden (thar) mit anderen Gruppen. Wenn einer von ihnen einen Mord begangen hat, kann jeder seiner erwachsenen männlichen Verwandten Opfer der Blutrache werden. Die Verwandtschaftsgruppe tritt also in Konflikten mit anderen Gruppen als Kollektiv auf, in dem jedes Mitglied für die anderen haftet und für sie einstehen muß.
- Wegen dieser gemeinschaftlichen Bedrohung durch die Blutrache besteht unter den Mitgliedern der 'aila nicht nur eine Interessenkonkordanz im sozialen und ökonomischen Bereich, wie in den vorher genannten Faktoren des Zusammenhalts angesprochen, sondern zusätzlich eine von außen erzwungene Solidarität im Konflikt mit anderen Gruppen.
- Kollektive Verantwortung und erzwungene Solidarität äußern sich darin, daß in Fällen von Mord oder Körperverletzung alle erwachsenen Männer aus der 'aila des Täters zur Vermeidung von Blutrache für die Zahlung des Blutgeldes (diya) aufkommen müssen. Umgekehrt haben nach traditionalem Gewohnheitsrecht alle Verwandten eines Ermordeten Anspruch auf einen Anteil dieses Geldes.

- bait (Lineage)

Die kleinste organisatorische Einheit oberhalb der Familie ist ein bait. Es umfaßt bei einer genealogischen Tiefe von drei bis vier Generationen mehrere Großfamilien mit insgesamt etwa 20 bis 200 Menschen. In der Regel besteht es aus mehreren Brüdern mit ihren Frauen, Kindern und Enkeln. Wegen der verwandtschaftlichen Nähe beruht die Solidarität zwischen ihnen und damit auch der Zusammenhalt des bait primär auf den direkten sozialen Bindungen. Die Kohäsion innerhalb des bait wird durch folgende Faktoren verstärkt:

- Das Ideal der Cousinenheirat (hint al-'amm = Tochter des Vater-Bruders) bezieht sich auf das gesamte bait. Endogamie innerhalb dieser Einheit wird dadurch verstärkt, daß Mädchen nur dann nach außen verheiratet werden dürfen, wenn sie kein Mann inner-

- halb des hait heiraten will. Endogamie wird außerdem durch niedriges Brautgeld gefördert.
- Das hait ist bei nomadischen Viehhaltern die kleinste Wander- und Lagergemeinschaft. Bei den inzwischen sesshaft gewordenen Beduinen leben die Familien einer solchen Verwandtschaftsgruppe in einer Siedlungsgemeinschaft zusammen. Ihre Häuser stehen nicht unbedingt gehöftförmig an einem Ort, aber doch in der Regel in Rufweite.
 - Solidarität und gegenseitige Verpflichtungen innerhalb des hait sind so hoch, daß es als eine Wirtschaftsgemeinschaft mit interner Arbeitsteilung und in bestimmten Bereichen auch gemeinsamer ökonomischer Haushaltsführung bezeichnet werden kann.
 - Das hait hat, wie die 'aila, einen durch Konsens bestimmten Führer 'aqla al-hait, der auf dieser unteren Ebene die entsprechenden Funktionen als Schlichter und Ratgeber für seine Verwandten ausübt.
 - Bei Straftaten, die keine Blutfehde nach sich ziehen können, muß nach dem Gewohnheitsrecht das hait für die zu zahlenden Entschädigungen aufkommen.

qabila, 'aila und hait sind die Einheiten, aus denen das Stammbssystem der Aulad 'Ali in hierarchischer Staffelung aufgebaut ist. Ihre funktionalen Eigenschaften lassen sich dahingehend verallgemeinern, daß in der pyramidenförmigen Stammesstruktur Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder von unten nach oben abnehmen. Hier komme ich jetzt zum zweiten Schritt der Darstellung der Stammesgliederung. Die bisherigen Ausführungen bezogen sich nämlich auf eine modellhafte Verallgemeinerung der Struktureinheiten und ihrer Funktionen, die nicht generell für alle Gruppen und Situationen zutrifft. Bei Betrachtung der internen Stammesgliederungen zeigt sich, daß auf genealogisch gleichrangiger Stufe oft unterschiedlich große Gruppen nebeneinander stehen können. Dazu kommt es, wenn aus einer Brüdergeneration unterschiedlich große Nachkommenschaften hervorgehen, so daß die kleinen Teilgruppen, die auf den gemeinsamen Urahn zurückgehen, noch als hait, die anderen aber bereits als 'aila, bestehend aus mehreren buyut einzustufen sind. Eines von vielen Beispielen dafür ist der Stamm der Abu Hindi aus dem Hauptstamm der 'Ali Abiad. Er teilt sich in acht Einheiten, von denen drei als 'aila und fünf als hait bezeichnet werden. Diese Einheiten unterscheiden sich in ihrer Größe, so daß die Erklärung naheliegt, daß die von den Aulad 'Ali selbst benutzten Bezeichnungen für Einheiten im Stammbssystem einen primär **funktionalen** Charakter haben.

Die 'aila ist also eine struktural festgelegte und funktional abgegrenzte Einheit innerhalb des genealogisch aufgebauten Stammbssystems. In der modellhaften Darstellung des ersten argumentativen Schrittes wurde impliziert, daß die strukturale und die funktionale Abgrenzung der 'aila deckungsgleich seien. Diese verallgemeinerte Vorstellung ist jedoch nicht generell zutreffend. Man muß im Gegenteil davon ausgehen, daß sich die verwandtschaftlich-struktural definierten Segmente des Stammbssystems ständig im Fluß befinden. Im historischen "Zeitraffer" betrachtet offenbart sich ihre Veränderbarkeit: Sie teilen sich, oder sie

lösen sich randlich durch Absonderung einzelner Fraktionen auf, oder sie steigen durch natürliches Wachstum in die nächsthöhere Strukturebene auf und übernehmen dabei neue Funktionen. Die strukturell bedingte Zusammengehörigkeit der Mitglieder einer 'aila kann deshalb angesichts der Wachstumsdynamik der Stammesgesellschaft nicht auf Dauer als Abgrenzungskriterium der Gruppe ausreichen. Welcher Faktor bewirkt dann aber den engen Zusammenhalt der Menschen in der Solidargemeinschaft?

An dieser Stelle sei an die Ausgangsthese erinnert, mit der Entstehung und Erhalt des StamMESSystems erklärt werden sollten: Der latente Spannungszustand zwischen den Stammesgruppen erzwingt eine deutliche Abgrenzung (Feindfront) und gegenseitige Solidarität innerhalb der Gruppen. Diese These erklärt auch, warum bei der Definition der 'aila so viele Unklarheiten bestehen: Sie fungiert nämlich nur dann als geschlossene Solidargemeinschaft, wenn auch der äußere Zwang dazu vorhanden ist, d.h. wenn alle Mitglieder gemeinsam bedroht sind, gemeinsame Interessen gegen andere Gruppen vertreten oder zu gemeinsamem Handeln gefordert werden. Nur im Konfliktfall ist die Solidargemeinschaft aktiv und damit überhaupt als solche existent. Nur in dieser Situation zeigt sich deshalb auch, welche nominalen Mitglieder tatsächlich als "Aktive" dazugehören und bereit sind, für die Gemeinschaft Opfer zu bringen.

Das im ersten Schritt dargestellte Modell der soziostrukturellen Einheiten entspricht weitgehend dem Ideal, das die Aulad 'Ali selbst vom Aufbau ihrer Gesellschaft haben. An diesem Ideal orientieren sie ihr Verhalten im "normalen Alltag", das heißt sie betrachten einen anderen Beduinen je nach dessen Stammes- und Klanzugehörigkeit als näher oder entfernter verwandt oder auch als statusmäßig höher- oder niedrigerstehend. Nach diesem Ideal richten sich Heiratsverbindungen und soziale Kontakte, aber darüber hinaus bewirkt es keine absolut eindeutige Unterscheidung von Gruppenmitgliedern und Fremden. Darin liegt die Ursache für die oftmals so verwirrend und widersprüchlich erscheinenden Darstellungen des Stammesaufbaus, die von den Beduinen gegeben werden. Die eindeutige Zuordnung der Menschen zu einer Solidargemeinschaft kann sich nur bestätigen, wenn wirklich Solidarität praktiziert werden muß, also im **Konflikt**.

Bei jedem Zwischenfall, der zu Spannungen zwischen Individuen aus zwei Gruppen führt, stehen sich sofort deren Mitglieder in klarer Parteinahme gegenüber. Damit bestätigen sie sich untereinander sowohl ihrer aktuellen Abgrenzung nach außen, als auch ihres inneren Zusammenhalts. Solidarität ist eine Pflicht, die mit Opfern verbunden sein kann. Diese Opferbereitschaft, beispielsweise durch Beteiligung an Blutgeldzahlungen, setzt eine starke Bindung an die Gruppe voraus. Deshalb können Spannungssituationen genauso zum Auseinanderbrechen von Solidargemeinschaften führen, wenn sich Teilgruppen nicht mehr an den verlangten Leistungen beteiligen wollen (vgl. MOHSEN 1971: 44, 55, 61 ff.).

4.4. Murabitin und Sa'adi

Das wohl auffälligste Merkmal des Stammbausystems der Aulad 'Ali ist seine Zusammensetzung aus zwei unterschiedlichen Herkunftsgruppen (vgl. Abb. B-10). Auf die historischen Hintergründe der Überlagerung der Murabitin durch die einwandernden Sa'adi-Stämme wurde bereits hingewiesen (s. B-4.3.). Die Murabitin (wörtlich: die "Gebundenen") wurden dabei als Abhängige in die Stämme der Sa'adi/Aulad 'Ali "eingebunden". Im Gegensatz zu den Sa'adi, die ihre Genealogie bis zu einer gemeinsamen Urahnin zurückführen, gehören die meisten Murabitin zu insgesamt etwa 40 kleineren Verwandtschaftsverbänden ohne übergreifende genealogische Verbindungen. Sie besitzen über den Klan hinaus kein Zusammengehörigkeitsgefühl. Nur fünf oder sechs der Murabitin-Verbände haben mehr als 1 000 Mitglieder (BUJRA 1967: 37), während die anderen der insgesamt etwa 40 Gruppen nicht viel mehr als 500 Mitglieder zählen dürften. Diese kleinen Verbände wurden als Klans den dominanten Sa'adi/Aulad 'Ali-Stämmen in einer untergeordneten Position assoziiert, so daß das Stammbausystem der Aulad 'Ali in zwei Richtungen gegliedert ist: In vertikaler Fraktionierung verläuft die Gliederung in die tribalen Segmente und quer dazu die "horizontale" Unterteilung in zwei übereinander gelagerte Schichten. Das Verhältnis zwischen Sa'adi und Murabitin ist jedoch etwas komplizierter als es nach diesem Schicht-Modell scheinen mag. Die verschiedenen Murabitin-Klans sind nämlich nicht alle in gleicher Weise abhängig. Ihre Position in der Status-Hierarchie ist ein Resultat ihrer jeweiligen Größe und Selbstvertretungskraft, so daß innerhalb dieser untergeordneten Schicht verschiedene Ebenen zu unterscheiden sind. Indikatoren für ihren Status sind einmal die Rechte, die sie relativ zu den Sa'adi für sich in Anspruch nehmen können, und zum zweiten die strukturell-genealogische Anbindung an die Sa'adi:

- Murabitin mustaqillin

Zwei Hauptstämme gehören ihrer Herkunft nach zu den Murabitin, konnten aber inzwischen den Status von Unabhängigen (Mustaqill) erwerben. Der Hauptstamm der Jimi'at hat diesen Status bereits seit zwei Jahrhunderten inne, weil er wohl schon damals zu stark war, um einfach von den Sa'adi/Aulad 'Ali geschluckt zu werden (s. B-4.3.). Die Unabhängigkeit des zweiten Murabitin-Hauptstammes der Qut'an dagegen ist erst jüngeren Datums: Er besteht aus fünf einzelnen Stämmen, von denen früher drei als Klans den 'Ali Ahmar und jeweils einer den 'Ali Abiad und Sinina assoziiert waren. Aufgrund ihrer Größe gelang es den Qut'an, sich allmählich aus dem Klientelverhältnis zu lösen. Offensichtlich war den drei Sa'adi-Hauptstämmen von vornherein eine Kontrolle der Qut'an nur durch eine Aufteilung in separate Klans möglich gewesen. Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts schlossen sich diese fünf Klans deshalb wieder zusammen und sagten sich offiziell von ihrer Verbindung zu den Sa'adi-Hauptstämmen los. Seitdem werden sie in Streitfällen als eigenverantwortlich behandelt, und sie fühlen sich wie die Jimi'at als den Sa'adi gleichrangig und gleichberechtigt (KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 131-132).

Tatsächlich sind die Murabitin Mustaqillin den Sa'adi jedoch weder rang- noch rechtmäßig gleichgestellt, auch wenn die Unterschiede heute nicht mehr sehr groß sind. Der entscheidende Unterschied, der auch diese beiden unabhängigen Hauptstämme noch als Murabitin kennzeichnet, offenbart sich in Konfliktfällen: Im gewohnheitsrechtlichen Verfahren zur Konfliktlösung zwischen zwei Klans wird jeweils ein dritter Klan als Schlichter hinzugezogen. Diese prestigeträchtige Funktion wird de facto ausschließlich von Sa'adi-Klans ausgeübt. Das bedeutet, daß sich auch die unabhängigen Murabitin-Klans bei Blutfehden oder anderen Streitigkeiten an die Sa'adi wenden müssen. Bezeichnenderweise verfügen einige Klans der unabhängigen Murabitin inzwischen theoretisch über das Recht, als Schlichter zu fungieren. Faktisch ist davon aber nach meinen Informationen noch niemals Gebrauch gemacht worden. Die gewohnheitsrechtlichen Gründe dafür werden im nächsten Kapitel darzustellen sein.

- Murabitin bil-baraka

Einige Murabitin-Klans bezeichnen sich selbst als sharif (Plural ashraf), also als Nachkommen der Familie des Propheten. Sie haben den Ruf besonderer Frömmigkeit und Gottesfürchtigkeit (war'). Sie verfügen deshalb auch über einen besonderen göttlichen Segen (baraka) und werden deshalb als Murabitin bil-baraka bezeichnet. Ihre besondere spirituelle Eigenschaft prädestinierte sie früher für bestimmte religiöse Funktionen in der Stammesgesellschaft. (KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 110). Der Klan der Jarara beispielsweise, der zu den Murabitin bil-baraka gehört, entsandte bis vor etwa 20 Jahren regelmäßig Vertreter zu den tribalen Schlichtungsverhandlungen, die durch ihre religiöse Autorität den Vereinbarungen zusätzliche Festigkeit geben sollten. Nur am Rande bemerkt sei hier, daß die Murabitin bil-baraka als Institution innerhalb des traditionellen Stammessystems eindeutig auf Verbindungen zum Maghreb hinweisen. Die dortigen Marabouts sind ihnen in Funktion und struktureller Position innerhalb der tribalen Organisation sehr ähnlich (vgl. GELLNER 1969):

"Throughout a large belt of territory stretching from the Western Desert of Egypt to modern Mauritania, one finds a curious tribal division of labour, in which Arab tribesmen are the men of the sword, whilst tribes of Berber speech or ancestry are the religious specialists" (GELLNER 1981: 223).

- Murabitin bis-Sadaqa

Alle anderen Murabitin-Klans, die weder einen unabhängigen noch einen besonderen religiösen Status haben, gehören zu den Murabitin bis-Sadaqa. Diese Gruppen waren früher als Abhängige zur Zahlung von Tributen (sadaqa) an die sie beschützenden Sa'adi-Stämme verpflichtet. Die Höhe der Tributzahlungen läßt sich heute nicht mehr genau feststellen. Ich halte es jedoch für wahrscheinlich, daß sie nicht besonders hoch waren, denn die sozioökonomische Differenzierung der beiden Schichten der Stammesbevölkerung ist heute nicht so

ausgeprägt wie sie es nach einem jahrhundertelangen einseitigen Ressourcentransfer wohl sein müßte. Außerdem ist anzunehmen, daß der sowohl von den Sa'adi als auch von den Murabitin erwirtschaftete Überschuß unter vorkapitalistischen Verhältnissen so gering war, daß über das Niveau der Existenzhaltung hinaus nicht viel für Tributzahlungen übrig blieb. Heute werden keine Abgaben mehr geleistet. Zu den Murabitin bis-Sadaqa gehören nicht nur die berberischen "Ureinwohner" der Küstenregion, sondern auch versprengte Teilgruppen anderer großer Hauptstämme aus verschiedenen Gebieten Nordostafrikas. Möglicherweise mußten diese fremden Stammesfragmente ihren früheren Lebensbereich verlassen und sich unter den Schutz der Aulad 'Ali stellen, weil sie innerhalb ihres eigenen Stammes in eine Blutfehde verstrickt waren. Das dritte Element unter den ehemals abgabenpflichtigen Gruppen schließlich stellen ehemalige Fellachen aus dem Nildelta, die sich einzeln oder familienweise zu den Aulad 'Ali geflüchtet hatten, um dem Armeedienst zu entgehen, von dem die Beduinen bis vor 30 Jahren befreit waren (MOHSEN 1971: 52).

Die Murabitin bis-Sadaqa waren unter traditionellen Bedingungen, also bis Anfang dieses Jahrhunderts, für ihre Sa'adi-Herren in mehrfacher Hinsicht nützlich:

- Sie mehrten das Vermögen der Sa'adi durch die Tributzahlungen.
- Sie trugen zur zahlenmäßigen Vergrößerung des Sa'adi-Stammes bei, an den sie assoziiert waren.
- Sie waren eine Quelle für Prestige und Stärke ihrer Beschützer.
- Sie konnten mit ihren Herden in besonders trockenen Jahren aus dem Weideland der dominanten Sa'adi-Klans fortgeschickt werden. Auf diese Weise konnten die Sa'adi-Verbände auch in Dürrezeiten zusammenbleiben und ihr Vieh behalten, während der Schaden der Niederschlagsvariabilität weitgehend auf die Murabitin abgewälzt wurde.

Ein Kriterium zur Differenzierung der Murabitin und der gesamten Stammesgesellschaft sind Statusunterschiede. Innerhalb der Stammesgesellschaft sind die Murabitin von den Sa'adi im wesentlichen durch drei Faktoren abgegrenzt:

- Die Funktion des Schlichters als Grundlage für den Ehrenstatus ist de facto den Sa'adi vorbehalten.
- Die Verheiratung einer Sa'adi-Braut an einen Murabitin-Mann wird als "schlechte Partie" betrachtet.
- Für Murabitin werden nur zwei Drittel des für Sa'adi üblichen Blutgeldes veranschlagt.

Die Murabitin halten auch untereinander eine ausgeprägte Stushierarchie, wie aus den Äußerungen einiger Informanden hervorgeht: Die mit der baraka gesegneten Gruppen fühlen sich, zumindest was Religiosität und Gottgefälligkeit angeht, über die anderen Beduinen erhaben. Erst recht aber legen sie Wert darauf, sich von den "normalen" Murabitin abzuheben, die sie zumindest verbal als "zibl" ("Mist") deklassieren. Im traditionellen Stammsystem,

das als Folge des rezenten Wandels nicht mehr in dieser Form besteht, hatten die Murabitin nicht nur eine untergeordnete strukturelle Position inne, sondern sie erfüllten im Zusammenhang damit spezifische Funktionen für das Gesamtsystem:

- Die Tributzahlungen, auch wenn sie nicht besonders hoch gewesen sein mögen, sorgten für einen ständigen Transfer von Kapital in Form von Vieh hin zu den mächtigen Sa'adi-Gruppen. Die Murabitin hatten also eine ökonomische Funktion für die dominante Stammeschicht und unterstützten dadurch deren Dominanz.
- In dieser Hinsicht war für die Sa'adi die Verfügung über Murabitin-Gruppen genauso eine Wirtschaftsgrundlage wie die Verfügung über Vieh, Weide und Wasserstellen.
- Die Konflikte zwischen den Sa'adi-Stämmen können teilweise als Folge der Konkurrenz um die Verfügung über Murabitin-Gruppen interpretiert werden.
- Die untergeordnete strukturelle Position der Murabitin trug auf diese Weise zur Aufrechterhaltung des internen Spannungszustands und damit zur Kontinuität des inneren Zusammenhalts der Sa'adi-Gruppen bei.
- Bei der Anpassung an die wechselhaften klimatischen Bedingungen der Küstenregion bildeten die Murabitin für die Sa'adi eine Art "Dispositionsmasse", die leicht hin und her geschoben werden konnte. In Trockenjahren hatte die 'aila, der die Nutzungsrechte eines Territoriums gehörten, die Möglichkeit, ihre Murabitin von ihrem Land fortzuschicken, um damit das eigene Überleben zu sichern.

Der zuletzt genannte Aspekt der ökologischen Anpassung zeigt sich nicht nur in der Zusammensetzung der Stämme, sondern auch in ihrer räumlichen Verteilung.

4.5. Räumliche Verteilung der Stammesgruppen

Die Karte der Verteilung der Stammesterritorien (Abbildung B-11) wurde auf Grundlage verschiedener Informationsquellen erstellt:

- Verzeichnisse der Zisternen und ihrer Eigentümer-Klans, die von den lokalen Behörden angelegt wurden.- Karte 1 : 100 000 mit Lage der Zisternen,
- Befragungen von Stammesangehörigen und Behördenvertretern,
- eigene Erhebungen im Gelände.

Die Karte zeigt zwei auffällige Grundmuster: Erstens bewirken Ausdehnung und Verteilung der Territorien eine relativ kleinräumige Kammerung des Küstenstreifens. Zweitens zeigt sich eine scheinbar unsystematische Zerstreung der Teilgruppen der einzelnen Stämme. Diese

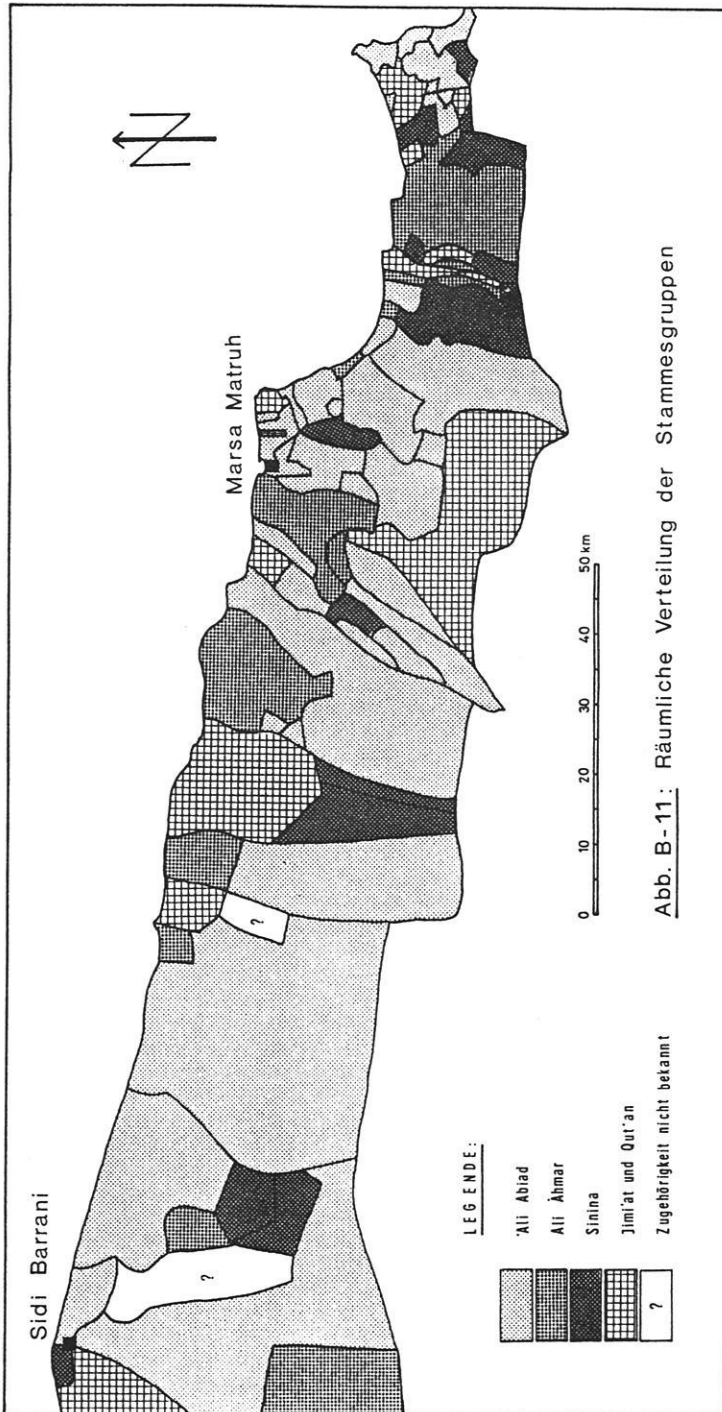


Abb. B-11: Räumliche Verteilung der Stammesgruppen

auf den ersten Blick verwirrende räumliche Zersplitterung der sozialen Einheiten ist, bei näherer Betrachtung, auf die spezielle Beschaffenheit des StamMESSystems und des Lebensraumes der Aulad 'Ali zurückzuführen.

Im Prinzip ist das Mosaik der Stammesverteilung folgendermaßen zu erklären: Jeder Stamm hat seine Teiltterritorien über die gesamte Länge des Küstenstreifens verstreut. In jedem Teiltterritorium sitzt eine 'aila des Stammes, in kleineren Gebieten auch nur ein bait. Diese räumliche Streuung bietet unter den gegebenen ökologischen Bedingungen der Region zwei offensichtliche Vorteile: Erstens bedeutet sie für den gesamten Stamm eine Risikominderung, denn wenn die ungleichmäßige Niederschlagsverteilung in der Küstenzone dazu führt, daß die meisten Sektoren entlang der Küste zu wenig Niederschläge erhalten, können die Stammesmitglieder aus diesen Gebieten mit ihrem Vieh zu einem Klan ziehen, der noch über bessere Weidemöglichkeiten verfügt. Zweitens führt die Aufreihung isolierter Teiltterritorien entlang des Küstenstreifens dazu, daß die zu einem Stamm gehörenden Teilgruppen auf dem Weg zum Niltal in regelmäßigen Abständen bei Verwandten Unterschlupf und Schutz finden können. Wanderungen zum Niltal wurden früher episodisch in Trockenjahren und regelmäßig auch zur Viehvermarktung unternommen.

Die Frage ist nun, wie es zu dem dispersen Verteilungsmuster gekommen sein mag. Da weder schriftliche noch mündliche Überlieferungen diesen Prozeß dokumentieren, muß eine Erklärung aus den bekannten Grundlagen des traditionellen StamMESSystems abzuleiten versucht werden. Die Mitglieder einer 'aila verfügen demnach gemeinsam über die Nutzungsrechte an der Weide innerhalb ihres Territoriums (watan). Das Gewohnheitsrecht legt aber fest, daß sich lediglich Zisternen und Ackerflächen tatsächlich im exklusiven Besitz Einzelner beziehungsweise der gesamten 'aila befinden. Das Nutzungsrecht der Weide hat nicht die Form eines exklusiven Besitzes, weil durchziehenden Gruppen ebenfalls die Beweidung gestattet werden muß. Benachbarte Klans gestatten sich auf Gegenseitigkeit die Weidenutzung in ihren Territorien, deren Grenzen im Weideland selbst oft nicht eindeutig markiert sind. Das bedeutet, daß das Territorium der 'aila im Prinzip aus einem Kernbereich besteht, in dem sich Zisternen und Ackerland befinden, und einem äußeren Weidegürtel (Abb. B-12). Der Kernbereich wird ausschließlich von den Mitgliedern der 'aila genutzt und ist deshalb auch genau zu lokalisieren, während die Abgrenzung des Weidegürtels letztlich auf der Übereinkunft und gegenseitigen Akzeptanz der Nachbarn beruht.

Die Entstehung dieser Territorien ist aus der traditionellen nomadischen Weidewirtschaft der Aulad 'Ali erklärbar: Das pulsierende Regional-Mobilitätsverhalten (vgl. SCHOLZ 1974) bestand aus einem Ausschwärmen in die weitläufige Zone der Winterweide und einer sommerlichen Konzentration der Stammesgruppen in der Küstenzone. Eine Abgrenzung von Territorien war nur in der Küstenzone selbst erforderlich, da nur hier Ackerbau betrieben werden konnte, und da die Sommerweide den Enpaß in der Futtermittellieferung darstellte.

Im Winterweidegebiet befanden sich lediglich die Zisternen in festem Besitz, aber nicht das Land.

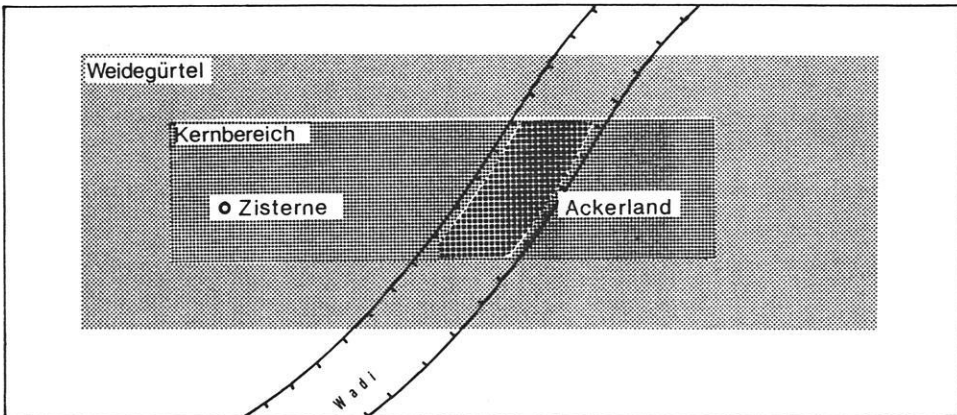


Abb. B-12: Schematische Darstellung eines Klan-Territoriums

Es ist naheliegend, daß bei der Aneignung von Weide- und Ackerland die Sa'adi-Klans wegen ihrer überlegenen Stellung im StamMESSsystem Zugriff auf die ökologisch günstigeren Gebiete der Küstennzone hatten. Die strukturelle Differenzierung der Stammesgesellschaft zeigt sich deshalb heute in der territorialen Verteilung: Die Sa'adi verfügen zum größeren Teil über Land in Küstennähe und im Bereich der besser mit Wasser und Weidepotential versorgten Gebiete bei Marsa Matruh und Sidi Barrani, während der Anteil der Murabitin in Richtung zur Wüste und in den trockeneren Küstenabschnitten größer ist.

Schließlich gibt die Kartierung der Territorien auch noch einen, wenn auch mit Vorsicht zu genießenden, Hinweis darauf, wann die heute zu beobachtenden Grenzen zwischen diesen Gebieten festgelegt wurden. Wie ich oben bereits bemerkte, bestand unter den Bedingungen der mobilen Weidewirtschaft gar keine Notwendigkeit, den äußeren Weidegürtel des Klanterritoriums gegen den Nachbarklan genau zu markieren. Deshalb ist es auch nicht überraschend, daß verhältnismäßig selten natürliche Geländemerkmale wie Wadis oder Schichtstufen zu Grenzmarkierungen wurden. Wadis, die als Ackerflächen geeignet sind, liegen häufig eher im Kernbereich des Territoriums. Auffällig aber ist, daß häufig die Anfang des Jahrhunderts angelegten Verkehrslinien der Eisenbahn und der Straße als Begrenzungen dienen. Das läßt nur den Schluß zu, daß die endgültige Festlegung der Territorien erst nach dem Ausbau der Infrastruktur erfolgte. Diese Fixierung, so läßt sich weiterhin vermuten, fand nicht zufällig nach diesen staatlichen Baumaßnahmen statt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die "Einfrierung" der früher in ihren Randbereichen elastischen Stammes Territorien in direktem Zusammenhang mit staatlichen Eingriffen und mit der Seßhaftwerdung der Aulad 'Ali stand. Diese Vermutung wird bei der Diskussion der staatlichen Entwicklung und des sozialen Wandels zu prüfen sein.

Abschließend sei hier noch einmal die Ausgangsthese aufgegriffen, die der Analyse des traditionellen StamMESSsystems zugrunde lag: Wenn tatsächlich, wie von mir behauptet, der latente Spannungszustand zwischen den tribalen Teilgruppen ein konstitutives Element des

sene Einheiten in großen, zusammenhängenden Gebieten voneinander abgrenzen und voreinander schützen. Ist ihr disperses Verbreitungsmuster nicht ein Gegenargument zu meiner These?

Meines Erachtens ist das räumliche Verbreitungsmuster ein starkes Argument für die These. In funktionaler Hinsicht ist nämlich bei den Aulad 'Ali nicht der Stamm die entscheidende Einheit, sondern die 'aila. Auf dieser "mittleren" strukturellen Ebene hat das Prinzip der gemeinsamen Feindfront die höchste Handlungsrelevanz. Hier, in der Mitte zwischen den Ebenen der Familie und des Stammes, erreicht gewissermaßen die Summe dispersiver und kohäsiver Kräfte im Stammbesystem ihr Maximum. Die aus ökologischen Gründen sinnvolle Zerstreung der Stämme in ihren Teilgruppen bewirkt einen ständigen Kontakt zwischen Klans aus verschiedenen Stämmen. Jede 'aila ist in ihrem Territorium von potentiellen Feinden umgeben, jede kleine Streitigkeit an der Grenze kann zu einem Konflikt zwischen Nachbargruppen eskalieren, und jedes Mitglied wird durch diese latente äußere Bedrohung permanent und unmittelbar an die Solidargemeinschaft seiner 'aila gebunden. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht, möchte ich noch einmal daran erinnern, daß auch in der Ausgangsthese von latenten Spannungen die Rede war. Tatsächlich gibt es nämlich im Zusammenleben benachbarter 'ailat selten gewaltsame Eskalationen. Sie werden auch heute noch durch die Institutionen und Mechanismen des Stammesrechts kontrolliert.

C. STAATLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS EINGRIFF IN DAS STAMMESSYSTEM

1. DER STAAT ALS ENTWICKLUNGSMOTOR

1.1. Nationale Ebene: Patrimonialismus und bürokratische Entwicklungsgesellschaft

In der theoretischen Konzeption dieser Arbeit wurde davon ausgegangen, daß die Strukturen des peripheren Staates die Rahmenbedingungen für Entwicklungen auf regionaler Ebene bestimmten. In dem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, unter welchen Konstellationen das politische System peripherer Staaten Entwicklungen ermögliche, die an Massenbedürfnissen orientiert seien. Als theoretische Antwort auf diese Frage wurde das Konzept der "bürokratischen Entwicklungsgesellschaft" von ELSENHANS (1977) zitiert. An dieser Stelle soll jetzt versucht werden, die Frage konkret auf Ägypten bezogen zu beantworten. Dazu wäre es erforderlich, zunächst das politische System Ägyptens einer näheren Betrachtung zu unterziehen und es mit dem zitierten Modell der bürokratischen Entwicklungsgesellschaft zu vergleichen. Um jedoch nicht den Rahmen dieser Arbeit zu sprengen muß ich mich darauf beschränken, den für die Beantwortung der Frage wesentlichen Zusammenhang zwischen Herrschaft, Gesellschaft und Entwicklungspolitik im Überblick darzustellen. Grundlage dafür ist eine umfangreiche politikwissenschaftliche Literatur, die eine Reihe von Konzepten zur Erklärung des politischen Systems in Ägypten offeriert. In der folgenden Darstellung möchte ich mich im wesentlichen auf das Konzept des "Neo-Patrimonialismus" beschränken, weil es meines Erachtens eine überzeugende und für die Fragestellung aufschlußreiche Erklärung von Politik und Gesellschaft in Ägypten liefert.

Patrimonialismus ist "...eine personale Herrschaftsform, deren Legitimationsgrundlage traditionale Loyalitäten und materielle Leistungen bilden" (PAWELKA 1985: 24). Die Beziehung zwischen dem Herrscher und der gesellschaftlichen Peripherie ist durch drei Merkmale gekennzeichnet:

- 1) Die Macht ist konzentriert in der Person des Herrschers und einer kleinen Elite, die personal an ihn gebunden ist. Autonome, staatsunabhängige Organisationen werden nicht zugelassen.
- 2) Traditionale Loyalität von unten und Paternalismus von oben kennzeichnen das Verhältnis zwischen Herrscher und Gesellschaft. Sie äußern sich darin, daß eine aktive gesellschaftliche Partizipation der Massen unterdrückt wird, die dafür durch eine kontrollierte Wohlfahrts- und Verteilungspolitik entschädigt werden.
- 3) Der Kontakt zwischen dem Machtzentrum und der Gesellschaft erfolgt über die Bürokratie.

Die Perspektive der politikwissenschaftlichen Analysen richtet sich primär auf die Vorgänge und Mechanismen in der Machtzentrale. Für unsere Fragestellung nach der Berücksichtigung von Massenbedürfnissen ist dabei vor allem von Interesse, welche Auswirkungen diese Vorgänge auf die ägyptische Gesellschaft und speziell die Entwicklung peripherer Regionen hatten. In dieser Hinsicht ist ein zentrales Merkmal des patrimonialistischen Systems hervorzuheben: Die Herrschaft ist nicht, wie beispielsweise im Konzept der "orientalischen Despotie" (vgl. WITTFOGEL 1957) von den Beherrschten abgehoben, sondern es bestehen wechselseitige Verbindungen zwischen diesen beiden Polen des politischen Systems. Personale Machtstrukturen und vertikale Klientelsysteme in der Elite und das Legitimationsbedürfnis gegenüber der Gesellschaft sorgen für eine spezifische Beziehung zwischen dem Machtzentrum und der Gesellschaft (vgl. PAWELKA 1985: 27). Diese Beziehung wirkt in beiden Richtungen. Auf der einen Seite verleiht die traditionale Loyalität, die von der Bevölkerung dem Präsidenten entgegengebracht wird, dem Herrschaftssystem in Ägypten eine recht hohe Stabilität (BÜTTNER 1979). Alle drei Präsidenten - Nasser, Sadat und Mubarak - zeigen paternalistische Verhaltensweisen. Zur Aufrechterhaltung der Massenloyalität müssen sie eine zumindest partielle Orientierung ihrer Politik an Massenbedürfnissen betreiben.

Auf der anderen Seite konstatiert WATERBURY (1983) einen weitgehenden Ausschluß der Bevölkerungsmasse von direkter politischer Partizipation. Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens wird nicht von den Massen und ihren Bedürfnissen gesteuert, sondern von der politischen Elite und der Bürokratie. Massenbedürfnisse finden nur solange Berücksichtigung in einer "populistischen" Redistributionspolitik, wie der Staat über die nötigen Mittel dazu verfügt, das heißt in einer wirtschaftlichen Wachstumsphase. Die Rezessionsphasen Ende der sechziger und Ende der siebziger Jahre waren dagegen von politischer Repression begleitet.

Die Grundmuster der patrimonialen Politik der drei Präsidenten Nasser, Sadat und Mubarak zeigen einige deutliche Unterschiede. SPRINGBORG (1979) erklärt sie mit dem Beziehungsmuster zwischen Präsident und politischer Elite. Als Beispiel verweist er auf die Agrarpolitik unter Nasser und Sadat. Beide standen an der Spitze einer Elite, die von Klientelsystemen durchzogen war. Ziel der präsidentialen Politik war es, diese konkurrierenden Machtzellen gegeneinander auszubalancieren. Innenpolitische Entscheidungen erklären sich zum Teil als Versuche, Machtkonzentrationen in der Elite zu verhindern und die intraelitäre Konkurrenz zu steuern. Die wiederholten Aufteilungen und Zusammenlegungen der Ministerien für Landwirtschaft, Landreform und Neulandgewinnung entsprangen deshalb nicht unbedingt konzeptionellen Veränderungen, sondern der vom Präsidenten verfolgten Taktik der Machtbalance.

In Erweiterung der von SPRINGBORG für den Agrarbereich vorgenommenen Analyse der patrimonialen Politik ließe sich folgern, daß auch die an Massenbedürfnissen orientierte Redistributionspolitik der Nasser-Ära nicht allein gesellschaftspolitische Ziele verfolgte, sondern daß sie auch der Machtpolitik des Präsidenten diene: Nasser konnte als charismatischer Führer eine quasi autokratische Herrschaft ausüben, der in den politischen Institutionen keine wirklichen Gegengewichte gegenüberstanden (vgl. PAWELKA 1985). Während die

Politik der Machtbalance unter Nasser noch mit einer Labilität des Machtzentrums verbunden war, erfuhr das neopatrimoniale System unter Sadat durch eine Erweiterung der politischen Elite und durch die Einbeziehung von Interessenverbänden eine erhebliche Stabilisierung. Diese Perfektionierung des Systems führte aber auch dazu, wie SPRINGBORG (1979) nachweist, daß die Innovationsbereitschaft der Nasser-Ära im Agrarbereich unter Sadat immer mehr kontrolliert und schließlich völlig ausgeschaltet wurde.

Die innenpolitische Entwicklung Ägyptens seit 1952 wird durch die Wechsel im Präsidentenamt in drei Phasen gegliedert: Die Entwicklung der Nasser-Ära (1952-1970) zielte auf eine Kombination von Wachstum und Verteilung. Die binnengerichtete Entwicklung der Wirtschaft wurde vom staatlichen Sektor angeführt. Nasser machte unter dem Vorzeichen des "Arabischen Sozialismus" den Staat und seinen Apparat zur treibenden Kraft der nationalen Entwicklung. Armee und Bürokratie übernahmen die Führung in einem von oben verordneten Prozeß des gesellschaftlichen Wandels (vgl. ABDEL-MALEK 1971). Direkte Verteilungsmaßnahmen wurden in zwei Landreformen durchgeführt. Der Ausbau von Erziehungswesen und Gesundheitsversorgung kann als indirekte Verteilung im Rahmen der an Massenbedürfnissen orientierten Redistributionspolitik bezeichnet werden. Die Ausdehnung des staatlichen Sektors und vor allem der Bürokratie ermöglichte das Aufsteigen einer neuen Mittelschicht von Staatsbediensteten. Alle diese Maßnahmen zusammen trugen zu einem raschen sozialen Wandel bei. Das Instrument des Staates bei der Durchführung und Steuerung der Entwicklung war der bürokratische Apparat. In der Phase des "distributiven Neo-Patrimonialismus" (vgl. PAWELKA 1985) unter Nasser entstand eine "bürokratische Entwicklungsgesellschaft", deren Dynamik wesentlich von staatlicher Planung und Intervention gesteuert wurde. Die autonome und autozentrierte Entwicklung der Nasser-Ära war bis Mitte der sechziger Jahre erfolgreich, brach dann aber an außenpolitischen Widerständen und inneren Widersprüchen zusammen.

Der Wechsel von Nasser zu Sadat führte zu einer wirtschafts- und außenpolitischen Kehrtwendung. Die Öffnung ("Infitah") zum Westen leitete eine neue Wachstumsphase der ägyptischen Wirtschaft ein, die mit zunehmender Verschuldung erkaufte wurde. Die Wende von der binnenorientierten zu einer auslandsabhängigen Strategie der Entwicklungspolitik verursachte eine Lähmung der "sozialistischen" Einrichtungen, der Genossenschaften, der staatlichen Neulandgewinnung und des gesamten staatlichen Sektors. Alle diese Einrichtungen, obwohl inzwischen in Ineffektivität erstarrt, existierten aber weiter. Sadat ließ aus innenpolitischen Gründen die institutionellen Ruinen der Nasser-Ära stehen und verursachte damit eine Konkurrenz und gegenseitige Behinderung zwischen privater kapitalistischer Entwicklung und staatlicher Planwirtschaft. Auch der schwerfällige bürokratische Apparat blieb unangetastet und wurde sogar beständig weiter aufgebläht. Trotz personellen Wechsels an der Spitze blieb die administrative Struktur im Prinzip in den letzten drei Jahrzehnten unverändert.

Der Übergang von Sadat zu Mubarak verlief insgesamt, obwohl er gewaltsam herbeigeführt worden war, ohne fundamentale Änderungen. Von seinem Vorgänger erbte Mubarak

eine Vielzahl von ökonomischen Problemen, die 1986 das Land in eine schwere innenpolitische Krise stürzten. Sie ist in erster Linie als eine Verteilungskrise einzuschätzen, die auf die von Sadat übernommene Öffnungspolitik zurückzuführen ist. Die aktuelle wirtschaftliche Notlage Ägyptens wird dadurch verschärft, daß sinkenden Deviseneinnahmen fast 40 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung gegenüberstehen. Das soziale Elend und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nehmen zu, während die Regierung von ihren ausländischen Gläubigern zu einer Reduzierung ihrer Subventions- und Sozialhilfepolitik gedrängt wird. In dieser schwierigen Lage hat die Regierung Mubarak nicht viel Spielraum für innen- oder wirtschaftspolitische Kursänderungen, zumal sie nur über eine relativ dünne Machtbasis verfügt. Die aktuelle Politik erschöpft sich weitgehend im Krisenmanagement. Abgesehen von demokratischer Kosmetik (Parlamentswahlen 1984 und 1987) und vorsichtigen Reformen (beziehungsweise auch der Rücknahme früherer Reformen) bleibt für die Masse der Ägypter unter Mubarak vorerst alles beim Alten. Nur die Preise steigen, die soziale und ökonomische Krise verschärft sich zusehends, und die Auslandsabhängigkeit des Landes nimmt fatale Ausmaße an.

In der aktuellen Verteilungskrise zeigen sich die Grenzen des neopatrimonialen Konzeptes zur Erklärung des politischen Systems in Ägypten. Das Konzept ist in der Lage, interne Mechanismen im Herrschaftsapparat und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft zu erklären. Die Abhängigkeitsmuster zwischen dem nationalen System und der jeweils dominanten ausländischen Macht - unter Nasser die UdSSR und heute die USA - werden jedoch ausgeklammert. Diesen äußeren Bestimmungsfaktoren der nationalen Politik will ich hier nicht weiter nachgehen, weil sie außerhalb der speziellen Perspektive dieser Arbeit liegen. Es sei aber festgehalten, daß internationale Zusammenhänge den Hintergrund zu den Richtlinien der nationalen Politik bilden und damit natürlich auch Auswirkungen auf die hier zu untersuchende regionale Ebene haben. Die Auswirkungen nationaler Rahmenbedingungen auf die staatliche Regionalentwicklung in Marsa Matruh werden im folgenden Abschnitt dargestellt.

1.2. Interessen und Ziele staatlicher Regionalentwicklung

In dem 500 Kilometer langen Küstengebiet westlich des Nildeltas gab es 1952, dem Jahr des Staatsstreiches der "Freien Offiziere", kein einziges Krankenhaus und nur sieben Grundschulen (KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA 1982: 173) für eine Bevölkerung von knapp 60000 Menschen (CAPMAS 1978: 32). Die Präsenz des Staates beschränkte sich in dem Wüstengovernorat auf einzelne Polizeiposten entlang der Eisenbahnlinie, Armeelager in der Wüste, und einen Militärgouverneur in der Garnisonsstadt Marsa Matruh. Unter polizeilicher Aufsicht, aber doch mit weitgehender innerer Autonomie lebten die Aulad 'Ali bis in die fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts abseits der Entwicklungen in der Niloase. Ihr Wirt-

schaftspotential war den Machthabern in Kairo bis dahin so gering erschienen, daß sie, anders als in der Bewässerungswirtschaft am Nil, keine Maßnahmen zu seiner Förderung und Ausbeutung durchführten. Das änderte sich erst mit der Politik der Nasser-Regierung. Plötzlich gerieten auch die Beduinen der Westlichen Wüste ins Blickfeld eines neuen nationalen Interesses: Ihr Lebensraum wurde als potentiell agrarland für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens betrachtet. Ihre soziale und politische Eigenständigkeit dagegen störte das Bild der nationalen Einheit, das Ägypten als Führungsmacht der nationalistischen panarabischen Bewegung gern bieten wollte.

Zwei Leitmotive kristallisierten sich damit heraus, die bis heute hinter den staatlichen Maßnahmen im Governorat Marsa Matruh stehen: Auf der einen Seite hat der Staat ein ökonomisches Interesse, das darauf gerichtet ist, alle Produktivkräfte des Entwicklungslandes Ägypten für die Volkswirtschaft zu mobilisieren. Auch die peripheren Wüstenregionen und ihre Bewohner sollen ihren Beitrag zur nationalen wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Auf der anderen Seite steht das politische Interesse, die mobilen Lebensformgruppen im Grenzgebiet zu Libyen enger an die ägyptische Niltal-Gesellschaft zu binden. Diese beiden Leitmotive sind im Zusammenhang mit der politisch-ökonomischen Situation auf nationaler Ebene zu sehen. Entsprechend dieser wechselvollen Situation haben sie im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte eine unterschiedliche Gewichtung bekommen. Während sich aber im Niltal die politischen Kursänderungen von Nasser zu Sadat und Mubarak direkt auf die Strategie der ruralen Entwicklung auswirkten, läßt sich in Marsa Matruh eine bemerkenswerte Kontinuität der Zielsetzungen feststellen. (Die hier aufgeführten Ziele sind nicht in dieser Form in den offiziellen Entwicklungsprogrammen formuliert. Sie wurden von mir auf Grundlage von Planungsunterlagen und mündlichen Auskünften der Verantwortlichen zusammengestellt):

1) **Kernziel** der regionalen Entwicklung ist die Sesshaftwerdung der Nomaden.

2) **Unterziele** als Voraussetzungen zur Erreichung des Kernziels sind:

- Angleichung der infrastrukturellen Versorgung der Bevölkerung mit Schulen, Krankenhäusern etc. an den nationalen Standard,
- ganzjährig gesicherte Futtermittelversorgung,
- verbesserte Wasserversorgung,
- feste Behausungen für die gesamte Bevölkerung,
- Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Viehproduktion,
- Verbesserung der Produktionsbedingungen im Pflanzenbau.

3) **Oberziele**, die als Folgeeffekte der Erreichung des Kernziels eintreten sollen, sind:

- Nutzung regionaler Ressourcen für die Gesamtwirtschaft,
- Steigerung des Lebensstandards der Regionalbevölkerung,
- politische und wirtschaftliche Teilnahme und Teilhabe der Beduinen an der nationalen Entwicklung,
- verbesserte Kontrollmöglichkeiten des Staates über die Beduinen.

In der Widersprüchlichkeit dieser Zielsetzungen zeichnet sich der Zwiespalt zwischen den beiden Leitmotiven der staatlichen Entwicklungspolitik in Marsa Matruh ab: Verbesserte Lebensbedingungen und verbesserte Kontrollmöglichkeiten bestimmen als Oberziele wie "Zuckerbrot und Peitsche" die Alternativen des Entwicklungsstils. Die Aulad 'Ali haben sich, um das gleich vorwegzunehmen, in den letzten 30 Jahren vorwiegend an die erste Alternative gehalten. Die Seßhaftigkeit als Kernziel des staatlichen Engagements gegenüber den Beduinen trug in vieler Hinsicht zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bei. Das ändert nichts an der Tatsache, daß der Übergang zu einer seßhaften Lebensweise ebenfalls den Sicherheits- und Kontrollinteressen des Staates dient. Zielsetzung und Strategie der regionalen Entwicklung bestehen demnach aus zwei sich partiell widersprechenden Komponenten. Diese Widersprüchlichkeit zwischen Kooperation und Konfrontation zieht sich wie ein roter Faden durch den jüngeren Entwicklungsprozeß. Ich werde im Folgenden zunächst darstellen, daß die beiden unterschiedlichen Leitmotive auf Seiten des Staates im Zusammenhang mit der politischen Konstellation auf nationaler Ebene zu sehen sind. Im weiteren Verlauf der Analyse des Entwicklungsprozesses wird sich dann herausstellen, daß die hier beobachteten Gegensätze von "Zuckerbrot und Peitsche" im praktizierten Entwicklungsstil durchaus nicht so widersprüchlich sein müssen, wie es anfänglich scheinen mag. Die von Nasser betriebene binnenorientierte, nationalistische Entwicklungspolitik gab auch den peripheren Landesteilen einen neuen Stellenwert. Alle Ressourcen und Bevölkerungsgruppen des Landes sollten für den Fortschritt mobilisiert werden, einschließlich der riesigen Wüstengebiete und der letzten Nomaden des Landes. Auch Marsa Matruh und die Aulad 'Ali wurden in diese Politik des nationalen Aufbruchs einbezogen.

Die landwirtschaftliche Nutzbarmachung der Wüstengebiete hatte hohe Priorität in der staatlichen Entwicklungsplanung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Vision von der Bezwingung der Wüste wurde der ägyptischen Öffentlichkeit von Entwicklungspropaganda jener Zeit immer wieder vor Augen gebracht. Die "Begrünung der Sahara" sollte das Problem des wachsenden Bevölkerungsdrucks im Niltal lösen. Gigantische Bewässerungsprojekte, so hoffte man, würden ein "Neues Tal" und neuen Lebensraum für landlose Bauern außerhalb des "alten" Niltals schaffen. Auch die Küstenwüste von Marsa Matruh wurde in diese Programme einbezogen. Grundlage dieses in großem Stil propagierten Aufbruchs in die Wüste war eine auf den ersten Blick naheliegende Verkettung von Problemidentifikation und Lösungsmöglichkeit: "Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum" wurden als zentrale Probleme der überquellenden Niloase gesehen. Etwa 96% der Landesfläche sind menschenleere Wüsten, die bisher nicht genutzt wurden. Neulandgewinnung sollte ein Ventil für den Bevölkerungsdruck werden und zugleich den Nahrungsspielraum des Landes vergrößern. Doch schon gegen Ende der sechziger Jahre erwies sich die Vision von der Zukunft in der Wüste als Fata Morgana. Das Projekt "Neues Tal" wurde ab 1966, nur wenige Jahre nach seiner Gründung, zum finanziellen und menschlichen Fiasko (vgl. MÜLLER 1981). Die Neulandgewinnung konnte bis heute nicht die hohen Erwartungen erfüllen, mit denen sie in den fünfziger Jahren so enthusiastisch begonnen worden war. Das bedeutet durchaus nicht,

daß die in Ägypten während der vergangenen 30 Jahre betriebene Wüstenerschließung generell falsch und erfolglos gewesen wäre. Das Scheitern vieler Programme zur Neulandgewinnung liegt zum Teil an technisch-ökologischen Schwierigkeiten. Eine wesentliche Ursache ist meines Erachtens aber auch darin zu sehen, daß von vornherein mit unerreichbaren Zielvorstellungen gearbeitet wurde. Der Problembereich "Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum" darf nicht isoliert von der gesamten Entwicklungsproblematik Ägyptens betrachtet werden. Eine isolierte Problemlösung durch Neulanderschließung und Umsiedlungsaktionen ist deshalb auch nicht möglich. Das Geld wäre wesentlich erfolversprechender zur Produktionssteigerung in den bereits existierenden Landwirtschaftsgebieten des Niltals einzusetzen (vgl. PACIFIC CONSULTANTS 1980). Nur eine Ausnahme gibt es, in der auch aus volkswirtschaftlichen Gründen Maßnahmen zur Entwicklung von Wüstengebieten gerechtfertigt erscheinen: Die Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Bevölkerungsgruppen, die bereits in der Wüste leben, also speziell der Beduinen und Oasenbewohner. Nicht die Umsiedlung von Fellachen aus dem Niltal in die Sahara, sondern umgekehrt die Verhinderung einer Abwanderung aus der Wüste macht solche Maßnahmen sinnvoll.

Es ist bezeichnend, daß in den ägyptischen Medien auch unter Sadat und Mubarak immer wieder regierungsamtliche Meldungen über riesige geplante Neulandprojekte in den Wüsten des Landes auftauchten. Den Zeitungen und Fernsehnachrichten zufolge wurden alle paar Monate ausgedehnte Wasservorkommen unter dem Sand entdeckt, oder Tausende von Hektar Neuland sollten angelegt werden. Die Vermutung liegt nahe, daß die Hoffnung auf die Lösung Niltal-interner Probleme durch ein Ausweichen in die Wüste mit solchen Berichten aufrechterhalten werden soll, um von diesen internen Problemen abzulenken.

Nasser machte den staatlichen Apparat zur treibenden Kraft der nationalen Entwicklung. Die Bürokratie fungiert im neopatrimonialen System Ägyptens als Transmissionsriemen zwischen Herrscher und Gesellschaft, über den die von der Zentrale kommenden Entwicklungsimpulse weitergeleitet und umgesetzt werden. Die Umsetzung einer solchen vom Staatsapparat betriebenen "bürokratischen Entwicklung" stößt jedoch in der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali auf etwas andere Bedingungen als in den Niltal-Governoraten. Schon bald nach der Einrichtung einer zivilen Verwaltung in Marsa Matruh Mitte der fünfziger Jahre zeigte sich deshalb, daß hier eine modifizierte Vorgehensweise befolgt werden muß. Anfangs wurde noch versucht, die Grundmuster der im Niltal praktizierten Strategie der Agrarentwicklung auch in das Wüstengovernorat zu exportieren. Drei Punkte standen auf nationaler Ebene im Mittelpunkt dieser Strategie:

- Neuordnung des Bodenbesitzes,
- Genossenschaftliche Organisation der Produzenten und
- Produktionssteigerung durch horizontale und vertikale Expansion der Landwirtschaft.

Es ist einleuchtend, daß sich diese Richtlinien der Agrarentwicklung auf regionaler Ebene in den Wüstengebieten wegen der andersartigen ökologischen und soziokulturellen Bedingungen nicht in gleicher Weise wie im Niltal umsetzen lassen. Trotzdem wurden die staatlichen Maßnahmen in Marsa Matruh von diesen nationalen Vorgaben maßgeblich beeinflußt. Auch bei den Ansätzen zur Institutionalisierung der politischen Partizipation der Bevölkerung wurde die im Niltal eingeführte neue Organisationsform von Gemeinderäten und Governoratsparlamenten wie eine Blaupause auf die Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali übertragen.

Die Bürokratie ist in Ägypten das Instrument des Staates zur Realisierung einer vom Staat bestimmten Entwicklungsstrategie. In dieser Hinsicht funktioniert sie wie eine Einbahnstraße, in der Beschlüsse immer nur in einer Richtung durchgegeben werden. Die bürokratische Entwicklung ist insofern eine Entwicklung "von oben". Die Auswirkungen dieser Politik in Marsa Matruh werden im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch zu diskutieren sein. Dabei geht es primär um die Frage, in welcher Weise nationale politische Richtlinien der Regionalbevölkerung vermittelt wurden und welche Rolle dabei die regionale Bürokratie spielte. Drei wesentliche Folgen hatte die Politik der Ära Nasser für die Aulad 'Ali:

- 1) Sie wurden nicht mehr länger vom Militärdienst ausgeschlossen.
- 2) Über die neu aufgebaute Administration und politische Vertretungsorgane intensivierte sich ihr Kontakt mit dem Staat.
- 3) Die Importbeschränkungen ermöglichten ihnen einen lukrativen Schmuggelhandel über die ägyptisch-libysche Grenze.

Die beduinischen Viehproduzenten in Marsa Matruh wurden von den wirtschaftspolitischen Veränderungen der "Infatih" nicht direkt tangiert. Indirekt jedoch mußten sie eine schwere Schädigung ihrer Erwerbsmöglichkeiten hinnehmen, denn mit der Politik der wirtschaftlichen Öffnung konnten nun Luxusgüter legal importiert werden, die sie bisher unter Umgehung der Grenzschranken aus Libyen geholt hatten. Trotzdem blieb der grenzüberschreitende Handelsverkehr weiterhin lukrativ, weil sich seit Beginn des Ölbooms in Libyen Mitte der sechziger Jahre auf den dortigen Märkten wesentlich höhere Preise für Schafe und Ziegen erzielen ließen als in Ägypten, wo durch die staatliche Plan- und Subventionswirtschaft die Fleischpreise niedrig gehalten wurden. Der Viehexport war natürlich verboten, aber den Aulad 'Ali kamen jetzt ihre langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Zollpatrouillen zugute. Zusätzlich bot die Erdölwirtschaft in der Libyschen Wüste auch Arbeitsplätze für die ägyptischen Beduinen, die sich ohne Schwierigkeiten libysche Papiere ausstellen lassen konnten. Schmuggel und Arbeitsmigration nach Libyen sorgten seit etwa 1965 für eine relative Prosperität der Aulad 'Ali, während Ägypten gleichzeitig immer mehr unter ökonomischen Problemen zu leiden hatte. Daher kann angenommen werden, daß die staatlichen Entwicklungsimpulse in Marsa Matruh während dieser Zeit für viele Beduinen nur von nachrangigem Interesse waren. Sie lebten von der Verbindung nach Libyen.

Diese Verbindung wurde jedoch 1977 als Folge des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages jäh unterbrochen. Praktisch von einem Tag auf den anderen waren Ägypten und Libyen erbitterte Gegner, deren Armeen sich sogar einige Gefechte lieferten. Von beiden Seiten wurde die Grenze von nun an streng bewacht, so daß sich die Aulad 'Ali wieder einmal zwischen zwei Fronten sahen. Wegen des zu hohen Risikos mußten sie den grenzüberschreitenden Verkehr weitgehend einstellen. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert. Die starke wirtschaftliche Orientierung der Aulad 'Ali nach Libyen hatte eine Umkehrung der traditionellen Ausrichtung ihrer Vermarktungs- und Wanderwege bedeutet. Solange Libyen nur ein armes Wüstenland gewesen war, hatten sich die nomadischen Viehproduzenten wirtschaftlich zum Niltal orientiert.

In ethnischer Hinsicht waren sie dagegen, trotz gelegentlicher Auseinandersetzungen, schon immer den Stämmen im Westen näher gewesen als den Fellachen im Nildelta. Die wirtschaftliche Umorientierung nach Libyen mußte der ägyptischen Regierung deshalb nicht nur als ein Unterlaufen ihrer eigenen Entwicklungspolitik erscheinen, sondern insgesamt als eine Abkehr der Stammesbevölkerung von Ägypten!

Diese Situation berührte vor dem Hintergrund der Spannungen im Grenzgebiet die Sicherheitsinteressen des Landes. Sie führte zu einer Intensivierung der staatlichen Entwicklungsbemühungen in der Region. Im Vordergrund stand jetzt das politische Leitmotiv: Eine stärkere politische und ökonomische Anbindung der Aulad 'Ali an den ägyptischen Staat sollte erreicht werden. Dazu war es vor allem erforderlich, ihnen einen zumindest partiellen Ersatz für die verlorenen libyschen Einkommensquellen zu schaffen. Trotzdem mußten die Zielsetzungen der Regionalentwicklung nicht grundlegend geändert werden, denn die Maßnahmen zielten wie schon in der vorhergehenden Phase auf die Selbstverwirklichung und die politische und wirtschaftliche Integration der Beduinen. Mit der hermetisch verschlossenen Grenze im Rücken blieb den Aulad 'Ali nichts anderes übrig, als die verstärkten Entwicklungsangebote des Staates zu nutzen. Die gegenwärtige innenpolitische Krise Ägyptens hat sich bisher nicht zum Nachteil der Beduinen ausgewirkt. Die vom Staat betriebene Regionalentwicklung in Marsa Matruh floriert seit Ende der siebziger Jahre wie nie zuvor.

Die Kontinuität der Verwaltungsstruktur ist eine der möglichen Erklärungen dafür, daß der Wechsel von drei Präsidenten und vor allem der politische Richtungswechsel unter Sadat kaum direkte Auswirkungen auf die Zielsetzungen der Regionalentwicklung in Marsa Matruh hatten. Seit einigen Jahren existieren in Ägypten zwar Ansätze zu einer Dezentralisierung der Bürokratie, die auf Drängen und mit Unterstützung der amerikanischen Entwicklungsagentur US AID in den Nil-Governoraten auch schon zu einigen Veränderungen geführt haben (vgl. KOCH 1987). In Marsa Matruh haben diese Ansätze aber bis heute noch keine wesentlichen Ergebnisse gezeitigt. Während in ganz Ägypten in den vergangenen drei Jahrzehnten die Strategie der ruralen Entwicklung im Zusammenhang mit der Politik auf nationaler Ebene mehrere Richtungsänderungen durchlief, blieb in Marsa Matruh die Zielrichtung gegenüber den Beduinen auch unter verschiedenen Interessenlagen des Staates annähernd konstant. Gerade das Ausbleiben direkter Rückwirkungen nationaler Kursänderungen auf die in Marsa Matruh

verfolgte Strategie und ihre Zielsetzungen ist das eigentlich Spektakuläre an der dortigen Entwicklung. Zwei Gründe lassen sich als mögliche Erklärungen für dieses Phänomen vermuten:

- 1) Marsa Matruh nimmt in der ländlichen Regionalentwicklung Ägyptens eine Sonderstellung ein.
- 2) Die Regierung nimmt aus nationalen Interessen einen verändernden Einfluß auf die Intensität der Entwicklungsaktivitäten, während sich die Arbeit der Bürokratie primär zugunsten einer Kontinuität ihrer Zielsetzungen auswirkt.

Die erste Vermutung wird durch die Tatsache bestätigt, daß das Governorat Marsa Matruh heute, nach Angaben der Behörden, im Rahmen der nationalen und internationalen Entwicklungshilfe die höchsten Leistungen pro Kopf der Bevölkerung in ganz Ägypten erhält, während das Durchschnittseinkommen hier nach offiziellen Angaben noch etwa ein Drittel unter dem Landesdurchschnitt von 700 Dollar (1983) liegt (vgl. World Bank 1985). Die zweite Vermutung macht es erforderlich, die Struktur des bürokratischen Apparates einer näheren Untersuchung zu unterziehen.

1.3. Aufbau und Aufgaben der regionalen Entwicklungsbürokratie

Drei Institutionen verkörpern in Marsa Matruh den Staat:

- Verwaltung
- Polizei
- Partei

Der Verwaltungsapparat des Governorates ist für die Durchführung der Regionalentwicklung zuständig. Die Polizei hat die Aufgabe, die Sicherheit des Gebietes zu überwachen. Die Partei (*hizb al-watani ad-dimuqrati*, d.h. die "national democratic party" der Regierung) schließlich soll die politische Partizipation der Bevölkerung im Regionalparlament leiten. Das Zusammenwirken dieser drei Institutionen steuert den Entwicklungsprozeß im Governorat von offizieller staatlicher Seite. Nicht ohne Grund befinden sich deshalb ihre regionalen Hauptquartiere beinahe Wand an Wand nebeneinander im Zentrum der Stadt Marsa Matruh. Auf die Funktionen von Polizei und Partei werde ich später noch eingehen (C.2.1. und C.2.2.). In diesem und dem folgenden Abschnitt will ich zunächst auf den Verwaltungsapparat eingehen, weil er der eigentliche Träger der staatlichen Entwicklungsmaßnahmen ist.

Ich bezeichne hier die gesamte Governoratsverwaltung als Entwicklungsbürokratie, obwohl nicht alle Abteilungen unmittelbar mit Entwicklungsaufgaben betraut sind. Trotzdem handelt es sich um einen strukturell zusammengehörigen Apparat, dessen Aufgabe insgesamt nicht nur eine Verwaltung, sondern auch eine gezielte Veränderung des Governorates ist. Die Struktur der regionalen Entwicklungsbürokratie unterscheidet sich im Prinzip nicht von der anderer Governorate, obwohl es in der Gewichtung und Aufgabenstellung der Abteilungen Abweichungen gibt. Das Governorat Marsa Matruh wurde per Regierungsdekret Nr.572 des Jahres 1961 aus dem früheren Militärbezirk Western Desert geschaffen. Nach Abtrennung der Oasengebiete in der südlichen Hälfte der Westlichen Wüste 1966 und 1971 besteht es heute aus sieben administrativen Bezirken (*qism*, pl.*aqsam*): Der Bezirk Marsa Matruh mit der gleichnamigen "Hauptstadt" des Governorates hat mit Abstand den höchsten Anteil an der Bevölkerung, wie aus untenstehender Tabelle hervorgeht. Die Oase Siwa ist hier nicht gesondert ausgewiesen.

Tab. C-1: Bevölkerung im Governorat Marsa Matruh nach Bezirken im Jahr 1980; nach Angaben der Governoratsverwaltung

Matruh	73704	
Burg al-'Arab	16190	
al-Hammam	18363	
ad-Dab'a	15642	
Sidi Barrani	25496	
as-Salum	9456	
	158851	(davon 87% Beduinen)

Jeder Bezirk ist untergliedert in "Dorfgemeinden" (*qaria*, pl.*qura*). Entsprechend dieser Aufteilung ist die Verwaltung auf Governorats-, Bezirks- und Dorfebene gegliedert. An der Spitze der regionalen Bürokratie steht der Gouverneur, der vom Staatspräsidenten ernannt wird und den Rang eines Ministers hat. Sein Amt hat einen politisch-administrativen Doppelcharakter, weil er einerseits zum erweiterten Kabinett in Kairo gehört, andererseits aber Verwaltungschef in der Provinz ist. Im Governorat sitzt er einem Exekutivrat vor, der aus den Direktoren der einzelnen Abteilungen besteht: Landwirtschaft, Wüstenschließung (*ta'mir es-sahara*), Verwaltung, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Kultur und Jugend. Vor allem die beiden zuerst genannten Abteilungen sind zuständig für die Entwicklungsmaßnahmen, die auf die beduinische Bevölkerung zielen. Die Fachabteilungen sind auf regionaler Basis untergliedert in Unterabteilungen für die Bezirke (*qism*) und lokale "dörfliche" Dienststellen (*qaria*). Auf jeder dieser regionalen Ebenen sind Exekutivräte nach dem Vorbild des vom Gouverneur geleiteten höchsten Verwaltungsgremiums vorgesehen.

Die dörflichen Verwaltungsstellen existieren jedoch nur auf dem Papier, da es in dem Wüstengovernorat keine Haufendörfer wie im Niltal gibt. Die gesamte auf Governoratsebene arbeitende Administration und ein großer Teil der Bezirksbehörden sind in der Hauptstadt Marsa Matruh konzentriert.

Die Steuerung von Projekten im Governorat durch die regionale Entwicklungsbürokratie hängt ganz entscheidend davon ab, wie innerhalb des bürokratischen Apparates die Kompetenzen zwischen der Zentrale in Kairo und der Peripherie in Marsa Matruh verteilt sind, das heißt vom Grad der bürokratischen Zentralisierung. Die Exekutivräte auf Governorats- und Gemeindeebene sind in dieser Hinsicht als potentiell dezentrale Elemente der Verwaltungsstruktur zu sehen. Auf der anderen Seite aber untersteht jede Fachabteilung in der regionalen Verwaltung auch seinem zuständigen Fachministerium in Kairo. Der Direktor des Agrarantes in Marsa Matruh ist also beispielsweise gleichzeitig dem Gouverneur und seinem Minister gegenüber verantwortlich. Zwischen den Richtlinien und direkten Anweisungen dieser beiden Vorgesetzten sollte es zwar eigentlich gar keine Widersprüche geben können, da sie ja beide im Kabinett sitzen. In der Praxis liegt jedoch in dieser Doppelgleisigkeit ein spezifisches Problem der staatlichen Regionalentwicklung. Der Gouverneur und der Exekutivrat haben nämlich nur sehr begrenzte Kompetenzen. Alle wichtigen Entscheidungen werden in der Ministerialbürokratie in Kairo getroffen. Das bedeutet, daß die verwaltungstechnisch mögliche Eigenständigkeit der regionalen Entwicklungsbürokratie durch die Kompetenzverteilung und das Verfahren der Mittelvergabe eng begrenzt wird. Verwaltungsmäßig gehören die Abteilungen in Marsa Matruh zwar alle zum Governorat, aber ihre technischen Aufgaben werden ihnen aus Kairo vorgeschrieben, und das erforderliche Geld für die Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen erhalten sie ebenfalls von dort. Das Governorat hat eigene Zuständigkeiten nur in einigen kleinen Projekten zur Förderung von Kleinunternehmen (Transport, Bau) und in den Bereichen Planung und Evaluierung.

Die Entwicklungsplanung erfolgt in zwei Richtungen: Innerhalb der regionalen Entwicklungsbürokratie werden von den Exekutivräten auf Bezirks- und Governoratsebene Bedarfslisten gesammelt, aus denen in der Governoratverwaltung ein Gesamtplan für sektorale und regionale Verteilung von Entwicklungsmaßnahmen zusammengestellt wird. Dieser Gesamtplan bedarf der Zustimmung des Regionalparlamentes (*majlis mahalli*). Vom Governorat wird er an das Planungsministerium in Kairo übermittelt, wo Kürzungen und Erweiterungen vorgenommen werden können. Dort werden schließlich entsprechend der nationalen Rahmenplanung und vor allem der Mittelverfügbarkeit Haushaltspläne für die einzelnen Fachministerien erarbeitet. Die Rahmenplanung wird in Ägypten in Form von Fünfjahresplänen durchgeführt, die jeweils die politischen Richtlinien in der sektoralen und regionalen Investitionstätigkeit des Staates festlegen. Die Zuweisung von Geldern erfolgt dann in umgekehrter Richtung von den Ministerien in Kairo an die Verwaltungsabteilungen in Marsa Matruh und von dort an die lokalen Unterabteilungen.

Soweit das Planungsprinzip. Die Planungspraxis sieht nach meinem Eindruck eher so aus, daß die Verwaltungsdirektoren und der Gouverneur versuchen, ihre Verbindungen zu den

zuständigen Ministerien in Kairo zu nutzen, um für einzelne Maßnahmen Mittel zugewiesen zu bekommen. Dabei spielt der persönliche Einfluß vor allem des Gouverneurs bei der Konkurrenz um knappe Entwicklungsgelder eine erhebliche Rolle (vgl. KOCH 1987). Die Gouverneure haben zwar im Prinzip alle den gleichen Rang, sie haben aber de facto unterschiedliche Positionen und Einflußmöglichkeiten innerhalb der politischen Elite. Einige von ihnen gehören zum engeren Kreis um den Präsidenten (PAWELKA 1985: 30) und können sich von dort aus effektiver für ihre Region einsetzen. Diese informellen Verbindungen beruhen sicherlich auch auf der früheren Laufbahn der Gouverneure. Die ehemaligen Generäle halten weiter Kontakt zu ihren Kameraden aus dem Offizierscorps. Auch der jetzige Gouverneur von Marsa Matruh ist ein ehemaliger General. Wenn man diese Mechanismen an der Spitze der Entwicklungsbürokratie vor dem Hintergrund des oben ausgeführten Konzeptes des neopatrimonialen Systems in Ägypten betrachtet, wird deutlich, daß manche entwicklungsstrategische Entscheidungen der Regierung in Kairo nicht nur ihren expliziten Entwicklungszielen dienen, sondern auch mit der internen Konkurrenz in der politischen Elite zu tun haben. Zwei Beispiele seien dafür angeführt: Seit 1979 existiert ein neues Regionalplanungssystem, das eine Einteilung ganz Ägyptens in acht Planungsregionen vorsieht. Diese Neuorganisation ist als ein Versuch aufzufassen, die etablierte Gliederung in Governorate im Planungsprozeß zu überwinden. Sie wurde aber, vermutlich auf Betreiben der Gouverneure, bisher nicht in die Praxis umgesetzt (vgl. KOCH 1987). Erfolgreicher war dagegen die Dezentralisierungsstrategie des Ministry of Local Development. Das Ministerium verfügt über eine Abteilung "Organization for the Development and Reconstruction of the Egyptian Village" (ORDEV), die in den peripheren Regionen auf Dorfebene kleine Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur finanziert. Diese Organisation wurde bereits 1973 gegründet, führte aber während der ersten sechs Jahre ihres Bestehens ein Schattendasein ohne ausreichende Finanzmittel. Erst ab 1979 erhielt sie über US AID massive Zuschüsse aus amerikanischer Entwicklungshilfe und wurde seitdem zu einem erfolgreichen Instrument der ländlichen Entwicklung. Was auf den ersten Blick wie eine harmlose Maßnahme zugunsten der ägyptischen Dörfer aussieht, hat trotzdem seine tieferen Gründe in den Machtkämpfen innerhalb der politischen Elite. Eine solche Interpretation ist zumindest zulässig, wenn man bedenkt, daß durch ORDEV die Gouverneure direkt über Finanzmittel verfügen können und damit weniger von den Ministern und vor allem dem Finanzminister abhängig sind. Das ORDEV-Programm bewirkt also indirekt eine Schwächung der Minister und eine Stärkung der Gouverneure (vgl. KOCH 1987).

Die Beispiele verweisen auf den Zusammenhang zwischen der Regionalentwicklung und den Machtkonstellationen in der Führungsspitze des Landes. Die Arbeit der regionalen Entwicklungsbürokratie in Marsa Matruh ist deshalb durch die Funktion der Bürokratie innerhalb des neopatrimonialen Systems Ägyptens bestimmt. Der bürokratische Apparat des Staates schiebt sich wie ein Block zwischen Regierung und Gesellschaft. Die regionale Entwicklungsbürokratie hat innerhalb dieses Blockes die Aufgabe, die aus der Zentrale in Kairo kommenden Planvorgaben und Entscheidungen in der Peripherie umzusetzen. Ihre Struktur

ist deshalb geprägt durch die Zentralisierung, die für das politische System Ägyptens kennzeichnend ist. Entscheidend für die Arbeit und vor allem die Wirksamkeit einzelner Behörden und Einheiten des Staatsapparates ist jeweils deren Ausstattung mit Geld und mit Kompetenzen zur Entscheidung über die Verwendung des Budgets.

Die unterschiedliche Verfügung über Finanzmittel bestimmt auch die Arbeit der beiden Governoratsbehörden, die für die Agrarentwicklung zuständig sind. Die Abteilung für Wüstenerschließung (*ta'mir as-sahara*) ist besser als alle anderen mit Entwicklungshilfegeldern ausgestattet. Sie kann sich darum erfolgreich als Durchführungsorganisation in zahlreichen Projekten betätigen. Sie ging aus der "Egyptian General Desert Development Organization" (EGDDO) hervor, die als Durchführungsorganisation des Ministeriums für Landgewinnung im Jahre 1961 ihre Arbeit im Governorat Marsa Matruh aufnahm. Die Organisation ist seit ihrer Gründung das wichtigste Instrument zur Umsetzung der Entwicklungspläne im landwirtschaftlichen Bereich. Die von ihr durchgeführten Maßnahmen dienen primär dem Ausbau der seßhaften Landwirtschaft und der Verbesserung der Wasserversorgung.

Daneben existiert eine Abteilung für Landwirtschaft, die sich jedoch als ein vergleichsweise ineffizienter Apparat erweist, der sich vor allem selbst verwaltet. Diese Abteilung ist für die bereits bestehende Vieh- und Pflanzenproduktion des Governorates zuständig. Ihre Aufgaben bestehen unter anderem in der Versorgung der "Bauern" mit Saatgut, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln etc., in der Beratung und Anleitung bei der Einführung neuer Techniken und in der Organisation der Vermarktung. Sie verfügt zu diesem Zweck über die erforderlichen Unterabteilungen einschließlich eines Beratungsdienstes (*extension service*). Ihr angeschlossen ist eine Zentralgenossenschaft in Marsa Matruh, die als Dachorganisation für 55 - 60 Einzelgenossenschaften die Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Produzenten koordinieren soll.

1.4. Maßnahmen und Ergebnisse der Entwicklungsförderung

Mit der Etablierung der EGDDO in Marsa Matruh im Jahre 1959 begann die gezielte Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung bei den Aulad 'Ali. Gemäß der oben genannten Zielsetzungen und Interessenhintergründe der staatlichen Politik ist diese Form von Entwicklung weitgehend identisch mit einer Seßhaftwerdung der Beduinen. Entsprechend der weit gefächerten Unterziele des Programms war von Anfang an eine Kombination verschiedener Maßnahmen erforderlich. Wesentlich zur Wirksamkeit des Programmes trug die Verbindung technischer Maßnahmen mit einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen staatlicher Entwicklungsbürokratie und Stammesbevölkerung bei. Auf den institutionellen Inhalt des Programmes werde ich im nächsten Abschnitt eingehen. Hier sollen zunächst die technischen Maßnahmen und ihre Ergebnisse kurz dargestellt werden. Dabei

lassen sich zwei Phasen intensiver Tätigkeit unterscheiden: Die erste dauerte etwa von 1959 bis 1965 und die zweite, die 1979 begann, hält derzeit noch an. Dazwischen lag eine längere Stagnationsphase, in der die Entwicklungstätigkeit des Staates in der Region auf einen Minimalumfang reduziert wurde.

Zu Beginn der staatlichen Entwicklungsaktivitäten in Marsa Matruh lebten die Aulad 'Ali fast ausschließlich von der mobilen Viehproduktion (BUJRA 1973: 144). Unter den ökologischen Bedingungen der Region war dies die am besten den Verhältnissen angepaßte Wirtschaftsweise. Eingriffe zur Förderung eines Übergangs zu einer sesshaften Lebens- und Wirtschaftsweise mußten sich deshalb aus mehreren Komponenten zusammensetzen, von denen hier die wichtigsten aufgezählt seien:

- 1) Jeder Beduine, der zusätzlich zu dem bereits praktizierten extensiven Anbau von Gerste auch Baumkulturen anlegen wollte, konnte sich über die neu eingerichteten Genossenschaften mit Pflanzmaterial versorgen. In den Jahren von 1960 bis 1978 wurden auf diese Weise über 600 000 Oliven und fast 100 000 Feigen gepflanzt. Der regionale Schwerpunkt der Neuanlage von Baumkulturen lag in dem Abschnitt der Küstenzone zwischen Alexandria und Burg al-'Arab, weil hier vom Nildelta aus ein Kanal gegraben wurde, der die Bewässerung eines schmalen Streifens im Landesinneren ermöglichte.
- 2) Außerhalb dieses an den Nil angeschlossenen neuen Kulturlandes mußte die Wasserversorgung auf andere Weise verbessert werden. Mit finanzieller Unterstützung des World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen wurden die aus der Römerzeit stammenden Zisternen, die vollsedimentiert waren, wieder ausgeräumt und vorwiegend zur Trinkwassergewinnung genutzt. Von 1960 bis 1984 wurden 4056 Zisternen mit einem Gesamtvolumen von über einer Million Kubikmeter wieder für die Speicherung von Oberflächenwasser nutzbar gemacht (vgl. FAO 1984).
- 3) Von 1959 bis 1965 wurden, ebenfalls mit Unterstützung des WFP, in den Alluvialebenen in Küstennähe über 1 400 Brunnen mit einer Tiefe von vier bis acht Metern gegraben. Diese Brunnen wurden mit windgetriebenen Pumpen bestückt. Über jedem Brunnen wurde ein 8 Meter hohes Gestänge mit einem Windrad errichtet, das bei ausreichender Windgeschwindigkeit Wasser zur Bewässerung der daneben angelegten Kulturen förderte. Die Windverhältnisse direkt an der Küste bieten für diese Kleintechnologie günstige Voraussetzungen. Nach Vorstellung der staatlichen Planer sollten die Beduinen durch die Sicherstellung einer kontinuierlichen Wasserversorgung und durch die neuen Baumkulturen an einen festen Siedlungsplatz in der Küstenzone gebunden werden.
- 4) Der Übergang zu einer sesshaften Lebensweise machte flankierende Maßnahmen in Hinsicht auf die Viehwirtschaft der ehemaligen Nomaden erforderlich. Trotz der intensiven Förderung des Pflanzenbaus war den Planern von Anfang an klar, daß die ökologischen Bedingungen der Region außerhalb der neuen Bewässerungsgebiete bei Burg al-'Arab den Pflanzenbau niemals zu einer Alternative, sondern nur zu einer Ergänzung der Viehwirtschaft würden machen können. Außerdem waren die Beduinen, die gerade an ihrem Brun-

nen eine Oliven- oder Feigenpflanzung angelegt hatten, während der ersten Jahre weiterhin ausschließlich auf ihr Vieh angewiesen. Deshalb wurde damit begonnen, Futtermittel aus dem Niltal zu importieren und sie über die lokalen Genossenschaften zu erheblich subventionierten Preisen an die Beduinen zu verteilen. Auf diese Weise sollten die saisonalen Weidewanderungen überflüssig werden, die bisher zur Ernährung der Tiere und zur Schonung der küstennahen Weidegebiete für die Zeit der sommerlichen Dürreperiode erforderlich gewesen waren. Jedes Mitglied der Genossenschaft konnte von nun an in regelmäßigen Abständen das verbilligte Futter für seine Herde beziehen. Die Menge des Futters richtete sich nach der Stückzahl der Herde.

- 5) Die Beduinen wurden außerdem ab 1963 durch ein "Food for Work"-Programm des WFP zu einer seßhaften Lebensweise motiviert. Alle staatlichen Unterstützungen wurden über die lokalen Genossenschaften verteilt.
- 6) Die staatlichen Versorgungseinrichtungen konzentrierten sich auf die verkehrsmäßig am besten erschlossene Küstenzone. Die Verteilungsstationen der Genossenschaften, die 12 veterinärmedizinischen Stationen und Läden, in denen subventionierte Grundnahrungsmittel gekauft werden konnten, und die neuen Grundschulen wurden alle an der Küstenstraße gebaut. Auf diese Weise wurde die Niederlassung der nomadischen Bevölkerung in einem schmalen Streifen an der Küste gezielt gefördert.

Während des ersten Fünfjahrplanes der EGDDO wurden für die oben aufgeführten Maßnahmenbündel etwa 12 Millionen Dollar ausgegeben. Zusätzlich kostete der Aufbau der Entwicklungsbürokratie und der sozialen Dienstleistungen des Staates (Schulen, Gesundheitsversorgung etc.) weitere neun Millionen Dollar (BUJRA 1973: 145). Diese enormen Investitionen des Staates gaben dem sozialen und ökonomischen Wandel in der Stammesgesellschaft innerhalb nur weniger Jahre eine erhebliche Beschleunigung. Die Ergebnisse dieser Investitionen entsprachen jedoch in mancher Hinsicht nicht den ursprünglichen Vorstellungen der Planer. Ihre sozialstrukturellen Folgen werde ich später ausführlich analysieren. Schwierigkeiten gab es aber auch schon bei der Implementierung der genannten Entwicklungsmaßnahmen:

- 1) Das neu geschaffene Bewässerungsland bei Burg al-'Arab wurde zuerst an Siedler aus dem Niltal vergeben. Die Beduinen, denen damit ihr Weideland genommen worden war, konnten sich allenfalls am Rande des Neulandes ansiedeln und dort eigene Felder anlegen. Ihr Widerstand gegen das Eindringen einer fremden Bevölkerungsgruppe und gegen diesen vom Staat betriebenen Landraub konnte auch durch die ihnen zugedachte Unterstützung nicht beruhigt werden, und es blieb ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem Staat.
- 2) Die Anlage von Zisternen und Kulturflächen führte zu einem Aufflammen von Grenzstreitigkeiten zwischen den Klans, weil dadurch häufig auch Flächen inwertgesetzt wurden, deren Besitz bisher zwischen benachbarten Gruppen nicht genau festgelegt war.

- 3) Das "Windpumpenprojekt" erwies sich schon nach wenigen Jahren als ein Fehlschlag. Von den ursprünglich installierten 1 400 Windpumpen sind heute noch schätzungsweise 50 im Einsatz. Eine Reihe von Ursachen sind dafür zu nennen:
- Die Windräder müssen bei Sturm abgeschaltet werden. Dazu muß jemand auf das Pumpengerüst hochklettern. Da die Besitzer der Pumpen dies offensichtlich ungern taten, wurden die meisten Windräder von den Winterstürmen zerlegt.
 - Nach Abzug der Montagearbeiter gab es keine Wartung und Ersatzteile mehr.
 - Weil die Förderung der Pumpen nicht überwacht wurde und viele Besitzer sie einfach Tag und Nacht laufen ließen, wurde in den küstennahen Ebenen rasch der Süßwasserhorizont leergepumpt, bis Brackwasser in die Brunnen nachdrückte.
 - Der Kardinalfehler bei der Implementierung des Projektes scheint mir darin bestanden zu haben, daß es ohne ausreichende Partizipation der Bevölkerung "von oben herab" durchgeführt wurde. Die Planer hatten sich darauf verlassen, mit einer scheinbar "angepaßten" Technologie eine ideale Lösung für die Agrarentwicklung in der Region gefunden zu haben. Jeder Beduine, der sich für dieses Programm meldete, bekam eine Windpumpe vor sein Zelt gestellt. Die Planer hofften, daß sich damit die angestrebten Entwicklungsziele quasi von selbst einstellen würden. Der hierzu erforderliche Beratungsdienst erwies sich jedoch für diese Aufgabe als völlig ungeeignet.
- 4) Die Verteilung von subventioniertem Futter führte nicht nur zu einer Reduzierung der saisonalen Weidewanderungen, sondern auch zu einer Aufstockung der Viehbestände. Dieser Effekt wurde dadurch verstärkt, daß gleichzeitig auf den libyschen Märkten die Nachfrage nach Fleisch stieg. Verbilligtes Futter in Ägypten und höhere Preise in Libyen machten die Viehproduktion zu einem lukrativen Geschäft. Sie orientierte sich von nun an den Möglichkeiten des Marktes und nicht mehr, wie früher, an den ökologischen Bedingungen. Das Gleichgewicht zwischen Mensch und Umwelt kam innerhalb weniger Jahre durcheinander. Überweidung bis hin zur völligen Zerstörung der Vegetation und hochgradige Bodenerosion sind die Folgen. Allein im Bezirk Burg al-'Arab stieg die Zahl der gehaltenen Tiere von etwa 121 000 im Jahre 1967 auf fast 300 000 im Jahre 1978. Heute gibt es im Governorat Marsa Matruh nach der amtlichen Statistik von 1982 etwa 1,3 Millionen Schafe und Ziegen. Das entspricht ungefähr dem Dreifachen der natürlichen Tragfähigkeit der Region (vgl. FAO/UNDP 1970, REMDENE 1980).
- 5) Die Aufgabe der Mobilität war gleichbedeutend mit einer Reduzierung der Flexibilität der Wirtschaftsweise. Viehproduzenten, die unter den marginalen ökologischen Bedingungen der Region nicht mehr vor einer lokal begrenzten Dürre ausweichen, weil sie an Haus und Baumplantage gebunden sind, kommen in völlige Abhängigkeit von der Futtermittelversorgung. Zusätzlich wird diese Abhängigkeit durch "Food for Work" und subventionierte Lebensmittel verstärkt.
- 6) Die negativen ökologischen Auswirkungen und Begleiterscheinungen der Selbsthaftwerdung werden schließlich dadurch verschärft, daß diese Prozesse in einem schmalen Streifen entlang der Straße konzentriert ablaufen.

Eine Bewertung der ersten Phase staatlicher Entwicklungsaktivitäten in Marsa Matruh muß schon allein auf Grund der aufgeführten Folgen sehr zwiespältig ausfallen. In rein technischer Hinsicht konnten die verschiedenen Maßnahmen durchaus zu einem großen Teil ihre unmittelbaren Ziele erreichen: Die Bedingungen der Wasserversorgung und des Pflanzenbaus wurden verbessert, und auch in der Sesshaftwerdung der Nomaden waren Erfolge zu verbuchen. Trotzdem verlief die erste Phase der Implementierung nicht ganz so, wie von den Planern erhofft. Schwierigkeiten ergaben sich im Zusammenhang mit dem Entwicklungsstil. Die technokratische Durchführung der Maßnahmen und der distanzierte Kontakt zwischen Entwicklungsbürokratie und Beduinenbevölkerung verhinderten jede Form von aktiver Partizipation der Beduinen. Ein Aufsatz von ABOU-ZEID (1959) über ein Pilotprojekt in der Region vermittelt davon einen Eindruck: Für dieses Projekt wurde an der Küste bei Ra's al-Hikma 200 Kilometer westlich von Alexandria eine Fläche von fast 3 000 Hektar konfisziert und eingezäunt. Die Nomaden, die dieses Gebiet bisher als Weideland genutzt hatten, sollten erst im Rahmen der durchzuführenden Maßnahmen wieder in das Projektgebiet hineingeholt werden:

"A section of the land put aside for the pilot project was divided into plots on each of which was built a 'model' house designed to meet all the requirements of the Bedouin in his new life. Each dwelling has its own small garden where vegetables and fruit can be grown for private consumption, and its own animal byre. Wells provided with wind-pumps have also been constructed to provide the settlers with water for daily use and for the irrigation of their gardens" (ABOU-ZEID 1959: 556).

Das Musterdorf zur Nomadenansiedlung hatte alles, was das Leben für einen ägyptischen Bauern angenehm macht. Die Beduinen zeigten jedoch, zur Verwunderung der Entwicklungsplaner, wenig Neigung, diese Annehmlichkeiten zu übernehmen:

"The people have not yet shown any real interest in what is going on around them, in spite of the laborious and continuous efforts made by the staff of the research station to stimulate this interest" (ABOU-ZEID 1959: 556).

Zielsetzungen, Maßnahmen und Ergebnisse kennzeichnen den Entwicklungsstil der ersten Implementierungsphase als technokratisch und von oben gesteuert, mit einer starken Wohlfahrtskomponente. Nichts von alledem war dazu angetan, die Beduinen zu einer aktiven Teilnahme und zu selbstbestimmten Anstrengungen im Entwicklungsprozeß zu motivieren.

In der zweiten Implementierungsphase seit 1978/1979 wurde die Vorgehensweise teilweise revidiert, obwohl die Zielsetzungen der Regionalentwicklung unverändert blieben. Die Maßnahmen und die Methoden ihrer Umsetzung sind heute differenzierter, vor allem aber ist die Partizipation der Bevölkerung intensiver als vor 20 Jahren. Zum Teil sind diese Veränderungen darauf zurückzuführen, daß die Entwicklungsbürokratie in Marsa Matruh inzwischen

fest etabliert ist, daß die Zusammenarbeit mit der Stammesbevölkerung institutionalisiert wurde und daß man auch auf Seiten der regionalen Bürokratie Erfahrungen aus früheren Fehlern gezogen hat. Zum Teil sind der heute praktizierte Entwicklungsstil und die Intensität der staatlichen Bemühungen aber auch verursacht durch die politische Lage im Grenzgebiet.

Explizites Ziel der Regionalentwicklung ist nach den Worten des Direktors der Agrarabteilung in Marsa Matruh (Interview 13.4.85):

"...to help the bedouins to settle and improve their welfare. The most important and emphasized policy is the introduction of the 'know how'."

Sein Kollege von der Abteilung für Wüstenerschließung wird da im Gespräch noch etwas konkreter (Interview 30.6.84):

"The bedouins are lazy. We have to educate them to work."

Die Strategie mit einem "erzieherischen" Anspruch erklärt einer der Abteilungsleiter folgendermaßen (Interview 13.4.85):

"These bedouins are ignorant. Our strategy is to let them feel they are in need of something. Then, whenever the people need something, they come to ask the government. (...) But the bedouins always want to get benefits for nothing. (...) The government then gives them demonstrations of better cultivation. The bedouins learn by imitation from the demonstration projects."

Die "erzieherische" Komponente der Maßnahmen in der gegenwärtigen Implementierungsphase besteht primär in einer massiven finanziellen und materiellen Unterstützung von Bauvorhaben, die die Beduinen in Selbsthilfe ausführen. Dieses Programm wird von der Abteilung für Wüstenerschließung mit Mitteln des World Food Programme durchgeführt. Die wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des Programmes sind folgende:

- 1) Für den Bau von Steinhäusern stellt die Regierung über die lokale Genossenschaft kostenlos Zement und Holz zur Verfügung. Der Bauherr selbst besorgt Sand, Kies und Steine und bezahlt die Arbeitskräfte. Für die Maurerarbeiten und das Dach werden Facharbeiter hinzugezogen. Zusätzlich zum Baumaterial erhält der angehende Hausbesitzer deshalb eine Vorschußprämie von 200 L.E. und einen zinslosen Kredit von knapp 1 000 L.E., den er innerhalb von 10 Jahren zurückzahlen muß. Während der Bauzeit wird er außerdem mit Lebensmittelrationen aus dem "Food for Work"-Programm versorgt. Insgesamt belaufen sich die staatlichen Ausgaben für den Bau eines solchen Beduinenhauses, bestehend aus zwei Räumen und einem ummauerten Hof, auf etwa 1 400 L.E. (ägyptische Pfund: 1985 etwa 3 000 DM). Für ägyptische Verhältnisse ist dies eine enorme Summe. Sie

entspricht ungefähr dem Zweifachen des durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommens in Ägypten. Die Bauzeit für ein Standardhaus beträgt etwa 300 Arbeitstage, wovon ein Drittel auf Facharbeiten entfällt (vgl. FAO/WFP 1986).

- 2) Die Anlage neuer Zisternen wird durch die Bezahlung einer Prämie gefördert, die sich nach Menge und Art der Erdarbeiten richtet. Für jeden Kubikmeter Aushub werden je nach Härte des Gesteins 3 - 7 L.E. bezahlt. Eine typische Zisterne von 300 Kubikmetern kann ihrem Besitzer gut 1 500 Pfund einbringen, wenn er sie selbst baut. Andernfalls muß er davon die Löhne seiner Arbeiter bezahlen. Die Lohnkosten betragen etwa so viel wie die staatliche Prämie. Eine Arbeitskraft kann pro Tag eine Leistung von 0,5 bis 2 Kubikmeter Aushub erbringen. Einen Teil der Prämie erhält der Besitzer der neuen Zisterne nicht in bar, sondern in Form von Lebensmittelrationen. - Ein Beduine zeigte mir einmal etwas ratlos einen Stapel von 350 Dosen Ölsardinen, die er als "Food for Work" erhalten hatte. Die Lebensmittelhilfe ist, wie in diesem Fall, häufig eher eine versteckte Kapitalhilfe, denn sie wird weiterverkauft.
- 3) Kleinere Erd- und Steindämme werden ebenfalls von den Beduinen in Eigenarbeit errichtet. Sie erhalten dafür pro Kubikmeter 2 L.E., davon die Hälfte in Form von Lebensmitteln.
- 4) Größere Stein- und Erddämme mit zementierter Oberfläche werden von Arbeitskolonnen der Behörde für Wüstenerschließung errichtet. Planiertraupen schieben das benötigte Material zusammen. Diese Dämme, von denen einige bis zu 10 Meter hoch und 500 Meter lang sind, dienen als Wadisperren und zum Auffangen des Abflusses vor der Mündung ins Meer. Die Beduinen, deren Land dadurch für Baumkulturen inwertgesetzt wird, brauchen sich weder am Bau noch an den Kosten der Dämme zu beteiligen.

Angesichts der umfangreichen finanziellen und materiellen Unterstützungen, die die genannten vier Maßnahmenpakete den Beduinen brachten, ist es kaum verwunderlich, daß das Programm sich in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut. Die Zusprache, die die einzelnen Bestandteile des Programmes fanden, zeigt sich in den Erfolgsbilanzen:

- 1) Über die Zahl der neu gebauten Häuser liegen keine genauen Zahlen vor, es dürften in den letzten Jahren etwa 300 - 500 pro Jahr gewesen sein. Das Programm trug dazu bei, daß der Anteil der Beduinen, die in festen Häusern leben, innerhalb der letzten 10 Jahre (1976-1986) schätzungsweise von 60% auf 80% gestiegen ist.
- 2) Bis Januar 1986 wurden über 4 000 neue Zisternen von Beduinen oder in ihrem Auftrag von Lohnarbeitern gebaut.
- 3) Die kleinen von den Beduinen selbst gebauten Dämme zur Aufleitung von Oberflächenwasser auf ihre Felder und zur Erhöhung der Infiltrationsmenge lassen sich gar nicht zählen. Sie sind aber ein Zeichen für die intensiven Bemühungen der Besitzer, die Nutzbarkeit dieser Flächen zu verbessern.

4) Allein in den Jahren 1984 und 1985 wurden von der Abteilung für Wüstenerschließung 350 Steindämme und etwa noch einmal so viele Erddämme errichtet, die zusammen 3 500 Hektar Kulturland versorgen.

In Anbetracht der aufgeführten Ergebnisse wird der Verlauf der staatlichen Regionalentwicklung von offizieller Seite als überdurchschnittlich erfolgreich gewertet. Die Planziele beim Bau von Zisternen wurden sogar bei der Ausführung noch übertroffen. Auch die Evaluierung der WFP-Unterstützung kommt zu dem Ergebnis:

"WFP food has been effectively used as an incentive for settling of Bedouins" (vgl. FAO/WFP 1986).

Ich möchte an dieser Stelle noch keine abschließende Bewertung der geschilderten Maßnahmen vornehmen, da sich die Fragestellungen dieser Arbeit nicht allein auf die technischen Maßnahmen der Regionalentwicklung, sondern primär auf ihre Auswirkungen im sozialen Umfeld beziehen. Wenn ich hier jedoch vorläufig nur die technischen Aspekte der Entwicklung betrachte, die oben dargestellt wurden, dann kann ich den offiziellen Wertungen ohne Bedenken zustimmen: Die Aktivitäten der zweiten Implementierungsphase seit 1979 haben die Einkommenssituation der Beduinen verbessert, und sie haben einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Entwicklungsziele der Region geleistet. Auch die Beduinen selbst bewerten die Maßnahmen überwiegend positiv. Insbesondere natürlich diejenigen, die davon profitierten. Bevor aber die Auswirkungen der staatlichen Regionalentwicklung im Zusammenhang des durch sie gezielt beschleunigten sozialen Wandels analysiert werden können, muß zuerst dargestellt werden, in welcher Weise die Regionalentwicklung durch eine institutionelle Verbindung zu der Stammesbevölkerung flankiert wurde.

2. INSTITUTIONALISIERUNG DER VERBINDUNG STAMM - STAAT

In den vorhergehenden Abschnitten dieses Kapitels wurde dargestellt, in welcher Weise sich der ägyptische Staat in Marsa Matruh als Motor der Entwicklung betätigt. Die regionale Entwicklungsbürokratie wurde in diesem Zusammenhang als "Transmissionsriemen" bezeichnet, denn durch sie werden die vom Staat ausgehenden Impulse übertragen. Im folgenden Teil des Kapitels geht es darum, in welcher Weise die Transmission erfolgt, oder - um im Bilde zu bleiben - mit welchen Mechanismen und Verbindungen der "Riemen" in die Stammesgesellschaft hineingreift und sie in Bewegung versetzt. Um zu verstehen, wie sich diese von außen kommenden Impulse in der Stammesgesellschaft in eine verändernde Bewegung umsetzen, ist es notwendig, zunächst wieder an die Ausführungen über die traditionellen Strukturen der

Aulad 'Ali anzuschließen: Welche Ansatzmöglichkeiten bieten sie einem gezielten administrativen Eingriff?

Der zentralistische Aufbau des Staates und seiner Entwicklungsbürokratie und die segmentäre Zusammensetzung der Stämme unterscheiden sich durch geradezu gegensätzliche strukturelle Prinzipien. Ein Eingreifen des Staates "von oben" und eine Partizipation der Stammesbevölkerung "von unten" setzen deshalb irgendeine Form der Verbindung voraus, über die die beiden Seiten miteinander kommunizieren können. Drei Verbindungen lassen sich identifizieren, in denen Staat und Stamm in einer institutionalisierten Form ineinander greifen (siehe Abb. C-1):

- Der 'umda als offizieller Kontaktmann zur Verwaltung,
- der majlis (Parlament) als Bühne der Regionalpolitik,
- die jama'ia (Genossenschaft) als Verband der Agrarproduzenten.

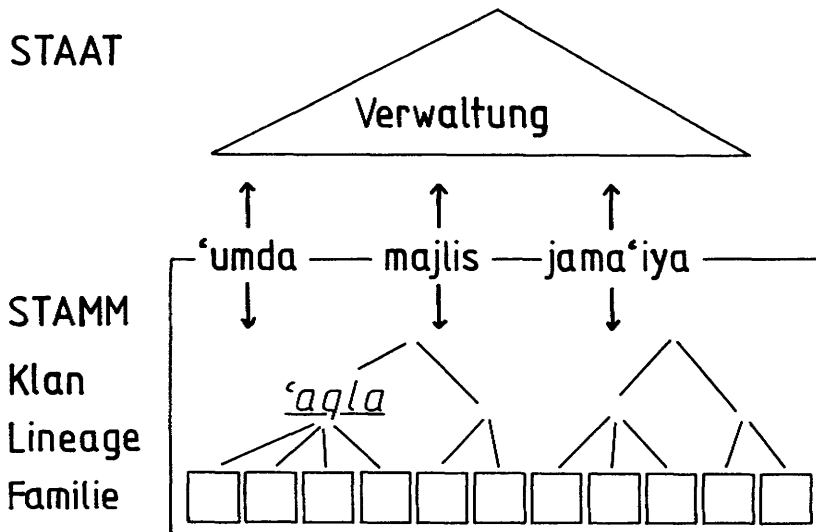


Abb. C-1: Schematische Darstellung der Verbindung staatlicher und stammlicher Institutionen

Alle drei Institutionen bestehen zwar aus Stammesmitgliedern, wurden aber vom Staat als Verbindungsglieder zur Bevölkerung installiert. Es wird nun zu zeigen sein, in welcher Weise strukturelle Merkmale des Stammsystems in die neuen Institutionen einfließen, und wie sie dabei mit staatlichen Vorgaben zusammentreffen.

2.1. 'umda: Kontakt und Kontrolle

Der 'umda (Plural: 'umad) ist der Kontaktmann der Regierung in der Bevölkerung. Dieses Amt gab es ursprünglich nur in den Dörfern des Niltals. Hier war der 'umda als vom Staat eingesetzter Dorfchef vor allem dafür verantwortlich, daß die Bauern pünktlich ihre Steuern bezahlten (BAER 1962: 141). Während des 19. Jahrhunderts stiegen diese Notablen zu einer wohlhabenden ländlichen Oberschicht auf. Bei den ägyptischen Beduinenstämmen wurden solche vom Staat verpflichteten Kontaktleute erst mit der Expansion in die Wüste seit Muhammad 'Ali benötigt (OBERMEYER 1973: 164). Erst Anfang dieses Jahrhunderts wurden auch bei den Aulad 'Ali einige Stammesführer in eine solche Position berufen. Diese Maßnahme war der erste Schritt der damaligen anglo-ägyptischen Regierung, um in der Stammesgesellschaft Fuß zu fassen. Als Mittel dazu diente eine Politik, die der für ihre Ausführung verantwortliche Offizier DUMREICHER (1931: 36) als "...introduction of an orderly administration among the bedouins in the desert" bezeichnet:

"Fourteen Government omdas (tribal chiefs) and sheikhs were appointed along the coast at a salary of three pounds and four pounds a month, and the relations between the coastguard and the nomads became more and more friendly" (DUMREICHER 1931: 36).

Seitdem ist die Zahl der offiziellen Kontaktleute um einiges größer geworden. In den sechziger Jahren wurden noch zusätzliche Stellen eingerichtet, so daß es heute bei den Aulad 'Ali etwa 150 davon gibt. Diese 150 Männer nennen sich nicht alle 'umda, sondern es gibt daneben auch noch den Titel *shaikh* (Plural *shuykh*), wie auch schon in obigem Zitat bemerkt. In der Funktion besteht zwischen diesen beiden Ämtern kein Unterschied, sondern nur im Rang: Der 'umda ist für eine größere Stammesgruppe oder mehrere benachbarte Gruppen zuständig, während der *shaikh* in der Regel einen kleineren Zuständigkeitsbereich hat. Daneben läßt sich noch ein strukturell bedingter Unterschied zwischen ihnen feststellen, auf den ich später noch eingehen werde. Die Gehälter der beiden Amtsträger unterscheiden sich nur unwesentlich. Seit der Jahrhundertwende wurden sie kaum erhöht, so daß die Entlohnung der stammlich-staatlichen Kontaktmänner heute nur noch eine eher symbolische Bedeutung hat. Die folgenden Ausführungen gelten sinngemäß für beide.

Arbeitgeber des 'umda ist der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Marsa Matruh. Ihm hat er alle Vorfälle zu melden, die die "öffentliche Ordnung" und die Interessen des Staates verletzen. Dazu gehören vor allem offene Streitigkeiten zwischen Stammesgruppen, aber auch kriminelle Vorkommnisse oder verdächtige Beobachtungen, beispielsweise wenn sich unbekannte Personen oder neugierig fragende Ausländer in der Wüste herumtreiben. Die Sicherheitspolizei im Governorat war deshalb stets gut informiert über den Stand meiner Feldforschung. Umgekehrt hat der 'umda die Weisungen seines Führungsoffiziers zu befolgen und zum Beispiel bei der Verfolgung gesuchter Verbrecher zu helfen und sie, falls sie in seinem

Bezirk leben, an die Polizei auszuliefern. Seinen offiziellen Aufgaben nach müßte man den umda als einen Spitzel und Handlanger der Obrigkeit bezeichnen. Das würde jedoch weder seiner Person noch seiner tatsächlichen Funktion gerecht werden. Seine Verantwortlichkeit geht nämlich in zwei Richtungen: Als Polizeihilfe soll er seinen Leuten gegenüber eine Kontrollfunktion ausüben, aber als Stammesmitglied ist er in die tribalen Solidarverpflichtungen eingebunden. Er kann die ihm von oben aufgebene Kontrolle sogar nur solange ausüben, wie er einen Rückhalt und ein gewisses Vertrauen in seinem Klan genießt. Seine Aufgabe erfordert also eine ständige Gratwanderung zwischen den sich widersprechenden Verpflichtungen gegenüber dem Staat und gegenüber dem Stamm.

Die Auswahl und Bestimmung des umda erfolgt heute im Prinzip noch nach den gleichen Kriterien wie vor 80 Jahren:

"The omdaship is not necessarily hereditary; a man is chosen for his riches or his talents, or his force of character. The office, though involving a great deal of labour, often of a thankless kind, is not remunerated in any way, and, the day's work over, there is little to distinguish the omda from the rest of his tribesmen" (DUMREICHER 1931: 39).

Da die Bezahlung für das Amt heute eher einen nominellen Wert hat, ist der umda weitgehend auf sein eigenes Vermögen und die Einkünfte seiner Familie angewiesen. Außerdem kann er sein Amt nur ausüben, wenn er in der Stammesbevölkerung respektiert wird. Ursprünglich wurden deshalb nur solche Personen ausgewählt, die bereits durch ihren Besitz und ihr Ansehen einen überdurchschnittlichen Status besaßen. In der Praxis der Nominierung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zwei signifikante Änderungen ergeben:

- 1) Da der umda nicht gegen die Opposition seiner Stammesgruppe die ihm übertragenen Funktionen ausüben kann, ist auch der Sicherheitspolizei an einer Zustimmung der Bevölkerung zur ausgewählten Person gelegen. Auf eine informelle Weise wird deshalb den Stammesmitgliedern die Möglichkeit zur Mitbestimmung an der Nominierung eingeräumt.
- 2) Den größten Einfluß auf die Nominierung eines Nachfolgers hat jeweils der alte umda, der in der Regel seinen ältesten Sohn auf die Tätigkeit vorbereitet und ihn der Stammesversammlung als Nachfolger vorschlägt. Durch diese Praxis wurde das Amt inzwischen quasi erblich. Wenn der Sohn noch zu jung oder aus anderen Gründen ungeeignet für die Ausübung des Amtes sein sollte, übernimmt meist ein naher Verwandter den Posten.

Diese beiden Änderungen der von staatlicher Seite eingerichteten Institution des umda können als Adaptierungen an das Stammsystem interpretiert werden. Die Anpassung der Institution an die soziostrukturellen Bedingungen besteht vor allem darin, daß die Zugehörigkeit zu den tribalen Segmenten ausschlaggebend für die Auswahl und Einsetzung eines umda ist. Der Zuständigkeitsbereich eines umda umfaßt nämlich einen Bezirk, der meist größer ist als das Territorium (watan) seines eigenen Klans. Das bedeutet, daß er auch für die Mitglie-

der benachbarter Gruppen als Kontaktmann zur Obrigkeit fungiert. In dieser Situation ist es naheliegend, daß es sich für eine Stammesgruppe vorteilhafter auswirkt, wenn einer ihrer eigenen Leute die Verbindung zur Staatsgewalt hält, als wenn dies ein Nachbar tut, mit dem sie keine gegenseitigen Solidaritätsbindungen haben. Auch wenn die Institution des ‘umda also ursprünglich dem staatlichen Eingreifen in der Region als "Speerspitze" dienen sollte, ist sie heute offensichtlich genauso von der stammlichen Seite wie von der offiziellen Aufgabenteilung geprägt. Die Bedingungen des Stammessystems beeinflussen die räumliche und soziostrukturelle Verteilung der Kontaktleute in zwei Punkten:

- 1) Die ‘umda-Stellen sind proportional an die großen Stämme und Klans verteilt. Das führt dazu, daß in einem Bezirk nicht unbedingt der lokal größte Klan vertreten sein muß, sondern der regional einflußreichste und in der Statushierarchie am höchsten stehende Verband.
- 2) Wegen dieser Bedeutung der Statushierarchie sind die Murabitin bei der Vergabe von ‘umda-Stellen absolut benachteiligt. Sie machen zwar etwa die Hälfte der Stammesbevölkerung aus, stellen aber selten in ihrem Bezirk den offiziellen Kontaktmann. Ein Sa’adi-Klan würde kaum einen Mann aus einem benachbarten Murabitin-Klan in dieser Position akzeptieren. Allein schon die Frage nach einer solchen Situation erregt bei den Sa’adi Heiterkeit, weil sie zu komisch ist, um ernsthaft diskutiert werden zu können. Trotzdem war es aber offensichtlich notwendig, auch in solchen Gebieten Kontaktleute zu installieren, in denen Sa’adi-Gruppen die Minderheit bilden. Hier stellt dann ein großer Murabitin-Klan einen Mann, der zwar die gleiche Funktion hat wie ein ‘umda, aber zur Verdeutlichung seines niedrigeren Ranges als shaikh bezeichnet wird.

Die genannten Auswahlkriterien belegen, daß die Institution des ‘umda strukturell nicht nur an den Staat, sondern auch an das Stammessystem gebunden ist. Die Funktion eines Bindegliedes ist durch eine doppelseitige Verantwortlichkeit gekennzeichnet: nach oben gegenüber der Bürokratie und nach unten gegenüber der Bevölkerung. Damit bildet der ‘umda das Zwischenstück zwischen dem zentralistischen Apparat der Entwicklungsbürokratie und der segmentär organisierten Regionalgesellschaft. Dies äußert sich in der Art und Weise, wie die Kontaktleute ihre Tätigkeit ausüben. Gemäß der Aufgaben, die ihnen von den Behörden vorgeschrieben sind, hätten sie primär Kontrollfunktionen für den Staat auszuüben. Zusätzlich haben sie aber eine Kontaktfunktion, die sowohl im Interesse des Staates als auch der Stammesmitglieder liegt. Wegen ihrer doppelseitigen Verantwortung haben ‘umda und shaikh keine wirklichen Entscheidungskompetenzen, sondern sie fungieren lediglich als Mittler zwischen den Behörden und der Bevölkerung. Sie pendeln ständig zwischen dem Territorium ihres Klans und den verschiedenen Verwaltungsstellen in Marsa Matruh hin und her. Viele von ihnen, besonders diejenigen, die aus weiter entfernten Gebieten Richtung Westen kommen, besitzen bereits ein Stadthaus und ein Landhaus. Sie sind dauernd unterwegs, ohne dabei einem festen Zeitplan zu folgen. Zu Hause bei ihrem Klan sind sie ansprechbar für die

Männer aus ihrem Bezirk, die ihnen Eingaben und Aufträge an die Verwaltung mitgeben. In Marsa Matruh dienen ihre Behördenbesuche teils diesen konkreten Anliegen, teils auch einfach der Kontaktpflege. Der letztgenannte Zweck ist in mancher Hinsicht sogar der wichtigere, denn er ist die Voraussetzung für den Erfolg des ersten. "Antechambrieren", das Herumsitzen in den Vorzimmern der bürokratischen Macht, ist die Hauptbeschäftigung von 'umda und shaikh. Worum es dabei geht, und welche Bedeutung diese Tätigkeit hat, läßt sich aus der Perspektive der teilnehmenden Beobachtung schildern:

Als Beispiel für die Arbeitsweise eines solchen Stammesfunktionärs sei ein typischer Tagesablauf von 'umda Sa'id beschrieben, mit dem ich gelegentlich in der Stadt unterwegs war:

- 7:00 Uhr Fahrt von Jarawla nach Marsa Matruh mit dem Kleinlaster eines Nachbarn (ca 30 km).
- 7:30 Besuch auf dem Viehmarkt, um die Preisentwicklung zu erkunden. Gespräche mit Händlern und zahlreichen Bekannten.
- 8:30 Besuch beim Kommandeur der Sicherheitspolizei, kein konkreter Anlaß. Anwesend sind sieben Beduinen und zwei Beamte. Gespräche über meine Untersuchungen in Jarawla.
- 10:00 Mit einem Kollegen fährt Sa'id zum Agraramt. Dort arbeitet sein Neffe 'Umran als Agraringenieur. Sa'id beauftragt ihn, dafür zu sorgen, daß möglichst schnell die Prämie für einen Brunnen, den er hat graben lassen, ausbezahlt wird. 'Umran sitzt zwar in der falschen Abteilung, aber er kennt den zuständigen Ingenieur in der Abteilung für Wüstenerschließung.
- 10:30 Besuch bei Ingenieur Daghsh in der Abteilung für Wüstenerschließung. Er wird gebeten, möglichst bald das Aushubvolumen des neuen Brunnens von Sa'id zu messen, damit die Prämie berechnet werden kann.
- 11:00 Einkaufen für das Mittagessen auf dem Markt: Zwei lebende Hühner. Sa'id bringt sie 'Umrans Frau nach Hause.
- 12:30 Besuch beim Gouverneur. Es geht um die nächste Sitzung des Regionalparlamentes. Anwesend sind acht Beduinen, davon zwei, die auch am Morgen beim Polizeichef saßen.
- 14:00 Mittagessen mit 'Umran, dann Siesta.

17:00 Treffen mit einigen Kollegen beim Vorsitzenden des Regionalparlamentes. Gespräch über die nächste Sitzung, dann gemeinsames Fernsehen (Fußball). Sa'id bleibt die Nacht über in der Stadt im Haus von 'Umran.

In den Amtsstuben von Marsa Matruh hatte ich Gelegenheit, beim gemeinsamen Warten und Herumsitzen mit der Zeit etwa 40 oder 50 dieser vom Staat bestellten Stammesnotablen kennenzulernen. Einige von ihnen konnte man alle paar Tage beim Polizeichef, den Verwaltungsdirektoren oder sogar dem Gouverneur persönlich antreffen, wo sie häufig mit sechs, sieben oder zehn ihrer Kollegen teetrinkend zusammensaßen und über ihre Alltagsgeschäfte redeten. Alle von ihnen trugen zur äußeren Kennzeichnung ihrer Stellung eine eindrucksvoll bestickte Tracht und rote Kappen. Bei einigen schaute unter dem weißen Umhang ein Pistolenhalter hervor. Nicht nur in ihrem äußeren Auftreten, sondern auch im Umgang mit den Beamten demonstrierten sie ihr Selbstbewußtsein. In den Büros der Behördenchefs herrschte auf diese Weise ein ständiges Kommen und Gehen, ohne daß jedesmal ersichtlich war, was die Beduinenvertreter eigentlich wollten. Bei den Gesprächen mit den Verwaltungsleuten wurden zwar immer wieder die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen und die Art ihrer Durchführung diskutiert. Ich habe jedoch nie erlebt, daß dabei ad hoc Beschlüsse gefaßt worden wären.

Was also ist der Sinn dieses "Antechambrierens"? Er ist meines Erachtens in der Kontaktfunktion des 'umda zu suchen. Der Kontakt, für den er sorgen soll, besteht nicht einfach nur darin, daß er sich als Botengänger für seine Leute und als Informationsträger für die Bürokratie betätigt. Kontakt bedeutet auch Einflußnahme. Meine Beobachtung, daß bei den permanenten Behördengesprächen nicht unmittelbar auch Beschlüsse, beispielsweise über die regionale Verteilung von Entwicklungsgeldern, gefaßt wurden, mag zufällig sein. Tatsache aber ist, wie mir von einem Abteilungsleiter in der Governoratsverwaltung bestätigt wurde, daß Entscheidungen über die Mittelvergabe von ihm alleine "nach Rücksprache mit den Beduinen" getroffen werden. Dabei bemühe er sich um Verteilungsgerechtigkeit, weil er daran interessiert sei, zu allen Gruppen ein gutes Verhältnis zu wahren. Gradmesser dafür sind jedoch nicht die Beduinen draußen in der Wüste, sondern ihre Vertreter, die ihn in seinem Büro umlagern und ihre Forderungen stellen. Entscheidungen, auch wenn sie scheinbar von der Entwicklungsbürokratie im Alleingang getroffen werden, kommen auf informellem Wege zustande. Über die Schreibtische der Behördenchefs werden enorme Summen an Entwicklungsgeldern verteilt. Ein guter 'umda zeichnet sich dadurch aus, daß er seinen Einfluß und seine Verbindungen einsetzt, um für seine Leute ein möglichst großes Stück von diesem Kuchen abzubekommen. Da das jedoch alle tun, muß jeder ständig darüber wachen, daß er nicht von seinen Kollegen übervorteilt wird.

Wenn man sich die Institution des 'umda vor dem Hintergrund der im vorigen Kapitel erläuterten Prinzipien des traditionellen Stammessystems anschaut, wird deutlich, daß ihre Funktion im Zusammenhang mit dem intersegmentären Spannungszustand steht. Der Kontakt zum Staat bringt materielle Vorteile, um die die Stammessegmente miteinander konkur-

rieren. Das "Antechambrieren" ist also eine Fortsetzung der Stammespolitik mit anderen Mitteln. Ein 'umda, der dabei erfolgreich ist, genießt auch das Ansehen und die Unterstützung seiner Leute. Unzufriedenheit, Ablehnung und Opposition dagegen kann er sich aus einer Reihe von Gründen einhandeln:

- 1) Wenn sich ein 'umda nicht stark genug bei der Entwicklungsbürokratie für die Durchführung von Maßnahmen in seinem Bezirk einsetzt, nehmen die Bewohner ihre Angelegenheiten selbst in die Hand und bemühen sich bei den Behörden in Marsa Matruh um Unterstützung.
- 2) Ein 'umda, der noch zu jung und unerfahren ist, hat im allgemeinen nicht genug Autorität innerhalb der Stammesbevölkerung.
- 3) Wenn der für einen Bezirk zuständige 'umda zu einem fremden Klan gehört, richten sich die Mitglieder anderer Gruppen gelegentlich auch mit ihren Anliegen an einen verwandten 'umda aus einem anderen Gebiet.
- 4) Wenn der 'umda seine Behördenkontakte in zu offensichtlicher Weise nutzt, um sich persönlich zu bereichern, während seine Nachbarn von der staatlichen Entwicklungsförderung kaum bedacht werden, kommt es zu Konflikten.

Der letztgenannte Punkt ist hier der entscheidende, denn er gefährdet die Solidarbindungen des Klans. Tatsächlich ist es nicht die Ausnahme, sondern beinahe schon die Regel, daß der 'umda das beste Kulturland im Territorium seines Klans besitzt und dort als erster von den Bau- und Erschließungsmaßnahmen des staatlichen Entwicklungsprogramms profitiert hat. Damit führt er den sozialen Wandel der Stammesgesellschaft an. Auf die sozialen Auswirkungen dieses Phänomens werde ich später noch ausführlicher eingehen. An dieser Stelle läßt sich aber bereits feststellen, daß die Tätigkeit des 'umda nicht nur, wie oben bemerkt, eine Gratwanderung zwischen staatlichen und stammlichen Interessen darstellt, sondern daß dazu auch die persönlichen Interessen treten. Die Verquickung öffentlicher und privater Ziele mag auch aus dem oben zitierten Tagesprotokoll deutlich geworden sein. Die Institution des 'umda wirkt nicht in erster Linie deshalb beschleunigend auf den sozialen Wandel, weil sie ein direktes Instrument staatlicher Kontrollinteressen gegen stammliche Strukturen wäre, sondern weil sie stammliche Solidarbindungen durch die Förderung individueller Interessen untergräbt.

2.2. majlis: Politische Partizipation

Das politische System Ägyptens verfügt formell über demokratische Institutionen, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene der Bevölkerung durch Wahlen eine Beteiligung an

politischen Prozessen ermöglichen sollen. De facto werden diese Institutionen aber von der Regierungspartei majorisiert, so daß gesellschaftliche Kräfte sich entweder über die Partei selbst oder über Interessenverbände Gehör verschaffen können. Ihre Möglichkeiten jedoch, von unten nach oben Einfluß auszuüben, sind angesichts der patrimonialen Strukturen des politischen Systems begrenzt. Die Vertretungsgremien auf verschiedenen Ebenen sind in Ägypten deshalb nicht nur Instrumente zur Kontrolle der Regierung, sondern sie dienen als Bestandteile des patrimonialen Systems umgekehrt auch zur Kontrolle der Bevölkerung durch die Regierung. Auch die Liberalisierung des Systems unter Mubarak und die Wahlen zum nationalen Parlament 1984 und 1987 bewirkten keine prinzipiellen Änderungen, weil die Kompetenzen der Parlamente begrenzt sind. Das gilt auch für Marsa Matruh, wo die formellen demokratischen Institutionen nach dem gleichen Muster wie im Niltal der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali einfach von oben übergestülpt wurden. Sie sollen als Plattformen für eine - wenn auch nur begrenzte - politische Partizipation der Bevölkerung dienen. Das Besondere an diesen Institutionen in Marsa Matruh ist, daß sie eine solche Funktion in gewisser Weise tatsächlich erfüllen, und zwar aufgrund der spezifischen soziokulturellen Bedingungen der regionalen Bevölkerung. In diesem Kapitel ist zu zeigen, wie die formellen "schein-demokratischen" Institutionen von informellen sozialen Strukturen durchsetzt werden und damit "stammes-demokratische" Funktionen übernehmen.

Der Aufbau der Volksvertretungen auf verschiedenen regionalen Ebenen ist in ganz Ägypten im Prinzip einheitlich organisiert. Auf lokaler Ebene steht der Gemeinderat (*majlis al-qaria*) beziehungsweise Stadtrat (*majlis al-madina*). Darüber folgen Bezirksrat (*majlis al-markazi*) und Governorats-Parlament (*majlis mahalli*). Auf nationaler Ebene schließlich bildet die "Volksversammlung" (*majlis ash-sha'b*) in Kairo die Spitze der hierarchisch gestaffelten Vertretungsgremien. Grundlage für die Wahl von Abgeordneten ist eine regionale Gliederung der Bevölkerung mittels einer Einteilung in Wahlkreise: Jedes Governorat entsendet eine bestimmte Anzahl von Vertretern in das nationale Parlament, und in entsprechender Weise verfügt auf der Ebene darunter jeder "Markaz" über einen bestimmten Anteil der Sitze im Governorats-Parlament. Dieses System soll eine gleichmäßige räumliche Verteilung der Repräsentation der Bevölkerung sicherstellen.

Die regionalen Besonderheiten im Governorat Marsa Matruh lassen jedoch nicht eine völlig gleichartige Übertragung des Vertretungssystems zu. Auf der unteren, lokalen Ebene ist die Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten einfach: Da es keine Dörfer gibt wie im Niltal, kann es auch keine Dorfräte geben. Auch die Bezirksräte auf der nächsthöheren Ebene existieren nur auf dem Papier. Die politischen Strukturen in Marsa Matruh weisen deshalb eine größere Zentralisierung auf als in den anderen Governoraten Ägyptens. Hier konzentriert sich die politische Partizipation der Bevölkerung auf das Governorats-Parlament. Die 70 Abgeordneten im *majlis mahalli* werden alle vier Jahre neu gewählt, wobei jeweils 10% der Sitze für Frauen vorbehalten sein müssen. Der *majlis* tritt einmal im Monat zusammen. Seine Aufgabe besteht in erster Linie darin, die von der Entwicklungsbürokratie über den Exekutivrat vorgelegten Pläne und Vorhaben zu diskutieren und zu beschließen.

Wenn das im Niltal praktizierte Verfahren der Volksvertretung ohne jegliche Adaptionen auf die Region Marsa Matruh übertragen würde, müßten auch dort die Abgeordneten im majlis mahalli jeweils die Interessen ihres Wahlkreises vertreten. Eine räumliche Basis der Volksvertretung würde jedoch nicht der gesellschaftlichen Gliederung der Aulad 'Ali gerecht werden. Die Mitglieder der Stammesgesellschaft verfolgen nicht gemeinsame Interessen, weil sie aus dem gleichen Gebiet kommen, sondern weil sie zum gleichen Klan gehören. Verwandtschaft ist ihnen wichtiger als Nachbarschaft. Das räumliche Vertretungsprinzip ließ sich deshalb offensichtlich in der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali nicht zur Grundlage der Institution des majlis machen. Statt dessen handelten die Stämme bereits in den fünfziger Jahren untereinander und mit dem Gouverneur einen Verteilungsschlüssel aus, der eine Auswahl der Abgeordneten auf Grundlage der Stammesstruktur regelt. Die Informationen über Zusammensetzung und Arbeitsweise des majlis wurden in Interviews von seinem Vorsitzenden und einigen Abgeordneten im März 1986 erhoben.

Nach diesem Schlüssel sind fünf Sitze für Staatsbedienstete vorbehalten und einer für den Kommandeur der Sicherheitspolizei. Ein weiterer Sitz wird von dem Vorsitzenden des majlis eingenommen, der selbst zu den Aulad 'Ali gehört, seiner Funktion nach aber eher zum Block der Staatsvertreter gerechnet werden muß. Die übrigen 63 Sitze sind in sieben Blöcke von je neun Mitgliedern aufgeteilt. Einen davon nehmen die Abgeordneten aus der Oase Siwa ein. Die verbleibenden sechs Blöcke sind auf die sechs großen Hauptstämme der Aulad 'Ali verteilt. Die beiden Fraktionen der 'Ali Abiad (Aulad Kharuf und Sanaqra) erhalten jeweils neun Sitze. Jeder Stammesblock im majlis muß einen seiner neun Sitze für eine Frau reservieren. Auf diese Weise bestimmt die Stammesstruktur die Zusammensetzung des Regionalparlamentes. Auch innerhalb der einzelnen Blöcke richtet sich der Proporz der Sitzverteilung nach der internen Struktur der Hauptstämme, wie ein Vergleich mit der Übersicht der Stammesgliederung (Abb. B-11) zeigt.

Die Zusammensetzung des majlis erscheint schon bei oberflächlicher Betrachtung wie ein Abbild der Stammesstruktur der Aulad 'Ali: Die Zuteilung von zwei Blöcken an die beiden Fraktionen der 'Ali Abiad entspricht deren Mitgliederzahl, und genauso sind einige der stärksten Teilgruppen der Hauptstämme gleich mit mehreren Abgeordneten vertreten. Als Indikator für den Modus der Sitzverteilung kann schließlich auch das Verhältnis zwischen Sa'adi und Murabitin im Parlament dienen. Nach der hier aufgeführten Liste gibt es zwei reine Murabitin-Blöcke, nämlich die Qut'an und die Jimi'at. Auffällig ist, daß gerade diese beiden Blöcke jeweils von einer Teilgruppe, Mu'abda beziehungsweise Shtur, mit je sechs Abgeordneten dominiert werden. Darüber hinaus hat aber auch jeder der vier Sa'adi-Blöcke einen bis drei Vertreter von Murabitin-Klans des betreffenden Hauptstammes in seinen Reihen. Insgesamt gehören 26 Sa'adi und 28 Murabitin zum majlis. Das entspricht in etwa dem Anteil der zwei Gruppen an der Stammesbevölkerung.

Die Auflage, daß jeder Block einen seiner neun Sitze für eine Frau zu reservieren hätte, scheint den männlichen Abgeordneten bisher eher eine lästige Verpflichtung zu sein. Bei den Auseinandersetzungen um Entwicklungsgelder haben die Frauen im Parlament nicht viel mit-

zureden. Der Hauptstamm der Sinina hatte sogar Schwierigkeiten, überhaupt eine Abgeordnete aus den eigenen Reihen zu finden. Für den Posten wurde deshalb eine Angestellte der Governoratsverwaltung gewonnen, deren Familie aus Oberägypten zugewandert ist.

Der Stammesproporz bestimmt schließlich auch die Auswahl der vier Abgeordneten, die das Governorat im Nationalparlament vertreten.

Abbildung C-2: Sitzverteilung der Stämme im majlis mahalli
(März 1986) (M = Murabitin)

STAATSVERTRETER				(7)
Vorsitzender (ra'is majlis mahalli)			1	
Kommandeur der Sicherheitspolizei (mudir al-'amn)				1
Verwaltung				5
SIWA	(9)	'ALI AHMAR		(9)
Zu'ain	1	'Ashibat		3
Mishin	1	Qinashat		3
Shihaim	1	Muwalik	M	1
Aulad Moussa	1	Kimilat		1
Lahmudar	1	Frau		1
Sharamta	1			
Hadadim	1	SININA		(9)
Ganaziz	1	Mahafiz		2
Frau	1	Jarara	M	1
		Qatifa		1
'ALI ABIAD - AULAD KHARUF	(9)	'Arawa		1
'Amira	M 2	Samalus	M	2
'Aqari	2	Ishna		1
Jaber	1	Frau		1
al-Hafian	1			
al-Lahaji	M 1	QUT'AN	M	(9)
Ibrahim	1	Mu'abda	M	5
Frau	1	andere Klans	M	3
		Frau	M	1
'ALI ABIAD - SANAQRA	(9)			
Sanaqra marqiq ("reine" S.)	2	JIMI'AT	M	(9)
Jibihat	M 2	Shtur	M	5
'Awami	M 1	Moussa	M	2
az-Za'irat	1	Qawasim	M	1
Labaidi	1	Frau	M	1
Krithi	1			
Frau	1			

Offiziell werden von den verschiedenen politischen Parteien, die in Marsa Matruh durch Büros vertreten sind, die Kandidaten für die Wahl vorgeschlagen. Alle Oppositionsparteien sind hier jedoch nach meinem Eindruck nichts weiter als Scheinunternehmungen, so daß die Abgeordneten aus Marsa Matruh automatisch für die Regierungspartei in das Nationalparlament einziehen. Sie werden vom Vorsitz der Partei in Zusammenarbeit mit den Stammes-

vertretern im Regionalparlament nominiert. Dabei werden alle vier Sitze an Beduinen vergeben. Die Abgeordnetenstellen für das Nationalparlament rotieren unter den Stämmen, so daß jeder Hauptstamm in regelmäßigem Abstand an die Reihe kommt, für eine Legislaturperiode einen Vertreter nach Kairo zu schicken. Einer dieser vier Sitze muß mit einer Frau besetzt werden. Sie ist die einzige, für die sich bei der Rotation nach den Wahlen von 1984 keine Nachfolgerin gefunden hat.

Bei der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen hat der majlis in Marsa Matruh zwei Funktionen. Die eine richtet sich auf den Staat, und die zweite auf die Stammesbevölkerung: Seine erste Funktion, derentwegen er vom Staat eingerichtet worden war, besteht darin, die Stammesgesellschaft gegenüber der Regierung und der regionalen Entwicklungsbürokratie zu vertreten. Diese Funktion übt der majlis auch heute noch aus, wie schon allein aus der Tatsache zu ersehen ist, daß sieben Staatsvertreter, einschließlich des Kommandeurs der Sicherheitspolizei, automatisch als Mitglieder bei allen Beratungen anwesend sind. Der Abgeordnete hat wie der 'umda die Funktion eines Vertreters seiner Stammesgruppe gegenüber dem Staat. Beide sollen gegenüber der Verwaltung als Sprecher ihrer Gruppe auftreten. Beide haben aber auch seitens ihrer Gruppe die Aufgabe, ihr einen Anteil an den Entwicklungsgeldern des Staates zu sichern. Sie unterscheiden sich lediglich durch den Ort ihres Einsatzes: Der eine hält den Kontakt zur Entwicklungsbürokratie in deren Büros, und der andere tritt ihr im Parlament gegenüber. Formell unterscheiden sie sich außerdem dadurch, daß der 'umda den Behörden gegenüber verantwortlich sein soll und der Abgeordnete gegenüber seinen "Wählern". Deshalb ist es offiziell auch untersagt, daß eine Person beide Ämter gleichzeitig einnimmt. De facto haben aber schätzungsweise ein Drittel aller Abgeordneten auch das Amt des 'umda in ihrem Klan inne.

Die zweite Funktion, die der majlis heute erfüllt, ergab sich erst aus dem Verteilungsmodus der Sitze. Dadurch, daß sich das Stammbesystem in dieser vom Staat gegründeten Institution niederschlug, konnte das Parlament auch zu einer Bühne für intertribale Auseinandersetzungen werden. Bisher hatte es ja oberhalb der Klan-Ebene in den Stämmen keine zentralen Führungsämter gegeben. Erst das Eingreifen des Staates induzierte die Herausbildung einer zentralen Institution, die die verschiedenen Stammesgruppen repräsentiert. Die Erklärung für den Aufbau und die Funktion der Institution des majlis in Marsa Matruh ist, wie auch schon bei der Institution des 'umda, in dem spezifischen Zusammentreffen staatlicher und tribaler Strukturen zu suchen. Die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen in der Region gaben nämlich dem Spannungszustand zwischen den einzelnen Segmenten des Stammbesystems neue Nahrung. Während das Füllhorn der Regionalentwicklung über der Wüste ausgeschüttet wurde, verschärfte sich auch die Konkurrenz zwischen den Stammesgruppen um einen Anteil an dem plötzlichen Geldzustrom. Die Hauptstämme, die im Zuge der rezenten Entwicklung weitgehend ihre frühere Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen verloren haben, erhalten also paradoxerweise gerade durch die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen eine neue Funktion als Interessenverbände. Das Grundprinzip der segmentären Struktur, der latente Spannungszustand, wird durch die Konkurrenz der einzelnen Gruppen

um die Aufteilung staatlicher Hilfs- und Sozialleistungen in abgewandelter Form wieder gestärkt. Der Klan schließlich wird, wie es scheint, zu einem Zweckverband der Hilfsempfänger. Dieser Funktionswandel bestimmt auch die dritte Institution, in der Staat und Stamm eine Verbindung eingehen.

2.3. jama'iya: Genossenschaft der Hilfsempfänger

Nach 1959 wurden von der neu aufgebauten Entwicklungsbürokratie im Governorat Marsa Matruh die ersten Genossenschaften für die beduinischen Viehzüchter der Region gegründet. Wie im Niltal sollten sie in erster Linie Instrumente des Staates zur Durchführung seiner Agrarentwicklungspolitik sein. Anders als im Bewässerungsland richteten sich die Ziele dieser Politik in Marsa Matruh jedoch nicht primär auf Produktionssteigerungen und Umverteilungen, sondern auf eine Selbsthaftmachung der nomadischen Bevölkerung. Eine solche Zielsetzung und außerdem die geringe Finanzausstattung der Genossenschaften ließen den Aulad 'Ali das Programm jedoch während der ersten Jahre nicht besonders attraktiv erscheinen. Sie verhielten sich abwartend, so daß ihre Teilnahmebereitschaft anfangs weit hinter den staatlichen Erwartungen zurückblieb. Bis 1962 waren nur knapp 3 % der Viehproduzenten einem solchen Verband beigetreten. Dann erfolgte aber ab 1963 ein sprunghafter Anstieg der Mitgliederzahlen, so daß sich innerhalb weniger Jahre fast 100 % der Produzenten den Organisationen anschlossen. Der Grund für diese Beitrittswelle war, daß die Genossenschaften seit 1963 die Verteilung der Leistungen und Unterstützungen der staatlichen Entwicklungsprogramme und des World Food Programme übernommen hatten. Jeder, der von den vielfältigen Maßnahmen im Rahmen dieser Programme profitieren wollte, mußte zunächst einer lokalen Genossenschaft beitreten. Über diesen Verband wurde das subventionierte Viehfutter verteilt, das dem Produzenten zu einer Reduzierung seiner Produktionskosten verhalf. Grundlage für die Zuteilung von verbilligtem Futter war und ist bis heute der Viehbesitz, den ein Herdenbesitzer angibt. Dem klaren ökonomischen Nutzen, den eine Mitgliedschaft erbrachte, standen keine Verpflichtungen gegenüber. Die Viehhalter gingen mit einem Beitritt kein Risiko ein, so daß sich innerhalb kurzer Zeit nicht allein die Haushaltsvorstände, sondern fast alle erwachsenen Männer in die Listen aufnehmen ließen. Großfamilien teilten dabei die Gesamtzahl ihres Viehs auf die gemeldeten Männer auf.

Der Aufbau der Genossenschaftsorganisation ist weniger differenziert als der der staatlichen Verwaltungseinrichtungen. In Marsa Matruh gibt es eine Zentralgenossenschaft, die als Dachverband für die lokalen Einrichtungen fungiert. Sie hat die Aufgabe, die Verteilung der Unterstützungen, der Beratung und anderer Maßnahmen zu koordinieren und die Vermarktung von Vieh, Wolle und pflanzenbaulichen Produkten zu organisieren. Die lokalen Genossenschaften sind jeweils für einen Abschnitt des Küstenstreifens zuständig. Sie verfügen über

ein Lager- und Verkaufsgebäude, das zur Erleichterung der Anlieferung meist direkt an der Straße liegt. Die Mitglieder wählen einen Vorsitzenden, der die Aufgabe hat, zweimal jährlich eine Vollversammlung einzuberufen und darüber hinaus die ordnungsgemäße und gerechte Verteilung der verschiedenen Leistungen zu überwachen. Durch seine Aufsichtsfunktion über die Verteilung materieller Vorteile ist er aber auch in der Lage, bestimmte Mitglieder und natürlich auch sich selbst bei der Verteilung zu begünstigen. Insofern unterscheiden sich die internen Strukturen der Genossenschaften in Marsa Matruh nicht von denen im übrigen Ägypten (vgl. HOPKINS 1984). Das Besondere der Beduinen - Genossenschaften ist vielmehr darin zu sehen, daß sie nicht allein staatliche Zwangsverbände sind, sondern daß die Aulad 'Ali selbst diese Organisationen nach dem Muster ihres Stammbausystems zu gestalten versuchten. Auf dieser Grundlage konnten sie sich partiell gegen staatliche Vorgaben durchsetzen und eine Adaption der ihnen "von oben" aufgepfropften Institution an ihre regionalen soziokulturellen Bedingungen erreichen.

Die vom Staat gegründeten lokalen Genossenschaften wurden nämlich ohne Rücksicht auf Stammesstrukturen und regionale Abgrenzungen der Stammesgruppen eingerichtet. Das hatte zur Folge, daß in einer Genossenschaft jeweils Mitglieder verschiedener Stämme und Klans zusammengefaßt waren. Wenn man sich die Prinzipien des Stammbausystems der Aulad 'Ali vor Augen hält, leuchtet ein, warum diese vom Staat geschaffenen Organisationen nicht plangemäß funktionieren konnten: Hier saßen unter Umständen Nachbargruppen zusammen, die sich gerade in Blutfehde miteinander befanden. Sa'adi- und Murabitin-Klans sollten nach den Vorstellungen der Entwicklungsbürokratie gleichberechtigt zusammenarbeiten. Der Vorsitzende der Genossenschaft sollte durch Wahl von den Mitgliedern bestimmt werden. Das hatte zur Folge, daß er meist von der stärksten Gruppe gestellt wurde. Die traditionale Bindung an seine Gruppe verpflichtete ihn aber geradezu, bei der Verteilung von Unterstützungsleistungen den Vorteil seiner eigenen Leute zu sichern. Umgekehrt waren auch die Minderheitengruppen in den offiziellen Genossenschaften mißtrauisch gegenüber einem Vorsitzenden, der ihnen nicht zu tribaler Solidarität verpflichtet war. Die Reaktion der Beduinen auf die von oben verordnete Organisation und die davon ausgehenden Impulse entsprangen deshalb zwangsläufig ihren autochthonen Strukturen: Die Klans konkurrierten miteinander um die Führung der Genossenschaften. In dem Dilemma, einerseits an den staatlichen Leistungen partizipieren zu wollen, andererseits aber auch nicht einem klanfremden Vorsitzenden unterstehen zu wollen, fanden die Aulad 'Ali zwischen 1963 und 1965 eine einfache und ihren Bedürfnissen entsprechende Lösung: Jeder Klan versuchte, parallel zu den staatlichen Gründungen seine eigene Genossenschaft aufzubauen und darin den Vorsitzenden zu stellen. Bis 1965 waren auf diese Weise beispielsweise im Bereich von Sidi Barrani vier staatliche Genossenschaften gegründet worden. Zusätzlich dazu hatten dort die Beduinen aus eigener Initiative weitere 39 Verbände eingerichtet, die anfangs ebenfalls vom Staat anerkannt wurden. (BUJRA 1973: 153). Die kleinen Klan-Genossenschaften hatten hier jeweils nur durchschnittlich 64 Mitglieder. Im Governorat Marsa Matruh existierten im Jahre 1965

als Folge der staatlichen und der stammlichen Initiativen 39 offizielle und 160 spontane Gründungen.

Die Aufspaltung der Genossenschaftsorganisation durch die spontanen Neugründungen lief auf genau das Gegenteil dessen hinaus, was ursprünglich durch die "von oben" aufgepfropften Institutionen in der Bevölkerung hätte bezweckt werden sollen: Die staatlichen Lokalgenossenschaften waren nicht in der Lage, die Spannungen zwischen den Stammessegmenten zu überbrücken, sondern sie verstärkten vielmehr die Spannungen und bewirkten damit eine Aufspaltung in zahlreiche Klan-Genossenschaften. Diese Situation veranlaßte die Regierung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dazu, eine Integration der vielen kleinen Neugründungen in die offiziellen Verbände zu forcieren. Heute gibt es nur noch 60 lokale Genossenschaften mit insgesamt etwa 30 000 Mitgliedern.

Die unmittelbare Reaktion einiger kleinerer Stammesgruppen nach Reintegration ihrer Klan-Genossenschaft in offizielle Gründungen bestand darin, daß sie versuchten, sich solchen Genossenschaften anzuschließen, die vom eigenen Klan oder verwandtschaftlich nahe stehenden Gruppen kontrolliert wurden (BUJRA 1973: 153). Wegen der dispersen Stammesverteilung konnte es dabei passieren, daß ein Beduine aus dem Umland von Marsa Matruh der Genossenschaft seines Klans im 300 Kilometer entfernten Sallum beiträt. Da die Zugehörigkeit zu einem weit entfernt liegenden Verband jedoch mit technischen Schwierigkeiten verbunden war, mußten sich die meisten der kleineren und schwächeren Stammessegmente mit der Vormacht eines Nachbarklans in ihrer Genossenschaft abfinden. Die gemischte Zusammensetzung der lokalen Genossenschaften spiegelt deshalb die Verteilung der Stammessegmente, wie aus den sieben in Tabelle C-2 aufgeführten Beispielen zu ersehen ist. Eine solche Durchmischung der Stammesbevölkerung in dieser Form entspricht der staatlichen Regionalentwicklung, die unter anderem auf eine Verdrängung traditionaler Verwandtschaftsgruppen durch lokale Interessengruppen ausgerichtet ist. Das Ziel konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Es setzten sich im Gegenteil auch Elemente der Stammesorganisation in den Genossenschaften durch.

Aus Sicht der Beduinen ist die *jama'iyā* heute eine Art Wohlfahrts-Verteilungsstelle, aus der sie sich gerne bedienen. Die Viehproduzenten erhalten von hier das verbilligte Kraftfutter (*kizb*) aus Baumwollpreßkuchen und Getreide, das aus dem Nildelta importiert wird. Die Verteilung von Futter erfolgt nach einem festgelegten Schlüssel, dessen Grundlage die Angaben über den Viehbesitz sind, die die Mitglieder der Genossenschaft bei ihrem Vorsitzenden hinterlegen müssen. Die Rationen werden für einen Zeitraum von 40 Tagen (= 1 "dhuffa") berechnet. Die Effizienz der Genossenschaften ist durch eine schwerfällige Organisation der Zentrale und durch eine begrenzte Kapitalausstattung eingeschränkt. Vor 20 Jahren konnten pro Tier und dhuffa 15 Kilogramm Kraftfutter und Gerste ausgegeben werden. Heute können nach Angaben der Zentralgenossenschaft in Marsa Matruh jeweils nur noch maximal fünf Kilogramm verteilt werden. Pro Jahr werden nur etwa 40 000 Tonnen Kraftfutter von der Zentralgenossenschaft für das gesamte Governorat zur Verfügung gestellt. Während die Fut-

Tab. C-2: Stammeszugehörigkeit der Genossenschaftsmitglieder
(Stand 1969; Quelle: FAO/UNDP 1970)

Genossenschaft	Hauptstamm	Stamm	Mitglieder	Genossenschaft	Hauptstamm	Stamm	Mitglieder	
Mathani	Abiad	Afrad	1	Matarih	Abiad	'Ajarma	35	
		Ahmar	17			-andere-	14	
	Sinina	'Ashibat	4		Ahmar	'Ashibat	61	
		Mahafiz	4			Jimi'at	Qawasim	131
		'Arawa	12		Shtur		4	
	Jimi'at	Shtur	91		andere Murabitin		174	
		-andere-	5					
	Qut'an	-versch.-	114					
		andere Murabitin	27					
			275					
Nagila	Abiad	Sanaqra	26	'Um ar-Rakham	Abiad	Sanaqra	2	
			'Ajarma			3 (1)	Ahmar	'Amira
		Aulad Kharuf	30		Murabitin	'Ashibat		10
		'Amira	177 (2)			Qinashat	5	
		Ahmar	5					49
	Ahmar	Qinashat	5				192	
		Kamilat	44					
	Sinina	'Ashibat	26		Sawalhi	Abiad	Afrad	22
		-versch.-	2				-andere-	7
	Jimi'at	Shtur	1			Ahmar	'Ashibat	52
-versch.-		12	-andere-	13				
Qut'an	andere Murabitin	11	Sinina	'Arawa		23		
		337		-andere-		14		
			Murabitin		111			
					242			
Fuka	Abiad	Sanaqra	6					
		Aulad Kharuf	1					
		Mughawara	103 (1)					
		'Azayim	1 (1)					
	Sinina	'Arawa	1					
		Jimi'at	Musa	9				
	Qut'an			1				
andere Murabitin		12						
			134					
Qasr	Abiad	'Ajarma	7					
		'Azayim	8					
		-andere-	4					
	Ahmar	'Ashibat	572					
		Qinashat	38					
	Sinina	Kamilat	25					
		-versch.-	15					
	Jimi'at	-versch.-	19					
Qut'an		Mu'abda	52					
andere Murabitin		60						
			800					

Anmerkungen zu Tab. C-2:

Die Übersicht der Stammeszugehörigkeit der Mitglieder in den aufgeführten Genossenschaften ist hier so wiedergegeben, wie sie in dem FAO-Bericht im Jahre 1970 festgehalten wurde. Sie dokumentiert die gemischte Zusammensetzung der Genossenschaften, auch wenn in der Liste einige Ungenauigkeiten bezüglich der Stammesgliederung enthalten sind:

(1) Die 'Ajarma, Mughawara und 'Azayim gehören zu den Sanaqra.

(2) Die 'Amira müßten zu den Murabitin gerechnet werden.

termenge nicht gesteigert wurde, verdoppelte sich in den letzten zwei Jahrzehnten der Viehbestand. Diese Veränderungen sind mit drei Problemen verbunden:

- 1) Durch die zunehmende Überweidung, insbesondere im Küstenbereich, sind die Viehproduzenten stärker als noch vor 20 Jahren auf Zufütterung angewiesen.
- 2) Zur Schafmast vor dem Verkauf der Tiere wird etwa ein Kilo Kraftfutter pro Tag und Tier benötigt, also wesentlich mehr, als über die Genossenschaft geliefert wird.
- 3) Die Angaben über den Viehbestand, nach denen sich die Futterverteilung richtet, sind veraltet und schwer zu kontrollieren.

Die ersten beiden Probleme sind ökonomischer Natur. Ich werde an späterer Stelle (D-1.1) auf sie zurückkommen. Das letztgenannte Problem offenbart, wie die Organisationen heute funktionieren. Als Beispiel sei die Genossenschaft von Jarawla, 20 km östlich von Marsa Matruh vorgestellt. Hier fand 1978 eine von der Zentralgenossenschaft durchgeführte Viehzählung statt, deren Ergebnisse in einer Liste (s. Tab. C-3) festgehalten wurden. Für jede Großfamilie sind die Herdengröße (Ziegen und Schafe) und die Zahl der Genossenschaftsmitglieder, das heißt der erwachsenen männlichen Familienangehörigen, aufgeführt. Die mit Abstand größte Herde von über 800 Tieren hat in Jarawla die Familie des 'umda. Durchschnittlich verfügt jedes eingeschriebene Mitglied über 35 Tiere. Nach Angaben lokaler Informanten sind für die Ernährung einer Großfamilie von 15 Personen etwa 100 Tiere erforderlich. Eine Familie dieser Größe hat, wie aus den Listen hervorgeht, durchschnittlich etwa drei Mitglieder in der Genossenschaft. Für jeden erwachsenen Mann müßten demnach mindestens 33 Tiere vorhanden sein, damit die Großfamilie ihren Lebensunterhalt alleine von der Viehproduktion bestreiten kann. Aufgrund dieser Annahmen läßt sich aus der abgebildeten Liste ableiten, daß etwa zwei Drittel der Familien in Jarawla diese Bedingungen nicht erfüllen. Gerade für diejenigen unter ihnen, die überwiegend auf Einnahmen aus dem Viehverkauf angewiesen sind, ist deshalb die staatliche Subventionierung des Kraftfutters ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung ihrer Einkommenssituation.

Die Angaben der Beduinen über ihren Viehbesitz sind durch staatliche Stellen kaum zu kontrollieren. Die einzige Möglichkeit, eine ungefähre Vorstellung von den Größenordnungen des Bestandes zu erhalten, besteht über eine Umrechnung der Wolle, die über die Genossenschaften vermarktet wird. Die Zentralgenossenschaft wäre trotzdem nicht in der Lage, Falschangaben nachzuweisen. Mir wurden einige spektakuläre Fälle berichtet wie der eines Mannes aus Daba', der 10 000 Schafe registrieren lassen wollte, obwohl er "nur" halb so viele Tiere hält. Einige Beduinen sind aufgrund früherer Besitzangaben berechtigt, billiges Futter zu erhalten, obwohl sie überhaupt kein Vieh besitzen. Eine effektive Kontrolle kann in solchen Fällen nur von den anderen Mitgliedern der Genossenschaft ausgeübt werden.

Im Jahre 1982 wurde in Jarawla eine neuerliche Viehzählung angesetzt. Trotzdem beschlossen die 137 Mitglieder mehrheitlich, die Futterverteilung weiter nach dem Schlüssel der alten Liste von 1978, die in Tabelle C-3 wiedergegeben ist, vorzunehmen. Die Gesamt-

Tabelle C-3: Viehbestand in Jarawla
(Angaben der lokalen Genossenschaft, Zahlen von 1978)

Name der Familie	Genossenschafts- mitglieder aus der Familie	Viehzahl (Schafe u. Ziegen)	Tiere pro Mitglied
'umda Sa'id	9	812	91
Hajj Hayub	6	190	32
Hajj 'Abd al-Kadr	11	404	37
Muftah	8	245	31
Zaruq	7	396	57
Abu Bakr	5	201	40
'Abd al-Karim 'Ali	6	345	58
Bridan Ibrahim	1	52	52
Shaikh Yadim	5	303	61
Jma'a	1	200	200
'Abdallah Nueji	4	78	20
Isliman 'Abd al-Ra'uf	5	246	49
Ramadan Salim	5	110	22
'Abd al-Salam	2	33	17
Harun al-Hnish	1	28	28
Hajj Khamis Hmida	4	118	30
Muhammad Sa'ad	4	80	20
'Abd al-Rahim	4	102	26
'Ali Unis	4	54	14
Hajj 'Abdallah Abul Taha	4	55	14
'Abd al-Kadr	4	61	15
Farraj Yusif	4	59	15
Muhammad Bulda'	4	106	27
Idris 'Abd al-Kadr	2	48	24
Rajab Harun	2	33	17
Muhammad Hamid	4	31	8
Mahmud al-Maliki	2	51	26
Idris Taher al-Maliki	2	15	8
Marjan 'Amir	3	15	5
Idris Jibrin	1	49	49
Muhammad	1	11	11
Hmida Bulda'	1	11	11
Hajj 'Awad	8	200	25
Jma'a Salih	2	72	36
Muhammad 'Abd al-'Ali	1	17	17
gesamt	137	4831	
	Durchschnitt:	35,26 Tiere pro Mitglied	

menge des zur Verteilung kommenden verbilligten Futters blieb nämlich über die vergangenen 10 Jahre bis heute annähernd konstant, während sich unter den eingeschriebenen Mitgliedern Besitzverschiebungen ergeben hatten. Einige größere Herdenbesitzer konnten ihren Bestand überproportional aufstocken, während die meisten Familien heute nur unwesentlich mehr oder sogar weniger Tiere als 1978 in ihren Herden haben. Eine Neuordnung des Verteilungsschlüssels wäre also zu Lasten der mittleren und kleinen Betriebseinheiten gegangen, so daß von dieser Seite ein erheblicher Widerstand gegen Veränderungen ausging. Die Tatsache, daß sich diese Leute schließlich durchsetzen konnten, deutet darauf hin, daß die Steuerung der Genossenschaft nicht alleine durch den Vorsitzenden erfolgt, sondern daß alle Mitglieder daran partizipieren.

Den Rahmen für die Beziehungen zwischen den Mitgliedern und dem Vorsitzenden und für ihr Handeln bilden nicht die Statuten der vom Staat eingerichteten genossenschaftlichen Organisation. Die Menschen in Jarawla orientieren sich nach wie vor an den Prinzipien des traditionellen Stammessystems. Auch unter veränderten äußeren Bedingungen bleibt für sie die 'aila eine Solidargemeinschaft. Durch die Eingliederung dieser traditionellen Solidargemeinschaft in eine Genossenschaft erhält das gemeinsame Interesse zusätzlich ein neues Ziel: Die Sicherung eines Anteils an den staatlichen Entwicklungsleistungen. Die Konkurrenz um eine Teilhabe an diesen Leistungen führte zu einer Verstärkung der Solidargemeinschaft. In dieser Hinsicht trugen die Genossenschaften eher zu einer Stärkung traditionaler Strukturen als zu ihrer Schwächung oder gar Auflösung bei. Trotz dieser Feststellung kann ich BUJRA (1973) nicht in seiner aufgrund einer früheren Untersuchung getroffenen Einschätzung zustimmen, diese vom Staat betriebene Institutionalisierung habe generell zu einer Stärkung des traditionellen Stammessystems und traditionaler Führungspositionen geführt. Die verändernden und auflösenden Wirkungen der Genossenschaften kommen nicht über die bloße Einrichtung einer neuen Organisation, sondern sie prägen den sozialen Wandel auf indirekte Weise, wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird.

Festhalten läßt sich jedenfalls, daß in den Genossenschaften, so wie in den oben dargestellten Institutionen des 'umda und des majlis, eine Verzahnung staatlicher und stammlicher Strukturen besteht. Diese Verbindung kulminiert auch hier in einzelnen Personen, die in ihrer Funktion eine Mittlerstellung zwischen beiden Polen einnehmen. Im Falle der Genossenschaft von Jarawla beispielsweise ist der Vorsitzende gleichzeitig ein traditionaler Führer der 'aila der Qinashat. Das Verhältnis zwischen ihm und den Mitgliedern ist deshalb durch die gegenseitigen Verpflichtungen und Bindungen des traditionellen Stammessystems bestimmt. Im folgenden Abschnitt soll das Verhältnis zwischen traditionellen und modernen Führungspositionen analysiert werden.

3. STAMM UND STAAT ALS KONTRAHENTEN IM ENTWICKLUNGSPROZESS ?

3.1. Stammesrecht und staatliches Gesetz

"It is in truth lost labour to impose on any community a law and a procedure borrowed from an alien civilization. When it is not understood and when its pronouncements conflict with the average sense of right and wrong, a law fails to command respect" (DUMREICHER 1931: 43).

Mit diesen Sätzen faßt DUMREICHER die Erfahrungen zusammen, die er machen mußte, als er 1899 im Auftrag des Justizministeriums in Kairo versuchte, das Gesetz und die Gerichtsbarkeit des Niltals auch auf die Aulad 'Ali zu übertragen. Das Motiv der anglo-ägyptischen Regierung für diesen Schritt dürfte es in erster Linie gewesen sein, die staatliche Souveränität auch hinsichtlich der Rechtsprechung in dem peripheren Wüstengebiet zu manifestieren. Dieser Versuch scheiterte jedoch am entschiedenen Widerstand der Beduinen:

"This soon had to be abandoned (...), the bedouins threatened open rebellion" (DUMREICHER 1931: 40).

Auch in den zwanziger Jahren hatte sich die Situation noch nicht wesentlich geändert. Der damalige britische Gouverneur kam zu der Erkenntnis:

"The Arab and the Egyptian are two different people. The race difference, the difference of environment, the difference of climate, have made the laws that govern the one people, unsuitable to govern the other" (JENNINGS-BRAMLY 1958: 119).

Der Konflikt, der mit der sukzessiven Einführung ägyptischen Rechts bei den Beduinen um die Jahrhundertwende entzündet wurde, ist bis heute nicht gelöst, auch wenn eine "offene Rebellion" der Beduinen nicht mehr zu befürchten ist. Tribales Gewohnheitsrecht (urf) und staatliches Gesetz (qanun) stehen sich nach wie vor als zwei konträre Rechtsformen gegenüber. Die Prinzipien, die ihnen zugrunde liegen, sind Ausdruck zweier verschiedener sozialer und politischer Ordnungen. Sie stehen für unterschiedliche Vorstellungen von Recht und Unrecht und vom "ordnungsgemäßen", das heißt, der jeweiligen sozialen Umgebung angepaßten Verhalten. Der Widerstand, den die Aulad 'Ali bis heute gegen eine stringente Anwendung des staatlichen Gesetzes aufbringen, ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß es nicht ihren eigenen, im Stammesystem verwurzelten Prinzipien des "richtigen" Verhaltens entspricht. Diese Prinzipien sind Grundlagen des Stammesrechts. Im Folgenden werde ich einen Teilbereich des urf darstellen und dann anhand von Beispielen demonstrieren, in welcher Weise es dem qanun widerspricht, beziehungsweise wie es sich partiell daran adaptiert.

Als Beispiel für die Prinzipien des 'urf sei das stammesrechtliche Verfahren in Fällen von Totschlag aufgeführt. Ein Totschlag oder Mord wird nicht als das Vergehen eines einzelnen Täters gesehen, mit dessen Aburteilung das Verbrechen gesühnt wird, sondern die Tat selbst liefert nur den Anlaß für eine Konfrontation zwischen zwei Stammessegmenten, der 'aila des Täters und der 'aila des Opfers. Ziel des Verfahrens ist deshalb nicht eine Bestrafung des Täters, sondern ein Ausgleich zwischen den beiden beteiligten Gruppen. Zwei Prinzipien bilden die Grundlagen für den Ausgleich:

- 1) Das erste Prinzip wird von den Beduinen in der Formel ausgedrückt: "Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut."
- 2) Das zweite Prinzip verlangt eine kollektive Verantwortung der gesamten 'aila des Täters.

Ein Ausgleich zwischen zwei sich gegenüberstehenden Gruppen kann nach einem Mord grundsätzlich auf zwei Wegen herbeigeführt werden: Entweder wird, entsprechend dem ersten Prinzip, Blutrache (thar) geübt und ein Mann aus der 'aila des Täters getötet, oder es wird, entsprechend dem zweiten Prinzip ein friedlicher Ausgleich dadurch gefunden, daß die Täter-'aila an die des Opfers Blutgeld (diyya) bezahlt. Da unmittelbar nach einem Totschlag nicht nur der Täter selbst, sondern alle Männer aus seiner Verwandtschaft von der Blutrache durch ihre erbosten Gegner bedroht sind, haben sie gemeinsam ein Interesse daran, den Fall auf friedliche Weise zu lösen. Das Verfahren zur Herbeiführung einer solchen Lösung (sulh) ist in mehrere Schritte gegliedert und durch gewohnheitsrechtliche Regeln vorgezeichnet:

- 1) Der 'aqila aus dem hait (Sippe) des Täters mobilisiert die anderen traditionellen Führer der gesamten 'aila zur Beratung und beschließt mit ihnen zusammen die weitere Vorgehensweise.
- 2) Sie wenden sich an eine unbeteiligte dritte 'aila und erbitten deren Einsatz als Beschützer und Vermittler. Es ist genau geregelt, welche Gruppen diese Funktion übernehmen dürfen. Früher, als die Aulad 'Ali noch Nomaden waren, mußte die gesamte Täter-Gruppe in das Territorium ihrer Beschützer ziehen. Diese Form der räumlichen "Niederlassung" (nazala) unter fremdem Schutz ist seit der Sesshaftwerdung nicht mehr möglich. Statt dessen schickt die Vermittler-Gruppe einige Männer, die für die gesamte Dauer der nazala bei der Täter-Gruppe bleiben. Durch ihre Anwesenheit geben sie einen symbolischen Schutz, denn jeder Angriff würde eine Konfrontation mit der Vermittler-Gruppe zur Folge haben. Die Auswahl geeigneter Vermittler ist deshalb eine wichtige Entscheidung für den weiteren Verlauf des Verfahrens. Das Recht, nazala zu gewähren, ist auf die Sa'adi-Klans beschränkt.
- 3) Die dritte Gruppe darf die Bitte auf Gewährung von nazala nicht ablehnen. Sie würde dies wohl auch allein deshalb kaum tun wollen, weil sie durch die erfolgreiche Herbeiführung einer Schlichtung einen Prestigegewinn und eine Stärkung ihres Ehrenstatus in der Stammeshierarchie erreichen kann. Gleichzeitig mit der Entsendung der symbolischen Schutzmannschaft informieren ihre 'awaqil die Opfer-Gruppe, daß sie von nun an für die

nazala verantwortlich sind. Wenn die Vermittler-Gruppe auch von der anderen Seite akzeptiert wird, kann das Verfahren zur Herbeiführung eines sulh eingeleitet werden.

- 4) Die nazala dauert bei Mordfällen in der Regel ein Jahr. Während dieser Zeit sind die Mitglieder der Täter-Gruppe in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie dürfen beispielsweise nur in Begleitung eines "Beschützers" auf den Markt, um unkontrollierbare Konfrontationen mit Angehörigen des Opfers zu vermeiden. Die Funktion der einjährigen Bann-Zeit besteht nach den Worten der Beduinen darin, "das Blut abkühlen zu lassen."
- 5) Während des Jahres der nazala versuchen die 'awaqil der Vermittler-Gruppe, in Gesprächen mit beiden Seiten den Tathergang zu rekonstruieren und die Forderungen und Verhandlungspositionen der Streitparteien abzuklären. Alle diese Gespräche finden jedoch auf informeller Ebene statt.
- 6) Zum Abschluß des Jahres findet eine große Versammlung (mi'ad) der beiden unmittelbar beteiligten Gruppen statt. Über die Tat selbst braucht jetzt im allgemeinen gar nicht mehr geredet zu werden, sondern nur noch über die Art und Höhe der diya. In der Verhandlung sitzen sich die Führer der beiden Streitparteien gegenüber, und die 'awaqil der dritten Gruppe übernehmen die Vermittlung zwischen ihnen. Sie beschließen als Schiedsrichter die Höhe und die Zahlungsmodalitäten des Blutgeldes.
- 7) Nachdem eine Lösung des Konfliktes gefunden ist, werden zur Besiegelung des sulh von der Täter-Gruppe einige Schafe geschlachtet und es wird ein großes Versöhnungsfest veranstaltet.

Die Höhe des Blutgeldes, die zwischen den beiden Streitparteien ausgehandelt wird, richtet sich in erster Linie nach dem Tathergang und nach der Person des Opfers. Unterschieden wird dabei zwischen Totschlag (qatal sahl) und Mord (qatal bil-'amd). Kriterium zu ihrer Differenzierung ist die Vorsätzlichkeit ('amd) der Tat. Der Nachweis der Vorsätzlichkeit wird jedoch nicht, wie bei uns üblich, aus dem Ablauf der Tat abgeleitet, sondern ausschließlich aufgrund der Tatwaffe erbracht. Bestimmte tödliche Waffen wie Messer oder Gewehre zählen als Indizien für eine vorsätzlich ausgeführte Tat. Eine Tötung mit einem Gewehr beispielsweise wird immer als vorsätzlich ausgeführt betrachtet und damit wie ein Mord gewertet, auch wenn sie die Folge eines Unfalls sein sollte. Die volle Höhe des Blutgeldes liegt heute in der Größenordnung von 3 000 L.E. (ägyptischen Pfund) und 20 Schafen. Wenn man ein Schaf mit 100 L.E. veranschlagt, ergibt sich ein Gesamtbetrag von etwa 5 000 L.E.. Die volle Höhe der diya wird jedoch aus verschiedenen Gründen reduziert. Für ein Mitglied eines Murabitin-Klans werden nur zwei Drittel dessen verlangt, was für einen Sa'adi gezahlt werden müßte (MOHSEN 1971: 40), und eine Frau zählt, einigen Informanten zufolge, die Hälfte eines Mannes. Die diya wird von allen Männern aus der 'aila des Täters gemeinsam zu gleichen Teilen getragen und an die Männer der Gegenseite verteilt.

Das Verfahren zum Erreichen eines sulh habe ich hier so in abstrakter Form dargestellt, wie es mir von Informanten erklärt wurde, die selbst als 'aqla oder Betroffene mehrmals daran teilgenommen haben. Alle diese stammesrechtlichen Regelungen, die ich hier kurz

zusammengefaßt habe, ergeben ein Modell der Verfahrensweise, das annähernd identisch ist mit dem von KENNETT (1925/1968) vor sechs Jahrzehnten beschriebenen Verfahren. Wenn dieselben Informanten dann aber jüngere Fälle aus eigener Anschauung schildern, zeigt sich, daß die modellhafte Regelung nicht mehr exakt in dieser Weise praktiziert wird, sondern daß bei der Vorgehensweise und bei der Entscheidungsfindung fast immer Modifikationen vorgenommen werden. Im Vergleich der detaillierten Fallschilderungen bei KENNETT (1925/1968) und MOHSEN (1971) mit der aktuellen Praxis wird deutlich, daß einige neue Elemente in das stammesrechtliche Verfahren aufgenommen wurden:

- 1) Die häufigsten gewaltsamen Todesursachen sind heutzutage bei den Aulad 'Ali Unfälle im Straßenverkehr. Die Angehörigen von Unfallopfern erhalten vom Verursacher des Unfalls die Hälfte der üblichen *diyya*. Nur bei grober Fahrlässigkeit muß der volle Betrag gezahlt werden. Als im Herbst 1984 bei Jarawla ein Kind überfahren und tödlich verletzt wurde, verzichteten die Angehörigen dagegen ganz auf das Blutgeld, weil sie keinen Streit mit ihren Nachbarn haben wollten.
- 2) Seit der Zuwanderung von Niltal-Ägyptern nach Marsa Matruh kommt es auch zu Streitfällen zwischen ihnen und den Beduinen. Solche Auseinandersetzungen werden nach staatlichem Gesetz vor Gericht ausgetragen.
- 3) Neben den "klassischen", nach Stammesrecht geregelten Fällen wie Totschlag, Verletzungen und Landstreitigkeiten gibt es im Zuge des rezenten Wandels auch "moderne" Konfrontationen, für die die traditionellen Wege der Konfliktlösung nicht ausreichen. Dazu gehören zum Beispiel Streitigkeiten um Geld und Handelsgeschäfte. Auch in solchen Streitfällen können die Beduinen einen 'aqla als Schlichter einschalten. Einige dieser traditionellen Autoritäten haben sich bereits auf bestimmte Bereiche spezialisiert. Sie stehen im Ruf, in solchen Angelegenheiten, beispielsweise im Handel oder bei Verkehrsunfällen, besonders erfolgreich bei der Herbeiführung einer einvernehmlichen Lösung zu sein und werden deshalb in entsprechenden Fällen immer wieder bemüht.
- 4) Ein solch aufsehenerregendes Ereignis wie ein Mord läßt sich heute nicht mehr vor den Behörden verschweigen. Die Nachricht darüber verbreitet sich in kurzer Zeit von Sallum bis Burg al-'Arab und wird auch bei unbeteiligten Stammesgruppen aufgeregt diskutiert. Der zuständige 'umda kommt also gar nicht umhin, dem Kommandeur der Sicherheitspolizei in Marsa Matruh Meldung von dem Vorfall zu machen. Die Polizei schickt zu der abschließenden Versammlung einen Offizier als Beobachter, der aber in die Verhandlungen nicht eingreift. Während des gesamten Verfahrens und der Abschlußversammlung wird von den Beteiligten der Name des Täters öffentlich nicht erwähnt. Alle Beteiligten haben ein Interesse daran, den Täter vor der Polizei zu schützen und alleine zu einer Lösung zu kommen. Offensichtlich hat die Polizei auch bis heute keine einheitliche Linie in ihrer Vorgehensweise, denn in einigen Fällen wurde das Verfahren geduldet und in anderen wurde der Täter ermittelt und festgenommen. Wenn er erst einmal in Polizeigewahrsam ist, besteht die Gefahr, daß er vor ein ordentliches ägyptisches Gericht gestellt und zu einer

längeren Haftstrafe verurteilt wird. Eine individuelle Bestrafung des Täters durch ein staatliches Gericht beeinflusst trotzdem zunächst nicht den Verlauf des stammesrechtlichen Verfahrens, denn hier geht es ja primär um eine Konfliktlösung zwischen den beiden beteiligten Gruppen. Auch wenn der Täter vom Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt wird, kann also gleichzeitig im sulh beschlossen werden, daß seine Verwandten Blutgeld bezahlen müssen. Die Täter-Gruppe würde demnach doppelt geschädigt. Auf der anderen Seite hat aber auch die Opfer-Gruppe kein Interesse an einer strafrechtlichen Aburteilung des Täters, denn wenn er in der Haft sterben sollte, ist sie verpflichtet, das Blutgeld wieder zurückzuzahlen.

Die Veränderungen des stammesrechtlichen Verfahrens werden in folgendem Fall deutlich, der im Sommer 1984 ganz Marsa Matruh in Atem hielt: Im Ramadan dieses Jahres ereignete sich ein spektakulärer Fall von Blutrache, als ein prominentes Mitglied der Qinaishat mitten im Markt von Marsa Matruh erschossen wurde. Das Opfer, ein älterer Mann, war 25 Jahre zuvor an einer Schießerei beteiligt gewesen, die sich aus einem Streit um ein Stück Land ergeben hatte. Dabei waren damals drei Männer vom Klan der 'Amira ums Leben gekommen, für die die Qinaishat hatten Blutgeld zahlen müssen. Der Täter, der trotz der lange zurückliegenden Beilegung des Konfliktes späte Rache an dem mittlerweile sechzigjährigen Qinaishi nahm, war der Sohn eines der damals getöteten 'Amiri, der beim Tode seines Vaters noch ein kleines Kind gewesen war.

Spektakulär war dieser Fall gleich in mehrfacher Hinsicht: Das Opfer war einer der Führer eines Sa'adi-Klans, der Täter dagegen gehörte zu den Murabitin. Die Tat wurde im Ramadan ausgeführt, sie mußte daher als besonders verwerflich gelten. Sie bedeutete einen Bruch des 25 Jahre zuvor zwischen den beiden beteiligten Gruppen vereinbarten Friedensschlusses. Und schließlich wurde sie unter den Augen der Polizei in Marsa Matruh ausgeführt. Unter diesen Umständen bedeutete sie sowohl für die Behörden als auch für die Aulad 'Ali selbst eine Provokation. Auf einen Schlag drohte die latente Spannung zwischen den beiden beteiligten Klans wieder in einen offenen Konflikt auszubrechen, und das ausgerechnet in dem von der staatlichen Regionalentwicklung am stärksten geförderten Gebiet von al-Qasr, nur 10 Kilometer westlich der Stadt. Eine Eskalation des Konfliktes hätte die weitere Entwicklung in dieser Region schwer geschädigt, aber vor allem hätte sie die Kompetenz der 'awaqil und die Verlässlichkeit des sulh in Frage gestellt. In gewisser Weise stand die Duldung der rechtlichen Autonomie der Aulad 'Ali durch den Staat auf dem Spiel. Die 'awaqil der beteiligten Gruppen, die sich sofort nach der Tat um eine Beilegung des Konfliktes zu bemühen begannen, standen also sowohl gegenüber ihren eigenen Leuten und der gesamten Stammesgemeinschaft als auch gegenüber den Behörden unter Erfolgswang. Der Ernsthaftigkeit der Situation wurde durch drei ungewöhnliche Schritte Rechnung getragen:

- Der Täter wurde sofort an die Polizei ausgeliefert und einem staatlichen Gerichtsverfahren zugeführt.

- Zu den Verhandlungen des stammesrechtlichen sulh-Verfahrens wurden Stammesführer aus dem gesamten Governorat eingeladen.
- Die Verhandlungen wurden im Sitzungssaal des majlis mahalli in Marsa Matruh durchgeführt.

In Anwesenheit von Vertretern der Polizei und der Verwaltung einigten sich die 'awaqil der Qinaishat und der 'Amira auf eine gütliche Konfliktlösung, in der die Qinaishat großzügig auf einen Teil der Forderungen bezüglich der Höhe des Blutgeldes verzichteten. Die 'Amira beschlossen ihrerseits, das Geld nicht an die gesamte 'aila, sondern nur an die Erben des Ermordeten auszuteilen.

Die aufgeführten Veränderungen zeigen, daß das abstrakte Modell des sulh-Verfahrens als eine Idealisierung der traditionellen Praxis zu betrachten ist. Die aktuelle Praxis mußte sich den veränderten Gegebenheiten und vor allem der zunehmenden staatlichen Autorität anpassen. Die zugrundeliegenden Prinzipien blieben dabei jedoch erhalten. Auch unter veränderten äußeren Bedingungen ist das Ziel des sulh eine Konfliktlösung zwischen zwei tribalen Segmenten. Das wird besonders deutlich bei dem zuletzt geschilderten Fall. Mit diesem Beispiel läßt sich auch demonstrieren, welche positive Einstellung die Aulad 'Ali selbst zu ihrem Stammesrecht haben: Die einhellige Meinung aller Beduinen, mit denen ich gesprochen habe, ist, daß allein das Stammesrecht wirklich für Recht und Ordnung in ihrer Gesellschaft sorgen könne, und daß deshalb ihre partielle rechtliche Autonomie unbedingt erhalten werden müsse. Sie kritisieren am staatlichen Gesetz, daß es zu einer Individualisierung der Gesellschaft beitrage und ein Vergehen mit der Vernichtung des Täters ahnde, aber auf diese Weise nicht in der Lage sei, Verbrechen zu verhindern und friedliche Konfliktlösungen herbeizuführen. Genau das aber ist nach wie vor die Funktion des Stammesrechts der Aulad 'Ali: Jeder Heißsporn, der im Jähzorn zum Mörder werden könnte, wird von seinen Verwandten im Zaum gehalten, weil er mit einer unbedachten Handlung ihnen allen schweren Schaden verursachen könnte.

Das Stammesrecht ist insofern eine Grundlage und ein integraler Bestandteil der Sozialordnung der Aulad 'Ali. Mit der Veränderung der Ordnung durch staatliche Eingriffe gerät es jedoch immer mehr unter Veränderungsdruck. In einigen Bereichen zeigen sich bereits tiefgreifende Auswirkungen. Die Konkurrenz mit staatlichen Gerichten führt gelegentlich zu Doppelverfahren im gleichen Fall. Die in die Stadt abgewanderten Beduinen und die jüngeren Männer auf der anderen Seite kommen oft nicht mehr den Zahlungsverpflichtungen nach, die mit der Zugehörigkeit zu einer 'aila verbunden sind. Trotzdem kann meines Erachtens von einer endgültigen Auflösung der stammesrechtlichen Grundlagen der Sozialordnung solange nicht die Rede sein, wie sie als Ideale das Denken und die Verhaltensnormen der Aulad 'Ali bestimmen. Bisher haben sich die autochthonen Verfahren der Konfliktlösung gegenüber den von staatlichen Gesetzen gestellten Anforderungen als adaptionsfähig erwiesen.

3.2. Kollektives Nutzungsrecht und individueller Landbesitz

In der traditionellen Besitzverfassung (s. B-4.5.) gab es nur kollektive Landnutzungsansprüche der Mitglieder einer 'aila. Gemeinsam hatten sie das Recht, ihr Vieh innerhalb eines definierten Territoriums weiden zu lassen. Dieses Recht wurde dadurch eingeschränkt, daß die Solidarverpflichtungen gegenüber dem Stamm von der 'aila verlangten, bei Bedarf auch anderen Mitgliedern ihres Stammes die Beweidung zu gestatten. In Jahren mit ausreichenden Niederschlägen wurde auch benachbarten oder fremden Stammesgruppen der Zugang zum Territorium der 'aila erlaubt, wobei lediglich der Umkreis der Felder und Lagerplätze exklusiv den eigenen Mitgliedern vorbehalten blieb. Lediglich in Trockenjahren wurde die Nutzung restriktiver gehandhabt. Die Felder innerhalb des Territoriums wurden zwar von Einzelnen angelegt und abgeerntet, die regelmäßige Bewirtschaftung einer bestimmten Fläche beruhte aber ausschließlich auf gegenseitiger Tolerierung der Nutzung unter den Mitgliedern der 'aila und nicht auf Bodenbesitztiteln. Die Kombination von individuellen und kollektiven Nutzungsansprüchen nach dem traditionellen Gewohnheitsrecht enthielt einige Unsicherheiten, denn wenn in Trockenjahren die Gerste nicht ausreifte und deshalb auf dem Halm verfüttert werden mußte, galt das Feld als Weideland und stand damit allen Mitgliedern der 'aila offen. Das Vieh befand sich als einziges Produktionsmittel in individuellem beziehungsweise familiärem Besitz.

Die traditionale Besitzverfassung entsprach der nomadischen Lebens- und Wirtschaftsweise der Aulad 'Ali. Nach staatlicher Einschätzung bildete sie ein Hindernis für eine forcierte Selbsthaftwerdung und eine Intensivierung des Pflanzenbaus. Nach 1958 wurden deshalb eine Reihe von Gesetzen zur Regelung von Landbesitz in Wüstengebieten verabschiedet. Bis zu diesem Zeitpunkt war diesbezüglich keine allgemeine gesetzgeberische Regelung für erforderlich gehalten worden (vgl. FAO/UNDP 1970, 3.). Im Prinzip galt zwar alles nicht kultivierte Land als Staatseigentum, ohne daß dies aber für die Beduinen irgendwelche praktischen Konsequenzen gehabt hätte. Mit zwei Regierungsdekretten war bereits 1867 und 1884 verfügt worden, daß Wüstenland oder andere brachliegende Flächen auf vorherigen Antrag durch Urbarmachung in Privatbesitz genommen werden könnten. Diese Regelung wurde später als Artikel 57 in das ägyptische Zivilgesetz übernommen und 1948 durch Artikel 874 dahingehend erweitert, daß eine Kultivierung des Bodens auch ohne vorherige Genehmigung juristisch als Inbesitznahme zu akzeptieren sei. Eine konträre Position zu der traditionellen Besitzverfassung der Beduinen vertrat aber erst 1958 das Gesetz 124, das gewohnheitsrechtliche Ansprüche auf kultivierte Flächen nicht mehr anerkannte, sondern generell eine katastermäßige Registrierung von Besitztiteln verlangte.

Das Gesetz 124 verursachte eine allgemeine Verunsicherung unter den Beduinen der Westlichen Wüste, die befürchteten, gewohnheitsrechtliche Ansprüche auf Flächen, die sie nur unregelmäßig in regenreichen Jahren mit Gerste bebauten, zu verlieren. Außerdem sahen sie nicht ein, warum sie sich bei staatlichen Behörden um den Besitz von Ackerflächen bewerben sollten, die sie doch sowieso schon durch nachbarlichen Konsens für sich bean-

spruchen konnten. Bis zum Ende der sechziger Jahre wurden deshalb nur etwa 4000 Hektar im Governorat Marsa Matruh offiziell registriert, die Hälfte davon im Zusammenhang mit dem Windpumpenprojekt (FAO/UNDP 1970, 3.: 102). Im Jahre 1964 wurde deshalb als Ergänzung das Gesetz 100 verabschiedet, das eine differenziertere Behandlung von Besitzansprüchen der Beduinen ermöglichte. Auf Grund dieses Gesetzes wird bis heute vom Staat die Praxis der Inbesitznahme von bisher unbewirtschaftetem Land akzeptiert, die treffend als "Handauflegen" (*wad' al-yid*) bezeichnet wird. Das Verfahren des *wad' al-yid* besteht darin, daß Besitzansprüche auf ein Stück Land durch dauerhafte Zeichen deutlich sichtbar manifestiert werden. Dazu ist es erforderlich, Bäume zu pflanzen, ein Haus zu bauen, oder eine Mauer um das Gelände zu ziehen. Vor allem im Randbereich von Alexandria ist inzwischen die gesamte Küstenwüste kreuz und quer von niedrigen Mäuerchen durchzogen. Teilweise sind die Grenzmarkierungen auch nur durch einzeln stehende Zaunpfosten angedeutet. Ihre Funktion ist einzig und allein die Sicherung von Besitzansprüchen, ehe jemand anders auf diese Weise "seine Hand auf das Land legt".

Der Konflikt zwischen gewohnheitsrechtlichen Nutzungsansprüchen und staatlicher Gesetzgebung wirkt sich im Einzugsbereich der Großstadt Alexandria bis hin nach Burg al-'Arab besonders hart auf die Lebensbedingungen der Beduinen aus. In der Konkurrenz verschiedener Nutzungsansprüche in diesem Gebiet wurden ihre Interessen häufig durch andere Gruppen eingeschränkt. Die Expansion städtischer Wohn- und Industriegebiete, der Bau der neuen Stadt al-Amriya, die Anlage von Feriendörfern an der Küste und vor allem die Ausdehnung der Bewässerungsflächen führten dazu, daß sie einen Teil ihres Weide- und Ackerlandes verloren, ohne daß sich die Behörden um ihre Ansprüche kümmerten. Das über den Bahig-Kanal an das Nildelta angeschlossene Kulturland bei Burg al-'Arab wurde überwiegend an Fellachen vergeben, obwohl hier vorher die Beduinen selbst ihre Trockenfelder gehabt hatten. Der Bau- und Spekulationsboom der Sadat-Ära überzog von Alexandria aus den angrenzenden Sektor des Küstenstreifens mit unkoordinierten Erschließungsvorhaben, die keine Rücksicht auf vorhergegangene Entwicklungsmaßnahmen bei den Beduinen nahmen. Die einzige Möglichkeit, die ihnen in dieser unsicheren Situation blieb, ihre Ansprüche zu verteidigen, war und ist bis heute die Praxis des *wad' al-yid*. Beispielhaft für die schwache Position der Beduinen in Nutzungskonflikten ist auch, daß die ursprünglichen Bewohner der Region in dem Vorhaben, bei Daba' auf halbem Wege zwischen Alexandria und Marsa Matruh vier Atomkraftwerke (unter anderem mit bundesdeutscher Unterstützung) zu bauen, kaum eine Rolle spielen. Bei einem Kolloquium im Januar 1985 in der Amerikanischen Universität in Kairo antwortete mir der zuständige Energieminister Maher Abaza auf meine Frage nach der Sicherheit dieser Anlagen, daß auch im Katastrophenfall für die ägyptische Bevölkerung keine Gefahr bestünde, weil der Standort in einem praktisch menschenleeren Gebiet läge, "...with just a few arabs and their goats."

Die staatliche Regelung des Landbesitzes wird, wie diese Beispiele zeigen, im Einzugsbereich von Alexandria von urbanen Einflüssen und Interessengruppen gesteuert. Im Falle des geplanten Kraftwerkes bei Daba' werden von der Regierung nationale Zielsetzungen, auch

wenn sie nicht jeden überzeugen mögen, über regionale Interessen gestellt. Desgleichen zählen die Ansprüche der Aulad 'Ali wenig, wenn größere Flächen bei Marsa Matruh und in Richtung zur libyschen Grenze für militärische Zwecke konfisziert werden. Außerhalb dieser von Fremden beanspruchten Areale konkurrieren die Beduinen untereinander um das Land, kollektive Nutzungsrechte verlieren ihre Grundlagen und es kommt zu einer Individualisierung des Landbesitzes. Die Gesetzgebung, die auf diese Veränderungen abzielte, liefert die juristischen Rahmenbedingungen für die vom Staat betriebene Regionalentwicklung. Durch die gesetzliche Absicherung der Aneignung von Land auf individueller Basis wird ein entscheidender Impuls für den Übergang zur Selbsthaftigkeit und zur Bodenbewirtschaftung gegeben. Die Anlage einer Baumpflanzung verhilft nicht nur zu einer zusätzlichen Einkommensquelle, sondern auch zu Grundbesitz. Die Individualisierung des Landbesitzes ist von zentraler Bedeutung für den sozialen Wandel, denn sie führte dazu, daß der nach traditionalem Nutzungsrecht kommunale Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Region aufgeteilt und beschnitten wurde. Damit verstärkte sie den Trend zur Selbsthaftwerdung, schuf aber zugleich innerhalb der Stammesbevölkerung Ungleichgewichte. In dieser Hinsicht sind zwei Folgen des staatlichen Eingriffs in die Besitzverfassung zu nennen:

- 1) Die Ersten, die erkannten, daß sie sich unter Ausnutzung der ihnen vom Staat vorgegebenen Gesetze einen persönlichen Vorteil verschaffen konnten, waren die Führer und Funktionäre der Stammesgesellschaft, allen voran die Kontakteleute zur Bürokratie, *'umda* und *shaikh*. Sie bildeten in den sechziger Jahren die Vorhut im Übergang zur Selbsthaftigkeit, bauten die ersten festen Häuser, und pflanzten die ersten Oliven und Feigenbäume. Bei der Landnahme innerhalb der Territorien ihrer Stammesgruppen hatten sie noch die freie Wahl und konnten sich deshalb günstig gelegene und überdurchschnittlich große Kulturflächen aneignen.
- 2) Da die für die Anlage von Baumkulturen geeigneten Gunstlagen in einem fünf bis zehn Kilometer breiten Streifen entlang der Küste nicht für alle Familien ausreichen, muß zwangsläufig ein Teil der Bevölkerung von der Aneignung individuellen Landbesitzes ausgeschlossen bleiben. Die Veränderung der Besitzverfassung führte zu einer Differenzierung der Aulad 'Ali in Landbesitzer und Landlose. Nur die Landbesitzer können auch an den staatlichen Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung des Pflanzenbaus teilnehmen. Von vornherein ausgeschlossen von dieser Entwicklung waren diejenigen Stammesgruppen, deren Territorium außerhalb des küstennahen Streifens liegt. Da im Küstenbereich überwiegend die Territorien der Sa'adi-Klans liegen, konnten sie auch stärker von der Entwicklung profitieren. Die Murabitin-Klans weiter südlich in der Wüste wurden dagegen doppelt benachteiligt, denn einerseits hatten sie keine Möglichkeit, an den Maßnahmen der Agrarentwicklung zu partizipieren, und andererseits wurde ihnen durch die Umwandlung von Weide- in Ackerland endgültig der Zugang zu den Sommerweiden an der Küste versperrt. Folge der Individualisierung von Landbesitz war also eine ökonomische Akzentuierung der sozialen Gliederung der Stammesbevölkerung.

3.3. Alte Führer und neue Funktionäre

Die Rolle der Bürokratie im Entwicklungsprozeß war oben (C-1.3.) mit der eines "Transmissionsriemens" verglichen worden, der vom Staat als dem "Motor" der Entwicklung angetrieben wird, und der auf der anderen Seite in eine regionale Bevölkerung hineingreift, auf sie Impulse überträgt und sie dadurch in einer bestimmten Richtung in Bewegung versetzt. Dieses Modell ist nur eine grobe Vereinfachung der komplizierten Mechanismen, die den Prozeß der regionalen Entwicklung in Marsa Matruh steuern. Die Impulsübertragung von der nationalen Regierung auf die periphere Gesellschaft erfolgt nicht allein über die Bürokratie, sondern es gibt, wie die vorhergehenden Ausführungen zeigten, zwei wesentliche Zwischenglieder, die als Stellvertreter der beiden Seiten agieren: Die regionale Entwicklungsbürokratie ist das Instrument des Staates, während die Bevölkerung durch bestimmte Führungspersonen repräsentiert ist. Im Falle der Aulad 'Ali treten also, wie bereits gezeigt wurde, die Stammesmitglieder nicht direkt mit den staatlichen Autoritäten in Kontakt, sondern über eine Zwischenschicht von Mittelsmännern und Funktionären. Die Formen des Ineinandergreifens von Staat und Stamm zum Zwecke der Entwicklungs-Transmission habe ich in den drei Institutionen 'umda, majlis und jama'iya identifiziert. In diesem Abschnitt soll die Perspektive noch eine Stufe darunter ansetzen, um zu untersuchen, wie innerhalb dieser Institutionen die Transmission von Entwicklungsimpulsen von den Funktionären zur Masse der Stammesbevölkerung funktioniert und wie diese in umgekehrter Richtung über die Funktionäre partizipatorischen Einfluß geltend machen kann.

Im traditionellen StamMESSystem gibt es nur das Führungsamt des 'aqila, dessen Aufgaben sich auf die inneren Angelegenheiten und Konflikte der segmentären Gesellschaft beschränken. Die Aufgaben der Funktionäre in den drei genannten Institutionen liegen dagegen primär im Kontakt zwischen Stammesgesellschaft und Behörden. Wegen dieser deutlich voneinander abgegrenzten Aufgabenbereiche könnte nun vermutet werden, daß es zwischen alten Führern und neuen Funktionären keine funktionalen Überschneidungen geben dürfte. Doch eine solche strikte Trennung in traditionale und moderne Funktionen, beziehungsweise in nach innen und nach außen orientierte Aufgaben, läßt sich bei den Autoritäten der Aulad 'Ali nicht feststellen. Im Gegenteil scheint es sogar einen engen Kontakt zwischen den verschiedenen Führungspersonen zu geben. Um ihr Verhältnis zueinander und zu der Bevölkerungsbasis zu verdeutlichen, müssen drei Fragen beantwortet werden:

- Welche Machtbasis besitzen sie?
- Welche Kompetenzen haben sie?
- Welche Funktionen üben sie im Entwicklungsprozeß aus?

Macht und Einfluß des 'aqila beruhen auf der Loyalität, die ihm von den Mitgliedern seiner Stammesgruppe entgegengebracht wird. Er kann seine Funktionen nur ausüben, wenn er von den Menschen, in deren Interesse er in Aktion tritt, auch in seiner Position akzeptiert wird.

Sie machen ihn zum Anwalt ihrer Interessen, und nur mit ihrem Mandat kann er auch nach außen gegenüber anderen Gruppen auftreten. Der 'aq̣la ist aber nicht nur der Sprecher und Verhandlungsführer seines *hait* oder seiner 'ạila bei Konflikten mit anderen Gruppen. Darüber hinaus wird er durch seine exponierte Stellung und seine gleichzeitige Verwurzelung im Stammbssystem zu einer moralischen Autorität, die traditionale Werte verkörpert und schützt. Durch eine erfolgreiche Tätigkeit als Schlichter auf gewohnheitsrechtlicher Basis kann ein 'aq̣la einen hohen Ehrenstatus erreichen, der ihm wiederum die Möglichkeit verleiht, über die Grenzen seiner Stammesgruppe und seines eigentlichen Aufgabenbereiches hinaus Einfluß zu gewinnen. Ein angesehenes 'aq̣la, also ein Mann mit hohem Ehrenstatus, ist ständig im gesamten Governorat im Einsatz, um zwischen streitenden Parteien zu vermitteln, Probleme zu lösen oder Rechtsgutachten abzugeben. Die stammlich-staatlichen Funktionäre dagegen sind sowohl in ihrer Legitimation als auch in ihrer Funktion nach zwei Seiten eingebunden. Ihre Einflußmöglichkeiten liegen dort, wo die beiden Seiten in Verbindung treten: Ein Funktionär kann sich stärkeren Rückhalt bei den Mitgliedern seiner Stammesgruppe verdienen, indem er ihre Interessen erfolgreich gegenüber der Entwicklungsbürokratie vertritt, oder umgekehrt gewinnt er bei der Bürokratie an Einfluß, wenn er eng mit ihr zusammenarbeitet, ihre Aufträge ausführt, und für einen reibungslosen Kontakt zu seinen Leuten sorgt. Die Funktionäre stehen also, anders als der 'aq̣la, zwischen zwei Fronten, und ihr Einfluß aufgrund dieser gespaltenen Machtbasis beruht darauf, wie gut sie für einen Ausgleich und Kontakt zwischen den beiden Fronten sorgen können.

Die Kompetenzen der alten und neuen Führungspersonen hängen zusammen mit ihrer jeweiligen Machtbasis. Der 'aq̣la ist in der Lage, kraft seiner moralischen Autorität und der ihm entgegengebrachten Loyalität seiner Gruppenmitglieder an fundamentalen Entscheidungen auf Grundlage des Gewohnheitsrechtes mitzuwirken. Von seinen Fähigkeiten hängt es ab, wie gut das Spannungsverhältnis zwischen den Stammessegmenten kontrolliert werden kann, so daß sich letztlich seine Kompetenzen auf die Erhaltung des Stammbsystems selbst auswirken. Die neuen Funktionäre dagegen haben in ihrer doppelseitigen Abhängigkeit keine wirklich eigenen Entscheidungsbefugnisse. Offiziell zumindest schließt ihre Funktion als Mittler zwischen staatlichem Apparat und Stammesbevölkerung eine solche Eigenständigkeit aus. De facto aber haben die Mittelsmänner die Möglichkeit, Entscheidungen der Entwicklungsbürokratie zu beeinflussen.

Die Funktionen der Führungspersonen im Prozeß der regionalen Entwicklung sind teilweise durch ihre Machtbasis und ihre Einflußmöglichkeiten vorgezeichnet: Die Funktionäre, die im Kontaktbereich zwischen Stamm und Staat operieren, sind verantwortlich für die Verteilung und Abwicklung von Entwicklungsmaßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Institutionen, in denen sie sich betätigen, wurden vom Staat speziell zu diesem Zweck eingerichtet. Die doppelseitige Einbindung der Funktionäre erfordert von ihnen, daß sie versuchen, die Interessen beider Seiten miteinander zu verbinden. Ohne eine Verteilung von "Entwicklungsmaßnahmen" von oben nach unten haben sie keine Möglichkeiten, auf Entscheidungen zugunsten ihrer Stammesmitglieder Einfluß zu nehmen. Ohne staatliche Aktivitäten wären sie

deshalb auch, zumindest in den Augen ihrer Leute, schlicht und einfach überflüssig. Ihnen muß also, wenn sie ihre Position weiter behalten wollen, an einer Fortsetzung und möglichst sogar einer Ausdehnung der staatlichen Maßnahmen gelegen sein. Ihre Position wollen die meisten von ihnen schon allein deshalb beibehalten, weil sie ihnen nicht nur zu Ansehen, sondern auch zu ökonomischen Vorteilen verhelfen kann. Das Wirken der Funktionäre richtet sich folglich darauf, ein Maximum an staatlichen Leistungen für die gesamte Region und speziell für ihre Gruppe zu erreichen und die Umsetzung der staatlichen Politik in ihrem Einflußbereich zu unterstützen. Ihr Problem dabei ist, daß sie bei ihren Leuten nur solange mit Akzeptanz ihrer Kooperation mit den Behörden rechnen können, wie sie dabei erfolgreich sind. Ihre Funktion verhilft ihnen zu einer situationsabhängigen, vom Staat verliehenen Autorität, aber sie verfügen damit noch nicht über eine traditionale Machtbasis in ihrer Stammesgruppe. Die hat ausschließlich der 'aqla.

Wie aber verhält sich der 'aqla in dem von den Funktionären unterstützten Entwicklungsprozeß? Die Loyalität, die ihm entgegengebracht wird, sein Ehrenstatus und seine moralische Autorität machen ihn zu einer Schlüsselperson bei der Vermittlung der externen Impulse und Veränderungen. In seiner Funktion als 'aqla tritt er erst in Aktion, wenn rechtliche Probleme entstehen oder wenn er die Prinzipien des Stammessystems bedroht sieht. Da die staatliche Entwicklungspolitik in Marsa Matruh explizit auf eine Assimilation der Aulad 'Ali und eine Auflösung des Stammessystems zielt, wäre es einleuchtend, wenn sich die 'awaqil als Bewahrer der alten Ordnung gegen die "von oben" und außen über sie hereinbrechenden Neuerungen stellen würden, und wenn diese Konfrontation personifiziert würde in der Gegenüberstellung von alten Führern und neuen Funktionären. Doch eine solche offene Konfrontation konnte ich nirgendwo beobachten. Ich halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß sie in dieser Form auftritt. Die Regel ist vielmehr, daß auch und gerade die 'awaqil eine konstruktive Funktion in der Entwicklung mit ihrer konservativen Funktion im Stammessystem verbinden. Sie gleichen Spannungen aus, statt sie aufzubauen. Wie diese Verbindung aussieht, möchte ich an einem Fallbeispiel aus Jarawla demonstrieren:

Jarawla:

Die Mehrheit der etwa 500 Bewohner des Territoriums der Qinashat zwischen den Wadis Jarawla und Naghamish, 20 bis 25 km östlich von Marsa Matruh, gehört zum hait Hnish der 'aila der Qinashat. Drei Familien rechnen sich wie die Qinashat zum Hauptstamm der 'Ali Ahmar, aber zu einer anderen 'aila, und etwa 20 % der Bewohner sind Murabitin. Der 'umda des Gebietes, Sa'id 'Abd ar-Rabu Zaruq, übernahm das Amt 1978 als Neffe seines Vorgängers. Er ist Mitglied des hait Hnish, doch sein Zuständigkeitsbereich geht weit über das Territorium des hait hinaus und schließt die Nachbarterritorien der Jibihat, Sarahna und Minufa mit ein, die alle zu den Murabitin gehören. Der 'umda ist außerdem Abgeordneter für seinen Stamm im majlis mahalli. Er verbringt deshalb die meiste Zeit in der Stadt und unterhält dort zusammen mit einem Neffen eine Wohnung. Sa'id ist der reichste Mann unter den Mitgliedern seines hait.

Seine Familie, insgesamt etwa 25 Personen, besitzt fast 1 000 Stück Vieh, eine Feigenplantage von fünf Hektar und 10 Hektar Ackerland in der hydrologisch günstigsten Lage des ganzen Gebietes im Wadi Naghamish. Das Haus des *'umda* wurde vor 20 Jahren als eines der ersten festen Gebäude in diesem Gebiet gebaut und seitdem mehrmals erweitert. Heute bildet es, da es in der Nähe der Straße und der Wasserzapfstelle gelegen ist, den Mittelpunkt einer kleinen Siedlung von 12 Häusern.

Zwei Kilometer südlich dieser Siedlung liegt das Haus des *'aqla* des *hait* Hnish, Hayub Abu Bakr. In den Jahren von 1984 bis 1986 war ich mehrere Wochen in seinem Hause zu Gast. Als Besitzer von 200 Stück Vieh ist Hayub verhältnismäßig wohlhabend, jedoch nicht im gleichen Maße wie der *'umda*. Für sein Ackerland im Wadi Ruashid wurde ihm im Herbst 1985 im Rahmen der staatlichen Regionalentwicklung ein Damm gebaut, so daß er dort eine Feigenpflanzung anlegen kann. Einer seiner Söhne bewirtschaftet das Land und verdient mit dem familieneigenen Traktor ein zusätzliches Einkommen. Hayub selbst nimmt nicht nur aus Altersgründen - er ist Jahrgang 1925 - kaum an den landwirtschaftlichen Arbeiten teil, sondern auch deshalb, weil ihm seine Tätigkeit als *'aqla* selten Zeit dazu läßt. Er ist nämlich nicht nur für die Mitglieder seines *hait* aktiv, sondern er wird immer wieder in Streitfällen auch von fremden Stammessegmenten als Berater und Schlichter hinzugerufen. Durchschnittlich zwei- bis dreimal pro Woche macht er sich auf die Reise, um in Salum, Sidi Barrani oder Burg al-'Arab den Gesuchten um Unterstützung nachzukommen. Für diese Tätigkeit wird er nicht bezahlt, sondern sein Lohn besteht lediglich in einer Stärkung seines Ehrenstatus. Bei seinen eigenen Leuten und bei anderen Stammesgruppen erfreut er sich eines so hohen Ansehens, daß er von vielen mit dem Ehrentitel "Hajj" angedredet wird. In meiner Feldarbeit in Jarawla erwies sich die Unterstützung durch Hayub als entscheidende Voraussetzung für einen vertrauensvollen Kontakt zu der Beduinenbevölkerung, während die Leute die Zustimmung des *'umda* mehr als Indiz dafür verstanden, daß auch seitens der Behörden keine Einwände gegen mich bestünden.

Hayub ist als *'aqla* ein Repräsentant seines *hait* bei intertribalen Auseinandersetzungen. Wegen seiner hohen sozialen Position steht er aber in gewisser Weise bereits über der Fraktionierung und Interessenbindung in den Stammessegmenten. Er ist insofern auch ein Repräsentant der Prinzipien und Werte des traditionellen StamMESSystems. Sein Ansehen hat er nicht - wie der *'umda* - allein dadurch erworben, daß er sich besonders erfolgreich für die Interessen seiner Gruppe eingesetzt hätte, oder daß er über gute Kontakte zu Behördenvertretern, anderen Stammesführern oder sonst irgendwelchen Funktionären außerhalb seiner eigenen Gemeinschaft verfügte. Der Respekt, der ihm entgegengebracht wird, gilt vielmehr seiner Person selbst und nicht in erster Linie seinen Leistungen oder seiner Macht. Er verkörpert die Ideale der Stammesgesellschaft. Seine persönliche Integrität macht ihn zu einer Vertrauensperson auch für Mitglieder anderer Segmente, also auch für Menschen, die gar nicht mit ihm verwandt sind. Vor allem auf diese Eigenschaft dürfte es zurückzuführen sein, daß er vor 25 Jahren von

seinem hait und von den anderen Anwohnern des Gebietes einvernehmlich zum Genossenschaftsvorsitzenden (ra'is al-jama'iya) gewählt wurde.

Fast jeden Nachmittag, wenn Hayub zu Hause ist, kommen Mitglieder seines hait zu Besuch, um seinen Rat zu persönlichen Anliegen und Problemen zu hören. Auch einige der Murabitin des Gebietes und Mitglieder anderer Stammessegmente, für die Hayub eigentlich nicht unmittelbar zuständig ist, vertrauen auf sein ausgewogenes Urteil. In den Gesprächen, bei denen ich anwesend war, ging es keineswegs nur um solche Fragen, die in den traditionellen Aufgabenbereich des 'aqla fallen, sondern häufig auch um ökonomische Probleme oder um Anliegen, die in weiterem Sinne im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Region stehen. Die Beduinen scheinen sich auch in solchen Fragen am liebsten zuerst an ihren 'aqla zu wenden, weil er ihr volles Vertrauen genießt. Der 'umda dagegen, der eigentlich für viele dieser behördlichen Angelegenheiten zuständig wäre, hat in Jarawla eine auffällig distanziertere Beziehung zu seinen Stammesgenossen. Während Hayub von seinen Leuten, wenn auch mit großem Respekt, als einer der Ihren betrachtet wird, ist der 'umda für viele Bewohner des Gebietes eine Autoritätsperson, die ihre Autorität aus einer fremden Quelle speist. Zusätzlich vergrößert wird die Distanz sicherlich noch durch das geschäftliche Geschick von 'umda Sa'id, der vor aller Augen seine Verbindungen zu den Behörden auch zum eigenen Vorteil zu nutzen weiß. Auch Hayub hat sich erfolgreich um einen Ausbau seines landwirtschaftlichen Betriebes bemüht und dafür seine vielfältigen Kontakte eingesetzt, er hat aber stärker als der 'umda einen Teil seines Vermögens wieder dafür aufgewendet, um zu seinem Prestige in der Stammesbevölkerung beizutragen und seine Funktion als 'aqla auszuüben. Großzügigkeit (karama) und Gastfreiheit sind Tugenden, die von ihm erwartet werden, die aber auch recht kostspielig werden können. Diese Ausgaben und seinen "ehrenamtlichen" Einsatz kann er sich nur leisten, weil seine sieben erwachsenen Söhne weiter zu seinem Haushalt gehören und zum Familieneinkommen beitragen.

Hayub hat als 'aqla eine konkrete Verantwortung gegenüber den Mitgliedern seines hait. Seine Funktion geht jedoch über diese traditionale Rolle hinaus. Er ist nicht mehr nur ein Schlichter in Stammesstreitigkeiten, sondern er vermittelt auch in Konflikten, die sich als Folge der Entwicklungsmaßnahmen unter den Stammesmitgliedern oder zwischen ihnen und den Funktionären ergeben. Diese informelle Funktion kennzeichnet ihn als einen rajul khair, als einen "edlen Mann", der aufgrund seines Ansehens und nicht aufgrund bestimmter Führungsämter Autorität genießt.

OBERMEYER (1973) kommt in einer Studie über die 'Ashibat in Qasr zu dem Ergebnis, daß der rajul khair im Gegensatz zu den 'awaqil und den Funktionären keine fest umrissenen Rechte und Pflichten hat und deshalb über die Grenzen von Stammessegmenten und Zuständigkeitsbereichen hinaus operieren kann, um sich für jeweils konkrete Anliegen Unterstützung zu verschaffen. Weil er an keine Institutionen gebunden ist, hat er eine größere Flexibilität in Machtbeziehungen und kann sich leichter Veränderungen der äußeren politischen

Situation anpassen. Sein hoher Ehrenstatus gibt ihm Rückhalt im Stammessystem, aber gleichzeitig übt er auch Einfluß gegenüber der staatlichen Bürokratie aus. Wegen der Fähigkeit, eine Brücke zwischen Staat und Stamm zu schlagen, bezeichnet OBERMEYER seine Funktion als die eines "cultural broker". In der Person dieses "Maklers zwischen zwei Kulturen" sieht er den Typus eines modernen und zugleich volksnahen Führers, der in der gegenwärtigen Phase des Übergangs für die Interessen der Stammesgesellschaft gegenüber dem Staat eintritt und sich gleichzeitig für die staatliche Entwicklungspolitik einsetzt.

Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen kann ich die Ergebnisse der zitierten Studie im Prinzip bestätigen. Zugleich machen aber auch die Veränderungen der 15 Jahre, die seit dieser Studie vergangen sind, einige Erweiterungen erforderlich. Ich hatte Gelegenheit, den Mann, den OBERMEYER in seinem Aufsatz hinter einem Pseudonym versteckt und als den rajul khair der Qinashat darstellt, persönlich kennenzulernen. Hajj 'Abd al-Latif ist auch heute noch im gleichen Sinne aktiver Kommunalpolitiker, aber inzwischen agiert er nicht mehr losgelöst von allen Institutionen, sondern er hat die Partei und den majlis als seine Betätigungsfelder gewählt. Zusammen mit seinem Vetter, dem Vorsitzenden der Genossenschaft von Qasr, übt er einen maßgeblichen Einfluß auf die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen im Stammesterritorium der Qinashat aus.

Hayub und Hajj 'Abd al-Latif unterstützen und steuern die Entwicklung auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Hayub überläßt die offiziellen Behördenkontakte dem 'umda und tritt selbst nur in Konfliktfällen in Aktion. Hajj 'Abd al-Latif dagegen nutzt die vom Staat für die Kooperation eingerichteten Institutionen, speziell den majlis, um Interessen der Beduinen zu artikulieren, und um sich für ihre Berücksichtigung in der staatlichen Entwicklungspolitik einzusetzen. Beide Männer verfügen über einen enormen Rückhalt und Respekt in der Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die Stammeszugehörigkeit. Diesen Status konnten sie nur erreichen, weil sie sich nicht vom Staat instrumentalisieren ließen. Sie sind in diesem Sinne keine Funktionäre, sondern Stammespolitiker. Zugleich stehen sie aber der Regionalentwicklung in Marsa Matruh weder ablehnend noch ängstlich gegenüber, sondern sie unterstützen alles, was ihrer Meinung nach zur Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Menschen in der Region beiträgt. Beide vertreten sie die realistische Einschätzung, daß die Aulad 'Ali die politische Dominanz des ägyptischen Staates akzeptieren müssen, und daß deshalb ein offensiver Widerstand gegen die vom Staat betriebene Integration und Assimilation keine Aussicht auf Erfolg hätte. Sie sehen vielmehr den richtigen Weg darin, aktiv an den staatlichen Maßnahmen teilzunehmen, mit den Behörden zu kooperieren und auf diese Weise selbst über die Inhalte der Entwicklung mitzubestimmen.

Nun stellt sich aber die Frage, ob dieser neue Typus von Führungspersonen wie Hajj 'Abd al-Latif überhaupt noch dem Stammessystem verbunden ist, oder ob er nicht treffender als "Kommunalpolitiker" bezeichnet werden müßte. Vor dem Hintergrund der Problemstellung der vorliegenden Arbeit verbindet sich mit dieser Frage der Verdacht, daß diese "Kommunalpolitiker" bereits den Antitypus des traditionellen Stammesführers darstellen und daß sie deshalb Vorboten - und Vorreiter ! - des Zerfalls des traditionellen Stammessystems sind. Diesen

Verdacht hatte ich, bevor ich einige dieser Politiker näher kennenlernte. Schon bei den ersten Gesprächen zerstreute er sich wieder, denn diese Männer überzeugten mich durch ihre Worte und ihr selbstbewußtes Auftreten von ihrer Identifikation mit den Grundlagen des Stammesystems. Sie fühlen sich und handeln als die Sprecher der Qinashat, der Sanaqra oder der Aulad 'Ali insgesamt. Erst später wurde mir klar, daß mein Verdacht trotzdem zutreffend ist, und daß auch solch traditionsbewußte Männer wie Hayub oder Hajj 'Abd al-Latif zur Auflösung tradiertter Strukturen beitragen. Dies tun sie jedoch, ohne es zu wollen, und in ganz anderer Weise als von mir anfangs vermutet und als hier bisher ausgeführt. Der Hebel, der an den grundlegenden Prinzipien des traditionellen Stammessystems ansetzt, ist im ökonomischen Bereich zu suchen. Dem wird im nächsten Hauptkapitel nachzugehen sein.

Hinsichtlich der politischen Wirkung der neuen Führungspersonen bin ich der Auffassung, daß sie eher zu einer Stärkung als zur Auflösung des Stammessystems beitragen. In Marsa Matruh stehen nach wie vor alle gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen in direktem Zusammenhang mit den segmentären Strukturen. Auch das Auftreten der neuen Führer ist vor diesem Hintergrund zu erklären. Im traditionellen Stammessystem ist nämlich nicht nur die Sozialstruktur, sondern auch die Autoritätsstruktur segmentär. Unter diesen Bedingungen gibt es nur im Verband des *hait*, also auf einer sehr niedrigen Ebene der gesellschaftlichen Organisation, eine Repräsentation der Gemeinschaft durch einen einzelnen Vertreter, den *'aqla*, der genau genommen noch nicht einmal als Führer, sondern nur als Vermittler und Schlichter fungiert. Die *'awaqil* traten auch früher nur dann als übergeordnete politische Führer oder als Anführer in bewaffneten Konflikten auf, wenn sie Anhänger außerhalb ihres Segmentes fanden. Es gibt auf Grundlage der segmentären Strukturen keine zentrale Herrschaft unter den Aulad 'Ali. Die politische Führung war bisher in den "kopflosten" Stämmen, wie schon im historischen Überblick (s. B-3) gezeigt wurde, in höchstem Maße informell, situationsabhängig und jeweils von den äußeren Erfordernissen bestimmt. Das ist heute im Prinzip nicht anders.

Die äußeren Erfordernisse, denen sich die Aulad 'Ali in der Gegenwart gegenübersehen, werden vom Eindringen des ägyptischen Staates bestimmt. In dieser Situation, die die Stämme in ihrer Gesamtheit betrifft, übernehmen einzelne Stammesmitglieder wie selbstverständlich und auch ohne institutionelle Einbindung oder formelle Beauftragung durch ihre Leute die Funktion, für die anderen zu sprechen, sich für ihre Interessen einzusetzen oder gar für sie Entscheidungen zu treffen. Diese Männer üben situationsbedingt zentrale Funktionen aus, die über die Kompetenz autochthoner Institutionen hinausgehen. Sie tun dies nicht, weil sie ein Amt in einer der drei stammlich-staatlichen Institutionen innehaben, sondern sie nehmen umgekehrt dieses Amt deshalb ein, weil sie auch vorher schon Führungsfunktionen ausübten. Die gemeinsame Konfrontation der Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali mit dem Staat führt zu einer gemeinsamen Reaktion. Das bedeutet, um es mit anderen Worten auszudrücken, daß die vom Staat "von oben herab" für die Kooperation mit der Stammesbevölkerung geschaffenen Institutionen sich partiell mit der segmentären, oberhalb der Ebene der *'aila* sogar informellen, Führungsstruktur der Aulad 'Ali überschneiden. Männer, die unter

traditionalen Verhältnissen lediglich informelle Stammesführer gewesen waren, finden sich heute in stammlich-staatlichen Ämtern und Institutionen wieder, aber sie bleiben Stammesführer. Das Resultat dieser personellen und institutionellen Überschneidung ist, daß gegenwärtig bei den Aulad 'Ali die Entstehung einer neuen Schicht von "opinion leaders", "Kommunalpolitikern" und Stammesvertretern beobachtet werden kann, die sich partiell aus den alten Führern und partiell aus den neuen Funktionären rekrutiert, und deren Spitzenvertreter sich sowohl im alten wie im neuen System bewegen. Sie vergrößern ihren Einfluß in den drei staatlichen Institutionen, betreiben ihre Politik aber weitgehend auf informellem Wege. Sie werden von den Direktoren der Entwicklungsbürokratie und vom Gouverneur selbst als Verhandlungspartner bei grundsätzlichen Problemen der Entwicklungsplanung betrachtet, sie bereiten hinter den Kulissen die Sitzungen des majlis mahalli vor und sie sind es auch, die entscheiden, welche Stammesvertreter in den majlis und in das Parlament nach Kairo geschickt werden. Die Leitlinien ihrer Politik orientieren sich aber weiterhin am Stammesystem.

3.4. Stammesidentität und nationales Bewußtsein

"No desert sheikh can be counted on to represent his people in Parliament. None of the chiefs have sufficient education to make valuable representation of the Bedouin needs in Parliament. (...) So far as politics are concerned, my teaching was that the Bedouin was not to concern himself in any way with the politics of the Nile Valley. He was to be loyal and that was all that was required of him by the State" (JENNINGS-BRAMLY 1958: 125).

Diese Bemerkungen des ehemaligen britischen Gouverneurs zeigen, daß die Regierung in Kairo damals den ägyptischen Beduinen gegenüber eine auf Abgrenzung bedachte "Apartheid"-Politik betrieb. Heute dagegen zielt die staatliche Entwicklungspolitik im Governorat Marsa Matruh auf eine wirtschaftliche und politische Integration der Aulad 'Ali. Dabei geht es um mehr als nur um ihre Eingliederung in nationale Strukturen. Angesichts der feindseligen Beziehungen zu Libyen hat der ägyptische Staat ein Interesse daran, die Beduinen auf seiner Seite der Grenze nicht nur zu kontrollieren und wirtschaftlich an sich zu binden, sondern sie auch in ihrer gedanklichen Orientierung auf das Land, in dem sie leben, auszurichten. Die Wüstenbewohner, die sich bisher den Libyern näher gefühlt hatten als den Fellachen und Städtern im Niltal, sollen zu Ägyptern gemacht werden. Dies ist eines der Leitmotive des starken staatlichen Engagements für eine Entwicklung der Region Marsa Matruh. Inwieweit diese Bemühungen bisher erfolgreich waren, und in welcher Richtung die Identifikation der Aulad 'Ali heute geht, sei zunächst durch folgende Begebenheit illustriert, die ich

zwar nicht selbst erlebt habe, aber die mir von mehreren Informanten glaubhaft geschildert wurde:

Im Jahre 1985 stattete Präsident Mubarak dem Governorat einen offiziellen Besuch ab, um sich von den Erfolgen der Entwicklung in diesem peripheren Landesteil zu überzeugen. Höhepunkt des Besuchsprogrammes war eine Rede des Präsidenten im majlis mahalli. Hier saßen ihm die Abgeordneten der Stämme gegenüber und ließen sich von ihrem Regierungschef aufzählen, welche Anstrengungen die ägyptische Regierung für die Entwicklung ihrer Region übernommen habe. Dabei spielte der Präsident auch auf die Situation im Grenzgebiet an und sagte, er wisse, daß trotz der Entwicklungsanstrengungen in Marsa Matruh immer noch "einige von Euch" - hier sprach er die Abgeordneten direkt an - ihre Freunde unter den Stämmen drüben in Libyen hätten. In diesem Moment erhob sich einer der Stammesvertreter und unterbrach die Rede: "Herr Präsident", sagte er, "die Stämme auf der anderen Seite der Grenze sind nicht unsere Freunde. Sie sind unsere Verwandten!"

Als Kommentar zu dem Bericht über diese Begebenheit wurde mir von einem Informanten hinzugefügt, daß heute die Ägypter selbstverständlich Freunde der Aulad 'Ali seien, aber Freundschaft könne man bekanntlich auch wieder verlieren, Verwandtschaft dagegen nie. In den Worten des Stammesvertreters offenbart sich also weit mehr als nur das Verhältnis der Aulad 'Ali zu ihren östlichen Nachbarn. Sie zeigen das Verhältnis der Stammesmitglieder zu ihrer gesamten gesellschaftlichen Umwelt, das gekennzeichnet ist durch den Gegensatz von Stammesidentität und Nationalbewußtsein. Die für die ägyptischen Sicherheitsinteressen maßgebliche Frage ist, ob sich die Aulad 'Ali nicht nur ihren "Verwandten" in Libyen stärker verbunden fühlen als ihren ägyptischen "Freunden", sondern ob außerdem auch ihre nationale Orientierung in diese Richtung weist. Fühlen sich die Aulad 'Ali möglicherweise als Libyer und als Gegner der Ägypter?

Keineswegs! Ich habe vielmehr den Eindruck, daß gerade unter den politischen Führern der Aulad 'Ali ihr Beduinentum zur bewußten Abgrenzung von den Niltal-Ägyptern benutzt wird. In gewisser Weise verklären sie ihre Stammesidentität zu einer "Stammesideologie": "Wir Aulad 'Ali" gegen "Ihr Ägypter". Diese (selbst)bewußte Herausstellung der Andersartigkeit und das ostentative Festhalten an tribalen Traditionen darf jedoch nicht als aufgesetzte Folklore mißverstanden werden. Der den Ägyptern demonstrierte "Tribalismus" hat vielmehr Methode: Die Stammesführer sind sich der Tatsache bewußt, daß ihnen genau diese Andersartigkeit ein politisches Gewicht verschafft. Allein deshalb, weil die Beduinen den staatlichen Autoritäten in geschlossenen Gemeinschaften gegenüberstehen, müssen ihre Führer von der Bürokratie ernstgenommen werden. Weil sie das Glück haben, im ägyptisch-libyschen Grenzgebiet zu leben, sind sie politisch wichtig. Weil sie dem Staat nicht als amorphe Masse verarmter Viehzüchter entgegentreten, sondern als Aulad 'Ali, finden ihre Forderungen nach umfangreicher Entwicklungsförderung Gehör.

Ein äußeres Indiz des zur Schau getragenen tribalen Selbstbewußtseins ist die Kleidung der Führungspersonen. Durch ihre aufwendig bestickte Tracht und ihre roten Mützen heben sich die Stammesnotablen von den einfachen Stammesmitgliedern ab. Sie signalisieren damit aber zugleich den Beamten aus dem Niltal ihre Stellung. Auch die aus Marsa Matruh nach Kairo entsandten Abgeordneten treten im Parlament immer in Tracht auf: Eine äußere Assimilation findet bei ihnen ganz betont nicht statt. Auch ein "innerliches" Aufgehen der Stammesführer in den vom Staat und der nationalen Gesellschaft bestimmten Strukturen scheint es auf den ersten Blick kaum zu geben: In allen drei vom Staat geschaffenen Institutionen zur Koordination der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bevölkerung erwiesen sich autochthone Strukturen als so stark, daß sie auch die Form der Zusammenarbeit und die Steuerung der Entwicklung beeinflussen.

Die Frage ist aber, ob man aus diesem sichtbaren Verhalten auf die ihm zugrundeliegenden Einstellungen schließen kann: Kommt es bei den Aulad 'Ali als Folge der jüngeren Entwicklung zu einer "inneren" Assimilation, zu einer kulturellen Angleichung und einer nationalen Orientierung? Ihre "Ägyptisierung" ist ein langsamer, aber durchaus systematisch betriebener Prozeß. Fünf Zugangswege sind zu unterscheiden, über die heute direkte Einflüsse auf das Denken der Stammesbevölkerung vermittelt werden.

- 1) Das wichtigste und wohl auch erfolgreichste Instrument zur Implantation von Nationalbewußtsein und zur Auflösung von Traditionen ist das **Schulwesen**. In der Grundschule lernen die Beduinenkinder nicht nur Lesen und Schreiben, sondern von den Lehrern, die fast ausnahmslos aus dem Niltal stammen, werden ihnen mit den gleichen Schulbüchern dieselben Themen wie überall sonst in Ägypten vermittelt. Jeden Morgen vor Beginn des Unterrichts treten sie vor ihren kleinen Wüstenschulen an und hissen die ägyptische Fahne, singen die Nationalhymne und lassen sich dann von ihren Lehrern die Vorzüge des Landes am Nil schildern. Die Lehrer selbst betrachten ihren Einsatz bei den Beduinen, zu dem sie teilweise zwangsverpflichtet wurden, als eine Art Verbannung aus der Zivilisation. Den Beduinen stehen sie mit einer Mischung aus Verachtung und Angst gegenüber. Sie wohnen deshalb nach Möglichkeit nicht am Schulort, sondern in der nächsten größeren Siedlung. In den beiden Schulen des Untersuchungsgebietes 30 km östlich von Marsa Matruh beispielsweise pendelt das gesamte Lehrpersonal jeden Tag zwischen dem Arbeitsplatz in der Wüste und dem Wohnsitz in der Stadt. Die Eltern der Kinder aus der Schule am Wadi Ruashid bezahlen den Lehrern sogar aus eigener Tasche den täglichen Transport, weil die sonst nur unregelmäßig oder gar nicht zum Unterricht erscheinen würden. Die soziale und kulturelle Distanz zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen der Niltal- und der Wüstenbewohner prägt auch die Inhalte des Unterrichts, soweit ich dies aufgrund einiger Unterrichtsbesuche und Gespräche mit Schülern beurteilen kann. Bei den Lehrern ist dies meines Erachtens keine böse Absicht, sondern lediglich eine Umsetzung dessen, was sie selbst in ihrer eigenen Ausbildung gelernt haben.

2) Militärdienst

Seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Beduinen in den sechziger Jahren ist die Armee für die jungen Männer eine "Schule der Nation", in der sie für drei Jahre zusammen mit anderen Dienstverpflichteten aus den verschiedensten Landesteilen irgendwo außerhalb ihres Heimatgebietes eingesetzt werden. Die Rekrutierung ist bei den Aulad 'Ali verständlicherweise nicht sonderlich populär, da sie der Familie für einen langen Zeitraum eine Arbeitskraft entzieht. Auf der anderen Seite hat die Dienstzeit für die jungen Männer aber den Effekt, daß sie direkt die Macht des Staates erfahren, daß sie einen Teil des Landes durch ihre Stationierung kennenlernen, und daß sie Freundschaften mit Nicht-Beduinen schließen. Dadurch werden zum Teil Vorurteile über die Niltalbewohner abgebaut, zum Teil aber werden sie nur mit neuen Grundlagen untermauert.

- 3) Das gleiche gilt für den Einfluß der ägyptischen Medien auf die Beduinen: Selbst die Viehhirten draußen in der Wüste haben ihre kleinen Transistorradios, und sie sind zumindest über die neuesten Fußballergebnisse aus Kairo so gut informiert wie jeder Ägypter. Auffällig ist, daß nicht nur die "Stimme Kairos" gehört wird, sondern daß politisch Interessierte häufig auch die Nachrichtensendungen anderer arabischer Staaten hören. Nur sehr wenige Beduinen lesen die Zeitungen, die erst nachmittags aus Kairo nach Marsa Matruh gebracht werden. In den Ortschaften mit Stromversorgung ist das Fernsehen so beliebt wie im Niltal.
- 4) Mit der Selbsthaftwerdung und der Abwanderung eines Teils der Stammesbevölkerung in die kleinen Landstädte der Region konnte der "offizielle" Azhar-Islam an Einfluß gewinnen. An den größeren Moscheen sitzen Imame, die in Kairo ausgebildet wurden.
- 5) Der persönliche Kontakt mit Niltalägyptern wird vor allem durch die fast ausschließlich mit Nicht-Beduinen besetzten Behörden alltäglicher. Zwar kommt es auch unter den Bewohnern der Stadt Marsa Matruh kaum zu einer Vermischung, wohl aber zu einer Begegnung der beiden Bevölkerungsgruppen, so daß hier die Auswirkungen des Kulturkontaktes deutlich zu beobachten sind.

Die "Ägyptisierung" erfaßt nicht die gesamte Stammesbevölkerung in gleicher Weise und mit gleicher Intensität. Die oben geschilderten Wege des ägyptischen Einflusses auf die Beduinen führen vielmehr zu einer Differenzierung der kulturellen Assimilation und des damit zusammenhängenden Nationalbewußtseins. Männer sind generell stärker beeinflußt als Frauen, und unter ihnen wiederum primär die jüngeren Jahrgänge und die mit einer schulischen oder weitergehenden Ausbildung (vgl. Abb. D-13). Unter diesen Gegebenheiten könnte man versucht sein, die Ausprägung einer nationalen Orientierung als ein Merkmal von "Modernität" zu interpretieren, beziehungsweise umgekehrt die Identifikation mit Stammessegmenten als Indiz der "Traditionalität". Dieser Zusammenhang bedarf jedoch einer stärkeren Differenzierung. Drei Tendenzen der Veränderung sind nämlich zu unterscheiden:

- 1) Große Teile der Stammesgesellschaft sind von vornherein von den aufgezählten direkten kulturellen Kontakten ausgeschlossen. Frauen beispielsweise haben zu einer Identifikation mit dem traditionellen sozialen Rahmen überhaupt keine Alternative, weil für sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur ihre unmittelbare soziale Umgebung von Bedeutung ist (vgl. ABU LUGHOD 1987). Die meisten Beduinen, Männer wie Frauen, sehen sich auch heute noch in erster Linie als Mitglieder eines *bait*, einer *'aila* oder eines Stammes. Ausschlaggebend für die Identifikation mit bestimmten sozialen Einheiten auf unterschiedlichen strukturellen Ebenen ist jeweils, mit welchen anderen Personen ein Gruppenmitglied sich konfrontiert sieht. Gegenüber der Bürokratie und der Niltal-Bevölkerung sehen sich die Beduinen als Aulad 'Ali, aber nicht als Ägypter. Allenfalls betrachten sie sich als Araber, in der Meinung, die Menschen in den anderen arabischen Ländern seien ebenfalls in Stämmen organisiert und ihnen deshalb in weitläufiger Weise verwandtschaftlich verbunden.
- 2) Dem stärksten nationalen Einfluß unterliegen die jungen Männer, und unter ihnen besonders diejenigen, die für sich persönliche Vorteile aus dem gegenwärtigen Wandel realisieren können. Dazu gehören einige hundert Studenten aus dem Governorat, die in Alexandria und Kairo studieren. Unter dieser besser ausgebildeten, aber noch recht kleinen Bevölkerungsschicht ist die Tendenz vorherrschend, sich nicht völlig den traditionellen Bindungen unterzuordnen, sondern in der Stadt Marsa Matruh zu leben.
- 3) Auch in der Bildungsschicht bedeutet aber die nationale Orientierung nicht unbedingt eine Aufgabe der traditionellen Identifikation mit der Stammesgesellschaft. In dieser Hinsicht stimmen sie mit der Gruppe der Stammespolitiker überein, die in ihrem Denken und Handeln tribale und nationale Dimensionen miteinander in Einklang zu bringen sucht.

Die Perspektiven einer zukünftigen Entwicklung im Spannungsfeld von Stamm und Staat sind aus Sicht der Mitglieder dieser drei Gruppen unterschiedlich: Die erste Gruppe ist nicht in der Lage, sich Alternativen zum bestehenden Stammessystem vorzustellen. Die zweite Gruppe dagegen zeigt bereits Ansätze, sich diesem System zu entziehen. Die dritte Gruppe schließlich ist auf der Suche nach einer Kombination von beidem: Ihr Ziel ist es, Marsa Matruh zu einem selbstverwalteten Governorat der Aulad 'Ali zu machen, mit einem Beduinen aus ihrer Mitte als Gouverneur.

D. SOZIALER WANDEL: VOM NOMADENSTAMM ZUM WÜSTENPROLETARIAT?

1. DIE WIRTSCHAFT STEUERT DEN WANDEL

1.1. Zur Bedeutung ökonomischer Rahmenbedingungen

Im vorausgegangenen Kapitel wurde gezeigt, in welcher Weise der ägyptische Staat im Governorat Marsa Matruh die regionale Entwicklung vorantreibt. Wie in der Ausgangsthese dieser Arbeit postuliert wurde, beschleunigt er dadurch den sozialen Wandel. Das nun folgende Kapitel beschäftigt sich damit, wie dieser soziale Wandel abläuft und welche Folgen er für die Beteiligten hat. Mit der Untersuchung dieser Auswirkungen soll schließlich eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob es der regionalen Bevölkerung als Folge der gegenwärtigen Veränderungen besser oder schlechter geht als vorher. Damit wird sich im Verlauf dieses Kapitels der gedankliche Kreis der Arbeit wieder schließen. Ausgegangen nämlich wurde in der theoretischen Konzeption von einem normativen Verständnis von Entwicklung, von einer Definition also, die die Zielsetzungen des Entwicklungsprozesses an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. Schon das vorige Kapitel aber hat deutlich gemacht, daß die Interessen der Aulad 'Ali nur zum Teil in die Zielsetzungen der staatlichen Entwicklungspolitik eingehen. Das Handeln des Staates in der Region wird eher von nationalen Interessen bestimmt.

In diesem Kapitel tritt noch ein zweiter Faktor hinzu, der die Realisierung einer selbstbestimmten und damit - nach meinem Verständnis - positiven Entwicklung einschränkt. Die bisher erreichten Veränderungen im Leben und Wirtschaften der Beduinen in Marsa Matruh können nämlich, wie bereits ausgeführt wurde, nicht generell als Verbesserungen im Sinne einer normativ verstandenen Entwicklung bezeichnet werden. Das liegt zum einen daran, daß sich die Zielsetzungen der Regionalentwicklung an verschiedenen Interessen orientieren. Zum anderen ist es aber auch darauf zurückzuführen, daß sich zusätzlich zu den staatlichen Maßnahmen auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf das Leben der Stammesbevölkerung auswirken. Um diese doppelseitige externe Verursachung zu untersuchen, ist eine Erweiterung der Perspektive erforderlich. Ich gehe dabei von zwei Hypothesen aus:

- 1) Die Entwicklung in der Region beschleunigt den sozialen Wandel und hat dadurch für Teile der Bevölkerung negative Nebenwirkungen, die von den Planern nicht vorgesehen waren, und die nicht den normativ begründeten Zielsetzungen entsprechen.
- 2) Der soziale Wandel ist nicht allein auf die staatliche Regionalentwicklung zurückzuführen, sondern auch auf die ökonomischen Rahmenbedingungen.

Ausgehend von diesen beiden Hypothesen beschäftigen sich die folgenden Überlegungen mit der Frage, in welcher Weise sich wirtschaftliche Einflüsse auf den Wandel sozialer Strukturen

auswirken. Die Perspektive richtet sich dabei primär auf die Mikroebene des einzelnen Haushalts. Die Untersuchung des sozialen Wandels soll die Ursachen, Auswirkungen und Tendenzen des Prozesses identifizieren und die ihm zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten transparent machen. Ziel dieses Kapitels ist es, zu zeigen, in welchem Verhältnis die von staatlichen Institutionen geplante, um Verbesserungen bemühte Regionalentwicklung mit dem über ökonomische Verflechtungen induzierten sozialen Wandel steht.

Die traditionale Produktionsweise der Aulad 'Ali war die subsistenzorientierte nomadische Viehproduktion mit ergänzendem extensivem Ackerbau und bedarfsabhängiger Vermarktung von Überschüssen. Die wirtschaftliche Integration führt zu einer zunehmenden Marktorientierung der Viehproduktion und mit Unterstützung durch die staatlichen Entwicklungsprogramme zu einem Ausbau der Pflanzenproduktion. Folge der Integration ist eine Diversifizierung der Produktionsformen und eine kapitalistische Transformation der Produktionsweise. Der Haushalt ist die Wirkungsebene dieser Veränderungen.

1.2. Der Viehmarkt als Knotenpunkt der Verflechtung

Nur ein kleiner Teil dessen, was ein Beduinenhaushalt heute zum Leben benötigt, wird von seiner Herde geliefert: Ziegenmilch gibt es im Winter und Frühjahr. Wolle wird für die Herstellung von Teppichen benötigt. Gerste wird heute nur noch selten zu Brot verbacken, sie dient primär als Futtergetreide. In der aktuellen Lebens- und Wirtschaftsweise der Aulad 'Ali haben Dinge wie Plastikkanister, Baumwollplanen und subventionierter amerikanischer Importweizen weitgehend lokal erzeugte Waren und Lebensmittel ersetzt. Alle diese Artikel müssen die Beduinen kaufen. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, brauchen sie folglich Geld, zu dessen Erwerb sie Vieh verkaufen müssen. Der Viehmarkt ist in dieser Hinsicht als der Knotenpunkt der Verflechtung zwischen dem Haushalt und seinem erweiterten ökonomischen Umfeld zu betrachten. Eine solche wirtschaftliche Außenbeziehung der Viehproduzenten zum Zweck des Erwerbs nicht lokal herstellbarer Güter ist nicht neu. Auch schon zu Beginn des Jahrhunderts gab es einen Austausch von Waren zwischen der Wüste und dem Nildelta. Er unterschied sich jedoch quantitativ und qualitativ von dem heutigen Handel, wie aus einem Zitat von DUMREICHER (1931: 20) hervorgeht:

"A bedouin's needs are few, and from flock and herd he can supply most of them. But not all: a gun, powder, and calico are beyond his skill, and, if he wishes to have them - which he invariably does - he must buy them. Hence there has always been a certain amount of trading between the desert and a few Alexandrian merchants. The latter lend and sell at amazing profits (...), four hundred per cent being by no means unusual."

Der damalige Tauschhandel wurde von - vermutlich vorwiegend griechischen - Händlern aus Alexandria dominiert, über die DUMREICHER (1931: 20) schreibt:

"The merchants of Alexandria are no better friends to the bedouins than the authorities, and exploit them without shame."

Durch die bedarfsorientierte Vermarktung von Vieh wurde kein Geld eingenommen, sondern im Austausch dafür wurden Güter des täglichen Gebrauchs erworben. Da die Beduinen deshalb kaum über Bargeld verfügten, waren sie in Notlagen gezwungen, sich bei den Händlern zu sehr ungünstigen Bedingungen zu verschulden (DUMREICHER 1931: 20-21): Engpässe in der Versorgung traten vor allem nach Trockenjahren auf, wenn nicht mehr genügend Saatgut vorhanden war oder in den Monaten vor Einbringung der neuen Ernte, wenn die Vorräte an Brotgetreide verbraucht waren. In diesen Zeiten gab es für die Bewohner des Küstenstreifens oft keine andere Wahl, als ihre nächste Ernte zu verpfänden.

Inzwischen hat sich die Wirtschaftsweise der Aulad 'Ali verändert: Geld bestimmt ihre ökonomischen und teilweise sogar ihre sozialen Beziehungen. In den letzten drei Jahrzehnten setzte sich immer mehr eine kapitalistische Transformation der Produktionsweise durch, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in einer Kommerzialisierung der Viehwirtschaft ausdrückte. Dieser Prozeß ist im wesentlichen auf drei verursachende Faktoren zurückzuführen:

- 1) Hohes Preisniveau
- 2) Integrationspolitik der ägyptischen Regierung
- 3) Selbsthaftwerdung und Ausbau der Infrastruktur

Das hohe Preisniveau auf dem Viehmarkt besteht bereits seit dem Beginn der sechziger Jahre. Damals hatte der Ölboom im benachbarten Libyen eine steigende Nachfrage nach Fleisch zur Folge, die durch die einheimische Produktion nicht gedeckt werden konnte. Die steigenden Preise in Libyen machten auch für die ägyptischen Aulad 'Ali die Viehproduktion und den Schmuggel von Schafen und Ziegen über die Grenze zu einer lukrativen Betätigung. Die realisierbaren Gewinne wurden noch dadurch vergrößert, daß auf ägyptischer Seite die staatliche Subventionierung von Futtermitteln die Produktionskosten reduzierten. Diese Umstände ermöglichten enorme Gewinnspannen, da die Verkaufserlöse in Libyen etwa beim Dreifachen der ägyptischen Preise lagen. Der illegale Export der Tiere mit Kleinlastern durch die Wüste war bis 1977 mit einem nur geringen Risiko verbunden, da die Grenze kaum kontrolliert wurde und die Beduinen außerdem in der Regel über bessere Ortskenntnisse und schnellere Fahrzeuge verfügten als die Grenzsoldaten. Schätzungsweise ein Drittel bis die Hälfte der Viehproduktion des Governorates wurde jahrelang auf diese Weise nach Libyen vermarktet. Genaue Zahlen liegen aus verständlichen Gründen nicht vor. Aus Gutachten (FAO/UNDP 1970) und Pressemitteilungen jener Zeit wird aber deutlich, daß die Situation ein wachsendes Mißfallen der ägyptischen Regierung hervorrief, zumal die Beduinen auf dem

Rückweg aus Libyen ihre Autos mit Elektrogeräten und anderen Waren vollpackten, auf deren Einfuhr in Ägypten sonst hohe Zölle geschlagen wurden. Die Sperrung und scharfe Kontrolle der Grenze nach den Auseinandersetzungen mit Libyen 1977 hatte deshalb nicht nur politische Hintergründe, sondern auch einen positiven Nebeneffekt für die ägyptische Volkswirtschaft: Der Schmuggel wurde in diesem Gebiet wirksam unterbunden. Nur für die Aulad 'Ali selbst bedeutete die Unterbrechung ihrer Handelsverbindungen nach Westen einen schweren wirtschaftlichen Einschnitt. Bis dahin hatte wohl jede Familie in irgendeiner Weise an den illegalen Export-Import-Geschäften partizipiert, entweder durch den Verkauf von Vieh an die Händler oder direkt durch den Transport von Tieren beziehungsweise umgekehrt von Schmuggelwaren (vgl. BUJRA 1973).

Die Folge dieser Geschäfte war ein plötzlicher Kapitalzufluß in die Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali. Das Kapital wurde teilweise in die Anschaffung neuer Transportfahrzeuge und den Bau von Häusern investiert, teilweise ermöglichte es aber auch eine Vergrößerung der Herden. Aufgrund der heute im Nachhinein zu ermittelnden Informationen ist anzunehmen, daß sich die Produktionsweise der Aulad 'Ali bis zur Mitte der siebziger Jahre bereits weitgehend auf die beschriebenen ökonomischen Rahmenbedingungen umgestellt hatte. Die Unterbrechung des Grenzverkehrs im Jahre 1977 bedeutete deshalb eine akute Gefährdung für die inzwischen auf kapitalistischer Grundlage umorganisierte Viehwirtschaft der Region. Der Grenzschließung war in den Jahren zuvor bereits eine abnehmende Nachfrage nach eingeschmuggelten Luxusgütern in Ägypten vorausgegangen, weil diese Waren im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung unter Sadat seit Mitte der siebziger Jahre auch legal importiert werden konnten.

Eine Aufrechterhaltung der kommerziellen Viehproduktion war nach diesem Einschnitt nur möglich, weil sich ein anderer Abnehmer für den Viehexport aus Marsa Matruh fand: Ab 1978 wurde Saudi Arabien zum wichtigsten Abnehmer, und in den folgenden Jahren stieg der Verkaufserlös auf über 20 Millionen Dollar pro Jahr (siehe Abb. D-1). Die in dem Diagramm zu bemerkenden Abweichungen zwischen dem Verlauf der Kurve der Viehzahlen und der Kurve der Verkaufserlöse sind auf Preisschwankungen zurückzuführen.

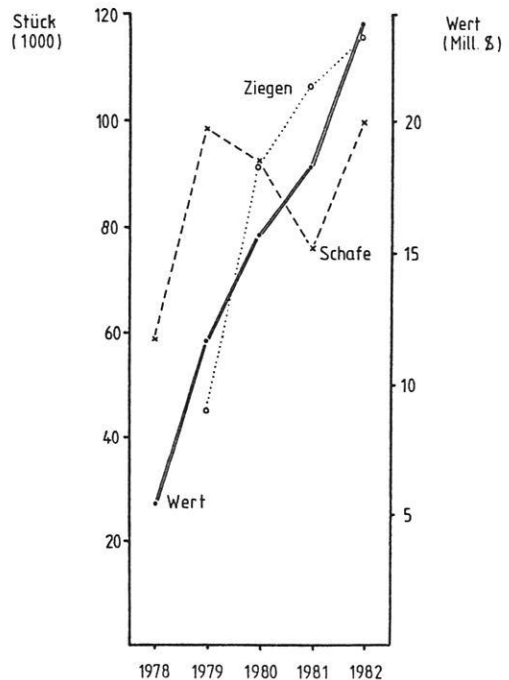


Abb. D-1: Viehexport aus Marsa Matruh nach Saudi Arabien

Die **Integrationspolitik** der ägyptischen Regierung gegenüber den Beduinen in der Westlichen Wüste wirkt sich in einem veränderten Konsumverhalten der Menschen aus. Nahrungsmittel und Konsumgüter, die es bisher nur auf den städtischen Märkten in Alexandria oder im Nildelta zu kaufen gab, werden nun auch in Marsa Matruh angeboten. Die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, die über die staatlichen Genossenschaftsläden abgegeben werden, ermöglicht es den Wüstenbewohnern, sich ähnlich wie ihre Landsleute am Nil zu ernähren. Durch den engeren Kontakt mit dem ägyptischen Staat und durch die soziale und kulturelle Beeinflussung der Beduinen von Kairo aus (siehe C4-3) werden neue Bedürfnisse geweckt, vom Radio bis zum festen Wohnhaus. Alle diese neuen Konsummuster und Bedürfnisse kosten Geld. Sie erfordern also eine stärker auf den Markt ausgerichtete Wirtschaftsweise.

Die **Seßhaftwerdung** der ehemaligen Nomaden in der Nähe der Küstenstraße und die Verbesserung der verkehrsmäßigen Erschließung der Region erleichtern die Erreichbarkeit des Marktes für alle Viehproduzenten. Daraus ergeben sich drei neue Möglichkeiten für die Beduinen: Erstens können sie durch regelmäßige Besuche auf dem Viehmarkt die Preisentwicklungen direkt verfolgen und dadurch zu dem für sie günstigsten Zeitpunkt verkaufen. Zweitens läßt sich das Vieh mit Kleinlastern schneller als bisher zum Markt beziehungsweise zu anderen Weidegebieten im Nildelta transportieren, und drittens ermöglichen die Kleinlaster auch den Transport von Futter hinaus zu den Standorten der Herden in der Wüste. Diese mit der Seßhaftwerdung einhergehenden Innovationen im Bereich der Transportmittel haben also durchaus auch positive Effekte für die Wirtschaftsweise der Beduinen: Sie erhöhen in gewisser Weise die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Viehproduktion! Die veränderte Form der Anpassung bezieht sich jedoch nicht, wie in der traditionellen Produktionsweise, auf die ökologischen Bedingungen. Es handelt sich vielmehr um eine Anpassung an die Gesetze des Marktes. Die Folgen dieser veränderten Form der Anpassung sind im völlig überweideten Küstenstreifen nicht zu übersehen.

Die Kommerzialisierung der Viehproduktion führt dazu, daß die gegenwärtige Weidewirtschaft der Aulad 'Ali nicht mehr zugleich auch Ausdruck einer Lebensweise ist, wie es früher der Fall war. Die Viehproduktion orientiert sich heute nur noch in zweiter Linie an den Bedürfnissen der Menschen oder den ökologischen Möglichkeiten ihres Lebensraumes. In erster Linie wird sie bestimmt von den Gesetzen des Marktes: Sie wird zu einem Geschäft. Drei Aspekte kennzeichnen die kapitalistische Transformation der traditionellen Weidewirtschaft:

- 1) Marktorientierung der Produktion
- 2) Lohnhirtentum
- 3) Viehvermarktung

Die **Marktorientierung** der Produktion zeigt sich in einer Reihe von Merkmalen. Das wichtigste von ihnen ist die Form der Futterbewirtschaftung. Da die Naturweide nur in besonders

regenreichen Jahren und auch dann nur bei mobiler Viehhaltung zur Ernährung der Herden ausreicht, sind die meisten Viehhalter darauf angewiesen, Futter zuzukaufen. Die Strategie der Produktion und Vermarktung besteht darin, auf der einen Seite den Futterverbrauch und damit die Produktionskosten möglichst gering zu halten, und auf der anderen Seite zum optimalen Zeitpunkt zu verkaufen. Dieses auf Kostenminimierung und Gewinnmaximierung ausgerichtete Verfahren bestimmt heute die kapitalistische Viehwirtschaft. Der größte Einzelposten unter den Produktionskosten sind die Ausgaben für Futtermittel. Ein Kilogramm Weizen, Mais oder Konzentrat aus Baumwollpreßkuchen (*kizb*) kostet auf dem freien Markt etwa 0,17 bis 0,2 LE. Die Genossenschaften geben das Kraftfutter zwar zu einem Drittel des Preises ab, aber sie verteilen pro Tier und Monat nur etwa drei Kilogramm. Da die Tiere bei stationärer Stallhaltung, also ohne Weide, pro Tag durchschnittlich ein Kilo Futter brauchen, kann die Viehproduktion nur dadurch gewinnbringend betrieben werden, daß die natürliche Vegetation so weit und so lange wie möglich genutzt wird. Die Weidewanderungen sind also auch bei seßhafter Lebensweise aus ökonomischen Gründen weiterhin notwendig. Betriebswirtschaftlich gesehen ist die möglichst exzessive Weidenutzung für den einzelnen Viehproduzenten auch deshalb eine rationale Verhaltensweise, weil ihm dadurch keine unmittelbaren Kosten entstehen. Das Weideland wird gemeinschaftlich genutzt, während sich das Vieh in individuellem Besitz befindet. Das Phänomen des "common's dilemma", die Zerstörung der gemeinsamen Nutzungsgrundlage, hat seine Ursachen in der Kommerzialisierung der Viehproduktion.

Neben der Weidenutzung gibt es noch drei ergänzende Methoden, um die Futterkosten niedrig zu halten:

- Der eigene Anbau von Gerste und die Bevorratung von Getreide und Stroh dienen dazu, die Abhängigkeit von Futterimporten zu reduzieren und Kosten zu sparen.
- Die Verlagerung der Herden in das Nildelta während der Trockenperioden zielt ebenfalls auf eine Kostenersparnis, weil es offensichtlich billiger ist, das Vieh zum Futter zu bringen, als umgekehrt.
- Durch den frühzeitigen Verkauf des Jungviehs werden weniger Futtermittel benötigt.

Der letzte Punkt zeigt die ökonomische Zwickmühle, in der sich die Viehproduzenten befinden: Je früher im Jahr sie ihre Lämmer verkaufen, desto weniger Ausgaben für zusätzliches Futter entstehen ihnen. Auf der anderen Seite steigt der Verkaufswert der Tiere mit Alter und Gewicht. Ein fünfmonatiges Lamm (*haua*) erzielt einen Preis von 60 bis 80 LE. Drei Monate später kann es mit Mastfütterung schon auf den doppelten Betrag kommen. Die Kosten für das Futterkonzentrat belaufen sich in diesem Zeitraum pro Tier auf ungefähr 30 LE. An Lohn- und Transportkosten kommen für jedes Tier noch einmal schätzungsweise 15 LE hinzu, so daß der Wertzuwachs immer noch 15 bis 45 LE über den Mehrkosten liegt. Das Risiko der Masthaltung besteht darin, daß dabei wegen unzureichender veterinärmedizinischer Versorgung einige Tiere verenden.

Die Kunst der marktorientierten Viehproduktion besteht darin, den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf des Jungviehs zu bestimmen. Er liegt da, wo die Futterkosten den Wertzuwachs der Tiere zu übersteigen beginnen. Kompliziert wird diese Kalkulation dadurch, daß sich die Viehpreise auf dem Markt nach Angebot und Nachfrage richten. Das Angebot schwankt im Jahresverlauf in Abhängigkeit von den Produktionszyklen. Die Nachfrage variiert ebenfalls erheblich, bedingt durch das Konsumverhalten der Verbraucher. Die Spitzenzeiten für den Fleischverzehr sind die Feiertage zum Abschluß des Ramadan und das "große Fest" ('*aid al-kabir*) zwei Monate später. Ein fünfmonatiges Lamm kostet in der Zeit vor dem großen Fest etwa 60 LE, steigt aber in den beiden letzten Wochen auf einen Preis von bis zu 90 LE. Nach dem Fest erfolgt ein Preisverfall auf etwa 50 LE. Da sich die islamischen Feiertage von Jahr zu Jahr im Kalender nach vorne verschieben, sind auch die davon abhängigen Preiskurven ohne Beziehung zu den natürlichen Zyklen der Viehproduktion. Gegenwärtig liegt das Ende des Ramadan im Mai, also recht günstig für den Viehverkauf, weil die Mehrzahl der Lämmer bis dahin mit sechs Monaten ein ausreichendes Verkaufsgewicht erreicht hat.

Das zweite Merkmal der Kommerzialisierung der Viehproduktion ist das **Lohnhirtentum**. Eine Untersuchung des Agrarministeriums (siehe Tab. D-1) kam Anfang der achtziger Jahre zu dem Ergebnis, daß etwa 90% der Tierhalter in der Region ihre Herden nicht selbst hüten:

Tab. D-1: Arbeitsorganisation des Viehhütens (in %)
(Quelle: Ministry of Agriculture, o. J.)

	Gebiet	
	Dabaa	Marsa Matruh
a) Besitzer hütet selbst seine Herde	8	11
b) Besitzer hütet nicht selbst	92	89
bei b) sind die Hirten:		
Familienmitglieder	67	20
Lohnhirten	24	73
Familienmitglieder und Lohnhirten	9	7

Die Studie gibt leider keine weiteren Informationen über die Durchführung der Befragung und die Stichprobenzahl, so daß ihre Verwertbarkeit an dieser Stelle eingeschränkt ist. Sie macht aber zumindest in Anhaltswerten deutlich, welches Ausmaß die Auftragsviehhaltung inzwischen hat. Dreiviertel der Viehbesitzer aus dem städtischen oder stadtnahen Untersuchungsgebiet von Marsa Matruh geben demnach ihre Herde an Lohnhirten, während in dem stadtfernen Gebiet von Dabaa die Tiere überwiegend von Familienmitgliedern gehütet werden. Der Herdenbesitzer selbst, beziehungsweise der Haushaltsvorstand, tritt in beiden Gebieten nur in einem von zehn Fällen selbst als Hirte auf. Die Ergebnisse dieser Studie des

Agrarministeriums decken sich in der Tendenz mit meinen eigenen Beobachtungen. Sie bedürfen jedoch einiger erläuternder Bemerkungen:

- Der Begriff "Herde" ist unklar. Die von seßhaften Beduinen im Küstengebiet gehaltenen Tiere werden meist in kleineren Gruppen von 30 bis 50 Tieren geweidet. Sie brauchen in der Nähe von Obstplantagen und Feldern eine intensive Beaufsichtigung. Ein Lohnhirte draußen in der Wüste kann dagegen etwa 100 Schafe und Ziegen hüten, die oftmals verschiedenen Besitzern gehören.
- Viele Familien teilen ihre Herde: Sie behalten einige Tiere am Haus und geben die anderen an Lohnhirten.
- Wenn die Herde am Wohnsitz der Familie gehalten wird, beteiligen sich alle Familienmitglieder an der Versorgung, auch wenn man Frauen nur selten beim Hüten sieht. Da der Haushaltsvorstand in vielen Familien auch im Pflanzenbau oder außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt ist, wird das Hüten kleinerer Herden den Kindern überlassen. Trotzdem führen auch die Besitzer selbst gelegentlich abendliche "Weidespaziergänge" mit den Herden durch. Die in der zitierten Studie vorgenommene Abgrenzung von selbst- und fremdgehüteten Herden ist also in Wirklichkeit oft nicht so scharf.
- Manche Herden werden nur monatsweise während des Winterhalbjahres an Hirten gegeben, weil die Besitzer nicht mehr selbst an der saisonalen Weidewanderung nach Süden teilnehmen wollen oder können.
- Als Lohnhirten werden von manchen Besitzern bevorzugt junge Männer des eigenen Klans angestellt, weil ihnen wegen der bestehenden Verwandtschaft mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Zwischen Familienmitgliedern und Lohnhirten kann in diesen Fällen gar nicht so genau unterschieden werden, wie in der Studie impliziert wird.
- Viele Lohnhirten hüten außer der Herde eines fremden Besitzers auch eigene Tiere.

Die Herausbildung des Lohnhirtentums steht im Zusammenhang mit einer zunehmenden Arbeitsteilung zwischen seßhaften Viehbesitzern an der Küste und den mobilen Bevölkerungsgruppen im Landesinneren. Der Hütelohn beträgt pro Schaf oder Ziege etwa 1 bis 1,5 LE, für Kamele 3 LE im Monat. Ein Hirte, der selten mehr als 100 Schafe oder 50 Kamele beaufsichtigt, erreicht somit einen Monatslohn von 150 LE. Da er für sein Leben in der Wüste kaum Ausgaben hat, kann er fast das gesamte Geld für den Unterhalt seiner Familie verwenden. Wenn man bedenkt, daß in Ägypten ein Lehrer oder ein Verwaltungsangestellter oft nur 80 oder 100 LE verdient, mag das Einkommen des Hirten sogar recht hoch erscheinen. Zu berücksichtigen ist aber, daß viele Lohnhirten mit ihrem Geld eine große Familie unterstützen müssen, daß sie oft monatelang von zu Hause fort sind, und daß sie ein hartes Leben in der Wüste oder zwischen den Viehställen im Delta führen.

Dem Lohnhirten steht in der Sozialstruktur der Aulad 'Ali der Besitzer großer Viehherden gegenüber, der hier nachfolgend zur Verdeutlichung seiner ökonomischen Stellung als "Agrarunternehmer" bezeichnet wird. Er besitzt oft mehrere hundert Tiere, so daß die

verfügbaren Arbeitskräfte seiner Familie nicht mehr zum Hüten ausreichen. Dadurch wird er zum Arbeitgeber für den Lohnhirten. Einschränkend ist jedoch zu bemerken, daß Lohnhirten nicht nur für solche "Unternehmer" arbeiten. Die weitaus meisten der Viehbesitzer, die ihre Herde nicht selbst hüten, haben weniger als 100 Tiere, können also ihrer Besitzgröße nach kaum als "Unternehmer" bezeichnet werden. Sie geben ihre Herde in die Obhut von Lohnhirten, weil sie selbst durch andere Verpflichtungen an ihren festen Wohnsitz gebunden sind, trotzdem aber durch die mobile Viehhaltung Futterkosten sparen wollen.

Die Vermarktung der Tiere wird über die Viehmärkte von Sidi Barrani, Najila, Marsa Matruh, Ra's al-Hikma, Hammam und Amriya abgewickelt. Der Markt in Marsa Matruh findet täglich statt, die anderen jeweils nur an einem bestimmten Wochentag. Der Marktplatz von Marsa Matruh ist ein ummauerter Hof mit einer Fläche von 50 mal 50 Metern. Er wird von einem Angestellten der Stadtverwaltung überwacht, bei dem die Verkäufer für jedes Tier eine eher symbolische Gebühr von 5 Piastern entrichten müssen. Pro Tag werden hier 200 bis 500 Tiere umgeschlagen. Vermarktet werden in erster Linie die männlichen Jungtiere, sowohl bei Schafen als auch bei Ziegen. Seit einigen Jahren scheint sich eine Umschichtung der Herdenzusammensetzung zugunsten der Ziegen abzuzeichnen. Die Exportzahlen nach Saudi Arabien sprechen dafür, daß dort Ziegenfleisch stärker nachgefragt wird (siehe Abb. D-1). Ein weiterer Grund für die zu beobachtende, aber noch nicht statistisch belegbare Verschiebung des Viehbestandes dürfte auch darin zu sehen sein, daß die Verkaufsrate ("off-take rate") bei Ziegen mit etwa 60% höher ist als bei Schafen, die nur eine Verkaufsrate von 40%, das heißt von 40 Lämmern aus einer Herde von 100 Tieren, erlauben. Die Ablamm-Saison hat ihren Höhepunkt in den Monaten November und Dezember, kann aber in manchen Herden das gesamte Winterhalbjahr von Oktober bis April umfassen. Die im November geborenen Lämmer werden nach vier Monaten, also rechtzeitig zum Beginn der trockenen Jahreszeit, von den Muttertieren getrennt. In Trockenjahren werden sie schon eher abgesetzt und verkauft.

Drei Gruppen von professionellen Viehaukäufern sind zu unterscheiden: Mastunternehmer, Zwischenhändler und Großhändler. Es gibt im Governorat insgesamt ungefähr 400 Viehhändler, die regelmäßig die Märkte aufsuchen, um dort Tiere zu kaufen. Etwa die Hälfte dieser Händler haben zugleich auch Mastbetriebe. Sie kaufen vier- bis sechsmonatige Lämmer, um sie in zwei oder drei weiteren Monaten auf ein höheres Verkaufsgewicht zu bringen und sie dann an Großhändler weiterzuverkaufen. Die Mastbetriebe liegen alle in der Nähe der Küstenstraße, weil sie auf eine regelmäßige Futterversorgung angewiesen sind. Die Händler-Mastunternehmer wohnen entweder in der Nähe der Stadt Marsa Matruh, wo sie ihre Stallungen direkt am Haus haben, oder sie bringen die neu gekauften Tiere zur Mastfütterung auf Betriebe am Rande des Nildeltas.

Die anderen Aufkäufer besorgen nur den Zwischenhandel. Sie kaufen beispielsweise Schafe auf den kleineren Märkten in Sidi Barrani oder Najila und verkaufen am nächsten Tag zu einem geringfügig höheren Preis in Marsa Matruh. Ihr Gewinn beträgt nach Abzug der Transportkosten kaum mehr als 1 LE pro Stück. Die meisten Händler haben einen Kleinla-

ster, den sie auch für andere Transportaufträge nutzen. Tiere, die von den Viehproduzenten auf dem Markt verkauft werden, können auf diese Weise im Laufe weniger Tage durch die Hände mehrerer Zwischenhändler gehen, ehe sie entweder bei einem Mastunternehmer landen oder an einen Großhändler verkauft werden. Nur eine kleine Zahl von Großhändlern besitzt eine staatliche Lizenz zum Export von Schafen und Ziegen nach Saudi Arabien. Sie lassen die Tiere mit großen Viehtransportern von den Mastbetrieben beziehungsweise direkt von den Märkten des Küstengebietes abholen und verschiffen sie im Hafen von Suez. Die saudischen Abnehmer bevorzugen die von den Beduinen aufgezogenen Tiere wegen der besseren Fleischqualität. Aus dem Niltal wird kein Vieh exportiert, da dort nicht einmal der einheimische Bedarf abgedeckt werden kann. Das Exportgeschäft aus Marsa Matruh ist für den ägyptischen Staat deshalb lohnend, weil die Saudis in Devisen bezahlen, die Produzenten und Händler aber ihre Schecks von den Banken jeweils nur in ägyptischer Währung ausgezahlt bekommen. Als Grundlage für die Umrechnung dient der inzwischen völlig unrealistische Wechselkurs, der für einen Dollar in den Jahren 1985 - 1986 etwa ein ägyptisches Pfund veranschlagte. Durch den rapiden Verfall der ägyptischen Währung während der letzten Jahre ist heute ein Pfund aber auf dem freien Markt kaum halb so viel wert. Das bedeutet, daß das ägyptische Finanzministerium, über das die Geldüberweisungen laufen, erhebliche Gewinne durch den Viehexport verbuchen kann. Diese Einnahmen dienen zur Finanzierung der Futtersubventionen. Erst durch die vom Internationalen Währungsfond im Jahre 1987 durchgesetzte Freigabe der Wechselkurse dürfte diese Form der staatlichen Abschöpfung von Exportgewinnen eingeschränkt worden sein.

2. DER HAUSHALT IM VERFLECHTUNGSNETZ

2.1. Subsistenz und Marktproduktion: Ökonomische Integration

Der Haushalt bildet sowohl eine ökonomische als auch eine soziale Einheit. In der traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise der Aulad 'Ali war er identisch mit der Großfamilie, die bis heute den maximalen Umfang eines Haushaltes umschreibt. Eine solche familiäre Produktions- und Reproduktionseinheit besteht aus mehreren Brüdern mit ihren Frauen, Kindern und Eltern. Sie umspannt maximal drei Generationen und kann 30 bis 40 Mitglieder zählen. In der traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise der Beduinen war die Großfamilie der Verband, der auch während der nomadischen Wanderungen als minimale Lagergruppe immer zusammenblieb (vgl. B-4.2.), dessen Mitglieder sich untereinander nach den Regeln des Stammesrechts zu absoluter Solidarität verpflichtet waren und der auf eine gemeinschaftliche Sicherung der Subsistenz ausgerichtet war. Heute ist jedoch als Folge des aktuellen Wandlungsprozesses eine Lockerung des traditionellen ökonomischen Zusammenhaltes der

Großfamilien zu beobachten. Sie drückt sich in einer zunehmenden Tendenz zur Verkleinerung der Haushalte aus. Sie behalten ihre Funktion der gemeinschaftlichen Sicherung der Existenz, üben sie heute aber sowohl über direkte Subsistenzproduktion als auch über marktorientierte Warenproduktion aus. In den nachfolgend darzustellenden Haushaltsanalysen wird zu zeigen sein, daß die ökonomische Aufspaltung der Wirtschaftsgemeinschaft der Großfamilie in kleinere Einheiten im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der Warenproduktion steht.

Dieser Zerfallsprozeß verläuft jedoch keineswegs in allen Teilen der Stammesgesellschaft nach dem gleichen Muster: Der Wandel von Produktionsweise und Gesellschaft hat zwar keine Beduinenfamilie unbeeinflusst gelassen, aber häufig konnte der Verband der Großfamilie auch unter den neuen ökonomischen Bedingungen seine Funktion als Wirtschaftseinheit behalten. Das bedeutet, daß im Untersuchungsgebiet traditionale und "moderne" Formen nebeneinander bestehen. Die aktuelle sozioökonomische Situation ist hier dadurch gekennzeichnet, daß es verschieden große Haushalte gibt, die teils eine komplette Großfamilie umfassen, teils aber auch nur ein Ehepaar mit ihren minderjährigen Kindern. Die konkrete Situation des Haushaltes ist deshalb in jedem Einzelfall bestimmt von der Altersstruktur der Familie und den von ihr praktizierten Produktionsformen. Daraus ergeben sich signifikante Unterschiede, auf deren Grundlage eine Differenzierung von Haushaltstypen vorgenommen werden kann. Grundsätzlich lassen sich hierbei vier Produktionsformen beziehungsweise Einkommensquellen unterscheiden:

- Viehproduktion,
- Pflanzenproduktion,
- Lohnarbeit,
- selbständige Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft.

Fast alle Haushalte der Beduinenbevölkerung von Marsa Matruh sind auf mehrere dieser Verdienstmöglichkeiten gleichzeitig angewiesen. Dabei zeichnet sich eine Reihe von charakteristischen Kombinationsmustern ab. Sie sind kennzeichnend für die Art der wirtschaftlichen Verflechtung und für die sozioökonomische Situation des Haushaltes. Deshalb dienen sie im Folgenden als Kriterien für eine Identifikation und Klassifizierung von sieben Haushaltstypen. Die prozentuale Zuordnung der Gesamtheit der ländlichen Haushalte in der Region zu den identifizierten sozioökonomischen Gruppen beruht auf Schätzungen auf Grundlage der Situation in den beiden Untersuchungsgebieten in Jarawla und al-Qasr.

Bei der Vorstellung dieser Typen werde ich jeweils von konkreten Beispielen ausgehen, um damit die Charakteristika der zugehörigen Bevölkerungsgruppen zu erläutern. Die sozioökonomische Situation der hier vorgestellten Beispiel-Familien wird in drei Schritten untersucht: Zuerst wird Zusammensetzung und Lebensweise der Familien beschrieben. Zweitens ist die soziale Situation der Haushalte einzuschätzen, als deren Indikator jeweils die Form der Behausung dient. Im dritten Schritt wird die Beschäftigungs- und Einkommens-

Tab. D-2: Sozioökonomische Typisierung der nichtstädtischen Beduinenhaushalte im Governorat Marsa Matruh
(Prozentangaben beziehen sich auf den geschätzten Anteil an der Gesamtheit der Haushalte)

1) Mobile Viehhalter-Lohnhirten	20	%
2) Sesshafte Viehhalter mit ergänzendem Ackerbau	25	%
3) Kombinierte Vieh- und Pflanzenproduzenten	20	%
4) Lohnarbeiter mit Viehbesitz	25	%
5) Pächter-Lohnarbeiter	5	%
6) Agrarunternehmer	2,5	%
7) Händler mit Viehbesitz	2,5	%

(Schätzung auf Grundlage eigener Untersuchungen)

struktur untersucht. Mit Ausnahme der Fallbeispiele für die beiden letztgenannten Haushaltstypen leben alle Familien, die im Folgenden erwähnt werden, im Untersuchungsgebiet östlich von Marsa Matruh. Die Zahlenangaben über Viehbesitz und Einkommen beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf das Jahr 1985. Es handelt sich weitgehend um gerundete Werte, die auf unterschiedlichen Informationsgrundlagen beruhen. Anzumerken ist an dieser Stelle noch, daß eine Ermittlung exakter Zahlen bei den Haushaltsanalysen aus mehreren Gründen schwierig oder sogar unmöglich ist.

- In vielen Fällen sind exakte Angaben über Viehbestand oder Ackerfläche kaum zu ermitteln, weil die Informanten selbst nicht genau die Größe ihres Besitzes kennen. Viele Viehhalter wissen nicht die Anzahl der Tiere in ihrer Herde, aber sie können sie alle an äußerlichen Merkmalen unterscheiden und würden daran auch den Verlust eines einzelnen Tieres feststellen können. Auf diese Weise bemerken sie gegebenenfalls nicht nur, daß ihnen ein Schaf oder eine Ziege abhanden gekommen ist, sondern sie wissen auch, welches Tier fehlt.
- Die Antworten der Beduinen auf die Frage nach ihrem Viehbesitz sind häufig nur ungefähre Angaben. Außer auf den eben genannten Grund ist das auch darauf zurückzuführen, daß der Viehbestand naturgegeben ständigen Schwankungen unterliegt. Die Informanten nehmen also von sich aus eine Abstraktion vor und geben als Antwort den Bestand an, den sie durchschnittlich halten.
- Die zum Verkauf bestimmten Jungtiere werden von den Beduinen nicht mitgezählt. Die im folgenden Abschnitt aufgeführten Zahlen beziehen sich deshalb auf das Erhaltungsniveau der Herde. Hier ist aber eine genaue Unterscheidung zwischen dem für den Markt bestimmten Überschuß und dem Dauerbestand schwierig, weil die Ver-

marktung oft bedarfsabhängig erfolgt. Das heißt, daß ein Herdenbesitzer beispielsweise im Frühling, wenn seine Schafherde zur Hälfte aus Jungtieren besteht, noch gar nicht genau sagen kann, welche und wieviele von diesen Tieren er im Laufe der kommenden Monate verkaufen wird.

- Eine weitere Ursache für die oft vagen Angaben über den Viehbestand ist in der mißtrauischen Einstellung gegenüber den Behörden zu sehen. Es wäre während der Befragung deshalb weder sinnvoll noch rücksichtsvoll gewesen, auf exakten Angaben zu insistieren, weil sie weniger verlässlich gewesen wären als die hier angegebenen Zahlen.
- Schließlich geht es in den folgenden haushaltsökonomischen Beispielen auch nicht um die Details von Einzelfällen, sondern darum, an diesen Beispielen die allgemeinen Merkmale und Verflechtungsmechanismen zu demonstrieren.

Angemerkt werden muß noch zu der von mir gewählten Klassifizierung, daß sich nicht alle Haushalte im Untersuchungsgebiet eindeutig einem bestimmten Typus zuordnen lassen. Aufgrund der oben genannten Kriterien gibt es auch einige Zwischenformen, die in sich Merkmale zweier oder mehrerer Typen miteinander verbinden. Entscheidend für eine Zuordnung zu einer der ausgewiesenen Klassen ist hier jeweils die relative Bedeutung der verschiedenen Produktionssektoren. Die im folgenden Abschnitt vorgestellten Haushalte sind auf der Übersichtskarte (Abb. D-2) lokalisiert.

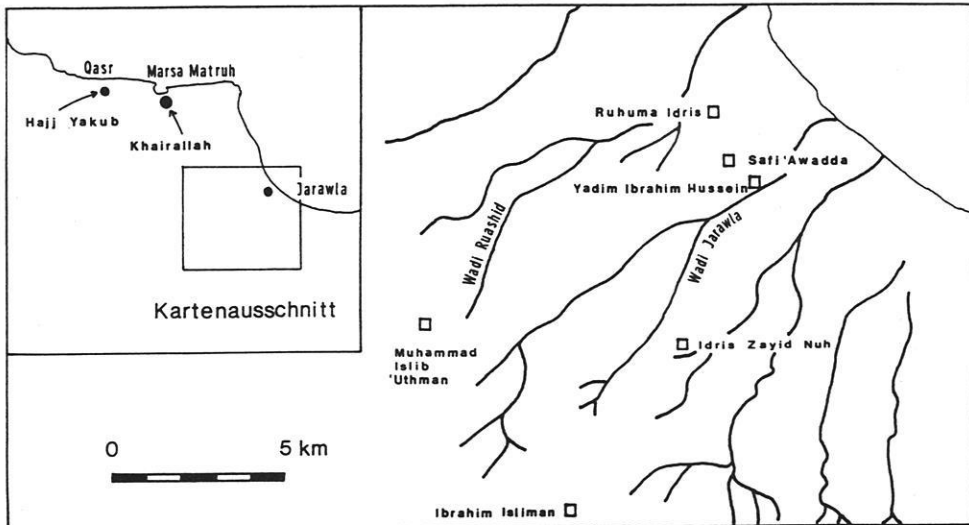


Abb. D-2: Lokalisation der Fallstudien-Haushalte

Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen im Governorat Marsa Matruh liegt nach Schätzungen von FAO/WFP (1986) ein Drittel unter dem nationalen Wert. Für das Jahr

1983 wird in Marsa Matruh ein Pro-Kopf-Einkommen von 470 Dollar angenommen. Dieser Schätzung kann insofern zugestimmt werden, als das regionale Einkommensniveau deutlich unter dem nationalen Durchschnitt bleibt. Die folgenden Darstellungen der Situation einzelner Haushalte werden aber zeigen, daß dieser Schätzwert relativiert werden muß: Eine große Zahl von Familien bleibt noch erheblich dahinter zurück.

2.2. Haushaltstypen

2.2.1. Mobile Viehhalter-Lohnhirten

Ibrahim Isliman Ali Abu Laqadhba vom Murabitun-Klan der Sarahna ist mit etwa 40 Jahren der älteste von vier Brüdern, die mit ihren Frauen und Kindern eine Haushaltsgemeinschaft von insgesamt 18 Personen bilden. In dem Zeitraum von 1982 bis 1986, in dem ich die Familie Ibrahims regelmäßig besuchte, hatte sie ihre vier großen Zelte immer wieder an anderen Lagerplätzen aufgebaut.

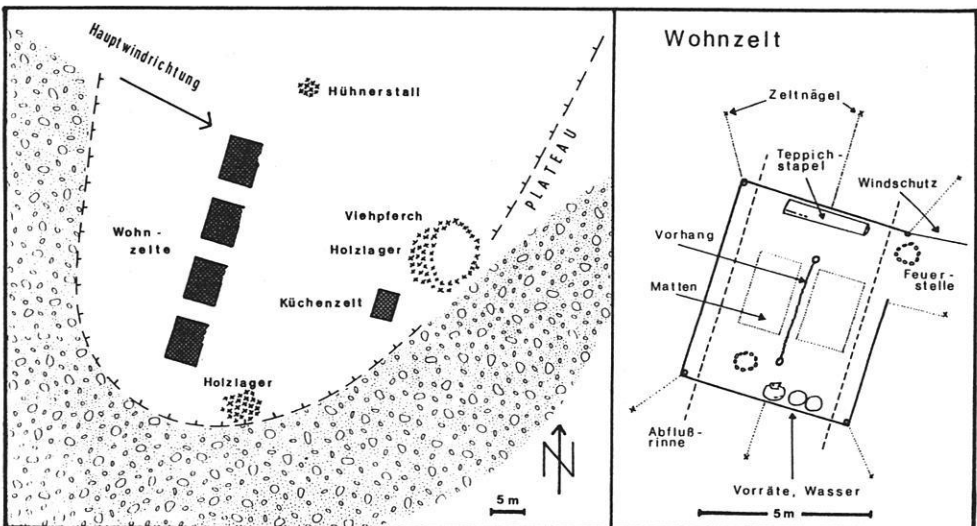


Abb. D-3: Lagerplatz des Ibrahim Isliman

Die Skizze (Abb. D-3) zeigt den Lagerplatz im März 1986. Die Verlagerungen der Zelte folgen dem traditionellen Nord-Süd-gerichteten Mobilitätsmuster, sie bleiben jedoch auf ein eng umschriebenes Gebiet im Radius von fünf Kilometern um die familieneigene Zisterne im

Randbereich zwischen Küstenstreifen und Wüste beschränkt. Ibrahim nennt zwei Gründe für die rudimentären "Wanderungen": Erstens kann auf diese Weise im Jahresverlauf ein größeres Weideareal abgedeckt werden, als wenn die täglichen Weidewanderungen stets vom gleichen Punkt ausgingen. Zweitens muß der Lagerplatz aus hygienischen Gründen regelmäßig etwa alle zwei bis drei Monate umgesetzt werden. Da in dieser durchschnittlich 15 Kilometer vom Meer entfernten Lage die Niederschläge nicht einmal mehr für einen regelmäßigen Anbau von Gerste ausreichen, ist die Großfamilie auf die Viehhaltung angewiesen. Vom Wasser der fast 1 000 Kubikmeter fassenden Zisterne kann lediglich ein kleines Beet mit Zwiebeln und Tomaten bewässert werden, das aber bei weitem nicht zur Deckung des Eigenbedarfs an Gemüse ausreicht.

Trotz der regelmäßigen Umsetzung des Lagerplatzes im weiteren Umkreis der Zisterne bliebe das erreichbare Weideareal begrenzt, wenn die Tiere jeden Abend wieder zu den Zelten zurückgetrieben werden müßten. Es überschneidet sich zudem in dem Bereich, der vom dichter besiedelten Küstenstreifen aus zugänglich ist, mit dem Weidegebiet der seßhaften Viehhalter. Da es aber in der mobilen Viehproduktion insbesondere auf eine Minimierung des zusätzlichen Futterbedarfes ankommt, muß hier versucht werden, trotz der bereits halbseßhaften Lebensweise die mobile Form der Produktion aufrechtzuerhalten. Deshalb wird ein Kompromiß zwischen Seßhaftigkeit und Mobilität dadurch hergestellt, daß die Herde geteilt wird. Der größere Teil wird im Winterhalbjahr weiter nach Süden in die zwar weniger bewachsenen, aber auch weniger überweideten Zonen getrieben, etwa 30 bis 50 Kilometer vom Meer entfernt. Ibrahim und seine Brüder lösen sich dort als Hirten ab, wobei stets einer von ihnen bei den Frauen und Kindern im Lager bleibt und dort den kleineren Teil der Schafe und Ziegen hütet. Im Sommer werden die beiden Herden in Reichweite der Zisterne gehalten. In Sommern, denen wenig ergiebige Winterregen vorausgegangen waren, wird das Vieh bis in das Nildelta getrieben, weil dort die Futterkosten geringer sind. Die Frauen und Kinder bleiben das ganze Jahr bei den Zelten im Territorium des Klans. Nur die beiden ältesten Söhne von Ibrahim (13 und 15 Jahre) haben die Aufgabe, während des Winterhalbjahres die Hirten draußen in der Wüste etwa einmal pro Woche mit Lebensmitteln zu versorgen. Mit dem Esel brauchen sie für eine Strecke jedesmal ein bis zwei Tage. Die vier Brüder besitzen zusammen etwa 100 Schafe, 50 Ziegen und einige Kamele. Da für diesen Viehbestand maximal zwei Hirten erforderlich wären, können sie zusätzlich gegen Entlohnung 100 bis 150 Schafe und 50 Kamele anderer Besitzer zu ihrer eigenen Herde nehmen. Ibrahim arbeitet außerdem gelegentlich als Jagdführer für Araber aus Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die im Randbereich der Qattara-Senke 100 Kilometer südlich des Küstenstreifens auf Gazellenjagd gehen.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Großfamilie addiert sich aus drei Einnahmequellen:

- Viehverkauf	40	Schafe	à	80 LE	2 400 LE
	30	Ziegen	à	50 LE	1 500 LE
	1	Kamel	à	500 LE	500 LE
- Hüte-Lohn					3 000 LE
- Jagdführer-Lohn					<u>1 000 LE</u>
		Einnahmen			8 400 LE

Die Produktionskosten beinhalten die Ausgaben für die Futtermittel, für die Anlieferung des Futters und für den Transport der Tiere per Lkw zum Markt. Die Kosten der episodischen Verlagerung der Herde ins Nildelta sind hier nicht berücksichtigt.

- Futterkosten	1 000 LE
- Transportkosten	<u>300 LE</u>
Ausgaben	1 300 LE

Auf dieser Grundlage läßt sich ein Jahreseinkommen in Höhe von 7 100 LE berechnen. Das Gesamteinkommen, das hier als ungefährender Mittelwert für die Jahre 1985/1986 zu sehen ist, ergibt bei einer Verteilung auf die 18 Familienmitglieder ein durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 394 LE. Danach wäre die Einkommenssituation der Familie, gemessen an der übrigen Regionalbevölkerung, in einem mittleren Bereich einzuordnen. Auf der anderen Seite muß aber berücksichtigt werden, daß die Gruppe der mobilen Viehhalter nicht in der Lage ist, einen Teil ihres Bedarfs an pflanzlichen Nahrungsmitteln und vor allem an Futter für die Trockenzeit selbst zu erzeugen, so wie es die Besitzer von Ackerland tun. Die Lebenshaltungskosten wären entsprechend höher, wenn in gleicher Weise wie bei den sesshaften Familien an der Küste Gemüse konsumiert würde. Nach meinem Eindruck unterscheidet sich jedoch in dieser Hinsicht die Ernährung der mobilen Viehhalter von der der sesshaften Bevölkerung dahingehend, daß bei ersteren Gemüse nur eine seltene Bereicherung der täglichen Reis- und Brotdiät darstellt.

Die Futterkosten dagegen können nicht durch eine unzureichende Ernährung des Viehs niedrig gehalten werden, sondern nur dadurch, daß versucht wird, die natürliche Vegetation weidewirtschaftlich optimal zu nutzen. Das bedeutet, daß die mobilen Viehhalter mangels anderer Möglichkeiten der Futtermittelversorgung stärker als die Futter anbauenden Küstenbewohner auf eine großflächige und räumlich bewegliche Beweidung angewiesen sind. Dieser Mobilitätserhaltende Faktor wird dadurch verstärkt, daß sie, gerade weil sie keinen nennenswerten Anbau betreiben, nicht den staatlichen Genossenschaften beitreten können und somit auch keinen Anspruch auf die Zuteilung subventionierten Kraftfutters haben. Sie sind dadurch hinsichtlich ihrer Produktionskosten doppelt benachteiligt: Erstens müssen sie für Futtermittel immer den vollen Marktpreis bezahlen, und zweitens entstehen ihnen höhere Transportkosten, weil sie weiter von der Küstenstraße entfernt leben. Diese höheren Preise werden nur zum Teil wieder dadurch kompensiert, daß in der mobilen Viehhaltung mit saisonaler Weidewanderung der zusätzliche Futterbedarf insgesamt geringer ist als in der stationären Viehhaltung. Unter diesen Umständen leuchtet es ein, daß die Mitglieder der mobilen Viehhalter-Gruppen den Entwicklungsaktivitäten in der Region und überhaupt dem Wirken

des Staates häufig ausgesprochen reserviert gegenüberstehen: Das bedeutet nicht, daß sie nicht selbst an den Entwicklungen in der Küstenebene partizipieren wollten. Ihr Unmut über die laufende Entwicklung richtet sich vielmehr darauf, daß sie davon de facto ausgeschlossen sind.

Die als Beispiel angeführte Großfamilie von Ibrahim kann ihr Einkommen nur durch die Kombination von eigener Viehhaltung und Lohnarbeit erwirtschaften. Dadurch hält sie sich sogar in einem mittleren Einkommensbereich. In der Gruppe der mobilen Viehhalter-Lohnhirten gibt es erhebliche ökonomische Unterschiede in Abhängigkeit von der Verfügung über eigene Produktionsmittel. Der Viehbesitz ist sehr unterschiedlich. Der reichste Herdenbesitzer aus dem Klan der Sarahna hat etwa 3 000 Schafe und 300 Kamele. Allein mit seinen Schafen erzielt er einen Jahresumsatz von über 100 000 LE. Auf der anderen Seite des sozialen Spektrums stehen Familien mit nur wenigen produktiven Mitgliedern, die außerdem nur über wenig eigenes Vieh verfügen und deshalb überwiegend oder ausschließlich auf die Lohnarbeit der Männer angewiesen sind. Auch als erfahrene Hirten verdienen sie maximal 1 500 LE im Jahr.

Eine Möglichkeit für diese Familien mit wenig Viehbesitz oder für junge Männer, die sich eine eigene Herde aufbauen wollen, ist die Auftragsviehhaltung in Form eines zeitlich befristeten Partnerschaftsvertrages zwischen Besitzer und Hirte (*sherka*). Solche Vereinbarungen waren vor der Einführung von Lohnarbeit die einzige Form der Auftragsviehhaltung. Sie werden heute noch in der Kamelhaltung geschlossen. Der Hirte übernimmt dazu von verschiedenen Kamelbesitzern deren Tiere für einen vorher vereinbarten Zeitraum und versucht, die Herde durch Züchtung und gute Pflege zu vergrößern. Da er alleine für den Unterhalt der Tiere sorgen muß, bemüht er sich, mit möglichst wenig zugekauftem Futter auszukommen. Er bleibt deshalb mit den Tieren bis in den Sommer hinein an den Zisternen weiter im Süden, solange die Tiere dort weiden können. Nach Ablauf der Vertragszeit wird die Herde mitsamt dem Zuwachs wieder aufgeteilt, wobei zuerst der Hirte sich einen vorher vereinbarten Anteil aus dem Bestand entnehmen darf. Diese Zusammenarbeit ("*sharaka*"="partizipieren, zusammenarbeiten") im *sherka*-Vertrag erfordert vor allem auf Seiten der Viehbesitzer ein erhebliches Vertrauen in die Qualitäten und Zuverlässigkeit der Hirten, denn es kann kaum kontrolliert werden, ob nicht ab und an eines der den Hirten anvertrauten Tiere zu deren Eigenverbrauch zweckentfremdet wird. Einige Murabitin-Klans haben unter der inzwischen seßhaften Beduinenbevölkerung des Küstenstreifens den Ruf, besonders gute und verlässliche Hirten zu stellen.

2.2.2. Selbsthafte Viehhalter mit ergänzendem Pflanzenbau

Muhammad Islib 'Uthman vom Klan der Sarahna ist 35 Jahre alt. Mit seiner Frau, zwei Söhnen und drei Töchtern lebt er in einem kleinen Steinhaus am Südrand des Küstenstreifens am Oberlauf des Wadi Ruashid, etwa 12 Kilometer vom Meer entfernt. Das Haus wurde bereits in den sechziger Jahren als eines der ersten festen Gebäude in dieser Gegend von seinem Vater gebaut. Muhammad arbeitete von 1970 bis 1973 in Libyen, mußte dann aber zurückkehren, weil sein Vater gestorben war. Das Haus der Familie liegt am Rande einer flachen Stufe etwa 15 Meter oberhalb des Ackerlandes. Es besteht aus drei nebeneinander liegenden Räumen von jeweils etwa 15 Quadratmetern Grundfläche mit separaten, zur windabgekehrten Seite nach Osten öffnenden Türen. Daneben wird weiterhin das Zelt als Arbeits- und Aufenthaltsplatz und als Küche benutzt. Einer der drei Räume im Haus dient als Lager für Futtermittel und Vorräte. In seinem Grundriß und seinen Ausmaßen stellt das Haus den Standard-Gebäudetyp der selbsthaften Beduinenbevölkerung dar, dessen Errichtung heute durch das staatliche Entwicklungsprogramm unterstützt wird. Ungewöhnlich an der in Abbildung D-4 dargestellten Gehöftanlage ist das gemauerte Stallgebäude, in dem in der kalten Jahreszeit das Jungvieh untergebracht wird. Daneben befindet sich noch ein Pferch von etwa 10 Metern Durchmesser, dessen Einfriedung gleichzeitig als Brennholzlager dient. Ein zweiter Brennmaterialstapel aus ausgerissenen Sträuchern bildet den Unterschlupf für einige Hühner und Tauben. Die nebenan liegende Zisterne reicht mit 100 Kubikmetern Fassungsvermögen gerade für den Hausbedarf, aber nicht für die Viehtränke. Im Jahre 1983 baute Muhammad deshalb noch eine größere Zisterne 500 Meter östlich des Hauses, und in den

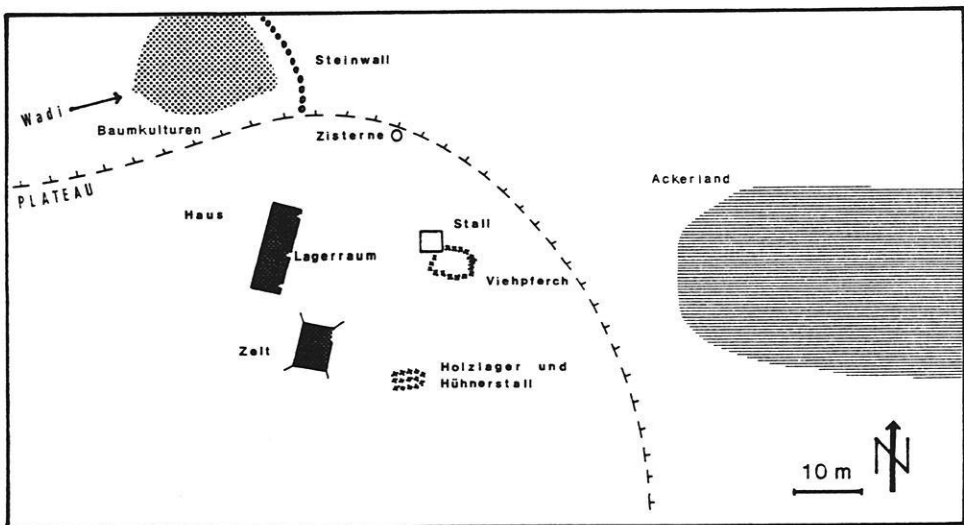


Abb. D-4: Wohnplatz des Muhammad Islib 'Uthman

beiden folgenden Jahren fügte er noch zwei weitere Speicher hinzu, die zur Bewässerung einer neu angelegten Baumpflanzung dienen.

In einem kleinen Nebenlauf des Wadi Ruashid und auf den marginalen Böden der umliegenden Plateaus bebaut Muhammad je nach Niederschlagslage etwa vier bis sieben Hektar Ackerland mit Gerste. Die Erträge von diesen Flächen erreichen auch in guten Jahren kaum mehr als 2 000 Kilogramm. Die Möglichkeiten zum Anbau anderer Pflanzen sind durch die Standortbedingungen im Übergangsbereich zwischen Küstenstreifen und Wüste begrenzt. Im Jahre 1984 baute Muhammad in dem Nebentälchen unterhalb seines Hauses einen etwa 50 Meter langen Damm aus Lesesteinen. Der Damm dient dem Erosionsschutz und der Verbesserung der Wasserversorgung in der dahinter liegenden Pflanzung. Hier wachsen 70 Feigen- und Mandelbäume. Außerdem baut Muhammad in niederschlagsreichen Jahren in geringem Umfang auch Zwiebeln und Wassermelonen an. Die wichtigste Wirtschaftsgrundlage der Familie ist die Viehhaltung. Die Herde besteht aus 40 Schafen und 10 Ziegen. Sie werden die meiste Zeit des Jahres in einem Umkreis von fünf bis zehn Kilometern um das Haus geweidet. Im Winter zieht Muhammad mit den Tieren jedoch auch gelegentlich für mehrere Tage tiefer in die Wüste hinein, wenn in dem dicht beweideten Küstenstreifen die Vegetation nicht mehr für die Ernährung der Tiere ausreicht. In Trockenjahren, zuletzt 1981, tut er sich mit einigen Verwandten zusammen und treibt die Herde entlang der Küste bis ins Nildelta. Die kurzen saisonalen und die episodischen Weidewanderungen haben den gleichen Zweck wie der ergänzende Ackerbau: Sie dienen dazu, den Bedarf an zusätzlichem Futter auf die Menge zu begrenzen, die von der Genossenschaft zu subventioniertem Preis gekauft werden kann. Deshalb wird in niederschlagsreichen Jahren, wie beispielsweise 1984, versucht, einen Teil der geernteten Gerste für Trockenzeiten zu lagern. Mit den 2 000 Kilogramm, die 1984 geerntet wurden, kann die Herde ungefähr sechs Wochen lang ernährt werden. Ohne diese Techniken zur Reduzierung der Produktionskosten würden die jährlichen Einnahmen, die Muhammad durch den Viehverkauf erzielen kann, nicht ausreichen, um die Familie zu unterhalten. Insgesamt wurden zwischen 1984 und 1986 durchschnittlich folgende Verkaufserlöse verbucht:

- Zwiebeln	50 LE
- Feigen	60 LE
- Mandeln	40 LE
- Wassermelonen	100 LE
- Schafe (16 Stück)	1 280 LE
- Ziegen (6 Stück)	<u>300 LE</u>
	1 830 LE

Die Produktionskosten können in diesem Fall vernachlässigt werden, weil in Jahren mit mindestens durchschnittlichen Niederschlägen keine Ausgaben für Futtermittel anfallen, und weil nur unregelmäßig ein Traktor zum Pflügen gemietet wird. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich für die Familie ein Pro-Kopf-Einkommen von 300 LE. Hinsichtlich seiner ökonomischen Situation ist der Haushalt also unter dem regionalen Mittelwert einzuordnen. Selbst

wenn man in Rechnung stellt, daß die Unterhaltskosten für die Familien der seßhaften Viehhalter niedriger sind als für die mobilen Viehhalter, weil sie einen Teil ihrer pflanzlichen Lebensmittel selbst erzeugen können, scheinen aufgrund dieser bisher in der Beispiel-Familie dargestellten Verhältnisse die seßhaften Viehhalter schlechter zu stehen als diejenigen, die ihre mobile Lebens- und Wirtschaftsweise beibehalten. Der Einkommensunterschied zwischen den beiden Beispiel-Familien ist primär auf ihren unterschiedlich großen Viehbesitz zurückzuführen. Da der zuletzt vorgestellte Haushalt durchaus typisch für die gesamte Gruppe der seßhaften Viehhalter ist, stellt sich die Frage, warum diese Familien überhaupt an dem Übergang zur Seßhaftigkeit teilnehmen. Es gibt hierfür eine Reihe von Erklärungen: Die unterdurchschnittliche Einkommenslage der Familie Muhammad ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Haushaltsvorstand der einzige erwachsene Mann in der Familie ist. Seine Arbeitskraft ist mit der Versorgung von 50 Stück Vieh nicht voll ausgelastet. Trotzdem kann er nicht ohne weiteres das Einkommen der Familie durch Lohnarbeit als Hirte aufbessern, weil dies eine längere Abwesenheit von seinen Feldern erfordern würde. Eine Aufstockung der Herde wäre nur durch eine vorübergehende Reduzierung der Verkaufsrate möglich, hätte in dieser Zeit also eine Verringerung des Einkommens zur Folge, die sich die Familie nicht leisten kann. Außerdem würde eine größere Herde nur noch mit zugekauftem Futter zu ernähren sein. Die Familie ist hier offensichtlich im Übergang von der mobilen zur seßhaften Lebens- und Wirtschaftsweise in einen Engpaß geraten, der eine Entfaltung ihrer Produktivkräfte behindert.

Für die Gruppe der seßhaften Viehhalter mit ergänzendem Pflanzenbau gibt es in dieser Situation drei mögliche Strategien der Problemlösung:

- Durch außeragrarisches Lohnarbeit versuchen sie, ihren Lebensunterhalt abzusichern.
- Das durch Lohnarbeit erwirtschaftete Kapital wird in eine Aufstockung der Herde investiert.
- Die nicht für die Viehwirtschaft benötigte Arbeitskraft wird für einen Ausbau der pflanzenbaulichen Grundlagen und eine Teilnahme an den staatlichen Entwicklungsprogrammen eingesetzt.

Vorherrschend bei den Haushalten dieses Typs ist eine Kombination der genannten Strategien: Viele der seßhaft werdenden Viehhalterfamilien versuchen, die drei Existenzgrundlagen der Lohnarbeit, Viehwirtschaft und Pflanzenproduktion gleichzeitig auszubauen. In dem vorgestellten Fallbeispiel setzt Muhammad als Haushaltsvorstand gegenwärtig primär auf die dritte Strategie. In den letzten Jahren führte er in jedem Sommer ein Bauvorhaben aus, das jeweils im Rahmen der staatlichen Entwicklungsprogramme mit Lebensmittelhilfen und Geldprämien unterstützt wurde. Das Programm verhilft ihm also vorübergehend zu einer Stützung seines Einkommens und ermöglicht ihm außerdem, sich zusätzlich zur Viehwirtschaft die Grundlagen für eine pflanzenbauliche Produktion zu schaffen. Hierin ist auch die

Erklärung dafür zu sehen, daß Kleinfamilien wie die von Muhammad an dem Übergang zur seßhaften Viehhaltung überhaupt teilnehmen können.

Die Vorteile und Schwierigkeiten des Übergangs zur Seßhaftigkeit seien noch mit einem zweiten Beispiel zum Haushaltstyp der seßhaften Viehhalter verdeutlicht:

Idris Zayid Nuh vom Klan der Sarahna baute Mitte der siebziger Jahre ein Haus am Oberlauf des Wadi Zarqa, sieben Kilometer von der Küste entfernt (Abb. D-5). Seitdem waren schon zweimal Erweiterungen notwendig, weil inzwischen außer seiner Frau noch fünf Söhne und sechs Töchter zu der Familie gehören. Das Wohnhaus war ursprünglich nach dem gleichen Muster angelegt wie im vorigen Fallbeispiel. Das einfache Gebäude erhielt später zusätzlich einen ummauerten Hof und zwei weitere Räume als Anbauten. Direkt neben dem Haus steht außerdem ein Zelt, das bis heute hauptsächlich als Küche benutzt wird. Die Erweiterungen am Wohnhaus sind bezeichnend für die Entwicklung, die der Haushalt in den letzten Jahren erlebte: Der älteste Sohn studiert an der Universität von Alexandria, um später Beamter in der Governoratsverwaltung zu werden. Der zweite Sohn leistet seinen Militärdienst ab, und zwei gehen auf die Sekundarschule in Marsa Matruh. Der jüngste Sohn besucht zusammen mit zwei der sechs Töchter die fünf Kilometer von seinem Elternhaus entfernte Elementarschule in Ruashid. Die anderen Mädchen, von denen zwei bereits verheiratet sind, wurden nicht zur Schule geschickt. Dadurch, daß keiner der Söhne zum Haushaltseinkommen beiträgt und vier von ihnen sogar außerhalb leben, aber weiterhin vom Haushalt abhängen, ist die Finanzsituation der Familie erheblich belastet. Insgesamt müssen monatlich für die Unterstützung der in Ausbildung befindlichen Kinder 160 LE aufgebracht werden. Wenn man dazu 60 LE addiert, die monatlich für den Unterhalt der im Hause lebenden Familienmitglieder benötigt werden, und jährlich für alle zusammen noch 160 LE für Kleidung veran-

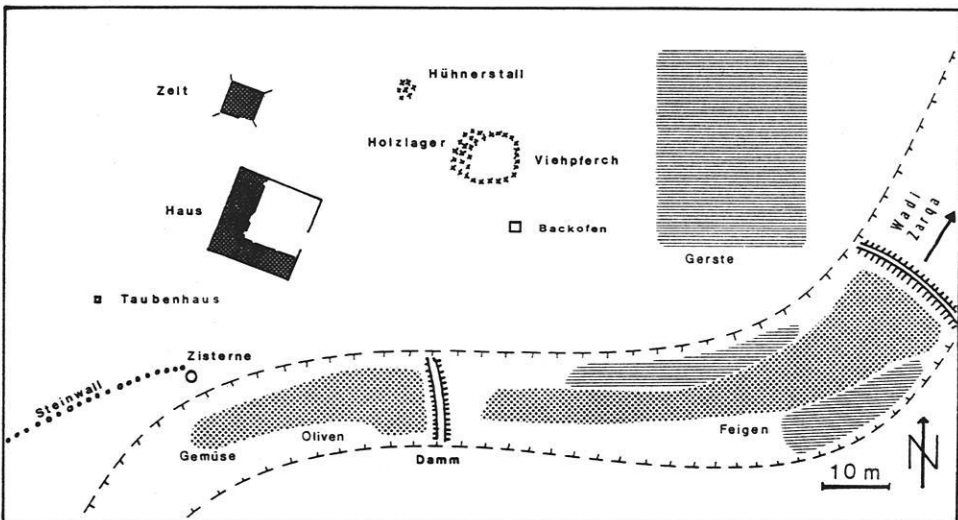


Abb. D-5: Wohnplatz des Idris Zayid Nuh

schlagt, dann ergeben sich jährliche Ausgaben für die Lebenshaltung in Höhe von 2 800 LE.

Dem stehen direkte Einnahmen gegenüber, die bisher ausschließlich durch die Viehproduktion erwirtschaftet werden. Idris besitzt 60 Schafe, 40 Ziegen und drei Esel. Durch den Verkauf von 24 Schafen und 24 Ziegen im Jahr wird ein Betrag von etwa 3 100 LE eingenommen. Von dieser Summe müssen jedoch wieder die Produktionskosten abgezogen werden. Hier liegt das spezifische betriebswirtschaftliche Problem, mit dem Idris zu kämpfen hat. Weil er nämlich in den letzten Jahren mit großem Arbeitseinsatz damit begonnen hat, eine Baumpflanzung mit entsprechenden Bewässerungsanlagen aufzubauen, bleibt ihm wenig Zeit, längere Weidewanderungen mit seinem Vieh durchzuführen.

Seine Söhne können ihm dabei auch nicht helfen. Die Töchter dürfen allenfalls in Hausnähe das Vieh hüten. Deshalb ist der Bedarf an zusätzlichem Futter bei Idris höher als bei anderen Familien, die zum gleichen Haushaltstyp gehören. Obwohl er selbst etwa fünf Hektar Ackerland mit Gerste bebaut und dort, wenn er Glück hat, 2 000 Kilogramm Getreide erntet, muß er noch etwa vier bis fünf Tonnen Kraftfutter dazukaufen. Das kostet ihn pro Jahr 700 bis 800 LE. Um seine Felder pflügen zu lassen, mietet er einen Traktor zu 4 LE pro Stunde, beziehungsweise insgesamt 100 LE im Jahr. Produktions- und Lebenshaltungskosten ergeben zusammengerechnet 3 700 LE. Diese Ausgaben sind durch die Einnahmen in Höhe von 3 100 LE nicht abgedeckt. Die Differenz mag nicht groß erscheinen, aber es muß berücksichtigt werden, daß das Einkommensdefizit in Trockenjahren erheblich größer sein kann. Diese Situation bereitet vielen seßhaften Viehhaltern mit ergänzendem Pflanzenbau erhebliche Schwierigkeiten. Sie haben prinzipiell vier Möglichkeiten, auf diesen finanziellen Engpaß zu reagieren:

- Sie kaufen ihre Lebensmittel auf Kredit ein oder verpfänden einen Teil der zu erwartenden Ernte beziehungsweise der Jungtiere.
- Sie verkaufen in akuten Notlagen mehr Tiere, als sie nachziehen.
- In Jahreszeiten mit geringeren Verpflichtungen in der Landwirtschaft, insbesondere im Sommer und Herbst, können sie sich um eine befristete Lohnarbeit im Baugewerbe oder in den Steinbrüchen bemühen.
- Sie können in dieser Jahreszeit die staatlichen Entwicklungsprogramme ausnutzen, indem sie in Eigenarbeit eine Zisterne oder einen Damm bauen und sich dafür die vorgesehene Prämie auszahlen lassen.

Je nach Schwere des finanziellen Notstandes werden oft mehrere dieser Möglichkeiten miteinander kombiniert. Die ersten beiden Reaktionsformen führen dabei unweigerlich zu einer raschen Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Familie, vor allem wenn sie außer Kontrolle geraten und zu exzessiv gehandhabt werden. Wegen fehlender Arbeitsplätze sind die Möglichkeiten für nichtlandwirtschaftliche Lohnarbeit begrenzt. Deshalb bleiben zur ergänzenden Absicherung der wirtschaftlichen Existenz in solchen Fällen nur noch die vom

Staat finanziell geförderten Selbsthilfeporhaben. Die Entwicklungsprogramme haben daher für die sozioökonomische Gruppe der seßhaften Viehproduzenten mit ergänzendem Pflanzenbau eine wichtige einkommensstützende Funktion. Das gilt insbesondere dann, wenn alle Arbeitskräfte der Familie in der Landwirtschaft benötigt werden, oder wenn die Söhne wegen einer Ausbildung nicht zum Einkommen beitragen können. Auch in der hier vorgestellten Beispiel-Familie muß der finanzielle Unterhalt vom Haushaltsvorstand alleine gesichert werden. Seit 1981 unternahm Idris jedes Jahr ein Bauvorhaben in Eigenarbeit. Damit konnte er zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Einerseits konnte er die staatliche Unterstützung von jedesmal 300 bis 700 LE kassieren und damit sein Einkommensdefizit zumindest partiell ausgleichen, und andererseits gelang es ihm auf diese Weise, für den Haushalt eine zweite ökonomische Grundlage im Pflanzenbau zu entwickeln.

Trotzdem geriet er im Trockenjahr 1985 akut in eine schwierige ökonomische Lage, die ihn dazu zwang, seinen Viehbestand abzubauen und bei seinem Händler im Suq von Marsa Matruh anschreiben zu lassen. Sein besonderes Pech liegt darin, daß eine ungünstige Konstellation der Altersstruktur seiner Familienmitglieder mit der heikelsten Phase im Übergang zur kombinierten Vieh- und Pflanzenproduktion zusammentrifft. Dieses ungünstige Zusammentreffen kommt daher, daß Idris gleichzeitig zwei Wege zur Zukunftssicherung der Familie eingeschlagen hat: Er ließ alle seine Söhne zur Schule gehen, damit zumindest einige von ihnen später einen sicheren Arbeitsplatz außerhalb der Landwirtschaft finden können. Und er investierte seine Arbeitszeit in den Ausbau der Pflanzenproduktion. Beide Wege können erst nach einer mehrjährigen Vorlaufzeit Früchte einbringen. In dieser Phase, in der Idris für den Unterhalt der auswärts lebenden Söhne aufkommen muß, sind die Verdienstmöglichkeiten des Haushaltes also in zweifacher Weise begrenzt. Doch auch wenn die Situation riskant zu sein scheint, so hat Idris doch Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken: Seine Söhne werden nach Abschluß ihrer Ausbildungen wieder in seinen Haushalt zurückkehren und zum Familieneinkommen beitragen. Ab 1987 kann er außerdem damit rechnen, daß seine 200 neu gepflanzten Feigenbäume die ersten Erträge liefern. Innerhalb von drei bis vier Jahren kann dann der Ertrag pro Baum auf 10 Kilogramm ansteigen. Bei einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 0,3 LE pro Kilo (Preis von 1985) lassen sich damit zusätzlich 600 LE verdienen. Die ökonomische Situation des Haushaltes von Idris ist unter diesen Bedingungen als zwar gegenwärtig noch schwierig, aber als mittelfristig abgesichert einzuschätzen. In seiner weiteren Entwicklung bewegt er sich auf den Typ der kombinierten Vieh- und Pflanzenproduzenten zu.

2.2.3. Kombinierte Vieh- und Pflanzenproduzenten

Yadim Ibrahim Hussein vom Klan der Sarahna lebt seit 1979 in einem Haus am Rande des Wadi Jarawla, drei Kilometer von der Küste entfernt (Abb. D-6). Er ist 62 Jahre alt. Von seinen vier Söhnen arbeiten zwei je nach Bedarf zu Hause in der Landwirtschaft, oder sie verrichten Gelegenheitsarbeiten in Marsa Matruh, einer führt zu Hause den landwirtschaftlichen Betrieb, und einer ist noch in der Schule. Zum Haushalt gehören außerdem zwei Kinder eines verstorbenen Sohnes und die Frauen und Kinder der beiden älteren Söhne. Insgesamt umfaßt die Familie 13 Personen. Als sich Yadim 1979 am Wadi Jarawla seßhaft niederließ, besaß er eine recht große Viehherde von etwa 120 Tieren. Trotzdem betrieb er in den folgen-

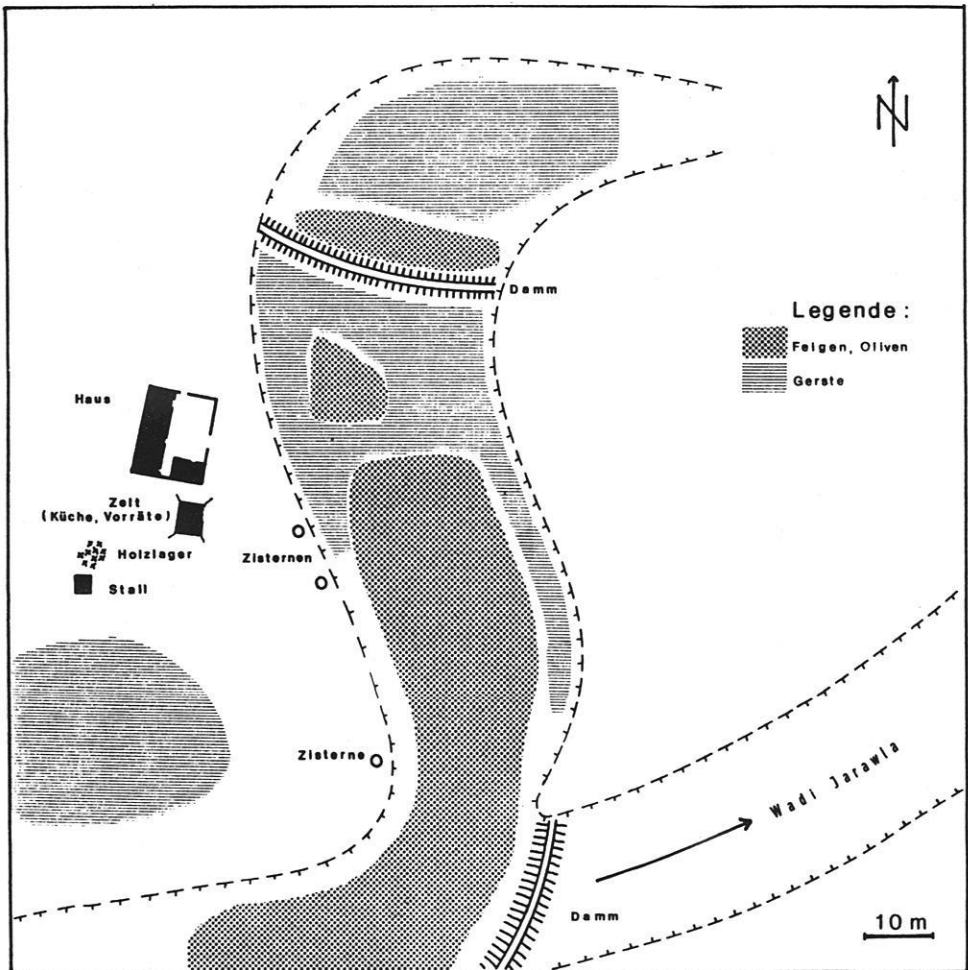


Abb. D-6: Wohnplatz und Kulturland des Yadim Ibrahim Hussein

den Jahren mit Unterstützung durch das staatliche Entwicklungsprogramm eine intensive Erschließung der pflanzenbaulich nutzbaren Flächen im Umkreis seines Hauses. Zwischen 1982 und 1984 ließ er von Lohnarbeitern aus Oberägypten drei Zisternen von 135, 85 und 500 Kubikmeter Volumen ausschachten. Trotz der staatlichen Prämien mußte er, um die Arbeiter bezahlen zu können, einen Teil seines Viehs verkaufen. Bereits 1981 pflanzte er insgesamt 100 Feigen, Oliven und Mandelbäume und einige Weinstöcke. Seine Nutzflächen liegen in hydrologisch günstigen Positionen im Wadi Jarawla und einer in das Hauptwadi mündenden flachen Mulde. Wegen der guten Wasserversorgung dieser Areale kann er dort außerdem jedes Jahr 500 bis 1 500 Melonen ziehen. Der entscheidende Schritt zur Verbesserung der Anbaumöglichkeiten war 1984 der Bau eines fast 50 Meter langen und fünf Meter hohen Dammes quer durch das Wadi Jarawla, der das abfließende Wasser in die angrenzende, etwa zwei Hektar große Mulde einstaut und hier günstige Bedingungen für Baumkulturen schafft. Hier und auf angrenzenden Flächen wurden noch im gleichen Jahr 1 000 Feigenbäume gepflanzt, die anfangs mit dem Wasser der gerade fertiggestellten Zisternen angezogen werden konnten. Der Bau des Dammes wurde von der Organisation für Landerschließung des Governorates ausgeführt. Yadim und seine Söhne mußten in Eigenarbeit lediglich die Baumpflanzungen erledigen. Während bis 1986 durch diese Maßnahmen der Grundstock für den Obstbau gelegt wurde, reduzierte Yadim seine Viehherde auf 30 Schafe und 15 Ziegen.

Ohne Berücksichtigung der jeweils relativ geringen Kosten für Saatgut, Arbeitsgeräte und Transport ergibt sich daraus für den Haushalt folgende Berechnung der Einnahmen aus der Landwirtschaft, bezogen auf das Jahr 1985:

Verkauf:	Wassermelonen, 500 Stück	à	0,5	LE	250	LE
	Honigmelonen, 200 Stück	à	0,8	LE	160	LE
	Kürbisse, 170 Stück	à	0,25	LE	43	LE
	Tomaten, 400 Kilo	à	0,25	LE	100	LE
	Mandeln, 200 Kilo	à	1,0	LE	200	LE
	Oliven, 500 Kilo	à	0,8	LE	400	LE
	Weintrauben, 200 Kilo	à	0,8	LE	160	LE
	Schafe, 12 Stück	à	80	LE	960	LE
	Ziegen, 9 Stück	à	50	LE	<u>450</u>	LE
					2 563	LE
Produktionskosten:	Futter				450	LE
	Traktormiete				<u>180</u>	LE
					630	LE
				Gewinn	1 933	LE

In der Landwirtschaft werden also knapp 2 000 LE erwirtschaftet. Im pflanzenbaulichen Sektor allein wird dabei mit einem Verkaufserlös von 1 313 LE abzüglich 180 LE Traktormiete ein Gewinn von 1 133 LE erzielt. Die Viehproduktion bringt nach Abzug der Futterkosten einen Nettoertrag von 950 LE. Dazu kommt noch der Lohn der zwei älteren Söhne für Gelegenheitsarbeiten in Höhe von jährlich 600 - 700 LE, so daß sich die Einnahmen des Haushaltes insgesamt auf etwa 2 600 LE im Jahr belaufen. Der Unterschied zu den vorher dargestell-

ten Haushaltstypen besteht nicht in der absoluten Höhe des Einkommens, sondern darin, daß hier bereits der größere Teil aus der Pflanzenproduktion stammt. Die gegenwärtige Einkommenshöhe von 200 LE pro Kopf der Familie ist unterdurchschnittlich, obwohl man in diesem Falle berücksichtigen muß, daß ihr Selbstversorgungsgrad mit Gemüse, Eiern und Hühnern größer ist als beispielsweise bei den mobilen Viehhaltern, das bedeutet, daß die Lebenshaltungskosten der Familie niedriger ausfallen. Trotzdem ist ganz offensichtlich, daß der hier als Beispiel angeführte Haushalt von Yadim als Folge der Umstellung von Vieh- auf Pflanzenproduktion einen Einkommensrückgang hinnehmen mußte. Wenn die Familie ihren Viehbestand von etwa 150 Tieren aus dem Jahre 1979 beibehalten hätte, könnte sie damit jährlich, nach Abzug der Futterkosten, etwa 4 000 LE verdienen. Es stellt sich die Frage, ob es für sie ökonomisch sinnvoll war, ihren Viehbestand zugunsten der Investitionen in Baumkulturen abzubauen. Diese Frage kann nur mit Blick auf die nahe Zukunft beantwortet werden. Bisher nämlich waren die 1 000 Feigenbäume noch nicht ertragsreif, sondern sie verursachten nur Kosten. Bereits Ende der achtziger Jahre aber ist mit den ersten Ernten zu rechnen. Wenn diese Bäume dann erst einmal jeweils 10 Kilogramm an Früchten liefern, lassen sich bei einem Kilopreis von 0,3 LE zusätzlich 3 000 LE verdienen, also mehr, als die Familie zur Zeit in allen anderen Sektoren zusammen erwirtschaftet. Das heißt, die Ausweitung des Pflanzenbaus wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren als gewinnträchtig erweisen. Der Abbau des Viehbestandes war erforderlich, um die nicht von der staatlichen Unterstützung abgedeckten Investitionskosten und den Lebensunterhalt der Familie zu finanzieren.

Bei einem Anhalten der gegenwärtigen Preisverhältnisse wird es jedoch auch in Zukunft ökonomisch sinnvoll für die kombinierten Vieh- und Pflanzenproduzenten wie Yadim sein, die mit ihren neu angelegten Obstkulturen nach einigen Jahren zu erwartenden Gewinne wieder in eine Aufstockung der Herden zu investieren. Das Risiko, von dem besonders dieser Haushaltstyp betroffen ist, besteht nämlich darin, daß es durch die gegenwärtig enorme Ausweitung der Feigenkulturen in der Region zu einem Überangebot auf dem Markt kommen könnte, das dann zwangsläufig zu einem Preisverfall führen müßte.

2.2.4. Lohnarbeiter mit Viehbesitz

Safi 'Awadda ist mit 33 Jahren der Älteste von sieben Brüdern, die nach dem Tode ihres Vaters in einem Haushalt zusammenblieben. Vier von ihnen sind verheiratet und haben Kinder, so daß die Großfamilie insgesamt aus 26 Personen besteht. Der zweit- und drittälteste Bruder haben sich inzwischen jeder ein eigenes Haus etwa 50 Meter abseits des Haupthauses gebaut (Abb. D-7). Alle drei Gebäude verfügen über die übliche Raumeinteilung, haben aber keinen ummauerten Hof. Den Mittelpunkt des Familien-Wohnplatzes bildet das von den Frauen gemeinsam benutzte Zelt. Zwei der verheirateten Brüder sind als Arbeitsmigranten

einen großen Teil des Jahres abwesend, aber sie lassen ihre Frauen und Kinder bei der Großfamilie zurück. Dafür steuern sie ihren Lohn zum gemeinsamen Unterhalt bei, so daß alle diese Personen als ein Haushalt zu bezeichnen sind. Die Familie besitzt 60 Schafe und 20 Ziegen, 400 Feigenbäume, von denen 120 bereits tragen, und einige mit Gerste bestellte Äcker von jährlich wechselnder Größe. Trotz dieser landwirtschaftlichen Erwerbsgrundlagen stammen die Einnahmen des Haushaltes zum größeren Teil aus der Lohnarbeit, wie aus folgender Übersicht der Beschäftigungen und Löhne der sieben Brüder hervorgeht:

1- Wächter in der Wasserpumpstation	12 x 50 LE	600 LE
2- Lohnhirte	6 x 80 LE	480 LE
3- Arbeiter in der Wasserpumpstation	12 x 70 LE	840 LE
4- Arbeiter im Steinbruch	10 x 150 LE	1 500 LE
5- Militärdienst		
6- Schüler in Marsa Matruh		
7- körperbehindert, zu Hause		

jährliches Lohneinkommen 3 320 LE

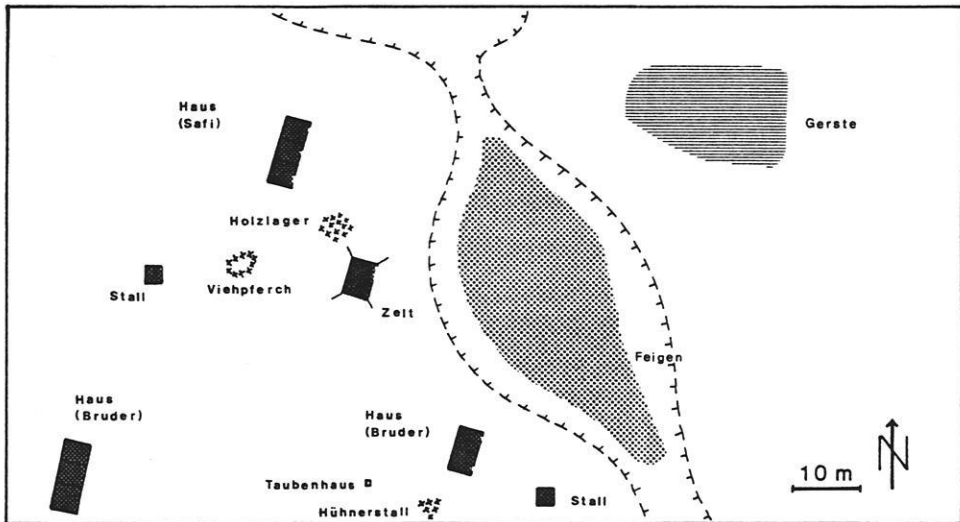


Abb. D-7: Wohnplatz des Safi 'Awadda

Die Wasserpumpstation an der Trinkwasserleitung liegt nur drei Kilometer vom Wohnsitz der Familie entfernt, so daß die beiden Brüder, die dort arbeiten, sich gleichzeitig um die Landwirtschaft kümmern können. Der Steinbrucharbeiter ist nur während des Ramadan und im Sommer mehrere Wochen zu Hause. Der Hirte führt jeweils im Sommerhalbjahr die familieneigene Schafherde und zusätzlich 60 bis 80 Schafe von Verwandten in die Provinz Beheira im Nildelta. Die Einnahmen und Ausgaben aus der landwirtschaftlichen Produktion errechnen sich wie folgt:

Einnahmen:	Schafe	24 x	80 LE	1 920 LE
	Ziegen	12 x	50 LE	600 LE
	Feigen	1200 x	0,3 LE	360 LE
Ausgaben:	Futter			900 LE
	Transport der Schafe			150 LE
	Traktormiete			<u>60 LE</u>
	Gewinn			1 770 LE

Das jährliche Gesamteinkommen des Haushaltes liegt demnach bei 5 090 LE. Umgerechnet auf die 26 zugehörigen Personen errechnet sich ein Pro-Kopf-Einkommen von knapp 200 LE, das deutlich unter dem regionalen Durchschnitt liegt. Die Situation dieser Großfamilie ist charakteristisch für viele, die zum Haushaltstypus der Lohnarbeiter mit Viehbesitz gehören. Die vom Vater geerbte landwirtschaftliche Betriebseinheit ist zwar mit 80 Tieren und 400 Feigenbäumen überdurchschnittlich groß, aber sie kann mit dem Wachstum der Familie nicht Schritt halten. Die Männer sind deshalb gezwungen, zusätzlich durch Lohnarbeit Geld zu verdienen, um den Unterhalt zu sichern. Die Familien dieses Haushaltstyps sind, wie das Beispiel zeigt, die ersten, die an die Grenzen des Wachstums und der agraren Tragfähigkeit stoßen. Die weiteren Aussichten der Familie des Safi 'Awadda sind dabei kurzfristig sogar durchaus noch als günstig einzuschätzen, denn in den nächsten Jahren werden erstens die beiden bisher nicht produktiv tätigen jüngeren Brüder eine Arbeit aufnehmen, und zweitens werden die bereits gepflanzten Feigenbäume ertragsreif werden und Gewinn abwerfen. Die zukünftigen Risiken für diese Großfamilie sind aber schon abzusehen: Die Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft können unter den gegenwärtigen Umständen nicht als sicher bezeichnet werden, und mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in der Region wird es immer schwieriger werden, überhaupt Arbeitsstellen zu finden. Ohne Lohnarbeit wäre die Beispiel-Familie schon jetzt kaum existenzfähig. Ihr Gemeinschaftseinkommen wird voraussichtlich in den kommenden Jahren durch die Arbeitsaufnahme der zwei jüngsten Brüder noch geringfügig steigen. Dann bestehen aber keine weiteren Verbesserungsmöglichkeiten mehr durch Lohnarbeit, während gleichzeitig damit zu rechnen ist, daß die Großfamilie, wenn erst einmal alle Brüder verheiratet sind, erheblich wachsen wird. Das Pro-Kopf-Einkommen wird sich infolgedessen unweigerlich drastisch reduzieren. Vorausgesetzt, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse anhalten, gäbe es dann nur noch eine Möglichkeit zur Verbesserung des gemeinschaftlichen Einkommens der Großfamilie: Der Viehbestand müßte aufgestockt werden! Dazu wäre weder eine zusätzliche Arbeitskraft noch zusätzliches Kulturland erforderlich.

Es gibt aber auch noch eine zweite Alternative, mit der sich jede Beduinenfamilie irgendwann einmal im Laufe ihres biologischen Wachstums konfrontiert sieht: Wenn sie zu groß wird, muß sie sich in kleinere Einheiten aufspalten. Eine regelmäßige Teilung der wirtschaftlich-sozialen Zellen der Gesellschaft ist bei einer wachsenden Bevölkerungszahl notwendig, damit die Haushalte ihre Funktionsfähigkeit behalten. Die maximale Haushaltsgröße liegt daher in der Regel bei ungefähr 35 Personen und nur in Einzelfällen darüber. Die Teilung

bereitet in traditionellen Viehhalter-Familien keine Schwierigkeiten, denn bei ihnen läßt sich der Viehbesitz unter die neu entstehenden Haushalte aufteilen. Im Falle der Haushalte der Lohnarbeiter-Viehhalter ist die Teilung jedoch problematisch. Das Charakteristikum der als Beispiel vorgestellten Großfamilie ist ja gerade, daß sie zur Erwirtschaftung ihres Lebensunterhaltes auf mehrere Einkommensquellen gleichzeitig angewiesen ist. Viehhaltung, Pflanzenbau und Lohnarbeit, beispielsweise die relativ gut bezahlte Arbeit in einem Steinbruch, lassen sich nicht von einer Kleinfamilie mit nur einem erwachsenen Mann bewerkstelligen. In dieser Hinsicht ist die Kombination verschiedener Produktionsformen im Haushaltstyp der Lohnarbeiter-Viehhalter als eine Strategie der gemeinschaftlichen Überlebenssicherung zu interpretieren. Eine Auflösung der Haushaltsgemeinschaft vergrößert für die dann entstehenden fragmentierten Kleinfamilien das ökonomische Risiko.

2.2.5. Pächter-Lohnarbeiter

Ruhuma Idris Ihmida al-Jit'ani gehört zum Murabitin-Stamm der Qut'an. Er lebt mit seiner Frau und sieben Kindern in einem kleinen Nomadenzelt abseits der Siedlung Jarawla al-Jadid im Territorium des Sa'adi-Klans der Qinashat (Abb. D-8). Im Jahre 1982 schloß er mit dem 'umda der Qinashat einen Pachtvertrag, in dem ihm die Erschließung und Nutzung von drei Hektar Land überschrieben wurde, das bis dahin nur extensiv mit Gerste bestellt worden war. Wie im Vertrag vereinbart, baute Ruhuma in den folgenden zwei Jahren eine Zisterne von 85 Kubikmeter Volumen und zwei Brunnen von 17 und 18 Meter Tiefe. Bis 1984 pflanzte er hier annähernd 1 000 Feigenbäume. Vertragsgrundlage ist eine Teilpacht, nach der die zu erwartende Ernte zwischen Grundbesitzer und Pächter im Verhältnis 2:1 aufgeteilt wird. Vertragsdauer sind 10 Jahre, nach deren Ablauf das bis dahin erschlossene und bepflanzte Land zu zwei Dritteln an den Besitzer zurückgegeben wird, während ein Drittel in den Besitz

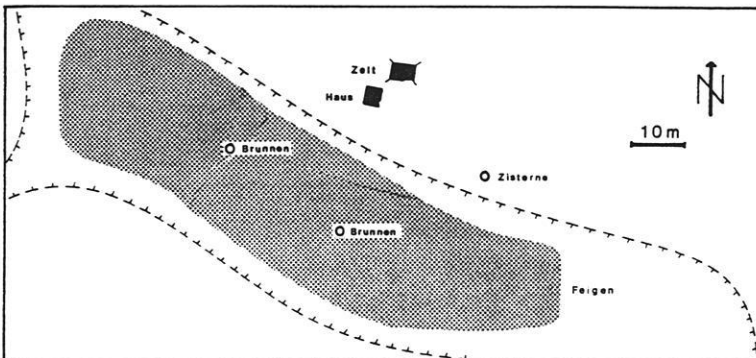


Abb. D-8: Wohnplatz und Pachtland des Ruhuma Idris

von Ruhuma übergeht

Da die Kinder noch zu klein sind, um selbständig zu arbeiten, muß Ruhuma alleine für den Lebensunterhalt der Familie aufkommen. Die älteren Kinder im Alter von fünf bis acht Jahren werden jedoch bereits zum Viehhüten und zur Hilfe bei der Bewässerung der neu gepflanzten Bäume eingesetzt. Die Familie besitzt 20 Ziegen und fünf Schafe. Solange die Feigenplantage noch keine ausreichenden Erträge bringt, beschränkt sich das in der Landwirtschaft erzielte Einkommen auf den Verkaufserlös von maximal 10 Tieren im Jahr in Höhe von kaum mehr als 500 LE. Ruhuma muß also zusätzlich noch durch Lohnarbeit Geld verdienen. Früher war er Arbeiter in der staatlichen Organisation für Wüstenerschließung, wo er auch heute noch gelegentlich Beschäftigung findet. Im Jahr verdient er auf diese Weise noch einmal etwa 350 LE. Auch seine Frau verdient etwas Geld dadurch, daß sie von Hand kleine Steine auf den Plateauflächen in Umgebung ihres Zeltes zu Haufen zusammenfegt und sie als Baumaterial zur Betonherstellung verkauft. Die Familie kommt dadurch insgesamt auf ein Jahreseinkommen von 900 - 1 000 LE. Damit liegt sie am unteren Ende der sozioökonomischen Skala. Ihre materielle Armut läßt den niedrigen sozialen Status noch deutlicher hervortreten, den sie als Murabitin unter ihren Sa'adi-Nachbarn sowieso schon hat.

Verschärft wird die schwierige ökonomische Situation der Familie schließlich noch dadurch, daß Ruhuma von dem Grundbesitzer beim Vertragsabschluß übervorteilt wurde. Als Analphabet konnte er den Vertrag, unter den er seinen Daumenabdruck setzte, nicht lesen. Deshalb wehrt er sich heute vergeblich dagegen, daß der 'umda als Grundbesitzer die staatlichen Prämien für den Bau der Zisterne und der beiden Brunnen kassierte, ohne Ruhuma auch nur einen Piaster davon abzugeben. Isoliert von seinem Stamm und umgeben von Nachbarn, die ihrem 'umda verwandtschaftlich verbunden sind, hat Ruhuma wenig Möglichkeiten, sich durchzusetzen. Auch sein von der Governoratsverwaltung abgestempelter Vertrag hilft ihm dabei nicht viel. Trotzdem besitzt er einen ausgeprägten Willen zur Selbsthilfe, um sich trotz seiner benachteiligten Lage eine Existenzbasis zu schaffen. Fast jedesmal, wenn ich ihn zwischen 1982 und 1986 besuchte, traf ich ihn bei einem neuen Bauvorhaben an: Entweder meißelte er eine neue Zisterne aus dem Fels, schleppte Wasser zu frisch gepflanzten Bäumen oder zimmerte gar an einer festen Behausung für seine Familie. Im Jahre 1985 baute er sich schließlich neben sein abgerissenes Zelt eine Hütte aus Wellblech, die erste und bisher einzige in der Gegend. Das Geld für ein Steinhaus besaß er nicht, und um staatliche Unterstützung zu bekommen, hätte er Landbesitzer sein müssen.

2.2.6. Agrarunternehmer

Hajj Yakub zählt zu den reichsten Männern nicht nur von al-Qasr, wo er wohnt, sondern des gesamten Governorates. Er ist mit seinen etwa 70 Jahren einer der führenden Vertreter des Sa'adi-Klans der 'Ashibat. Mit seiner Familie bewohnt er ein großes Steinhaus in der Nähe der Straße (Abb. D-9). Drei seiner erwachsenen Söhne leben und arbeiten in der nur acht Kilometer entfernten Stadt Marsa Matruh. Einer ist Bankangestellter, einer Viehhändler und einer Bauunternehmer. Die beiden anderen Söhne wohnen und arbeiten im Hause des Vaters. Inwieweit die auswärts lebenden Söhne mit ihren Familien ökonomisch zum landwirtschaftlichen Betrieb der Großfamilie gehören, konnte ich nicht genau feststellen. Sie sind dort jedenfalls regelmäßig zu Gast und beteiligen sich an der Betriebsführung. Diese Aufgaben erfordern einigen Sachverstand, denn nach Größe und Wirtschaftsweise läßt sich der Betrieb von Hajj Yakub durchaus als ein "Agrarunternehmen" bezeichnen. Er beschäftigt ständig vier bis fünf Lohnarbeiter.

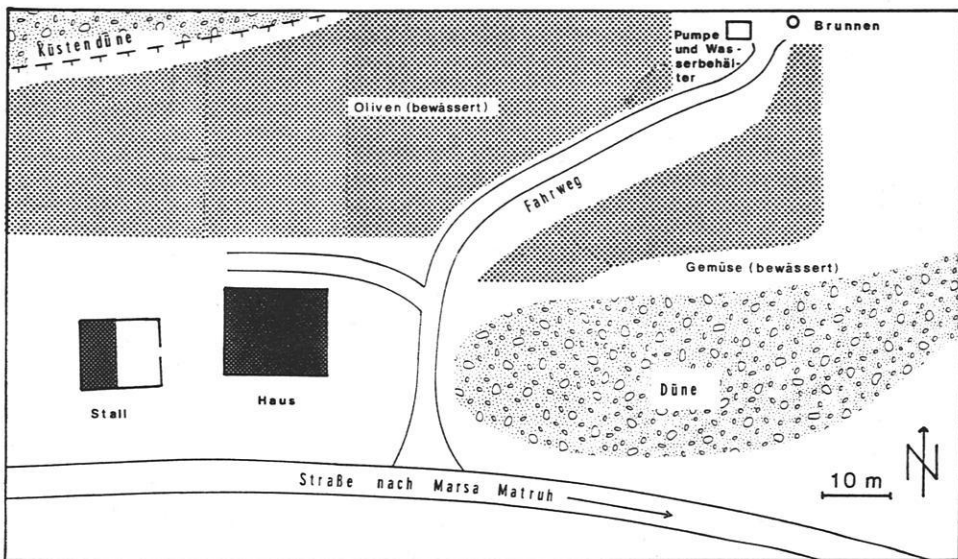


Abb. D-9: Wohnplatz und Kulturland des Hajj Yakub

Hajj Yakub besitzt etwa 10 Hektar Land in einem hinsichtlich der Wasserversorgung und der Bodenqualität günstig ausgestatteten Areal südlich der rezenten Küstendüne. Seine Oliven- und Feigenplantage ist teilweise schon zwanzig Jahre alt und bringt gute Erträge. Außerdem werden hier Wassermelonen, Tomaten und Minze angebaut. Alle Pflanzen werden bewässert. Dazu wird aus einem Sickerbrunnen am Rande der Düne mit einer Motorpumpe Wasser in einen Tankwagen gepumpt, den dann ein Traktor zu den Bewässerungspartellen

schleppt. Für die Versorgung der Kulturen beschäftigt Hajj Yakub seit vielen Jahren einen Arbeiter aus dem Nildelta. Die wichtigste Wirtschaftsgrundlage aber ist, wie aus der Übersicht der Einnahmen und Ausgaben hervorgeht, die Viehproduktion. Dem Verzeichnis der Genossenschaft zufolge besitzt die Familie des Hajj etwa 800 Schafe. Ein Teil der Tiere und die zum Verkauf bestimmten Lämmer werden zeitweise in einem Stall neben dem Wohnhaus der Familie gehalten und dort von einem der Söhne versorgt. Der größte Teil der Herde ist unter der Obhut von drei bis vier Lohnhirten immer irgendwo unterwegs in den guten Weidegebieten südlich von Sidi Barrani oder im Nildelta. Der Transport wird jeweils mit LKWs vorgenommen. Ziegen werden von der Familie nur noch gehalten, um den häuslichen Milchbedarf zu decken.

Verkaufserlöse:	Oliven	1 200 LE
	Feigen	1 200 LE
	Gemüse, Minze	700 LE
	Melonen	<u>1 000 LE</u>
	Schafe, 320 Stück à 80 LE	25 600 LE
		<u>29 700 LE</u>
Produktionskosten:	1 Arbeiter, monatl. 150 LE	1 800 LE
	4 Lohnhirten, monatl. 100 LE	4 800 LE
	Futter	5 000 LE
	LKW-Transport	1 000 LE
	Traktor (Abschreibung, Betrieb)	<u>1 000 LE</u>
		<u>13 600 LE</u>
	Nettoeinkommen	16 100 LE

Nach obiger Rechnung ergibt sich für jedes verkaufte Schaf bei einem durchschnittlichen Preis von 80 LE ein Gewinn von 46 LE, also gut über die Hälfte seines Verkaufspreises auf dem Markt. Die Produktionskosten pro Tier belaufen sich entsprechend auf 34 LE oder 42,5% des Verkaufspreises. Darin sind anteilmäßig enthalten der Hirtenlohn, die Kosten für das Futter und die Kosten für den Transport des Futters zum Standort der Herde beziehungsweise für den Transport der Tiere. Die relativ hohen Ausgaben für Futtermittel kommen dadurch zustande, daß die zum Verkauf bestimmten Jungtiere in Stallhaltung aufgezogen werden. In der Nähe des Hauses können sie nicht frei weiden, weil hier auch die Baum- und Gemüseulturen liegen. Um eine Schädigung der Kulturen zu vermeiden können auch die wenigen Ziegen der Familie nicht ohne Aufsicht laufen gelassen werden. Zu dem in der Landwirtschaft erzielten Einkommen müßten jetzt noch die finanziellen Beiträge der drei in Marsa Matruh lebenden Söhne addiert werden, aber in dieser Hinsicht ist eine Abgrenzung des Haushaltes von Hajj Yakub schwierig. Seine Söhne sind zwar als Erbberechtigte zu gleichen Teilen an seinem Betrieb beteiligt, aber der Viehhändler und der Bauunternehmer benutzen ihre Gewinne primär für ihre eigenen geschäftlichen Unternehmungen. Trotzdem sind sie nicht unabhängig von ihrem Vater, denn er hatte ihnen das erforderliche Startkapital

gegeben und ist deshalb weiterhin Mitbesitzer. Auch in der Familie von Hajj Yakub ist also das Phänomen der Diversifikation von Einkommensquellen zu beobachten. Anders als bei den Haushalten der Lohnarbeiter-Viehhalter handelt es sich hier jedoch nicht um eine Strategie der Existenzsicherung der Großfamilie, sondern um eine Strategie der Profitmaximierung. Es gäbe für die drei in der Stadt lebenden Söhne durchaus die Möglichkeit, als Hirten oder Bauern im väterlichen Betrieb mitzuarbeiten. Das wäre jedoch betriebswirtschaftlich unsinnig, da sie mit ihrer eigenen Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft ein Einkommen realisieren können, das höher ist als die Lohnkosten für Arbeiter und Hirten.

2.2.7. Händler mit Viehbesitz

Khairallah ist als ältester von sieben Brüdern Oberhaupt einer Großfamilie von insgesamt etwa 35 Personen. Fünf der Brüder sind verheiratet, von den beiden anderen ist einer Student und einer leistet seinen Militärdienst ab. Khairallah und drei seiner Brüder wohnen mit ihren Familien in eigenen Häusern in einem Stadtviertel von Marsa Matruh. Das Stadthaus von Khairallah ist in der Skizze in Abbildung D-10 dargestellt. Die größeren Beduinenhäuser in der Stadt unterscheiden sich grundlegend von den Haustypen in der Küstenebene.

Der Ziegenstall am Ende des Flures und der Empfangsraum am Eingang verraten aber die Herkunft der Bewohner. Der fünfte Bruder blieb im Haus des Vaters, das 20 Kilometer westlich der Stadt an der Straße nach Alexandria liegt. Dort kümmert er sich um die familieneigene Landwirtschaft. Der Vater hatte früher noch ausschließlich von der Viehproduktion und extensivem Anbau von Gerste gelebt. Der landwirtschaftliche Betriebszweig der Familie hat sich bis heute nicht wesentlich verändert, außer daß eine Feigenpflanzung hinzukam. Die 200 Schafe werden von einem Lohnhirten im Süden der Küstenebene versorgt. Pro Jahr wirft die Herde, nach Abzug von Lohn- und Futterkosten, einen Gewinn von etwa 4 000 LE ab. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Großfamilie liegt heute jedoch in einem anderen Bereich: Die vier Brüder in der Stadt betreiben gemeinsam ein kleines Handels- und Transportunterneh-

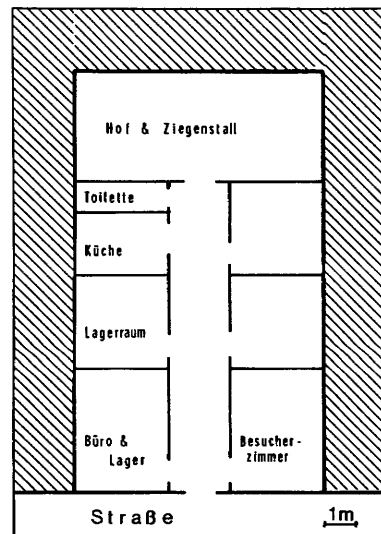


Abb. D-10: Stadthaus des Khairallah

men und ein Textilgeschäft im Suq von Marsa Matruh. Jeder von ihnen hat einen kleinen japanischen Pritschenwagen, um Waren zu transportieren. Ihr Gewerbe üben sie in einer wenig systematischen Art und Weise aus, können davon aber recht gut leben. Sie handeln mit allem, was die Beduinen im Küstengebiet, in der Wüste oder in der Stadt brauchen. Ein häufiger Auftrag besteht darin, Viehfutter zu den Herden zu transportieren. Gelegentlich kaufen sie auch auf eigene Rechnung Futtermittel, Gemüse oder andere Waren im Nildelta oder in Alexandria und fahren sie zu Abnehmern in die Wüste hinaus. Auf dem Rückweg aus der Wüste in die Stadt Marsa Matruh befördern sie Tiere, die auf dem Markt verkauft werden sollen, oder Leute, die das vorbeifahrende Auto heranwinken und sich gegen ein Fahrgeld mitnehmen lassen. Aus Marsa Matruh nach Alexandria schließlich befördern sie im Auftrag von Viehhändlern die auf dem Markt aufgekauften Tiere. Dieser Dreieckshandel zwischen Nildelta, Wüste und der Stadt Marsa Matruh folgt nach meiner Beobachtung keiner regelmäßigen zeitlichen oder räumlichen Organisation, sondern nur den sich mehr oder weniger zufällig ergebenden Kontakten, Aufträgen und Bedarfsfeststellungen. Solche Kleinhändler und Transportunternehmer sind jedoch mit ihren Fahrzeugen wichtige wirtschaftliche Bindeglieder zwischen den drei Eckpunkten des Handelsdreiecks. Wieviel diese Kleinhändler an ihrer Tätigkeit verdienen, läßt sich selbst im Falle des als Beispiel gewählten Haushaltes nicht exakt feststellen und auch nur schwer abschätzen. Ein Indikator dafür, daß sie zur besser verdienenden Bevölkerungsschicht gehören, sind die geräumigen Häuser, in denen sie wohnen. Ihr Einkommen liegt aber sicherlich unter dem, das von den oben als "Agrarunternehmer" bezeichneten großen Herdenbesitzern erwirtschaftet wird. Das Kennzeichnende an der Organisation der Beispielfamilie ist, daß ihre Mitglieder in einem wirtschaftlichen Verbund operieren, obwohl jede der Kleinfamilien auch für sich alleine über eine ausreichende ökonomische Basis verfügen könnte. Jeder der vier Brüder in der Stadt hat ein eigenes Haus und einen Wagen und betreibt seinen Handel vorwiegend für sich alleine. Die Fahrzeuge gehören ihnen jedoch gemeinsam, und die Überschüsse, die sie nicht innerhalb der Kleinfamilie verbrauchen, fließen zurück in das gemeinsame Betriebsvermögen. Khairallah als ältester der Brüder verwaltet den Betrieb, berät sich aber bei Entscheidungen immer mit den anderen. Von ihren gemeinschaftlichen Einkünften müssen sie die beiden jüngeren Brüder unterstützen, die selbst noch ohne Einkommen sind. Ein Teil des Gewinnes wird in die Erhaltung und Ausweitung des Familienunternehmens investiert: Auf diese Weise wurde nach und nach jeder der Teilhaber mit einem Fahrzeug ausgestattet, und auch die Einrichtung des Ladens im Suq ist als eine Form der Investition von Überschüssen aufzufassen. Die Zusammenarbeit in der Großfamilie funktioniert also nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der Haushalt hat in diesem Sinne den Charakter eines Familienunternehmens.

Um zu verstehen, welche wirtschaftliche Organisation dem Haushaltstyp der Händler mit Viehbesitz zugrunde liegt, muß noch eine Frage geklärt werden: Welche Funktion hat die Viehproduktion für den Haushalt? Aus den oben gemachten Ausführungen über die vier geschäftstüchtigen Brüder könnte man zunächst zu der Einschätzung gelangen, die Viehproduktion sei als eine der Wirtschaftsaktivitäten des Haushaltes ein Relikt der traditionellen

Wirtschaftsweise. Sie reicht aus, die außerhalb der Stadt lebenden Familienmitglieder zu ernähren. Ihre weitergehende Funktion für den gesamten Haushalt offenbart sich aber erst, wenn man den Verbleib der Überschüsse aus dem Handelsgeschäft näher untersucht: Ein Teil der Gewinne wird nämlich auch in die Aufstockung der familieneigenen Herde investiert. Das bedeutet, daß der Viehbesitz für die Händler-Haushalte eine Form des Sparens darstellt. Die Schafe sind vierbeiniges Kapital, das sich gut verzinst. Die Viehproduktion hat für den primär nicht landwirtschaftlich orientierten Haushalt eine Sparkassenfunktion und dient dadurch außerdem der ökonomischen Absicherung des Geschäftsbetriebes.

2.3. Der Haushalt als Basis einer "Überlebensökonomie"?

Die dargestellten sieben Haushaltstypen differieren erheblich nach Besitz und Einkommenssituation. Mittels dieser beiden Kriterien lassen sie sich in eine sozioökonomische Hierarchie einordnen, an deren Spitze die "Agrarunternehmer" und Händler stehen, und deren untere Schicht aus Lohnarbeitern, Pächtern und kleinen Herdenbesitzern gebildet wird. Die Differenzierung der materiellen Ausstattung prägt die funktionalen Unterschiede der Haushalte zwischen oberer und unterer Einkommensschicht. Dabei zeigt es sich, daß an den beiden entgegengesetzten Enden des sozialen Spektrums zwei verschiedene Gründe gibt, die Einheit des traditionellen Großfamilienhaushaltes auch unter veränderten äußeren Bedingungen zu erhalten: In den Familien der "Agrarunternehmer" bleiben die erwachsenen Söhne als Wirtschaftsgemeinschaft zusammen, weil sie auf diese Weise von der Kombination der verschiedenen Erwerbszweige profitieren können. Ihre Zusammenarbeit innerhalb eines Haushaltes hat wie in einem Wirtschaftsunternehmen die Funktion, ihren gemeinsamen Gewinn zu maximieren. Sie wären dabei jeder für sich durchaus in der Lage, ihre Kleinfamilie auch aus der eigenen Erwerbstätigkeit als Viehbesitzer, Händler oder Obstbauer zu unterhalten.

Am unteren Ende der sozioökonomischen Skala dagegen ist die Situation in dieser Hinsicht anders: In den Großfamilien, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, könnten sich bei einer Aufspaltung eines großen gemeinsamen Haushaltes oft nicht alle der dann entstehenden Kleinfamilien-Haushalte finanziell über dem Existenzminimum halten. Einige von ihnen liefen Gefahr, in akute Not zu geraten. Am Beispiel eines Viehhalter-Haushaltes läßt sich dieser Sachverhalt folgendermaßen erläutern: Unter den heutigen ökonomischen Bedingungen in der Region braucht eine zehnköpfige Familie eine Herde von etwa 50 Schafen zur Absicherung ihres Lebensunterhaltes. Wird die Familie größer, ist entweder eine Aufstockung des Viehbestandes notwendig, oder es muß zusätzlich ein Einkommen außerhalb der Viehproduktion gesucht werden. Zur Versorgung der Tiere wird nur eine Arbeitskraft benötigt, so daß alle weiteren arbeitsfähigen Männer der Familie versuchen können, eine Lohnarbeit zu finden. Wenn jetzt aber die Herde bei einer Aufspaltung des Haushaltes zwischen

zwei oder mehr Söhnen geteilt wird, stünde jede einzelne Kleinfamilie vor dem Problem, daß sie nicht alleine von den ihr zustehenden Schafen leben könnte. Alle Männer müßten also eine Lohnarbeit übernehmen, denn eine volle Arbeitskraft wäre mit der Versorgung einer Kleinherde von 20 Schafen auch nicht mehr ausgelastet. Dadurch müßte aber das Hüten der Tiere entweder von den Frauen und Kindern übernommen werden, oder die Herde müßte von einem Lohnhirten beaufsichtigt werden. In jedem Fall würden entweder für Futtermittel oder für Hütelohn höhere Kosten entstehen als vorher, während sich gleichzeitig für die einzelne Kleinfamilie das ökonomische Risiko durch die direkte Abhängigkeit vom Arbeitslohn des Haushaltsvorstandes erheblich vergrößern würde. Das bedeutet, daß für die untere sozioökonomische Schicht der Stammesgesellschaft der Zusammenhalt in einem Großfamilien-Haushalt eine Strategie der gegenseitigen Risikominderung und der kollektiven Überlebessicherung darstellt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die oben genannten Phänomene als Indizien dafür zu werten sind, daß sich bei den Aulad 'Ali als Folge des rezenten sozialen Wandels eine "Überlebensökonomie" in dem Sinne herausgebildet hat, wie sie von ELWERT (1983) postuliert wird. Einige Argumente sprechen für diese Annahme:

- 1) Die heutigen Großfamilien-Haushalte sind aus traditionellen Produktionseinheiten hervorgegangen, in denen als Folge des Wandels der Produktionsweise eine Diversifizierung der Einkommensquellen notwendig wurde.
- 2) Der Haushalt hatte früher den Charakter einer Zwangsgemeinschaft, deren Mitglieder sich gegenseitig zum gemeinsamen Überleben in ihrer gesellschaftlichen Umwelt brauchten. Heute dagegen geht der Zwang zum Zusammenhalt primär von den Bedingungen der ökonomischen Umwelt aus. Das bedeutet, daß die Haushaltseinheit der Großfamilie zwar in struktureller Hinsicht erhalten blieb, aber unter veränderten äußeren Bedingungen einen funktionalen Wandel erlebte.
- 3) Zentrale Funktion des Großfamilien-Haushaltes ist die Reduzierung des ökonomischen Risikos für seine Mitglieder.
- 4) Wichtigste Überlebensstrategie des Großfamilien-Haushaltes ist die Diversifizierung der Einkommensquellen, primär die Kombination von landwirtschaftlicher Produktion und Lohnarbeit.

Trotz der nicht zu bezweifelnden Affinität der dargestellten Situation mit dem von ELWERT gegebenen Erklärungsansatz wird dessen Übertragbarkeit auf die Aulad 'Ali durch zwei Aspekte wieder eingeschränkt:

- 1) Eine Strategie zum "Überleben" kann bei den Aulad 'Ali unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht darin bestehen, daß sie versuchen, ihren Lebensunterhalt wieder stärker über die Subsistenzproduktion abzusichern und ihre Abhängigkeit von der Warenproduktion und damit der ökonomischen Entwicklung zu reduzieren. Aus ökologischen Gründen

bietet sich ihnen nicht die Alternative einer Ausweitung der Selbstversorgung. Sie sind im Gegenteil als Folge des Bevölkerungswachstums und der Degradation der natürlichen Produktionsgrundlagen immer stärker auf die Warenproduktion und auf die wirtschaftlichen Verflechtungen angewiesen.

- 2) Auch wenn das Durchschnittseinkommen in der Region Marsa Matruh im nationalen Vergleich niedrig ist, muß doch berücksichtigt werden, daß die Bevölkerung der Region massiv mit staatlicher Unterstützung und Entwicklungsförderung bedacht wird. Obwohl die Entwicklungsförderung, vor allem im Ausbau der Landwirtschaft, nicht alle Haushaltstypen mit gleicher Intensität erreicht, partizipieren alle Haushalte an den staatlichen Sozialleistungen.
- 3) Die dem traditionellen Stammessystem immanenten sozialen Bindungen und Solidaritätsverpflichtungen werden als Folge des rezenten Wandels zwar geschwächt, aber sie sind auf den unteren strukturellen Ebenen von 'aila und hait durchaus noch handlungswirksam. Nach dem Ehrenkodex der Aulad 'Ali wird von angesehenen und wohlhabenden Männern eine Unterstützung der armen und schwachen Mitglieder ihrer Verwandtschaftsgruppe erwartet. Durch solches soziales Verhalten können diese Männer einen höheren Ehrenstatus erwerben, und sie investieren tatsächlich einen Teil ihres Vermögens für diesen Zweck. Zur Bestätigung ihrer karama (Freigebigkeit) bewirten sie großzügig ihre Gäste, sie geben notleidenden Verwandten Geld oder decken bei anstehenden Blutgeldzahlungen die Fehlbeträge, die von armen Gruppenmitgliedern nicht aufgebracht werden konnten. Die traditionellen Bindungen innerhalb der Stammessegmente bewirken also auch heute noch eine patriarchalische Wechselbeziehung zwischen armen und reichen Mitgliedern. Im Unterschied zu früher garantiert heute aber der Patron seinen Klienten nicht mehr in erster Linie Schutz vor anderen Stammesgruppen, sondern er bietet ihnen eine ökonomische Absicherung. Damit verbunden ist jedoch unter Umständen auch eine ökonomische Abhängigkeit, wenn der Führer einer Stammesgruppe als "Agrarunternehmer" zugleich Arbeitgeber für seine weniger bemittelten Verwandten wird.

3. SOZIALE GEGENSÄTZE IN DER STAMMESGESELLSCHAFT

3.1. Sozioökonomische Differenzierung

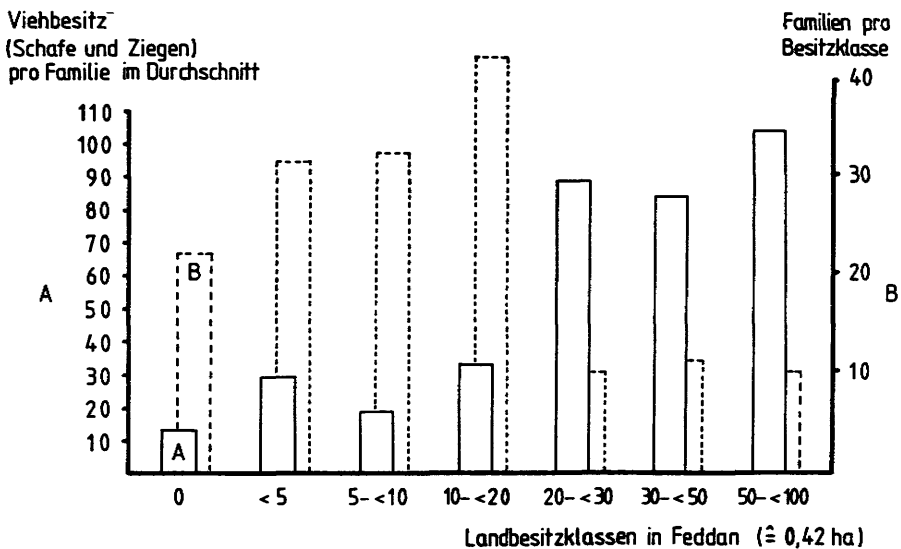
"There is a social equality among them which is without parallel in more highly-organized communities. Every poor bedouin has the right to share the meal of his wealthy tribesman. The life of the most respected chief and that of the youngest boy are valued at the same figure" (DUMREICHER 1931: 39).

Die Sozialstruktur der traditionellen Stammesgesellschaft war durch eine ineinander verschachtelte Aufspaltung in Verwandtschaftssegmente gekennzeichnet, aber auch durch eine Hierarchie von Status und Macht zwischen den Segmenten und vor allem zwischen den beiden Schichten der Sa'adi und der Murabitin. Einen Zustand "sozialer Gleichheit", wie DUMREICHER ihn darstellt, kann es deshalb genau genommen nicht gegeben haben, auch wenn eine solche romantisierende Beschreibung durchaus ihre Berechtigung hatte. Sie muß jedoch eher so verstanden werden, daß sich die Aulad 'Ali damals nur wenig durch äußere Merkmale des Wohlstandes und des Lebensstandards voneinander unterschieden. Die Notablen lebten in der gleichen Weise wie die einfachen Stammesmitglieder. Alle Beduinen in der Küstenwüste waren damals Nomaden, wohnten in Zelten und ernährten sich von der Viehproduktion. Trotz der deutlichen Statusunterschiede, vor allem zwischen Sa'adi und Murabitin, war die traditionale Stammesgesellschaft deshalb in wirtschaftlicher Hinsicht relativ homogen. Der Abstand zwischen reich und arm blieb innerhalb der Stammessegmente gering. Selbst die mächtigen Sa'adi-Klans hatten zwar mehr Rechte und mehr Vieh als die von ihnen abhängigen Murabitin, aber es lassen sich heute keine Indizien mehr dafür finden, daß sich die segmentäre Gliederung der Stammesgesellschaft auch in einer deutlichen materiell-ökonomischen Schichtung niedergeschlagen hätte.

Die noch vor drei bis vier Jahrzehnten durch eine relative ökonomische Gleichheit gekennzeichnete Situation hat sich als Folge des rezenten Wandels grundlegend verändert. Die oben dargestellten Beispiele einzelner Haushaltstypen zeigen, daß inzwischen eine ökonomische Differenzierung die bereits vorher bestehende soziale Gliederung der Stammesgesellschaft überlagert. Ein Beispiel für diesen allgemeinen Trend ist die in Abbildung D-11 dargestellte Besitzverteilung unter den Mitgliedern der Genossenschaft von al-Qasr. Die 158 Familien wurden nach ihrem Landbesitz in sieben Klassen unterteilt. Zwei Sachverhalte sind in dem Diagramm durch die beiden hintereinander stehenden Säulen für jede Klasse wiedergegeben: Die durchgezogene Säule (A) gibt an, wieviel Vieh die Familien, die zu einer Landbesitzklasse gehören, durchschnittlich besitzen. Die gestrichelte Linie (B) zeigt die Zahl der Familien pro Besitzklasse. Zwei Ergebnisse sind aus der Abbildung abzulesen: Erstens besteht eine deutliche Korrelation zwischen der Größe von Land- und Viehbesitz. Beduinen, die viel Land besitzen, haben in der Regel auch große Viehherden. Zweitens lassen sich anhand des Diagramms drei Besitzgruppen unterscheiden:

- 1) Etwa ein Fünftel der Agrarproduzenten in al-Qasr gehört zur Gruppe der vergleichsweise "wohlhabenden" Herdenbesitzer. Sie verfügen über genügend Vieh, um den Lebensunterhalt ihrer Familien allein in diesem Sektor zu sichern. Außerdem haben sie so viel Land, daß sie damit zusätzlich eine Verbesserung ihrer Einkommens- oder Subsistenzlage erzielen können.
- 2) Die mittlere Gruppe von 42 Familien verfügt über 10 - 20 Feddan Land und durchschnittlich 30 Tiere. Eine ausreichende ökonomische Absicherung des Haushaltes ist hier nur durch die Kombination der beiden Produktionssektoren zu gewährleisten.

3) Über die Hälfte aller Genossenschaftsmitglieder hat weniger als 10 Feddan Ackerland, also weniger als vier Hektar. Dazu gehören auch die 22 Familien in der niedrigsten Besitzklasse, die überhaupt nicht über eigenes Land verfügen. Unter den Bedingungen des Trockenfeldbaus in der Region können vier Hektar Land nur einen ergänzenden Beitrag zum Lebensunterhalt einer Familie leisten. Die Menschen, die zu den im Diagramm ausgewiesenen unteren drei Landbesitzklassen gehören, müssen sich also primär auf andere Grundlagen stützen. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Leute entsprechend der traditionellen Wirtschaftsweise von ihrem Vieh leben. Die Abbildung zeigt jedoch, daß in den drei unteren Landbesitzklassen auch der Viehbesitz im Durchschnitt unter 30 Tieren pro Familie liegt. Wenn man davon ausgeht, daß zur Absicherung des Lebensunterhaltes einer Familie ungefähr 50 Tiere erforderlich sind, ist daraus zu folgern, daß die Hälfte der Genossenschaftsmitglieder von al-Qasr nicht mehr von der landwirtschaftlichen Produktion allein existieren kann. Diese Familien sind deshalb gezwungen, auf andere Weise Geld zu verdienen. Sie erwirtschaften einen entscheidenden Teil ihres Haushaltseinkommens durch Lohnarbeit. Dazu gibt es für sie im Prinzip nur zwei Möglichkeiten: Die meisten arbeiten in der nahegelegenen Stadt Marsa Matruh. Einige von ihnen finden aber auch Beschäftigung als Hirten und Landarbeiter bei den Besitzern größerer Betriebe an ihrem Wohnort.



Kasr: Verteilung von Vieh- und Landbesitz (158 Familien, 1970)

Abb. D-11: Verteilung von Vieh- und Landbesitz in al-Qasr (1970, 158 Familien; Quelle: FAO/UNDP 1970)

Im Diagramm sind die Besitzverhältnisse in al-Qasr aus dem Jahre 1970 wiedergegeben. Sie zeigen die Situation in einer früheren Phase der sozioökonomischen Differenzierung. Ein Vergleich mit der aktuellen Situation wird zwar dadurch erschwert, daß bis heute die Genos-

senschaft von al-Qasr auf 452 Mitglieder angewachsen ist. Feststellen läßt sich aber trotzdem, daß sich an der Verteilung qualitativ nichts verändert hat. Eine quantitative Veränderung geht aus der Viehbestandsliste der Genossenschaft hervor. Sie zeigt, daß in der Zwischenzeit insgesamt eine starke Zunahme der Stückzahlen zu verzeichnen war. Der durchschnittliche Besitz pro Mitglied beträgt heute 44 Tiere. Diese Zunahme konzentrierte sich auf die obere und die mittlere Besitzgruppe. In der Landbesitzverteilung hat es in al-Qasr nach 1970 keine größeren Verschiebungen mehr gegeben.

Zu bemerken ist noch, daß heute die größte Herde, die sich im Besitz einer Großfamilie befindet, etwa 600 Schafe umfaßt, also wesentlich mehr als zu der Zeit, aus der das Diagramm stammt. Die Eigentümer der großen Schafherde hatten bereits 1970 das größte Stück Land in al-Qasr, das sie heute intensiv für bewässerten Obst- und Gemüsebau nutzen. Es ist die Familie des Genossenschaftsvorsitzenden.

Aber nicht allein die unterschiedliche Besitzgröße ist Ausdruck divergierender Einkommensentwicklungen. Eine Vielzahl von Faktoren führt dazu, daß sich die Einheitlichkeit der Lebens- und Wirtschaftsweise der Beduinen auflöst. Mehrere Aspekte der Differenzierung sind deshalb zu unterscheiden:

- Einkommensdisparitäten
- Einkommensquellen
- Bildungsgrad
- soziale Orientierung und Bindung an traditionale Strukturen

Die Tendenz zur Vergrößerung von Einkommensdisparitäten wurde bereits in der Diskussion der Haushaltstypen angedeutet. Das Pro-Kopf-Einkommen der Lohnarbeiter- oder Pächter-Haushalte liegt nur wenig oberhalb des Existenzminimums. Diese Leute sind deshalb oft nur mit Mühe und Not in der Lage, ihr Auskommen in der Wüste zu finden. Sie sind ständig auf der Suche nach anderen und besseren Verdienstmöglichkeiten. Solche Chancen zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation bieten sich ihnen jedoch nur selten, weil es in der Region zu wenige Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft gibt. Die Männer aus dieser Bevölkerungsgruppe sind deshalb gezwungen, innerhalb des Verbandes der Großfamilie ein unzureichendes Einkommen aus der Landwirtschaft mit einem zusätzlichen Verdienst durch Lohnarbeit zu ergänzen. Nur durch die Kombination mehrerer Einkommensquellen können sie den Unterhalt sichern. Ihnen gegenüber stehen am anderen Ende der sozioökonomischen Skala die Haushalte der "Agrarunternehmer". Auch diese Leute sind nach europäischen Maßstäben, und selbst verglichen mit der städtischen Oberschicht in Kairo und Alexandria, nicht gerade "reich" zu nennen, aber sie heben sich durch ihren Besitz doch deutlich von ihren Stammesbrüdern ab. Als "Unternehmer" können sie deshalb bezeichnet werden, weil sie ihre Betriebe nicht mehr nur mit den Arbeitskräften ihrer Familie bewirtschaften. Sie beschäftigen zu diesem Zweck Lohnarbeiter.

Zwischen den beiden Haushaltstypen-Gruppen der Lohnarbeiter und der "Agrarunternehmer" besteht eine Wechselbeziehung, die als Indiz für eine kapitalistische Transformation der Stammesgesellschaft gewertet werden kann. Noch vor vierzig Jahren war das Lohnhirtentum in der Region eine Ausnahmeerscheinung (EVANS-PRITCHARD 1949: 38). Heute ist es ein Charakteristikum der wirtschaftlichen Organisation der Viehproduktion. Der Wandel der Produktionsweise, hier gekennzeichnet durch Marktorientierung, Monetarisierung und Lohnarbeit, führte zu einer sozioökonomischen Schichtung der Gesellschaft. Dabei werden teilweise die sozialen Unterschiede der traditionellen Sozialstruktur in ökonomische Unterschiede transformiert: Die Lohnhirten rekrutieren sich heute in erster Linie aus den Murabittin-Stämmen, während die großen Herdenbesitzer überwiegend zu den Sa'adi gehören.

Die sozioökonomische Differenzierung ist nicht allein auf die Auswirkungen des wirtschaftlichen Umfeldes, das heißt vor allem auf die steigenden Viehpreise zurückzuführen. Es ist vielmehr nicht zu übersehen, daß auch die vom Staat geförderte Entwicklung in der Region zu einer Vergrößerung von Besitzunterschieden beitrug, indem sie die in Küstennähe lebenden seßhaften Beduinen - überwiegend aus den Sa'adi-Klans - begünstigte und die Nomaden im Landesinneren von einer gleichartigen Partizipation ausschloß. Der Schwerpunkt des Entwicklungsprogrammes liegt in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Zielbevölkerung der staatlichen Förderungsmaßnahmen besteht deshalb aus denjenigen Bewohnern des Governorates, die über kultivierbares Land verfügen. Diejenigen Klans, die jenseits der agronomischen Trockengrenze im Übergangsbereich zwischen Küstennähe und Wüste leben, sind in dieser Hinsicht eindeutig benachteiligt. Sie profitierten in den letzten Jahren zwar von dem Boom der Viehproduktion, sind aber auch direkter als die Viehhalter-Bauern im Küstenbereich von der rapiden Degradation der Weiden bedroht, weil sie in dem ihnen verbleibenden Aktionsraum keine Alternativen zur mobilen Viehproduktion haben.

Es ist schwer, exakte Zahlen für eine Erfassung der unteren Einkommengrenze zu finden. Wenn man sich die Unterschiedlichkeit der Haushalte hinsichtlich Größe und Alterszusammensetzung vor Augen hält, scheint es deshalb auch sinnvoller zu sein, eine solche Grenze nur zur ungefähren Orientierung bei einer Einschätzung der ökonomischen Situation jeweils eines bestimmten Haushaltes zu benutzen. Als minimale Herdengröße zum Unterhalt einer acht- bis zehnköpfigen Kleinfamilie nennen die Beduinen selbst etwa 50 Tiere. Ein geringerer Tierbestand oder eine höhere Mitgliederzahl der Familie machen deshalb ein zusätzliches Einkommen unentbehrlich.

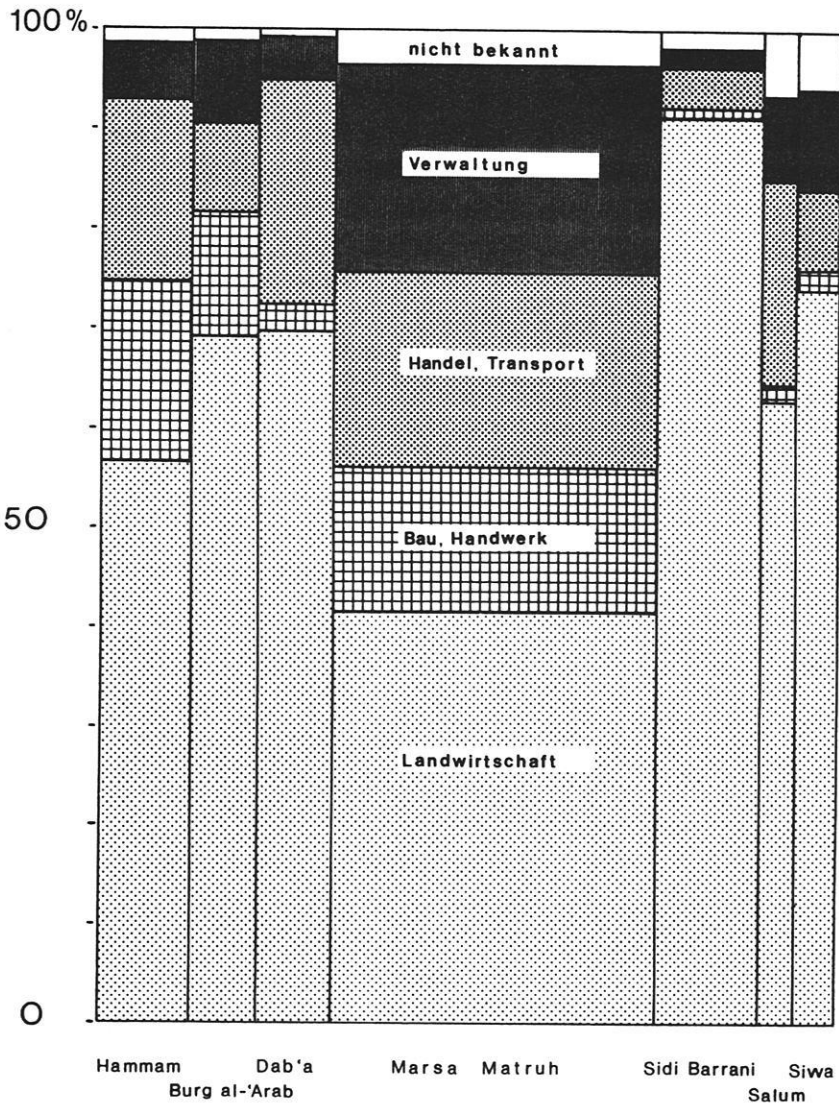
Die Möglichkeiten zur Diversifizierung der Einkommensquellen sind für alle Bewohner des Governorates begrenzt. Außerhalb der Landwirtschaft steht nur eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung. Die Statistik der Beschäftigungssituation im Governorat im Jahre 1976 (Abb. D-12), die sich in den nachfolgenden zehn Jahren nicht wesentlich verändert hat, verdeutlicht die überragende Bedeutung des Agrarsektors. Die in Küstennähe lebenden Beduinen, die Zugang zu kultivierbarem Land haben, bemühen sich deshalb in erster Linie um eine Diversifizierung innerhalb des Agrarsektors. Zusätzlich zur Viehproduk-

tion versuchen sie sich eine zweite ökonomische Basis im Bereich des Pflanzen- und speziell des Obstbaus zuzulegen. Trotz der großen Anstrengungen auf diesem Gebiet ist aber nicht zu übersehen, daß sie fast alle weiterhin in erster Linie von der Viehproduktion abhängen, und daß der Pflanzenbau auch bei erheblich verbesserten Produktionsbedingungen nur eine ergänzende Funktion ausüben kann.

Für die mobilen Viehhalter in der Wüste ist eine Strategie zur Absicherung des Haushaltseinkommens auf diesem Wege jedoch nicht zu verwirklichen, weil ihr Lebensraum keine andere Nutzung als die extensive Beweidung zuläßt. Viele von ihnen haben deshalb in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten versucht, in der günstiger ausgestatteten Küstenzone ein Stück Land im Territorium einer verwandten 'aila zu kultivieren, mit staatlicher Unterstützung ein Haus zu bauen und sich dort niederzulassen. Dieses nicht zuletzt auch ökonomisch begründete "Nachrücken" der Wüstenbewohner in die von der Entwicklungshilfe geförderten Gebiete an der Küste ist heute aber kaum noch möglich, weil in der Verdichtungszone kein freies Land mehr zu haben ist. Das bedeutet, daß diejenigen Beduinen, die bisher nicht ihr Nomadenleben in der Wüste aufgeben wollten und konnten, inzwischen vom freien Zugang in die Küstenzone abgeschnitten sind. Die traditionale Lebens- und Wirtschaftsweise hält sich bei ihnen nicht allein deshalb am längsten, weil sie draußen in der Wüste weniger direkt und intensiv von externen Impulsen erfaßt wurden. Mangels alternativer Nutzungsmöglichkeiten und Einkommensquellen gehen sie heute nicht unbedingt freiwillig der mobilen Weidewirtschaft nach. In der Zone jenseits der agronomischen Trockengrenze sind sie von den Segnungen der gegenwärtigen Entwicklung weitgehend abgeschnitten. Von dem damit einhergehenden sozialen Wandel und den ökonomischen Auswirkungen des staatlichen Eingreifens in der Region werden sie jedoch ebenfalls erreicht. Sie sind sogar noch stärker als ihre Ackerbau treibenden Nachbarn auf die Nahrungsmittelversorgung über den Markt angewiesen. Das bedeutet, daß sie Geld brauchen, um ihren Unterhalt zu finanzieren. Diejenigen, die sich nicht allein von ihrem Viehbesitz ernähren können, müssen deshalb zusätzlich einer Lohnarbeit nachgehen. Ein Verbleib in ihrer traditionellen Lebensweise ist ihnen in diesem Fall nur möglich, wenn sie sich als Lohnhirten betätigen. Sonst bleibt ihnen nur die temporäre Arbeitsmigration. Beschäftigung finden sie bevorzugt bei Ölfirmen, die die Erkundung und Ausbeutung der Ölvorkommen in der Wüste zwischen Mittelmeer und Qattara-Senke betreiben. Die Stellen als Fahrer, Wüstenführer oder Arbeiter sind zwar gut bezahlt, aber zahlenmäßig sehr begrenzt. Häufiger müssen sich die arbeitssuchenden Beduinen deshalb in der anderen Richtung orientieren: In den Steinbrüchen und auf den Baustellen im Küstenstreifen verdienen einige hundert ihr Geld als Arbeiter und tragen damit zum Haushaltseinkommen ihrer Großfamilien bei. Erleichtert wird den unteren Einkommensgruppen die Ernährungssicherung dadurch, daß sie sich aus den staatlichen "Genossenschaftsläden" (*jam'īya al-istihlakiya*) mit subventionierten Grundnahrungsmitteln versorgen können. Die teilweise über das World Food Programme gelieferten Nahrungsmittelrationen und die staatlichen Subventionen ermöglichen es den ärmeren Bevölkerungsgruppen, weiter in ihrem traditionellen Lebensraum am Rande der Wüste zu verbleiben.

Abb. D-12: Beschäftigungsstruktur im Governorat
Marsa Matruh 1976 nach Bezirken
(zusammengestellt nach CAPMAS 1976)

(gesamt 32086 Beschäftigte)



Die ungleichmäßige räumliche und soziale Verteilung von Bildung und Ausbildung in der Bevölkerung des Governorates wird von einer weiteren Statistik der 1976 durchgeführten Volkszählung verdeutlicht (s. Abb. D-13). Hier zeigt sich die Wirksamkeit der staatlichen Schulpolitik. Die Analphabetenrate liegt in den jüngeren Jahrgängen erheblich niedriger als bei den vor dem Ausbau des Schulwesens aufgewachsenen Einwohnern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten drei Jahrzehnten immer mehr Kinder zur Schule geschickt wurden. Eklatant ist dabei nach wie vor die Diskrepanz des Bildungsstandes bei Männern und Frauen. Auch heute noch wird nur ein kleiner Teil der Mädchen von den Eltern zur Schule geschickt, und auch dann nehmen sie in der Regel nur zwei oder drei Jahre am Unterricht teil, bis sie gerade lesen und schreiben können. Frauen mit einer fachlichen Ausbildung oder gar einem Hochschulabschluß sind unter den Aulad 'Ali absolute Ausnahmen. Die erste Beduinenfrau, die einen Abschluß als Agraringenieurin erreichte, wurde sofort als Abgeordnete ins Parlament in Kairo geschickt. Verfälscht wird der Eindruck, den die Statistik über den Bildungsstand des weiblichen Bevölkerungsanteils vermittelt, durch den Umstand, daß hier nicht zwischen Beduinen und der aus dem Niltal zugewanderten Stadtbevölkerung von Marsa Matruh unterschieden wird. Wenn man sich die Verhältnisse außerhalb der Stadt anschaut, muß man feststellen, daß dort nahezu 100% der Frauen, die älter als etwa 20 Jahre sind, niemals zur Schule gegangen sind.

Die Unterschiedlichkeit des Bildungsstandes zeigt nicht nur den einen Gegensatz zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den Generationen. Die Gruppe der jungen Männer hat die beste schulische und fachliche Bildung, während nur sehr wenige der alten Frauen überhaupt in der Lage sind, ihren Namen zu schreiben. Die Ursachen dieser Differenzierung sind einleuchtend: Vor Beginn der staatlichen Entwicklungsaktivitäten in der Region existierten im gesamten Governorat nur acht Schulen. Erst seit den fünfziger Jahren gibt es eine größere Zahl von Grundschulen, die auch den in der Nachbarschaft lebenden Mädchen zugänglich sind. Die weiterführenden Fach- und Sekundarschulen in Marsa Matruh werden jedoch nach wie vor fast ausschließlich von Jungen besucht. Hinter der alters- und geschlechtsspezifischen Differenzierung des Bildungsstandes verbirgt sich ein Umstand, der für die zukünftig zu erwartende Entwicklung erhebliche Auswirkungen haben kann. Bildung geht für die Stammesmitglieder nämlich einher mit kultureller Beeinflussung. Der Lehrstoff der Beduinen Schulen beschränkt sich nicht nur auf Schreiben und Rechnen. Die Aufgabe der Schulen ist es darüber hinaus, die kleinen Beduinen zu Ägyptern zu erziehen. Die Lehrer, die fast alle aus dem Niltal hierher verpflichtet wurden, widmen sich besonders dieser Aufgabe aus tiefster Überzeugung. In ihren Augen ist die "Stammesmentalität" der Beduinen ein Hauptgrund für ihre Rückständigkeit. Sie schwärmen von den Vorzügen des Niltals und der großen Städte, in denen sie studiert haben. Die meisten von ihnen fühlen sich unter der Stammesbevölkerung nicht besonders wohl, und sie machen auch keinen Hehl daraus, daß sie ihren vorübergehenden Einsatz bei den Beduinen als Verbannung aus der Zivilisation empfinden. Diese Einstellung äußern sie auch, wie ich wiederholt bei Schulbesuchen im Untersuchungsgebiet erlebte, vor ihren Schülern. Die Lehrer der Grundschule im Wadi

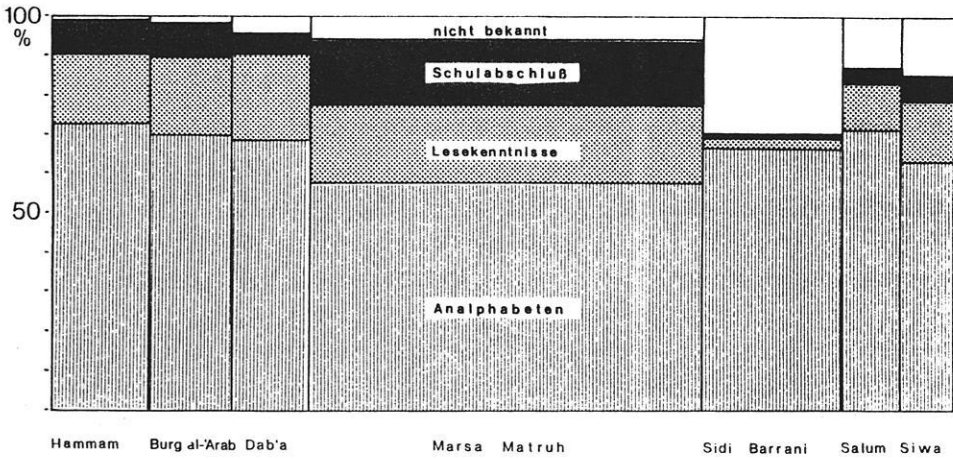
Abb. D 13: Bildungsstand der Bevölkerung im Governorat Marsa Matruh 1976

(Einwohner älter als 9 J. = 76 416)

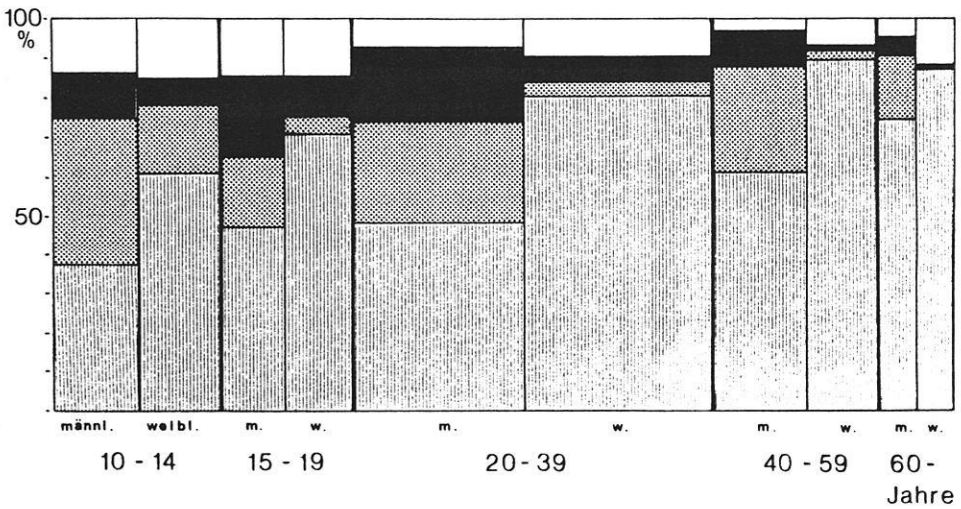
Quelle: CAPMAS 1976

Fläche entspricht 1000 Einwohnern

nach Bezirken



nach Altersklassen und Geschlecht



Ruwashid weigerten sich sogar, draußen in der Wüste in dem für sie vorgesehenen Haus zu wohnen. Seitdem legen die Eltern der Kinder monatlich jeweils zwei bis drei Pfund zusammen, um einen Wagen zu bezahlen, der die Lehrer morgens aus der Stadt Marsa Matruh abholt und sie mittags wieder zurückbringt.

Als Instrumente der kulturellen Beeinflussung stehen die Schulen nicht alleine. Auf die Bedeutung des obligatorischen Militärdienstes für die jungen Männer wurde bereits hingewiesen: Indem sie mit Kameraden aus ganz Ägypten zusammengebracht werden, festigt sich bei ihnen das Fundament einer "ägyptischen Identität". Ein weiteres wichtiges Instrument schließlich bilden die Medien, vor allem Radio und Fernsehen: In der Stadt Marsa Matruh drängen sich in den großen Cafés bei der Übertragung von Fußball-Länderspielen die Beduinen zusammen mit Soldaten und Angestellten aus dem Niltal vor den Fernsehgeräten. Auch sonst finden ägyptische und amerikanische Fernsehserien bei den Stadtbewohnern viel Interesse. In den Streusiedlungen der Küstenregion haben jedoch die meisten Häuser keine Stromversorgung, so daß der Unterhaltungs- und Informationsbedarf auf das Radio angewiesen ist. Über saut al-qahira, die "Stimme Kairos", werden auch die Hirten weit draußen in der Wüste mit Meldungen und Meinungen aus der Hauptstadt versorgt. Anders als im Fernsehen, in dem nur das Programm aus Kairo empfangen werden kann, lassen sich aber auf der Mittelwellenfrequenz auch die Sender benachbarter Länder einstellen: Vor allem Libyen und Syrien sind als wirkliche "arabische" Informationsquellen gefragt. Bei einem Gastgeber konnte ich aber auch erleben, daß einmal "aus Versehen" die Nachrichten aus Israel eingeschaltet wurden, was ihm das Gespött seiner Besucher eintrug. Viele meiner Gesprächspartner bei den Aulad 'Ali zeigten sich dank der Radio-Nachrichten erstaunlich gut über weltpolitische Ereignisse und speziell über die Situation in der arabischen Welt informiert. Die konzentrierte Einwirkung des Kulturkontaktes auf bestimmte Gruppen in der Bevölkerung, vor allem auf die jüngeren Männer, führt dazu, daß sich hier neue Verhaltensweisen und Perspektiven schneller und intensiver durchsetzen als in anderen Gruppen. In diesem Personenkreis wächst die Bereitschaft, den Zusammenhalt des Klans zu verlassen und in die Stadt abzuwandern.

3.2. Urbanisierung und Peripherisierung: Die Stadtbeduinen von Marsa Matruh

Zwei Fragen sind zu diskutieren, wenn die Rolle der Stadt Marsa Matruh für die Entwicklung der Region bestimmt werden soll:

- Welche Funktionen hat die Stadt für die Region?
- Besteht ein Zusammenhang zwischen der Peripherisierung und der "Urbanisierung" eines Teils der Beduinenbevölkerung?

Das Wachstum der Stadt beruht unter anderem auf ihren zentralen Funktionen, über die Impulse für die Regionalentwicklung gegeben werden, aber die auch als Attraktion für die ländliche Beduinenbevölkerung wirken ("Pull"- Faktoren). Gleichzeitig aber stellt sich die Frage, ob es nicht umgekehrt auch eine Zuwanderung in die Stadt gibt, die auf eine Peripherisierung der ländlichen Beduinenbevölkerung zurückzuführen ist ("Push"-Faktoren). Im folgenden Abschnitt soll zunächst dargestellt werden, welche Funktionen die Stadt für ihr Umland hat. Daran anschließend ist zu zeigen, wie sich der beduinische Anteil der Stadtbevölkerung zusammensetzt. Zum Schluß wird auf die Beziehungen zwischen Beduinen und Niltal-Ägyptern einzugehen sein.

Marsa Matruh wurde um die Jahrhundertwende als Stützpunkt der ägyptischen Verwaltung im Stammesgebiet der Aulad 'Ali gegründet. Diese Funktion hat die Stadt bis heute beibehalten. Entstehung und Wachstum der Stadt stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Region, denn von hier aus wurden die staatlichen Eingriffe in das Stammesystem der Beduinen gesteuert. Der zentralistische Aufbau des administrativen Systems in Ägypten gibt Marsa Matruh als Hauptort des gleichnamigen Governorates auf regionaler Ebene eine Bedeutung, die der überragenden Stellung Kairo auf nationaler Ebene vergleichbar ist: Alle wichtigen Entscheidungen über regionale und lokale Entwicklungsvorhaben werden in der Zentrale getroffen. Die Behörden der Governoratsverwaltung in Marsa Matruh können in dieser Hinsicht als Filialen ihrer jeweiligen Fachministerien in Kairo betrachtet werden. Die sieben Verwaltungsdistrikte des Governorates sind daneben nicht viel mehr als Zählseinheiten für die Statistik. Um Entscheidungen zu beeinflussen oder herbeizuführen müssen die Vertreter der Beduinen an einer möglichst hohen Stelle "in Kontakt" mit Entscheidungsträgern treten. Für die Interessenvertreter und die "neuen Funktionäre" der Aulad 'Ali bedeutet diese Situation, daß die Stadt zur räumlichen Basis für ihr Wirken wird: Hier sind die Ämter, bei denen sie antichambrieren, hier ist der Sitz des majlis mahalli, in dem sie zumindest formell eine Mitbestimmung der Stammesbevölkerung praktizieren können, hier werden die aus Kairo kommenden Entwicklungsgelder verteilt, hier wird "Politik gemacht". Die Partizipation der Bevölkerung ist an diesen Ort gebunden, weil von hier aus die staatlichen Entwicklungsaktivitäten gesteuert werden, und weil eine Mitbestimmung nur durch direkten Kontakt möglich ist.

Die Konzentration des politischen Prozesses auf die Stadt hat aber darüber hinaus noch einen weiteren Grund: An diesem Ort kommen Mitglieder aller Stämme zusammen. Anders als früher, als sich die Fraktionen der Stammesgesellschaft auf ihren saisonalen Wanderungen in den Weidegebieten begegneten, sind heute die seßhaften Bewohner des Küstenstreifens auf einen festen Treffpunkt angewiesen, an dem sie sich regelmäßig begegnen. Die Stammesfunktionäre und die offiziellen Kontaktleute (umda, shaikh) üben ihre Aufgaben überwiegend in der Stadt aus. Die meisten Vertreter dieser Führungsschicht der Stammesbevölkerung sind deshalb ständig in Marsa Matruh beschäftigt, und viele von ihnen haben hier inzwischen einen festen Wohnsitz. Allein schon aus diesem Grunde hat die Stadt eine überragende Stellung als Zentrum des Governorates. Es gibt in ihrem Einzugsgebiet keine eigenständigen re-

gionalen Einheiten oder partikularistische Interessengruppen, die ein Gegengewicht zu der politischen Zentrale darstellen könnten. Die räumliche Verteilung der Stammessegmente verhindert eine Herausbildung starker regionaler Interessengruppen.

Zusätzlich zu ihrer Funktion als politisch-administrativer Hauptort bildet die Stadt Marsa Matruh auch das wichtigste ökonomische Zentrum des Governorates. Ihr Markt verbindet die Viehproduzenten der Region mit der Wirtschaft des gesamten Landes. Der Viehmarkt in Marsa Matruh ist der größte der Region. Hier werden täglich zwischen 100 und 400 Schafe und Ziegen verkauft. Der Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage, unterliegt deshalb saisonalen Schwankungen. Die Beduinen suchen den Viehmarkt darum nicht nur unmittelbar zum Kaufen und Verkaufen auf, sondern auch, um sich über die aktuellen Preisentwicklungen zu unterrichten. Der aus dem Viehverkauf erwirtschaftete Erlös wird zu einem großen Teil sofort wieder in Waren umgesetzt. Alles, was die Beduinen zum Leben brauchen, das sie aber nicht selbst herstellen können, wird ebenfalls auf dem Markt gekauft. An der Küstenstraße liegen etwa alle zehn bis zwanzig Kilometer Genossenschaftsläden, die für die Versorgung der Bevölkerung mit subventionierten Nahrungsmitteln eingerichtet wurden. Die Läden können jedoch wegen unzureichender Ausstattung ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Auffällig ist, daß es neben den staatlichen Verteilungsstellen nur sehr wenige private Läden gibt, deren bescheidenes Warenangebot zudem nicht zur Abdeckung des lokalen Bedarfes ausreichen würde. Die Erklärung für diese Situation ist darin zu sehen, daß die Beduinen auch noch aus Entfernungen von mehr als 50 Kilometern zur Deckung ihres regelmäßigen Bedarfes nach Marsa Matruh orientiert sind. Die Stadt ist das Einkaufszentrum für das gesamte Gebiet bis hin an die libysche Grenze im Westen. Die Subzentren Sidi Barrani und Sallum haben nur lokale Bedeutung. Nach Osten ist der Einzugsbereich der Stadt weniger deutlich abzugrenzen, da der an das Nildelta grenzende Teil des Governorates mit den Subzentren Burj al-'Arab und al-Hammam engere ökonomische Beziehungen nach Alexandria unterhält.

Der große Einzugsbereich des Marktes von Marsa Matruh ist auf eine Kombination von Faktoren zurückzuführen. An erster Stelle ist hier das disperse Siedlungsmuster der Beduinenbevölkerung zu nennen: Es gibt keine anderen Agglomerationen in der Region, die wenigstens auf lokaler Ebene mit der Stadt konkurrieren könnten. Dazu kommt die doppelte Bedeutung als Viehmarkt und Versorgungszentrum. Das durch den Verkauf von Schafen oder Ziegen eingenommene Geld wird oft gleich anschließend wieder im *souq* für Einkäufe ausgegeben. Die politischen und ökonomischen Funktionen der Stadt werden schließlich noch durch die Rolle ergänzt, die sie im sozialen Leben der Aulad 'Ali spielt. Jeden Tag kommen hunderte von Männern hierher, um zuerst früh am Morgen den Viehmarkt zu besuchen, eventuell ein oder zwei Tiere zu verkaufen und dann die Einkäufe für ihre Familien zu erledigen. Neben diesen "offiziellen" Aufgaben, derentwegen sie einen weiten Anmarschweg in Kauf nehmen, verfolgen sie mit ihrem Stadtbesuch aber auch eine weitere Absicht: Auf dem Markt und in den Einkaufsstraßen treffen sie Freunde und Stammesverwandte, die weit weg von ihrem eigenen Territorium leben. Seit der Sesshaftwerdung gibt es für die über die gesamte Region verteilten Mitglieder eines Stammes keine andere Möglichkeit mehr, sich

regelmäßig zu sehen. Der Besuch in Marsa Matruh dient also auch dem Zweck, weiter am sozialen Leben der Stammesbevölkerung teilzunehmen. Er ist insofern ein Ersatz für einen essentiellen Bestandteil der nomadischen Lebensweise, als er den persönlichen Kontakt unter entfernten Verwandten aufrechterhält. Alle Beduinen verfolgen mit größtem Interesse, was außerhalb ihres unmittelbaren Territoriums passiert. Solche Kontakte und Informationen können für sie sehr wichtig werden, wenn beispielsweise in Trockenjahren die Herden in Gebiete mit besseren Weidemöglichkeiten getrieben werden sollen.

Die Bedeutung der Stadt als soziales Zentrum der Stammesgesellschaft und als Begegnungsort ihrer Mitglieder läßt sich durch eine Beobachtung illustrieren, die man täglich im *suaq* anstellen kann: Die Straßen sind voll von Männern, die in wechselnden Gruppen zusammenstehen, in den Läden Tee miteinander trinken oder auf dem Bürgersteig sitzen und von dort aus ihre vorbeigehenden Bekannten grüßen. Die Beduinen aus der Umgebung, die, wie sie selbst sagen, zum Einkaufen hierher kommen, verbringen den größten Teil des Tages mit Gesprächen, Begegnungen und "socializing".

Eine Reihe von staatlichen Einrichtungen in der Stadt versorgen die regionale Bevölkerung mit sozialen Diensten. Dazu gehört ein Krankenhaus mit einer Unfallstation, eine landwirtschaftliche Kreditbank und mehrere Sekundar- und Berufsschulen. Die Schulen sind, wie bereits gezeigt wurde, wichtige Instrumente zur Steuerung des sozialen Wandels. Die Schüler aus weiter entfernten Herkunftsorten müssen permanent in der Stadt wohnen. Nur während der Ferien können sie zu ihren Familien nach Hause fahren. Viele von ihnen kehren nach Abschluß ihrer Ausbildung nicht dorthin zurück, weil sie dann nur als Viehhirten Beschäftigung finden könnten. Stattdessen bemühen sie sich um eine Arbeitsstelle in der Stadt. Im Baugewerbe, das in den letzten Jahren günstige Bedingungen bot, im Kleinhandel und bei der Verwaltung fanden einige hundert junge Beduinen eine Verdienstmöglichkeit, obwohl das Angebot an Arbeitsplätzen bei weitem nicht für alle ausreicht. Die verdeckte Arbeitslosigkeit resultiert bisher weniger in einer Abwanderung aus dem Governorat, weil überschüssige Arbeitskräfte bisher weitgehend im landwirtschaftlichen Bereich absorbiert wurden.

Eine Analyse der Zuwanderung nach Marsa Matruh bedürfte statistischer Unterlagen, die jedoch von offizieller Seite nur in begrenztem Umfang vorliegen. Die vorhandenen Statistiken sind darüber hinaus oft nicht miteinander vergleichbar, weil bei den Zählungen unterschiedliche Gebietseinheiten verwendet wurden. Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit sind ebenfalls angebracht. Die folgenden Aussagen stützen sich auf drei Informationsquellen:

- eine Studie der American University in Cairo (BUJRA 1967),
- Statistic of Egypt (CAPMAS 1978),
- eigene Untersuchungen zwischen 1983 und 1986.

Während sich die Bevölkerung des Governorates zwischen 1927 und 1981 den offiziellen statistischen Angaben zufolge etwa vervierfachte (vgl. Abb. D-14), stieg der Anteil der Stadtbewohner von nahe Null auf 45,8%. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß hier die Ein-

wohner der Kleinstädte wie Burj al-'Arab und al-Hammam mitgezählt wurden, ist doch festzustellen, daß der Anstieg der gesamten Stadtbevölkerung zu nahezu zwei Dritteln auf das Wachstum der Governoratshauptstadt selbst zurückfällt.

Hinsichtlich ihrer Herkunft sind drei soziale Gruppen unter der Einwohnerschaft von Marsa Matruh zu unterscheiden:

- in der Stadt geborene Beduinen,
- zugewanderte Beduinen,
- zugewanderte Niltal-Ägypter und deren Nachkommen.

Die von BUJRA (1967) durchgeführte statistische Untersuchung über Zuwanderung und Sozialstruktur kam zu drei überraschenden Ergebnissen:

- Im Jahre 1967 lebten hier 1 113 Beduinenfamilien und 1 319 aus dem Niltal zugewanderte Familien. Die Beduinen waren also, selbst wenn man bei ihnen eine größere Kinderzahl annimmt, nicht in der Mehrheit.
- Eine Befragung der beduinischen Haushaltsvorstände ergab, daß 813 (73,05%) von ihnen bereits in der Stadt geboren waren, und daß weitere 70 (6,29%) aus der näheren Umgebung stammten. Das bedeutet, daß im Jahre 1967 nur ein Viertel der Familienoberhäupter der "Stadtbeduinen" zugewandert war. Der Anteil der Migranten unter der gesamten beduinischen Bevölkerung in Marsa Matruh muß zu diesem Zeitpunkt sogar noch erheblich geringer gewesen sein, weil anzunehmen ist, daß ein großer Teil der Kinder bereits in diesem Milieu geboren wurde.



Abb. D-14: Bevölkerungswachstum im Governorat Marsa Matruh
 (Quelle: CAPMAS 1978; - Die Sprünge im Zuwachs sind auf Veränderungen der Grenzziehung zurückzuführen.)

- Die jährlichen Zuwanderungsraten von Beduinen zeigte bis 1966 keine signifikanten Spitzen: Bis dahin gab es einen kontinuierlichen, aber in absoluten Zahlen wenig bedeutsamen Zustrom von Beduinen in die Stadt. Er lag wesentlich niedriger als bei den Niltal-Ägyptern, die vor allem in den sechziger Jahren als Angestellte der Verwaltung hierher kamen.

BUJRA gibt zwei Erklärungen für diese Phänomene (1967: 31-32): An erster Stelle nennt er den "Traditionalismus" der Beduinen:

"...the strong desire of bedouins to continue their traditional way of life outside the town"

und stellt ihm auf der anderen Seite die mangelnde Attraktivität der Stadt gegenüber. Die Blüte der Viehwirtschaft und die Förderung traditionaler Einkommensquellen durch die staatliche Entwicklungspolitik seit der Mitte der fünfziger Jahre sorgten dafür, daß die Beduinenbevölkerung zumindest bis 1967 auf dem Lande gehalten wurde. Außerdem muß das Migrationsverhalten der Beduinen während dieses Zeitraumes im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Niltal-Ägyptern gesehen werden. In der Stadt wurden beim Aufbau der Verwaltung qualifizierte Arbeitskräfte benötigt, die unter den Beduinen damals kaum zu finden waren. Der Unterschied des Bildungsstandes zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung im Governorat war auch im Jahre 1976 noch sehr deutlich, wie aus Abb. D-13 hervorgeht. Der enorme Abstand zwischen Stadt und Land hat sich im Governorat zwar bis heute verringert, aber er ist immer noch groß. Zum Teil ist er darauf zurückzuführen, daß die in der Stadt Marsa Matruh lebenden Niltal-Ägypter bis heute die Fachkräfte für Spitzenpositionen stellen.

Wie veränderten sich die Migrationsmuster in den letzten 20 Jahren? Auch wenn kein hinreichendes statistisches Material vorliegt, um diese Frage auf quantitativer Grundlage zu beantworten, lassen sich aufgrund qualitativer Untersuchungen und Beobachtungen einige signifikante Veränderungen feststellen. Die Einwohnerschaft von Marsa Matruh, die im Jahre 1966 noch knapp 12 000 Personen (vgl. BUJRA 1967) betrug, vervierfachte sich bis heute auf schätzungsweise 50 000. Die Beduinen sind hier inzwischen mit etwa 70 bis 80% eindeutig in der Überzahl. Der Grund für das rapide Wachstum der Stadt ist in einem erheblichen Anstieg der Zuwanderungsraten von Landbewohnern seit Ende der sechziger Jahre zu suchen. Ganz offensichtlich verschob sich zu dieser Zeit die noch von BUJRA wenige Jahre zuvor konstatierte Stabilität der Lebens- und Wirtschaftsweise der Beduinen. Eine Reihe von Erklärungen lassen sich dafür finden, daß es zu einer einschneidenden Veränderung regionaler Migrationsmuster und zu einer steigenden Zuwanderung in die Stadt kam. Die aufgeführten Prozentzahlen sind Schätzungen, die in Ermangelung anderen Zahlenmaterials eine Vorstellung von der sozialen Situation der Stadtbevölkerung geben sollen. Eine im Sommer 1984 angefangene

Befragungsaktion in zwei Stadtteilen von Marsa Matruh mußte ich nach Ermahnung durch den Lokalchef des Staatssicherheitsamtes abbrechen.

- Die Ausbreitung des Lohnhirtentums ermöglichte den Besitzern mittlerer und vor allem größerer Herden eine Verlagerung ihres Hauptwohnsitzes in die Stadt. Die absentistischen Viehbesitzer gehören deshalb überwiegend zum oben beschriebenen Haushaltstypus der "Agrarunternehmer". Ihr Anteil unter den Zuwanderern beträgt nicht mehr als 10%. Eine genaue Abgrenzung dieser Gruppe ist schwierig, weil viele der städtischen Beduinenfamilien noch ein paar Ziegen bei Verwandten auf der Weide haben. Zu den absentistischen Viehbesitzern gehören auch die meisten der in der Stadt lebenden Stammesfunktionäre.
- Die Verbesserung der Schulbildung ist ein weiterer Faktor. Ein Teil der Zuwanderer, ebenfalls in der Größenordnung von 10%, sind jüngere Beduinen, die eine schulische oder berufliche Ausbildung genossen haben. Sie arbeiten in der Stadt, weil sie in ihren Herkunftsgebieten keine adäquate Beschäftigung finden.
- Etwa 30% der Stadtbewohner, die sich hier in den letzten zwei Jahrzehnten angesiedelt haben, gehören zu Klans, die innerhalb des Stadtgebietes oder in der näheren Umgebung in einem Umkreis von etwa 10 Kilometern Land besitzen. Diese Leute lebten bereits in Stadtnähe, ehe sie übersiedelten. Schätzungsweise ein Drittel von ihnen betreibt weiterhin etwas Trockenfeldbau und unterhält eine Viehherde am Herkunftsort der Familie oder sogar direkt vom Haus am Rande des Stadtgebietes aus.
- Der weitaus größte Teil, nämlich etwa die Hälfte aller Zuwanderer, unterhält weniger enge Verbindungen zum Herkunftsgebiet. Diese Leute wurden in erster Linie deshalb in die Stadt verschlagen, weil in ihrem Herkunftsgebiet die wirtschaftlichen Grundlagen nicht mehr zur Absicherung des Lebensunterhaltes ausreichten. Sie gehören überwiegend zum Haushaltstyp der Lohnarbeiter.

Die ersten drei der aufgeführten Gruppen kamen in erster Linie deshalb in die Stadt, weil sie hier besser zu leben hofften. Die Mitglieder der zuletzt genannten Gruppe von Zuwanderern kamen dagegen nicht unbedingt freiwillig. Sie gehören zur beduinischen Überschußbevölkerung, die durch den wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen zur Abwanderung gezwungen wird. Die Überstockung und Degradation der Weide trafen die kleinen Viehhalter ohne Landbesitz, wie oben dargestellt wurde, am härtesten. Bei einem Bevölkerungswachstum von über drei Prozent pro Jahr in den letzten Jahrzehnten mußte deshalb zwangsläufig der rurale Exodus bei dieser unteren sozioökonomischen Schicht einsetzen.

Als ein zentraler Bestimmungsfaktor läßt sich bei der ersten und der letzten Gruppe von Zuwanderern die kapitalistische Transformation der Viehproduktion ausmachen. Für die einen führten die damit einhergehenden Veränderungen eindeutig zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, während die anderen auch in der Stadt mit Schwierigkeiten zu

kämpfen haben. Die vermögenden Viehbesitzer waren in der Lage, sich Land von den Klans zu kaufen, in deren Territorien die Stadt hineinwuchs. Auch das Geld, das viele Beduinen bis Mitte der siebziger Jahre durch den Schwarzhandel mit illegal aus Libyen importierten Waren verdienten, wurde in Grundbesitz und Häuser investiert. Ihr relativer Wohlstand äußert sich in Größe und Ausstattung ihrer Häuser. Im Gegensatz dazu leben die auf der Suche nach Arbeit in die Stadt übergesiedelten ärmeren Familien in einer sowohl ökonomisch als auch rechtlich unsicheren Situation. Die meisten dieser Unterschicht-Familien gehören, wie schon BUJRA (1967) feststellte, zu den Murabitin. Das Land, auf dem sie sich niederließen, gehörte nicht ihrem Klan, und sie waren auch nicht in der Lage, durch Kauf einen Besitztitel zu erwerben. Sie berufen sich zwar auf das Recht des *wad' al-yid*, also auf die Möglichkeit, sich unbebautes Land durch In-Kultur-Nahme anzueignen. Die Klans, zu deren Territorium dieses Land gehörte, sind aber mit dieser Landnahme nicht einverstanden, so daß viele der ärmeren Zuwanderer bis heute die Befürchtung haben, sie könnten wieder vertrieben werden. Erschwert wird ihre soziale Situation dadurch, daß sie in den "besetzten" Stadtvierteln nicht im gewohnten Verband von Verwandten zusammenleben und sich auch kaum auf eine Unterstützung durch einflußreiche Stammesvertreter stützen können. Die Bedeutung traditionaler Bindungen innerhalb von Verwandtschaftsverbänden tritt bei ihnen mehr und mehr hinter die Entstehung von Nachbarschaften zurück. Dieser Prozeß ist gleichbedeutend mit einer Ausgliederung der unteren Bevölkerungsschicht aus dem traditionellen Stammesystem. Die Peripherisierung eines Teils der Stammesbevölkerung ist insofern zugleich Ursache als auch Begleiterscheinung der Urbanisierung.

3.3. Die Stadt als "Schmelztiegel"?

Die gegenseitigen Vorurteile und Abneigungen zwischen Beduinen und Niltal-Bevölkerung in Ägypten sind tief verwurzelt (siehe Kapitel B-2). Die aus den beiden Gruppen zusammengesetzte Einwohnerschaft von Marsa Matruh ist davon keine Ausnahme. Die Unterschiede zwischen den beiden Teilen der städtischen Gesellschaft werden zwar geringer, aber sie bestimmen weiterhin die wechselseitigen Beziehungen: Die "Ägypter" (*masriyin*), wie sie von den Einheimischen genannt werden, halten die Beduinen für ungebildet und rückständig. Die Beduinen ihrerseits mißtrauen den Fremden aus dem Niltal, weil sie nicht die gleichen Prinzipien eines ehrenhaften Verhaltens befolgen.

Diese gegenseitigen Ressentiments werden von unterschiedlichen Interessen auf beiden Seiten untermauert, beispielsweise in der Konkurrenz um Arbeitsplätze. Der Tourismus hat für die lokale Beduinenbevölkerung nur einen beschränkten Beschäftigungseffekt, weil die Saisonkräfte in den Hotels überwiegend aus Alexandria und Kairo kommen. Im Baugewerbe werden die Beduinen zunehmend von billigeren Gastarbeitern aus dem Sudan verdrängt.

Andererseits heuern die Einheimischen für das anstrengende Ausschachten von Zisternen häufig Lohnarbeiter aus Oberägypten an, die den Auftrag im Akkord erledigen.

Die kulturellen und bildungsmäßigen Unterschiede zwischen Beduinen und Niltal-Ägyptern führten nicht nur zu einer Konkurrenz zwischen ihnen, sondern auch zu einer bemerkenswerten ökonomischen und sozialen Segregation der beiden Gruppen. Diese Abgrenzung prägt auch das Siedlungsmuster der Stadt Marsa Matruh.

Die Beduinenviertel mit unregelmäßigem Straßengrundriß ziehen sich wie ein breiter Gürtel um die "ägyptische" Innenstadt mit ihren einheitlichen Wohnblöcken und geraden Straßen. Selbst im zentralen Marktbereich der Stadt, der in Abbildung D-15 erfaßt ist, wird schon durch bloßen Augenschein deutlich, daß Beduinen und Niltal-Ägypter hier verschiedener Wege gehen. Die räumliche Trennung der beiden Gruppen der Stadtbewohner erweist sich als ein grundlegendes Prinzip der Verteilung von Läden im suq von Marsa Matruh. Das rechteckige Straßennetz des Marktentrums geht auf die planmäßige Gründung zu Anfang des Jahrhunderts zurück. Die Ladenfläche beträgt meist nicht mehr als vier mal fünf Meter. Der charakteristische Ladentyp läßt sich als "Nomadenbedarf" bezeichnen. Die Angebotspalette umfaßt sämtliche einfachen Konsumgüter und Haushaltsartikel, die die Familien draußen in der Wüste brauchen: Wasserkanister aus buntem Plastik, Seile, Messer, Aluminiumtöpfe usw. Mehr als 30 dieser Läden, alle mit nahezu identischem Angebot, finden sich im kartierten Ausschnitt des Marktentrums. Auffällig ist, daß alle dieser eindeutig auf beduinische Kundschaft ausgerichteten Läden in einem Sektor des Marktentrums konzentriert sind, in dem die Beduinen das Straßenbild prägen. Bei Beobachtung des Publikumsverkehrs und Befragung der Geschäftsinhaber lassen sich zwei Feststellungen machen:

- Fast alle Läden haben einen Kundenkreis, der jeweils zu einer der zwei Herkunftsgruppen in der Bevölkerung gehört. Inhaber und Kundschaft gehören zur gleichen Gruppe.
- Nach Warenangebot, Kundschaft und Ladeninhabern lassen sich im Marktzentrum von Marsa Matruh zwei Zonen (Zonen 2 und 3 in Abb. D-15) deutlich voneinander abgrenzen: eine für Niltal-Ägypter entlang der beiden Hauptstraßen und eine für Beduinen im Innenbereich des suq.

Die Größe des Geschäftszentrums von Marsa Matruh ist auf die Versorgungsfunktion der Stadt für ihr Umland zurückzuführen. Diese zentralörtliche Funktion zielt jedoch nur auf die beduinische Bevölkerung, da die Niltal-Ägypter alle in der Stadt leben. Der Beduinensektor im kartierten Marktzentrum ist dementsprechend erheblich größer, weil die Landbewohner bevorzugt bei ihren Stammesbrüdern einkaufen. Die Einkaufsstraßen der Ägypter sind primär auf städtische Kundschaft ausgerichtet.

Die räumliche Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen wird auch durch die Anordnung von Einrichtungen verstärkt, die zur Unterbringung von Kurzzeit-Besuchern dienen: Die Touristenhotels liegen am Strand, und die großen Kasernen befinden sich am Stadtrand. Der

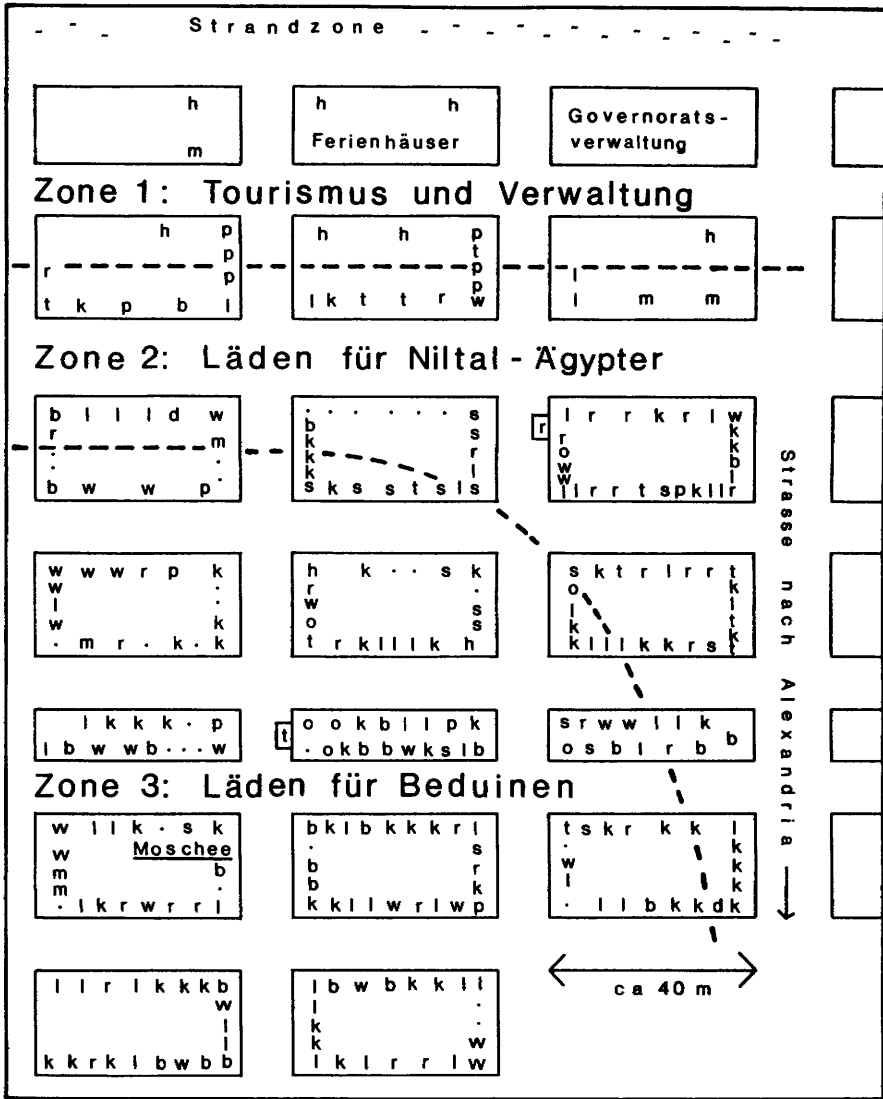


Abb. D-15: Marktviertel von Marsa Matruh

- Legende:**
- | | | |
|--------------|-------------------------------|--------------------------|
| h Hotel | l Lebensmittelladen | m Magazin, Lager |
| r Restaurant | b Bekleidung, Stoffe | p Privatwohnung |
| t Teestube | d Drogerie, Apotheke | o "office", Büro |
| w Werkstatt | s Schlachter | · geschlossen, ungenutzt |
| | k Konsumgüter, Haushaltswaren | |

Abb. D-15: Marktviertel von Marsa Matruh

Kontakt zwischen Fremden und Einheimischen wird auf diese Weise von beiden Seiten so weit wie möglich reduziert. Trotzdem läßt sich auch durch räumliche und soziale Segregation nicht immer vermeiden, daß es zu Konfrontationen zwischen Mitgliedern beider Gruppen kommt, die das Konfliktpotential innerhalb der regionalen Gesellschaft erhöhen.

3.4. Risse im Sozialgefüge: Konfliktpotential

Die vorausgehenden Abschnitte zeigten, wie sich die Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali als Folge der gegenwärtigen Entwicklung und der Veränderung ihres ökonomischen Umfeldes wandelt. Der von außen kommende Veränderungsdruck erzeugt innerhalb der Gesellschaft Spannungslinien. Unter der Anspannung des sozialen Wandels kann die Geschlossenheit der traditionellen Gemeinschaften entlang dieser Linien auseinanderreißen. Veränderungen in der Solidargemeinschaft des Stammes oder des Klans zeigen sich vor allem dann, wenn die Solidarität auf die Probe gestellt wird: im Konfliktfall. Bei Streitigkeiten zeigt es sich, wo individuelle Interessen über Solidarverpflichtungen und Loyalität gestellt werden. Die Auflösungserscheinungen des traditionellen Zusammenhalts sind dementsprechend mit einem veränderten Konfliktverhalten verbunden.

Erinnert sei an die in Kapitel B-4.1. formulierte These, in der traditionellen Stammesgesellschaft seien Konflikte notwendig, um den Zusammenhalt von Solidargemeinschaften zu bestätigen und zu stärken. Das wurde früher besonders deutlich in Situationen, in denen es um Blutrache oder die Bezahlung von Blutgeld ging. Das dabei befolgte Prinzip der kollektiven Verantwortung wird jedoch heute durch die Individualisierung von Bodenbesitz und die sozio-ökonomische Differenzierung innerhalb der Verwandtschaftsgruppen ausgehöhlt. Immer häufiger laufen die Grenzen zwischen zwei Konfliktparteien nicht gemäß der segmentären Gliederung, sondern mitten durch die ursprünglichen Solidargemeinschaften.

Diese Feststellung sei zunächst anhand eines harmlosen Falles als Beispiel erläutert, den ich als mittelbar Beteiligter verfolgen konnte (und mußte):

Für ein ökologisches Forschungsprojekt wurde im Frühjahr 1982 eine fünf Hektar große Versuchsfläche im Oberlauf des Wadi Ruashid gepachtet. Da die Fläche im folgenden Jahr eingezäunt und für Beweidung und Trockenfeldbau gesperrt werden sollte, erhielt der bisherige Nutzer, ein Mann namens Faragallah, eine monatliche Pacht in Höhe von 60 L.E., damals etwa 150 DM. Für dieses Geld verpflichtete er sich, von seinem Haus am Rande der Versuchsfläche aus das Gelände zu bewachen und das Eindringen fremden Weideviehs zu verhindern.

Unmittelbar nachdem die Vereinbarung getroffen worden war erschien der für dieses Stammesterritorium zuständige shaikh al-hukuma bei Faragallah und sprach ihm das

Recht ab, auf eigene Rechnung Stammesland zu verpachten. Daraufhin entspann sich ein heftiger Streit zwischen dem shaikh, der sich auf das Stammesrecht und die Interessen der anderen Anlieger berufen konnte, und Faragallah, der nicht auf diesen schönen Nebenverdienst verzichten wollte. Die Nachbarn und Verwandten waren in dem Streit zunächst hin- und hergerissen zwischen ihren familiären Bindungen zu Faragallah, ihren eigenen Interessen an dem Weideland und den vom shaikh vorgebrachten rechtlichen Argumenten. Vollends kompliziert wurde die Angelegenheit, als herauskam, daß das von Faragallah bestellte Trockenfeld innerhalb der Versuchsfläche ursprünglich durch die Familie des shaikh beackert worden war, ehe diese in ein festes Haus weiter unten im Wadi Ruashid gezogen war. Da das Land nun überraschend zu Wert gekommen war, erhob der shaikh wieder Ansprüche darauf und drohte Faragallah, er werde ihm die Nutzungsbefugnis entziehen. Tatsächlich gelang es dem shaikh auf diese Weise, die Nachbarn und Verwandten zu überzeugen und Faragallah damit zu isolieren. Nach meinem später gewonnenen Eindruck war es nicht schwer, die Nachbarn zu überzeugen, weil Faragallah wegen seiner Geschäftemacherei nicht eben beliebt war. Die Lösung, die die beiden Streitparteien schließlich fanden, bestand darin, daß Faragallah die Hälfte seiner monatlichen Pachteinnahme an den shaikh abgab.

Das Beispiel zeigt, daß individuelle Interessen sich vor allem dort immer mehr in den Vordergrund schieben, wo es um Geld geht. Das gilt inzwischen auch für das stammesrechtliche Verfahren der Konfliktlösung durch die gemeinschaftliche Zahlung von Blutgeld. In solchen Situationen, in denen die Zugehörigkeit zu einer 'aila mit finanziellen Opfern verbunden ist, kommt es heute häufiger vor, daß sich einzelne Mitglieder von ihrer Gruppe lossagen. Damit verbunden ist wohl auch ein Generationenkonflikt, denn viele Stammesführer klagen über die nachlassende Gruppendisziplin bei den jüngeren Männern. Deren Zusammenhalt wird weiter dadurch geschwächt, daß die gemeinsame äußere Bedrohung dank staatlicher Aufsicht nicht mehr so todernst zu nehmen ist wie früher. Fehlende Einigkeit einer 'aila und mangelnde Loyalität gegenüber den Führern führte früher regelmäßig zu einer Aufspaltung in zwei Fraktionen (MOHSEN 1971: 68-72). Heute ist die Folge dagegen eher, daß sich einzelne Mitglieder völlig aus der Stammesgesellschaft absondern. Unter dem Schutz staatlicher Institutionen und als Empfänger eines regelmäßigen Lohnes sind sie auf die Rückversicherung ihres Klans nicht mehr in gleicher Weise angewiesen wie die mobilen Viehproduzenten.

Die vom Staat geförderte Entwicklung schafft neue **Konfliktgegenstände**. Die meisten ernsthaften Streitigkeiten entzünden sich heute an Auseinandersetzungen um Landbesitz und seine Begrenzungen. Durch die Individualisierung des Besitzes gibt es häufiger als früher Anlaß zu solchen Konflikten. Auf der anderen Seite werden aber die traditionellen Wege der Konfliktlösung durch die Konkurrenz des staatlichen Gesetzes geschwächt. Sie haben nicht mehr absolute Verbindlichkeit für alle Stammesmitglieder. Daraus resultiert für viele Beduinen ein Zustand von Rechtsunsicherheit ausgerechnet in einer Zeit, in der sie häufiger persönlich in Konflikte hineingeraten können. Auseinandersetzungen um Landbesitz werden

deshalb von der Stammesbevölkerung meist unter Hinzuziehung staatlicher Autorität geregelt, wie das folgende Beispiel zeigt:

Idris Zayed Nuh, einer meiner Schlüsselinformanten, hatte eine verschüttete römische Zisterne ausgeräumt und wieder nutzbar gemacht. Diese Zisterne lag im Grenzgebiet zwischen den Territorien der 'ailla Nuh und den Sanaqra. Eine genaue Markierung der Grenze gab es in diesem Bereich nicht, weil bisher beide Seiten kein Interesse an einer eindeutigen Festlegung hatten. Als die Zisterne im Winter 1984 zum ersten Mal voll Wasser war, machten sich dort jedoch eines Tages Hirten des Nachbarklans zu schaffen, um ihre Herde zu tränken. Ich selbst war an diesem Tag zufällig gerade bei Idris zu Besuch, als eines seiner Kinder gelaufen kam, um den Vorfall zu melden. Aufgebracht vor Wut griff sich Idris seine Schrotflinte und rannte hinüber zu der Zisterne, um die Wasserdiebe auf frischer Tat zu ertappen. Aus sicherer Entfernung schoß er zweimal in ihrer Richtung, zum Glück ohne jemanden zu treffen. Die beiden jungen Männer an der Wasserstelle suchten auch sofort das Weite, kamen aber nach kurzer Zeit mit sechs oder sieben Mann Verstärkung zurück. Von beiden Seiten wurde mehrmals hin- und hergeschossen, ehe Idris als Unterlegener den Rückzug antreten mußte.

Er suchte als erstes den für ihn zuständigen 'aqila auf, der ihn ermahnte, nicht weiter auf eigene Faust zu handeln. Beide wandten sich zur Unterstützung an den bereits erwähnten Hajj Hayub, der als 'aqila der benachbarten Qinashat um Vermittlung gebeten wurde. Bereits nach einer Woche kamen die Beteiligten im Hause von Hajj Hayub zusammen, um über den Fall zu verhandeln. Sie gelangten zu der Feststellung, daß die Zisterne tatsächlich genau auf der Grenze der beiden Territorien läge, daß aber Idris, weil er die Anlage wieder benutzbar gemacht hatte, einen vorrangigen Anspruch auf das Wasser hätte. Ihm wurde jedoch auferlegt, als Abstand an die Gegenseite einen Betrag von 120 L.E. zu zahlen.

Um weitere Streitigkeiten um die Zisterne zukünftig zu verhindern, begab sich nach dieser einvernehmlichen Lösung die ganze Versammlung nach Marsa Matruh, um im Büro des Direktors der Landerschließungsorganisation einen schriftlichen Vertrag aufsetzen zu lassen, in dem die Vereinbarung festgehalten wurde. Das Original des mit den Fingerabdrücken der Beteiligten signierten Vertrages erhielt Idris.

Der geschilderte Ablauf des Streites um die Zisterne läßt sich in drei Phasen gliedern. Auslöser für den offenen Konflikt war der ganz offensichtlich als Provokation inszenierte Wasserdiebstahl der beiden Hirten. Durch diese Aktion wurde Idris gezwungen, sich offiziell um eine Klärung der Besitzverhältnisse und des Grenzverlaufs an der Zisterne zu kümmern. Die Schießerei gehörte für beide Seiten dazu, die eigenen Ansprüche zu unterstreichen, war aber zu keinem Zeitpunkt ernstgemeint. Die zweite Phase richtete sich nach dem stammesrechtlich vorgeschriebenen Weg zur Konfliktlösung. Sie konnte nur deshalb so schnell zum Erfolg füh-

ren, weil beiden Parteien klar war, daß Idris die Zisterne mit Genehmigung und finanzieller Unterstützung der staatlichen Organisation für Landerschließung ausgeschachtet hatte und deshalb auch von den staatlichen Stellen als rechtmäßiger Besitzer anerkannt werden würde. Die staatliche Organisation hatte ihm jedoch diese Unterstützung in Unkenntnis der unsicheren Grenzsituation gewährt, und Idris hatte sie darüber natürlich auch nicht aufgeklärt. Deshalb mußte er auch selbst ein Interesse daran haben, mit seinen Nachbarn zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung zu kommen. Das Besondere an dem Verfahren ist die dritte Phase, denn trotz der Einigung wurde zur Absicherung des Ergebnisses ein Vertrag aufgesetzt, der durch das Dienstsiegel der Organisation für Landerschließung einen offiziellen Charakter erhielt.

Drei Auswirkungen des sozialen Wandels auf das veränderte Konfliktverhalten der Aulad 'Ali lassen sich festhalten:

1. Konflikte wirken im sozialen Kontext nicht mehr verbindend, sondern trennend.
2. Neue Konfliktgegenstände als Folge der Individualisierung von Besitztiteln (Land) bestärken das Moment des Trennenden und damit die Auflösung von Solidaritätsbindungen in den Stammessegmenten.
3. Die autochthonen Verfahren der Konfliktlösung werden geschwächt, während die staatliche Kontrolle (Polizei und Gerichte) an Einfluß gewinnt.

Das bedeutet, daß der soziale Wandel einerseits zu einer verminderten Fähigkeit zur eigenständigen Lösung von Konflikten führt und andererseits das Konfliktpotential vergrößert. Die Folgen dieses Wandels sind bisher erst in Ansätzen zu erkennen. Sie werden nach meiner Einschätzung nicht zu einer Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen führen, weil sich die staatliche Autorität bereits ausreichend etabliert hat, um eine solche Eskalation zu verhindern. Die Zeichen der Zeit deuten vielmehr in einer anderen Richtung: Die interne Differenzierung führt über Aufspaltungen und eine vorübergehende Zunahme begrenzter Streitigkeiten schließlich zum Zerfall der Stammesgesellschaft.

E. WANDEL UND ENTWICKLUNG ALS GEGENSÄTZE?

1. BEWERTUNG: VERBESSERUNGEN DURCH DIE ENTWICKLUNG

Hat die vom ägyptischen Staat geförderte Regionalentwicklung den Aulad 'Ali genützt?

Diese Frage sollte zunächst aus Sicht und aus dem Munde der Betroffenen selbst beantwortet werden: Die vorherrschende Meinung über die einzelnen Maßnahmen der Regionalentwicklung und insbesondere über das Programm der Organisation für Wüstenerschließung ist bei fast allen Beduinen positiv, auch wenn Wirken und Vorgehensweise des Staates unterschiedlich bewertet werden. Mit ihrer Zustimmung tun sich, wie nicht anders zu erwarten, besonders diejenigen hervor, die selbst bereits persönlich von dem Programm profitieren konnten.

Stellvertretend für sie mag hier die Ansicht des Yadim Ibrahim angeführt werden. Bei meinen Besuchen versicherte er mir immer wieder, mit Allahs Hilfe und der großzügigen Unterstützung durch Direktor Allam gehe es ihm heute in vieler Hinsicht besser als früher: Innerhalb von sechs Jahren verhalf ihm das staatliche Entwicklungsprogramm zu einem Haus (1979), drei Zisternen (1982 - 1984) und einem Damm im Wadi Jarawla (1984). Als der Damm fertiggestellt war, stattete er dem Direktor einen Besuch in der Organisation für Wüstenerschließung ab, um sich bei ihm persönlich zu bedanken. Ein solcher Schritt ist auch für die selbstbewußten Aulad 'Ali keine Selbstverständlichkeit, und erst recht nicht für einen einfachen Beduinen wie Yadim. Seine positive Einstellung zu dem staatlichen Entwicklungsprogramm findet auch darin Ausdruck, daß er den anonymen Kontakt zur staatlichen Administration auf eine persönliche und damit faßbare Ebene bringen konnte. Yadim Ibrahim bezeichnet ohne Zögern die jüngsten Veränderungen seiner Lebens- und Wirtschaftsbedingungen als Verbesserungen.

Das wichtigste Indiz für die zustimmende Haltung der Bevölkerung gegenüber staatlichen Entwicklungsmaßnahmen in der Region ist ihr Partizipationsverhalten. Eine aktive Teilnahme der Beduinen ist vor allem in folgenden Bereichen zu verzeichnen:

- Die neu geschaffenen Möglichkeiten für eine schulische oder berufliche Ausbildung erfreuen sich unter den Aulad 'Ali einer steigenden Wertschätzung. In manchen Familien läßt sich sogar eine ausgesprochene "Schulgläubigkeit" verzeichnen: Sie verbinden mit einer besseren Ausbildung für einen oder mehrere ihrer Söhne die Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg. Der Schulbesuch und die Qualität der Ausbildung tragen zum Prestige der Familie bei. Etwa 70% der Jungen und 40% der Mädchen werden zur Schule geschickt (vgl. Abb. D-13), auch wenn die Mädchen meist nur für zwei bis vier Jahre die Grundschule besuchen dürfen. Unter den einflußreichen Stammesmitglie-

dern, die tonangebend für die Volksmeinung sind, hat sich zudem die Einsicht durchgesetzt, daß eine bessere Ausbildung auch politisch wichtig ist. Sie sehen darin die Voraussetzung für eine selbstbewußtere und aktivere Teilnahme der Beduinen an der Entwicklung der Region. Wenn es nach ihnen ginge, würde die Alphabetisierung der jungen Generation schneller als bisher fortschreiten. Behindert wird die Entwicklung im Bildungsbereich deshalb nicht durch mangelnde Partizipationsbereitschaft, sondern durch die unzureichende Zahl von Schulen und Lehrern.

- Pflanzenbau wird als ökonomisch sinnvolle Ergänzung zur Viehproduktion betrachtet. Es bestehen große Erwartungen an die Verbesserung der Einkommenssituation durch die Kultivierung von Feigen. Eine Ablehnung oder gar Verachtung der Bodenbearbeitung ist, wenn sie überhaupt jemals so ausgeprägt bei den Aulad 'Ali bestanden hat, nicht mehr zu beobachten. Der Besitz von Baumkulturen ist im Gegenteil bereits genauso wie der Besitz eines großen Hauses ein Statussymbol. Er signalisiert die erfolgreiche Teilnahme an den "modernen" Entwicklungen.
- Der "Technologietransfer" bereitete den Aulad 'Ali zumindest subjektiv keine Schwierigkeiten. Kleinlaster und Traktoren sind für sie inzwischen allgemein akzeptierte und von vielen gewünschte Produktionsmittel.
- Zustimmung finden die staatlichen Maßnahmen bei allen Beduinen, wenn sie direkt zur Verbesserung des Lebensstandards beitragen. Seßhaftwerdung und der Bau von Häusern werden in diesem Sinne von allen begrüßt, die selbst bereits eine feste Unterkunft im Küstenstreifen besitzen. Auch viele der noch in Zelten lebenden Stammesmitglieder würden sich gerne zusätzlich ein Haus zulegen, wenn sie dafür staatliche Unterstützung erhielten. Ähnlich verhält es sich mit den Maßnahmen zur Förderung des Pflanzenbaus. Dazu gehören an erster Stelle die Programme der Organisation für Wüstenerschließung. Sie werden von der Gesamtheit der Stammesbevölkerung positiv aufgenommen, obwohl viele Beduinen nicht mit dem Umfang ihres persönlichen Anteils zufrieden sind. In den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der schulischen und beruflichen Bildung, der Trinkwasserbeschaffung und der Sozialhilfe in Form von subventionierten Lebensmitteln werden notwendige staatliche Leistungen gesehen, die noch gesteigert werden müßten.

Auf Ablehnung stoßen eine Reihe von Begleiterscheinungen und Folgewirkungen der staatlichen Entwicklungspolitik in der Region:

- Die Fremdbestimmung durch die Niltal-Ägypter wird vor allem von den Führungspersonen der Beduinen und den besser ausgebildeten jungen Leuten kritisiert. Sie wollen selbst die Positionen und Arbeitsplätze einnehmen, auf denen die Fremden sitzen.
- Über Benachteiligung bei der Verteilung von staatlicher Unterstützung beklagen sich viele der ärmeren Beduinen und insbesondere die Angehörigen der reinen Viehhaltergruppen.

- Auflösungserscheinungen der traditionellen Ordnung stoßen dort auf Ablehnung, wo sie sich für die Betroffenen nachteilig auswirken. Viele Mitglieder von Sa'adi-Klans sehen mit Mißfallen den schwindenden Statusunterschied zwischen ihnen und den Murabitin. Häufig sind Klagen über das angeblich anmaßende und nicht mehr statusgerechte Verhalten dieser untergeordneten Schicht zu hören.
- Die Überlagerung staatlicher und tribaler Autorität, beispielsweise in der Konkurrenz von Gesetz (*qanun*) und Gewohnheitsrecht (*'urf*), wird allgemein als ein Verlust an Ordnung und Stabilität empfunden.
- Die staatlichen Unterstützungen, beispielsweise durch subventionierte Futtermittel oder kostenloses Trinkwasser, werden von der Mehrheit der Beduinen als Leistungen betrachtet, zu denen der Staat ihnen gegenüber verpflichtet sei. Diese regelmäßigen Leistungen bleiben jedoch häufig weit hinter den Erwartungen der Empfänger zurück, so daß sie eher Unzufriedenheit als Einverständnis mit den staatlichen Wohlfahrtsprogrammen schaffen.

Insgesamt aber, das sei hier noch einmal hervorgehoben, stehen die Aulad 'Ali dem staatlichen Programm zur Entwicklung ihrer Region zustimmend gegenüber. Es besteht überall dort eine starke Bereitschaft zur Teilnahme an dem Programm, wo klare individuelle Vorteile erwartet werden können. Die subjektive Wertung der bisherigen Ergebnisse der Regionalentwicklung durch die Bevölkerung ist deshalb in der Tendenz eindeutig positiv. Diese subjektive Position der Betroffenen selbst ist ein wesentlicher Gesichtspunkt für meine eigene **Bewertung**, bei der ich mich zusätzlich jedoch noch auf weitere Kriterien stütze: Um zu einer Beurteilung der Regionalentwicklung im Governorat Marsa Matruh zu kommen beziehe ich mich zunächst wieder auf das normative Entwicklungsverständnis, dessen Grundlagen in der theoretischen Konzeption am Anfang dieser Arbeit umrissen sind. Dort wurde darauf hingewiesen, daß sowohl quantitative als auch qualitative Kriterien zu berücksichtigen seien. Demzufolge sollte sich eine Bewertung des Entwicklungsprozesses danach richten, inwieweit objektive und überprüfbare Verbesserungen für die Betroffenen erreicht wurden.

Die quantitativen Erfolge der staatlichen Maßnahmen sind nicht zu bestreiten. Von der Organisation für Wüstenerschließung wurden in den letzten Jahren tatsächlich große Anstrengungen unternommen, um die produktiven Grundlagen der Region zu verbessern. Damit wurde ein sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoller Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaftsbedingungen und zur Erhöhung der Haushaltseinkommen geleistet. Für eine gezielte Förderung des Pflanzenbaus gab und gibt es unter den Gegebenheiten der Region keine praktikablen Alternativen zu der gegenwärtig verfolgten Strategie. Das begrenzte ökologische Potential und die mit der bereits praktizierten Nutzung einhergehenden Probleme der Überweidung und Erosion lassen dafür zu wenig Spielraum. In technischer wie auch in ökologischer Hinsicht ist deshalb der Ansatz zur Verbesserung der Nutzung von Oberflächenwasser und zur Förderung des Pflanzenbaus - und speziell des Obstbaus - absolut notwendig und richtig. Kritisch zu bemerken ist aber, daß das Entwicklungsprogramm sehr

einseitig den Schwerpunkt auf die Maßnahmen im Bereich des Pflanzenbaus legt, dabei aber entsprechende Aktivitäten im Bereich der Viehproduktion vernachlässigt. Es wurden zwar unter anderem Ansätze zur züchterischen Verbesserung des Ziegenbestandes, zur Weideverbesserung und zum Ausbau der veterinärmedizinischen Versorgung gemacht, aber trotzdem zeigten die zuständigen Stellen im Governorat ein auffallend geringes Interesse für Verbesserungen im Bereich der Tierproduktion. Das Ungleichgewicht zwischen diesen beiden Produktionsbereichen ist bezeichnend für die Förderungsstrategie und die mit ihr verfolgten Ziele.

Das für eine Bewertung der regionalen Entwicklung entscheidende Kriterium ist meines Erachtens die Interessen- und Bedürfnislage der regionalen Bevölkerung. Zwei Gesichtspunkte kommen hier zusammen: Auf der einen Seite wurde gezeigt, daß der ägyptische Staat die Beduinen nicht primär aus humanitären Gründen unterstützt, sondern daß hier letztlich nationale Interessen im Hintergrund stehen. Die Bedürfnisse und Interessen der Beduinen fließen also nur dann unmittelbar in die Projektplanung ein, wenn sie nicht im Widerspruch zu den übergeordneten staatlichen Zielen stehen. Die Beschleunigung der Sesshaftwerdung und die Förderung des Pflanzenbaus sind eindeutig auf staatliche Initiative zurückzuführen. Von sich aus hätte die Mehrzahl der Aulad 'Ali vor dreißig Jahren wohl kaum ein starkes Bedürfnis empfunden, in festen Häusern zu leben. Auf der anderen Seite schließt die Interessensdivergenz zwischen dem Staat als Betreiber und den Beduinen als Betroffenen von Entwicklungsprogrammen aber nicht aus, daß die Ergebnisse zu beiderseitigem Nutzen sein können. Der im nationalen Vergleich hohe Aufwand, der zur Verbesserung der Produktions- und Lebensbedingungen in Marsa Matruh getrieben wird, wäre kaum zu erwarten gewesen, wenn die Integration und Kontrolle der Beduinenbevölkerung nicht auch eine gewisse strategische Bedeutung gehabt hätte.

An dieser Stelle seien noch einmal die in der theoretischen Konzeption (A-4.2.) vorgetragenen Überlegungen zur "bürokratischen Entwicklungsgesellschaft" aufgegriffen: Der Staat betätigt sich in Marsa Matruh, wie gezeigt wurde, als "Motor der Entwicklung". Er verfolgt damit nationale sicherheitspolitische Zielsetzungen. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß das staatliche Engagement ebenfalls, wenn auch nicht ausschließlich und nicht primär, auf die Befriedigung von Massenbedürfnissen zielt. Das beweist, daß es hier einen Überschneidungsbereich zwischen den Interessen des Staates und der Stammesbevölkerung gibt. Die dargestellten Ergebnisse der Regionalentwicklung weisen darauf hin, daß der staatliche Träger ehrlich, ernsthaft und erfolgreich versucht, die Lebensbedingungen der Beduinen zu verbessern. Der Grund dafür, daß sich die Aulad 'Ali derzeit einer solchen materiellen Unterstützung erfreuen, ist letztlich in ihrer gesellschaftlichen Eigenständigkeit und Andersartigkeit zu suchen. Als immer noch nicht völlig unter Kontrolle gebrachte Stammesbevölkerung im Grenzbereich zum verfeindeten Libyen besitzen sie ein gewisses politisches Gewicht. Ihre Einbindung in die ägyptische Gesellschaft wird deshalb vom Staat mit Entwicklungshilfe "erkauft". Die Zentralregierung in Kairo begünstigt die periphere Stammesbevölkerung in Marsa Matruh, damit sie sich ihrer Machthierarchie und Souveränität unterstellt. Die darge-

stellten Verhältnisse in Marsa Matruh lassen sich in dieser Hinsicht in das Modell der "bürokratischen Entwicklungsgesellschaft" einordnen.

Die staatlichen Aktivitäten tragen dazu bei, die Befriedigung von Grundbedürfnissen zu verbessern. Zu verdanken ist das vornehmlich den Subventionen für Nahrungsmittel und Viehfutter, der Trinkwasser- und der Gesundheitsversorgung. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen erfolgt in Marsa Matruh im Rahmen von Sozialhilfe. Ein Armutsbezug, der als Charakteristikum einer normativ verstandenen Entwicklung gelten könnte, findet bei der Abwicklung des primär technisch orientierten Entwicklungsprogrammes in dieser Hinsicht keine ausreichende Berücksichtigung. Staatliche Entwicklungsförderung wird nicht allein entsprechend der Bedürftigkeit gegeben, sondern entsprechend ihrer zu erwartenden produktionssteigernden Wirkung. Entscheidendes Kriterium bei der Mittelvergabe war deshalb bisher immer das ökologische Potential des Kulturlandes des Empfängers.

Für diese Vorgehensweise gibt es durchaus gute Gründe. Die vorhandenen Mittel zur Regionalentwicklung sollen möglichst effektiv eingesetzt werden. Aus Rentabilitätsgründen ist es daher naheliegend, mit dem Bau von Dämmen und der Anlage von Baumpflanzungen an solchen Stellen anzufangen, an denen im Verhältnis zum Aufwand die größten Erfolge zu erwarten sind: Das sind zuerst die agrarökologisch günstigsten Lagen in der Nähe der Küste. Zusätzliches Kriterium für die Auswahl dieser Flächen dürfte auch die leichtere Erreichbarkeit für die Baumaschinen sein, die zum Bau von Erdwällen benötigt werden. Außerdem haben diese mit staatlicher Unterstützung ausgebauten Kulturflächen in der Nähe der Küstenstraße einen Vorzeigeeffekt: Jeder Besucher aus Kairo sieht von der Straße aus die Erfolge der landwirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Auf diese Weise ist jedoch eine Begünstigung der landbesitzenden Beduinen und eine Verstärkung der sozioökonomischen Differenzierung der Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Die sozialen Auswirkungen dieser Vorgehensweise decken sich nicht mit den Vorstellungen einer normativen Entwicklung. Zwei wesentliche Ergebnisse der staatlichen Regionalentwicklung sind demgemäß nebeneinander zu stellen: Auf der einen Seite wurde eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Gesamtheit der Bevölkerung erreicht. Auf der anderen Seite waren die einkommenswirksamen Verbesserungen ungleich verteilt, so daß es für einen Teil der Stammesmitglieder zu einer relativen Verschlechterung der sozioökonomischen Situation im Vergleich mit den anderen kam. Diese beiden divergierenden Ergebnisse kennzeichnen die Teilhabe der Aulad 'Ali an der Entwicklung. Auch hinsichtlich der Formen ihrer Teilnahme sind zwiespältige Auswirkungen der staatlichen Entwicklungsförderung zu verzeichnen. Sie zeigen sich beispielsweise in einer ausgeprägten Erwartungshaltung der Bevölkerung gegenüber Entwicklungsprogrammen und einer damit einhergehenden abnehmenden Bereitschaft zu Selbsthilfe. Die Problematik der Überweidung infolge von Überstockung und Selbsthaftwerdung ist den Betroffenen durchaus bewußt. Sie sehen aber weder die Möglichkeit noch überhaupt die Notwendigkeit, selbst in irgend einer Weise initiativ zum Schutz ihrer natürlichen Ressourcen zu werden. Statt dessen erwarten sie eine Problemlösung von den zuständigen staatlichen Institutionen.

Mehrere Viehhalter, die die erfolgversprechenden Versuche zur Weideverbesserung durch die Einsaat von *Medicago* bei al-Qasr und Sidi Barrani beobachtet hatten, äußerten ihre Hoffnung, daß derartige Maßnahmen demnächst flächendeckend im gesamten Küstengebiet durchgeführt werden könnten. Ein Mann sagte mir: "Die Regierung (*al-hukuma*) erzählt uns immer, wir hätten zu viel Vieh. Aber das stimmt nicht. Wir haben nicht zu viel Vieh, sondern es gibt nicht genug Weide. Die Regierung soll die Grassamen mit Hubschraubern aussäen lassen und fertig. So machen sie das in Australien." (Anm. d. Verf.: Ein australischer Agraringenieur leitete die *Medicago*-Versuche).

Die Kehrseite einer solchen "Wohlfahrtsempfänger-Mentalität" ist eine verringerte Bereitschaft, in Selbsthilfe und ohne staatliche Unterstützung Probleme zu lösen. Wohin die abnehmende Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit in Zukunft führen kann, sei im folgenden Abschnitt erläutert.

2. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN: WOHIN FÜHRT DER SOZIALE WANDEL?

Die Analyse von Entwicklung und sozialem Wandel bei den Aulad 'Ali hat gezeigt, daß die gegenwärtig ablaufenden Veränderungen in eine bestimmte Richtung weisen. Es gibt einige Tendenzen, aus denen sich Anhaltspunkte für Einschätzungen zukünftiger Veränderungen ableiten lassen. Das Prozeßmuster läßt sich unter Bezug auf die im ersten Kapitel diskutierten Theorien der Produktionsweisen und ihrer Verflechtung als eine Form der abhängig-kapitalistischen Transformation der traditionellen Gesellschaft erklären. Das zentrale Merkmal des sozialen Wandels ist darin zu sehen, daß sich einerseits traditionale Strukturen auflösen (Detribalisierung), während sich andererseits eine neue Schichtung (sozioökonomische Differenzierung) herausbildet. Als Ursachen dafür wurden externe wirtschaftliche Faktoren und das Eingreifen des Staates genannt. Der von außen induzierte Wandel äußert sich sowohl in einer Deformation traditionaler Strukturen als auch in ihrer partiellen Überlagerung durch die sozioökonomische Differenzierung.

Noch ist der Wandel aber nicht abgeschlossen. Die Aulad 'Ali befinden sich im Gegenteil in diesem Prozeß des gesellschaftlichen Übergangs noch in einem Anfangsstadium. Deshalb bestehen hier gegenwärtig Elemente der traditionellen Sozialstruktur neben den neuen, "kapitalistischen" Merkmalen. Dieses Nebeneinander und die Widersprüchlichkeit alter und neuer Elemente prägen den Zustand der "strukturellen Heterogenität", in dem sich die Stammesgesellschaft der Aulad 'Ali zur Zeit befindet. Ein Beispiel dafür ist die Zuordnung der Haushalte zu unterschiedlichen Besitzklassen, die sich mit deren Einbindung in verwandtschaftlich organisierte Gruppen überschneidet. Die aktuellen ökonomischen Verflechtungen der einzel-

nen Haushalte sind deshalb nicht losgelöst von den traditionellen gesellschaftlichen Beziehungen zu verstehen: Die neue sozioökonomische Schichtung verstärkt sogar selektiv traditionale Gesellschaftsstrukturen. Dazu gehört auch die Untergliederung der Stammesgesellschaft in Murabitin und Sa'adi, die sich heute auf die Verteilung von Grundbesitz auswirkt.

Wenn man von der Prämisse ausgeht, daß dem sozialen Wandel tatsächlich die von der Produktionsweisentheorie postulierten Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, dann müßte man annehmen, daß die gegenwärtig zu beobachtenden Prozesse konsequent in der eingeschlagenen Richtung weiterlaufen. Sie zielen demnach auf eine völlige Auflösung der Stammesverbände und eine Marginalisierung eines wachsenden Teils der Bevölkerung. Eine solche Perspektive würde für die von ökonomischer und sozialer Marginalisierung bedrohten Mitglieder der heutigen Stammesgesellschaft bedeuten, daß sich ihre Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Zukunft verschlechtern. Für eine derartige pessimistische Einschätzung der Zukunft sprechen noch drei weitere Tendenzen:

- Die traditionale Viehwirtschaft ist schon heute nicht mehr in der Lage, alle Arbeitskräfte in der Region zu absorbieren. Bei einem Bevölkerungswachstum von derzeit über drei Prozent ist damit zu rechnen, daß immer mehr Familien gezwungen werden, sich außerhalb des agraren Sektors eine Beschäftigung zu suchen. Die vom Staat geförderte Ausdehnung des Pflanzenbaus hat hier, wie es bisher aussieht, allenfalls eine verzögernde Wirkung. Da für die abgedrängte "Überschußbevölkerung" unter diesen Umständen keine Existenzmöglichkeiten in ihrem gewohnten Lebensraum bleiben, ist sie zur Abwanderung gezwungen. In der Stadt verliert sie, losgelöst von der Einbindung in den Stammesverband, die soziale Absicherung, die bisher durch das Solidaritätsnetz der eigenen Gruppe noch gewahrt werden konnte. Infolge einer unzureichenden Zahl von Arbeitsplätzen ist damit zu befürchten, daß diese Menschen in der Stadt völlig marginalisiert werden.
- Verschärft wird die pessimistische Einschätzung der Zukunft noch dadurch, daß das ökologische Potential der Region nicht nur von Natur aus begrenzt ist, sondern daß die Ressourcen außerdem schon jetzt katastrophal übernutzt sind. Wenn hier nicht sehr bald im Rahmen großflächiger Entwicklungsprogramme eingegriffen wird, um wenigstens die noch vorhandenen Ressourcen zu stabilisieren, ist unweigerlich mit einer weiteren Verschlechterung der Nutzungsbedingungen zu rechnen. Ohne die Möglichkeit, sich von ihrem verwüsteten Land selbst zu ernähren, wären die Beduinen in zunehmendem Maße von staatlicher oder internationaler Hilfe abhängig. Die Aulad 'Ali würden zu einer gesellschaftlichen Randgruppe von entmündigten Wohlfahrtsempfängern degradiert. Wenn Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit der Stammesbevölkerung endgültig zusammenbrechen sollten, würde das Governorat Marsa Matruh, so steht zu befürchten, zu einem "Beduinen-Reservat".
- Die Kombination von kommunalen Weiderechten und individueller marktorientierter Viehproduktion gibt dem Landnutzungssystem der Aulad 'Ali gegenwärtig einen aus-

gesprochen destruktiven Charakter. Die von außen induzierte Tendenz zur Selbstzerstörung ist mit lokalen Mitteln und Fähigkeiten nicht mehr zu beherrschen: Das Landnutzungssystem hat seine Fähigkeit zur Selbstregulation verloren. Die Stammesinstitutionen sind nicht mehr in der Lage, die ökologischen und nutzungstechnischen Probleme selbst zu lösen. Diese Situation macht, wie ich meine, eine gezielte Gegensteuerung im Rahmen eines regionalen Entwicklungsprogrammes erforderlich.

Die bei den Aulad 'Ali zu beobachtenden Tendenzen des sozialen Wandels sind weder einmalig noch ungewöhnlich. Auch die gerade skizzierten Zukunftsperspektiven unterscheiden sich nicht von den Aussichten anderer peripherer Gesellschaften in der Dritten Welt. Trotz der Brisanz der dargestellten Probleme und Risiken soll hier jedoch nicht einem selbstgefälligen Entwicklungspessimismus das Wort geredet werden. Noch sind die Aulad 'Ali nicht zu einem verelendeten "Wüsten-Proletariat" abgesunken. Ich gehe vielmehr davon aus, daß es für die Beduinen in Nordwest-Ägypten auch Ansatzmöglichkeiten und Chancen für eine hoffnungsvollere Entwicklung gibt. Bisher nämlich haben sich die Stammesstrukturen in mehrfacher Hinsicht als vorteilhaft für eine breite und aktive Partizipation der Bevölkerung erwiesen. Sie verleihen den Vertretern der Stämme Rückhalt im Volk und damit eine gewisse Stärke gegenüber dem Staatsapparat. Sie geben der Bevölkerung eine autonome Organisation. Damit sind sie Leitlinien für Zusammenarbeit und Zusammenhalt. Sie waren darüber hinaus in den letzten Jahren erstaunlich adaptionsfähig an die neuen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, denn auch in den aktuellen Tendenzen zeichnet sich keineswegs nur ein Niedergang bis hin zu ihrer endgültigen Auflösung ab, sondern auch eine Übernahme neuer Funktionen im Kontakt mit dem Staatsapparat. Vor diesem Hintergrund bietet sich deshalb noch eine weitere Perspektive für die Zukunft der Aulad 'Ali an. Zumindest in der näheren Zukunft könnten sich traditionale Strukturen durchaus als persistent gegenüber dem Veränderungsdruck des sozialen Wandels erweisen, weil sie eine neue, konstruktive Rolle für eine Entwicklung im Interesse der Beduinen ausüben: Eine solche optimistischere Aussicht stützt sich daher auf die Erwartung, daß die tribalen Einheiten 'aila und hait zumindest vorübergehend als Interessenverbände im Entwicklungsprozeß fungieren. Wenn sie der Vertretung und Durchsetzung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat dienen, bestehen günstige Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung der Beduinen an den Entwicklungsprogrammen.

3. PROBLEM: SPANNUNGEN ZWISCHEN ENTWICKLUNG UND SOZIALEM WANDEL

Die Beteiligung der Bevölkerung ist, wie das Beispiel der Aulad 'Ali zeigt, die zentrale Voraussetzung für das Funktionieren und für den Erfolg der Entwicklungsförderung. Damit

ein Entwicklungsprozeß den eingangs definierten normativen Kriterien entspricht, muß er erstens unter aktiver Teilnahme der Zielbevölkerung stattfinden, und er muß zweitens zu deren Teilhabe an den Ergebnissen führen. Hinter diesen beiden Forderungen steht die Erfahrung, daß von außen initiierte Maßnahmen nur dann zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in einer Region beitragen können, wenn sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Betroffenen in Zukunft selbst helfen können. Dazu müssen die Menschen in der Lage sein, ihr Handeln auch selbst zu bestimmen. Im Idealfall sollen also alle Mitglieder der Zielbevölkerung den Entwicklungsprozeß tragen, seine Ziele und Maßnahmen mitbestimmen und von seinen Ergebnissen profitieren.

Verbesserungen hat der ägyptische Staat im Governorat Marsa Matruh zweifellos erreicht. Zu fragen ist dabei aber, was hier seitens des staatlichen Trägers getan wird, um eine aktive Teilnahme und breite Teilhabe der Aulad 'Ali zu unterstützen und zu erhalten. Diese beiden Komponenten der Bevölkerungs-Partizipation sind Voraussetzungen dafür, daß die staatliche Förderung nicht nur vorübergehende und auf einige Empfänger begrenzte Ergebnisse zeitigt, sondern daß sie zu einer nachhaltigen und von den Menschen selbst getragenen Entwicklung beiträgt. In Hinsicht auf diese Voraussetzungen einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung erweist sich aber, wie gezeigt wurde, der soziale Wandel in der Stammesgesellschaft als hinderlich.

Ein Spannungsverhältnis besteht zwischen den Auswirkungen des sozialen Wandels und einer breiten und **aktiven Teilnahme** der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß: Die Beteiligung der Basis ist Bedingung für einen Prozeß, der in weitestem Sinne als eine "Entwicklung von unten" bezeichnet werden kann. Eine Voraussetzung dafür ist, wie in den theoretischen Vorüberlegungen (A-4.3.1.) im Anschluß an FRIEDMANN/WEAVER (1979) und STÖHR/TAYLOR (1981) festgestellt wurde, eine möglichst homogene Bedürfnisstruktur und eine Gemeinsamkeit von Interessen innerhalb der Regionalbevölkerung. Mit Blick auf die geschichtete Stammesstruktur der Aulad 'Ali soll hier zwar nicht die These eines "territorialen Willens" vertreten werden. Feststellen läßt sich aber immerhin, daß bei den untersuchten Bevölkerungsgruppen die Zugehörigkeit zu einem Stammesverband und vor allem zu einer 'aila mit einer engen Verknüpfung und sogar einer recht hohen Gemeinsamkeit von Interessen der Mitglieder verbunden ist. Hier liegen also günstige Ausgangsbedingungen für eine "Entwicklung von unten" vor.

Die Analyse der Veränderungsprozesse in Marsa Matruh verweist nun aber auf einen scheinbar paradoxen Zusammenhang: Die Bedürfnisstruktur der nomadischen Viehproduzenten vor Beginn der staatlichen Entwicklungsmaßnahmen war homogener als bei den heutigen Beduinen. Früher wurden Interessengemeinsamkeiten und daraus resultierende Verhaltensweisen primär von der Zugehörigkeit zu Stammessegmenten bestimmt. Heute dagegen gewinnen individuelle Interessen und die Zugehörigkeit zu Besitzklassen immer mehr an Gewicht. Diese Umorientierung ist auf die sozioökonomische Differenzierung zurückzuführen, die ihrerseits, wie gezeigt wurde, durch die staatliche Entwicklung beschleunigt wurde. Wenn man nun erstens die Interessengemeinsamkeit in den sozialen Gruppen der Region als

eine Voraussetzung für deren gemeinsame und aktive Teilnahme am Entwicklungsprozeß auffaßt und zweitens zu der Feststellung kommt, daß gerade als Folge dieses Entwicklungsprozesses die Gemeinsamkeit reduziert oder sogar zerstört wird, dann muß daraus gefolgert werden, daß der hier befolgte Entwicklungsweg schließlich zur Zerstörung seiner eigenen Grundlagen führen kann:

- 1) Die überproportionale Begünstigung Einzelner widerspricht der anzustrebenden Teilhabe eines möglichst großen Teils der Bevölkerung an der Entwicklung.
- 2) Die Unterstützung der Vereinzelung der Zielbevölkerung widerspricht dem Grundsatz, eine breit angelegte und aktive Teilnahme der Menschen zu erreichen und auch in Zukunft zu erhalten.

Nach den hier vertretenen normativen Kriterien ist diese soziale und ökonomische "Aus-einander-Entwicklung" der Stammesbevölkerung negativ zu bewerten. Darüber hinaus ist die Detribalisierung aber auch den staatlichen Absichten und dem langfristigen Erfolg seiner Aktivitäten nicht zuträglich. Solange die gegenseitigen Verpflichtungen und Verbindungen der Beduinen innerhalb ihrer Verwandtschaftsverbände nämlich einigermaßen intakt und funktionstüchtig bleiben, können sie im Entwicklungsprozeß eine konstruktive Rolle spielen. Das bedeutet, daß die Auflösung der traditionellen Stammeseinheiten langfristig zum Verschwinden von Ansatzmöglichkeiten für eine partizipatorische Entwicklung führt.

Ein Problem des in Marsa Matruh verfolgten Entwicklungsstiles ist dementsprechend darin zu sehen, daß die angestrebten Ergebnisse der staatlichen Aktivitäten mit negativen Nebenwirkungen auf die Sozialstruktur verbunden sind. Sie beschränken die Wirksamkeit der technischen Ergebnisse in Hinsicht auf die angestrebten allgemeinen und nachhaltigen Verbesserungen. Dieses Phänomen dürfte es in vielen Entwicklungsprojekten trotz vermeintlich ausreichender Vorbereitung und trotz normativer, bedürfnisorientierter Zielsetzungen geben: Die Maßnahmen werden zwar wie geplant durchgeführt, aber sie tragen nicht in der zuvor angenommenen Weise zur Verwirklichung des Projektzieles bei. Eine Ursache dafür liegt, wie ich meine, darin, daß autochthone Strukturen der Zielbevölkerung bei der Projektplanung noch nicht ausreichend Berücksichtigung fanden, oder daß sie zu pauschal als "Hindernisse der Entwicklung" betrachtet wurden. Es soll hier nicht bestritten werden, daß sich in vielen Fällen die bereits zu stark deformierten Strukturen in einer solchen hinderlichen Weise auswirken, wenn sie beispielsweise als "informelle Institutionen" (vgl. SCHOLZ 1986) zur Ausbeutung der Bevölkerungsmehrheit durch die ehemalige Elite benutzt werden. Das schließt aber nicht aus, daß traditionale Strukturen auch umgekehrt im Interesse der Bevölkerung wirksam werden können. Meines Erachtens wird das in den noch funktionstüchtigen und hinreichend intakten traditionellen Strukturen liegende Potential für eine "positive" Entwicklung häufig unterschätzt.

4. EIN ANSATZ: STAMM UND STAAT ALS PARTNER IM ENTWICKLUNGSPROZESS

In Marsa Matruh haben tribale Strukturen bisher die Durchführung der vom Staat betriebenen Regionalentwicklung erleichtert und in einer für die Aulad 'Ali günstigen Weise beeinflußt. Es stellt sich vor dem Hintergrund der hier vorgestellten Fallstudie die Frage, wie die staatliche Förderung - "von oben" - mit einer aktiven Beteiligung der Stammesbevölkerung - "von unten" - in Einklang gebracht werden kann, um zu einer partizipatorischen Entwicklung beizutragen.

Die Notwendigkeit einer externen Unterstützung der Entwicklung in Marsa Matruh läßt sich auf eine Reihe von Gründen zurückführen:

1. Das Landnutzungssystem ist aus dem Gleichgewicht geraten.
2. Es kann mit den lokal verfügbaren Mitteln und Möglichkeiten nicht mehr von der Bevölkerung selbst reguliert werden.
3. Das Bevölkerungswachstum übersteigt die Möglichkeiten der Existenzsicherung durch die traditionale Wirtschaftsweise.

Die wichtigste Funktion traditionaler Gemeinschaften für den Entwicklungsprozeß besteht darin, daß sie der Vertretung und Durchsetzung gemeinsamer Interessen ihrer Mitglieder dienen. Eine Unterstützung der Regionalentwicklung "von oben" muß sich an diesen Interessen orientieren, um eine aktive Teilnahme der Menschen zu erreichen.

Der Kontakt zwischen der Stammesgesellschaft und der staatlichen Verwaltung in Marsa Matruh wird von Mittler-Institutionen bestimmt: 'umda, majlis und Genossenschaft sind zuständig für obrigkeitliche Kontrolle, politische Vertretung und Hilfsgüterverteilung. Sie wurden vom Staat geschaffen, um als Instrumente zur Durchsetzung seiner Ziele zu dienen. Sie sind aber zugleich geprägt und durchdrungen von tribalen Strukturen. Gerade deshalb sind sie in der Lage, an der Nahtstelle zwischen der ägyptischen Bürokratie und der autochthonen Beduinenbevölkerung die Funktion von Katalysatoren zu übernehmen. Sie leiten Impulse in beiden Richtungen weiter, helfen Konflikte vermeiden und steuern die Zusammenarbeit zwischen den beiden ungleichen Parteien. Voraussetzung dafür, daß die Funktionäre ihre Aufgaben wahrnehmen können, ist, daß sie von der Bevölkerung akzeptiert werden. Solange sie im Stammsystem verwurzelt sind und innerhalb ihrer Gruppe über eine Legitimationsbasis verfügen, können sie sich in beiden Richtungen als Vermittler betätigen.

Bisher funktionierte diese indirekte Art der Zusammenarbeit zwischen Staat und Stammesbevölkerung in Marsa Matruh zur Zufriedenheit beider Seiten. Eine solche Zusammenarbeit droht jedoch zu scheitern, wenn die offiziellen Mittelsmänner den erforderlichen engen Kontakt zu den Menschen verlieren, die sie gegenüber dem Staat vertreten sollen. Die Gefahr einer derartigen "Auseinander-Entwicklung" des sozialen Gefüges wird durch die Vergabepaxis staatlicher Leistungen und Unterstützungsmaßnahmen verstärkt. Durch die Festsetzung von Obergrenzen bei der individuellen Förderung ließe sich deshalb erstens

erreichen, daß eine größere Verteilungsgerechtigkeit erreicht würde. Zweitens könnten durch eine armutsorientierte Entwicklungsförderung die negativen Begleiterscheinungen des sozialen Wandels verringert und die Auflösung tribaler Gemeinschaften gebremst werden.

Traditionale Strukturen können in der gegenwärtigen Veränderung ihres politischen und ökonomischen Umfeldes nur weiterexistieren, wenn ihnen eine funktionale Daseinsberechtigung bleibt. Das setzt voraus, daß die Entwicklungsförderung nicht einseitig zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Stämme wird, sondern daß sie auch umgekehrt die Aktionsfähigkeit der Verbände für neue Aufgaben mobilisiert. Wenn die Entwicklung in Marsa Matruh nachhaltige Verbesserungen für die Aulad 'Ali bewirken soll, muß den Stammesmitgliedern die erforderliche Eigenständigkeit erhalten werden. Je mehr sie von staatlichen Unterstützungen abhängig werden, je mehr sie die Fähigkeit zum eigenverantwortlichen Handeln, zur Selbsthilfe und zur Absicherung ihres Lebensunterhaltes aus eigenen Mitteln verlieren, desto stärker binden sie ihr Schicksal an das Wohlergehen des Staates. Angesichts der ernststen ökonomischen Krise, in der sich Ägypten gegenwärtig befindet, kann dieser Weg zur Sackgasse werden. Die Alternative zu einer solchen einseitigen Abhängigkeit und Fremdbestimmung ist eine partizipatorische Entwicklung, in der Stamm und Staat als Partner zusammenarbeiten.

Die praktischen Erfahrungen, die sich aus der dargestellten Entwicklung bei den Aulad 'Ali ergeben, lassen sich auch auf andere Entwicklungsprojekte übertragen: Ein Dilemma, in das meines Erachtens Programme zur Regionalentwicklung geraten können, ist darin zu sehen, daß sie von außen und "von oben" in die Zielbevölkerung hineingetragen werden und deshalb mit einer externen Steuerung verbunden sein müssen. Deformierende Auswirkungen auf die traditionale Sozialstruktur sind unter diesen Umständen trotz solcher Grundsätze wie Bedürfnis- oder Armutsorientierung unvermeidlich. Das Beispiel des Entwicklungsprozesses in Marsa Matruh zeigt aber auch, daß traditionale Strukturen gerade in dieser Hinsicht eine konstruktive Rolle übernehmen können, wenn sie zu Grundlagen einer aktiven Beteiligung der Bevölkerung werden.

Literaturverzeichnis

- ABDEL-MALEK, A. (1971): Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser. Frankfurt
- ABOU-ZEID, A. M. (1959): The Sedentarization of Nomads in the Western Desert of Egypt. In: International Social Science Journal 11, 4, S. 550 - 558
- ders. - (1966): Honour and Shame Among the Bedouins of Egypt. In: J. G. PERISTIANY (Hrsg.): Honour and Shame: The Value of Mediterranean Society. London, S. 243 - 259
- ders. - (1979): New Towns and Rural Development in Egypt. In: Africa 49, S. 283-290
- ABU LUGHOD, L. (1987): Veiled Sentiments. Honor and Poetry in a Bedouin Society. Berkeley
- ADAMS, R. H. (1986): Bureaucrats, Peasants and the Dominant Coalition: An Egyptian Case Study. In: The Journal of Development Studies 22, 2, S. 337 - 354
- AL-'ARABI, F. R. (1980): Nitham al-hiyaza fim-mujtami' ab-badawi. (Bodenbesitzverfassung in der Beduinengemeinschaft). Alexandria
- AL-JAWHARI, R. (1961): Shir'at as-Sahra'. (Gesetz der Wüste). Kairo
- ALAFENISH, S. (1982): Die Beduinen in Ibn Khaldun's Wissenschaft. In: F. SCHOLZ, J. JANZEN (Hrsg.): Nomadismus - Ein Entwicklungsproblem? (Abhandlungen des Geographischen Instituts - Anthropogeographie, Bd. 33). Berlin
- ANDERSON, C. (1985): Peasant or Proletarian? Wage labour and peasant economy during industrialization. The Algerian experience. Göteborg
- ARBEITSGRUPPE BIELEFELDER ENTWICKLUNGSSOZIOLOGEN (Hrsg., 1979): Subsistenzproduktion und Akkumulation. Saarbrücken
- ASAD, T. (1973): The Bedouin as a Military Force: Notes on some Aspects of Power Relations between Nomads and Sedentaries in Historical Perspective. In: C. NELSON (Hrsg.): The Desert and the Sown: Nomads in the Wider Society. Berkeley, S. 61ff.
- ASCHE, H. (1981): Mobile Lebensformgruppen Südost-Arabiens im Wandel. Die Küstenprovinz Al Batinah im erdölfördernden Sultanat Oman. Abhandlungen des Geographischen Instituts - Anthropogeographie, Bd. 32. Berlin
- AWAD, M. (1954): The Assimilation of Nomads in Egypt. In: The Geographical Review 44, S. 240-252
- AYUBI, N. N. M. (1980): Bureaucracy and Politics in Contemporary Egypt. London
- AYYAD, M. A., H. F. EL-KADI (1982): Effect of Protection and Controlled Grazing on the Vegetation of a Mediterranean Desert Ecosystem in Northern Egypt. In: Vegetatio 49. The Hague, S. 129 - 139
- BAER, G. (1962): A History of Landownership in Modern Egypt 1800 - 1950. London
- ders. - (1969): Studies in the Social History of Modern Egypt. Chicago
- ders. - (1982): Fellaḥ and Townsman in the Middle East - Studies in Social History. London

- BALL, J. (1937): The Water Supply of Marsa Matruh. Survey and Mines Department, paper no. 42, Cairo
- BALZER, G. (1983): Produktionsweisen, Artikulation und periphere Gesellschaftsformationen. In: *Peripherie*, 14, S. 49-62
- BARFIELD, T. J. (1981): The Central Asian Arabs of Afghanistan. Pastoral Nomadism in Transition. Austin
- BEHNKE, R. H. (1980): The Herders of Cyrenaika: Ecology, Economy, and Kinship among the Bedouin of Eastern Libya. Chicago
- BERQUE, J. (1972): *Egypt, Imperialism and Revolution*. London
- BLISS, F. (1985): Traditionelle Gesellschaft, Regionalentwicklung und nationaler Rahmen in Ägypten. In: *Sociologus*, S. 97-120
- BOHLE, H.-G. (1986): Die Debatte über Produktionsweisen in Indien. In: *Geographische Zeitschrift* 74, 2, S. 106-119
- BLENCK, J., S. TRÖGER, S. S. WINGWIRI (1985): Geographische Entwicklungsforschung und Verflechtungsanalyse. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 29, 2, S. 65-72
- BRAUN, G., H. WEILAND (1986): Nomaden zwischen Krise und Prosperität. Der Fall Somalia. In: *Sociologus*, S. 26-51
- BRONGER, D. (1985): Probleme regionalorientierter Entwicklungsländerforschung: Interdisziplinarität und die Funktion der Geographie. In: F. SCHOLZ (Hrsg.): *Entwicklungsländer*. Darmstadt, S. 117-138
- BUJRA, A. S. (1967): A Preliminary Analysis of the Bedouin Community in Marsa Matruh Town. (Unveröff. Manuskript, Social Research Center at the American University) Cairo
- ders. - (1973): The Social Implications of Developmental Policies: A Case Study from Egypt. In: C. NELSON (Hrsg.): *The Desert and the Sown: Nomads in the Wider Society*. Berkeley, S. 143-157
- BÜTTNER, F. (1979): Political Stability Without Stable Institutions: The Retraditionalization of Egypt's Policy. In: *Orient* 20, 1, S. 53-67
- CAESAR, K. (1986): *Einführung in den tropischen und subtropischen Pflanzenbau*. Frankfurt
- CAPMAS (1978): at-ta'dad al-'am lis-sukan wal-iskan 1976, muhafatha matruh. (Volks- und Gebäudezählung 1976, Governorat Matruh). Central Agency for Public Mobilization and Statistics. Kairo
- CARDOSO, F. H. (1981): Entwicklung auf der Anklagebank. In: *Peripherie* 5/6, S. 6-31
- CARDOSO, F. H., E. FALETTO (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt
- CHELHOD, J. (1971): *Le droit dans la société bédouine. Recherches ethnologiques sur le 'orf ou droit coutumier des Bédouins*. Paris
- CHILCOTE, R. H. (1982): *Dependency and Marxism*. Westview
- ders. - (1984): *Theories of Development and Underdevelopment*. Boulder, Colo.

- ders. - , D. L. JOHNSON (Hrsg., 1983): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills, London

COHEN, P. S. (1972): Moderne soziologische Theorie. Wien

COLE, D. P. (1973): The Enmeshment of Nomads in Sa'udi Arabian Society: The Case of al-Murrah. In: C. NELSON (Hrsg.): The Desert and the Sown. Berkeley, S. 113 - 128

- ders. - (1975a): Pastoral Peasants or Independent Bedouin Tribes? Nomadic Pastoralism in the Political Economy of Arabia. (unveröff. Manuskript)

- ders. - (1975b): Nomads of the Nomads: The Al-Murrah Bedouin of the Empty Quarter. Chicago

COON, C. S. (1951): Caravan: The Story of the Middle East. New York

CORDES, R., F. SCHOLZ (1980): Bedouins, Wealth and Change. A Study of Rural Development in the United Arab Emirates and the Sultanate of Oman. UNU, Tokyo

DENNELL, R. W. (1982): Dryland Agriculture and Soil Conservation. An Archeological Study of Checkdam Farming and Wadi Siltation. In: B. SPOONER, H. S. MANN (Hrsg.): Desertification and Development: Dryland Ecology in Social Perspective. London, New York, S. 171-200

DOSTAL, W. (1985): Egalität und Klassengesellschaft in Südarabien. Anthropologische Untersuchungen zur sozialen Evolution. Wiener Beiträge zur Kulturgeschichte und Linguistik 20. Wien

DUMREICHER, A. v. (1931): Trackers and Smugglers in the Deserts of Egypt. London

EHLERS, E. (1985): German Geography of the Middle East: Trends and Prospects. In: Middle East Studies Association Bulletin 19, 2, S. 183-195

ELGOOD, P. G. (1931): Bonaparte's Adventure in Egypt. London

EICKELMAN, D. (1981): The Middle East: An Anthropological Approach. Englewood Cliffs, N. J.

EL MENOUI, K. (1982): The Orientation of Egyptian Peasants Towards Political Authority Between Continuity and Change. In: Middle Eastern Studies 18, 1, S. 82-93

EL-SENUSSI, M. Y., A. A. SHATA (1967): The Hydrogeology of Umm El-Rakham Area (Western Desert, Mediterranean Coastal Zone, Egypt, U. A. R.). In: Bulletin de l'Institut du Desert d'Egypte XVII, 2, Cairo

EL-SHAZLY, M., A. A. SHATA (1969): Geomorphology and Pedology of Marsa Matrouh Area "Western Mediterranean Littoral Zone". In: The Desert Institute Bulletin XIX, 1, Cairo

ELSENHANS, H. (1977): Ungleichheit und Unterentwicklung. Staat - Wirtschaft - Gesellschaft in der Unterentwickelten Welt. Berliner Studien zur Internationalen Politik, Bd. 2. Rheinstetten

- ders. - (1981): Abhängiger Kapitalismus oder Bürokratische Entwicklungsgesellschaft: Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt, New York

- ders. - (1985): Der periphere Staat: Zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion. In: F. NUSCHELER (Hrsg.): Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 16. Opladen, S. 135-156
 - ders. - (1986): Staatsklasse, Umverteilung und die Überwindung von Unterentwicklung. In: Peripherie 22/23, S. 149-165
- ELWERT, G. (1980): Überleben in Krisen, kapitalistische Entwicklung und traditionelle Solidarität. Zur Ökonomie und Sozialstruktur eines westafrikanischen Bauerndorfes. In: Zeitschrift für Soziologie 9, 4., S. 343-365
- ders. - (1983): Der entwicklungssoziologische Mythos von Traditionalismus. In: D. GOETHE, H. WEILAND (Hrsg.): Soziokulturelle Implikation technologischer Wandlungsprozesse. ssip bulletin No. 52. Saarbrücken, S. 29 - 55
 - ders. - (1984): Die Verflechtung von Produktionen: Nachgedanken zur Wirtschaftsethnologie. In: E. W. MÜLLER et al. (Hrsg.): Ethnologie als Sozialwissenschaft, (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 26). Opladen, S. 379-402
 - ders. - (1985): Überlebensökonomien und Verflechtungsanalyse. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 29, 2, S. 73-84
- ERGENZINGER, P., J. SCHMIDT (1984): Field Experiments on the Water Budget of the Wadi Ruashid Project Site (Northern Egypt). In: E. KLITSCH, R. SAID, E. SCHRANK (Hrsg.): Research in Egypt and Sudan. Berliner geowissenschaftliche Abhandlungen, (A), 50, S. 233 - 241
- EVANS-PRITCHARD, E. E. (1949): The Sanusi of Cyrenaika. Oxford
- ders. - (1974): Die Senussi. Libyen. In: Die Brockhaus Völkerkunde, Bd. 8, 2. Wiesbaden, S. 266-269
- EVENARI, M., Y. AHARONI, L. SHANAN, N. H. TADMOR (1971): The Negev. The Challenge of a Desert. New York
- EVERS, H.-D. (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln, Frankfurt
- ders. - (1981): Theorien der urbanen Unterentwicklung - Herausforderung an die Praxis der integrierten Entwicklungsplanung? In: Möglichkeiten und Grenzen integrierter Entwicklungsprojekte. Schriften der Gesellschaft für Umweltforschung und Entwicklungsplanung, Bd. 2. Saarbrücken
- FALLS, J. C. E. (1908): Beduinen-Lieder der Libyschen Wüste. Kairo
- ders. - (1913): Three Years in the Libyan Desert: Travels, Discoveries, and Excavations of the Menas Expedition. London
- FAO/UNDP (1970): Preinvestment Survey Northwestern Coastal Zone, Technical Report 3, Agriculture (ESE: SF/UAR 49). Rome
- FAO (1984): Agricultural Development in the Northwest Coastal Zone, Egypt (TCP/EGY/2205). Rome
- FAO/WFP (1986): Interim Evaluation Summary Report on Project Arabic Republic of Egypt 2270

- FATAHALLA, M. M. (1969): Study of Water Resources in El Qasr Area - North Western Coastal Zone - with Special References to Water Balance in Wadi El Ramla. (M. Sc. thesis. University of Alexandria)
- FEHLBERG, H. (1983): Böden und Standorteigenschaften einer Kleinlandschaft in Nord-ägypten. (Unveröff. Diplomarbeit im Fachgebiet Regionale Bodenkunde am Institut für Ökologie, Fachbereich 14, Technische Universität Berlin)
- ders. - , K. STAHR (1985): Development of Sustained Land Use by Understanding Soil and Landscape Formation in the Desert Area of Northwest Egypt. In: *Catena* 12, S. 307 - 328
- FOREIGN OFFICE (1907): Records No. 7551, 9245, 9357, 10163, 10165, 10731, 11712, 11713, 15760, 19911, 21583, 24447, 25626, 26853, 28500, 28640, 30148, 31624, 34703, 41294. London
- dass. - (1915): Records No. 2356, 2357. London
- dass. - (1916): Records No. 2665 - 2670, 3499, 3501, 8069, 20955, 45366, 56580, 57842, 236298. London
- dass. - (1917): Records No. 97622, 233126. London
- dass. - (1882, 1906-1907, 1914-1918, 1940-1945): Nicht numerierte Akten der Ägyptenabteilung (mit handschriftlichen Eintragungen). London
- FOSTER-CARTER, A. (1978): The Modes of Production Controversy. In: *New Left Review* 107, S. 47-77
- FRANK, A. G. (1968): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt
- FREYHOLD, M. v. (1981): *Dependenztheorie / Dissoziationstheorie - oder Theorie der Produktionsweisen / Theorie der sozialen Kämpfe?* In: *Peripherie* 5/6, S. 49-63
- FRIEDMANN, J., C. WEAVER (1979): *Territory and Function. The Evolution of Regional Planning*. London
- GELLNER, E. (1969): Saints of the Atlas. In: J. PITT-RIVERS (Hrsg.): *Mediterranean Countrymen*. S. 145-157
- ders. - (1981): *Muslim Society*. Cambridge
- ders. - , J. WATERBURY (Hrsg., 1977): *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*. London
- GIBB, H. A. R., H. BOWEN (1950): *Islamic Society and the West. Vol. I: Islamic Society in the Eighteenth Century, Part I*. London
- GOODMAN, D., M. REDCLIFT (1982): *From Peasant to Proletarian. Capitalist Development and Agrarian Transitions*. New York, Oxford
- GOTSCH, C. H., W. M. DYER (1982): Rhetoric and Reason in the Egyptian "New Lands" Debate. In: *Food Research Institute Studies* 18, 2, S. 129-147
- GTZ (1983): *Ländliche Regionalentwicklung - ein Orientierungsrahmen*. Eschborn
- HAMDANI, H. (1982): *Shakhsiat masr. Al-Qahira*

- HAMMOUDI, A. (1985): Substance and Relation: Water Rights and Water Distribution in the Dra Valley. In: A. E. MAYER (Hrsg.): Property, Social Structure and Law in the Modern Middle East, S. 27-57
- HANISCH, R., R. TETZLAFF (Hrsg., 1979): Die Überwindung der ländlichen Armut in der Dritten Welt. Frankfurt
- dies. - (Hrsg., 1981): Staat und Entwicklung: Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern. Frankfurt
- HARIK, I. F. (1974): The Political Mobilization of Peasants. A Study of an Egyptian Community. Bloomington
- HARTMANN, M. (1899): Lieder der libyschen Wüste. Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes 11, 3. Leipzig
- HAUCK, G. (1979): Von der klassenlosen zur Klassengesellschaft. Köln
- HEIN, W. (1981): Fachübersicht: Zur Theorie der Unterentwicklung und ihrer Überwindung. In: Peripherie 5/6, S. 64-91
- ders. - (1985): Konstitutionsbedingungen einer kritischen Entwicklungstheorie - Globale kapitalistische Expansion, räumliche Strukturen gesellschaftlicher Entwicklung und der schwindende Einfluß nationalstaatlicher Strategien. In: F. NUSCHELER (Hrsg.): Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Polit. Vierteljahresschrift, Sonderheft 16. Opladen
- HEYD, U. (1973): Studies in Old Ottoman Criminal Law. Oxford
- HILL, E. (1979): Mahkamal: Studies in the Egyptian Legal System: Courts and Crimes, Law and Society. London
- HOPKINS, N. (1984): The Development of Cooperation. In: E. L. SULLIVAN (Hrsg.): Impact of Development Assistance on Egypt. Cairo Papers in Social Science 7, 3. Kairo, S. 37-44
- ders. - , S. MEHANNA (1981): Egyptian Village Studies. Economics Working Paper No. 42, University of California / A. R. E., Ministry of Agriculture
- IBRAHIM, K. M. (1969): The Control of Drifting Sands in the North Coastal Region of U. A. R. (United Arab Republic). In: Pakistan Journal of Forestry 19, 4, S. 456-471
- IBRAHIM, S. E. (1982): The New Arab Social Order. A Study of the Social Impact of Oil Wealth. Boulder, Colo.
- ders. - , D. P. COLE (1978): Saudi Arabian Bedouin. In: Cairo Papers in Social Science, 1, 5
- IKRAM, K. (1981): Egypt: Economic Management in a Period of Transition. Baltimore, London
- ISLAMOGLU, H., C. KEYDER (1979): Ein Interpretationsrahmen für die Analyse des Osmanischen Reiches. In: D. SENGHAAS (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt, S. 201 - 234
- JANZEN, J. (1980): Die Nomaden Dhofars/Sultanat Oman - Traditionelle Lebensformen im Wandel. Bamberger Geographische Schriften, 3. Bamberg

- JENNINGS-BRAMLY, W. E. (1958): The Bedouins of the Western Desert. In: Bulletin de l'Institute de Desert 3, 1, S. 119 - 125
- JOHNSON, D. L. (1969): The Nature of Nomadism - A Comparative Study of Pastoral Migrations in Southwestern Asia and Northern Africa. Chicago
- JUNKER, W. (1890): Travels in Africa in the Years 1875-1878. London
- KANDIL, F. (1983): Nativismus in der Dritten Welt. Wiederentdeckung der Tradition als Modell für die Gegenwart. St. Michael
- KATAKURA, M. (1977): Bedouin Village: A Study of a Saudi Arabian People in Transition. Tokyo
- KELLEY, A., A. M. KHALIFA, M. W. EL-KHORAZATY (1982): Population and Development in Rural Egypt. Durham
- KENNETT, A. (1925, 1968): Bedouin Justice. Law and Customs Among the Egyptian Bedouin. London
- KHAIRALLAH FADHL 'ATIWA (1982): rihlat il-alf 'am ma' qaba'il aulad 'ali. (Tausend-jährige Reise mit den Stämmen der Aulad 'Ali). O. O.
- KHURI, F. I. (1980): Tribe and State in Bahrain. The Transformation of Social and Political Authority. Chicago
- KOCH, H.-J. (1987): Verwaltungskultur im Ägypten der Gegenwart: Eine Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen metropolitanem Staatsapparat und dezentralen Selbstverwaltungsinstanzen unter besonderer Berücksichtigung historisch-kultureller Einflüsse. (Unveröff. Diss. Freiburg)
- KOCH, K. F. (1979): An Anthropological Note on Law and Development. In: C. NELSON, K. F. KOCH (Hrsg.): Law and Social Change in Contemporary Egypt. Cairo Papers in Social Science 2, 4, S. 13-28
- KÖSSLER, R., I. LENZ (1981): Zusammensetzen, auseinanderdenken - gegen das Denken in Entwicklungs-Einbahnstraßen. In: Peripherie 5/6, S. 156-170
- KRÄMER, G. (1986): Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse. Baden-Baden
- KREBS, G., H.-J. v. OPPEN, T. RAUCH (1981): Erscheinungsformen und Ursachen räumlicher Disparitäten. In: Geographie und Schule, 9, S. 3-13
- LAVIE, S., W. C. YOUNG (1984): Bedouin in Limbo: Egyptian and Israeli Development Policies in Southern Sinai. In: Antipode 16, 2, S. 33-44
- LEGGEWIE, C. (1979): Siedlung, Staat und Wandlung. Das französische Kolonialsystem in Algerien. (Zugleich Dissertation.) Frankfurt/Main
- ders. - (1984): Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin
- LÜHRING, J. (1977): Kritik der (sozial-)geographischen Forschung zur Problematik von Unterentwicklung und Entwicklung - Ideologie, Theorie und Gebrauchswert. In: Die Erde 108, S. 217-238
- MARLOWE, J. (1974): Spoiling the Egyptians. London

- MAYFIELD, J. B. (1974): *Local Institutions and Egyptian Rural Development*. Ithaka
- MEHANNA, S., R. HUNTINGTON, R. ANTONIUS (1984): *Irrigation and Society in Rural Egypt*. *The Cairo Papers in Social Science* 7, 4. Cairo
- MEILLASSOUX, C. (1976): *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft*. Frankfurt
- ders. - (1983): *The Economic Bases of Demographic Reproduction: From the Domestic Mode of Production to Wage-Earning*. In: *The Journal of Peasant Studies* 11, 1, S. 50 - 61
- MELBER, H. (1985): *Stammeskultur als Zivilisationsgut*. In: *Peripherie* 18/19, S. 143 - 161
- MIGAHID, A. M., M. A. AYYAD (1959): *An Ecological Study of Ras el Hikma District*. In: *Desert Institute Bulletin* 9, 2, Cairo, S. 1-98
- MILLER, J. A. (1984): *Imlil. A Moroccan Mountain Community in Change*. Boulder, London
- MINISTRY OF AGRICULTURE (o. J.): *Arid Land Agriculture Project, Fodder and Animal Research Program*. O. O.
- MOHSEN, S. K. (1971) : *Quest for Order Among Awlad Ali of the Western Desert of Egypt*. (Ph. D. thesis, Michigan State University) Ann Arbor
- MOORE, P. D. (1987): *Nomadic Agriculture - Mobile Resources for Survival*. In: *Nature* 325 (15.1.87), S. 198
- MÜHLFELD, C. et al. (1981): *Auswertungsprobleme offener Interviews*. In: *Soziale Welt*, S. 325 - 352
- MUHSAM, H. V. (1959): *Sedentarization of the Bedouin in Israel*. In: *International Social Science Journal* 11, S. 539 - 549
- MÜLLER, H.-D. (1981): *Die Entwicklung des Oasengebietes von al-Kharga/Ägypten als Resultat ökologischer Bedingungen und sozioökonomischen Wandels*. (Unveröff. Diplomarbeit) Göttingen
- ders. - (1984): *Agroecology and Development of Rainfed Agriculture in the Mediterranean Coastal Zone of Egypt*. In: E. KLITSCH, R. SAID, E. SCHRANK (Hrsg.): *Research in Egypt and Sudan. Sonderforschungsbereich 69: Results of the Special Research Project Arid Areas, Period 1981 - 1984*. *Berliner geowissenschaftliche Abhandlungen (A)*, 50, S. 335 - 343
- MÜLLER, K.-P. (1983): *Unterentwicklung durch "Rentenkapitalismus"? Geschichte, Analyse und Kritik eines sozialgeographischen Begriffes und seiner Rezeption*. *Urbs et regio* 29. Kassel
- MURRAY, G. W. (1935): *Sons of Ismael. A Study of the Egyptian Bedouin*. London
- NELSON, C. (Hrsg., 1973): *The Desert and the Sown. Nomads in the Wider Society*. Berkeley
- NUSCHELER, F. (Hrsg., 1985): *Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*. *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 16. Opladen
- ders. - (1986): *Zur Kritik von Entwicklungshilfe und zur Denunzierung von Entwicklungshilfekritik*. In: *Jahrbuch Dritte Welt* 1986. München, S. 24-36

- OBERMEYER, G. J. (1973): Leadership and Transition in Bedouin Society: A Case Study. In: C. NELSON (Hrsg.): The Desert and the Sown. Nomads in the Wider Society. Berkeley, S. 159-173
- OLIVER, F. W. (1945): Dust-Storms in Egypt and their Relation to the War Period, as Noted in Maryut 1939-1945. In: Geographical Journal 106, S. 26-49
- OWEN, E. R. J. (1969): Cotton and the Egyptian Economy: 1820-1914. Oxford
- PACIFIC CONSULTANTS (1980): New Lands Productivity in Egypt. Technical and Economic Feasibility. O. O.
- PALMER, M., A. LEILA, S. YASSIN (1985): Apathy, Values, Incentives and Development: The Case of the Egyptian Bureaucracy. In: The Middle East Journal 39, 3, S. 341-361
- PAWELKA, P. (1985): Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. Heidelberg
- PETERS, E. L. (1960): The Proliferation of Segments in the Lineage of the Bedouin of Cyrenaica. In: Journal of the Royal Anthropological Institute 90, S. 29-53
- ders. - (1965): Aspects of the Family Among the Bedouin of Cyrenaica. In: M. F. NIMKOFF (Hrsg.): Comparative Family Systems. Boston, S. 121-146
- ders. - (1967): Some Structural Aspects of the Feud Among the Camelherding Bedouin of Cyrenaica. In: Africa 37, 3, S. 262-282
- ders. - (1977): Patronage in Cyrenaica. In: E. GELLNER, J. WATERBURY (Hrsg.): Patrons and Clients in Mediterranean Societies, London, S. 275-290
- ders. - (1980): Aspects of Bedouin Bridewealth Among Camel Herders in Cyrenaica. In: J. L. COMAROFF (Hrsg.): The Meaning of Marriage Payments, London, S. 125-160
- PREISWERK, R. (1980): Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse. In: Das Argument 22, 120, S. 167-178
- QUIJANO, A. (1974): Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft. In: D. SENGHAAS (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt, S. 298-341
- RADWAN, S. (1977): Agrarian Reform and Rural Poverty. Egypt 1952-1975. Geneva
- RANGER, T. (1981): Kolonialismus in Ost- und Zentralafrika. Von der traditionellen zur traditionellen Gesellschaft - Einsprüche und Widersprüche. In: J.-H. GREVEMEYER (Hrsg.): Traditionale Gesellschaften und europäischer Kolonialismus. Frankfurt, S. 16-46
- RAUCH, T. (1985): Peripher-kapitalistisches Wachstumsmuster und regionale Entwicklung. Ein akkumulationstheoretischer Ansatz zur Erklärung räumlicher Aspekte von Unterentwicklung. In: F. SCHOLZ (Hrsg.): Entwicklungsländer. Darmstadt, S. 163-191
- ders. - (1986): Dezentralisierung, Bauern und Staat in Sambia. Erfahrungen bei grundbedürfnisorientierter Regionalplanung in einer ländlichen Region. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 30, 3/4, S. 52-71
- ders. - (1987a): Schwierigkeiten und Chancen bei der Umsetzung armutsorientierter Entwicklungsprogramme. Beispiel Zambia. Journal für Entwicklungspolitik 2. Wien, S. 75-93

- ders. - (1987b): Autozentrierte Entwicklung in ressourcenarmen ländlichen Regionen durch kleinräumige Wirtschaftskreisläufe. Theorie und Methodik. In: Die Erde 118, S. 109-126
- REHM, S., G. ESPIG (1976): Die Kulturpflanzen der Tropen und Subtropen: Anbau, wirtschaftliche Bedeutung, Verwertung. Stuttgart
- REINTJENS, H. (1975): Die soziale Stellung der Frau bei den nordarabischen Beduinen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Ehe- und Familienverhältnisse. Bonner orientalische Studien, neue Serie, 30
- REMDENE (1982): Progress Report No. 3, Vol. 2: Socioeconomic Studies. Alexandria
- RICHARDS, A. (1980): The Agricultural Crisis in Egypt. In: The Journal of Development Studies 16, S. 301-321
- ders. - (1981): Agricultural Mechanization in Egypt: Hopes and Fears. In: International Journal of Middle East Studies 13, S. 409-425
- ders. - (1982a): Egypt's Agricultural Development 1800-1980: Technical and Social Change. Boulder, Colo.
- ders. - (1982b): Peasant Differentiation and Politics in Contemporary Egypt. In: Peasant Studies 9, 3, S. 145-161
- RODINSON, M. (1971): Islam und Kapitalismus. Frankfurt
- RUSCH, W., L. STEIN (1982): Siwa und die Aulad Ali. Leipzig
- SAID, E. (1981): Orientalismus. Frankfurt, Berlin, Wien
- SCHEFFLER, T. (1985): Staat und Kommunalismus im Nahen und Mittleren Osten. In: Peripherie 18/19, S. 46-59
- SCHIEL, T., G. STAUTH (1981): Subsistenzproduktion und Unterentwicklung. In: Peripherie 5/6, S. 122-143
- SCHIEL, T. (1983): Marx und die Analyse der Transformation von Gesellschaften. Ein theoretischer Ansatz für die politische Praxis. In: Peripherie 14, S. 24-48
- ders. - (1985): Ethnie, Stamm, Nation - was ist Fiktion, was ist Realität? In: Peripherie 18/19, S. 162-171
- SCHMIDT, E. (1985): Randnotizen zur Tagung des "Geographischen Arbeitskreises Entwicklungstheorien" in Willebadessen. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 29, 2., S. 124-125
- SCHMIDT-WULFFEN, W. D. (1985): Mali: Subsistenz- und Weltmarktproduktion in ihrer Bedeutung für die Entstehung der Dürre-Katastrophe 1969-73. Eine Fallstudie auf der Basis des Verflechtungsansatzes. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeogr. 29, 2., S. 97-106
- SCHÖLCH, A. (1981): Zum Problem eines außereuropäischen Feudalismus: Bauern, Lokalherren und Händler im Libanon und in Palästina in osmanischer Zeit. In: Peripherie 5/6, S. 107-121

- SCHOLZ, F. (1972): Formen regionaler Mobilität bei den Brahui-Stämmen als Ausdruck sozial- und wirtschaftsgeographischer Wandlungen in Belutschistan (West-Pakistan). In: Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des Deutschen Geographentages 1971 in Erlangen-Nürnberg. Wiesbaden, S. 355-370
- ders. - (1974): Belutschistan (Pakistan). Eine sozialgeographische Studie des Wandels in einem Nomadenland seit Beginn der Kolonialzeit. Göttinger Geographische Abhandlungen 63. Göttingen
 - ders. - (1976): Entwicklungstendenzen im Beduinentum der kleinen Staaten am Persisch-Arabischen Golf - Oman als Beispiel (Versuch einer Analyse). In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft Wien, 118, 1, S. 70-108
 - ders. - (1977): Die beduinischen Stämme im östlichen Inner-Oman und ihr Regional-Mobilitäts-Verhalten. In: Sociologus 27, 2, S. 97-133
 - ders. - (1979a): Zur Entstehung von "Zentrum" und "Peripherie". Das omanische Entwicklungskonzept und Probleme bei seiner Realisierung. In: DGFK-Hefte, 12, S. 123-144
 - ders. - (1979b): Detribalisierung und Marginalität. Eine empirische Fallstudie über Randseiter in Quetta (Pakistan). In: Pakistan. Analysen - Berichte - Dokumentationen, Hamburg, S. 31-71
 - ders. - (Hrsg., 1981): Beduinen im Zeichen des Erdöls. Studien zur Entwicklung im beduinischen Lebensraum Südost-Arabiens. Beihefte zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients: Reihe B, Geisteswiss. 45, Wiesbaden
 - ders. - (1982a): Landverteilung und Oasensterben. Das Beispiel der omanischen Küstenebene "Al Batinah". In: Erdkunde 36, 3, S. 199-207
 - ders. - (1982b): Nomadentum und Städtetum. Überlegungen zu zwei Grundelementen der orientalischen Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart. In: Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und Unterrichtspraxis, 1, S. 3-22
 - ders. - (Hrsg., 1985): Entwicklungsländer. Beiträge der Geographie zur Entwicklungs-Forschung. Darmstadt
 - ders. - (1986): Informelle Institutionen versus Entwicklung. (Plädoyer für detaillierte empirische Regionalforschung als Grundlage entwicklungsstrategischer Überlegungen und projektbezogener Maßnahmen). In: Die Erde, 117, S. 285-297
 - ders. - (1987): Nomaden und Erdöl. Über Lage und Rolle der Beduinen in den Erdölförderländern der Arabischen Halbinsel. In: Geographische Rundschau, 39, 7/8, S. 394-401
- SCHULZE, R. (1981): Die Rebellion der ägyptischen Fallahin 1919. Zum Konflikt zwischen der agrarisch-orientalischen Gesellschaft und dem kolonialen Staat in Ägypten 1820-1919. Berlin
- ders. - (1985): Islamische Kultur und soziale Bewegung. In: Peripherie 18/19, S. 60-84
 - ders. - , J. JANZEN (1982): Nomadismus - Ein Entwicklungsproblem? (Abhandlungen des Geographischen Instituts - Anthropogeographie, Bd. 33.) Berlin
- SEERS, D. (1974): Was heißt Entwicklung? In: D. SENGHAAS (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Frankfurt, S. 37-70

- SENGHAAS, D. (Hrsg., 1972): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt
- ders. - (Hrsg., 1974): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt
 - ders. - (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt
 - ders. - (Hrsg., 1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt
 - ders. - (1982): Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt
- SHAZLY, M. M. (1964): Geology, Pedology and Hydrogeology of the Mersa Matruh Area. (Ph. D. thesis), Cairo
- SIMONIS, G. (1981a): Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltsystem - Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion. In: Peripherie 5/6, S. 32-48
- ders. - (1981b): Staat und politische Integration im peripheren Kapitalismus - Thesen zur Rolle des Staates in der exportorientierten Gesellschaftsformation. In: R. HANISCH, R. TETZLAFF (Hrsg.): Staat und Entwicklung: Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern. Frankfurt, S. 111-143
- SMART, J. R. (1966): A Contribution to the Study of Form in Egyptian Bedouin Poetry. In: Journal of Semitic Studies 11, S. 202-216
- ders. - (1967): A Bedouin Song from the Egyptian Western Desert. In: Journal of Semitic Studies 12, S. 245-267
- SOIFFER, S. M., G. N. HOWE (1982): Patrons, Clients and the Articulation of Modes of Production: An Examination of the Penetration of Capitalism into Peripheral Agriculture in Northeastern Brazil. In: The Journal of Peasant Studies 9, 2., S. 176-206
- SPRINGBORG, R. (1979): Patrimonialism and Policy Making in Egypt: Nasser and Sadat and the Tenure Policy for Reclaimed Land. In: Middle Eastern Studies 15, 1, S. 49-69
- STAHR, K., R. BORNKAMM, J. GAUER, H. KEHL (1985): Veränderung von Böden und Vegetation am Übergang von Halbwüste zur Vollwüste zwischen Mittelmeer und Quattara Depression in Ägypten. In: Geoökodynamik 6, S. 99-120
- STAUTH, G. (1983): Die Fellachen im Nildelta. Zur Struktur des Konflikts zwischen Subsistenz- und Warenproduktion im ländlichen Ägypten. Wiesbaden
- STEIN, L. (1967): Die Sammar-Gerba. Beduinen im Übergang vom Nomadismus zur Selbstständigkeit. Leipzig
- ders. - (1974): Wandervolk der Wüste. Leipzig
 - ders. - (1981): Contradictions Arising from the Process of Sedentarization Among the Aulad Ali Bedouins of Egypt. In: P. C. SALZMAN (Hrsg.): Contemporary Nomadic and Pastoral Peoples: Asia and the North. Studies in Third World Societies, 18. Williamsburg, Va.

- STEPPAT, F. (1982): Die Beduinen als Randgruppen der islamischen Gesellschaft. In: F. SCHOLZ, J. JANZEN (Hrsg.): Nomadismus - Ein Entwicklungsproblem? (Abhandlungen des Geographischen Instituts - Anthropogeographie, Bd. 33.) Berlin
- STÖBER, G. (1978): Die Afshar. Nomadismus im Raum Kerman (Zentraliran). Marburger Geographische Schriften 76
- STÖHR, W. B., D. R. F. TAYLOR (Hrsg., 1981): Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries. Chichester, New York
- SUNKEL, O. (1972): Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. In: D. SENGHAAS (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt, S. 258-315
- TABO, M. M. (1972): The Role of the Bedouin in Egyptian Politics in the Period 1750-1850. (M. A. thesis, unpublished, American University Cairo)
- TADROS, H. R. (1978): Rural Resettlement in Egypt. The Cairo Papers in Social Science 1, 4. Cairo
- TAYLOR, J. G. (1979): From Modernization to Modes of Production: A Critique of the Sociologies of Development and Underdevelopment. New York
- THESIGER, W. (1959): Arabian Sands. Reading
- THE TIMES: Ausgabe vom 5. 7. 1907
- TIBI, B. (1985): Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels. Frankfurt
- VATIKIOTIS, P. J. (1968): Egypt Since the Revolution. London
- WALLER, P. P. (1985): Ansätze zu einer grundbedürfnisorientierten ländlichen Regionalplanung in Entwicklungsländern. In: F. SCHOLZ (Hrsg.): Entwicklungsländer. Darmstadt, S. 392-414
- WATERBURY, J. (1983): The Egypt of Nasser and Sadat. The Political Economy of Two Regimes. Princeton
- WEAVER, C. (1981): Development Theory and the Regional Question: A Critique of Spatial Planning and its Detractors. In: W. B. STÖHR/D. R. TAYLOR (Hrsg.): Development from Above or Below? Chichester, New York, S. 73-106
- WESEL, R. (1982): Das Konzept der "Integrierten ländlichen Entwicklung": Neuansatz oder Rhetorik? Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Bd. 74. Saarbrücken
- WITTFOGEL, K. A. (1957): Die Orientalische Despotie - Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. (Taschenbuchausgabe 1981, Frankfurt, Berlin, Wien)
- WOLF, E. P. (1966): Peasants. New Jersey
- ders. - (1986): Die Völker ohne Geschichte: Europa und die andere Welt seit 1400. Frankfurt, New York
- WORLD BANK (1985): World Development Report 1985. New York, Oxford, London u. a.

- ZAKI, M. K. (1971): Nomadentum und Stammesbewußtsein in der Geschichte Ägyptens des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Internationales Afrikaforum 7, S. 114-120
- ZIMMERMANN, W. (1981a): Tradition und Integration mobiler Lebensformgruppen. Eine empirische Studie über Beduinen und Fischer in Musandam / Sultanat Oman. (Diss. Göttingen)
- ders. - (1981b): Die Beduinen von Musandam im Sultanat Oman. - Gemeinschaft und Wirtschaft einer traditionellen Lebensformgruppe im Wandel. In: F. SCHOLZ (Hrsg.): Beduinen im Zeichen des Erdöls. Wiesbaden, S. 55-100

2. BILDERTEIL

Foto 1: Grab des Sheikh Sahfag in El Qasr



Foto 2: Schafherde an überweidetem Wadihang neben eingehegten Kulturflächen (linker Bildrand)



Foto 3: Mit Sackleinen ausgebeßerte Nomadenzelte im Wadi Garawla, 30 km östlich von Marsa Matruh



Foto 4: Zelt und Steinhaus einer vor wenigen Jahren sesshaft gewordenen Familie der Sanaqra, 70 km südwestlich von Marsa Matruh

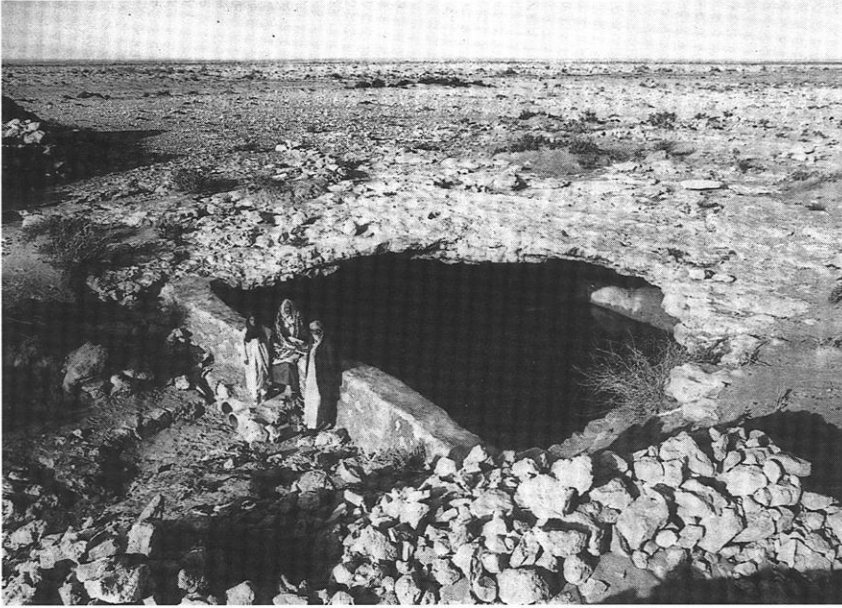


Foto 5: Alte Zisterne, die Mitte der 70er Jahre wieder ausgeräumt und auszementiert wurde

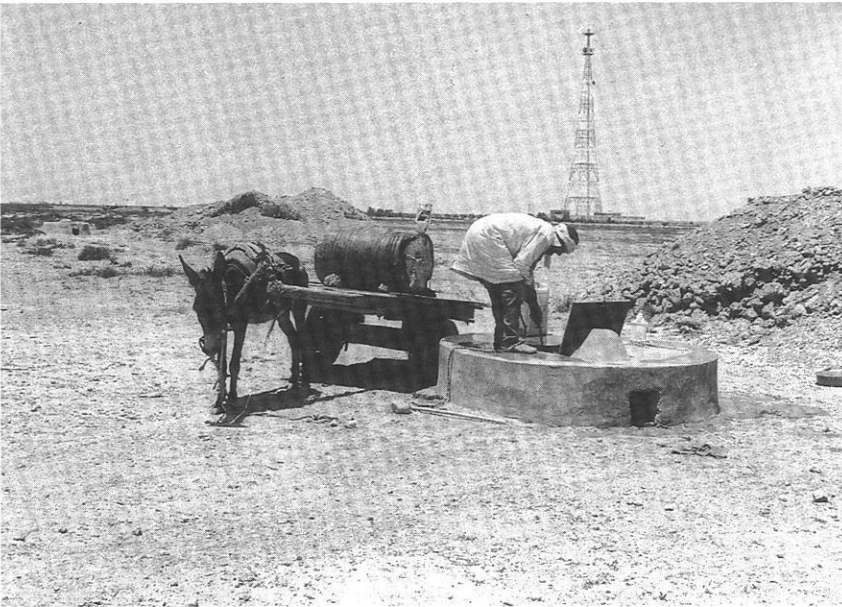


Foto 6: Von einer neuen Zisterne wird das Wasser mittels Eselskarren abtransportiert



Foto 7: Viehmarkt in Marsa Matruh



Foto 8: Wadilandschaft 40 km westlich von Marsa Matruh. Die Dämme im Wadi wurden im Rahmen des staatlichen Entwicklungsprogramms gebaut



Foto 9: Traditioneller Ritzpflug aus Holz



Foto 10: Pflügen mit Traktor



Foto 11: Bewässern von Feigensetzlingen aus einem Faß, das mit einem Eselskarren transportiert wird



Foto 12: Mittagsrast während der Feldbestellung. Reis und Brot bilden die wichtigsten Grundnahrungsmittel



Foto 13: Traditionelle Methode der Getreideernte durch Ausreißen der Pflanzen



Foto 14: Das Dreschen des Getreides wird von Lohnunternehmern ausgeführt, die stundenweise bezahlt werden. Nachbarn und Verwandte helfen mit



Foto 15: Beduinenladen in Marsa Matruh mit einem Warensortiment für den Bedarf der Wüstenbewohner: Wasserbehälter, Töpfe, Stricke, Mehl etc.



Foto 16: Typische Befragungssituation: Zubereitung des Begrüßungstees

ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

- Band 1: Schröder, K. 1953: Die Stauanlagen der mittleren Vereinigten Staaten. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Kulturgeographie der USA, 96 S. mit 4 Karten, broschiert, DM 12,-.
- Band 2: Quelle, O. 1953: Portugiesische Manuskriptatlanten. 12 S. mit 25 Tafeln und 1 Kartenskizze (vergriffen).
- Band 3: Jensch, G. 1957: Das Ländliche Jahr in deutschen Agrarlandschaften, 115 S. mit 13 Figuren und Diagrammen, broschiert, DM 19,50.
- Band 4: Jensch, O. 1957: Glazialmorphologische Untersuchungen in Ostengland. Ein Beitrag zum Problem der letzten Vereisung im Nordseeraum. 86 S., mit Bildern und Karten, broschiert, DM 20,-.
- Band 5: Geomorphologische Abhandlungen. Otto Maull zum 70. Geburtstag gewidmet. Besorgt von E. Fels, H. Overbeck und J.H. Schultze 1957. 72 S. mit Abbildungen und Karten, broschiert, DM 16,-.
- Band 6: Boesler, K.-A. 1960: Die städtischen Funktionen. Ein Beitrag zur allgemeinen Stadtgeographie aufgrund empirischer Untersuchungen in Thüringen. 80 S. mit Tabellen und Karten (vergriffen).

Seit 1963 wird die Reihe fortgesetzt unter dem Titel
ABHANDLUNGEN DES 1. GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

- Band 7: Schultze, J.H. 1963: Der Ost-Sudan. Entwicklungsland zwischen Wüste und Regenwald. 173 S. mit Figuren, Karten und Abbildungen (vergriffen).
- Band 8: Hecklau, H. 1964: Die Gliederung der Kulturlandschaft im Gebiet von Schriesheim/Bergstraße. Ein Beitrag zur Methodik der Kulturlandschaftsordnung. 151 S. mit 16 Abbildungen und 3 Karten, broschiert, DM 30,-.
- Band 9: Müller, E. 1965: Berlin-Zehlendorf. Versuch einer Kulturlandschaftsgliederung. 144 S. mit 8 Abbildungen und 3 Karten, broschiert, DM 30,-.
- Band 10: Werner 1966: Zur Geometrie von Verkehrsnetzen. Die Beziehung zwischen räumlicher Netzgestaltung und Wirtschaftlichkeit. 136 S. mit 44 Figuren (vergriffen).
- Band 11: Wiek, K.D. 1967: Kurfürstendamm und Champs-Élysées. Geographischer Vergleich zweier Weltstraßen-Gebiete. 134 S. mit 9 Fotos, 8 Kartenbeilagen, broschiert, DM 30,-.
- Band 12: Boesler, K.-A. 1969: Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staats-tätigkeit. 245 S. mit 10 Fotos, zahlreichen Darstellungen und Beilagen, broschiert, DM 60,-.
- Band 13: Boesler, K.A. u. A. Kühn (Hrsg.) 1970: Aktuelle Probleme geographischer Forschung. Festschrift anlässlich des 65. Geburtstages von Joachim Heinrich Schultze. 549 S. mit 43 Fotos und 66 Figuren, davon 4 auf 2 Beilagen, broschiert, DM 60,-.
- Band 14: Richter, D. 1969: Geographische Strukturwandlungen in der Weltstadt Berlin. Untersucht am Profilband Potsdamer Platz-Innsbrucker Platz. 229 S. mit 26 Bildern und 4 Karten, broschiert, DM 19,-.

- Band 15: Vetter, F. 1970: Netztheoretische Studien zum niedersächsischen Eisenbahnnetz. Ein Beitrag zur angewandten Verkehrsgeographie. 50 S. mit 14 Tabellen und 40 Figuren (vergriffen).
- Band 16: Aust, B. 1970: Stadtgeographie ausgewählter Sekundärzentren in Berlin (West). IX und 151 S. mit 32 Bildern, 13 Figuren, 20 Tabellen und 7 Karten (vergriffen).
- Band 17: Hasselmann, K.-H. 1976: Untersuchungen zur Struktur der Kulturlandschaft von Busoga (Uganda). IX und 294 S. mit 32 Bildern, 83 Figuren und 76 Tabellen, broschiert, DM 39,50.
- Band 18: Mielke, J. H. 1971: Die kulturlandschaftliche Entwicklung des Grunewaldgebietes. 348 S. mit 32 Bildern, 18 Abbildungen und 9 Tabellen, broschiert, DM 30,-.
- Band 19: Herold, D. 1972: Die weltweite Vergrößerung der Städte. Ihre Ursachen und Folgen aus der Sicht der Politischen Geographie. IV und 368 S. mit 14 Tabellen und 5 Abbildungen, broschiert, DM 19,-.
- Band 20: Festschrift für Georg Jensch aus Anlaß seines 65. Geburtstages, 1974: XXVII und 437 S. mit Abbildungen und Karten, broschiert, DM 32,-.
- Band 21: Fichtner, V. 1977: Die anthropogen bedingte Umwandlung des Reliefs durch Trümmeraufschüttungen in Berlin (West) seit 1945. VII und 169 S., broschiert, DM 22,-.
- Band 22: Zach, W.-D. 1975: Zum Problem synthetischer und komplexer Karten. Ein Beitrag zur Methodik der thematischen Kartographie. VI und 121 S., broschiert, DM 19,-.

Die Reihe wird fortgesetzt unter dem Titel:

ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS - ANTHROPOGEOGRAPHIE

- Band 23: Becker, CH. 1976: Die strukturelle Eignung des Landes Hessen für den Erholungsverkehr. Ein Modell zur Bewertung von Räumen für die Erholung. 153 S., broschiert, DM 29,50.
- Band 24: Arbeiten zur Angewandten Geographie und Raumplanung. Arthur Kühn gewidmet. 1976: 167 S., broschiert, DM 22,-.
- Band 25: Vollmar, R. 1976: Regionalplanung in den USA. Das Appalachian Regional Development Program am Beispiel von Ost-Kentucky. X und 196 S., broschiert, DM 18,-.
- Band 26: Jenz, H. 1977: Der Friedhof als stadtgeographisches Problem der Millionenstadt Berlin - dargestellt unter Berücksichtigung der Friedhofsgründungen seit dem 2. Weltkrieg. VII und 182 S., broschiert, DM 18,-.
- Band 27: Tank, H. 1979: Entwicklung der Wirtschaftsstruktur einer traditionellen Sozialgruppe. Das Beispiel der Old Order Amish in Ohio, Indiana und Pennsylvania, USA. 170 S., broschiert, DM 20,-.
- Band 28: Wapler, G. 1979: Die zentralörtliche Funktion der Stadt Perugia. 132 S., broschiert, DM 20,-.
- Band 29: Schultz, H.-D. 1980: Die deutschsprachige Geographie von 1800 bis 1970. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer Methodologie. 488 S., broschiert, DM 32,-.
- Band 30: Grupp, M. 1981: Entwicklung und sozio-ökonomische Bedeutung der holzverarbeitenden Industrie im Südosten der Vereinigten Staaten von Amerika. XII und 188 S. mit Anhang, broschiert, DM 28,-.

- Band 31: Ramakers, G. 1981: Géographie physique des plantes, géographie physique des animaux und géographie physique de l'homme et de la femme bei Jean-Louis Soulavie. Ein Beitrag zur Problem- und Ideengeschichte der Geographie im achtzehnten Jahrhundert. II und 205 S. mit 8 Abbildungen, broschiert, DM 28,-.
- Band 32: Asche, H. 1981: Mobile Lebensformgruppen Südost-Arabiens im Wandel. Die Küstenprovinz Al Bâtinah im erdölfördernden Sultanat Oman. XII und 344 S. mit 20 Tabellen, 36 Karten und 20 Fotos, broschiert, DM 36,- (zur Zeit vergriffen).
- Band 33: Scholz, F. u. J. Janzen (Hrsg.) 1982: Nomadismus - ein Entwicklungsproblem? Beiträge zu einem Nomadismus-Symposium, veranstaltet in der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. VIII und 250 S. mit 6 Fotos und 25 Karten und Diagrammen (zur Zeit vergriffen).
- Band 34: Voll, D. 1983: Von der Wohnlaube zum Hochhaus. Eine geographische Untersuchung über die Entstehung und die Struktur des Märkischen Viertels in Berlin (West) bis 1976. VII und 237 S. mit 76 Abbildungen, broschiert, DM 32,-.
- Band 35: El Mangouri, H.A. 1983: The mechanization of Agriculture as a Factor Influencing Population Mobility in the Developing Countries: Experiences in the Democratic Republic of the Sudan (Auswirkungen der Mechanisierung der Landwirtschaft auf die Bevölkerungsmobilität in Entwicklungsländern: Fallbeispiel - Die Republik Sudan). VI und 288 S. mit 8 Abbildungen, 2 Karten und 49 Tabellen, broschiert, DM 34,-.
- Band 36: Kluczka, G. (Hrsg.): Aktuelle Probleme der räumlichen Planung. Beiträge der Geographie zu ihrer Lösung. Ca. 150 S. (entfällt).
- Band 37: Kühn, G. 1984: Instrumentelle Möglichkeiten des Staates zur Steuerung der Raumentwicklung - dargestellt am Beispiel des Bundeslandes Hessen. XIV und 250 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Tabellen, broschiert, DM 36,-.
- Band 38: Hinz, H.-M. 1985: Sozio-ökonomische Bedingungen und Auswirkungen sowie Raumprobleme des amerikanischen Tourismus unter besonderer Berücksichtigung Floridas. XII und 344 S., broschiert, DM 48,-.
- Band 39: Schwedler, H.-U. 1985: Arbeitsmigration und urbaner Wandel. Eine Studie über Arbeitskräftewanderung und räumliche Segregation in orientalischen Städten am Beispiel Kuwaits. VIII und 234 S. mit 54 Abbildungen, broschiert, DM 38,-.
- Band 40: Stagl, R. 1986: Auswirkungen der Offenlegungspflicht der plutoniumverarbeitenden Anlage Rocky Flats auf Wahrnehmung und Bodenmarkt im Raum Denver/Boulder (Colorado, USA). XVI und 259 S., broschiert, DM 45,-.
- Band 41: Röhl, D. 1987: Die Relevanz und Bewertung von Geofaktoren in der räumlichen Planung mit Beispielen von den Entwicklungsmaßnahmen im Untereißeraum. XIII und 376 S. mit 33 Abbildungen, 2 Karten und 2 Tabellen, broschiert, DM 58,-.
- Band 42: Betz, R. 1988: Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen Voraussetzungen, Abläufe und Motive. Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche. IX und 137 S. mit 19 Abbildungen, 2 Karten, 5 Übersichten und 46 Tabellen, broschiert, DM 38,-.
- Band 43: Koutcharian, G. 1989: Der Siedlungsraum der Armenier unter dem Einfluß der historisch-politischen Ereignisse seit dem Berliner Kongreß 1878: Eine politisch-geographische Analyse und Dokumentation. 336 S. mit 9 Karten, broschiert, DM 58,-.

Seit April 1989 wird die Reihe fortgesetzt unter dem Titel:

ABHANDLUNGEN - ANTHROPOGEOGRAPHIE

INSTITUT FÜR GEOGRAPHISCHE WISSENSCHAFTEN, FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

- Band 44: Kreuzmann, H. 1989: Hunza. Ländliche Entwicklung im Karakorum. XIV und 276 S. mit 44 Abbildungen (5 Beilagen), 24 Tabellen und 16 Fotos, broschiert, DM 58,-.
- Band 45: Hartleb, P. 1989: Die Messenische Mani. Eine Studie zum Wandel in der Peripherie Griechenlands. XII und 242 S. mit 52 Abbildungen, 14 Tabellen und 24 Fotos, broschiert, DM 54,-.

SONDERHEFTE

1. Brosche, K.-U. 1978: Beiträge zum rezenten und vorzeitlichen periglazialen Formenschatz auf der Iberischen Halbinsel. V und 287 S., 19 Tabellen und 13 Figuren, broschiert, DM 32,-.
2. Vollmar, R. 1986: Regionalpolitik in den USA. Theoretische Grundlagen und politisch-administrative Praxis. Ca. XX und 309 S. mit ca. 68 Abbildungen und ca. 37 Tabellen, broschiert, ca. DM 54,-.

Schriftleitung: Dr. Jörg Janzen, Institut für Geographischen Wissenschaften/
Freie Universität Berlin, Grunewaldstr. 35, D-1000 Berlin 41,
Tel.: 030 / 838 48 23.

Vertrieb durch: Dietrich Reimer Verlag, Unter den Eichen 57, 1000 Berlin 45
Tel. 030/831 40 81/82.